This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

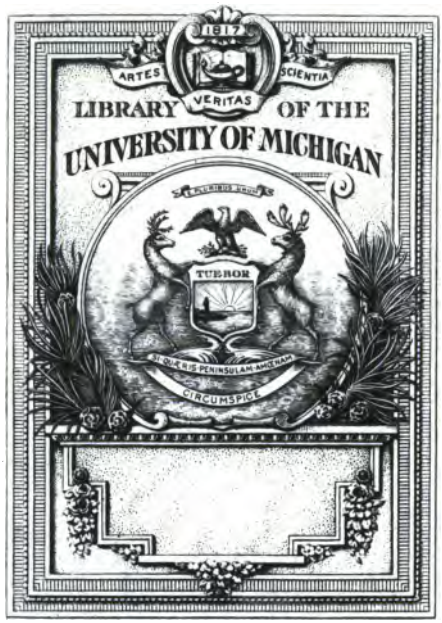
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



RECEIVED IN EXCHANGE
FROM
U. of M. Law Library

DC
194
.A2
S35

III.

Sociale Zustände.

(Fortsetzung und Schluß.)

Pariſer Zuſtände

während der

Revolutionszeit von 1789—1800.

Von

Wilhelm Adolf Schmidt
ord. Profeſſor der Geſchichte an der Univerſität Jena.

Dritter Theil.

Jena
Verlag von Hermann Dufft.
1876.

Herrn Moritz Seebeck

am Tage

seines fünfundzwanzigjährigen Amtsjubiläums

als Curator der Universität Jena

den 9. Mai 1876

gewidmet.

Gen. Lib
Eych.
Law Library
11-12-1952
3v.

Inhalt.

Seite

Vorwort VII

III. **Sociale Zustände** 1
(Fortsetzung und Schluß.)

7. Blüthe des materiellen Elends in der letzten Zeit des Conventes. (Schluß.) 3
Gipfelungen des Elends, Octoberaufstand und Ende des Conventes 3
8. Nachblüthe des materiellen Elends unter dem Directorium . . 37
1 Hungersnöthe im November 1795 37
2 Die Theuerung und das städtische Mehlbudget im December 1795 59
3 Die Schließung der Börse und die Zwangsanleihe . . . 89
4 Die angebliche und die wirkliche Lage im Januar 1796 . . 102
5 Rescriptionen und Mandate 1796 118
6 Das Elend und die socialistischen Umtriebe. Februar bis Mai 1796 135
7 Die Assignatenkrise und die Juniplünderung 165
8 Das Ende der Papierwirthschaft und der Niedergang des Elends 191

IV. **Religiöse Zustände** 215

1. Verfolgungen des christlichen Cultus 217
2. Der neue Kalender und der Vernunftcultus 232
3. Die Dekadenfeier und der Cult des höchsten Wesens 241
4. Widerwillige Wiederzulassung der alten Culte 244
5. Erneute Feindseligkeit gegen das Christenthum 253
6. Der Theophilanthropismus 261
7. Die Entwicklung der Dekadenfeier zum republicanischen Cultus 267
8. Stockungen und Gegenwirkungen 290
9. Absterben der Dekadenfeier, Restauration des Katholicismus . 312

03-16-3407

Seite

V. Unterrichts- und Schulzustände 333

1. Vor der Revolution 335
2. Zerstörungslust ohne Schöpferkraft 338
3. Fortgang des Zersetzungsprocesses 342
4. Unterrichtsgesetz und Parteitendenz 352
5. Kampf zwischen den öffentlichen und Privatschulen 357
6. Die pädagogische Reaction 381

Berichtigungen und Zusätze.

(Vgl. Th. I. S. IV. u. Th. II. S. III.)

Th. I. S. 81, Z. 14 v. oben lies: „fast gratis."

„ 78. Nach den Essais hist. sur les modes par le Chevalier de ***. 1, 105 wurden die Knotenstöcke der Harttapper „Friedensrichter" (juges-de-paix) genannt.

„ 230, Z. 21 v. oben lies: „verkehrt hat."

Th. II. S. 10, Z. 16 v. oben lies: „546."

„ 127, Z. 16 f. lies: „Garin" (statt Garat).

„ 142, Anmerkung 1 ist hinzuzufügen: „Vgl. Moniteur v. 8. Febr. 1795 (23, 395)."

„ 233, Anmerkung 2 lies: „23, 698."

„ 308, Z. 10 v. oben. Cambon gab am 22. Januar 1795 die Umlaufsmasse, offenbar mit Abzug der Cassenbestände, auf $6\frac{1}{2}$ Milliarden an; s. Moniteur v. 8. Febr. (23, 395).

„ 313, Z. 4 v. unten. Cambon gab am 27. Februar 1795 den monatlichen Ertrag der Nationalgüter auf 29 Millionen an; s. Moniteur v. 2. März (23, 575).

„ 318, Z. 7 v. unten lies: „11, 317."

Vorwort.

In Bezug auf die literarischen Notizen in meinem Vorwort zum zweiten Theil erlaube ich mir eine Ergänzung nachzutragen und damit ein Uebersehen gut zu machen. Zu denjenigen französischen Gelehrten nämlich, bei denen nach dem deutsch-französischen Kriege meine Tableaux de la révol. française eine besonders eifrige Theilnahme erweckten, gehört namentlich auch Herr H. Wallon, Mitglied des Instituts, Abgeordneter zur Nationalversammlung und noch vor Kurzem Minister des öffentlichen Unterrichts. In seinem Sammelwerk „La Terreur. Études critiques sur l'hist. de la révol. française. 2 tomes, Paris 1873" hat derselbe in sehr weiten Strecken Seite für Seite die von mir veröffentlichten Berichte ausführlich excerpirt und ihre Bedeutung hervorgehoben. Ohne Bedenken sagt auch er (1, 69) von diesen Berichten, im Vergleich mit dem bisherigen Thatbestand der Revolutionsgeschichten, und selbst im Hinblick auf das große Werk von Mortimer-Ternaux: ils ajoutent beaucoup à la connaissance des événements. Und indem er sich anschickt, seine reichen Auszüge aus dem ersten und zweiten Theil meiner Tableaux dem französischen Leser vor Augen zu führen, fügt er hinzu: Nous y verrons des choses que nous avons vues nous-mêmes à des époques plus récentes

et que, si nous ne changeons d'habitudes, nous sommes destinés à revoir.

Wenn Herr Wallon seinem ebengenannten ehemaligen Collegen im Institut gewissermaßen den Vorwurf macht (S. 68), daß er diese „Quelle von Belehrungen vernachlässigt zu haben scheine": so glaube ich diesen Punkt völlig klar stellen zu können. Mortimer-Ternaux hatte allerdings von dieser Quelle keine Kenntniß gehabt; aber auf Grund des zweiten Theiles meiner Tableaux schrieb er mir aus vollkommen freiem Antriebe noch am 20. Januar 1870: J'en ferai certainement mon profit dans les prochains volumes de mon histoire de la Terreur, et pour ma part je vous remercie bien vivement de la patience et du soin avec lesquels vous avez rassemblé d'aussi précieux matériaux. Indeß, sein damals schon erschienener siebenter Theil blieb leider eben sein letzter.

Inzwischen hatte sich dagegen der Bücherspeculant Dauban mit Lüsternheit auf die von mir verrathene „Quelle von Belehrungen" gestürzt, um sie hastig für seine Fabricate über die Jahre 1793/4 zu verwerthen (s. mein Vorwort zu Theil I). Mit Rücksicht hierauf erbot sich wenige Monate nach jenem Schreiben, am 1. Juli 1870, seinerseits Marc Dufraisse, ebenfalls aus freien Stücken und mit fast überströmendem Eifer, für die excellents Tableaux in der französischen Literatur, wie er es schon gethan, wiederholt einzutreten, indem er dabei sehr zutreffend urtheilte: M. Dauban me semble n'avoir fait autre chose que mettre en œuvre les riches matériaux que vous avez découverts.

Ich brauche kaum zu sagen, daß auch in Deutschland die Geschichtswissenschaft allen Grund hat, das plötzliche Hinscheiden sowohl Mortimer-Ternaux' wie Marc Dufraisse's

tief zu beklagen. Zum Troste kann ihr nur die Thatsache gereichen, daß in Bezug auf die Revolutionsperiode die überlebende und jüngere Generation der französischen Forscher immer entschlossener erscheint, der vielverkannten kritischen Fahne des Ersteren zu folgen, mit der „revolutionären Legende" unwiderruflich zu brechen und unmittelbar in den Schachten der Archive der ungeschminkten Wahrheit nachzuspüren. Dafür zeugt u. A. jenes Werk von Felix Rocquain, das die von mir begonnenen Forschungen auf die Consulatszeit ausdehnte; dafür zeugen nunmehr auch die mir freundlichst übersandten ersten Forschungen von J. J. Guiffrey über die Comités des assemblées révolutionnaires 1789—1795 (Revue hist. Avril-Juin 1876), worin ein Weg betreten ist, ganz geeignet, um neben den so lange verheimlichten Schattenseiten der Revolution auch neue Lichtseiten derselben zu Tage zu fördern; dafür zeugen mir persönlich private Kundgebungen aus den Gelehrtenkreisen Frankreichs, die sich unumwunden zu dem Auffassungsstandpunkt meiner „Pariser Zustände" bekannt haben. Die eben erwähnte, erst mit diesem Jahre begonnene und vorzüglich debütirende Revue historique von Monod und Fagniez trägt das Ciceronische Motto: Ne quid falsi audeat, ne quid veri non audeat historia. Es steht daher zu hoffen, daß sie alles daran setzen werde, um auch die Revolutionsperiode von Fälschungen zu säubern und rücksichtslos in ihrer wahrhaftigen Gestalt erscheinen zu lassen.

Die revolutionäre Legende ist keineswegs so alten Datums, als man anzunehmen versucht sein könnte. Nicht nur in den meistgelesenen ältesten Geschichtswerken, wie die von Beaulieu, Toulongeon und Lacretelle, sondern selbst in den Schriften eines so fanatischen Republicaners wie Mercier

ist noch kaum eine Spur davon zu entdecken. In der Kaiserzeit haben allerdings Ruhmsucht und Eitelkeit den ersten Grund dazu gelegt. Aber erst infolge des aufwogenden Widerwillens gegen die Restauration, und dann gegen die Julimonarchie, wurde seit Thiers und Mignet in den zwanziger Jahren, und dann neuerdings seit Büchez und Roux in den dreißiger Jahren, jene grundsätzliche, episch-dramatische Verherrlichung der Revolution zur Blüthe gebracht, die nicht nur das Urtheil der Franzosen bestochen und umstrickt, sondern auch zahlreiche Deutsche bis auf den heutigen Tag gegen alle Irrthümer und Schattenseiten der Revolution blind gemacht hat.

Der Bann dieser revolutionären Legende, der Zauber dieser gewohnheitsmäßigen Beschönigungen und Schönfärbereien würde ohne Zweifel schon eher in Frankreich bei ruhig Prüfenden erschüttert und vielleicht selbst gebrochen worden sein: hätten nicht Werke von dem kritischen Gepräge Mortimer-Ternaux' — wie dieser selbst in einem früheren Schreiben an mich durchblicken ließ — eine weit minder ermuthigende als abwehrende Aufnahme gefunden, und wäre nicht andererseits dem meisterhaften Führer in dem Labyrinth der französischen Archive, dem national beneidenswerthen Werke von Henri Bordier „Les archives de la France, Paris 1855", eine so auffällige Vernachlässigung von Seiten der Historiker zu Theil geworden. Daß diese Vernachlässigung eine Thatsache ist: das beweist schon der Umstand, daß erst infolge der Herausgabe meiner Tableaux der hohe Werth der von mir benutzten Serie allseits erkannt wurde, ungeachtet er doch aus der Analyse Bordier's S. 102 ff. längst für Jedermann erkennbar war; das beweist auch der fernere Umstand, daß sowohl französische wie deutsche

Beurtheiler von mir die Angabe der Actenziffern oder der „cotes“ beanspruchten, während sie doch aus den Erläuterungen Bordier's S. 98 hätten wissen müssen, daß diese ungeordneten Actenmassen einer Inventarisirung und Cotirung völlig entbehren.

Uebrigens habe ich schon lange die Ueberzeugung gewonnen, daß zur Herstellung einer in allen Beziehungen wahrheitsgetreuen Geschichte der französischen Revolution die bisher betretenen Wege der archivalischen Einzelforschung unzulänglich sind. Auch halte ich es durchaus nicht für schwierig einen Plan aufzustellen, um mittelst einer Vereinigung von Forscherkräften alle dazu erforderlichen archivalischen Materialien in Zeit von etwa fünf Jahren systematisch in objectiver und erschöpfender Weise zu excerpiren. Diese handschriftliche Excerptensammlung, nach Zeit und Stoff klar gruppirt, würde für alle partiellen und allgemeinen Darstellungen eine unendlich vollkommenere Haupt-Quellengrundlage abgeben, als etwa heut die parteiische Histoire parlementaire von Büchez und Roux, die vielmehr eine Hauptträgerin der revolutionären Legende ist und z. B., trotz ihrer achtunddreißig Theile, das materielle Elend nur gelegentlich, und von 1795 ab sogar mit keiner Silbe berührt.

Schließlich bemerke und wiederhole ich, daß die Preisgebung der Legende und der grundsätzlichen Verherrlichungstendenz nur zum Heile Frankreichs gereichen kann; daß das Begehren nach einer durchaus wahrheitsgetreuen Darstellung der Revolutionszeit nicht das Geringste gemein hat mit ihrer universalhistorischen Würdigung; daß alle ihre Flecken und Schattenseiten, wären sie auch noch so stark und zahlreich, nicht im Stande sind, auch nur „im mindesten die weltgeschichtliche

Größe der Ereignisse zu verkleinern" (Vorwort zu Theil II). Das vorliegende Werk hat nun einmal die Aufgabe, einen Theil — nur einen Theil — der so lange verkannten oder verhüllten Schattenseiten der Revolution bloßzulegen; man wird daher nicht verlangen können, daß es, dieser Aufgabe entgegen, sich in aprosdionysischen Lobpreisungen ihrer Lichtseiten ergehe. Die weltgeschichtliche Bedeutung der französischen Revolution, die Stelle, die sie nach meiner Auffassung als ein Analogon der deutschen Reformationszeit in dem fortschreitenden Entwicklungsgesetz der Geschichte einnimmt, habe ich unzählige Male öffentlich in Rede und Schrift dargelegt. Wer über diese Seite der Frage meine Ansicht nicht kennt und Rechenschaft von mir darüber fordert oder fordern möchte, den darf ich billigerweise der Kürze halber — um mich mit Einem Citat zu begnügen — auf meine Aufsätze zur „Diagnose des gegenwärtigen Zeitalters" in der Züricher Monatsschrift vom Jahre 1856 verweisen.

Jena, den 24. April 1876.

Adolf Schmidt.

7. Blüthe des materiellen Elends in der letzten Zeit des Conventes.

(Schluß.)

Gipfelungen des Elends, Octoberaufstand und Ende des Conventes.

Das zweite Semester des Jahres 1795 bildete die trostlosen Erscheinungen des ersten nach allen Richtungen weiter aus. Gleich Anfangs Juli konnten die öffentlichen Behörden nicht umhin, die „Fortschritte der Theuerung" in ihren Berichten als „erschreckende" und „alle Grenzen überschreitende" zu bezeichnen. Wohl waren Eßwaaren in Menge öffentlich zum Verkauf ausgestellt; aber es war kein Gedanke daran, daß die Masse der Pariser Bevölkerung die Preise derselben hätte erschwingen können[1]). Die tägliche Brodvertheilung, auf welche die Bäcker noch immer bei Strafe ihre gewerbliche Thätigkeit beschränken mußten, gewährte für den Kopf nach wie vor im glücklichsten Falle nicht mehr wie 5 bis 6 Unzen[2]). Das reichte nur eben aus um vor dem Hungertode, nicht um vor den Qualen und den gesundheitswidrigen Folgen des Hungers zu schützen. Ein Ersatz auf anderem Wege war aber nicht erreichbar. Denn das Brod, das sonst noch von den Pastetenbäckern, von Landleuten und Krämern aller Art öffentlich verkauft wurde, kostete 16 Livres das Pfund[3]). Selbst den bestgestellten Arbeitern war es dergestalt nicht einmal möglich, mit ihrem gesammten Tageserwerb von 12 bis 15 Livres auch nur ein einziges Pfund Brod zu erstehen.

1) Tableaux 2, 362. — 2) 2, 365. — 3) 2, 362.

Wie unglücklich waren aber erst diejenigen daran, die weniger täglich erwarben oder die mit ihren Familien von Renten, Pensionen, Gehältern und Pächten leben sollten, die sie in Assignaten zum vollen Nennwerth empfingen! Und das war die große Mehrzahl der Bevölkerung.

Endlose Klagen machten sich daher bei allen Gelegenheiten und in tausendfachen Variationen Luft. Wo immer der Beobachter sich hinwandte, auf den Straßen, an den öffentlichen Orten, im Innern der Häuser — er hörte nichts als Jammern, Stöhnen und Seufzen, untermischt mit Verwünschungen oder Drohungen bedenklicher Natur. Die Arbeiter schienen entschlossen, sich auf die eine oder andere Weise Brod zu erzwingen [1]). Immer Mehrere wandten sich mit Widerwillen von Zuständen ab, die unter dem Namen der Republik deren Wesen zum Zerrbild machten. Man wies die officiell gebotene Anrede „Bürger" und „Bürgerin" mit Spott zurück, und mundfertigen Weibern gegenüber wurde es gefährlich, ihn zu gebrauchen [2]). Im Theater der Variétés führte man damals ein neues Stück auf, unter dem Titel „Der Wald von Bondy". In demselben kam eine Schilderung des trostlosen Zustandes der Gegenwart vor, worin Frankreich mit einem „zertrümmerten Gebäude" verglichen und den Architekten der Rath gegeben wurde, nur gar nicht „die Bruchsteine zu verzehren". Diese ganze Schilderung wurde von dem Publicum mit „absonderlicher Zustimmung" begleitet [3]). Die oberste Polizeibehörde aber nahm keinen Anstand, der Regierung zu erklären: Die allgemeine Aufregung über die maßlose „Theuerung der Lebensmittel" bilde einen „Vulcan, der früher oder später zum Ausbruch kommen werde" [4]).

Auch die militärischen Dienstverhältnisse und der permanente Kriegszustand steigerten die Noth und die Verzweiflung. Ueberall auf dem Lande fehlte es, trotz der reichen Ernte-

1) 2, 362—367. — 2) 2, 367; 379. — 3) 2, 362. — 4) 2, 364.

aussicht, den Bauern und Pächtern an Arbeitskräften; denn ihre eigenen Söhne waren seit drei und vier Jahren beim Heere und erlangten keinen Urlaub, während der Kriegsbedarf an Mannschaften auch die Zahl der ländlichen Arbeiter und Tagelöhner immer spärlicher machte[1]). Stärker denn je zuvor ging ein allgemeiner Friedensruf durch das Land. Und auch in Paris waren die Behörden unaufhörlich in der Lage zu berichten, daß der „allgemeine Friede der Gegenstand der heißesten Wünsche aller guten Bürger" sei, und daß man in ihm ein wesentliches „Correctiv" erblicke für die „grausamen Leiden" und die „schreckliche Lage" der Gegenwart[2]).

Das scheußliche Aufwogen der Papierfluth, die seit Anfang Juli jeden Monat zwei neue Milliarden Assignaten und mehr in Bewegung setzte, schwemmte vollends jeden Schimmer von Hoffnung fort. Und dabei waren alle gelegentlichen Finanzdecrete des Conventes nur angethan, Entrüstung oder Hohn hervorzurufen. Kraft des Gesetzes vom 16. Mai sollten, wie wir sahen, die königlichen Assignaten von 5 Livres und darüber nur noch binnen dreier Monate (also bis Mitte Auguſt) an Zahlungsstatt angenommen werden, und zwar lediglich beim Domänenverkauf und für Lotterielooſe, diejenigen zu 5 Livres überdies bei der Steuerleistung. Nun erließ der Convent am 11. Juli, als die Schädigung der kleinen Leute, der Arbeiter und der Armen schon vollbracht war, ein neues Decret, das für die Tilgung der königlichen Assignaten einen schonenderen Modus feststellte. Während des nächsten Monats sollten sie bei allen Zahlungen an den Staat angenommen werden, und während des folgenden noch ein Umtausch derselben bei den Steuereinnehmern zulässig sein; von da ab sollten sie aber jede Geltung verlieren und von keiner Casse mehr angenommen werden[3]). Allgemein wurde dieses Decret

1) 2, 367. — 2) 2, 380; 381. Vgl. 384; 388; 391. — 3) Galisset, 1, 1383.

von Seiten des Publicums verspottet; einestheils, hieß es, komme dasselbe zu spät, anderntheils würde das Umtauschgeschäft durch die Lässigkeiten und Vertrödelungen der Steuereinnehmer völlig vereitelt werden. Ein Journal, die „Politische Correspondenz", erklärte dreist: die Gesetzgeber seien „thörichte und corrumpirte Leute, die alle Laster und Mißbräuche der Amtsgewalt auf die Tagesordnung gebracht hätten, um den Raub, die Agiotage und den Bankerott zu heiligen"[1]).

Inmitten der Lebensnöthe war es noch als ein verhältnißmäßiges Glück zu erachten, daß das Steigen der Preise nicht gleichen Schritt hielt mit dem Sinken der Assignaten. Ja, je mehr die letzteren fielen, desto unausführbarer wurde die völlige Ausgleichung und desto größer die Differenz zwischen Preis und Curs. Im Allgemeinen blieb der Preis hinter dem Curse um 3 bis 10 % zurück. Dieser Unterschied war kein allzu auffallender gewesen, als die Assignaten noch, wie im Januar, 20 % galten, beim Ankauf von Waaren aber durchschnittlich zu 27 % zu verwerthen waren[2]). Er mußte aber als ein klaffender erscheinen, wenn er trotz des immer tieferen Sinkens der Assignaten bestehen blieb. Und doch war dem so. Als Mitte Juli die Assignaten nur noch $3\frac{1}{2}$ % galten, kostete in Paris der Scheffel neuer Kartoffeln 45—50 Livres, 1 Litron ($\frac{1}{16}$ Scheffel) Erbsen 5, 1 Litron Bohnen $2\frac{3}{4}$, das Pfund Butter 14, das Tausend Eier 230, 1 Dutzend Brier Käse 420, 1 Fuhre Floßholz 255—275, und 1 Fuhre frisches Holz 325—350 Livres[3]). Es leuchtet ein, daß, nach normalen Verhältnissen bemessen, diese Preise so gestellt waren, wie wenn die Assignaten nicht $3\frac{1}{2}$, sondern noch 6 bis 14 % gegolten hätten, d. h. eben etwa 3 bis 10 % mehr als in der Cursrechnung.

Daher kam es, daß reisende Ausländer, weil sie für jeden

1) Tableaux 2, 367. — 2) S. oben Th. II. S. 216. — 3) Tableaux 2, 370. Vgl. oben Th. II. S. 222 u. 227.

ihrer mitgebrachten Louisd'or zu 24 Silberlivres eine Fluth von 1200 bis 1500 Livres in Assignaten einlösen konnten, alles in Paris billig, vieles sogar spottwohlfeil fanden, und das Wesen der herrschenden Theuerung gar nicht erkannten[1]). Sie gewahrten oder beachteten nicht, daß 100 Livres Assignaten in den Händen der verschiedenen Volksklassen einen ganz verschiedenen Werth darstellten. Mitte Juli, als der Louisd'or etwa 1200 Livres galt, war der Münzwerth von 100 Livres Assignaten für den Goldagioteur gleich 2 Livres; für den Silberagioteur gleich $3^1/_2$; für die mannigfachen Arten der Waarenverkäufer gleich 6 oder 7 bis 13 und 14; für die verschiedenen Kategorien der Arbeiter — weil sie bei der Löhnung in Assignaten nur das Sechs- oder Vierfache, oder gar nur das Doppelte des früheren Münzsatzes erhielten — gleich $16^2/_3$ oder 25 bis 50; und endlich für die Empfänger von Renten, Pensionen, Gehältern und Pächten — weil sie die Assignaten al pari annehmen mußten — gleich 100 Silberlivres. Ein Pfund Butter zu dem damaligen Preise von 14 Livres in Assignaten brachte daher dem Verkäufer nach *seiner* Rechnung, d. h. nach *seinen* Mitteln der Assignatenverwerthung circa $1^1/_2$—2 Silberlivres ein; von den Käufern bezahlte es aber nach *seiner* Rechnung der Goldagioteur gleichwie der Fremde nur mit 6 Sous Münze, der Silberagioteur nur mit 10 Sous, die verschiedenen Arten der Handel- und Gewerbtreibenden mit 1—2 Silberlivres, die verschiedenen Arten der Arbeiter dagegen nach *ihrer* Rechnung mit $2^1/_3$ und 3 bis 7 Livres Münze, und die Empfänger von Renten, Pensionen, Gehältern oder Pächten sogar mit vollen 14 Livres Münzwerth.

Hieraus ergiebt sich eine Reihe der eigenthümlichsten Gesichtspunkte. Erstens: *Dieselben* Preise, die für die Reichen, die Agioteure und die Fremden „spottwohlfeil" erscheinen durften, waren für die Arbeiter, die Rentner, die Beamten u. s. w.,

1) S. z. B. Frankreich im J. 1795. 3, 82. Vgl. weiter unten.

überhaupt für die große Mehrzahl der Pariser Bevölkerung, in der That „unerschwinglich theuer". Zweitens: Dasselbe Quantum von 100 Livres Assignaten, das der Goldagioteur und der Fremde beim Wechseln für 2 Livres Münze einnahm, und beim Ankauf von Waaren für 6—14 Livres Münze, d. h. zu einem 3- bis 7fach höheren Werthe verausgabte, mußte der Arbeiter, der Rentner u. s. w. bei der Einnahme sich zu 25, zu 50, ja zu 100 Livres Münze anrechnen lassen und doch beim Ankauf von Waaren ebenfalls für 6—14 Livres Münze, d. h. zu einem 4- bis 8- und 16fach geringeren Werthe verausgaben. Drittens: Das Pfund Butter, das der Goldagioteur und der Fremde in Wahrheit für 6 Sous Münze erstand, mußte bei dem gleichen Verkäufer, sowie bei gleicher Qualität und bei dem gleichen Preise in Assignaten, dennoch thatsächlich der Arbeiter 10—26 mal, der Rentner u. s. w. 46 mal theurer bezahlen. Viertens: Die Reichsten lebten damals in Paris am billigsten, und die Aermsten am theuersten; denn die Reichen zahlten mittelst der gleichen Summe factisch einen überaus geringen, die Armen einen überaus hohen Preis.

Kein Wunder, wenn die Stimmung der ungeheueren Mehrzahl der Bevölkerung stetig an Bitterkeit und Schärfe zunahm. Man verwünschte auf Tritt und Schritt die Agiotage, die Selbstsucht der Bauern, die Habgier der Kaufleute. Die Agiotage, hieß es, zerstöre jedes Fünkchen von „Vertrauen"; kraft derselben trachte man nur sich „gegenseitig zu betrügen", zu „vernichten", und „das Elend durch Umtriebe auszubeuten"; alle „Redlichkeit sei abhanden gekommen". Die „einzige Rettung" sei „die Wiederherstellung der Zünfte, zumal in den großen Städten"; dann werde man „nicht mehr das Schauspiel erleben, daß Perrückenmacher Bohnen verkauften u. dgl. mehr". Die Stimmung war der Art, daß die Kaufleute eine „Plünderung" befürchteten, die Behörden aber eine „Revolution der Verzweiflung", welche leicht in eine „contrerevolutionäre Bewegung"

ausarten könne. Denn die Regierung wurde als die „Urheberin aller Uebel“ angeklagt; auch sei „nichts gewisser“, hieß es, als daß die Mitglieder derselben sich mit dem „Aufkauf von Getreide“ befaßt hätten und „nunmehr das Brod so überaus theuer verkaufen ließen“ [1]). Ein Skandal sonder Gleichen schien diese Beschuldigung zu erhärten. Es verlautete, daß in der Rue Montmartre Weißbrod zu 20 Livres das Pfund verkauft werde, und daß der Verkäufer nicht etwa ein beliebiger Privatmann, sondern der Diener des Volksvertreters Dubois-Crancé sei. Die polizeiliche Untersuchung stellte heraus, daß die Angabe im Wesentlichen vollkommen richtig sei; nur daß der Verkauf nicht in der Rue Montmartre, sondern in der Rue Neuve des Petits-Champs stattfinde, und daß der Diener des genannten Abgeordneten angeblich das Brod, das er ganz „öffentlich zu 15 und 18 Livres verkaufe“, aus „der Beauce, seinem Heimathslande“ kommen lasse [2]).

Während das Elend außerhalb der Thore von Paris die Diebstähle auf den Feldern und den Landstraßen vervielfachte und namentlich zum Aufschneiden der gefüllten Säcke antrieb, ohne daß sich die Gensdarmerie um die Erhaltung der Sicherheit gekümmert hätte [3]), boten Armuth und Theuerung innerhalb der Thore den politischen Aufwiegelungen in der That neuerdings willkommene Anknüpfungspunkte dar. Ueberall tauchten wieder royalistische Gesinnungen und Manifestationen auf. Bald hieß es: „Nicht eher werde die Trübsal in Frankreich aufhören, als bis es wieder einen König gebe“; bald prophezeite man im Hinblick auf die Vendée: „Es werde ein großer Schlag erfolgen, der über das Schicksal Aller entscheiden werde“ [4]).

Am 26. Juli faßte ein Tagesbericht die Lage der Dinge also zusammen: „Eine reißende Betriebsamkeit der Agioteure in

1) Tableaux 2, 364; 368; 370; 373 f. — 2) 2, 374; 376. — 3) 2, 377. — 4) 2, 366; 375; 378.

ihrem schändlichen Gewerbe, eine ebenso maßlose wie empörende Theuerung aller Gegenstände, eine schroff hervortretende Verachtung des Papiergeldes, das mit jedem Augenblick tiefer in Mißcredit verfällt, allgemeine Reclamationen gegen die schlechte und gesundheitsschädliche Eigenschaft des Brodes seit mehreren Tagen, eine gründliche Entrüstung gegen die Aufkäufer, die Pächter und die Verpflegungsagenten, Klagen und Murren gegen die Regierung, sowie Sehnsucht der guten Bürger nach einer besseren Ordnung der Dinge — das ist der Geist des Tages". In den Gruppen hieß es: „Wenn nicht binnen einigen Tagen der Ueberfluß wiederkehrt, wie es die Journale verkünden, und wenn wir noch einmal betrogen werden, so schwören wir, daß unser letztes Erwachen ein schreckliches sein wird" [1]). Winzer, Bauern, Pächter, Kaufleute — alle weigerten sich Assignaten anzunehmen, oder nahmen sie nur mit Hohn und Widerwillen an. „In drei Monaten", hieß es, „würden die Assignaten nur noch als Schnupftücher dienen". [2]) Verschiedene auf Mission befindliche Abgeordnete in Brüssel und anderwärts erklärten, daß daselbst der Curs derselben bereits auf $2^1/_2$ % herabgesunken sei [3]), während er sich in Paris noch auf $3^1/_2$ erhielt.

Zwar gewann es grade in diesen Tagen den Anschein, als wolle sich in der That eine bessere Aussicht in die Zukunft eröffnen; der gute Ernteстand bewirkte nämlich ein theilweises Sinken einiger Lebensmittelpreise. Das Brod wurde freilich noch immer in den Umgebungen des Palais-Royal zu 15 und 16 Livres das Pfund verkauft; aber hier und da bot man es auch zu $7^1/_2$ Livres aus. In der Section der Freiheitsmütze ging sogar das Gerücht um, daß bei der Brodvertheilung am 27. Juli jeder Bürger ein ganzes Pfund erhalten werde, — eine Hoffnung, die sicher sich nicht erfüllte. Wohl aber ging der Scheffel Kartoffeln auf 20—24 Livres herab,

1) 2, 377. — 2) 2, 378; 382. — 3) 2, 375.

der Litron Erbsen auf $3^1/_2$, und der Litron Bohnen auf $2^1/_2$ Livres[1]).

Allein der Traum von einer bessern Zukunft zerfloß gleichsam über Nacht. Zunächst wurde der Vortheil jener vereinzelten Preisermäßigungen dadurch aufgewogen, daß die Preise anderer Artikel gleichzeitig nur desto beträchtlicher stiegen; so z. B. das Tausend Eier auf 800 Livres, das Pfund Butter erster Qualität auf 17 Livres, während das Pfund vom besten Fleisch 8 Livres galt; das Floßholz stieg auf 320—360, das frische auf 420—460 Livres, das feine Gold auf 3300. Dies „Schwanken in dem Preise aller Dinge" erklärte sich, wie ein deutscher Beobachter sehr richtig bemerkt, aus dem „schwankenden Werth des Geldes", der „jede vernünftige Handelsspeculation unmöglich machte; Jeder, der Papier hatte, suchte es nur schnell in leicht zu verkaufende Waaren zu realisiren und verkaufte diese nur wieder, um augenblicklich das daraus gezogene Geld vortheilhafter in anderen Waaren anzulegen; auf diese Weise circulirten eine Menge Vorräthe ohne von Jemandem benutzt zu werden, und das Geld schaffte nur wenig neue Vorräthe herbei". Die Agiotage wurde trotz aller Verbote massenhaft betrieben, besonders im Garten des Palais-Royal, und zum Theil von Personen, die notorisch vor der Revolution zu den völlig Besitzlosen gehörten[2]). Auch „die Rentner", sagt jener Augenzeuge, „sowie alle diejenigen, die ein festes Einkommen hatten, mußten, um nur bestehen zu können, sich auf's Kaufen und Verkaufen einlassen", und die von Einigen „schnell erworbenen Reichthümer dienten allen Klassen der Bürger zu unwiderstehlich gefährlichen Beispielen"; gegen diese „schrecklichen, aber in der Natur der Sache gegründeten Mißbräuche gab und giebt es nur ein einziges Mittel: die Einführung eines *festen* Geldes, und dies ist nicht eher möglich, als nach geschlossenem allgemeinen Frieden".

1) 2, 378 ist statt 20 s. zu lesen 10 s. — 2) 2, 378 f.; 382.

Unter solchen Umständen mußte jede Hoffnung sich als trügerisch erweisen, die von einer dauernden Preisermäßigung, von einer Abnahme der Brodtheuerung und von der Zunahme der Tagesrationen träumte. Die Pächter, obwohl sie „alles im Ueberfluß besaßen", weigerten sich beharrlich „gegen Papier zu verkaufen", und nach wie vor „sah man sich genöthigt, eine kärgliche Zufuhr aus der Fremde vermittelst diebischer Agenten zu ungeheueren Wucherpreisen zu bezahlen". Schon in den letzten Tagen des Juli erklärten die Polizeiberichte einmüthig: die „Preise der Lebensmittel und Waaren" seien in „schamloser Steigerung" begriffen; nehme diese „verwüstende Geißel nicht ein sehr baldiges Ende", so müsse man „sehr verhängnißvolle Wirkungen befürchten"; überall im Publicum werde die Klage vernommen, daß man sich „weder mehr zu nähren, noch zu kleiden vermöge"[1]).

Die gesetzgeberische Wirksamkeit lag natürlich im Argen; es war so zu sagen ein reiner Zufall, ob die Gesetze, mit deren Berathung der Convent sich die Zeit vertrieb, zur Anwendung kamen oder nicht, ob sie ganz oder theilweise, hier und da oder nirgend ausgeführt wurden. Um das Scalagesetz vom 21. Juni kümmerte sich nach einigen Wochen Niemand mehr, und der Convent selber nicht. Am 21. Juli erließ er vielmehr ein neues Gesetz, nach welchem die Grundsteuer, und zwar gemäß den Grundlagen für 1793, sowie die Pächte, künftig zur Hälfte in Naturalien und zur Hälfte „in Assignaten zum Nennwerth" entrichtet werden sollten[2]). Das Wichtigste war die Eingangsbestimmung, kraft welcher „alle Korn-Requisitionen abgeschafft" wurden, jedoch in der Weise, daß sie erst vom 1. Vendemiaire (23. Sept. 1795) an nicht mehr

1) Frankreich im J. 1795. 3, 373 f. Tableaux 2, 379 f. — 2) Galisset 1, 1385. Das Referat in „Frankreich im J. 1795". 3, 373 ist irrig; es handelte sich weder um das Jahr „1791" noch um Anwendung der „Proportions-Leiter".

ſtatt haben ſollten. Dieſe Beſtimmung, deren Ausführung ausnahmsweiſe leicht war, weil es auf eine bloße Unterkaſſung von Seiten der Conventsausſchüſſe ankam, war von der Ausſicht auf die günſtige Ernte eingegeben worden. Gegen Ende Juli gebar die verzweiflungsvolle Verlegenheit des Conventes den ſeltſamen Gedanken, eine gleichförmige Regulirung der Lebensmittelpreiſe auf Grund jener morſchen Proportionsſcala herzuſtellen[1]). Das war wohl die letzte Reminiscenz in Bezug auf das Scalageſetz. Natürlich verendete dieſer Gedanke in den Windeln. Obgleich das Publicum in ſeinen Nöthen die Durchführung deſſelben gewünſcht, und obwohl man ſich mit der Hoffnung geſchmeichelt hatte, daß er mit der „Handelsfreiheit", wenigſtens mit einer „ehrenhaften" in „Uebereinſtimmung" gebracht werden könne: ſo leuchtet es doch ein, daß man damit nur zu einer neuen Variation des Maximums zurückgekehrt wäre, und daß der Handelsſtand ſich keinem derartigen Experiment hätte fügen können, weil keine Scala im Stande war, der fortſchreitenden Entwerthung der Aſſignaten Einhalt zu thun.

Mit dem Auguſt geſtaltete ſich das Anſehen von Paris im wahrſten Wortſinne immer düſterer. Der „Mangel an Licht" war ſo allgemein und unüberwindlich, daß beim Anbruch der Dämmerung die „ſämmtlichen Läden geſchloſſen" wurden. Und dabei lebte man, wie wir ſchon ſahen, in ſteten Aengſten vor maſſenhaften „Diebſtählen und Mordthaten", für welche dieſe „Finſterniß" ein Schutz und ein Förderniß war[2]). Hand in Hand damit ging ein furchtbares Aufwogen der Bettelei. Ueberall auf den Straßen, am Tage und vornehmlich Abends, wurden die Vorübergehenden durch „große Schaaren" von Bettlern überfallen, die „zuſehends ſich vermehrten"[3]). Andererſeits verließen immer zahlreichere Be-

1) Tableaux 2, 380 f.; 387. — 2) 2, 381. Vgl. oben Th. I. S. 28. — 3) 2, 385.

wohner der Hauptstadt, namentlich Arbeiter, ihren bisherigen Lebensberuf und ihre Werkstätten, um sich der Agiotage zu ergeben, weil ihre bisherige Thätigkeit sie nicht mehr nährte. Die Arbeiter wurden deshalb im Convent denuncirt. In Folge dessen fand am 6. August Abends 8 Uhr eine große Arbeiterversammlung an der Porte St. Martin statt. Auf das Energischste suchte man sich hier, gegenüber dem Vorwurf der Agiotage, zu rechtfertigen. „Wir sind dazu", hieß es, „gezwungen! Können wir denn mit 12 Livres täglichen Erwerbes uns ein Pfund Brod zu 15 Livres kaufen? Gebe man uns ausreichend Brod, und wir werden unsere Arbeit wieder aufnehmen."[1])

Trotz der reichlichen Ernte kam nämlich die tägliche Brodvertheilung noch immer nicht über die Ration von höchstens einem halben Pfunde hinaus. Das öffentlich feilgebotene Brod aber, gleichwie die Mehrzahl der übrigen Lebensbedürfnisse, blieb bei der fortdauernden Theuerung nur den Bemittelten zugänglich. Einige Waarenpreise schlugen zwar im „Großhandel" ziemlich beträchtlich ab, im „Kleinhandel" jedoch machte sich dies „durchaus nicht fühlbar"[2]). Auch preßte die Lage der Dinge den Polizeibehörden das charakteristische Geständniß ab: „Fast jeder Einzelne erdulde" unter den dermaligen „äußerst peinlichen" und „schrecklichen Umständen" so „grausame Leiden", daß deren Schilderung „angethan sei, das Mitleid aller gefühlvollen Seelen zu erregen"[3]). Die öffentlichen Angelegenheiten begegneten im Publicum einer allgemeinen Theilnahmlosigkeit. Denn die Einen, die Speculanten und Agioteure aller Klassen, dachten nur an Hausse und Baisse; die Anderen aber nur an ihre Drangsal, an ihre Lebensnothdurft. Immer und immer vernahm man die Klage: „Alles zum Leben Nöthige umgiebt uns, und dennoch muß man vor Hunger sterben"[4]).

1) 2, 385 f. — 2) 2, 385; 387. Vgl. 382. — 3) 2, 381; 383 f. — 4) 2, 384.

In Betreff „vieler Artikel" zweiten und dritten Ranges, wie Oel, Talg, Leder, Hanf u. s. w., schrieb man nicht mit Unrecht die maßlose Theuerung zum Theil den Regierungsagenten zu, welche überall die Vorräthe derselben aufzukaufen beflissen waren[1]). Man beschuldigte sie aber auch, die Bedürfnisse ersten Ranges, das Brod und die übrigen Nahrungsmittel, durch ihre Aufkäufe zu verscheuchen und zu vertheuern. Die große Mehrzahl vernahm daher mit Befriedigung das den Thatsachen weit voraneilende Gerücht, daß es den Bäckern wieder gestattet werden würde, sich selbst mit Mehl zu versorgen und den Brodverkauf für eigene Rechnung zu betreiben, und daß die Verpflegungsausschüsse ganz aufgehoben werden sollten. Man war umsomehr damit einverstanden, als die Ueberzeugung allgemein war, daß die Mitglieder dieser Ausschüsse selbst Aufkäufer und Agioteure seien. In der That konnte man „viele große Gebäude" bezeichnen, die nicht als Staatsmagazine dienten und dennoch mit Wein, Licht, Oel und anderen Artikeln ganz angefüllt waren[2]). Ein Capital in Waaren war eben für Jedermann ein unvergleichlich reellerer Besitz, als das größte Capital in Assignaten.

Wie gewöhnlich wurde das Fest des 10. August, das Fest des Thronumsturzes, officiell mit großem Pomp gefeiert. Aber im Publicum rief diese Feier nur den tiefsten Unwillen wach. Theils benahm es sich „sehr kühl", theils erging es sich in hämischen Bemerkungen und Ausrufen. Die Weiber in der Halle meinten: „Es thäte besser, sich mit der Preisverringerung der Lebensmittel zu beschäftigen, als unnütze und kostspielige Feste zu geben". An den öffentlichen Orten trug man eine „große Gleichgültigkeit" zur Schau und erklärte einmüthig: „Das sei nicht der Augenblick, sich der Freude hinzugeben, wenn sich überall das Elend fühlbar mache." Zu dem Concert im Tuileriengarten, Abends 6 Uhr, fand sich eine außerordentliche Menschenmenge ein, die sich im Ganzen sehr ruhig ver-

1) 2, 382. — 2) 2, 386 f.

hielt; als aber das Ça ira gespielt wurde, da erschallte der vielstimmige parodirende Ruf: „Ça ira mieux encore (Es wird noch besser gehen), wenn man uns das Pfund Brod verabreicht", und aus der Menge ertönte hierauf das vielseitige Echo: „Sehr wahr! sehr wahr!" In der Rue St. Honoré wurde ein Volksvertreter in der Amtstracht gröblich vom Publicum insultirt, das ihm u. A. zurief: „Gebt uns lieber Brod als Musik und Concerte". In den Gruppen hieß es: „Die Volksvertreter jubeln heut, ihnen allein hat die Revolution Vortheil gebracht; wir aber haben weder Brod noch Mittel, uns beim Herannahen des Winters mit Holz und Kohlen zu versehen." Auf dem Platz des Palais-Royal, wo nach wie vor das Pfund Brod zu 15 Livres verkauft ward, hörte man von vielen Seiten Aeußerungen wie die: „Besser sei es noch unter Robespierre gewesen; damals habe der Convent sich wenigstens um die Unglücklichen gekümmert; jetzt aber lasse man sie vor Nahrungsmangel unter langsamen Qualen sterben, während die Volksvertreter zechen, schlingen und sich bereichern auf Kosten des Volkes" [1].

Die Polizeiverwaltung führte das Bild der Entbehrungen, die dieser Volksstimmung zu Grunde lagen, unausgesetzt der Regierung vor Augen. „Die Gemüther", berichtete sie am 12. August, „sind fortdauernd auf das Lebhafteste beunruhigt; denn es ist nur noch mit sehr großen Kosten möglich, sich Nahrung zu verschaffen. Durch diese endlosen Drangsale werden drei Viertheile der Gesellschaft auf das Aeußerste heimgesucht; die große Mehrzahl hat bereits ihre Möbel und Effekten verkauft, und in dem Unvermögen, noch länger gegen das Unglück anringen zu können, überlassen sich die Einen der Wehklage und der Verzweiflung oder sterben vor Noth, während sich die Anderen, deren Zahl von Augenblick zu Augenblick wächst, nur

1) 2, 388 f.

durch die Agiotage zu erhalten vermögen. Aus dieser Räuberei geht ein Wetteifer im Betrügen und Belügen hervor, der keine Grenzen kennt und in jedem Moment die Preise der Lebensmittel steigert, das Papier aber in erschreckender Weise entwerthet“ [1]).

Oeffentlich und „im Innern der Häuser“, in den Gruppen, auf Plätzen und Straßen wie in den Hallen und auf den Märkten, hörte man die gleichen Schmerzensrufe über die Theuerung und die gleichen Zornergüsse gegen die Verpflegungscommission und gegen den Convent. Die Gesetzgeber, hieß es, besäßen keine „Menschenliebe“ mehr; sie dächten nur an ihre „Privatvortheile“ und „wiegten sich in Schlaf ein über das Schicksal der Republik“. Der Convent, sagte man wörtlich, „nachdem er unsere Väter, Mütter und Brüder hat erwürgen lassen, läßt uns nun unsererseits Hungers sterben“. Allgemein sehnte man sich nach der „Rückkehr des Friedens“ und nach einer „dauerhaften Verfassung“. Daher verlangte man: die Volksvertreter sollten „lieber dauerhafte Gesetze geben, als sich mit wenig interessanten Debatten unterhalten“; ihre „Reden“ seien Wortgefechte, die nicht zu Thaten führten. In vielen Gruppen des Tuileriengartens und des Palais-Royal sprach man ganz offen von der „Wiederherstellung des Königthums“. Der stete Schlußsatz der Unterhaltungen war: „Einen König oder Brod.“ Und von allen Seiten ward prophezeit: „In Kurzem wird man Neues in Paris erleben; an dem Tage wird der Convent sein großes Costüm anlegen können.“ [2])

Allabendlich, wenn die Zeitungsträger das Sitzungsresultat verkündeten, wurden sie von der Menge umringt und hastig ausgefragt, ob ein Decret über die Lebensmittelpreise gegeben sei. Und auf die verneinende Auskunft zog man sich enttäuscht und unter Grollausbrüchen gegen den Convent zurück. Denn „viele Familien“ wußten in ihrer „Verzweiflung“ nicht mehr

1) 2, 389 f. — 2) 2, 390 f.

wo aus noch ein. Das Verlangen nach Brod nahm immer allgemeiner den Charakter ungestümer Drohung an; die Arbeiter zumal verkündeten laut: wenn trotz der reichen Ernte „die Brodportionen nicht vermehrt und die Waarenpreise nicht ermäßigt würden, dann werde die Geduld zu Ende sein; es sei hohe Zeit, daß der Convent erwache“ [1]).

Da ermannte sich am 14. August, zwar nicht der Convent, aber die Regierung zu einer — That. Der Wohlfahrtsausschuß beschloß an diesem Tage eine Verordnung, welche demnächst eine allgemeine außerordentliche Vertheilung von Lebensbedürfnissen zu mäßigen Preisen, und in Monatsfrist darnach eine zweite unter gleichen Bedingungen verhieß [2]). Der Ausschuß ging von dem Bekenntniß aus, daß die Vorräthe an Lebensmitteln in den Staatsmagazinen von Paris es gestatteten, „der bedürftigen Klasse der Bürger und den wenig bemittelten öffentlichen Beamten, Angestellten, Rentnern und Pensionären zu Hülfe zu kommen“. Zu dem Ende sollten der Verpflegungsagentur von Paris in den öffentlichen Magazinen folgende Artikel zur Verfügung gestellt werden: Stockfisch, Häringe und Eingesalzenes; geweißter Rohzucker oder Farinzucker; Brennöl und Speiseöl; endlich Seife, Talg und Baumwollengarn (zu Dochten). Schon diese Auswahl der Artikel mußte indeß als eine seltsame erscheinen; denn in Betreff der eigentlichen Nahrungsmittel kam es weit mehr, außer auf Brod und Fleisch, namentlich auf Mehl, Butter, Käse, Gemüse, Reis und andere Hülsenfrüchte an; ferner nicht bloß auf Erleuchtungs-, sondern auch auf Brennmaterialien, auf Holz und Kohlen. Die Preise waren, im Verhältniß zum Curs der Assignaten, allerdings mäßig angesetzt: das Pfund Zucker, ebenso wie Speise- und Brennöl, Seife, Licht oder Talg, sollte 10 Livres in Assignaten kosten, d. i. nach dem Curse von 3 Procent = 6 Sous Münze; das Pfund Stock-

1) 2, 392. — 2) Moniteur vom 28. Aug. 1795 (25, 578 f.).

fisch und Häringe $3^1/_4$ Livres in Assignaten, d. i. 2 Sous Münze. Allein wir haben gesehen, daß solche Preise nur eben für diejenigen billig waren, welche die Assignaten zum Tagescurse einnahmen, dagegen theuer und überaus theuer für alle Klassen von Arbeitern, die je 10 Livres in Assignaten als Aequivalent für $1^2/_3$ bis 5 Livres in Münze annehmen mußten; vollends aber exorbitant und unerschwinglich für die Masse der gänzlich Armen und für alle jene Volksklassen, welche die Assignaten zum Paricurse anzunehmen genöthigt waren.

Im Uebrigen entsprachen die Anordnungen meist früheren Vorgängen. Die verschiedenen Artikel sollten bei den dazu ausgewählten Spezereihändlern und Kaufleuten deponirt und in den Läden derselben an die Empfangsberechtigten verkauft werden. Jeder Berechtigte sollte zu seiner Legitimation eine besondere Karte als Anweisung auf die ihm zugewiesene Quote erhalten. Als Berechtigte, mithin als „Bedürftige" galten — und dies eröffnet einen tiefen Blick in die grauenvollen Zustände — außer der ganzen Masse der Rentner, Pensionäre und Beamten, alle diejenigen Bürger, die nach der Steuerrolle von 1793 einen Steuerbetrag bis zu 150 Livres einschließlich zu entrichten hatten. Die Vertheilungsquoten sollten nach den finanziellen Verhältnissen der Empfänger gemodelt und demnach vier Abstufungen gebildet werden: 1) diejenigen Bürger, deren Steuersatz 80 bis 150 Livres betrug; 2) die mit 40 bis 80 Livres Besteuerten; 3) die Steuerpflichtigen zum Satze von 20 bis 40 Livres, und endlich 4) diejenigen, die gar nicht oder höchstens bis zu 20 Livres einschließlich besteuert waren. Den Bürgern der erstgenannten Klasse wurde für die angekündigte Vertheilung in Aussicht gestellt: 1 Pfd. Zucker, $^1/_2$ Pfd. Speiseöl, $^1/_2$ Pfd. Brennöl, 1 Pfd. Seife, 1 Pfd. Licht oder Talg, 4 Pfd. Stockfisch oder Häringe. Jede der drei folgenden Klassen sollte ein Viertel mehr empfangen, als die unmittelbar vorangehende. Der Schein der Gerechtigkeit wurde indeß schon dadurch wieder aufgehoben, daß für alle

vier Klassen ohne Unterschied die gleichen d. h. die oben vermerkten Preise galten; überdies aber durch die Thatsache, daß die finanziellen Verhältnisse aller einzelnen Bürger sich seit 1793 total verändert und meist sehr verschlimmert hatten, daß eine thatsächliche Steuerleistung — die als Probe hätte dienen können — so gut wie gar nicht mehr stattfand, und daß mithin die Steuerrolle jenes Jahres nichts weniger als einen richtigen und gerechten Anhalt bot.

Es war unter diesen Umständen eine gründliche Selbsttäuschung der Regierung, wenn sie vermeinte, mittelst einer derartigen außerordentlichen Vertheilung, auch falls sie wirklich nach Monatsfrist sich wiederholte, dem Elend der „bedürftigen Klasse" steuern zu können. Und es war eine eben so gründliche Selbsttäuschung, wenn sie dabei ausgesprochenermaßen des Glaubens lebte, als vermöge sie durch solche vereinzelte Maßnahmen, der „Agiotage" zum Trotz, „den ausschweifenden Preis aller Lebensbedürfnisse herabzudrücken". Auch zeigte es sich sehr bald, daß das Publicum in diesem sofort durch Anschlag verkündeten Experiment allerbesten Falles nur eine wohlmeinende Illusion erblickte.

Schon am 17. August meldete die Polizei: „Die Verordnung des Wohlfahrtsausschusses, weit entfernt, die glücklichen Wirkungen zu erzeugen, die man davon erwartete, macht im Gegentheil nur sehr wenig Eindruck auf das Publicum. Man sagt: Statt dieser halben Maßregeln, die in keiner Beziehung Abhülfe bringen, würde der Convent bei weitem besser daran thun, allgemeine zu ergreifen. Das Publicum sieht mit Kummer, daß die Verordnung durch einen Ausschuß erlassen ist, dessen Mitgliedern es an nichts gebricht; sie thäten besser, sagt man, jedem Einzelnen einen Theil ihrer Assignaten zu geben, denn der Preis, zu dem die Lebensmittel angesetzt sind, zeigt zur Genüge, daß er nicht von Volksvertretern bestimmt ward, die Familienväter sind. Die Weiber betrachten die in dem Anschlag verkündeten Verheißungen als trügerisch

und nur gemacht, um einzuschläfern. Das Publicum, kein Ende seiner Leiden absehend, verliert den Muth, erscheint traurig und murrt in seiner Unzufriedenheit gegen die Republik und gegen die Regierenden. Oftmals hört man sagen, daß die Hälfte der Conventsmitglieder sich der Agiotage hingiebt, und daß dergestalt das Unheil sich nur verlängern und verschlimmern kann." Viele Bürger erkannten zwar die wohlmeinende Absicht der Maßregeln an, behaupteten aber, daß die dadurch erzielten „Hülfsleistungen nur in der Einbildung bestehen würden, weil die Förmlichkeiten, die geschäftlichen Verschleppungen der Sectionen, und endlich die Hindernisse, auf die man bei jedem Schritt stoßen werde, die Bürger zurückschrecken und der verheißenen Vortheile berauben würden". Andere beklagten auf das Bitterste ihre Lage. „Wenn sich — sagten sie — die Dinge nicht ändern, trotz aller der Opfer, die wir gebracht haben: so wird kein anderes Heilmittel für unsere Leiden bleiben als der Tod." [1])

Die gleichen Stimmungen fanden auch in dem Bericht vom 18. ihren Ausdruck. Die Verordnung hatte darnach die „Wünsche des Volkes" durchaus „nicht befriedigt"; denn nicht auf Zucker, Oel und Stockfisch waren sie gerichtet, sondern vor allem auf Brod. Und doch blieb dasselbe bei der Vertheilung so unzureichend und im freien Verkauf so „ausschweifend" theuer, wie zuvor. „Von allen Seiten schrie man, daß es kein Mittel mehr gebe, sich am Leben zu erhalten." Man wünschte die „gute Zeit" herbei, wo es wieder „möglich sei, vierpfündige Brode zu kaufen". Man sehnte sich danach, „es nicht mehr mit so vielen Herren zu thun zu haben, welche die Bürger zu Grunde richten" oder theilnahmlos „umkommen lassen" [2]).

Ob die Verordnung vom 14. August zur Ausführung gelangte, ob es zu einer einmaligen Vertheilung im obigen

1) Tableaux 2, 394. — 2) 2, 396.

Sinne oder zu einer zweimaligen oder zu gar keiner kam, habe ich nicht ermitteln können. Fast sollte man meinen, daß die ganze Maßregel in dem Wust der einleitenden Formalitäten und Vorarbeiten stecken geblieben sei, da selbst die Tagesberichte der Polizei mit keiner Silbe ihrer Ausführung gedenken. Auf alle Fälle aber bezeugt diese Thatsache, daß die Maßregel, selbst wenn sie verwirklicht ward, völlig bedeutungslos für das herrschende Elend war und gleichsam spurlos an ihm vorüber ging.

Gewiß ist auch, daß die „ausschweifenden Preise" der Lebensmittel nicht nur nicht gehemmt, sondern vielmehr noch durch das weitere Sinken der Assignaten gefördert wurden. Grade in jenen Tagen gingen die letzteren auf $2^1/_2$ % herab, sodaß das Publicum klagte: „Der Convent will das Volk von Neuem zur Empörung drängen; denn es geschieht nichts um der Entwerthung der Assignaten Einhalt zu thun, obwohl sie die Quelle unseres Unglücks ist." [1])

Am meisten litten unter der Entwerthung die großen Assignaten zu 10,000 Livres. Die Schwierigkeiten bei der Escomptirung derselben bedingten für den Inhaber enorme Verluste, und verzögerten zudem alle Handelsgeschäfte. Am 1. August war nun zwar die Emission von Assignaten zu 2000 Livres decretirt worden, um die zu 10,000 einzulösen. Aber erst nach 14 Tagen wurde eine Einlösungsstelle eröffnet, während das Publicum deren mehrere begehrte. Die Folge war, daß die wucherische Escomptirung durch die Agiotage ihren Fortgang nahm; sie wurde besonders von Weibern betrieben, die im Verdachte standen, durch die Angestellten des Schatzamtes damit beauftragt zu sein. [2])

Ueberall war unter diesen Umständen von nichts Anderem die Rede, als von den verheerenden Wirkungen des Mißcredits der Assignaten, von der Zerrüttung aller Vermögens-

1) 2, 393. — 2) 2, 383; 392 f. Galisset 1, 1390.

verhältnisse, von der Wucht der Qualen und Sorgen, die seit so langer Zeit auf dem Volke laste, und von dem grauenvollen Elend, das die Gesellschaft zernage. Fast immer pries man dabei die Vorzüge der Vergangenheit. Die Unzufriedenheit erschien als eine „durchaus allgemeine“ und nahes Unheil verkündende. Trotz der reichen Ernte war man nun schon überzeugt, daß das Korn „stets theuer“ bleiben werde, falls nicht der Aufkäuferei Einhalt geschehe. Die überaus kostbaren Geschenke, womit sich die Regierung damals dem Sultan gegenüber brüstete, wurden wie ein herausfordernder Hohn auf das herrschende Elend betrachtet. Die Polizei aber wußte kaum Worte mehr zu finden, um das letztere zu schildern. „Wir haben — bemerkte sie am 19. August — bisher nicht aufgehört, das herzzerreißende Gemälde aller Drangsale der Bevölkerung den Regierungsausschüssen vor Augen zu legen, und begnügen uns daher zu versichern, daß der öffentliche Geist nur noch in dem Gefühl und den Aengsten der Nothdurft besteht.“ [1])

Während die traurigen Wirkungen der Agiotage auf alle Klassen der Gesellschaft in steter Zunahme begriffen waren und die fortschreitende Entwerthung der Assignaten die „empörende Theuerung“ zusehends steigerte, erklomm an der Hand derselben die Hungersnoth einen neuen Gipfel. In der That, ungeachtet der ergiebigen Kornernte herrschte dennoch ein „beständiger äußerster Brodmangel bei den Bäckern“, und hielten sich dennoch für das auf den Plätzen feilgebotene Brod die ausschweifendsten Preise aufrecht. Inmitten des allgemeinen Jammers, in der Fluth der „murrenden Klagen und der wildesten Drohungen“, erklärte am 20. August die Polizei, ist es „unmöglich“ einen „öffentlichen Geist zu gewahren; nur das erkennt man deutlich, daß das Elend auf seinem Gipfel und der Bogen auf das Höchste gespannt ist.

1) 2, 393 — 396.

Die zerrütteten Mägen schreien von allen Seiten nach Rache, schlagen Generalmarsch und läuten die Sturmglocke gegen den Convent." Man nennt den „Wohlfahrtsausschuß einen Speculationsausschuß"; „Jedermann betheuert, daß es unmöglich noch lange so fortdauern könne ohne Gewaltausbruch", daß nach allen bisherigen „Opfern zur Fristung des Lebens, nichts weiter erübrige als die Hoffnung auf den Tod". Es mache sich in Wahrheit „eine grausame Hungersnoth fühlbar", deren „Urheberschaft das Publicum dem Convente zuschreibe"; man beschuldige dessen Mitglieder „täglich in den großartigsten Gastmälern bei den vornehmsten Restaurateuren zu schwelgen"; man stelle fortwährend zwischen den vermaligen Zuständen und der Zeit des alten Regime „Vergleichungen an, die nicht zum Vortheil der Republik gereichen" [1]).

Die Hoffnung auf eine Tagesration von einem Pfund Brod [2]) erwies sich als ein eitler Wahn. Nie war dieselbe von 5 oder 6 Unzen [3]) über das Maß von $^1/_2$ Pfund hinausgekommen; und dieser kümmerliche Satz blieb auch nach der Ernte das Maximum. [4]) Nur am 22. August trat einmal eine winzige Vermehrung von 1 oder höchstens 2 Unzen ein. [5]) Ueberdies erwies sich wieder einmal das vertheilte Brod durchweg als von „überaus schlechter Beschaffenheit" und als gradezu der „Gesundheit schädlich"; aber alle Klagen darüber führten zu keiner Abhülfe. [6]) Um so intensiver war die „Verzweiflung"; der „größte Theil der Bürger" zeigte sich von dem „äußersten Elend" wie „zerschmettert"; die Einen trieb ihre Lage zu völliger „Muthlosigkeit und Niedergeschlagenheit", die Anderen „zu maßlosen Anfällen von Wuth" [7]).

So war denn schon Ende August die Polizei geneigt, an einen „sehr nahen Aufstand" zu glauben. [8]) Und ohne Zweifel

---

1) 2, 397—399. — 2) 2, 378; 389. — 3) 2, 365. — 4) 2, 385; 386. — 5) 2, 399; 400. — 6) 2, 399; 400; 401; 402; 403; 406. — 7) 2, 399—401. — 8) 2, 399 u. sonst.

war jetzt insbesondere der Royalismus bedacht, das Elend seinen Zielen dienstbar zu machen. Man pries laut die Vendeer und deren Erfolge; man sprach von einem Manifeste Ludwig's XVIII., das in den Straßen von Paris circulire; man gab die Losung aus: „Nicht eher würden die Bürger 1 Pfd. Brod erlangen, als bis der Graf von Artois sich in Paris befinde.“ [1])

Dazu kam, daß die in Berathung begriffene Directorialverfassung nirgend rechten Beifall fand, und daß die Decrete vom 22. und 30. August, kraft deren zwei Drittel der Conventsmitglieder ohne Weiteres durch obligatorische Wiederwahl in den neuen gesetzgebenden Körper übergehen sollten, sogar einen wahrhaften Sturm der Empörung in Paris wie in ganz Frankreich erregten. [2]) Um so leichter und rascher fanden die royalistischen Sympathien Verbreitung. In immer weiteren Kreisen „ersehnte man einen König“ und „sprach nur vom Königthum“. Man demonstrirte zu Gunsten desselben auf die mannigfachste Weise. Bald wurde verkündet: die „Wiedereinsetzung des legitimen Königs werde Frieden und Brod bringen“; bald wurde ausgesprengt: die „Mehrzahl der Departements sei gegen die republikanische Verfassung“. Wenn im Theater auf der Bühne der Ruf: „Es lebe die Republik“ ertönte, beobachtete das Publicum ein kaltes Schweigen. [3])

Die Heranziehung von Truppen und die hohe Besoldung derselben, wodurch der Convent sich vor der eventuellen Empörung des Royalismus und des hungernden Elends schützen wollte, machte vollends böses Blut. Man vermaledeite in allen Stadtvierteln und in allen Speisewirthschaften die Revolution und die Regierungsausschüsse. [4])

Dazu kam ferner, daß seit dem 27. August die Agiotage das Gerücht ausstreute: die Assignaten seien im Begriff auf

1) 2, 398; 404. — 2) 2, 400. Vgl. oben Th. I. S. 309 f.; 312 f. — 3) 2, 400—402; 405 f. — 4) 2, 402.

Null zu sinken. Eine wahrhafte Fieberangst bemächtigte sich der Bewohner, weil ja fast alle nur Assignaten in Händen hatten; besonders aber wurden diejenigen, welche größere Vorräthe derselben besaßen, so sehr in Schrecken gejagt, daß ein förmlicher Wetteifer begann, um sie schleunigst in Waaren umzusetzen [1]). Dieser Wetteifer mußte aber nothwendig wieder den Mangel und die Theuerung steigern.

Da wollte der Convent am 30. August durch jenes Decret, das den Handel mit Gold und Silber an anderen Orten als der Börse bei harten Strafen verbot, der Agiotage Einhalt thun. Es wurde jedoch, wie wir zum Theil schon sahen, von der öffentlichen Meinung keineswegs als eine Abhülfe betrachtet. Die Einen meinten: es sei das eine Beeinträchtigung der Handelsfreiheit, nur angethan eine große Zahl von Personen in einer heillosen Zeit an jeglichem Erwerb zu hindern und die Zahl der Gauner und der Spitzbuben zu vermehren. Andere erklärten mit gleichem Recht: das Decret werde die Agioteure nicht abschrecken, denn es sei nur pro forma gegeben und werde das Schicksal so vieler anderer theilen, nicht vollzogen zu werden. Noch Andere meinten: es sei schon deshalb eitel, weil es höchstens die kleinen Agioteure treffe, die großen aber unbehelligt lasse; übrigens werde sich das Räuberhandwerk zu helfen wissen und das Decret völlig nutzlos machen. [2])

In Wahrheit stellte sich schon nach wenigen Tagen heraus, daß das Decret sogar sehr üble Wirkungen erzeugte. Denn zahlreiche kleine Agioteure, die bisher im Gold- und Silberhandel ihren Erwerb gesucht, warfen sich nun auch ihrerseits mit ihren Assignaten auf den Ankauf von Waaren. Und so ergab sich als nächste Folge, daß die Preissteigerung aller Handelsgegenstände nur desto rascher vor sich ging. [3]) Nach 14 Tagen aber war das ganze Gesetz so gut wie verschollen.

1) 2, 404. — 2) 2, 405 f. Vgl. oben Th. II. S. 335. — 3) 2, 408.

Mit dem 15. September begann die Agiotage wieder ebenso kühn, wie nur je zuvor, im Palais-Royal ihr Haupt zu erheben. Und schon am 20. konnte die Polizei versichern: „die Rührigkeit der Agiotage sei stärker denn jemals“ [1]).

So schwoll denn auch im *September* die Summe der Uebel und die Unzufriedenheit darüber immer höher an. Nur auf einen Augenblick wurde die letztere unverhofft durch Jubel unterbrochen.

War nämlich der Schlag gegen die *private* „Räuberei“ der Agioteure ein Schlag in die Luft gewesen: so schien der Hieb, den gleich darauf der Convent gegen eine *officielle* Räuberbande führte, desto fester zu sitzen und desto tiefer zu treffen. Längst schon war, wie wir sahen, die staatliche Verpflegungscommission, die aus 1 Commissar, 2 Adjuncten und 13—14,000 Agenten bestand [2]), bei dem Volke verrufen als ein Herd der Missethaten, der Betrügereien und der Unterschleife aller Art. Bisher hatten trotzdem die Regierungsausschüsse und der Convent dieselbe grundsätzlich geschützt und in ihrer regellosen Machtfülle aufrecht erhalten. Jetzt aber, wo das bevorstehende Ende der Kornrequisitionen die Commission entbehrlich machte, und wo es den obersten Gewalten immer dringlicher erschien, die Verantwortlichkeit für das herrschende Elend von sich selber abzuwälzen, ergriffen sie mit Eifer den Gedanken, ihr bisheriges Schooßkind — wenn nicht zum alleinigen, doch — zum vornehmsten Sündenbock zu stempeln und vor den Augen des Publicums in geräuschvoller Weise zu brandmarken. Kraft eines Decretes vom 1. September wurde auf Antrag der Regierungsausschüsse, und unter einer Fluth von Anschuldigungen, die Verpflegungscommission für aufgehoben erklärt. Nun mit Einem Male wurde sie von dem Berichterstatter als diejenige „Institution Robespierre's“ bezeichnet, die „*nächst den Revolutionstribunalen das*

1) 2, 419; 424. — 2) Moniteur v. 6. Sept. 1795 (25, 651).

meiste Unheil verursacht habe"; ihr „Grundübel" bestehe darin, daß „jeder der Agenten einen unermeßlichen Gewinn mache, der im Verhältniß zur Zahl der Einkäufe wachse"; dergestalt hätten sie alle „das Interesse, dieselben zu vervielfältigen um ihr Vermögen anzuschwellen." Roux berichtete jetzt, daß „Agenten der Verpflegungscommission die Dreistigkeit gehabt hätten, an die Mühlen von Charenton, statt Weizen von reinster Qualität, Wicken und verdorbene Erbsen zu liefern". Andere versicherten, daß von gewissen Agenten das Mehl „mit Sand" versetzt worden sei, um „das Gewicht der Säcke zu vermehren." Barras aber erklärte: „Das Volk muß erfahren, daß, wenn es gelitten hat, dies weder die Schuld des Conventes noch der Regierungsausschüsse ist, und daß wir die Hungersnoth, die uns so lange gemartert hat, einzig der Verpflegungscommission verdanken. Diese Commission hat Armeen von Räubern in die ganze Republik versandt und die Regierung bis zu 3000 Livres für den Sack Korn bezahlen lassen, der ihr selber nur auf 600 Livres zu stehen kam. Wenn seit mehreren Monaten die Bürger von Paris abscheuliches Brod gegessen haben, so verdanken sie es einzig der schauderhaften Habgier der Agenten der Verpflegungscommission." [1])

Die Nachricht von der Aufhebung der letzteren verbreitete sich mit Windesflügeln durch die Stadt und wurde noch am gleichen Tage der fast ausschließliche Gegenstand aller Unterhaltungen. Das Publicum nahm sie, zumal in den Gruppen, mit Jubel, ja „mit Entzücken" auf, wie wenn nunmehr „eine große Erleichterung zu erhoffen" sei. [2]) Aber man durfte doch wohl den Kopf schütteln oder kaum seinen Ohren trauen, wenn man vernahm, daß nach Barras' Versicherung die Regierungsausschüsse von den „Geschäftsabschlüssen" der Verpflegungs-

1) Moniteur v. 5. u. 6. Sept. (25, 647; 651). — 2) Tableaux 2, 406.

commission „niemals auch nur die geringste Kenntniß“ gehabt hätten, und daß man im Convent erst jetzt auf die Idee kam, die man pflichtgemäß und gewissenhafterweise von Anfang an hätte ausführen sollen, nämlich „die Rechnungen dieser Verwaltungsbehörde zu prüfen“, um „allen Spitzbübereien“ auf die Spur zu kommen und „die Räuber zu bestrafen“. Die Verpflegungsagentur für Paris blieb übrigens nach der Bestimmung des Decretes „vorläufig“ ausnahmsweise bestehen, nur daß ihre Thätigkeit nunmehr „unter die unmittelbare Aufsicht der Regierungsausschüsse“ gestellt ward. [1]

Die heißblütige Hoffnung, daß aus diesem gesetzgeberischen Vorgange eine wesentliche Linderung des Elends erwachsen werde, erwies sich natürlich als eitel. Denn die Schuld lag ebensowohl in den Verhältnissen wie in den Personen, und von diesen waren die Mitglieder und Organe der Verpflegungscommission doch nicht die einzigen Schuldigen. Auch blieb der Jubel des 1. September nur eine Eintagserscheinung. Die Stimmung ernüchterte sich in kürzester Frist, gegenüber der fortschreitenden Hinfälligkeit der Assignaten und gegenüber der zunehmenden Theuerung, zumal des Brodes. [2] Ja, der momentane Jubelrausch machte einem desto ungestümeren und nachhaltigeren Ingrimme Platz, als die Nachricht sich verbreitete, daß die Volksvertreter ihren ganzen Bedarf an Waaren aus den öffentlichen Magazinen zu den früheren sehr mäßigen Sätzen des Maximums geliefert bekämen. Ein solches Privilegium des „Ueberflusses“, hieß es überall im Publicum, und zumal in den Vorstädten, sei ein Hohn gegenüber den „Unglücklichen“, die vor „Entbehrung und Elend verschmachten“. Dem Unwillen darüber gaben die Polizeiberichte vom 2. bis zum 20. September stets erneuten Ausdruck. [3] Und da nun nicht blos zu Anfang des Monats, sondern während jener

1) Moniteur a. den a. O. — 2) Tableaux 2, 406 f. — 3) 2, 407; 409; 424.

ganzen Zeitspanne die Preise aller Lebensmittel „tagtäglich", ja „zusehends" in „empörender" und „zur Verzweiflung drängender" Weise stiegen[1]), da überdies die Zufuhren wieder mit Hindernissen zu kämpfen hatten, der eigentliche Mangel an Brod zunahm und jeden Augenblick wieder eine Herabsetzung der Tagesration befürchten ließ[2]): so concentrirte sich der Ingrimm immer mehr und mehr gegen den Convent.

Zwar hörte man wohl noch ab und zu die abgesetzte Verpflegungscommission „der allgemeinen Verwünschung preisgeben", sowie bittere Klagen ausstoßen gegen die Landleute und die Kaufleute, als welche „der Gesellschaft mehr Leid anthäten, als es je die ehemaligen Adligen gethan"[3]). Aber für alles machte man doch schließlich den Convent verantwortlich. Ihm, hieß es, sei die ganze „Sündfluth von Uebeln zuzuschreiben, die Frankreich verheeren". Und als in der Generalversammlung einer Section die Deputation einer andern erklärte: „Beurtheilen wir niemals den Convent nach den Uebeln, die wir erduldet, wir würden ihn sonst für allzu strafbar erfinden", brach die ganze Versammlung in die lebhaftesten Beifallsbezeigungen aus und forderte die Wiederholung des Satzes durch den Ruf Bis oder Dacapo.[4])

Die materiellen Nöthe waren augenfällig schon allein hinreichend, um den Aufstand, den man seit dem Juli und August prophezeit hatte, im Verlaufe des September als unmittelbar bevorstehend erscheinen zu lassen. Denn Tag für Tag wiederholten ja die Generalberichte der Polizei, daß „das Elend auf dem Gipfel stehe"[5]). Am 16. September wurde noch insbesondere berichtet: „Man unterhält sich ausschließlich von dem öffentlichen Elend und von dem kläglichen Zustand, worin sich eine Unzahl von Rentnern befindet."[6]) Am 17. hieß es: „Die Mehrzahl der Bürger ist abgehetzt und hat es

1) 2, 407; 412; 416; 419; 426. — 2) 2, 421; 427. — 3) 2, 419; 409. — 4) 2, 425; 414. — 5) 2, 423. — 6) 2, 419.

satt, unaufhörlich durch eine lügnerische Hoffnung geäfft und betrogen zu werden; sie sagt dreist, daß unter dem alten Regime auch nach der schlechtesten Ernte das Brod nicht fehlte, während man jetzt inmitten des Ernteüberflusses an Allem Mangel leide." [1]) Am 21. und 22. wurde gemeldet: die „große Mehrheit der Bürger" sei von dem „scharfen Stachel der Entbehrung und des Elends erregt"; an „allen" Ecken und Enden lasse sich „das laute Klageschrei" vernehmen „über die Unmöglichkeit, worin man sich befinde, auch nur das Nothdürftigste sich zu verschaffen"; in allen „öffentlichen und privaten Unterhaltungen klage man die Regierung an, daß sie durch ihre Agenten überall das Korn zu jedem Preis (für die Armeen) aufkaufen lasse." [2]) Mit demselben Tage wogte die fieberhafte Besorgniß auf, daß „demnächst" die Herabsetzung der Brodration auf „4 Unzen" bevorstehe. [3])

Da verschmolz nun, wie die Polizei selbst sich ausdrückte, „mit dem Gefühl der brennendsten Noth" die wachsende politische „Entrüstung" [4]). Waren doch jene schamlosen Decrete des Conventes, welche die obligatorische Wiederwahl von zwei Dritteln seiner Mitglieder verfügten, ohne Zweifel angethan, den äußersten Unwillen und den thatkräftigsten Widerstand vollkommen zu rechtfertigen! Denn niemals ist der Begriff und das Wesen der Wahlfreiheit, und mit ihr der Freiheit überhaupt, brutaler geschunden und geschändet worden, als durch diese wahnwitzige Zumuthung, die, gleichviel welche Motive leitend waren, für das Andenken des Conventes eine unauslöschliche Schmach bleiben. Ihr gegenüber erscheint das verrufene System der Regierungscandidaturen unter dem Kaiserreich noch als ein Uebermaß von Freiheit. Denn das Kaiserreich *beeinflußte* doch nur die Wahlfreiheit, indem es gewisse Candidaten zu wählen *empfahl*; der republikanische Convent aber *hob sie völlig auf*, indem er $^2/_3$ seiner Mitglieder

1) 2, 421. — 2) 2, 425. — 3) 2, 427. — 4) 2, 426.

zu wählen gebot. Kein Wunder, wenn er in Folge dessen von Seiten der Royalisten, der gemäßigten und echten Republikaner, sowie aller Neutralen, die Zielscheibe der heftigsten Angriffe und der tiefsten Verachtung wurde.[1]) Um so mehr, als der Versuch, bei der Volksabstimmung über die Verfassung den Decreten über die Wiederwahl ein Grab zu graben, fehlschlug. Denn obwohl sie von allen Sectionen der Stadt Paris und überhaupt von der Mehrheit der Abstimmenden im Lande zweifellos verworfen wurden: so wußten doch die Regierungsausschüsse das Resultat in künstlicher Weise zu fälschen. Und so wurde denn am 23. September nicht nur die Annahme der Verfassung, sondern auch mit unglaublicher Unverschämtheit die Annahme der Decrete proclamirt.[2])

Der Gewaltausbruch war nunmehr unvermeidlich. Schon seit dem 19. hatte man sich allgemein mit dem Gedanken an die Schrecken eines Aufstandes vertraut gemacht. Die Wehklagen über das „Elend" und die „Hungersnoth" kreuzten sich überall mit den politischen Verdammungsurtheilen über den Convent und mit den Besorgnissen vor „Bürgerkrieg" und „Plünderung."[3]) Der Royalismus beeiferte sich, die Aufregung zu schüren und die Leitung zu gewinnen. Die Terroristen waren zwar sehr geneigt, auch jetzt im Trüben zu fischen und den Anlaß in ihrem Interesse auszubeuten; aber ihre Reihen waren bedeutend gelichtet, und der Royalismus lief ihnen diesmal den Rang ab. Bereits seit dem 17. liefen royalistische Aufrufe um; auch in Versailles und Umgegend wurden sie in Masse verbreitet; selbst an den Bäumen der Landstraßen paradirten sie in Form von Anschlägen. Die kühnsten Wortführer machten kein Hehl daraus, daß der Sieg der Bewegung das Grab der neuen Verfassung und die Wiedergeburt der Monarchie sein und bedeuten werde.[4])

---

1) 2, 409; 412 f.; 419; 424; 425 f. — 2) S. oben Th. I. S. 318 f. Vgl. S. 71. — 3) Tableaux 2, 424; 426. — 4) 2, 422.

Mit dem 21. September brechen unsere Polizeiberichte aus der Conventszeit ab; der fehlende Rest ist ohne Zweifel in den Akten des Wohlfahrtsausschusses und der beginnenden Directorialregierung zu suchen. Wir sind daher nicht in der Lage eingehend darthun zu können, inwieweit sich während der nächsten 14 Tage die politische Situation durch die Einwirkung der materiellen Noth verschärfte, bis sie am 5. October in den hellen Aufruhr umschlug.

Dennoch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß während dieser Zeitspanne auch das öffentliche Elend an Schärfe zunahm, daß die Brodvertheilungen überaus karg blieben und stockten, und daß namentlich für die Armen und die Arbeiter der Nothstand immer unerträglicher ward. Richer Serisy kleidete diese Thatsache damals in die Worte: „Jetzt sieht man den Bewohner der Vorstadt und den Rentner, vor Hunger verschmachtend, mit ausgestreckten Händen und offenem Munde nach dem Brode lechzen, das man so unverschämter- und grausamerweise unter ihren Augen verkauft.“ [1]) Das erscheint wahrlich nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß das Pfund Brod im freien Verkauf damals sicher nicht viel unter 26 Livres kostete.[2]) Auch die Preise aller anderen Waaren hatten, im Vergleich zu den Mitteln der großen Mehrzahl der Bevölkerung, so entsetzliche Steigerungen erfahren, daß z. B. zur Zeit des Aufruhrs, um den 5. October, 1 Pfd. Zucker $87^1/_2$ Livres zu stehen kam, 1 Pfd. Thee 150, 1 Pfd. Kaffee 70, 1 Pfd. Wachslicht 120, ein nur eben sättigendes Mittagsessen 50, reichlichere 80 bis 150 Livres. Für ein fein möblirtes Zimmer mit Kabinet zahlte man monatlich 300, und für die Aufwartung noch besonders 200 Livres; ein feiner Tuchrock kostete über 3000, ein Alltagsrock von gewöhnlichem Tuch 1000, ein Paar Stiefel 1400 Livres.[3])

1) In seinem Accusateur public. S. Frankreich im J. 1795. 3, 55; vgl. 50. — 2) S. Tableaux 2, 443. — 3) Frankreich im J. 1795. 3, 82 f.

Solche Preise durften freilich in den Augen eines Goldagioteurs und eines mit Gold versehenen Fremden immer noch äußerst billig erscheinen, weil ihnen ein einziger Louisd'or zu 24 Silberlivres damals nicht weniger als 1700 Livres in Assignaten einbrachte, und weil sie diese bei der Verausgabung sich selbst natürlich zum Tagescurs, d. h. zu etwa $1\frac{1}{2}$ % berechneten. Für die colossale Mehrheit der Pariser aber waren alle diese Preise riesenhaft und durchaus unnahbar. Sie hatte ja weder Gold noch Silber in Händen; sie war nicht in der Lage, ihre Einnahmen und ihre Ausgaben nach dem Curse berechnen zu können; sie konnte den Grad der Theuerung nur darnach bemessen, wie viel Livres in Assignaten sie täglich zur Verfügung hatte und wie viel sie zu ihrem Lebensunterhalt bedurfte. Nun standen aber den Massen der Arbeiter im Durchschnitt täglich nicht mehr als 6 bis 12 Livres in Assignaten zur Verfügung; den Legionen der Rentner, der Pensionäre und Beamten sogar im Durchschnitt nur 3 bis 6. Ein Mittagbrod zu 50 Livres, um „sich satt zu essen", hätte also ganz oder nahezu den Wochenlohn eines Arbeiters verschlungen. Der Preis für ein Paar Stiefel wog bei den drei letztgenannten Kategorien ganz oder zu zwei Dritteln eine Jahreseinnahme auf. Um über die unzureichende und ungewisse Tagesration hinaus ein einziges Pfund Brod im freien Verkauf zu erwerben, hätte der Arbeiter mindestens den Lohn von 2 bis 4 Tagen, der Rentner aber sowie der Pensionär und Beamte das Einkommen von 4 bis 8 Tagen daran setzen müssen, ganz abgesehen von den Anforderungen für Wohnung, Kleidung, Erleuchtungs- und Brennmaterial. Selbst die höchsten Renten, Pensionen und Gehälter, von 6—10,000 Livres und darüber, waren noch mit außerordentlichen Entbehrungen verknüpft. Dafür zeugt die Thatsache, daß eine Garçonwohnung wie die obige, mit Einschluß der Aufwartung, allein 6000 Livres kostete; sowie der Umstand, daß der Wohlfahrtsausschuß auch diejenigen

Rentner, Pensionäre und Beamten, die zur höchsten Steuerklasse von über 150 Livres gehörten, dennoch unbedingt zu den „Bedürftigen" rechnete.[1]) Wahrlich, das Elend stand auf einem schwindelnden Gipfel, als die Gewalt zum Ausbruch kam.

Ueber den Aufruhr vom 5. October oder 13. Vendemiaire haben wir das Bemerkenswerthe schon früher hervorgehoben.[2]) Der Royalismus, das Princip der republicanischen Wahlfreiheit und das materielle Elend standen als Verbündete im Kampfe dem despotischen Staatsstreich des Conventes gegenüber. Das Kartätschenfeuer Bonaparte's bahnte das militärische Kaiserreich an, indem es sowohl die royalistische Partei wie die republicanische Wahlfreiheit zerschmetterte. Nur das Elend ging aus der Niederlage — unversehrt hervor; obwohl besiegt, war es dennoch, oder vielmehr grade deswegen, desto siegreicherer Herrschaft gewiß.

Denn es versteht sich von selbst, daß jener Hamburger Fremdling, der am Abend des 5. Octobers durch die Vorstadt St. Martin in das ihm unbekannte Paris einfuhr und unter „Lärm, Kanonendonner und Pelotonfeuer" in sein Quartier einrückte[3]), weder die politische noch die materielle Situation begriff. Er verglich diesen Tag mit dem „31. Mai", als ob eine Erhebung für Recht und Freiheit vergleichbar sei mit einer Erhebung für Willkür- und Schreckensherrschaft. Er „hoffte", ohne Zweifel aus republicanischer Vorliebe, auf den „Sieg des Conventes", ohne zu gewahren, daß dieser unter dem bloßen Namen der Republik das Wesen derselben zertreten und durch das Gebot der Wiederwahl es gewagt hatte, der souveränen Nation die Mündigkeit, die Wahlfähigkeit und damit das so oft proclamirte Recht der Selbstbestimmung abzusprechen. Ebenso fand er am anderen Tage, am 6. October, unter Anführung der oben erwähnten Preise, und nachdem er

1) Moniteur v. 28. Aug. (25, 578. Art. 5 u. 6.). — 2) Th. I. S. 319 ff. — 3) Frankreich a. a. O. S. 80 ff.

sich einen Castorhut für 500 Livres, einen seidenen Regenschirm für 700, ein Theaterbillet für 25, einen Plan von Paris für 100, einen Lehnstuhl für 800, ein Schreibzeug für 50, ein Theeservice für 1300, einen Fayenceofen für 1800 Livres und Anderes mehr eingekauft — daß in Paris „nichts theurer sei als in Hamburg, einiges weniges eben so theuer, vieles aber beträchtlich wohlfeiler, und das meiste spottwohlfeil". Er bedachte nicht, daß die 1700 Livres in Assignaten, die er für jeden seiner mitgebrachten Louisd'or einwechselte, und die für ihn nur den Werth von 24 oder 25 Silberlivres hatten, in den Einnahmen der einheimischen Beamten, Pensionäre, Rentner und Pachtinhaber volle 1700 Silberlivres repräsentirten, in den Einnahmen der Arbeiter aber 280 bis 850, und selbst in den Händen der Handel- und Gewerbtreibenden aller Art immer noch mindestens 75 bis 195 Silberlivres darstellten.[1])

Nur wegen dieses verschiedenartigen Geltungswerthes der Assignaten vermochte es der Victualienhändler, das Pfund Kaffee noch für 70 und das Pfund Zucker für 87½ Livres in Assignaten zu verkaufen. Denn er seinerseits berechnete diese Preise nicht nach dem Curs, d. h. zu 21 und 26 Sous, sondern nach seinen Mitteln der Wiederverwerthung der Assignaten, d. h. zu 3 bis 4 Livres in Silber. Die 500 Livres, die der Hamburger Fremdling monatlich für Wohnung und Aufwartung bezahlte, und die er sich mit gerechtem Entzücken zu etwa 7½ Silberlivres oder 2 Thaler berechnete, brachten dem Vermiether nach seiner Rechnungsweise etwa 57½ Silberlivres ein, weil er hoffen durfte, sie zu diesem Satze bei Löhnen oder beim Ankauf von Möbeln und Waaren verschiedener Art zu verwerthen.

Am 26. October trat endlich der Convent seine Macht an den gesetzgebenden Körper ab, und am 4. November ging die Einsetzung des Directoriums vor sich.

1) Vgl. oben S. 6 ff.

8. Nachblüthe des materiellen Elends unter dem Directorium.

Hungersnöthe im November 1795.

Die neue Regierung wurde durch zwei sehr unangenehme Meldungen begrüßt. Einerseits erhielt sie Bericht über die Stimmung des platten Landes, worin es in dürren Worten hieß: „der Landbewohner befindet sich in guten Umständen; er ist Egoist geworden; er nimmt keinen Theil an den öffentlichen Angelegenheiten; er betrachtet vielmehr die Regierung als seinen Feind.“ Andererseits empfing sie als Erbin des Wohlfahrtsausschusses den letzten Schmerzensschrei, den das öffentliche Elend in der Gestalt eines patriotischen Ergusses an den Letzteren gerichtet hatte, ohne den Adressaten noch unter den Lebenden anzutreffen. Darin las man die Worte, die Einer für Alle schrieb: „Macht es doch wie Herodes, und massacrirt die Kinder! Können wir ihnen doch weder Kleider mehr geben, noch Schuhe, noch Brod! Inmitten der Schrecken der Hungersnoth heischt ihr Liebe für eure Regierung, während diejenige, die ihr uns zu verwünschen zwingen wollt, uns im Ueberfluß erhielt. Ihr laßt euch mit Getreide überschütten, ihr habt an Allem Ueberfluß; wir aber, die unglücklichen Rentner, die unglücklichen Handwerker, wir kommen vor Hunger um. Ihr preiset die Republik; aber haben wir sie denn? haltet ihr uns nicht vielmehr in der härtesten Knechtschaft?“ [1])

Die fünf Directoren mit ihren sechs Ministern und der gesetzgebende Körper wußten so wenig Rath wie ihre Vorgänger. Alle bisherigen Uebel: die Papierwirthschaft, die Zerrüttung der Vermögenszustände, die Verwirrung im Handel und Verkehr, Theuerung und Noth, dauerten nicht nur ungeschmälert fort, sondern nahmen schrittweise zu.

Die Mißachtung, welche die neue Regierung empfing,

1) Tableaux 2, 438 f.

beschleunigte die Baisse der Assignaten, und diese wiederum vermehrte in reißender Progression die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung. Die Notenpresse konnte dem Bedürfnisse fast nicht mehr nachkommen, obwohl man sich mehr und mehr daran gewöhnte, nur große Appoints zu 2000 und zu 10,000 Livres zu drucken. Wie der Convent zuletzt durchschnittlich jeden Monat, so verbrauchte nunmehr das Directorium alle acht Tage zwei Milliarden Assignaten; sodaß sich der Umlauf von Anfang November bis zum 10. December von 20 auf 30 Milliarden steigerte.[1])

Die Brodvertheilungen geriethen gleich Anfangs so sehr ins Stocken, daß oft viele und zuweilen die meisten Bürger nicht einmal ihre winzige Ration von höchstens einem halben Pfunde erlangen konnten. Am 13. und 14. November kam es darüber zu schweren Tumulten. Auf dem Platze des Palais-Royal wurde am 13. Brod zu 26 und 30 Livres das Pfund verkauft, als sich die Kunde verbreitete, daß „die Mehrzahl der Bürger in ihren Sectionen gar keins erhalten hätten". Sofort wurde der Verkaufspreis auf 45 und 50 Livres, ja selbst auf 60 Livres für das Pfund emporgeschraubt. Nun kam die schon seit mehreren Tagen gährende Entrüstung zum Durchbruch. Die Kramtische wurden zerbrochen und umgestürzt, die meisten Verkäufer zur Flucht genöthigt und ihr Brod geplündert. Nach Wiederherstellung der Ruhe hielt sich der Preis auf 30 Livres. Am folgenden Tage wurde die Plünderung auf dem Markte und auf anderen Plätzen erneuert, und alles Brod gestohlen sobald es ankam. Dabei verwünschte überall das Volk vor den Thüren der Bäcker, auf Plätzen und Märkten, die Republik und das Directorium. Das Brod aber behauptete sich momentan zu dem Preise von 50 Livres, während der Louisd'or auf 2850 stieg und der Curs der Assignaten auf 1 % sank.[2])

1) S. oben Th. II. S. 322 u. 328. Tableaux 2, 529. — 2) 2, 443 f.

Mit Ungestüm forderte „die öffentliche Meinung", daß das Papiergeld in Masse vermindert, jede Art von Verpflegungsagenten abgeschafft und dem Gebahren der Landleute gesteuert werde, welche die Lebensmittel, falls sie nicht mit Gold aufgewogen wurden, beharrlich zurückhielten. Auch die Börse war Gegenstand heftiger Klagen, weil sie der Sitz der Agioteure und der Aufkäufer war, weil durch ihre Speculationen besonders Mehl, Wein und Reis dem Verkehr entzogen und in „ungeheueren Magazinen begraben" wurden. Auf dem Gleichheitsplatze verhöhnten sich gegenseitig die Bürger: „Geht doch", hieß es, „nach dem Luxemburg! dort werden euch die fünf Directoren schon Brod geben! sie sind ja eure fünf Könige, sie haben das ganze Silberzeug der Krone für sich requirirt. Nur muß man freilich, um bis zu ihnen zu gelangen, erst mehr als zwanzig Wachposten passiren." In der Section Poissonnière uud auf dem Vendomeplatz schalt man die „Volksvertreter", die man ja größtentheils aus dem verhaßten Convent überkommen hatte, als die „750 Tyrannen", die „im Ueberfluß schwelgen", während „das Volk an Allem Mangel leide"; man hieß sie die „Stützen der Agiotage", die „Hauptaufkäufer", und verlangte die „gewaltsame Oeffnung der Magazine", als das einzige Mittel der Rettung. Auf dem Platze Maubert und in den Vorstädten St. Jacques, Victor und Marceau wüthete man über die Theuerung, und die Weiber zumal schrien: „Zum Teufel mit der Republik! Da war doch die Herrschaft Robespierre's mehr werth, da starb man wenigstens nicht vor Hunger!" In „Verzweiflung" harrten da und dort die Weiberhaufen vor den Bäckerläden. Vergeblich verlangte man überall nach Brod, nach Fleisch, nach Kartoffeln, nach Holz und Kohlen; sie waren nirgend anders als zu „exorbitanten Preisen" aufzutreiben; Kartoffeln wurden auf dem Platz Maubert zu 180 Livres für den Scheffel verkauft. In der Halle, die oft selbst in schlimmen Zeiten von Vorräthen strotzte, war „die Bestürzung auf allen Gesichtern gemalt,

weil trotz der Theuerung aller Lebensmittel auch nicht das Geringste zur Versorgung der Consumenten vorhanden war". In den Sectionen des Tempels und der Gravilliers war der größte Theil der Arbeiter bei der Brodvertheilung leer ausgegangen, verließ die Arbeit und zeigte sich in hohem Grade aufgeregt. „Man will uns," sagten sie, „zum Aufstand drängen wie am 10. August! Wir wollen die Republik, aber mit ihr wollen wir auch Brod." [1])

Am 15. November faßte die Polizei die Lage der Dinge also zusammen: „Ein allgemeines Mißbehagen, in der Gestalt der Verzweiflung, gräbt in alle Gemüther die Reue ein, den Thron gestürzt zu haben; Verachtung und Haß richtet sich gegen Alles, was an der gegenwärtigen Gewalt Theil hat; der Royalismus verdoppelt seine Mittel und Anstrengungen, um die Monarchie wiederherzustellen; die Vaterlandsliebe ist entmuthigt und erblickt in der Zukunft Blutgerüste; die Umtriebler aller Parteien drängen sich heran, um Aemter zu erlangen; der unterrichtete und arbeitsame Ehrenmann, durch die Reorganisation der Behörden beeinträchtigt oder durch die Nothlage gezwungen, denkt an den Rücktritt vom Amte; ein unverschämter Luxus spottet des entsetzlichsten Elends der unglücklichen Rentner, die auf ihren Dachkammern vor Hunger und Kälte verkommen und nicht die Kraft haben, sich nach dem Schatzamt zu schleppen, um einer Kleinigkeit zur Verlängerung ihrer Leiden für einige Tage theilhaftig zu werden; der Raubhandel der Agiotage, bewaffnet mit Straflosigkeitspatenten, gräbt unten den Augen der Regierung den Abgrund, der diese alsbald verschlingen soll; die kaufmännischen und wohlhabenden Klassen strecken ihre Arme nach der Vendée aus; der Militär, trunken von Stolz über die Dienste, die er geleistet und die er noch leisten kann, überläßt sich ohne Scham allen Arten der Ausschweifung; die Bürger aller Klassen

1) 2, 444 f.

weigern sich die Wachen zu beziehen, weil es ihnen an allen Lebensmitteln gebricht." [1])

Während die besiegten Royalisten grollten und demonstrirten, die Anhänger Robespierre's aber neuerdings beflissen waren, bald in nächtlichen Versammlungen, bald am hellen Tage auf den öffentlichen Plätzen, zur Insurrection und zur Wiederherstellung der Schreckensherrschaft und des Maximums anzufeuern, weil man ohnedies vor Hunger und Kälte sterben werde [2]), — suchte die Regierung durch Ausschreibung großer Kornlieferungen der Landleute, auf Abschlag der angeordneten Naturalsteuern und zum Zwecke der Versorgung von Paris, die Hoffnungen der Menge wieder aufzurichten. Es gelang das für einen flüchtigen Augenblick; um so mehr, als der revolutionäre Geist selbst unter den Arbeitermassen so sehr erloschen war, daß sie sich bereit zeigten, lieber auch ferner zu dulden als sich zu empören. Allein eine durchgreifende Abhülfe erwartete man doch nur von der Herstellung des Friedens, von einer völligen Umkehr der Finanzwirthschaft und von der Einziehung der meisten oder aller Assignaten. Man war vielfach sogar geneigt, den „furchtbaren Krach" einer „Gesammtentwerthung" derselben der „theilweisen" vorzuziehen. Denn man war überzeugt, daß sich niemals das Vertrauen wiederherstellen werde, so lange überhaupt noch Assignaten in Umlauf blieben. [3])

An eine nahe Linderung war nicht zu denken. Grade seit dem 15. wogte eine gräßliche Noth auf. Die Brodvertheilung stockte neuerdings wegen Mangel an Mehlzufuhr. Mit Bestürzung meldete die Polizei am 16. in einem Extrabulletin: „Es ist $10^1/_2$ Uhr, und noch sind die Sectionen der Arcis, der Gravilliers und der Réunion nicht mit Mehl versehen." Ueberall, auch in der Vorstadt St. Antoine, waren die Weiber in einer an Wahnsinn streifenden Aufregung. Die

1) 2, 446. — 2) 2, 450 f. — 3) 2, 447; 450.

Einen wehklagten in ihrer Hülflosigkeit: „Alles, was wir noch besaßen, haben wir schon verkauft.“ Andere erklärten: sie würden „besser daran sein vor der Mündung einer Kanone“. Einzelne rissen, die Republik verfluchend, selbst Männern die Kokarde ab und traten sie mit Füßen. Viele, von Tagelöhnern unterstützt, variirten lärmend das Thema: „daß die Franzosen nicht angethan wären, in einer Republik zu leben; daß es nicht der Mühe gelohnt habe, einen König wegzufegen, um deren fünf erstehen zu lassen; daß die Kosten für den gesetzgebenden Körper sich täglich auf 1,700,000 Livres beliefen, und daß das Directiorium wegen seiner Mahlzeiten noch mehr koste.“ Die Menge verlangte wieder nach Haussuchungen. „Geht nur hin“, hieß es, „nicht blos in die Läden und Magazine, sondern zu den Portiers, auf die Böden der großen Häuser, in die Boudoirs und Salons, selbst in die Kabinette der Geschäftsleute und der Rechtsgelehrten: alles ist daselbst Speicher, alles Comptoir, und inmitten dieser ungeheuren Waarenmassen aller Art stirbt das Volk vor Mangel.“ [1])

Tag für Tag gab es Anlässe der Erregung, als: neue Steigerung der Brodpreise; Weigerungen der Landleute und der Spezereihändler, ihre Waaren anders als gegen Metallgeld zu verkaufen; Tumulte auf den Märkten und in der Halle; stürmische Ueberfälle und Beraubungen der ankommenden Lebensmittel; Einschreitungen, meist wirkungslose, der bewaffneten Macht. Ueberall, auch vor den Läden der Bäcker, auf den Holzhöfen, vor den Thüren der Holzkrämer, wie in den Gruppen, war der stete Refrain aller Beschwerden, aller Vergleichungen von Gegenwart und Vergangenheit: „Es thut ein König noth! Lieber ein König, als vor Hunger sterben.“ Und bei diesen Rufen und Folgerungen betheiligte sich jetzt wetteifernd Jedermann, Männer wie Frauen, Arbeiter wie Vorstädterinnen von St. Antoine und St. Marceau. [2])

1) 2, 451. Vgl. 257. — 2) 2, 447; 452 f. Vgl. 451; 460; 474.

Auch in der Umgegend von Paris war „die Hungersnoth auf dem Gipfel“. Das platte Land entvölkerte sich; die besseren Elemente flohen, der Rest verwilderte. Von Schlachtfleisch war nirgend die Rede; man war schon froh und drängte sich in den Queues, wenn einmal wie in Ivry Pferdefleisch feilgeboten ward. Ein Hauptübelstand war, daß die Verpflegungsagentur und das Ministerium des Innern in feindlichem Hader mit einander lagen und gegenseitig ihre Operationen kreuzten und behinderten.[1] Pächter und Eigenthümer verbargen ihr Korn; Speculanten speicherten es, 15 und 20 Lieues von Paris entfernt, in gemietheten Häusern auf; Exporteure zogen es durch klingende Baarkäufe an sich, um es in die Fremde auszuführen.[2]

In Paris wurde daher Mehl und Brod immer spärlicher und theurer. Am 19. wurde daselbst Mehl scheffelweise verkauft nach dem Satze von 14,000 Livres für den Sack zu 325 Pfd. Man drängte sich zum Kauf heran, aber im Umsehn war der Vorrath erschöpft und die Mehrzahl blieb unbefriedigt.[3] Das aus freier Hand feilgebotene Brod, das nach den Tumulten vom 13. und 14. auf 30 Livres das Pfund zurückgegangen war, stieg mit dem 20. November wieder auf 40 Livres.[4] Die öffentlichen Brodvertheilungen aber geriethen in immer ärgeres Schwanken. Während die Bevölkerung nach der Ration von 1 Pfunde als dem Minimum des Bedürfnisses schmachtete[5], blieb nicht nur die Portion von $^1/_2$ Pfd. das thatsächliche Maximum, sondern schrumpfte auch häufig auf weniger und selbst auf Nichts herab, sodaß auch Tage absoluten Fastens eintraten.[6] Und dabei verspäteten sich die wirklichen Vertheilungen so sehr, daß zahllose Mägen den größten Theil des Tages ohne alle Kost blieben, und daß die

1) 2, 452. — 2) 2, 454; 456. — 3) 2, 457. — 4) 2, 464 (die Zahl 4 ist hier offenbar ein Schreibfehler für 40). Vgl. 473. — 5) 2, 462. — 6) 2, 467.

Brodkrämer auf den Märkten dadurch ermuthigt wurden, ihre Preise nur immer noch höher zu steigern.[1])

Erregte es schon am 16. Bestürzung, daß manche Sectionen noch um $10^1/_2$ Uhr kein Mehl, geschweige Brod hatten: so gestaltete sich die Pein in den folgenden Tagen noch viel trostloser. Am 19. hatten in verschiedenen Stadtquartieren die Bäcker noch um 2 Uhr Nachmittags keine Mehllieferung erhalten. Am 20. fand die Brodvertheilung in einigen Sectionen um 1 Uhr, in vielen aber noch sehr viel später statt; dennoch klammerte man sich in den Queues der endlos harrenden und verschmachtenden Bürger an die ebenso bescheidene wie trügerische Hoffnung, daß „Paris bald Vorräthe auf acht Tage im Voraus besitzen", und daß „der Reis", den man „aus Mangel an Holz und Kohlen nicht genießen" könne, durch „$^1/_4$ Pfd. Brod mehr ersetzt werden würde".[2]) Am 21. wurde in vielen Sectionen das Brod erst am Abend vertheilt, und noch dazu in äußerst schlechter Qualität; in anderen fehlte es ganz. Man fürchtete nun, daß demnächst wieder einmal die ganze Stadt „einen Tag hindurch ohne Brod zubringen" werde, ja daß „in Kurzem die Brodvertheilungen völlig aufhören" und „die Reichen allein" im Stande sein würden, sich solches zu verschaffen.[3]) Und in der That, am 22. erhielten „viele Sectionen gar kein Brod"; am 23. fehlte es in zwei Sectionen ganz, und in anderen wurde es nur in geringer Quantität vertheilt; am 24. blieb es in verschiedenen Sectionen, und zwar nun schon seit zwei Tagen völlig aus.[4])

Die „Bestürzung", die „Niedergeschlagenheit" und die „Gereiztheit der Geister" war grenzenlos. „Alle unsere Berichte", erklärte die Polizei, „hallen von dem Schrei der Verzweiflung wieder; dem entsetzten Armen tritt die Hungersnoth mit allen ihren Schrecknissen entgegen." Man war geneigt,

1) 2, 468. — 2) 2, 459; 461 f. — 3) 2, 467 f. Vgl. 469. — 4) 2, 473; 479.

sich in einem Aufzug aller Sectionen nach dem Luxemburg zu begeben, um von dem Directorium Brod zu begehren; man ließ selbst das Drohwort „Erwürgung" fallen.[1] Aber die revolutionäre Schwungkraft war erschöpft; man war zu nichts mehr fähig, als zu Zornergüssen und zur Plünderung.

Die Entrüstung wurde nicht wenig gesteigert durch die unverwüstliche Unredlichkeit von Seiten der Bäcker und der Vertheilungscommissäre. Namentlich rief die Gewissenlosigkeit eines Bäckers in der Rue des Amandiers die größte Erbitterung hervor; nicht nur stahl er am Gewicht des Brodes, sondern er lieferte es auch so schlecht, daß es unmöglich war davon zu essen. Alsbald gewahrte man aber, daß auch andere Bäcker im „Einverständniß mit den Vertheilungscommissären" allerhand Betrügereien zum Nachtheil der Consumenten betrieben.[2]

Die Zornergüsse des Volkes richteten sich insbesondere gegen das Directorium, und nicht selten kleideten sie sich in das Gewand des bittersten Spottes ein. Man war empört über den Pomp und die Kostspieligkeit der von ihm gegebenen Festlichkeiten und Gastmähler. Man hatte nicht übel Lust, sich am 21. November nach dem Luxemburg zu verfügen, um es bei dem an diesem Tage veranstalteten „prächtigen Diner zu stören", das angeblich „mindestens 400,000 Livres" kostete; oder auch um „die Reste der Tafel zu beanspruchen, die hinreichen würden, einer großen Zahl von Haushaltungen das Leben zu fristen." Solch' ein Aufwand — sagte man aller Orten — „in dem Augenblick, da das Volk vor Hunger verschmachtet", sei ein „Hohn" auf das Volk und „auf das Elend, worin es versunken sei". Der Luxemburg wurde in ironischem Wortspiel mit dem Namen Saint-Cyr oder Cinq-Sires belegt, sodaß der Gleichklang der Laute zugleich an ein frommes Stift und an fünf Könige erinnerte. Mit Rücksicht auf

1) 2, 473; 479 f. — 2) 2, 463 f.; 464; 467.

die Kopfzahl des „Rathes der Fünfhundert“ und des „Rathes der Alten“ erging man sich über die Assignaten in Spötteleien wie die: „Von allen in Umlauf gebrachten sind die schlechtesten die 500 und die 200, Niemand will mehr von ihnen wissen“; oder mit Ausdehnung der Zielscheibe auf das Directorium: „Um Frankreich zu retten, muß man die Assignaten allmählig entwerthen; vor allem aber muß man die 500 unterdrücken, die 200 zerreißen und die Fünfer verbrennen.“ [1])

Die Plünderungen von Lebensbedürfnissen nahmen immer mehr überhand. Schon im Juli hatte ja die Menge das Wort vernehmen lassen: „Auch den Wolf treibt der Hunger aus dem Gehölz hervor.“ [2]) Im November preßten die Thatsachen der Polizei das schon früher erwähnte Geständniß ab: „Der Hunger und die Verzweiflung haben die Worte Achtung vor dem Eigenthum mit einem dichten Schleier bedeckt.“ [3]) Am 19. wurden neuerdings auf verschiedenen Plätzen die Waaren der Verkäufer geplündert: auf dem Markte der Unschuldigen der Reis, auf dem der Jesuiten das Brod, auf anderen die Kartoffeln. Seit dem 20. sprach man immer allgemeiner von der Nothwendigkeit, „den Brodverkäufern zu Leibe zu gehen“. Am 22. Morgens wurde auf dem Neu-Markt und auf dem Platz Maubert ein Theil des feilgebotenen Brodes geraubt und die Brodhändler zur Flucht genöthigt; die große Menschenmenge „verhinderte jede Verhaftung“, und das Wachcommando am Platze Maubert, obwohl von den Polizeiinspectoren requirirt, „weigerte sich gradezu auszurücken“ [4]). Am 24. und 25. tauchte das Wort „Plünderung“ wie eine förmliche Losung auf. Am 28. wurde in der Vorstadt St. Denis bei einem Brodhändler geplündert; man schlug die Scheiben des Ladens ein; doch bezahlten die Ein-

1) 2, 459; 461; 464 f.; 468 f.; 485. — 2) 2, 364. Vgl. oben Th. II. S. 306. — 3) 2, 457. Vgl. oben Th. II. S. 11. — 4) 2, 457; 465; 468; 474.

bringenden das geraubte Brod nach dem Satz von 15 Livres für das Pfund, d. h. ungefähr mit dem dritten Theil des Kaufpreises. Die Volksmenge, die zuschauende wie die handelnde, erklärte laut, daß „die Zeit gekommen sei, die Nahrung überall dort zu nehmen, wo man sie finde, da die Regierung mit dem wichtigsten Gegenstand, mit dem der Vorsorge für die Existenz Aller, sich nicht beschäftige". Von Tag zu Tag fürchtete man deshalb eine „allgemeine Bewegung" gegen die als „Raubgeier" verschrienen Kaufleute und Pächter.[1])

Alle äußeren Beschwichtigungsversuche dem aufbrausenden Zorne des Hungers und der Verzweiflung gegenüber erwiesen sich als fruchtlos; ja, jedes Zureden oder Vertrösten, jedes Ermahnen zur „Geduld und Ruhe", brachte nur die entgegengesetzte Wirkung hervor. „Schon diese Worte selbst", erklärten die Berichte, „fern davon zu besänftigen, reizen vielmehr denjenigen, der leidet. Suchen hier und da Bürger die Geister zu beruhigen, so werden sie nicht gehört; denn der ausgehungerte Magen hat keine Ohren" (ventre affamé n'a pas d'oreilles).[2]) Trat, wie es der Fall war, trotz aller Erregtheit und trotz der „Unmöglichkeit, sich Lebensmittel zu verschaffen", immer und immer wieder eine „anscheinende Beschwichtigung" ein: so erwuchs sie von innen heraus, aber nicht als eine „Wirkung der Befriedigung" oder der „Hoffnung", sondern als eine „Wirkung der Erschlaffung und des Kleinmuths"[3]).

Und doch erlebte man tagtäglich die stachelndsten Erscheinungen der Hungersnoth. Am 20. erklärte eine Frau, als sie bei der Brodvertheilung leer ausging, verzweiflungsvoll dem Bäcker: daß ihr nichts übrig bleibe, als ihre „Kinder zu tödten, da sie nicht das Geringste zu ihrer Nahrung habe". Die zahlreichen Anwesenden, von Mitleid erfüllt und unter Schmähreden gegen die Regierung, veranstalteten eine Samm-

1) 2, 480; 493 f. — 2) 2, 457; 468. — 3) 2, 461.

lung, die ihr 200 Livres (d. h. die Kosten für etwa 4 Pfd. Brod) einbrachte. Am folgenden Tage brach auf offener Straße ein Mann aus Mangel an Nahrungsmitteln zusammen.[1]) Am 22. irrte in der Cour Mandar eine Frau weinend umher, weil sie sich nirgend hatte Kohlen verschaffen können. Ein Privatmann sagte zu ihr, daß er deren noch besitze, sie aber nicht anders als „zu 25 Livres den Scheffel" verkaufen werde (d. i. die Fuhre zu 2250 Livres). Diese unverschämte Forderung, die dem Zehnfachen des Januarpreises gleich kam, und die Unbarmherzigkeit des Mannes erbitterten das Publicum dergestalt, daß er nur mit genauer Noth der Lynchjustiz entschlüpfen konnte. „Dieser Auftritt", gestand die Polizei selbst, „legte noch Feuer auf die Wunde der Gesammtheit."[2]) Am 24. herrschte wieder in der Halle „die größte Unordnung"; die verzweifelnden Weiber lärmten und schrien unaufhörlich: „Ernähret unsere Kinder!" Jeder Versuch, die Ruhe herzustellen, vermehrte nur den Lärm und jene Hülferufe.[3]) Am 28. aber meldete die Polizei: „Das Elend ist auf's Höchste gestiegen; die Straßen von Paris gewähren das schmerzliche Schauspiel von Frauen und Kindern, die durch den Mangel an Nahrung völlig ausgezehrt sind; die Hospize werden bald nicht Raum genug haben, um die Menge der Kranken und Unglücklichen zu fassen; das Elend und der Hunger sind auf dem Punkte, ihre Stimmen zu ersticken."[4])

Die Empfindungen des Elends wurden vornehmlich noch durch drei Thatsachen geschärft. Einmal durch das Schauspiel des übermüthigen und prahlerischen Gebahrens der Reichen, der emporgekommenen Glücksjäger und Wucherer, die im Ueberflusse strotzten und mit ihrem prunkenden Luxus, mit ihren verschwenderischen Ausgaben bei den Restaurateuren und

1) 2, 463; 468. — 2) 2, 473. Vgl. oben Th. II. S. 224 f. — 3) 2, 481. — 4) 2, 491.

an anderen öffentlichen Orten, in den von Nahrungssorgen verzehrten Armen fortwährend die schmerzhaftesten Vergleiche und die tiefste Entrüstung hervorriefen.[1]) Und dazu kam die unerschütterliche Hartherzigkeit dieser reichen Emporkömmlinge. „Jeder Tag — sagte das Journal „Der französische Republicaner" — liefert uns den Beweis einer traurigen Wahrheit, nämlich: daß die Emporkömmlinge, die Neubereicherten, ein härteres Herz haben, als die Wohlhabenden von Geburt Diese theilten ehemals ihren Ueberfluß mit den Armen, und nichts war in dieser Stadt alltäglicher, als zarte Frauen in die Dachkammern und in die Gefängnisse Bouillon, Geld und Tröstungen bringen zu sehen. Heutzutage stirbt man dicht neben diesen neuen Millionären, die sich mit unseren Habseligkeiten bereichert haben, vor Hunger und Gram dahin; man verscheidet, ohne auch nur einen Augenblick des Mitleids zu erfahren."[2])

Die zweite verschärfende Thatsache war das Bewußtsein, daß infolge der Aufspeicherungen in öffentlichen und privaten Magazinen „Paris niemals innerhalb seiner Mauern mehr Waaren und Lebensmittel aller Art beherbergt habe als dermalen", und daß dennoch „der Preis aller Waaren gleichsam stündlich sich steigere"[3]). Das Pfund Brod, wie wir sahen, war im Marktverkehr seit dem 13. bis zum 22. November von 26 auf 40 Livres gestiegen, an einzelnen Tagen sogar auf 50 und mehr; der Sack Mehl auf 14,000 Livres, die Fuhre Kohlen auf 2250. Die Fuhre frisches Holz kostete am 17. bereits 2000 Livres, Floßholz mindestens 1500, ein Bund Knüttelholz 30, das Abmessen einer halben Klafter 25 Livres.[4]) Die Milchfrauen verlangten für die Pinte Milch 50 Livres.[5]) Der Preis der Pferde, die für den Erwerb so zahlreicher Bürger unentbehrlich waren, stieg bis auf 100,000 Livres.[6])

1) 2, 480; 492. — 2) 2, 484 f. — 3) 2, 457 f.; 468. — 4) 2, 453. — 5) 2, 457. — 6) 2, 447.

Der Scheffel Kartoffeln, der an einzelnen Tagen auf 180 Livres sich erhob, hielt sich im Allgemeinen für die weißen auf 125, und für die rothen auf 140 Livres.[1])

Die dritte Verschärfung des Elends erwuchs aus den verwirrten und verwirrenden Cursverhältnissen der Assignaten. In manchen Departements, wie in dem der Haute-Saône, hatten diese absolut keine Geltung mehr, sodaß die dortigen Verwaltungsbehörden flehentlich baten, sie „nicht länger an diesen Leichnam gefesselt zu lassen". Alle Handelsgeschäfte wurden daselbst entweder in Münze oder durch Austausch gegen Waaren und Lebensmittel bewirkt. Anderwärts, wie in Arras, cursirte zwar noch der Livre in Assignaten zu 3 Deniers, d. i. 100 Livres zu 25 Sous; aber einzelne Anstalten, wie die Post, nahmen nur Münze an. Die Pacht der Messagerien von Lille nach Dünkirchen folgte diesem Beispiel nicht, erhöhte aber dafür den Preis des Fahrbillets von 200 auf 500 Livres.[2]) Auch in Paris wollten die Verkäufer aller Art, Landleute, Milchfrauen, Kaufleute immer häufiger ihre Waare nur gegen Münze ablassen. Da solche aber nicht vorhanden oder nicht in Umlauf war, das Publicum nichts wie Assignaten in Händen hatte: so weigerten sich die Kaufleute seit dem 19. November vielfach, überhaupt etwas zu verkaufen, so lange nicht ein wirksames Gesetz die grenzenlose Verwirrung beseitige.[3])

Bisher hatten, wie wir sahen, die Assignaten zu Paris im Handel und Wandel etwa 3 bis 10 % mehr wie in der Agiotage gegolten. Diese Differenzen, die eben nicht gefährlich waren, so lange noch, wie im Januar, der Curs auf 20 stand, wurden schon sehr bedenklich, als er im August auf 3 herunterging, vollends aber unerträglich, seit er im October auf 2 und $1\frac{1}{2}$, im November sogar auf 1 und auf $\frac{3}{4}$ % herabsank. Es war daher sehr begreiflich, wenn die Geschäftsleute in

1) 2, 445; 473. — 2) 2, 455; 456. — 3) 2, 457.

Aussicht stellten, daß im Handelsverkehr künftig 100 Livres Assignaten nicht mehr wie bisher $4^1/_2$ bis $11^1/_2$ %, sondern durchweg nur $3^1/_2$ % gelten würden. Kam dies zur Ausführung, so mußten die Preise der Lebensbedürfnisse noch viel höher steigen und die wirthschaftlichen Verhältnisse der bedürftigen Klassen noch viel tiefer erschüttert werden.. Die „öffentliche Meinung" sprach sich daher immer dringender für eine „Entwerthung aller Assignaten" aus, natürlich auf dem Wege der Einlösung zu einem gewissen Curs, indem man zugleich vor der Hand die „Schließung der Börse" und ein absolutes „Verbot des Geldhandels" begehrte. In der That konnte die theilweise Zurückziehung von Assignaten keine Hülfe bringen, zumal wenn die Regierung fortfuhr, immer neue und größere Massen in den Verkehr zu werfen.[1])

Die buntesten Wünsche kreuzten sich auf dem Gebiete des Geldwesens. Von den Departements her trachteten die Royalisten nach dem Aufkauf entwertheter königlicher Assignaten, weil man hoffte, daß diese nach Wiederherstellung des Königthums ihren ursprünglichen Werth zurückerlangen würden. Die Republicaner ihrerseits wünschten die Entwerthung und Einziehung der alten königlichen Silberthaler, um sie aus den Koffern der Pächter und Bauern hervorzulocken und in republicanische Münze umzuwandeln. Viele Bürger begehrten Abstempelung der Assignaten, um die gefälschten zu verdrängen, denen man zum Theil die Steigerung der Lebensmittelpreise zuschrieb, weil sie nicht selten dazu beitrugen, den Preis des Louisd'or emporzutreiben. Die Meisten wünschten vor allem eine gesetzliche Feststellung des Curses der Assignaten und, in Uebereinstimmung damit, die der Arbeitslöhne. Manche wollten überdies eine gesetzliche Feststellung des Werthverhältnisses zwischen Gold Silber, Kupfer, Eisen, Blei u. s. w.[2]) Der Wunsch der Agioteure war, den Preis des Louisd'or, der vom 6. October bis

1) 2, 457; 459; 461. — 2) 2, 462 f.

zum 13. November von 1700 auf 2850 Livres gestiegen war, auf 10,000 hinaufzuschrauben; und man ging am 20. November, als er 3000 galt und mit falschen Assignaten bis zu 6000 bezahlt wurde, sogar Wetten darauf ein, daß dieser Wunsch in wenigen Tagen sich verwirklichen werde. In der That trieb man ihn am 21. bis auf 5500 in die Höhe. Allein am folgenden Tage fiel er wieder auf 3400 und 3365 herab, während er in Silber gezahlt 3300 Livres galt; und am 24. ging er sogar auf 3100 und 2990 zurück.[1])

Man wird es erklärlich finden, daß unter solchen Umständen die Pariser Bevölkerung gar „wenig um Politik" sich kümmerte und an den Siegen der französischen Heere keinen oder geringen Antheil nahm, wenn sie auch nur theilweise, gleichwie dies in mancher Provinz geschah, über deren Unglücksfälle unverhohlene Freude bezeigte.[2]) Das einzige politische Verlangen ging nach wie vor auf Frieden; selbst in den Theatern machte es sich bei jeder Anspielung darauf in stürmischer Weise Luft; denn in dem „Frieden allein" erblickte man auch jetzt das wahrhafte „Heilmittel aller Drangsale und Uebel". Daher erklärte die Polizeicommission mit Zuversicht: „Wäre unser Elend nicht allzu tief eingewurzelt, das Wort Friede würde hinreichen, die Ruhe, die Ordnung und vor allem die Geduld in das Innere aller Herzen zu tragen."[3]) Was allein an jedem Tage, heißt es, und „in jedem Augenblicke des Tages alle Geister beschäftigte", das war die Frage nach den „Mitteln, um sich eine Lebensfristung zu verschaffen". Immer herzzerreißender wurden die „Nothrufe des Elends" und die „Angstseufzer", welche die „Hungersnoth" der „Armuth" entpreßte.[4]) So ausschließlich war Jeder auf den Kampf um das Dasein bedacht, daß man sogar dem nächsten Nachbar

1) 2, 444; 462 f.; 469; 473; 481. Vgl. Frankreich im J. 1795. 3, 372. — 2) 2, 468; 480; 456; 500 f. — 3) 2, 489; 483; 479. — 4) 2, 468; 479.

das Brod nicht gönnte; man verlangte mit Berufung auf den Beschluß des Wohlfahrtsausschusses vom 14. August, daß alle sogenannten „wohlhabenden Leute“ von „jedweder Vertheilung ausgeschlossen“ würden, und in den meisten Sectionen wurde diesem Verlangen durch die Comités ganz oder theilweise entsprochen.[1])

Die officiellen Berichte aller Art verhehlten nicht, daß die Volksstimmung eine äußerst schlimme sei; daß man nicht länger durch ein „eitles Auskramen von Versprechungen und Lügen“ mißbraucht sein wolle; und daß, wenn nicht bald der Hungersnoth ein Ziel gesetzt werde, ein neuer verzweifelter Aufstand zu erwarten stehe.[2])

Am 23. November entwarf ein entschieden republicanisch gesinnter Patriot dem Minister des Innern eine warme Skizze der Lage. Er schilderte die Lebensmittelnoth und die allgemeine Unzufriedenheit darüber, die den höchsten Grad erreicht habe; unerträglich sei das Elend des Rentners, der Angestellten und überhaupt aller Klassen mit Ausnahme der Reichen, weil sie sämmtlich außer Stande seien, die Preise der Lebensmittel zu erschwingen. Er schildert ferner das Stocken der Arbeit und die Unzulänglichkeit der Löhne, die in keinem Verhältnisse ständen zu der außerordentlichen Steigerung aller Waarenpreise. Er erklärte ohne Bedenken: „Das Heil des Vaterlandes hängt von der Lebensmittelfrage ab. Vergebens wird man gegen die Verkäufer von Lebensmitteln schreien; an der Regierung ist es, Vorsorge zu treffen; ihre Pflicht ist es, das Brod an alle Individuen, gleichviel ob reiche oder arme, zu vertheilen. Denn die Ausnahmen stiften Veruneinigung, erzeugen Parteiungen und leisten der Willkür Vorschub, ja selbst einer Rachlust, die der Häupter der Nation wenig würdig ist. So lange nicht Jedermann mindestens ein und ein halbes Pfund Brod erhält, wird es keinen öffentlichen Geist und

1) 2, 473. — 2) 2, 473; 480; 484; 492.

kein Vertrauen zu der Regierung geben. Es ist schmerzlich für diejenigen, welche die Revolution aus Liebe zur Freiheit und Rechtsgleichheit bewillkommt haben, ihre Hoffnungen fast vernichtet zu sehen durch die verzweiflungsvolle Lage von fast $^{19}/_{20}$ des Volkes, welche nicht mehr im Stande sind, die gräßlichen Drangsale der Hungersnoth und der Entbehrung der nothwendigsten Kleidungsstücke zu ertragen, deren sie noch immer weiter sich zu entäußern gezwungen sind, um nur wenigstens zum Theil den Hunger, der sie verzehrt, zu beschwichtigen. Vergebens vertröstet man das Volk auf die Zukunft; es ist so oft getäuscht worden, daß sein Vertrauen dahin ist. Jetzt sind wir noch schlimmer daran, als je zuvor. Denn schon sind mehrere Brodvertheilungen ganz ausgeblieben, und auch heut um 8 Uhr morgens haben die Bäcker noch kein Mehl." [1])

Die Polizeiverwaltung, die unablässig für die unglücklichen Rentner und Pensionäre eintrat [2]), berichtete ihrerseits am 26. November: „Nichts als äußerstes Elend, Untröstlichkeit, Klagen, Murren, Verwünschungen und Verzweiflung! Die öffentlichen Plätze, die Märkte, die Läden sind von Waaren entblößt; die Häuser, die Keller, die Zimmer der Aufkäufer sind von allen möglichen Lebensmitteln vollgepfropft. Die Assignaten (infolge der neuen Emissionen) vervielfältigen sich in's Unendliche; der Arme jedoch hat keine zur Verfügung, um auch nur seinen dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen. Unter dem Dachziegel, der ihn deckt, sind seine bescheidenen Möbel verschwunden; das Elend, die Kälte, der Hunger und die Finsterniß verdüstern seine Einsamkeit; während ihm zur Seite das Gelächter, der Frohsinn, die Gelage, der Luxus und der Ueberfluß ihr Asyl aufschlugen." [3])

Auf das Dringendste empfahl die Polizeicommission eine starke „Besteuerung der Neureichen", eine „Untersuchung des Verhaltens der Verpflegungsagenten", eine „Zügelung der

1) 2, 471 f. Vgl. oben Th. I. S. 17. — 2) 2, 462 f. — 3) 2, 483.

Goldgier der Pächter", eine „Reinigung der Börse" und eine „Vernichtung des Palais-Royal", das als Sitz der Agiotage, des „Egoismus und der Habsucht", für den Armen ein Gegenstand des „Abscheues" und des „Schreckens" sei. Dann werde das Volk sagen, daß „die Regierung sich doch wenigstens mit ihm beschäftige". Und dazu „sei es wahrlich Zeit, wenn man den Streichen vorbeugen wolle, die allem Anschein nach die Regierung bedrohen" [1]).

Am meisten fürchtete die Polizei die Ausnutzung des „unerträglichen" Elends durch die Umtriebe sowohl der Terroristen wie der Royalisten. Der „Terrorismus", erklärte sie, „schläft nicht, er arbeitet unter der Hand und entwirft seine Pläne, um die Herrschaft wieder zu erringen"; man „findet die Republicaner nach der Art Robespierre's in allen Gruppen, die Zwietracht anfachend, obgleich diese Herren wohlgekleidet, wohlgenährt und selbst parfümirt sind"; sie, die „vorzugsweise sogenannten Jacobiner, deren Zahl sich stets vermehrt, declamiren unablässig gegen das gegenwärtige Regime"; sie „senden ihre Sbirren und ihre Bacchantinnen in die Gruppen" [2]). Die Rückkehr zum Königthum hielt natürlich die republicanische Polizei für eine „Chimäre", und empfand daher nur Verachtung für den „Royalismus"; sie bezeichnete ihn als eine „thörichte und verkommene Sekte", die gar keine „Beachtung verdienen würde, wenn das Volk nur im Genusse des durchaus Nothwendigen wäre". Aber allerdings rufe der „Zustand der Herzensangst", worin sich das Volk befinde, bei ihm „fortwährend Vergleiche zwischen seiner gegenwärtigen Lage und der von 1788 in Bezug auf die Lebensnothdurft" hervor. Tag für Tag könne man Reden wie die vernehmen: „Es thut ein guter Familienvater noth, um uns wie ehemals zu ernähren; wie soll man die Republik lieben, die uns Hungers sterben läßt!" [3])

---

1) 2, 484; vgl. 480; 491. — 2) 2, 461; 464; 469; 474. — 3) 2, 461 f.; 481; 487; 493 f.

In den letzten Tagen des November stieg die Noth noch mehr. Die Brodvertheilungen stockten dermaßen, daß „alle Welt überzeugt schien, das Directorium wolle den Parisern die tägliche Brodvertheilung ganz entziehen". Der bittere Kelch war bis zum Ueberschäumen gefüllt. Die Weiber wollten das Directorium stürmen. Die Angestellten jeder Art „jammerten an allen öffentlichen Orten, daß sie mit ihrer Besoldung nicht mehr leben könnten". Selbst Militärs fluchten öffentlich darüber, daß „viele Soldaten Tags zuvor kein Brod erhalten hätten". Es wurde förmlich die Tagesregel, daß mindestens eine kleinere oder größere Anzahl von Sectionen ohne Brod blieb. Die leer ausgehenden Bezirke waren jederzeit voll des heftigsten Neides auf die versorgten. Immer häufiger wurde die Wahrnehmung bestätigt, daß „Jeder" nur bedacht sei, „die durch die Umstände geforderten Opfer seinem Nachbar" zuzuschieben. Man spie Feuer und Flamme gegen die Regierung, die „taub bleibe gegen das Angstgeschrei des Elends"; die in „Gefühllosigkeit die Unglücklichen die grausamsten Rohheiten, selbst von Seiten der Verkäufer, erdulden lasse"; und die ihrerseits sehr glücklich lebe im Schooße des Ueberflusses, während der Hunger die zahlreichste Klasse der Bürger zernage" [1]).

Der Regierung war allerdings empfohlen worden, die „Vertheilungen von Brod, Fleisch u. s. w. in der Commune von Paris völlig zu unterdrücken". Für den Fall, daß es wirklich dahin komme, verlangte die „öffentliche Meinung" mit Bezug auf die Brodvertheilungen, daß deren Unterdrückung „stufenweise" geschehe; daß man das Brod „zunächst allen denen entziehe, die Zutrittskarten zur Börse besäßen, allen Kaufleuten, die Läden inne hätten, und überhaupt denen, die genug Geschäfte machten, um ihnen so viel Erwerb zuzutrauen, als für den Einkauf von Brod erforderlich sei". Doch das

1) 2, 483; 486 f.; 492 f.; 494.

Directorium konnte sich ebensowenig entschließen, diesen „großen Streich zu führen", wie der „Agiotage und der Kühnheit der Verkäufer" entgegen zu treten, oder auch nur den Beamten und Angestellten, den Pensionären und Rentnern eine der Theuerung entsprechende Mehrzahlung zu verwilligen. So sahen sich denn diese Unglücklichen, nachdem sie alle ihre Habe veräußert hatten und nun „gewissermaßen bei ihrem letzten Stücke waren", dem „verhängnißvollen äußersten Nothmittel nahe gerückt, dem Entschlusse, sich das Leben zu nehmen" [1]). Die Menge aber, in ihrer wüsten Verzweiflung, war nicht nur unerschöpflich in „derben und heftigen Verwünschungen gegen die Regierung", sondern auch zu den rücksichtslosesten und ungerechtesten Gewaltthaten aufgelegt. Wenn sie trotzdem die angedrohten Massenplünderungen nicht vollzog: so war der Grund, wie die Polizei bemerkte, „mehr die Furcht vor Strafe und vor der bewaffneten Macht, die sich ihr entgegenstellen könnte, als Geduld und Ergebung". Nur mit Mühe jedoch gelang es, sie am 29. November in der Vorstadt St. Denis von einer wahnsinnigen Lynchjustiz gegen zwei Bäcker abzuhalten, bei denen es wiederum zu keiner Brodvertheilung gekommen war. [2])

Die Landgemeinden in der Umgebung von Paris hatten nach Kräften das Ihrige zu dem Nothstand der Hauptstadt beigetragen. Der „öffentliche Geist" daselbst war nach dem officiellen Ausdruck „allermindestens sehr zweideutig". Ueberall in den Cantonen des Seinedepartements herrschte schon seit Jahr und Tag, theils in Folge des Elends, theils wegen der Unsicherheit des Eigenthums, ein „Ekel vor der neuen Ordnung der Dinge". Die besseren aber furchtsamen Elemente der Bevölkerung hatten sich von aller Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zurückgezogen; die Anhänger der Unordnung, der Tyrannei, der Verschleuderungen, Plünderungen

1) 2, 493; 486; 495. — 2) 2, 496; 495.

und Räubereien, kümmerten sich vollends nicht um das Gemeinwohl, sondern waren nur bedacht, alle jene Gelüste auf dem Gebiet der Lebensmittelfrage in Ausübung zu bringen. Es war daher unmöglich, irgend eine geordnete Verwaltung herzustellen; Niemand wollte Aemter annehmen, Niemand sich zu öffentlichen Geschäften, zur Uebung einer Controle, zur Bekanntmachung von Gesetzen, zur Expedirung irgendwelcher Schriftstücke in Bezug auf die Naturalsteuer herbeilassen. Und so war es denn auch unter dem Schutze dieser Auflösung aller Ordnung möglich gewesen, seit der letzten Ernte durch die abgefeimtesten Betrügereien große Massen von Korn der Verproviantirung der Hauptstadt zu entziehen. Theils geschah dies durch Vorenthaltungen und Verbergungen im Einverständniß mit den Abgesandten der Verpflegungsagentur; theils durch Abschließung von Scheinverkäufen mit angeblichen Agenten und auf Grund falscher Vollmachten; theils durch Collusionen mit verschiedenen Angestellten in den Bureaux des alten Wohlfahrtsausschusses und der Verpflegungsagentur von Paris. Es war namentlich etwas ganz Gewöhnliches gewesen, daß Frachtwagen der Verwaltungsbehörden zwar wirklich mit Korn beladen wurden und mit der Bestimmung für die Hauptstadt abfuhren, unterwegs aber entweder das Korn an einem andern Orte abluden oder eine andere Straße einschlugen, um es einer andern Bestimmung zuzuführen. Alle Anzeigen, Reclamationen und Beschwerden, wurden in den Bureaux unterschlagen und blieben ohne Antwort. Zu Untersuchungen oder gar Bestrafungen kam es nicht. Das Ministerium der Directorialregierung vermochte kaum die nothdürftigsten Anfänge einer municipalen Ordnung hier und da durchzusetzen.[1])

Die „Vervielfältigung der Assignaten in's Unendliche" gestaltete auch den Ausblick in die Zukunft immer düsterer. „Man fürchtet — schloß der Bericht über den 30. November —

1) 2, 487 f.

stets in demgleichen Zustand der Hungersnoth und der Armuth zu verharren. Man haftet an der Vorstellung, daß, wenn man selbst zehnmal mehr an Geld erhielte, man dennoch nur alles noch zehnmal theurer bezahlen müßte, sodaß die Lage sich nicht ändern würde. Man begehrt den Frieden, und doch scheint er in die Ferne zu rücken. Der Friede aber und der Lebensunterhalt — das ist der Gegenstand aller Gespräche, das ist die Sehnsucht der Bewohner von Paris." [1])

Die Quotidienne ihrerseits sagte am Schlusse des Monats über den Zustand der Hauptstadt: „Man führt ein rein animalisches Dasein; das Volk, das sich so sehr darauf verstehen soll, gut zu leben, ist in Wirklichkeit mit nichts Anderem beschäftigt als mit den Mitteln, nicht zu sterben." [2])

Die Theuerung und das städtische Mehlbudget im December 1795.

Am 1. December veränderte sich plötzlich die trübselige Physiognomie der Stadt. Die Mißstimmung verstummte, die Gesichter waren aufgeheitert; die Bürger, neuer „Hoffnung" voll, sprachen sich gegenseitig mit bestem Erfolg „Muth und Vertrauen" zu, und zeigten sich entschlossen zu fernerer „Geduld". Was war geschehen, um diese Umwandlung herbeizuführen? Nichts weiter, als daß die „Regierung" eine „Anstrengung" gemacht hatte, um momentan das „Loos" der Armen zu „verbessern"; sie hatte offenbar an diesem Tage die Erhöhung der Brodrationen auf $^3/_4$ Pfund bewirkt. Daher sagte die Quotidienne zu Anfang December: „Es ist doch ein wunderbarer Beweis von der engelgleichen Geduld der guten Pariser, daß dieses Volk, dem man jede Art von Glückseligkeit in reichem Maße versprochen hatte, jetzt, wenn es nur drei Viertel Pfund Brod zur Tagesnahrung erhält, ein solches Freudengeschrei erhebt, daß ein Fremder glauben sollte, alle

1) 2, 496 f. — 2) S. Frankreich im J. 1796. 1, 116.

gemachten Versprechungen seien in diesem Augenblick erfüllt worden." [1])

Aber in 24 Stunden ward die Freude schon wieder vom Schrecken abgelöst. Die Brodration, statt nun endlich das ersehnte Maß von einem ganzen Pfunde, geschweige das Ideal von anderthalb Pfund, zu erreichen, sank vielmehr wieder auf ein halbes Pfund herab; die Vertheilung wurde neuerdings eine unregelmäßige, ungleiche und tumultuarische; es fehlte an Brod und an Mehl. „Man will uns am kleinen Feuer umkommen lassen," schrie die Menge laut; man ereiferte sich gegen die Regierung und die Verpflegungsagentur; Arbeiter und Frauen plünderten wieder das feilgebotene Brod auf dem Gleichheitsplatz. Die Theuerung wuchs zusehens. Die Assignaten sanken auf $^1/_2$ % herab; der Louisd'or erklomm wieder den Stand von 3590 und 4000 Livres. Das feilgebotene weiße Mehl stieg auf 55 Livres das Pfund, d. i. auf 17,875 Livres für den Sack zu 325 Pfd. [2])

Zugleich stellten sich mit immer größerer Gewißheit neue schamlose Betrügereien bei der öffentlichen Verwaltung, und namentlich bei der Brodvertheilung, heraus. Mehrere Agenten der Verpflegungsbehörde, die mit den Kornankäufen für Paris betraut waren, ließen nach der allgemeinen Anklage einen Theil derselben in der Halle auf eigene Rechnung feil bieten, und betrogen dergestalt durch den Mißbrauch ihrer Patente die darbende Bevölkerung der Hauptstadt um das ihr gebührende Korn. [3]) Die niederträchtigste Schurkerei bestand aber darin, daß auch das zur Vertheilung bestimmte „Sectionsbrod" in Folge von Collusionen zwischen den Sectionscommissaren und den Bäckern vielfach unterschlagen und dann auf den Märkten zu ausschweifenden Preisen feilgeboten wurde. Umsomehr hielt sich die Menge für befugt, auf allen Märkten dasjenige Brod

1) Tableaux 2, 497. Frankreich a. a. O. S. 117. — 2) 2, 498 f.; vgl. 501. — 3) 2, 516.

zu plündern, das sie als „Sectionsbrod" erkannte oder zu erkennen glaubte.[1])

Die Bedrängniß nahm wieder einmal die schreckhafteste Gestalt an. Am 3. December, und wiederholt am Tage darauf, machten die Civil-Comités zweier Sectionen die Anzeige, daß zahlreiche „Unglückliche nicht mehr im Stande seien, sich auch nur das Allernothdürftigste zu beschaffen; in Folge dessen wachse die Unzufriedenheit in Besorgniß erregender Weise"[2]). Die Polizei aber stattete am 4. folgenden Bericht ab: „Ein dumpfes Schweigen, eine verhaltene Herzensangst, die sich auf allen Gesichtern malt, der ausgeprägteste Haß gegen die Regierung im Allgemeinen, der gleichmäßige Wunsch auf eine nahe Erhebung, heimliche Umtriebe des Parteigeistes, eine stete Vermehrung der Unzufriedenen, ein letztes Atom von Handel auf den Ruinen der Assignaten, ein tägliches Sorgen des anständigen und ehrenhaften Familienvaters, welches Stück seiner Haushaltung er veräußern solle, um seine Einkünfte zu ergänzen, die zur Beschaffung eines halben Pfundes Brod nicht ausreichen, die Steigerung aller Arten von Lebensmitteln, die sechzigmal stündlich wechselt: das ist ein schwacher Abriß der Lage von Paris. Ein tiefes Elend, vervielfältigtes Zorngeschrei über das Verhalten der Verpflegungsagenten, der Bäcker und der Aufsichts-Commissare; Brod in kleiner Quantität und von schlechter Beschaffenheit bei den Bäckern, doch zu einem sehr wohlfeilen Preis; vortreffliches Brod bei den Krämern, aber von einem ausschweifenden Preise; Rentner und andere Bedürftige, die nicht mehr wissen, was aus ihnen werden soll; die Handelshäuser in Räuberhöhlen verwandelt; die Spitzbuben zu Händlern geworden, und die Händler zu Spitzbuben; die schmutzigste Habgier, der tödtlichste Egoismus: das ist ebenfalls das Bild von Paris. Ein stark ausgeprägtes Verlangen geht dahin, den Agioteur, den Räuber, bestraft zu

1) 3, 19; 2, 499; 511; 524; 538. — 2) 2, 500; 509.

sehen. Was die Entrüstung des rechtschaffenen Menschen stachelt und ihn das ganze Gewicht seiner Leiden so tief empfinden läßt: das ist die Thatsache, daß die Republik nach Belieben durch Unternehmer geplündert wird, die selbst unter den Augen des Unglücklichen einen unverschämten Luxus, eine skandalöse Liederlichkeit zur Schau tragen; das ist der Anblick der Pächter, die im Schooße des Ueberflusses schwimmen und mit unverschämter Verachtung das Papiergeld zurückweisen, das allein in der Hand des armen und redlichen Mannes ist, der es nicht versteht, sein Glück auf das öffentliche Elend zu gründen. Was indeß die Bewegung, die Paris tagtäglich zu bedrohen scheint, dennoch zurückhält: das ist die Hoffnung, nicht lange mehr den Angstzustand ertragen zu müssen, der an allen Bürgern nagt; die Hoffnung auf die nahe Ankunft der Körner, die als Leistung für die Naturalsteuer eingeliefert worden; die Hoffnung auf eine neue Ordnung in der Vertheilung dieser Körner, damit sie nicht der Verschleuderung von Seiten der Bäcker und der Commissäre preisgegeben werden und in Wirklichkeit der bedürftigen Klasse, ja der gesammten Gesellschaft zum Vortheil gereichen." [1]) So vollzog sich im Volke trotz Allem die Nothehe des „Hungers" mit der „Hoffnung".

Bei der Empfangnahme der Naturalsteuer gingen indeß die Behörden mit großer Nachlässigkeit zu Werke. In Meaux z. B. wurde das eingelieferte Korn von den Arbeitern umhergeworfen, in den Koth verschüttet, von Menschen und Pferden zertreten, sodaß man den Verlust auf 2 Sester von je 12 berechnete. Zwar schmeichelte man sich dennoch, daß in wenigen Tagen Paris reichlich mit Brod versehen sein werde.[2]) Aber nur zu bald löste sich auch dieses Phantasiebild in Nebel, und damit jene Nothehe in Zwietracht auf.

Inzwischen liefen empörende Nachrichten über die Armeeverpflegung ein. Joubert, der Regierungscommissar bei der

1) 2, 501 f.; 507 f. — 2) 2, 507 f.

Sambre- und Maas-Armee, wurde angeschuldigt, daß er alle Bewohner des Landes zwischen Maas und Rhein ausplündere, dennoch aber das Heer darben lasse und seinen Raub selbst an die Feinde verschachere. In Bezug auf die Armee von Italien liefen Denunciationen, nicht nur von Privatleuten und von Militärs, sondern von dem Regierungscommissar Sücy selber ein, welche „gräuliche Verschleuderungen" der Verpflegungsbeamten enthüllten. Während die Soldaten auf $^1/_4$ und $^1/_8$ der gewöhnlichen Ration herabgesetzt wurden, tauschten die Angestellten der verschiedenen Magazine unter sich die ihnen anvertrauten Waaren aus; die Einen Futter gegen Brod, oder Brod gegen Fleisch; die Anderen Speck, Seife, Oel, gegen Strümpfe, Hemden, Stiefel u. s. w. Jeder dieser Schurken entnahm täglich 15, 20, 30 Pfd. Fleisch, Wein und Brod. Um die Spuren der Unterschleife zu verdecken, ließ man am Ende jedes Monats auf den Etats eine zahllose Menge von Tagelöhnern figuriren, auf deren Rechnung die unterschlagenen Rationen übertragen, und deren Unterschriften fingirt wurden. Der Staat mußte noch obendrein für diese erdichteten Arbeiter den Tagelohn zahlen, den die Gauner in ihre Tasche steckten. Waren die Unterschleife allzu massenhaft, dann wurden Protokolle gedrechselt über das angebliche Auslaufen von 3- bis 4000 Pinten Wein und Branntwein, über den vorgeblichen Abgang von verdorbenem Mehl und Speck, oder von gefallenen Rindern u. s. w. Die Betrüger waren dabei dreist genug, sowohl das Proviantbrod wie das Weißbrod der Hospitäler öffentlich zu verkaufen, und mit dem von ihnen zusammengerafften Vermögen in Papier- und Metallgeld zu prunken. Auch sonst wurden die Kriegscommissäre und die Vorstände der Militärverpflegung angeschuldigt, sich bei stark zusammengeschmolzenem Armeebestande von der Regierung ebenso bezahlen zu lassen, wie wenn die Armeen vollzählig wären.[1])

1) 2, 505 f.; 548.

In Paris nahm, trotz jener „Hoffnungen“ der ersten Decembertage, die „Theuerung“ und das „Unvermögen, sich den nothdürftigsten Lebensunterhalt zu verschaffen“, stetig zu. Die Tücke der Agioteure und Aufkäufer verbreitete das Gerücht, in wenigen Tagen würden die Assignaten gar nichts mehr gelten; und sofort gingen viele Waarenpreise um 25 % in die Höhe. Die Bauern ihrerseits trugen mit Ungestüm zur Vertheuerung des Metallgeldes und zur Entwerthung der Assignaten bei. Für das Pfund Butter forderten sie am 5. December nur 10 Sous in Kupfer, aber 90 Livres in Assignaten; für den Scheffel Kartoffeln 24 Sous in Münze, und 220 Livres in Papier. Die Käufer waren in der größten Bestürzung und untröstlich, weil sie eben nichts wie Papier besaßen; Familienmütter vergossen bittere Thränen. In der Halle bemächtigten sich die Aufkäufer aller vorhandenen Waaren; eine Frau, ihr Kind an der Brust stillend, brach aus Mangel an Nahrung entkräftet zusammen; das Publicum stieß ein entsetzliches Wuthgeschrei gegen die Regierung aus. Die Arbeiter wollten die Börse stürmen, alle Assignaten der Agioteure verbrennen und Haussuchungen erzwingen. Ueberall aber hörte man die Worte: „Das kann nicht länger so fortdauern! Es darf nicht der größte Theil der Bewohner von Paris vor Hunger vergehen, während ein anderer Theil im Schooße des erwucherten und erstohlenen Ueberflusses schwelgt, und ungeachtet sich niemals in der Stadt mehr Waaren aller Art aufgehäuft fanden.“ Die Polizei bestätigte dies neuerdings. „Neben dem Winkel,“ berichtete sie, „wo der Arme vor Frost und Elend verschmachtet, erhebt sich ein Magazin, das unter der Last der Ballen zusammenbricht. Mehl, Licht, Metalle, Brenn- und Nutzholz, Weine, Leder, Schuhe, Holzpantinen, Schippen, nichts fehlt; und mit einem Silberthaler zu 3 Livres könnte man sich verschaffen, was man vor 7 bis 8 Jahren nicht für 6 Livres erhalten hätte. Der Händler, oder vielmehr der Aufkäufer, würde dafür hingeben, was er nicht für

800 Livres in Assignaten fahren lassen würde. Denn die Münze ist in Paris so selten, daß selbst der Wohlhabende von ehemals deren nicht besitzt; um wieviel weniger der Arme.“ [1])

Außerhalb der Stadt stand es mit den Assignaten noch viel schlimmer. Schon in einer Entfernung von 15 Lieues war absolut nichts mehr dafür zu haben. Reisende, die nicht mit Münze versehen waren, konnten weder Unterkunft finden, noch Beköstigung, noch Fahrgelegenheit, noch Dienstleistungen irgend einer Art; kein Gasthaus, kein Speisewirth nahm sie auf, keine Post, kein Hauderer nahm sie an. Man prophezeite, daß es vor Monatsfrist in Paris ebenso stehen, und der Louisd'or nicht 4000, sondern 10,000 Livres in Assignaten gelten werde. Schon verweigerten viele Kaufleute, gleich den Landleuten, und selbst die Verkäufer der Halle, immer trotziger deren Annahme; und da es nun einmal an Münze gebrach, so stieg „der Preis einer Unzahl von Waaren, so zu sagen, jeden Tag um das Doppelte“ [2]) Kein Wunder, wenn immer Mehrere, soweit sie es vermochten, auf Gold und Silber, und auf den Handel mit den dringendsten Lebensbedürfnissen speculirten. Kein Wunder aber auch, wenn, trotz der besseren Qualität des Bäckerbrodes seit dem 5. December, die Masse der Bevölkerung wegen der fortdauernden Kärglichkeit der Ration und ihrer allzu späten Vertheilung in immer dumpfere Verzagtheit verfiel. Man hielt mehr und mehr das Uebel für „unheilbar“, und selbst „die stärksten Heilmittel“ dagegen für „unwirksam“ [3]). Man erklärte, daß die Zeit schlimmer sei wie die des Herodes, der die Kinder von 2 Jahren habe umbringen lassen; denn jetzt würden sie schon „im Mutterleibe“ umgebracht. [4])

Unablässig seufzte das Volk nach dem „Pfunde Brod“, das ihm seit so langer Zeit als Tagesration versprochen worden,

1) 2, 508—511. — 2) 2, 512 f. (vgl. 511); 517; 532. Frankreich im J. 1795. 3, 342. — 3) 2, 516 f.; 520; 538. — 4) 2, 515.

und das wenigstens „annähernd dem Lebensbedürfniß“ entsprach. Nach wie vor aber mußte es sich bald mit $^1/_2$, bald mit $^3/_4$ Pfd. begnügen; und immer noch gingen Viele, ja nicht selten ganze Sectionen, leer aus.[1] Kam es auch einmal vor, wie am 9. December, daß „mehrere Sectionen“ eines ganzen Pfundes theilhaftig wurden: so erhielten dagegen an anderen Tagen, wie am 13., „viele Sectionen gar kein Brod“, während es auf den Märkten noch immer nur zu 36 bis 40 Livres das Pfund zu haben war.[2] Man beklagte sich über diese Zustände um so bitterer, als inzwischen den reichsten Bürgern die Brodkarte zu Gunsten der Uebrigen entzogen worden war, und nun dennoch die davon erwartete Besserung der Lage nicht eintrat.[3] Man ersehnte die schleunige Organisation der Municipalitäten, weil man hoffte, daß die Municipalbeamten sich nicht gleich den Sectionscommissären auf betrügerische Einverständnisse mit den Bäckern und den Fleischern einlassen würden.[4] Man begehrte überhaupt eine neue Regelung des Verpflegungswesens, weil man gegen alle damit betrauten Personen Verachtung und Mißtrauen hegte.[5] Man „wußte nicht mehr, an wen sich halten“[6]. Bald verdammte man die Verpflegungsagentur, indem man sie als „Hungeragentur“ verhöhnte.[7] Bald verwünschte und verspottete man die Republik; „das ist eine schöne Republik“, hieß es, „die weder Geld hat noch Brod!“[8] Bald murrte man gegen den gesetzgebenden Körper, dessen Beschlüsse nur dazu dienten „die Hungersnoth zu verewigen“. Man spöttelte: „das Mehl ist so theuer und so knapp, weil die beiden Räthe davon Brei für die Katzen machen.“[9] Vor allem verpönte man das herzlose Directorium, das nur für sich selbst sorge, das täglich für seinen besondern Verbrauch die Bäcker über-

1) 2, 530 f.; 524; 537 f. — 2) 2, 532; 541. — 3) 2, 530. — 4) 2, 524; 536; 538; 546. 3, 39 f. — 5) 2, 538. — 6) 2, 520. — 7) 2, 541. — 8) 2, 530; 525. — 9) 2, 519 f.

reichlich mit Mehl versehe. Man verhöhnte es durch das Wortspiel: „Die Karten verwirren sich mehr und mehr; wir haben nur noch Piken-Könige, ohne Herzen, die uns Trefle (d. h. Klee) zu fressen geben und uns auf dem Carreau schlafen lassen“ (d. h. auf dem kalten Steinboden der ungeheizten, von Betten und Möbeln entblößten Kammern).[1])

Je unzulänglicher die Brodvertheilungen blieben, desto mehr Aufsehen erregte die eben damals auftauchende Enthüllung, daß das officielle Mehlbudget der Stadt Paris sich monatlich auf 546 Millionen Livres belief. Schon zweimal haben wir dieser bedeutsamen Thatsache gelegentlich gedacht;[2]) hier ist es Pflicht, näher darauf einzugehen. Gleich der erste Bericht des neugeschaffenen Polizei-Centralbureaus, vom 7. December, giebt darüber folgende Auskunft:

„Ein Wort, das Cochon (der spätere Polizeiminister) im Rath der Alten am 12. Frimaire (3. Dec.) fallen ließ, hat sofort eine Verdoppelung des Preises der Nahrungsmittel und der nothwendigsten Lebensbedürfnisse herbeigeführt. Die Journale ließen nämlich diesen Repräsentanten sagen, daß jeder Sack Mehl, den die Regierung in Paris vertheilen läßt, auf 13,000 Livres zu stehen kommt, und daß mithin, da sie deren 1400 täglich vertheilen läßt, für diesen Gegenstand allein eine Ausgabe von 546 Millionen monatlich erwächst (18,200,000 Livres täglich). Der Sack Korn, der früher für 3 bis 4000 Livres verkauft wurde, ist demnach auf 7 bis 8000 Livres gestiegen. Die Bürger der Departements fragen sich mit Erstaunen: aus welchen Gründen Paris ihnen monatlich für das Brod allein 546 Millionen Kosten verursache, während sie selbst genöthigt sind zu fasten, die Naturalsteuer von Brachfeldern zu zahlen, die nichts

1) 2, 525 f. Vgl. 531. — 2) Th. I. S. 31. Th. II. S. 10, wo die Ziffer 516 zu berichtigen ist.

einbringen, und überhaupt weit mehr Lasten zu tragen wie die Hauptstadt. Diese Sonderstellung von Paris, dem alle Wohlthaten der Republik ausschließlich vorbehalten sind, macht den schlimmsten Eindruck auf den öffentlichen Geist. Aus jener Aeußerung Cochon's erwächst überdies eine neue Discreditirung der Assignaten. Denn, wenn der Jahresbetrag sämmtlicher Steuern der Republik kaum genügt, um während eines einzigen Monats den Bürgern von Paris Brod zu liefern: so ist es klar, daß dieselben für diesen Artikel allein in Jahresfrist zwölfmal diesen Steuerbetrag verzehren. Nun aber erhalten die Armeen, die an Kopfzahl der Bevölkerung von Paris mindestens gleichkommen, eine doppelt so große Brodration wie die Pariser; daraus folgt, daß sie ihrerseits in Jahresfrist vierundzwanzigmal jenen Steuerbetrag verausgaben. Mithin deckt die gesammte Staatseinnahme allerhöchstens den sechsunddreißigsten Theil der Ausgabe für das Brod allein. Unter diesen Umständen wird für die gegenwärtige Generation die Rückkehr der Ordnung und des Glückes zu einer Chimäre. Das Vertrauen schwindet; die Verzweiflung nimmt dessen Stelle ein; die Entmuthigung und der Ekel haben den höchsten Grad erreicht. Das Publicum ist weniger denn je geneigt, sich an politischen Zänkereien zu betheiligen; sein Lebensunterhalt ist das Einzige, wofür es sich interessirt; dasjenige Regierungssystem, das ihm denselben verschafft oder die Mittel zu dessen Erlangung darbietet, wird in seinen Augen das beste sein." [1])

Das Centralbureau bezeichnete die Aeußerung Cochon's ausdrücklich als eine „große Unbesonnenheit". Seine Gründe dafür müssen an maßgebender Stelle durchschlagend gewirkt haben. Denn nur so erklärt es sich, daß der Moniteur, einige Tage später, bei der Wiedergabe des Sitzungsberichtes die

1) 2, 518 f.

bedenkliche Stelle unterdrückte. Er führt nämlich nur indirect an: Cochon habe „die von der Regierung bewirkten Getreideankäufe und die Veruntreuungen der mit dem öffentlichen Dienst Beauftragten als eine der vornehmsten Ursachen der Entwerthung der Assignaten dargestellt". Dagegen giebt er wörtlich eine andere Aeußerung Cochon's wieder, die also lautete: „Um die Steuern, wie man Ihnen vorschlägt, nach dem Satze von 1790 zum gegenwärtigen Curse der Assignaten zu entrichten, müßte man deren 12 Milliarden im Nennwerth aufbringen, und diese Operation würde nur dazu dienen, eine beträchtliche Steigerung der Lebensmittelpreise herbeizuführen." [1])

Zwar hatten die Pariser das vertheilte Brod, nach wie vor, zu dem Satze von 3 Sous für das Pfund zu bezahlen. Da aber diese Zahlungen in Papier zum Nennwerth erfolgten und mithin in dem Mehlbudget der Stadt nur eine monatliche Einnahme von kaum 2 bis 3 Millionen Livres in Assignaten darstellten, gegenüber der monatlichen Ausgabe von 546 Millionen: so behaupteten die Departements mit vollem Recht, daß sie es seien, welche diese Ausgabe tragen müßten. Der Verkaufspreis des vertheilten Brodes stand zu dem Kostenpreis desselben in einem so unnatürlichen Verhältniß, nämlich wie 1 zu 200, daß man ebenso mit Recht behaupten durfte: die Pariser bekämen das Brod gratis oder so gut wie gratis geliefert. Denn 3 Sous in Assignaten kamen einer verschwindenden Bagatelle, dem siebzigsten Theil eines Kupfersous gleich.

Das Wichtigste ist nun aber die Frage: Wie verhielt sich die Angabe Cochon's zur Wirklichkeit? Kam in der That ein Quantum von 1400 Sack Mehl, oder das entsprechende Quantum Brod zur täglichen Vertheilung? Die Beantwortung

1) Moniteur v. 11. Dec. (26, 637; die Réimpression stimmt genau mit der Originalausgabe überein).

dieser Frage ist nur möglich in Verbindung mit einer rück- und vorblickenden Controle sowohl des Mehl- und Brodconsums wie der Bevölkerungsverhältnisse von Paris. Ich schicke die Erinnerung voraus, daß der Sack Mehl gemeinhin 325 Pfund enthielt,[1]) und daß sich das Mehl zum Brod, nach Maßgabe der Backtabellen, wie 3 zu 4 verhält, sodaß 3 Pfd. Mehl zu 4 Pfd. Brod erforderlich sind. Uebrigens ist es selbstverständlich, daß statistische Zahlenverhältnisse nicht als unfehlbare concrete Wahrheiten betrachtet werden dürfen, sondern nur als ungefähre Bilder derselben, als sinnliche Fixirungen stets flüssiger Proportionen. Es ist daher auch im Folgenden weder erforderlich noch möglich, die sämmtlichen untergeordneten Factoren, wie die kleineren Schwankungen der Bevölkerungssummen, die quantitativen Ungleichheiten der Vertheilung, die Gewichtsverluste resp. Gewichtszuschüsse beim Einwiegen oder Backen, mit in Anschlag zu bringen. Wir werden und müssen uns vielmehr mit den Hauptfactoren der Berechnung begnügen.

Vor Ausbruch der Revolution und bis zum Herbst 1793 betrug, wie wir sahen, der tägliche normale Verbrauch der Stadt 14 bis 1500 Sack Mehl,[2]) d. i. 455,000 bis 487,500 Pfd. Mehl oder 606,000 bis 650,000 Pfd. Brod. Da nun damals nach allgemeiner Uebereinstimmung die Einwohnerzahl sich auf etwa 600,000 Seelen belief,[3]) so kam zwar allerdings, wie Boissy angab, „viel weniger" als 1 Pfd. *Mehl*,[4]) aber jedenfalls *mehr* als 1 Pfd. Brod auf den Kopf.

Schon seit 1792, besonders aber seit 1793, und bis zum Sturze Robespierre's, nahm die *ansässige* Bevölkerung immer beträchtlicher ab, die *fluctuirende* dagegen, die der Abenteurer, der Vagabunden, der Müßiggänger, der Strolche und „Harttapper" immer beträchtlicher zu.[5]) Umgekehrt seit

1) Tableaux 2, 269; 329; 457. — 2) S. oben Th. II. 114; 233; 235. — 3) Th. I. 37. — 4) Th. II. 235. — 5) Th. II. 233 f. u. Th. I. a. v. O.

dem Sturze Robespierre's zog ein Theil der fluctuirenden Bevölkerung wieder ab, dagegen aber ein noch größerer Theil der vor dem Terrorismus Entflohenen wieder herbei. Im März 1795 betrug die Einwohnerzahl angeblich 636,000 Köpfe, etwa 10,000 mehr als beim Sturze Robespierre's.[1])

Während dieser Zeitspanne, vom Herbst 1793, d. h. seit der Anordnung der öffentlichen Brodvertheilungen, bis gegen Ende Februar 1795, stieg der tägliche Consum der Stadt, wie wir sahen, von 1500 auf 2000 Sack, d. i. auf 650,000 Pfd. Mehl oder 877,000 Pfd. Brod. Da nun die Bevölkerung in dieser Zeit 600 bis 636,000 Seelen betrug: so sieht man, daß — als Folge der Theuerung, der Lebensmittelnoth und des Hindrängens zur Brodnahrung — auf den Kopf durchschnittlich etwas mehr als $1^3/_8$ Pfd. Brod kam. Indeß wissen wir, daß die Vertheilung damals eine willkürliche und ungleiche war, weil sie nicht auf Rationirung beruhte, sondern auf Declarirung des Tagesbedarfes von Seiten jedes Einzelnen.[2]) Ebenso ist es gewiß, daß außerordentlich viele Personen weit mehr als $1^3/_8$ Pfd. bezogen, und daß daher selbst der Satz von $1^1/_2$ Pfd. als eine Reduction, als eine weitgreifende Benachtheiligung und Schmälerung betrachtet wurde.[3]) Bis zum 24. Februar muß man sich daher die Vertheilung etwa also vorstellen, daß 194,000 Personen je 2 Pfd. Brod (zusammen 388,000 Pfd.) erhielten, 130,000 je $1^1/_2$ Pfd. (zusammen 195,000 Pfd.), und die übrigen 276 bis 312,000 Personen zusammen 294,000 Pfd., d. i. durchschnittlich 1 Pfd. Daraus ergiebt sich eben für die 600 bis 636,000 Seelen genau das obige Quantum von 877,000 Pfd. Brod.

Am 24. Februar 1795 wurden die Portionen zu 2 Pfd. auf $1^1/_2$ reducirt; das war die erste Rationirung.[4]) Boissy hoffte dadurch den Consum auf 1800 Sack herabzudrücken,

1) Th. II. 234. — 2) Th. II. 232; 234. — 3) Th. II. 234; 239. — 4) Th. II. 232 ff.

d. i. auf 585,000 Pfd. Mehl oder 780,000 Pfd. Brod. In der That: führte man die 194,000 zweipfündigen Portionen auf anderthalbpfündige zurück, so ersparte man 97,000 Pfd., und schränkte mithin den bisherigen Consum von 877,000 Pfd. Brod auf 780,000 ein, d. h. auf 1800 Sack Mehl. Nur auf diese Weise erklärt sich zugleich für die Summe der nunmehrigen Empfänger anderthalbpfündiger Portionen die beglaubigte Ziffer von 324,000 (nämlich 194,000 und 130,000).[1])

Durch eine fernere Herabsetzung der Ration auf 1 Pfd. gedachte Boissy den Mehlverbrauch auf etwa 1600 Sack zu vermindern, d. i. auf 520,000 Pfd. Mehl oder 694,000 Pfd Brod. Die gleichmäßige Rationirung aller Einwohner auf 1 Pfd. hätte aber nur 636,000 Pfd. erfordert; der Ueberschuß von 58,000 Pfd. beweist also, daß Boissy selbst sich vorbehielt, von den 324,000 Empfängern anderthalbpfündiger Portionen etwa den dritten Theil, 108 bis 116,000, und zwar den bedürftigsten Theil der „Handarbeiter", in dem halbpfündigen Vorrecht zu belassen. Und in diesem Sinne wurde denn auch die Frage grundsätzlich entschieden.[2])

Factisch indeß, wie wir sahen, konnte Boissy nicht durchdringen. Am 17. März mußte man aus Vorsicht doch wiederum 1897 Sack vertheilen, d. i. 616,525 Pfd. Mehl oder 822,000 Pfd. Brod. Davon erhielten ausdrücklich 324,000 je $1\frac{1}{2}$, d. i. zusammen 486,000 Pfd.; die übrigen 312,000 je 1 Pfd.; mithin beide Kategorien gemeinsam 798,000 Pfd. Hiernach ergiebt sich ein Ueberschuß von 24,000 Pfd. Brod, der sich nicht sowohl aus einem Zuwachs der Bevölkerung, als aus der ängstlichen Vorsorge der Regierung erklärt. An dem sturmvollen 27. März vermochte man aber, trotz der eifrigsten Anstrengungen, bereits nicht mehr als 714,000 Pfd. Brod zur Vertheilung zu bringen, d. i. 535,500 Pfd. Mehl, die man von überallher zusammensuchte.[3])

1) S. Th. II. 239. — 2) Ebend. — 3) Ebend. u. 243.

Am 29. April, als der Mehlbankerott dergestalt in der Blüthe stand, daß der städtische Verbrauch schon vielfach auf 350 Sack, auf 175 und auf Nichts herabgesunken war, wurde ausnahmsweise das ungewöhnlich hohe Quantum von 700 Sack vertheilt, d. i. 227,500 Pfd. Mehl oder 303,000 Pfd. Brod, angeblich in Rationen zu $^1/_2$ Pfd. Man sollte daher meinen, daß 606,000 halbpfündige Rationen vertheilt worden wären. Indeß behauptete Tallien ausdrücklich, daß die 700 Sack 646,800 halbpfündige Rationen ergeben hätten.[1] Dies beweist, daß man sich in dieser äußersten Noth durch sogenannte kleine dreißiglöthige Pfunde half, indem man an jeder halbpfündigen Ration ein Loth abknappte. Denn 606,000 sechzehnlöthige Rationen sind in der That genau gleich 646,400 fünfzehnlöthigen (die 8 im Moniteur, statt 4, ist wohl ein Lese- oder Setzfehler). Aus dieser überschießenden Ziffer der Rationen darf bei den damaligen Zeitverhältnissen nicht sowohl auf einen inzwischen eingetretenen Bevölkerungszuwachs, als vielmehr auf eine theilweise Verausgabung von Doppelrationen geschlossen werden. Daß inmitten der Hungersnoth, wo alle Ordnung außer Rand und Band ging, weder der frühere Verzicht der Reichen auf ihre Brodkarten noch die zuvor versuchte Ausschließung der Nichtansässigen Stich hielt,[2] darf mit Recht vorausgesetzt werden.

Viel später, im December 1795, soll nun nach Cochon der tägliche Verbrauch 1400 Sack betragen haben, d. i. 455,000 Pfd. Mehl oder 606,000 Pfd. Brod. Dieses Quantum würde, bei einer Bevölkerung von circa 636,000 Seelen, vollkommen ausgereicht haben, um nahezu die gesammte Einwohnerschaft mit Rationen von einem ganzen Pfunde zu versorgen, und sogar mehr als die gesammte Einwohnerschaft, wenn man das kleine dreißiglöthige Pfund in Anwendung gebracht hätte. Nun aber unterliegt es nach allen oben

1) Ebend. 266. — 2) Ebend. 244.

angeführten Thatsachen, und mit sorgsamster Berücksichtigung aller hervorgehobenen Unregelmäßigkeiten der Vertheilung, gar keinem Zweifel, daß die durchschnittliche Rationirung damals sich allerhöchstens auf $^3/_4$ Pfd. belief. Und schon dieser allerhöchste Durchschnittssatz hätte bei 1400 Sack Mehl die hohe Ziffer von 808,000 Rationen zu je $^3/_4$ Pfd. ergeben; während umgekehrt die Rationirung einer Bevölkerung von 636,000 Seelen zu $^3/_4$ Pfd. nur ein Quantum von 477,000 Pfd. Brod erfordert hätte, d. i. 358,000 Pfd. Mehl oder 1100 Sack.

Trotz alledem ist die Angabe Cochon's über die Höhe des gelieferten Mehlquantums so wenig, wie jener allerhöchste Durchschnittssatz der wirklichen Brodvertheilung, zu bezweifeln. Jeder Eingeweihte hätte ihn Lügen strafen können und müssen; höchstens ist daher der Satz von 1400 Sack als eine abgerundete Maximalziffer zu betrachten. Der Widerspruch löst sich durch folgende interessante, aber verschüttete Thatsachen.

Zunächst ist es eine Thatsache, daß die Bevölkerung von Paris damals allerdings außerordentlich angewachsen war und auch noch in der nächstfolgenden Zeit wuchs. Genau zwei Monate später (Anfangs Februar) wurde der Zuwachs officiell auf „mindestens 150,000 Seelen über die gewöhnliche Bevölkerungszahl" angegeben.[1]) Die Gesammtziffer belief sich also damals, da die „gewöhnliche" Zahl 636,000 war, auf 786,000. Begonnen hatte diese außerordentliche Vermehrung seit der Niederschlagung des Aufstandes vom 13. Vendemiaire oder 5. October, weil die öffentliche Meinung in ganz Frankreich mit Recht darin den definitiven Abschluß der Pariser Straßenrevolutionen erblickte, und weil man demnach fortan ruhig in der Hauptstadt leben zu können hoffte. Nicht nur Ausländer strömten in Menge herbei,

1) Moniteur v. 17. Febr. 1796 (27,459).

sondern in weit dichteren Schaaren, und „aus allen Theilen der Republik", früher Geflüchtete und Solche, die durch commerzielle und gewerbliche Zwecke, durch Hang zum großstädtischen Leben oder durch die Aussicht dorthin gezogen wurden, in den nahezu unentgeltlichen Lebensmittelvertheilungen daselbst einen materiellen Rückhalt zu gewinnen. Daß an den letzteren die Zuzügler wirklich Antheil erhielten, ist hinlänglich constatirt.[1] Schon Mitte November, wie wir bereits gelegentlich hervorhoben, war der Zudrang nach Paris so außerordentlich angeschwollen, daß die Polizei berichtete: Nie sei Paris so bevölkert gewesen, und nirgend mehr sei ein möblirtes Zimmer aufzutreiben.[2] Da man naturgemäß nicht sowohl *im* Winter als *zum* Winter nach Paris zog, so werden wir berechtigt sein, den bei weitem größten Theil jenes Zuwachses, etwa 114,000 Seelen, auf das Conto der Zeit *vor* Cochon's Rede zu setzen. Betrug nun Anfangs December die Bevölkerung von Paris in der That 750,000 Seelen, so war allerdings, bei Versorgung derselben mit $^3/_4$pfündigen Brodrationen, ein täglicher Mehlverbrauch von 1300 Sack erforderlich. Denn 1300 Sack oder 422,500 Pfd. Mehl ergeben 563,200 Pfd. Brod, d. i. genau 750,900 Rationen zu $^3/_4$ Pfd. Immer fehlt aber auch so noch der Nachweis über den Verbleib von 100 Sack.

Die *zweite* aufklärende Thatsache ist in quantitativer Beziehung von untergeordneter Bedeutung, aber qualitativ sehr erwähnenswerth. *Hofbäcker* konnte das Directorium natürlich nicht wieder einführen, aber es setzte doch alsbald nach seinem Amtsantritt *Regierungsbäcker* ein, die beauftragt waren „für dasselbe zu backen", und die zu dem Ende besondere Mehllieferungen erhielten.[3] Die Frage, ob auf diese Weise nur die Haushaltungen der Directoren bedient wurden oder auch die des übrigen Regierungspersonals, der Minister und anderer

1) Ebend. — 2) S. oben Th. I. 37. — 3) Tableaux 2, 525.

höherer Beamten, sowie bevorzugter Volksvertreter, muß schon deshalb im letzteren Sinne entschieden werden, weil es sonst gar nicht einer Mehrheit von Regierungsbäckern bedurft hätte. Noch viel weniger kann es einem Zweifel unterliegen, daß es sich, gegenüber den ungleichmäßigen und kärglichen Vertheilungen von mehr oder minder schlechtem Brod an die Volksmenge, um eine regelmäßige und reichliche Versorgung mit dem feinsten weißen Gebäck handelte. Das dazu erforderliche Mehlquantum wurde augenfällig von dem täglich zur Vertheilung bestimmten Gesammtquantum vorweggenommen; aber es kann doch selbst bei der weitest ausgedehnten Verwendung kaum mehr als einige Sack betragen haben.

Um so schwerer fällt die dritte Thatsache in's Gewicht, die nun sogar erst, durch die vorliegende Frage, in ihrem rechten Licht und in ihrer vollen Gestalt erscheint: das ist die Thatsache der damaligen colossalen und ruchlosen „Veruntreuungen". Cochon hat sie selber denuncirt, aber nur im Allgemeinen, um den öffentlichen Scandal zu vermeiden. Ihrer beiden Hauptarten haben wir, von anderem Gesichtspunkt aus, schon gedacht. Danach wanderte ein Theil des zur Vertheilung bestimmten Mehles, statt zu den Bäckern, vielmehr zum Privatverkauf nach der Halle; ein anderer Theil in Brodform aus den Backöfen der Bäcker, statt zur öffentlichen Vertheilung, zum Privatverkauf nach den Märkten.[1] Jetzt lernen wir nun auch das Quantum dieser Veruntreuungen kennen. Denn nach Maßgabe der von Cochon vertretenen Verbrauchsziffer müssen die Unterschlagungen auf ungefähr oder nahezu 100 Sack täglich veranschlagt werden. Eine grelle Bekräftigung dieses Ergebnisses ist die fernere Thatsache, daß später, offenbar in Folge der Unterdrückung dieser Betrügereien, der regelmäßige tägliche Mehlverbrauch in der That nur 1300 Sack betrug.[2] Natürlich wurden die Unter-

1) S. oben S. 60 f. — 2) Moniteur v. 18. Febr. 1796 (27, 468).

ſchleife, wenn auch nach Einer Richtung hin eingeſchüchtert und eingeſchränkt, doch nach keiner hin völlig verhindert; ſie dauerten namentlich von Seiten der Agenten, der Lieferanten und der Verwahrer unausgeſetzt fort.[1]).

Das Centralbureau — um von dieſer Abſchweifung zurückzukehren — durchſchaute im December eben ſo klar, wie die frühere Polizeiverwaltung, die ganze Troſtloſigkeit der Lage. Es meldete fort und fort in ſcharfen Ausdrücken: Das Publicum kümmere ſich nicht um Politik und auswärtige Angelegenheiten; der einzige „Gegenſtand aller Unterhaltungen" ſei das grenzenloſe „Elend des Volkes"; die Hauſſe des Louisd'or, der ſchon am 7. December auf 5000 Livres ſtieg,[2]) die „Räuberei" der Börſe, die „unnahbare, empörende Theuerung aller Eßwaaren", verſenke das Volk in „brennenden Schmerz und Gram"; ſeine einzigen „Stützen" ſeien „ein wenig Geduld und Hoffnung"; doch wohne dieſe auf den Lippen, im „Grund der Seele" aber die „Traurigkeit".[3])

Die Theuerung war um deßwillen eine bis dahin unerhörte, weil jetzt jeder Verkäufer Münze forderte oder die Aſſignaten nur zum Börſencurſe annehmen wollte, der täglich um 5 Uhr Nachmittags bekannt ward und dann ſofort das geſammte Verkehrsleben gewaltſam erſchütterte. So kam es z. B., daß am 7. Abends alle Waaren im Verhältniß zum Vormittagspreiſe um 25 % aufſchlugen.[4]) Bis zum 15. waren alle Preiſe, im Verhältniß zur Mitte des vorigen Monats, um „mehr als das Doppelte" geſtiegen. Während in der Gegend von Tours die Flaſche ſchlechten Weines noch für 60 Livres in Aſſignaten zu haben war, koſtete ſie in Paris bis 100 Livres; Fleiſch und die übrigen Lebensbedürfniſſe ſtiegen im gleichen Verhältniß.[5]) Das Pfund Brod hielt ſich

1) Ebend. Vgl. Tableaux 3, 87. — 2) Tableaux 2, 524 f. — 3) 2, 539; 542; 523; 532; 541; 543; 549; 554; 557. — 4) 2, 523; 524; 527. — 5) 2, 543. Vgl. Frankreich im J. 1795. 3, 345.

auf 36 Livres; der Scheffel Kartoffeln aber wurde zu 180 verkauft, ein einzelnes Ei zu 8, ein Pfund Lichte zu 130 Livres.[1] Unter diesen Umständen verlangten Viele die Ausweisung der Fremden, der ausländischen Miteſſer und Preisvertheuerer, die grade damals, namentlich Engländer, Paris dergestalt überfluthet hatten, daß in den Maisons garnies kein Unterkommen mehr zu finden war.[2] Andere, zumal Arbeiter, die bereits ihre ganze Habe zugesetzt, zeigten sich fortdauernd aufgelegt, die Eßwaaren zu plündern, und thaten es auch gelegentlich.[3] Wieder Andere, z. B. die Arbeiter der Druckereien, meist Familienväter, erzielten neuerdings eine Lohnerhöhung, um der äußersten Bedrängniß zu entrinnen.[4]

Um wenigstens der Noth der Beamten einigermaßen zu steuern, hatte sich endlich das Directorium dazu verstanden, in verschiedenen Verwaltungszweigen die Besoldungen zu erhöhen.[5] Dagegen drang die Absicht, auch die Lage der Pensionäre und der Rentner zu verbessern, im gesetzgebenden Körper nicht durch, obwohl auch sie nachgrade sich all' ihrer Habe entäußert hatten.[6] Um so leichter aber waren die darbenden Kreise geneigt, wie dem Luxus der Fremden, so nunmehr auch der Gehaltsverbesserung der Beamten einen Schuldantheil an der steten Preissteigerung zuzuweisen.[7]

Die Rentner namentlich, die sich schon damit geschmeichelt hatten, fortan wieder die Zahlung ihrer Renten, gleichwie unter dem Königthum, in Münze zu empfangen, sahen sich plötzlich von dem höchsten Gipfel ihrer Hoffnung in den tiefsten Abgrund gestürzt. Verzweiflungsvoll klagten sie öffentlich den gesetzgebenden Körper an, daß er mit zwei verschiedenen Maßen messe und sie vor Hunger verschmachten lasse, indem er ihnen nur den hundertsten Theil dessen zahle, was ihnen recht-

1) 2, 555; 547; 554; 551. — 2) 2, 510; 521. — 3) 2, 541; 547; 555. — 4) 2, 544. — 5) 2, 521 f. — 6) 2, 534; 546. — 7) 2, 532.

mäßig gebühre.[1]) Ausnahmsweise waren nämlich damals — wir werden später sehen weshalb — die Assignaten wieder von $^1/_2$ auf 1 % gestiegen.[2]) Die Rentner, wie die Pensionäre, trieb das „äußerste Elend" dahin, daß sie nunmehr tagtäglich und schaarenweise überall, theils öffentlich auf den Straßen, theils im Geheimen von Haus zu Haus, betteln gingen und, unter den bittersten Reden gegen die Regierung, ihr eigenes „Dasein verfluchten".[3])

Und doch wuchs das Elend noch im letzten Drittel des December. Am 21. wurde das Pfund Brod — und in gleichem Verhältniß auch Fleisch und Wein — zu 10 Sous in Münze verkauft, während die Assignaten nur zum Curse genommen wurden. Da derselbe auf 1 % stand, so konnte man die 10 Sous Münze noch mit 50 Livres in Assignaten bezahlen.[4]) Alsbald aber sank der Curs neuerdings in „erschreckender" Weise; schon in den nächsten Tagen ging der Werth von 100 Livres in Assignaten wieder auf 10, dann auf 9 und 8 Sous zurück; ja, manche Verkäufer wollten sie am 28. nur noch für 5 bis 6 Sous in Zahlung nehmen.[5]) Alle Preise der Lebensmittel wurden jetzt unbedingt durch diese Schwankungen beherrscht.

Die öffentlichen Vertheilungen aber, namentlich die Brodvertheilungen, geriethen wiederholt in die peinlichste Unordnung. Zwar erfüllte sich die angstvolle Befürchtung nicht, daß auch die Regierung bei allen Lebensmittelvertheilungen die Zahlung in Münze oder in Assignaten zum Curse beanspruchen werde.[6]) Allein ebensowenig ging die Sehnsucht in Erfüllung, demnächst einer stärkeren Brodration theilhaftig zu werden.[7]) Da zahlreiche Pächter in den Departements genöthigt waren, die Löhnung ihrer Arbeiter in Körnern zu entrichten, und da viele Aecker aus Mangel an Saatkorn unbestellt

1) 2, 546; 555. 3, 6. — 2) 3, 4. Vgl. 2, 545. — 3) 3, 16; 31; 33; 41. — 4) 3, 4. — 5) 3, 33. — 6) 2, 544. — 7) 2, 546; 549; 554.

geblieben: so besorgten Manche vielmehr, daß man in zwei bis drei Monaten vollends in der alleräußersten Noth sich befinden werde.[1] Auch drohten die Landleute gar nichts mehr nach der Stadt zu bringen, weil sie daheim Assignaten nicht verwerthen könnten; höchstens würden sie sich noch auf einen Tauschhandel, Waare gegen Waare, einlassen.[2] Wirklich kamen Tage vor, wo z. B. gar keine Kartoffeln zu Markte gebracht wurden. Die Bevölkerung war darüber um so erregter, als zahlreichen Familien damit der einzig mögliche Ersatz für den Mangel an Brod entging. Denn an den Thüren der Bäcker mußte man wieder fast „seine ganze Zeit zubringen", um schließlich vielleicht dennoch nur ein „klein wenig Brod" zu ergattern; und „häufig erlangte man mehrere Tage hinter einander gar keins". Das hatte denn neuerdings Plünderungen der Brodverkäufer auf allen Plätzen zur Folge.[3] Da nun um diese Zeit auch die öffentlichen Brunnen zu stocken begannen: so klagte man bitter, daß selbst die einfachsten Lebensmittel „Wasser und Brod" bald völlig versiegen würden.[4]

Wohl ließ es die Regierung nicht an Anstrengungen fehlen, um der Brodnoth abzuhelfen. Aber abgesehen davon, daß bei den Vertheilungen fast jedesmal Viele ganz unversorgt blieben, und obwohl ab und zu einmal „einige Sectionen" ausnahmsweise mit einem ganzen Pfunde beglückt wurden, wie am 24. December, stieg die durchschnittliche Ration niemals bis zum Schlusse des Jahres über „drei Viertel Pfund". Und dabei war das Brod wieder von „schlechter Beschaffenheit, unausgebacken und zuweilen von falschem Gewicht".[5]

Im Allgemeinen trug das Volk seine Entbehrungen, inmitten des sich spreizenden Ueberflusses und der „wahrhaft

1) 2, 548. — 2) 2, 550. — 3) 2, 554 f.; 557. — 4) 2, 556. — 5) 3, 19; 38.

erschreckenden Theuerung", mit Ergebung und Geduld. Aber es jammerte unaufhörlich, bald unter „Thränen und Seufzern", bald unter „Vorwürfen gegen die Regierung", über die „Unmöglichkeit, allen die Gesellschaft verheerenden Uebeln länger Widerstand leisten zu können". Allen stand das Schreckgespenst des „Hungertodes" vor Augen. Manche äußerten mit herbem Spott: „Bald wird man wie die Wilden ohne Kleider leben, und sich Nahrung suchen müssen wie sie." Von „allen Seiten verwünschte man die Republik", und „sehnte sich laut nach der alten Ordnung der Dinge, nach dem Königthum, zurück".[1] Ebenso unablässig und allgemein klagte man über das von der Polizei selbst als Thatsache anerkannte betrügerische Verhalten der Bäcker, der Fleischer und der Sectionscommissäre. Man verlangte, nächst einer „stärkeren Ration", eine „gewissenhaft durchgeführte Gleichheit bei der Vertheilung", eine „Revision der Empfangskarten um den Betrügereien vorzubeugen", und eine „strenge Handhabung der Gesetze".[2] Man beschuldigte die Regierung, daß sie dem allen sich entziehe, daß sie der „Nothdurft des Volkes uneingedenk" sei, daß sie „mit Gleichmuth das Elend von Tag zu Tag wachsen sehe".[3] Man war ungehalten über die grade damals durchgeführte Abänderung und Verkleinerung von Maß und Gewicht, die „in einer so kritischen Zeit sehr übel angebracht" sei und nur den Verkäufern zum Vortheil gereiche.[4] Man war ohnedies empört über die Kaufleute und die Landleute, deren „Mehrheit" jetzt die Annahme von Assignaten ganz verweigerte[5]; empört über gewisse Mitglieder des gesetzgebenden Körpers, die sich angeblich aus den Magazinen der Republik Lebensmittel und andere Waaren zu billigen Preisen zu verschaffen wußten, um sie dann zu dem Zehn- und Dreizehnfachen

1) 2, 557 f. 3, 9; 16; 39 f. — 2) 2, 557. 3, 33; 37; 40; vgl. 3, 3; 19. — 3) 3, 25. — 4) 2, 551. 3, 5. — 5) 3, 19. Vgl. 2, 557. 3, 39; 41.

wieder zu verkaufen[1]); empört überhaupt über die „Umtriebe und die täglich wachsende Zahl“ der Agioteure, die „in jedem Augenblicke“ die „Entwerthung der Assignaten und die Erhöhung der Waarenpreise auf entsetzliche Weise“ steigerten.[2])

Insbesondere stieg die Entrüstung über den Luxus der „Neubereicherten“, der sich inmitten des tiefsten Elends um so schamloser brüstete, als das Directorium selbst darin mit dem bösesten Beispiel voranging. Zu den finanziellen „Emporkömmlingen“ zählten namentlich: Lieferanten und Agenten der Regierung, Verpflegungsbeamte aller Art, zahlreiche Agioteure und „einige Kaufleute“; sie hatten sammt und sonders ihre Reichthümer entweder durch Betrügereien und Spitzbübereien oder durch Wucher und unredliche Speculationen zusammengescharrt.[3]) Unter den Genossen dieser Sippschaft leuchteten damals vornehmlich hervor: jener Lieferant Mayer, der sich das Couvert für Minister und Deputirte bis zu 30,000 Livres in Assignaten kosten ließ, und die jungen Leute Pyot und Conceil, von der ersten Requisition. Die Letzteren hatten innerhalb 18 Monaten 2 Häuser in Paris, 100 Morgen Landes bei Courbevoie, ein Haus zu Passy und die Chartreuse in der Vorstadt du Roule für mehr als 17 Millionen erworben; sie besaßen eine Menge baaren Geldes, sowie Spezereimagazine zu Bordeaux, Marseille und anderwärts.[4]) In der Schlemmerei und Vergeudung fand ein förmliches Ueberbieten statt. Wenn Mayer für ein Mittagsmahl zu 10 Personen 300,000 Livres verausgabte: so verpraßte nach dem Censeur des Journaux ein Weinhändler an seinem Hochzeitstage bei einem Traiteur 270,000 Livres, Brod und Wein ungerechnet. Eine aus dem Dunkel emporgekommene Frau zahlte für eine Pendeluhr 480,000 Livres. Eine andere, die Frau eines Magazin-

1) 2, 551. — 2) 3, 10. — 3) 2, 522; 548; 551; 557. — 4) 3, 12; 21. Vgl. Table: Luxe u. Parvenus.

aufsehers, die an Aufwand mit den ehemaligen Herzoginnen wetteiferte, nahm zu einer einmonatlichen Reise mehr als eine halbe Million in Anspruch. Ein emporgekommener Perückenmacher warf mit Trinkgeldern zu 250 Livres um sich. Im Ganzen zählte man damals in Paris mehr als 1500 Millionäre, und darunter Manche, die sich eines Besitzes von 1000 Millionen erfreuten oder rühmten. [1])

Wie der Luxus, so bildete nicht minder der Speculationsschwindel ein wesentliches Förderniß der Theuerung. Namentlich kam nun der Häuserschwindel mehr und mehr in Aufnahme. Es war nichts Unerhörtes, wenn ein Haus jetzt für eine Million, und 14 Tage oder schon zwei Stunden später für anderthalb Millionen verkauft ward; an Ausbesserungen dachte Niemand; jeder neue Eigenthümer steigerte nur die Miethen und behandelte die Miether mit herrischer Grobheit. [2]) Zu den schwindelhaftesten Geschäften gehörten ferner die der Lohnkutscher. Eigene Equipagen waren selten; es gab deren kaum 200 in Paris. Ebenso selten waren die eigentlichen Fiacres und die sogenannten Remisewagen. Das Hauptfuhrwerk bildeten die Cabriolets; aber die Preise wurden von den Kutschern so willkürlich und so hoch gestellt, daß selbst Wohlhabende es vorzogen, sich möglichst ihrer eigenen Füße zu bedienen. Es war gar nichts Ungewöhnliches, daß für eine einfache Tour 1000 Livres gefordert wurden. Es kam aber auch vor, daß ein Fahrgast, der einen Fiacre von 8 Uhr morgens bis gegen Abend gebraucht, schließlich 6000 Livres *für jede Stunde* erlegen mußte. [3])

Erhielt jener Luxus und dieser Schwindel in der Masse der Bevölkerung den tiefsten Unwillen wach, so bewahrte sie andererseits den öffentlichen Angelegenheiten gegenüber einen unverbrüchlichen Gleichmuth. Nur mit sich und ihren marternden

1) Frankreich im J. 1796. 1, 122 f. — 2) Ebend. 1, 123. Mercier 4, 152 f. — 3) Ebend. 1, 71; 123.

Nahrungssorgen beschäftigt, wollte sie von Politik nach wie vor nichts wissen. Diese Gleichgültigkeit, von der die Polizei ausdrücklich sagte, daß sie schon „seit langer Zeit" bestehe, gab sich zuweilen sogar in erschreckender Weise kund. Als am 27. December eine Proclamation des Directoriums verkündete: es sei die „Absicht der verbündeten Mächte, Frankreich unter sich zu theilen", erklärten die Tagelöhner ganz laut: „Was kümmert uns das, wofern man uns nur Brod giebt!" [1]) Nur ein einziges politisches Interesse blieb allen „Bürgern beiderlei Geschlechts" ohne Unterschied gemein: alle sehnten sich immer ungeduldiger nach dem Frieden, weil man nun einmal von ihm Linderung oder Heilung der Uebel erwartete. „Man kann nicht oft genug wiederholen," erklärten die Polizeiberichte, „daß die Friedenssehnsucht in Aller Herzen lebt;" überall und „besonders vor den Thüren der Bäcker" spricht sich „die öffentliche Meinung mit starken Ausdrücken für den Frieden aus." Es lief das Wort um: „Wenn man die Republik erhalten will, ist es Zeit, sie mit dem Frieden zu vermählen." [2])

Das Centralbureau unterließ nichts, um noch in den letzten Tagen des Jahres die Regierung zu überzeugen, daß etwas geschehen müsse, daß die dermalige Lage unerträglich sei. „Die Nothstände," sagte es unumwunden, „sind erdrückende; die gebieterischsten Umstände erheischen auf das Dringlichste Abhülfe oder allerwenigstens irgend eine Erleichterung." [3]) Werde doch die „große Mehrheit der Bürger aller Gesellschaftsklassen" nun schon „seit so langer Zeit durch das äußerste Elend gequält". [4]) Nicht Mangel oder Entbehrung nur, sondern „vielmehr Hungersnoth" herrsche inmitten des Ueberflusses. [5]) Durch die „scheußlichen Verheerungen des Elends" werde der „öffentliche Geist" theils „niedergeschlagen",

1) Tableaux 3, 26; 30. — 2) 2, 498; 502; 546; 549 f. 3, 8; 19; 40. — 3) 3, 32. — 4) 3, 3; 33. — 5) 3, 16.

theils „mehr und mehr erbittert". Als „Ursachen" der Verbitterung und Niedergeschlagenheit seien insbesondere zu betrachten: die stete „Verlängerung" dieses „beispiellosen Elends", die „jederzeit trügerischen Verheißungen einer nahen Erleichterung", die „Fortdauer eines ebenso blutigen wie unabsehbaren Krieges", die „ausschweifende Theuerung aller Dinge", die „nahezu völlige Nichtigkeit des Papiergeldes", die „kaufmännische Habgier", und die „Räuberei der Agioteure", die „in ebenso schändlicher wie schamloser Weise" um „das Glück und selbst um das Leben", um „die Thränen und das Blut ihrer Mitmenschen spielen".[1]) Eine „stärkere Brodration", erklärte das Centralbureau, sei vor Allem nöthig, um „dieses wahrhaft unglückliche Volk" wieder aufzurichten.[2]) Ja, „Brod und Behaglichkeit" seien die „einzig geeigneten Mittel, um die Republik zu befestigen und jedes freiheitsmörderische Vorhaben ohne Wiederkehr zu zerstören".[3])

Schon aus dem Vorstehenden leuchtet die Besorgniß hindurch, als ob doch die Erbitterung sich möglicherweise bis zur Revolte steigern könne. Und diese Besorgniß herrschte denn auch in der That während des ganzen Monats December.[4]) Die Absicht, auf Grund des materiellen Elends einen politischen Umsturz herbeizuführen, schrieb man wieder bald den Terroristen zu,[5]) bald und vornehmlich den Royalisten,[6]) bald beiden Parteien zugleich.[7]) An Demonstrationen ließ es allerdings keine derselben fehlen; namentlich bekämpften sie sich damit allabendlich in den Theatern, so lange daselbst der Vortrag der Marseillaise sowie anderer „patriotischer" Gesänge und Melodien gestattet war.[8])

---

1) 3, 36; 22; 37. — 2) 3, 20 f. — 3) 3, 22. — 4) 2, 519; 541; 543; 547; 555. 3, 32 f.; 35; 44. — 5) 3, 35. — 6) 2, 518; 521; 529; 532; 536; 554. 3, 10; 40. — 7) 3, 32 f. — 8) Diese an sich sehr interessanten Kämpfe lasse ich bei Seite. S. Table: Chansons u. Marseillaise.

Die Besorgniß erstreckte sich übrigens nicht nur auf Paris, sondern auf das ganze Land. Denn auch die Berichte über die Gesammtlage der Republik erklärten: „Es sei unmöglich und würde gefährlich sein, sich zu verhehlen, daß die größte Zahl der Bürger sich in einem Zustande der Niedergeschlagenheit und Entmuthigung befinde, die mehr und mehr in Unwillen ausarte und die traurigsten Folgen haben könne." Es sei kaum möglich, die Organisation der „Municipalverwaltungen" durchzuführen; Niemand wolle ein Amt übernehmen, von den noch in Function befindlichen fordere die „Mehrzahl ihre Entlassung"; die „dreifarbige Schärpe erscheine nur noch als eine Last, die selbst mit Verachtung zurückgewiesen werde". Allgemein „schreibe man dem dermaligen Regierungszustande die von der Revolution erzeugten Drangsale und Uebel zu"; man „vergleiche die gegenwärtige Lage mit derjenigen vor der Revolution" zum Nachtheil der ersteren. Die „Ausführung" aller Gesetze und Verordnungen sei in Frage gestellt, weil sie „stets von der Localbehörde abhänge"; sie werde „mindestens beständig verzögert", oft aber ganz „vereitelt durch den üblen Willen oder die Trägheit oder die Abwesenheit der Nationalagenten". Es sei leider anzunehmen, daß „eine der Ursachen" dieses allgemeinen Stockens der Verwaltungsorganisation das „Ausbleiben der bewilligten Gehälter" sei. Eine „andere Ursache" sei das Verhalten der „Soldaten der Republik", die in „allen vereinigten Departements ihre Mitbürger wie entwaffnete Feinde und selbst wie Gefangene ansähen", die „Verwaltungsbeamten in der Ausübung ihrer Functionen beleidigten und mißhandelten", und dennoch „in Folge der Mängel der dermaligen Militärgerichtsbarkeit nur allzu oft ungestraft blieben". Das „Volk" aber, „ermüdet durch die sechsjährigen revolutionären Stürme, gequält durch die Nothdurft des Augenblicks und die Sorgen für die Zukunft, stets geschmeichelt und stets getäuscht, habe dergestalt das

Vertrauen verloren, daß ihm nur noch alle Uebel der Leichtgläubigkeit verblieben". [1])

Die Lage einzelner Departements war überaus trostlos. Das Departement Calvados, von „Lebensmitteln entblößt", war zugleich von „Räubern" überfluthet. Diese raubten das Korn, erhoben Abgaben, verboten den Bauern „bei Todesstrafe" irgend etwas nach den Städten zu bringen; die erschreckten Landleute verließen in Masse ihre Felder und wanderten aus, sodaß „ein Drittel der Aecker in den fruchtbarsten Districten unbebaut blieb". Aehnlich verhielt es sich mit Ille-et-Vilaine, Morbihan, La Manche, Maine-et-Loire, Allier, Cher und anderen Departements. In dem letztgenannten waren von 42 Cantonen 17 ohne jede Municipalverwaltung, in anderen sogar die Mehrzahl. Im Departement der Haute-Saône war die Lage ebenfalls eine „höchst jammervolle" und „schmerzensreiche"; die Assignaten hatten daselbst gar keinen Werth mehr; der Handel lag darnieder, weil man nur gegen Münze oder auf Tausch Geschäfte machen wollte; alle Geister waren erstarrt, die Bedürftigen stumpf und niedergeschlagen, die Verwaltungen machtlos und die öffentlichen Aemter, wofern sie nicht besoldet wurden, verlassen; die Angestellten mußten, da sie sich nicht mit Assignaten abfinden lassen wollten, theilweise durch Naturalien wie Käse und Wein befriedigt werden; die ganze Verwaltungsmaschine war von vollständiger Auflösung bedroht. [2])

Der trostloseste Zustand indeß herrschte auch nach den Berichten über die Gesammtlage Frankreichs im Departement der Seine. „Paris," hieß es darin, „ist von Bangigkeit und Herzensangst erfüllt. Das arbeitende Volk leidet weniger, weil es seinen Lohn nach der ausschweifenden Theuerung der Lebensmittel bemißt, [3]) und eben deshalb der Agiotage nicht

---

1) Rocquain 357—367. Beide Berichte, obwohl nicht datirt, gehören augenfällig dem Ende des Jahres 1795 an. — 2) Ebend. 368—373. — 3) Vgl. indeß unten die „Lage im Januar 1796".

fremd ist; aber das armselige Volk, die Rentner, die Beamten, sind außer Stande, die allerdringendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Der Luxus bietet in herausfordernder Weise dem tiefsten Elend Trotz, und die Orgien der Schwelgerei wiederholen sich unaufhörlich zur Seite der Unglücklichen, deren ausgedörrte Hand in den Straßenrinnen nach einer peinvollen Lebensfristung späht. Daher die Unzufriedenheit und die überaus unziemlichen, thörichten und wahnsinnigen Aeußerungen gegen das Directorium. Inmitten dieser allgemeinen Verbitterung streuen die beiden vom Convent glorreich niedergeworfenen Parteien der Royalisten und der Anarchisten ihre dumpfen Umtriebe aus, um die Regierung zu untergraben." [1])

Man sieht hiernach, daß die verschiedensten Behörden des Landes die Lage von Paris übereinstimmend schilderten. Auch die Folgerungen und die Rathschläge der Generalberichte sind genau denen der Localberichte gleich. Auch sie fordern, neben der Herstellung einer strengen Disciplin im Militär, daß vor allem den „drückendsten Uebeln", der „fast allgemeinen Lebensmittelnoth" und der Zerrüttung „der Finanzen" abgeholfen werde. Denn ein „weiser und kräftig ausgeführter Finanzplan, um die Lebensmittel Allen zugänglich zu machen", oder mit anderen Worten die „Wiederherstellung der Finanzen", sei „das einzig sichere Heilmittel, jedes andere nur ein Palliativ". [2])

Wirklich gingen die maßgebenden Gewalten mit der Auffindung eines derartigen „weisen Finanzplanes" oder „sicheren Heilmittels" eifrig um. Aber es war ein eigenthümliches Verhängniß, daß selbst diejenigen Maßnahmen, die bestimmt waren, der Theuerung ein Ende zu machen, schließlich nur dazu dienten, derselben neue Antriebe zuzuführen. Zwei solcher Maßnahmen traten noch innerhalb des December in's Leben.

---

1) Rocquain 374. — 2) Ebend. 375—377.

Die Schließung der Börse und die Zwangsanleihe.

Schon seit Anfang December hatte das Publicum immer stürmischer die Unterdrückung der Agiotage und damit der Börse, als einer Haupturſache der Theuerung, ersehnt.[1] Und ebenso hatte es andererseits die Auferlegung einer dem „Staatsbedürfniß entsprechenden" Steuer auf die Agioteure, Capitalisten und Eigenthümer, als das gerechteste Mittel einer „Wiederherstellung der Finanzen" empfohlen oder verlangt.[2]

Ueber die erstere Frage ließ sich das Centralbureau am 8. December also aus: „Man kann nicht begreifen, daß die Assignaten herabgewürdigt und verachtet sind, während man doch um die Wette darnach jagt sie anzusammeln; oder, besser gesagt, man erkennt leicht, daß das Papiergeld grade durch diejenigen herabgewürdigt wird, die es in ihren Mappen ansammeln, nur um sich ihre schnöden Genüsse wohlfeiler zu verschaffen. So verkauft ein Stammgast der Börse den Louisd'or für 5000 Livres, speist für 1000 Livres zu Mittag, und erklärt dann laut: „Ich habe für 4 Livres 16 Sous gespeist; diese Assignaten sind in der That eine köstliche Sache; ich würde ehemals nicht für 12 Livres so gut gespeist haben." Giebt es kein Heilmittel gegen diese Unordnung? Die anständigen Leute erspähen nur eins: Schließt die Börse! und das Gold wird nicht mehr der Leitfaden der Selbstsucht und der Habgier sein. Wozu dient die Börse? Um die Regeln des Handels zu befestigen. Aber es giebt keinen Handel mehr, sondern nur eine entsetzliche Agiotage; die Börse vermag also nur die Agiotage zu befestigen. Schließet mithin die Börse, und öffnet sie nur dann erst wieder, wenn der Handel wieder ersteht. Was wird das Ergebniß der Schließung der Börse sein? Dies, daß der Kaufmann nicht bis 5 Uhr Abends warten wird um seine Waare — zum Curse zu verkaufen.

1) Tableaux 2, 497: 534; 542. — 2) 2, 499; 502.

Gestern z. B. hat er, was er am Morgen für 4000 Livres verkaufte, am Abend für 5000 versagt. Was ist die Ursache dieser Vertheuerung? Die Börse. Man schließt Theater, weil sie die Schlupfwinkel des Lasters sind. Nun wohl! Ist die Börse nicht der Schlupfwinkel aller Unsittlichkeiten? Man muß sie also ebenfalls schließen; man muß die Goldverkäufer bestrafen, verhaften; diese Strenge wird Zeit gewähren, um gute Finanzentwürfe abzuwarten. Der unverschämte Agioteur wird dann nicht sagen wie jetzt in seiner strafbaren Freude: Die Gesetzgeber sind Blödsinnige." [1])

Die Regierung hatte zwar, um an der Börse den Preis des Geldes zu regeln, sogenannte Regulatoren angestellt. Allein das Publicum war überzeugt, daß grade diese zu dessen Vertheuerung beitrügen, indem sie es auf ihre eigene Rechnung kauften und verkauften. Man machte die Wahrnehmung, daß jederzeit die vor ihrem Erscheinen abgeschlossenen Käufe zu geringerem Preise erfolgten, als die nach ihrer Ankunft bewirkten. [2]) Auch die Patentirung der Börsenmänner bildete keine Schranke. Die nicht patentirten Agioteure drängten sich in die Börse ein; viele versahen sich sogar mit falschen Patenten; die Masse der nicht Zugelassenen betrieb ihre Geschäfte im dichten Knäuel auf dem „Viereck der Börse", sah sich aber seit dem 12. December durch Patrouillen gewaltsam auseinander gesprengt. Die Agiotage wurde überdies nach wie vor ohne Patente im Gleichheitsgarten, auf dem Markt der Unschuldigen uud an anderen Orten betrieben. [3]) Die Neulinge traten dabei oft unverschämter auf wie die erfahrenen Wucherer. Als die Assignaten an der Börse noch 1 % galten, bot ein Bauer Kupfersous das Hundert (= 5 Silberlivres) zu 700 Livres in Assignaten feil; zwei Freiwillige verschacherten Silberthaler zu 6 Livres, indem sie für das Stück 1000 Livres in Assignaten forderten. [4]) Ueberhaupt trieben Militärs und

1) 2, 523 f. — 2) 2, 526. — 3) 2, 539 f.; 538; 542. — 4) 2, 532; 541.

Invaliden mit Vorliebe Gold- und Silberhandel im Palais-Royal.[1]) Die Mißachtung der Assignaten ging soweit, daß sich z. B. ein Rudel Personen am Pont-Neuf mit Scheinen zu je 100 Livres die Pfeifen anzündete, laut höhnend: „wenn man sie zu Saint-Cyr (d. i. bei den Cinq Sires oder den fünf Directoren) scheffelweise verspeist, werden wir davon wohl für fünf Sous verbrennen können.“[2]) Die Mißachtung begann aber in dieser Zeit, über das republicanische Papiergeld hinaus, auch das republicanische Metallgeld zu ergreifen, sowohl das nach dem alten System wie das nach dem neuen geprägte. Von den Landleuten aus der Umgegend von Paris, in Compiègne, Meaux und anderwärts, wurde zuerst dessen Annahme verweigert und lediglich Geld mit dem Bildniß des Königs in Zahlung genommen. Bald folgten die Agioteure diesem Beispiel insofern, als sie die republicanischen Münzen nur zu geringerem Preise annehmen wollten.[3])

Endlich, am 14. December, wurde in der That auf Befehl des Directoriums die Börse geschlossen, und die Ansammlungen der Agioteure daselbst durch die bewaffnete Macht verjagt. „Alle guten Bürger,“ heißt es, waren „darob erfreut“; in den Theatern und in den Cafés wurde die Nachricht mit „rauschendem Beifall aufgenommen“.[4])

Dennoch erreichte die Maßregel alles eher als ihren Zweck. Die Agiotage dauerte fort, zumal im Palais-Royal, und zwar im Garten sowohl wie unter den Gallerien und im Café Chartres. Die Kaufleute nahmen nach wie vor den Curs derselben zum Maßstab für ihre Preise, und im Falle des Zweifels verkauften sie entweder gar nicht oder zu „wahnsinnigem Preise“, selbst bei Zahlungen in Münze.[5]) Der Louisd'or, der um den 7. December 5000 Livres gegolten,

1) 2, 531. — 2) 2, 526. — 3) 2, 499; 500; 528; 541 f. 3, 41; 59. — 4) 2, 543. Vgl. Moniteur v. 20. Dec. (26, 711 f.). — 5) 2, 543.

stieg am 20. auf 5500 und nach einer vorübergehenden Baisse, die ihn bis auf 4200 herabdrückte, am 25. wieder auf 5400, am 26. auf 5600. Die Agioteure zeigten sich entschlossener denn je, ihn in ganz Frankreich auf 10,000 Livres emporzutreiben. [1])

Zwar wurden die Agioteure auch im Palais-Royal verfolgt. Die dortigen Cafés waren schon bisher gleichsam die Comptoirs dieser sogenannten „Vampire" gewesen. Hier wanderten die Waarenproben von Hand zu Hand; hier wurde schon am Vorabend der Preis des Louisd'or verabredet. In Folge der Schließung der Börse wurde den Tag darauf in diesen Cafés und in allen übrigen Localitäten des Palais-Royal bekannt gemacht, daß daselbst jede Art von Agiotage, Schacher und Tausch, bei Gefängnißstrafe verboten sei; und daß nicht nur die Wucherer selbst, sondern auch die Inhaber der Localitäten, wenn sie derartige Geschäfte dulden würden, der Strafe unterlägen. Da die polizeiliche Verkündigung in Begleitung der bewaffneten Macht erfolgte, so stoben im ersten Schrecken die Agioteure überall auseinander und drängten sich theils auf dem Perron außerhalb des Gartens, theils unter den Colonnaden zusammen. Nur mit Mühe gelang es der bewaffneten Macht, sie auch hier zu vertreiben; ihrer sechs wurden verhaftet. Die Hetze hatte von $12^1/_4$ Uhr Mittags bis 7 Uhr Abends gedauert. [2])

Indeß blieben diese fast täglich wiederholten Jagden ohne jeden durchschlagenden Erfolg. [3]) Vielmehr sah sich das Centralbureau alsbald zu dem Geständniß genöthigt: daß der „schmähliche Schacher unausgesetzt" fortbestehe; daß auf „geheimnißvolle Weise" fortwährend Käufe und Verkäufe von Gold und Silber, von Getreide und Wein, abgeschlossen würden; daß die Agioteure „von Haus zu Haus" liefen und den „Silber-

1) 2, 523; 525; 557. 3, 4; 21; 23. — 2) 2, 512; 544 f. — 3) 2, 545; 547; 548.

thaler zu 6 Livres für 1200 Livres" in Assignaten einkauften, sowie „kleine Münze" in gleichem Verhältniß; daß sie „jederzeit Vereinigungspunkte zu finden" und der „Wachsamkeit der Patrouillen zu entkommen" wüßten; daß ihre „Zahl sich alle Tage vervielfältige"; und daß „trotz der Schließung der Börse" der „Preis des Metallgeldes in steter Steigerung begriffen" sei, namentlich der Louisd'or eine „beträchtliche Hausse erfahre". [1])

Unter diesen Umständen ging man bereits seit dem 20. December mit der Wiedereröffnung der Börse um. Und da trat sogar die merkwürdige Wendung ein, daß grade die Agioteure sich hierüber vielfach „äußerst unzufrieden" bezeigten, weil, wie sie sagten, die Regelung des Curses durch die Börse ihnen Schaden bringe. [2]) Im Palais-Royal wurde in der That grade damals die Agiotage „mit mehr Kühnheit wie je" betrieben, zumal das System der Hetzjagden wieder in Verfall gerieth. Die Eingänge wurden förmlich von den Agioteuren belagert und die Vorübergehenden befragt, ob sie nichts zu verkaufen hätten; der Louisd'or wurde am 23. unverschämterweise zu 6500 Livres ausgeboten, und wenige Tage später ein 12 Sous-Stück wirklich zu dem unerhörten Preise von 150 Livres verschachert. [3]) Das Centralbureau war trostlos und erschreckt. „Die weisen Maßregeln der Regierung," klagte es am 26., „haben die Agioteure, fern davon sie außer Fassung zu bringen, vielmehr nur in ihrer Verwegenheit verstärkt; es ist ihnen gelungen, die Assignaten dergestalt zu entwerthen, daß Gold und Silber seit zwei Tagen viel höher gestiegen ist, als je zuvor. Besonders schmerzlich aber ist, daß, wenn auch manchmal der Preis des Goldes sinkt, der der Lebensmittel unverändert bleibt oder steigt." [4])

---

1) 2, 545; 549; 551; 557. — 2) 3, 5. — 3) 3, 18; 39. — 4) 3, 26. Vgl. 2, 538; 548.

Ueber die „täglich zunehmende Vertheuerung der Lebensmittel“ trotz der Schließung der Börse hatte sowohl das Publicum wie das Centralbureau schon seit dem 16. sich lebhaft beklagt. Die „schreckliche Habgier der Kaufleute“, sagte das letztere, werde nur noch durch den „unverwüstlichen Geldgeiz der Bauern“ überboten. Diese verkauften damals den Scheffel Kartoffeln zu 300 Livres in Assignaten und zu 3 Livres in Münze oder, wie sie sich auszudrücken pflegten, in „Rundgeld“ (en rond). Und doch hatte der Scheffel Kartoffeln „niemals in Metallgeld mehr als 15 oder 20 Sous“ gegolten! Und doch waren Kartoffeln „durchaus nicht, Metallgeld aber im äußersten Grade eine Seltenheit“! Aber ungeachtet aller Klagen, und trotz der Börsenöde, blieb die Theuerung unausgesetzt bis zum Schlusse des Jahres eine „wachsende“.[1])

Die Folge war, daß „die Agioteure und die Landleute mehr als je der Gegenstand der Verwünschungen von Seiten des unglücklichen Volkes wurden“, und daß alle Welt sich dahin aussprach: „die Schließung der Börse habe nur dazu gedient, das Laster zu verbreiten.“ Es würde „besser sein“, meinte man, „sie wieder zu eröffnen, als im Palais-Royal die ungesetzliche Versammlung jenes verzehrenden Schwarmes von Schurken und Spitzbuben zu dulden, die selbst Nachts in dieser Kloake hausen, die Passagen versperren und die Promenaden verwüsten“.[2]) Diese Meinung drang denn auch durch; am 8. Januar 1796 erfolgte die Wiedereröffnung der Börse.[3]) Ihre Schließung hatte sich als ein völlig verfehltes Rettungsmittel erwiesen.

Inzwischen war ein anderes in Fluß gebracht. Am 6. December, als etwa 30 Milliarden Assignaten in Umlauf waren und die Notenpresse den Bedarf nicht mehr bewältigen

1) 2, 545; 548. 3, 40. — 2) 3, 39; 42; 55. — 3) Rondonneau 1, 188.

konnte, hatte das Directorium in seiner Noth die von der Menge ersehnte Besteuerung der Geldmänner wirklich bei dem gesetzgebenden Körper in Antrag gebracht; und zwar in der Form einer den wohlhabenden Klassen aufzuerlegenden Zwangsanleihe von 600 Millionen in Münze. Am 9. hatte der Rath der Fünfhundert, am 10. der Rath der Alten die Zustimmung ertheilt.

Die officielle Erörterung des Projectes führte die denkwürdigsten Enthüllungen über die klägliche Finanzlage herbei. Der Finanzminister Faypoult und die Commissarien des Schatzamtes verfuhren mit einer Aufrichtigkeit, an die man seit langer Zeit auf diesem Gebiet nicht mehr gewöhnt war, und die daher gegenüber der früheren Praxis des künstlichen Verhüllens, Entstellens und Einschläferns, trotz der schmerzlichen Geständnisse allseits dankbar anerkannt wurde.[1]) Es ergab sich namentlich, daß die Regierung ihre Assignaten nur noch im Verhältniß von 170 zu 1 gegen Münze zu verwerthen vermochte; daß, wie dergestalt der Verwendungscurs in wenigen Tagen von 18 Sous auf 12 herabgegangen sei, er auch ebenso leicht in ein paar Tagen auf 6 herabgehen könne; und daß daher, aller Voraussicht nach, zur Bestreitung der „unerläßlichen" Ausgaben des öffentlichen Dienstes „für den Monat" nicht weniger als „20 Milliarden und 200 Millionen in Assignaten" oder eventuell 60 bis 70 Millionen in Metallgeld erforderlich seien.[2]) Dieser Voranschlag war freilich ein sehr ängstlicher, insofern 20 Milliarden „für den Monat" nur eben bei einem Curse von 6 Sous erforderlich waren, dagegen blos 10 Milliarden bei einem Curse von 12, und 15 Milliarden bei einem Curse von 8 Sous. Da nun thatsächlich der Curs im December nur von 12 auf 9 Sous herabging, im Januar aber sich auf 9 und 8, im Februar auf 9, 8 und 7 Sous hielt: so waren in Wirklichkeit nur

1) Tableaux 2, 536; 540. — 2) Moniteur v. 16. Dec. (26, 676),

etwa 12 Milliarden im December erforderlich, etwa 14 im Januar, und 15 im Februar. Statt nun so ungeheuere Summen von Assignaten zu beanspruchen, zog man es vor, eine vermeintlich gründliche Abhülfe in der Zwangsanleihe zu suchen.

Das Gesetz vom 10. December theilte die Darleiher in 16 Klassen ein; die unterste sollte 50, die oberste oder sechzehnte 1500 bis 6000 Livres Münze beisteuern. Die künftige Wiederabtragung der Anleihe sollte allmählig, in zehn Raten, vor sich gehen. Der Artikel 7 war der wichtigste; nach ihm sollten, an Stelle der Münze, auch Assignaten angenommen werden, und zwar zum hundertsten Theil ihres Nennwerthes.[1]) Diese Bestimmung war offenbar der Grund, weshalb sich der Curs der Assignaten im December eine Zeitlang auf 1% hielt. Ihre Hauptbedeutung lag jedoch darin, daß der Staat selbst dadurch eine fast völlige Entwerthung seines Papiergeldes aussprach; freilich in der Hoffnung, dergestalt zugleich die Gesammtmasse der umlaufenden Assignaten auffangen zu können. Denn, wurde die Hälfte der Anleihe, 300 Millionen, in Assignaten entrichtet, so kam dies einer Tilgung von 30 Milliarden, d. h. der damaligen Umlaufsmasse gleich.

Die öffentliche Meinung hatte sich bereits im November, besonders aber seit dem 6. December eifrig mit der Frage einer Herabsetzung des Werthes der Assignaten beschäftigt. Man hatte angenommen: es bestehe die Absicht, sie auf den „dreißigsten" Theil ihres Nennwerthes zurückzuführen, und hatte schon diesen Satz für zu niedrig gegriffen erachtet. Vielmehr war der dringende Wunsch kundgegeben worden, daß nur eine Reduction auf den „fünften, oder höchstens den sechsten Theil" stattfinde. In diesem Fall, meinte man, werde jedes Tilgungsverfahren eine für den Verkehr und die

1) Galisset 1, 1507. Tableaux 2, 517; 528.

Staatsausgaben hinreichende Menge von Assignaten übrig lassen, und diesem übrigbleibenden Papier neuen Credit verschaffen, sodaß jeder Inhaber, statt daran zu verlieren, vielmehr daran gewinnen würde.[1]) Nun aber sah man plötzlich die Assignaten, nicht auf den „dreißigsten", wie man gefürchtet, sondern sogar auf den „hundertsten" Theil ihres Nennwerthes zurückgeführt. Die nächste Folge mußte nothwendig die sein, daß alle Waarenpreise, welche noch nicht dem Verhältniß von 100 zu 1 entsprachen, „schnell so hoch stiegen, um dieses Verhältniß zu erreichen." Nichts war daher natürlicher, als daß sich sofort der Wunsch kundgab, jene Vorschrift des Anleihegesetzes durch die Bestimmung ersetzt zu sehen, daß die Assignaten zu „10 oder 15 % über den Curs" angenommen werden sollten.[2])

Immerhin aber überwog für den Augenblick, da die Zwangsanleihe nur die Begüterten traf, die Genugthuung und die Freude auf Seiten der ärmeren Klassen, während Zorn und Angst auf Seiten der reicheren gleich groß war. Das Directorium rechnete auf mindestens eine Million beitragsfähiger Bürger.[3]) Die Neubereicherten, die reichen Royalisten, die Kaufleute, die Aufkäufer von Waaren, die patentirten Börsenmänner, die Agioteure, die ihren Gewinn in festes Eigenthum umgewandelt, die Pächter, die Bauern, die reichen Grund- und Hauseigenthümer, die reich gewordenen Höker, zitterten vor den Heimsuchungen der Anleihe. Die Masse der nichtpatentirten Agioteure dagegen, die sogenannten „Mappenleute" (gens à portefeuille), die tagtäglich auf Tausch ausgingen und kein in die Augen fallendes Eigenthum hatten, hofften mit Zuversicht, nicht in die „Goldmillion" inbegriffen zu werden, weil sie „schwer zu fassen" seien. Um diese Hoffnung zu vereiteln und die in den Mappen verborgenen Vermögens-

1) Tableaux 2, 514. Vgl. oben S. 51. — 2) Frankreich im J. 1796. 1, 175; 177. — 3) Moniteur a. a. O. (26, 675).

bestände heranzuziehen, wurde von Vielen die Abstempelung der Assignaten empfohlen. Andere wollten, daß bei diesem Anlaß die Belgier und die Deutschen in den occupirten Landestheilen „bis auf die Quintessenz ausgepreßt" würden. Vor allem verlangte man ein rasches und festes, ein rücksichtslos kräftiges Verfahren, wofern nicht der ganze Anleiheplan scheitern solle.[1])

Ein Fehlschlagen des Planes erschien Vielen schon deshalb als ausgemacht, weil an erkleckliche Einnahmen in Münze nicht zu denken sei, die Umlaufsmasse der Assignaten aber nur 30 Milliarden betrage, während ihrer 60 in Umlauf sein müßten, um die volle Durchführung der Anleihe zu ermöglichen. Andere erblickten das Verdienst des Planes „grade in der Unmöglichkeit, ihn durchzuführen"; denn, meinte man, „wenn auch nur die Hälfte eingehe, so werden doch vor Ablauf von sechs Wochen alle Assignaten verschwunden sein." Noch Andere waren überzeugt, daß es sich unter dem Deckmantel der Anleihe um ein „schlaues Manöver der Regierung" handle; diese wolle „verstecktermeise 30 neue Milliarden emittiren" zur Deckung ihrer Bedürfnisse; zwar sei die Fabrication einer solchen Masse innerhalb kurzer Frist „physisch unmöglich", aber 15 Milliarden lägen schon fertig da, und im Uebrigen werde man nicht anstehen, die auf dem Wege der Anleihe einlaufenden Assignaten, trotz des Versprechens der Verbrennung, vorläufig wieder zu verausgaben.[2]) Die letztere Vermuthung, wie wir gleich sehen werden, hatte nur allzu viel für sich.

Die nächsten Erwartungen, die man von dem Erlaß des Anleihegesetzes gehegt, zerrannen alsbald in Täuschung. Man hatte gehofft, daß der Münzwerth „von Tag zu Tag sinken", der Assignatenwerth steigen, und beide wohl gar am Ende sich

1) Tableaux 2, 520; 522 f.; 527; 529 f.; 542; 545; 549 f. 3, 17; 23; 26; 33. — 2) 2, 529; 557.

ausgleichen würden.[1]) Und im ersten Schrecken konnte allerdings der Louisd'or seinen damaligen Stand zu 5000 Livres nicht behaupten, während die Assignaten wirklich wieder den Stand von 1 % erreichten.[2]) Allein die Baisse des Münzpreises hielt nicht Stich. Vielmehr stieg, wie wir oben sahen, der Louisd'or am 20. December auf 5500 und am 26. auf 5600 Livres;[3]) die Assignaten aber schwankten bereits seit dem 16. wieder auf $^1/_2$ % und darunter herab.[4])

Damit schwand denn auch die Hoffnung dahin, daß wenigstens die Zwangsanleihe eine Abnahme der Lebensmittelpreise bewirken werde. Vielmehr erwies sich auch diese von der Menge als Heilmittel begrüßte Operation sofort als ein neuer Factor der Theuerung. Die Handeltreibenden aller Art, insofern sie sich von der Anleihe bedroht sahen, waren nämlich bedacht, sich möglichst schadlos zu halten. Sie machten daher von allen nur irgend denkbaren Mitteln Gebrauch, um „so theuer wie möglich zu verkaufen", in der Hoffnung, dergestalt ohne Einbuße „die Höhe der Taxe zu decken", deren sie gewärtig waren. Diese „Richtschnur" des Verhaltens wurde, nach ausdrücklichem Zeugniß, wie von den Kaufleuten und den Banquiers, so auch von den Speisewirthen, den Weinhändlern, den Spezereihändlern u. s. w. beobachtet.[5]) Und so bildete sich denn schon seit dem 17. December die Meinung heran, daß die Zwangsanleihe „lediglich zur Vertheuerung des Preises aller Dinge und zu einer immer stärkeren Discreditirung der Assignaten beitragen werde".[6])

Eine solche Wirkung mußte um so beklagenswerther erscheinen, falls nicht einmal das Endergebniß der Anleihe, ihr Ertrag, den Erwartungen in vollem Maße entsprach. Auch in dieser Beziehung aber verdunkelte sich mehr und mehr die Aussicht. Denn mehr und mehr wurde man inne, daß

1) 2, 535. 3, 6. — 2) 2, 525; 534; 526. 3, 4; 6. — 3) 2, 557. 3, 23. — 4) 2, 545. 3, 33. — 5) 2, 545. — 6) 2, 550; 557. 3, 31; 42.

glimpfliche Wege nicht zum Ziele führen könnten, daß von allen Seiten Weigerungen eintreten würden, und daß daher ohne einen „revolutionären Modus der Erhebung", ohne die „Hülfe einer Revolutionsarmee", ohne „den Schrecken auf die Tagesordnung zu setzen", an ein Gelingen der Anleihe gar nicht zu denken sei.[1] Die von der Regierung getroffenen Maßregeln erschienen jedenfalls nicht geeignet, für eine einsichtige Schätzung, für ein ordnungsmäßiges Verfahren und für eine schleunige Erhebung der Beiträge zu bürgen.[2] Man fürchtete überdies, im glücklichsten Falle, einen Abfluß alles Metallgeldes in's Ausland, weil die Regierung die Baareinnahmen der Anleihe zu ihren auswärtigen Ankäufen verwenden werde und müsse.[3] Man fand nun, daß es besser gewesen wäre, es mit einer „indirecten Auflage" zu versuchen, oder durch den Sprung einer Bankerottserklärung sich zu retten, oder für die Assignaten womöglich eine feste „Hypothek" auf die Nationalgüter und selbst auf die Patrimonialgüter zu beschaffen.[4] Man meinte, daß es vor allem noth gethan hätte, jeglichen Geldhandel gründlich zu verbieten; und daß das Augenmerk sein müsse, nur die Assignaten zu 25 und bis zu 500 Livres in Umlauf zu lassen, die kleineren aber durch kleine Münze zu ersetzen.[5]

Zu revolutionären Gewaltmitteln konnte sich begreiflicherweise die Regierung nicht verstehen. Es war schon genug, daß die Operation als solche nothwendig eine Fülle von Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten in sich schloß. Um so rascher und massenhafter häuften sich aber eben deshalb die Weigerungen, die Einsprüche, die Reclamationen. Niemand wollte freiwillig zahlen. Die Geschäftsleute suchten auf alle Weise von der Beisteuer sich „loszumachen" oder „das Gesetz zu umgehen". Nach etwa zwei Monaten war das Ergebniß,

1) 2, 532; 535; 539. 3, 31. — 2) 2, 552 f. 3, 33. — 3) 2, 558. — 4) 2, 548. 3, 3; 19 f. — 5) 2, 550. 3, 23; 39.

daß der Ertrag der Anleihe officiell auf 8 Milliarden in Papier, statt 30, und auf 10 Millionen in Münze, statt 300, geschätzt ward.[1]) Später wurde der Assignatenertrag auch gelegentlich auf 10 Milliarden und darüber angegeben; zu einer ordnungsmäßigen Rechenschaftslegung über die Eingänge kam es nie.

Der Glaube an eine Auffaugung aller Assignaten durch die Zwangsanleihe erwies sich dergestalt, gleichwie die Hoffnung auf eine beträchtliche Metalleinnahme, als ein eitler Wahn. Auch dieses vermeintliche Rettungsmittel versagte den Dienst.

Inzwischen hatte sich aber auch schon die finanzielle Lage wieder wesentlich verschoben. In der bangen Ahnung, daß die Anleihe scheitern und namentlich keine ergiebigen Baarbeträge abwerfen werde, beschloß man bereits am 23. December ein Gesetz, das die Vermehrung des Assignatenumlaufs bis auf 40 Milliarden gestattete.[2])

Wenn man bei diesem Anlaß die damalige Höhe des Umlaufs auf „24 Milliarden" angab, so geschah es augenfällig, um damit das Recht zur Verausgabung von „16 Milliarden" zu erwerben.[3]) Denn es versteht sich von selbst, daß der Umlauf, der am 30. October circa 20, am 10. December circa 30 Milliarden betrug, nicht zwölf Tage später nur 24 Milliarden betragen haben kann, sondern vielmehr circa 34 Milliarden betragen haben muß. Allem Anschein nach rechnete man also schon im Voraus die demnächst erhofften Eingänge der Zwangsanleihe im Betrage von 10 Milliarden von dem wirklichen Umlauf ab. Hieraus ergiebt sich dann aber mit Gewißheit, daß die 16 neuen Milliarden nicht durchweg neufabricirte gewesen sein können. Denn in diesem

---

1) 3, 33. Vgl. Table: Emprunt forcé. Moniteur v. 4. Febr. 1796 (27, 354). — 2) Lefort, Répert. 2, 367 f. Galisset 1, 1509. — 3) Lefort a. a. O.

Fall müßte die Gesammtfabrikation an Assignaten über 50 Milliarden betragen haben, während sie doch, wie genügend verbürgt erscheint, nur $45\frac{1}{2}$ Milliarde betrug. Also muß in der That die Regierung, dem obigen Verdacht der öffentlichen Meinung entsprechend, die „auf dem Wege der Anleihe einlaufenden Assignaten" größtentheils „wieder verausgabt" haben. Damit stimmt die Thatsache, daß, während 8 bis 10 Milliarden eingelaufen sein sollen, dennoch nur die Verbrennung von wenig mehr als $2\frac{1}{2}$ Milliarde nachweisbar ist.[1] Hiernach kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die „Wiederverausgabung" sich auf mindestens $5\frac{1}{2}$ bis $7\frac{1}{2}$ Milliarden erstreckte.

Auf alle Fälle erlebte das Publicum mit dem 23. December die Enttäuschung, statt einer außerordentlichen Verminderung der Assignaten, vielmehr einer außerordentlichen Vermehrung derselben theilhaftig zu werden.

4. Die angebliche und die wirkliche Lage im Januar 1796.

Es ist kaum zu sagen, welche Fabeln schon damals über die Lage der Hauptstadt grundsätzlich verbreitet wurden. Die Regierungsfreunde wetteiferten in optimistischen Schönfärbereien und Lügen. Ende Januar ging von Paris her eine „Schilderung" in das Land und in das Ausland, die Alles im rosigsten Licht erscheinen ließ.[2] Zunächst schilderte sie die letzte Zeit des Conventes mit Recht in den düstersten Farben. „Noch vor drei Monaten" (also Ende October), sagte sie, „warf man nur schaudernde Blicke in die Zukunft. . . . Das Ungeheuer der Agiotage griff immer weiter um sich. Die Theuerung stieg mit jedem Tage. Paris fühlte beständigen Mangel und war nie auf 24 Stunden vor Hunger gesichert. . . . Das

1) Moniteur v. 4. April 1796 (28, 124, wo 615 zu lesen ist, wie auch aus der Nummer v. 9. April, S. 160, folgt). — 2) S. Frankreich im J. 1796. 1, 124 ff.

Geld fehlte in allen öffentlichen Cassen. . . . Die Regierung wurde verachtet. Die Gesetze blieben unvollzogen. . . . Die Richter ließen sich bestechen u. s. w." Dann aber fuhr sie apologetisch fort: „Unter solchen Umständen traten die Fünfmänner ihr beschwerliches Amt an. . . . Das Zutrauen aller echten Patrioten kam ihnen zu statten. . . . Die Gesetzgebung setzte sie in den Stand, das Uebel an der Wurzel anzugreifen. Alsbald wurden die Justizhöfe in Thätigkeit gesetzt; die Verbrecher jeder Partei zur Rechenschaft gezogen; alle Mittel angewandt, die Zwangsanleihe schnell einzutreiben. . . . Die Bureaus wurden erneuert, die Arbeiten zweckmäßig vertheilt. . . . Die Preise der Lebensmittel fielen; bei Menschengedenken waren sie nicht so wohlfeil im Süden gewesen; die Besorgniß vor Mangel in Paris hörte auf, weil die Stadt wieder wie ehemals immer auf 14 Tagen im Voraus reichlich versorgt war; der Zustand der unteren Klassen wurde mit jedem Tage erträglicher; die Wuth der Agiotage ließ nach. . . . Ein Gefühl von Sicherheit und Ruhe kehrte allmählig in die Herzen der Bürger zurück. . . . Die Feier des 21. Januar (der Hinrichtung des Königs) wurde mit Jubel begangen. Seit 1790 hatte sich der Patriotismus nicht lebendiger geäußert. Die allgemeine Stimmung war: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung. Alles fühlt, daß die Zeiten wirklich besser geworden sind. . . . Noch drei Monate auf diesem Wege, und der Ungläubigste wird sagen: die Revolution ist geendigt."

Wir sehr dieser lobpreisenden Schilderung die wirkliche Lage der Dinge in den Monaten November und December widersprach, haben wir zur Genüge erkannt. Aber auch im Januar war die Lage der Dinge in Wahrheit fast in allen Stücken das grade Gegentheil jenes angeblichen „Zustandes der Hauptstadt".

Die „Justizhöfe" waren grade damals ein Gegenstand der bittersten Klage. Sie zeigten sich so „nachsichtig" gegen die Verbrecher, daß selbst diejenigen, die beträchtlicher

Veruntreuungen oder Diebereien beschuldigt und „überführt“ worden, zur tiefsten Entrüstung aller ehrlichen Leute, frei und keck in den Straßen von Paris umherspazirten.[1])

Die „Besorgniß vor Mangel“ hatte niemals „aufgehört“, und blieb auch fortwährend rege. Denn, obwohl man die Bemühungen des Ministers des Innern für Beschaffung von Vorräthen gern anerkannte,[2]) so ist doch nicht entfernt daran zu denken, daß die Stadt jemals, geschweige „immer auf 14 Tage im Voraus reichlich versorgt“ gewesen wäre. Es ist gewiß, daß auch während des ganzen Monats Januar, trotz alles Sehnens und Drängens, die Brodration nicht ein einziges Mal auf 1 Pfd. erhöht wurde. Ja, nicht einmal das Maß eines Scheinpfundes von 14 Unzen, statt 16, vermochte man zu erreichen.[3]) Die „stete“ Regel blieb vielmehr die Rationirung zu $^3/_4$ Pfd. oder 12 Unzen. Dies war das höchste Maß von Besserung, das man erreichte, so daß denn auch die Bevölkerung nicht aufhörte, sich „bitter über ihre Noth“ und über die „schwache Portion“ zu beschweren.[4]) Noch immer dauerten daher die zornigen Vorwürfe der Veruntreuung und der Durchstecherei gegen die Bäcker, wie gegen die Fleischer und die Verpflegungsagenten, ungeschwächt fort und wurden nur dadurch einigermaßen beschwichtigt, daß mehrere der am meisten anrüchigen Bäcker ihres Amtes enthoben wurden.[5]) Noch immer hörte man daher ferner in den Menschenknäueln, die sich vor den Thüren der Bäcker, auf den Märkten und an den Brunnen ansammelten, den Refrain: „Was kümmert uns die Regierungsform, wofern wir nur Brod haben!“ oder: „Als es nur Einen gab, hatten wir Brod; nun ihrer Unzählige sind, leiden wir an Allem Mangel.“[6])

Denn die Behauptung, daß die „Preise der Lebensmittel fielen“, wie die Schönfärberei glauben machen wollte, ist eine unverschämte Lüge. Sie waren vielmehr seit dem October,

1) Tableaux 3, 74. — 2) 3, 40. — 3) 3, 59; 65. — 4) 3, 62; 66; 74. — 5) 3, 46; 55; 58. — 6) 3, 70; 71.

wie wir sahen, unausgesetzt und in „erschreckender Weise“ gestiegen. Zur weiteren Erläuterung dürfte es zweckmäßig sein, hier zunächst den Stand der Lebensmittelpreise und der Lohnsätze vom 2. Januar zu verzeichnen, und ihnen zugleich die vor dem Aufwogen der Assignatenwirthschaft gültigen zur Seite zu stellen. Daraus wird sich dann die richtige Würdigung aller Verhältnisse ergeben.

Die Lebensmittelpreise waren am 2. Januar 1796 folgende: 1 Pfd. Brod (im freien Verkauf) 50 Livres, vormals 3 Sous; 1 Pfd. Fleisch 60 Livres, vormals 10 Sous; 1 Pfd. Zucker 350 Livres, vormals 24 Sous; 1 Pfd. Lichte 180 Livres, vormals 14 Sous; 1 Pfd. Seife 150 Livres, vormals 16 Sous; 1 Pfd. Speiseöl 300 Livres, vormals 24 Sous; 1 Pfd. Brennöl 180 Livres, vormals 16 Sous; 1 Scheffel Kartoffeln 200 Livres, vormals 15 Sous; 1 Flasche Wein 100 Livres, vormals 12 Sous; 1 Kanne Milch 60 Livres, vormals 6 Sous.

Der Macherlohn für ein Paar Schuhe betrug 75 Livres, ehemals 1 Livre und 15 Sous; für ein Paar Stiefel 1000 Livres, ehemals 9; für ein Kleid 200 Livres, ehemals $4^1/_2$; für ein Paar Strümpfe 60 Livres, ehemals 17 Sous.

An Arbeitslohn erhielt für den Tag: der Grobschmied 300 Livres, vormals 4; der Blechschmied 250 Livres, vormals $2^1/_2$; der Tischler 200 Livres, vormals 2; der Maurer und der Steinmetz 150 Livres, vormals 2 und 3; der Schuhmacher, Schneider und Schlosser 100 Livres, vormals 2 und $2^1/_2$; der Glaser und der Handlanger 80 Livres, vormals 2 und $1^1/_4$; der Wasserträger für eine Tracht 5 Livres, früher 2 Sous; der Holzmesser für eine Fuhre 30 Livres, früher 6 Sous.[1]) Die Fuhre Holz, früher 25 Livres, muß am 2. Januar 1796 circa 5000 Livres gegolten haben.[2])

1) Frankreich im J. 1796. 1, 164 ff. — 2) S. oben Th. II. S. 210. Tableaux 2, 453 („2000 Livres“ zum Curse von $1^1/_4$, also 5000 zum Curse von $^1/_2$ %).

Hieraus ergiebt sich: 1) Die Lohnarbeiter mußten noch immer die Assignaten zu weit höherem Preise annehmen (durchschnittlich zu 2 %), als zu welchem sie dieselben bei Beschaffung ihrer Lebensbedürfnisse verwerthen konnten (nämlich durchschnittlich nur zu 1 oder $^1/_2$ %). 2) Die Arbeitslöhne waren nur 40 bis 100 Mal höher, die Preise der ersten Lebensbedürfnisse dagegen 120 bis 290 Mal, das Brod sogar 333 Mal höher, als vor der Assignatenwirthschaft. 3) Während der letzten zwei bis drei Monate hatten sich die Lebensmittelpreise theils verdoppelt, theils verdreifacht und selbst vervierfacht; der Preis des Brodes, wie auch des Fleisches, hatte sich im Verhältniß zum October verdoppelt; der Preis des Zuckers z. B. genau vervierfacht, indem er von $87^1/_2$ Livres auf 350 stieg.[1])

Wenn man nun bedenkt, daß grade seit dem Januar die Hauswirthe auch ihrerseits darauf bestanden, die Miethsbeträge nur entweder in Münze oder in Assignaten zum Curse ausgezahlt zu erhalten[2]): so wird man ermessen können, in welcher bedrängten Lage diejenigen Arbeiter sich befanden, die, wie die Handlanger und Glaser, die Schneider und Schlosser, die Maurer und Steinmetzen, nicht mehr als 80 oder 100 oder 150 Livres Tagelohn empfingen. Bringt man einerseits den Ausfall an Einnahmen für die alten sowie die neuen Ruhe- und Feiertage in Abzug, und andererseits die Ausgaben für Miethe, Licht, Heizung und die nothdürftigste Flickkleidung: so erübrigte der Arbeiter, dessen Tagelohn 100 Livres betrug, höchstens 33 Livres täglich für die Nahrung, d. h. für $^1/_2$ Pfd. Fleisch im Fall erlangter Brodration, oder für 10 Unzen Brod im Fall die Brodration ausblieb. Wie nun aber erst, wenn er nicht für sich allein dastand, sondern auch für eine ganze Familie, für Frau und Kinder zu sorgen hatte! wenn sein Tagelohn nicht 100, sondern, wie beim Handlanger und Glaser,

1) S. oben S. 33. — 2) Tableaux 3, 64; 74.

nur 80 Livres betrug! oder wenn gar die Arbeit und damit der Lohn zu stocken begann!

Das aber war grade damals der Fall. Im Januar nahmen die Arbeiten massenhaft ab und versiegten zum Theil ganz. In Folge dessen wuchs die schon ohnedies übergroße Zahl von unbeschäftigten Arbeitern massenhaft an. Wie sollten diese mit ihren nur gelegentlichen Einnahmen die hohen Preise der Lebensmittel für sich und ihre Familien erschwingen! Kein Wunder, wenn in dieser großen Schicht der Gesellschaft nach wie vor die „bittersten Klagen" und „Bethätigungen der Verzweiflung" zur Tagesordnung gehörten.[1])

Noch schlimmer stand es natürlich im Januar mit den eigentlichen Armen oder Verarmten, die nur durch freiwillige oder erbettelte Almosen ihr und der Ihrigen Leben zu fristen vermochten. Und ebenso schlimm mit der „großen Zahl" der „unglücklichen Rentner" sowie der Pensionäre und der verschiedenartigen Beamten, die meist nur „provisorisch" angestellt und daher in ebenso unsicherer als bedrängter Lage waren. Rentner ersten Ranges, die ehemals 1000 Thaler oder 6000 Livres Rente (über 4800 Mark) in Münze bezogen, jetzt aber nur ebensoviel in Assignaten erhielten, hatten demnach, zur Bestreitung ihrer gesammten Ausgaben, täglich nur $16^1/_2$ Livres in Assignaten zur Verfügung. Es ist also buchstäblich richtig, wenn sie „mit Bitterkeit" sich beschwerten, daß sie, trotz der ihnen gebührenden 1000 Thaler Rente, „keine Mittel hätten, sich ein Stück Brod zu verschaffen".[2]) Wie übel waren nun aber vollends erst diejenigen daran, die nur halb, nur ein Viertel soviel oder noch weniger jährlich zu beziehen hatten! Vergebens hofften die Rentner immer noch, daß die Regierung oder der gesetzgebende Körper „ihren Leiden ein Ende machen werde". Jedermann theilte ihre Meinung, daß es eine „Tyrannei und scheußliche

1) 3, 74; 77. — 2) 3, 58; 67 f.

Mißhandlung" sei, das Publicum von Staatswegen zu zwingen, wie es durch die Zwangsanleihe geschah, das Assignat zu 100 Livres für 1 Livre dahin zu geben, während der Staat selber es den Rentnern zum vollen Nennwerth aufzwinge.[1])

Das Centralbureau erklärte daher seinerseits am 2. Januar: „Die Aufregung der Gemüther dauert fort. Zahllose Bürger, insbesondere die armen Rentner, sind verzweiflungsvoll, müde ihrer Leiden, zermalmt durch das Gewicht ihres Elends, dessen Ende unabsehbar erscheint. Es ist als ob ein allgemeines Taumelleben herrsche. In der That begegnet man häufig in den Straßen Leuten, die, obwohl allein, gesticuliren und ganz laut reden. In dem allgemeinen Wirbel sind bei einer großen Anzahl von Personen die Falten ihres Herzens so verschlungen, ihre Art zu reden so außergewöhnlich, und die Maske, womit sie sich bedecken, so dicht und trügerisch geworden, daß man überirdischen Geistern gleichen müßte, um in das tiefe Labyrinth des Innern dieser Finsterlinge hinabzusteigen und dessen Höhlung zu untersuchen". [2])

Die Theuerung nahm nun aber auch im Verlaufe des Januar keineswegs ab, sondern zu. Am 7. wurde zwar von „einigen" Inspectoren ein „geringes Weichen der Lebensmittelpreise" behauptet, aber von „vielen anderen" bestritten; und jedenfalls dauerte, nach übereinstimmender Aussage, die „gewöhnliche Schwierigkeit der Lebensfristung", das „scheußlichste Elend", zumal „der Familienväter und der armen Rentner", ungeschwächt fort.[3]) Am 12. ergab sich zwar mit Gewißheit ein Abschlag der Engrospreise, aber im Detailverkauf war derselbe „fast" oder „sehr unmerklich", so daß er den „Armen wenig zu Statten" kam; um so weniger als der Preis des auf den Plätzen feilgebotenen Brodes „unausgesetzt sehr theuer" blieb und „sehr weit über die Mittel des Volkes" hinausging.[4]) Ueberdies trat mit dem 23. ein erneutes

1) 3, 64; 73; 77 f.; 62. — 2) 3, 41. — 3) 3, 56 f. — 4) 3, 59; 62; 66.

Steigen aller Preise ein, auch derjenigen, die zuvor etwas nachgelassen hatten. Insbesondere schlugen, zum Schrecken der „bedürftigen Klasse", die Preise von „Brod, Fleisch, Kartoffeln und anderen Lebensmitteln" in „stetig zunehmendem" Maße auf.[1] Ende Januar wurde die „Vertheuerung der Lebensmittel" ausdrücklich als eine „ungeheuere, empörende, das Herz der Hoffnung verschließende", und dennoch „täglich fortschreitende" bezeichnet.[2]

Wenn dergestalt das angebliche „Fallen" der Preise sich als eine Lüge erweist: so gehört nahezu in das Gebiet des Wahnsinns jene gleißnerische Behauptung, daß „der Zustand der unteren Klassen mit jedem Tage erträglicher" geworden sei. Denn nichts ist gewisser, als daß derselbe vielmehr mit jedem Tage unerträglicher ward; daß von einem „Gefühl der Sicherheit und Ruhe im Herzen der Bürger", von einer „allgemeinen Zufriedenheit mit der Regierung" nicht im Entferntesten die Rede sein konnte. „Das Volk — bezeugte das Centralbureau tagtäglich — seufzt unter der Last seines Elends;" es ist „fortdauernd" voller „Unruhe und Unzufriedenheit"; „alle seine Hülfsmittel" sind „erschöpft"; „alle Wege, sich das Nothdürftige zu verschaffen, werden so zu sagen nichtig", so daß „mit Ausnahme einer kleinen Zahl vermögender Eigenthümer und Neubereicherter, die große Mehrzahl der Bewohner der Stadt, die sich nicht dem schändlichen Schacher der Agiotage ergaben oder sonst irgend eine Art Handel betreiben, in den schauderhaftesten Jammerzustand versetzt ist". „Jedermann sagt, daß es unmöglich sei, am Leben zu bleiben, wenn dieser Zustand fortwähre." „Niemals, behauptet man, habe eine Revolution das menschliche Geschlecht so sehr zerstört wie die unsrige", so daß „Maßregeln zur Ermuthigung der Fortpflanzung, und vor

1) 3, 68; 71; 74. — 2) 3, 79; 82. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 174 f.

allem die Errichtung einer Ammenanstalt für die bedürftige Klasse" nothwendig sei. Ebenso sei es dringend „erforderlich, dem kleinen Rentner und den Beamten eine sichere Existenz zu verschaffen"; dadurch würden „mehr als 20,000 Personen dem schändlichen Schacher der Agiotage" entzogen werden, dem sie „nur aus Noth sich ergeben" hätten. „Alle Gespräche, die öffentlichen und die privaten, haben nur die äußersten Lebensnöthe zum Gegenstand. Die bedürftige Klasse läßt ein sehr entschiedenes Murren vernehmen. Die armen Rentner erklären, daß der Tod dem schauderhaften Elend, in dem sie schmachten, vorzuziehen sei." [1])

Die allgemeine Unzufriedenheit gegen die Regierung, welche die Schönfärberei so überfrech in das grade Gegentheil verkehrte, gab sich auch jetzt, wie früher, vielfach in beißenden Spöttereien kund. Der Sitz der Directoren, der Luxemburg, wurde als Manufacture de cire [Sires] à frotter verhöhnt, d. h. als Manufactur von „Reibe-Wachs" oder von „Reibe-Herren". [2]) Auf die Frage nach der Summe, welche die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers zu der Zwangsanleihe beitragen würden, erfolgte die Antwort: „Die seien, gleichwie die ehemaligen Herren des Hofes, überall gratis." [3]) Weit überwiegend trat indeß die Unzufriedenheit mit der Regierung täglich und „von allen Seiten" in der Gestalt der ernstesten Vorwürfe, der heftigsten Erbitterung und des schmerzlichsten Unwillens auf. [4]) Um so mehr, als der unerträgliche Zustand der unteren Klassen noch dadurch gesteigert wurde, daß das Volk sich täglich von Seiten der Bäcker und der übrigen Verkäufer „mit Grobheiten überhäuft" und grade so behandelt sah, wie wenn man ihm „das Brod und alles, was zum Leben gehört, lediglich aus Gnade und Barmherzigkeit

1) 3, 40 f.; 46 49; 57 f.; 75; 62; 67; 82. — 2) 3, 44. — 3) 3, 60. — 4) 3, 62; 73 f. und sonst. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 108.

verkaufe". Denn „alles" ward nur „mit dem größten Unwillen hergegeben, weil jeder hoffte, durch Antheil an dem allgemeinen Wucher seine Waare einen Tag später mit etwas mehr Gewinn veräußern zu können". [1])

Die Thatsache übrigens, daß im December und Januar die 17 Theater stets vollgepfropft waren, darf keineswegs als ein „Beweis" dafür angesehen werden, daß in Paris die „Armuth doch nicht das Herrschende" gewesen sein „könne". [2]) Was wollen denn 17,000 Theaterbesucher auf 786,000 Einwohner besagen! Allerdings gehörte dazu auch ein Theil der unteren Volksklassen; aber der Erklärungsgrund liegt wesentlich darin, daß der Besuch der Schauspiele damals „das Wohlfeilste in ganz Paris" war. Namentlich in einigen Theatern waren die Preise „so gering, daß man die Beleuchtung seines Zimmers fast nicht wohlfeiler haben" konnte. [3]) Bringt man nun dazu noch in Anschlag, daß der zu Hause Bleibende in jener Jahreszeit nicht nur der vielstündigen Beleuchtung, sondern auch der überaus kostspieligen Heizung nicht entbehren konnte: so sieht man, daß der Theaterbesuch, ganz abgesehen von der damit verbundenen Unterhaltung, für Viele damals, wie auch noch in neuerer Zeit, ein sicheres Mittel der Ersparniß war.

Auf die Frage, wie trotz der unaufhörlichen Steigerung der Lebensmittelpreise, und trotz der damit nicht entfernt im Verhältniß stehenden Löhne, die „unteren Klassen" leben und bestehen konnten, gab ein französischer Beobachter, der rastlos forschend von Quartier zu Quartier, von Bude zu Bude, von einer Werkstätte in die andere ging, folgende Auskunft: „Dadurch, sagte er, daß sie Wasser statt Wein trinken; daß sie mit der mäßigen Ration, die täglich an Brod fast umsonst ausgetheilt wird, sich begnügen; daß sie sich

1) Frankreich im J. 1796. 1, 105 (vom 8. Jannar). — 2) Ebend. S. 72. — 3) Ebend. S. 108 (vom 8. Januar).

gewöhnlich nur halb satt essen und die Kälte, um Holz zu ersparen, durch Bewegung vertreiben; daß sie sich in Lumpen kleiden, keine Schuhe tragen, und sich alle Genüsse des Lebens versagen." Da sie „die Assignaten zu einem weit höhern Werthe annehmen müssen, als sie solche zur Anschaffung von Lebensbedürfnissen anbringen können": so „entschließen sie sich nicht" leicht, „sie um so viel wohlfeiler auszugeben" und „geizen damit auf Kosten ihrer Gesundheit, weil meist ihr Magen leer ist. Auch haben verschiedene Journale, namentlich das Journal de Paris, die Bemerkung gemacht, daß die arbeitende und ärmere Klasse der Bürger, seitdem sie sich so vieles und besonders den Wein versagen muß, zusehens an Gesundheit und Kräften verloren hat".[1])

Daß „die Wuth der Agiotage" auch im Januar nicht „nachließ", wie jene lügenhafte „Schilderung" glauben machen wollte, sondern vielmehr in steigender Progression zunahm, das bezeugen die Polizeiberichte von Tag zu Tag. Haben wir doch soeben gesehen, daß allein die Zahl der Rentner und Beamten, die sich „aus Noth" der Agiotage ergaben, auf mehr als 20,000 geschätzt ward! Im Palais-Royal wurde nunmehr selbst mit Stiefeln und Schuhen, mit Kupferstichen und Taback, gleichwie mit Korn und Mehl, die man in Proben vorzeigte, öffentlicher Handel getrieben. Man erfand für diese Kategorie von Schacherern den Namen „Kunsthändler (brocanteurs) aller Art". Sie verstopften durch ihr Gewühl überall die Passagen. Die eigentlichen Geldhändler, auf die der Spottname „Brocanteur" nicht selten ausgedehnt ward, nahmen ebenso sehr an Dreistigkeit wie an Zahl zu. Sie waren es, welche die Cursunterscheidung zwischen königlichen und republicanischen Silberthalern aufbrachten; für jene bezahlten sie am 11. Januar 1300, für diese nur 1200 Livres in Assignaten. Auch die Weiber nahmen in Masse und mit

1) Ebend. S. 168, im Vergleich mit S. 164 f.

Eifer an dem Schacher im Gleichheitsgarten Theil. Ein Reisender klagte schon Anfangs Januar, daß es „platterdings unmöglich sei, mit irgend einem Pariser, weß Standes und Geschlechtes er auch sei, von etwas Anderem als Handel, Wucher und Speculationen auf das öffentliche Elend zu sprechen"; „alles und alles werde einzig und allein unter dem Gesichtspunkte der Geldvortheile betrachtet;" und nicht nur in Paris, sondern „allenthalben in Frankreich sei dies der Fall". [1]) Die Wiedereröffnung der Börse seit dem 8. steigerte aber noch die „Wuth der Agiotage". Und am 30. erklärte auch das Centralbureau: „Sieht man tagtäglich den unermeßlichen Zusammenfluß von Bürgern aller Klassen, die sich bei der Börse und unter den Gallerien des Gleichheitspalastes versammeln, um sich einem unerlaubten Handel hinzugeben: so möchte man glauben, daß diese Art der Speculation zu einer universellen geworden ist, und daß alle anderen Berufsarten völlig vernachlässigt werden; in der That ist sie, wie wir mit Wahrhaftigkeit bezeugen können, die Grundlage aller Handelsgeschäfte geworden." Die Börse war wieder zum alleinigen Mittelpunkt aller kaufmännischen Unternehmungen und damit zum „Thermometer der Verkäufer" erwachsen. Hier regelten sich wieder „alle Preisveränderungen des Metallgeldes"; und von hier aus, in Verbindung mit den wucherischen Umtrieben des Palais-Royal, fürchtete man den Louis alsbald auf 10,000 Livres steigen zu sehen. Der solide Handel stockte und versiegte, die Manufacturen verödeten. Natürlich wurde die Agiotage, nach wie vor, als eine Hauptquelle „aller die Menschheit heimsuchenden Uebel" betrachtet, und das Gelichter der Agioteure von dem „ehrlichen" Theil des Publicums „mehr und mehr" als „Mitschuldige der Haupturheber des allgemeinen Elends" der „Verwünschung" preisgegeben. [2]) Es

1) Tableaux 3, 59; 62; 65 f.; 67. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 101 f; 107 f. Vgl. 120 f. — 2) 3, 68; 70 f.; 72; 76 f. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 120 f.

ist kaum zu verwundern, wenn der Argwohn Wurzel faßte, daß die Regierung selbst, nicht nur die Curse an der Börse „beherrsche", sondern auch zum „Schimpf und zum Ruin der Menschheit" die Agiotage schütze und begünstige.[1])

Unter allen diesen Umständen wurde denn auch die „Feier des 21. Januar" keineswegs so „jubelvoll" begangen, wie der Optimismus glauben zu machen beflissen war. Schon seit dem 14., als die Festverordnung erschien, wurden Stimmen genug laut, welche erklärten, daß „in einer so schweren Zeit Festlichkeiten nicht angebracht seien, besonders solche, die geeignet wären, den Parteigeist wieder zu beleben". Man äußerte dreist, daß es unziemlich sei „den Tag zu feiern, der für Frankreich der verderblichste" geworden. Es war selbstverständlich und wurde auch polizeilicherseits ausdrücklich hervorgehoben, daß die Feier der Hinrichtung des Königs allen „Gegnern der republicanischen Regierungsform mißfiel". Das war aber die große Mehrzahl der Bevölkerung aller Klassen. Mit Recht rügte man daher, daß der an diesem Tage zu leistende Eid des Hasses gegen das Königthum „von Seiten einer großen Zahl von Würdenträgern und Beamten kein aufrichtiger" sein werde. Aber selbst die Gleichgültigen und die Anhänger der Republik im Volke erklärten laut, daß es ein „Aergerniß sei, an Festtagen des Brodes zu entbehren, und der nothwendigsten Lebensbedürfnisse beraubt zu sein"; ja daß „der wahre Souverän der sei, der das Volk am Leben erhalte".[2]) Daß das Fest in „Ordnung" verlief, und daß die republicanisch gesinnten „Zuschauer" ein Gefallen daran fanden, versteht sich von selbst. Allein die große Mehrzahl der Bevölkerung schaute eben *nicht* zu, nahm gar keinen Antheil an dem Vorgang. Und selbst das theilnehmende „Volk" zeigte sich nichtsdestoweniger „unzufrieden", weil nicht einmal an *diesem* Tage eine Pfundration Brod verabreicht ward. Der trostlose

1) 3, 72; 82; 64. — 2) 3, 60 f.; 62; 63 f.

Alltagsverkehr, das Umhersuchen nach Nahrung, das ängstliche Ringen nach irgend einer Lebensfristung ließ sich durch das Fest nicht stören oder bannen. Das Gewirr der Agioteure im Palais-Royal war sogar an diesem Tage eher größer als geringer. Trotz der Gleichgültigkeit gegen die Politik, und trotz des Schweigens der Mehrzahl, hörte man überdies an den verschiedensten Orten Aeußerungen fallen wie die: daß „das Volk mehr des Brodes wie der Feste bedürfe", daß diese „dem Staate zur Schande gereichten", und daß jener Eid des Hasses gegen das Königthum nur „angethan sei, die Mächte von jeder Neigung zum Frieden abzulenken", den doch die Pariser Bevölkerung so „lebhaft ersehnte". [1])

Kaum brauche ich nach dem, was ich am Schlusse des vorigen Kapitels bemerkt, hier noch hinzuzufügen, daß die „Zwangsanleihe" ganz und gar nicht, wie man nach jener lügnerischen „Schilderung" voraussetzen sollte, „schnell eingetrieben" ward. Wenn gegen alle Erwartung die Assignaten fielen und die Preise stiegen: so lag der Hauptgrund eben darin, daß die Zwangsanleihe bei weitem weniger an Assignaten aus dem Verkehre zog, als durch die neuen Emissionen gleichzeitig in Umlauf gebracht wurden. Massenhaft wußten sich namentlich die Agioteure der Steuer zu entziehen; in Paris verbarg sich die Mehrzahl derselben, um möglichst unbekannt zu bleiben, in den dunklen Regionen des Marais. Die Proclamation des Seinedepartements, die zur Zahlung aufforderte, wurde als eine eitle „Declamation" verhöhnt. Je höher und willkürlicher die Steuerpflichtigen wider Erwarten sich belastet sahen, je mehr spien sie „Feuer und Flamme", und je begreiflicher war der Widerstand. Der Inhaber eines Hotel-garni, dessen „ganzes Vermögen in den Möbeln seines Hotels" bestand, wurde trotzdem mit dem Satze von 6000 Livres Münze, und folglich mit 600,000 Livres in Assignaten

1) 3, 65 f.; 67; 69; 83.

besteuert; die Firma Cinot und Charlemagne sah ich sogar, offenbar wegen der Mehrheit der Theilhaber, mit 18,000 Livres in Münze belastet. Ueberhaupt erregten die Steuerscheine für die der 16. Klasse zugewiesenen Darleiher den größten und allgemeinsten Unwillen, da „viele derselben an Gesammtververmögen nicht einmal so viel besaßen, wie die geforderte Summe betrug". Die Minister sahen sich daher mit Reclamationen förmlich überschüttet. Einer der Minister, erzählte man, als er wegen eines unerklärlicherweise auf 6000 Livres Münze lautenden Steuerscheines um Auskunft angegangen wurde, habe geantwortet, daß der Schein „in Hast" ausgefertigt worden, aber auch nicht als „obligatorisch für die ganze Summe" zu betrachten sei, sondern nur als eine „Aufforderung etwas zu geben"; sie selbst, die Minister, wären ebenso verfahren und hätten auf Grund eines solchen Scheines „nur 60,000 Livres in Assignaten" gezahlt, d. h. den zehnten Theil. Die ganze Operation sank mehr und mehr in Mißcredit. Viele Kaufleute machten Miene „ihre Magazine zu leeren und ihre Läden zu schließen, um — wie sie sagten — Bankerott zu machen gegenüber den Tyrannen, den Urhebern der Zwangsanleihe". [1])

Wie sehr auch ein großer Theil des Publicums noch immer die „schleunige" und „thatkräftigste" Durchführung der Maßregel wünschte: so sah man doch seit dem 25. Januar dieselbe bereits definitiv als „mißlungen" oder „verfehlt" an. Durch die Unentschiedenheit der Regierung, erklärte man jetzt, durch die Fehlerhaftigkeit des Verfahrens und durch die Ungerechtigkeiten der Vertheilung habe sie nicht nur scheitern müssen, sondern zugleich „alles in Lähmung" versetzt, die „Familien zerrüttet", die „Werkstätten verödet" und den „Staat in die schlimmste Lage" gebracht. Kam es doch jetzt

1) 3, 48 f.; 53 f.; 54 f.; 58; 60; 61 f.; 64. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 233.

dahin, daß sogar die Lieferanten den „Dienst versagten“ und die Lieferungen absichtlich zurückhielten, weil sie „die ihnen gebührenden Summen nicht pünktlich bezahlt“ erhielten! Wie sehr der Verkehr stockte, zeigt die Thatsache, daß die Pariser Bürger auch noch so „wichtige Geschäfte, die sie auf das Land riefen“, schon deshalb aufgeben mußten, weil ihnen keine Münze zur Verfügung stand, und die Annahme der Assignaten „selbst zum Curse“ außerhalb der Hauptstadt verweigert ward. Mit dem Ende des Monats war das Publicum überzeugt, daß man die „immer schwieriger“ sich gestaltende „Erhebung“ der Zwangsanleihe alsbald ganz „einstellen“ und eine „andere Art der Besteuerung einführen“, aber „die schon entrichteten Summen nicht zurückerstatten“ werde.[1]) Und so kam es in der That.

Nach dem allen liegt es auf der Hand, daß auch noch Ende Januar von einer „wirklichen Besserung“ der Zustände, trotz der dreisten Behauptungen jener „Schilderung“, nicht entfernt die Rede sein konnte. Zudem griff grade damals ein neuer gewaltiger Schrecken Platz. Seit dem 27. wurde zunächst die Pariser Bevölkerung durch das Gerücht in Angst versetzt, daß die Regierung in Kurzem, vom 1. Ventose oder 20. Februar an, die Brod- und Fleischvertheilungen ganz aufhören lassen würde. Man war überzeugt, daß dann vollends ein furchtbarer Zustand der Vernichtung eintreten müßte, falls nicht wenigstens für die drei obersten Lebensbedürfnisse: Brod, Fleisch und Holz, eine Taxe aufgestellt werde, die auch den ärmsten Klassen deren Beschaffung ermögliche.[2])

Aber noch mehr! In den darauf folgenden Tagen stockten die schon an sich kümmerlichen Fleischvertheilungen dergestalt, daß „viele Bürger sich bitterlichst beklagten, an dem auf ihrer Karte verzeichneten Tage ihre Fleischration bei den Schlächtern nicht erlangen“ zu können; man witterte in dieser

1) 3, 64; 69 f.; 71 f.; 74 f.; 76; 78 f.; 81; 83. — 2) 3, 74 f.

Vorenthaltung neuerdings Complotte der Fleischer und der Vertheilungscommissäre. Aber am 31. fand „in allen Sectionen eine vollständige Unterlassung der Fleischvertheilung bei den Fleischern der Verwaltung" statt. Es war also klar, daß lediglich Mangel an Fleischvorrath das Stocken und Versiegen verursacht habe. Die Ursache des Mangels aber lag ohne Zweifel darin, daß die Schlachtviehhändler sich weigerten, das neue Noth-Papiergeld, die Rescriptionen, von denen wir gleich Näheres hören werden, in Zahlung anzunehmen. Am andern Tage kam zwar die Fleischvertheilung wieder in Gang. Allein die Vorkommnisse hatten die „Unzufriedenheit" bis zu den „heftigsten Auslassungen gegen die Regierung und gegen die Verpflegungsagentur" gesteigert, und hielten die bänglichste Sorge für die Zukunft wach. „Das Volk", sagte man, „und der arme Rentner sterben vor Hunger dahin; heut giebt es kein Fleisch, morgen vielleicht kein Brod, und die Assignaten haben keinen Werth mehr; was soll nur aus uns werden?" [1] Die Antwort war der Beschluß des Directoriums vom 1. Februar, der in der That die Einstellung der Brod- und Fleischvertheilungen vom 20. Februar an verfügte. [2]

Der einzige Trost, an den man sich noch anklammerte, war das Gesetz vom 30. Januar, das endlich die längst ersehnte Vernichtung der Assignatenplatten, und damit das Aufhören der Assignatenfabrication, für den 19. Februar verkündete. [3] Indeß auch dieser Trost erwies sich bald genug als nichtig.

Rescriptionen und Mandate 1796.

Die verzweiflungsvollen Finanzpläne der Regierung warfen jederzeit ihre drohenden Schatten lange voraus. Noch bevor

1) 3, 79—81; 83. — 2) Lefort, Répert. 1, 316. Rondonneau, Répert. 2, 111. Moniteur v. 17. Febr. (27, 458: arrêté „du 12" pluviôse). — 3) Tableaux 3, 78. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 155.

die Zwangsanleihe in's Leben trat, und als 30 Milliarden Assignaten umliefen, war das Publicum damit getröstet worden, daß die Fabrication derselben ganz eingestellt und die Platten im Nivose (22. December bis 21. Januar) vernichtet werden sollten. Das Versprechen wurde nicht nur nicht eingehalten, sondern es verlor auch von vornherein an Werth dadurch, daß sich schon seit dem 2. December die Kunde verbreitete: es bestehe die Absicht, neues Papiergeld zu schaffen. Die öffentliche Meinung war darüber auf das Aeußerste bestürzt. Denn das Ende der alten Assignaten hätte ja hiernach nichts weiter bedeutet als die Einführung „anderer".[1])

Welcher Art aber sollten diese „anderen" sein? Die Einen verstanden darunter eine „neue Emission von Assignaten." Ueber einen solchen Gedanken war das Publicum damals wahrhaft empört; das Directorium, die Minister, die beiden Räthe wurden mit drohenden Schmähungen überschüttet.[2]) Oder deutete das Gespenst, das seinen Schatten vorauswarf, auf eine ganz neue Art von Papiergeld hin?

Gleichviel! die Hauptsache ist, daß nicht nur eine dieser Eventualitäten, sondern beide sich verwirklichten, und die zweite sogar in doppelter Gestalt.

Zunächst, am 23. December, wie wir schon sahen, wurde die Vermehrung des Notenumlaufs bis auf 40 Milliarden, also in der That eine „neue Emission von Assignaten" beschlossen. Indeß die Summe von 16 Milliarden, die man dadurch zu verausgaben ermächtigt ward, indem man den dermaligen Umlauf fälschlich auf 24 Milliarden angab, konnte den Staatsbedarf, nach Maßgabe der wechselnden Curse, nur auf etwa fünf Wochen decken.[3])

Kaum drei Wochen später, am 11. Januar 1796, erließ daher das Directorium eine Verordnung, welche nun wirklich ein „neues Papiergeld" im Betrage von 30 Millionen, die

1) 2, 499. — 2) 2, 501. — 3) S. oben S. 101 f.; S. 95 f.

sogenannten Rescriptionen, schuf. Zum vollen Nennwerth verausgabt, hätten sie den Bedarf von 14 Tagen decken können. Die ganze Summe war eine verhältnißmäßig kleine und daher nicht bedrohliche; auch sollten die Scheine, wie verheißen ward, schon nach drei Monaten von der Schatzverwaltung wieder eingelöst werden, und zwar gegen Metallgeld. Dennoch wurden sie von vornherein mit Mißtrauen empfangen und ihre Annahme mehrfach, z. B. von den Viehhändlern, gradezu verweigert. Am 31. Januar standen sie bereits 15 % unter Pari.[1] Seitdem gingen sie in der Agiotage so rasch bergab, daß sie am 8. Februar nur noch 60 % galten, und am 7. April sogar nur 20.[2] Dieser Sturz erklärt sich daraus, daß die Schatzverwaltung außer Stande erschien, die Einlösung zu verwirklichen. Brachte doch die Zwangsanleihe im Ganzen nur 10 Millionen in Metallgeld ein! Und dieses Einkommens war die Regierung zu ihren auswärtigen Ankäufen über und über benöthigt. Sie wußte sich denn auch nicht anders zu helfen als dadurch, daß sie den Rescriptionen vor dem Einlösungstermin eine neue, von der Einlösung dispensirende Bestimmung gab. Darnach sollten sie „vorläufig" als Interimsscheine oder „Promessen" für die neu auszugebenden „Mandate" dienen, in denen das Gesetz vom 18. März wiederum ein „neues Papiergeld" schuf.[3]

Denn die verschiedenen Bankprojecte waren in den Brunnen gefallen, und auf die Fabrication von Assignaten konnte man nicht mehr zurückkommen. Am 19. Februar, nachdem man glücklich die Umlaufsmasse derselben auf 40 Milliarden emporgebracht, hatte wirklich das letzte Stündlein für die Assignatenplatten geschlagen. Im Ganzen hatten sie bis zu ihrer Vernichtung 45½ Milliarden (45,578 Millionen) in die Welt

1) Lefort, Répert. 2, 369. Tableaux 3, 81. Frankreich im J. 1796. 1, 155 ff. — 2) Tableaux 3, 91; 94; 148. — 3) Lefort, Répert. 2, 370.

geschickt, wovon etwa $5^1/_2$ Milliarden theils schon verbrannt, theils demonetisirt waren.[1]) Noch im Verlaufe des 19. sank, durch weitere Verbrennung von nahezu einer Milliarde, der Umlauf von 40 auf 39 Milliarden herab.[2])

Bis dahin, d. h. vom 23. December bis zum 19. Februar, hatte der Staat seinen Bedarf zur Noth decken können durch die 16 neu ausgegebenen Milliarden Assignaten, durch die 30 Millionen Rescriptionen und durch die 10 Millionen Baarerträge der Anleihe. Wie er aber vom 19. Februar bis zum 18. März, dem Geburtstag der Mandate, sein Leben zu fristen vermochte, ist unerfindlich, wofern es nicht durch Aufnahme schwebender Schulden, durch Nichtbefriedigung der Gläubiger, und durch Hinhalten der Zahlungen unter Vertröstung auf die künftigen Schätze, auf das neue Papiergeld, geschah.

Nur nach langen Schwankungen und Wehen kam das Gesetz vom 18. März zu Stande. Die „territorialen Mandate", die es schuf, sollten, gleichwie früher die Zwangsanleihe, zweien Zwecken dienen. Einmal, und vor Allem, sollten sie eine neue Hülfsquelle für den öffentlichen Dienst, und andererseits ein neues Mittel zur Tilgung der Assignaten darbieten. Das Gesetz stellte den Gesammtbetrag der Mandate auf 2400 Millionen fest, und gab ihnen Münz- oder Zwangscurs. Bis zu ihrer technischen Herstellung (zu der es nie kam) sollten nach Zusatzbeschlüssen vom folgenden Tage gleichwerthige Interimsscheine oder „Promessen" ausgegeben, und diese Eigenschaft auch den Rescriptionen beigelegt werden. Als Sicherheit für die Mandate sollten die Nationaldomänen, und als Tilgungsmittel der Verkauf der letzteren dienen. Die Hauptbestimmung war, daß „sämmtliche in Umlauf befindliche Assignaten gegen Mandate, im Verhältniß von 30 zu 1, binnen der

1) Verbrannt waren bis dahin $4^1/_2$ Milliarde (4548 Millionen); s. Moniteur v. 8. Febr. (27, 392). — 2) Moniteur v. 21. u. 28. Febr. (27, 496 u. 549).

nächsten drei Monate umzutauschen" seien. Nur die Assignaten zu 50 Sous und darunter sollten nach und nach gegen neue Kupfermünzen, nach Maßgabe ihrer Herstellung, im Verhältniß von 10 zu 1 eingewechselt werden.[1])

Hiernach verfolgte das Gesetz im Ganzen drei bestimmte Ziele. Erstens wollte es im Interesse des öffentlichen Dienstes ein der Münze gleichwerthiges Papiergeld schaffen; zweitens wollte es das alte Papiergeld durch das neue, und drittens das neue durch den Verkauf der Nationalgüter aufsaugen. Es kam darauf an, ob oder inwieweit diese Ziele erreichbar waren.

Von vornherein mußten sich die schwersten Bedenken gegen das Gesetz erheben. Zunächst bezeichnete es offenbar die ungeheuerlichste Bankerottserklärung. Allerdings hatte sich inzwischen die Schuld der 39 Milliarden Assignaten noch weiter herabgemindert; aber doch nicht, wie der finanzmännische Leichtsinn angab, auf 25 oder gar 20 Milliarden;[2]) sondern nur, wie die Tilgungsberichte ergeben, bis auf etwa achtunddreißig.[3]) Diese 38 Milliarden, durfte man verwundert fragen, sollten nun zwangsweise eingezogen werden gegen nur $1^1/_4$ Milliarde — nicht Metallgeldes, sondern neuer blos anders benannter Papierscheine, die als solche bald ebenso der Entwerthung verfallen konnten wie die alten? Aber noch mehr! Hatte es die Gesetzgebung schon bei der Zwangsanleihe gewagt, die Assignaten auf den hundertsten Theil ihres Nennwerthes zu reduciren: warum sollte nicht auch, früher oder später, ein Gleiches mit den Mandaten versucht und deren Münzwerth auf das Verhältniß von 100 zu 1 zurückgeführt werden können? In diesem Falle kamen die $^5/_4$ Milliarden Mandate, als Aequivalent der 38 Milliarden

1) Lefort. Répert. 2, 368; 370. Galisset 1, 1527 f. — 2) Moniteur v. 28. Febr. u. 11. März (27, 549 u. 645). — 3) Vgl. die Bulletins im Moniteur v. 21. Febr., 8. u. 21. März, u. v. 4. April (27, 496; 624. 28, 8; 124).

Assignaten, nur 12 Millionen in Münze gleich. Was auf der einen Seite Befürchtung war, war auf der andern Seite Calcül. Und nur allzubald sollte die eine und der andere sich verwirklichen.

Zwar wurde den Mandaten durch Artikel 4 des Gesetzes anscheinend die „Gesammtheit der Nationaldomänen" als „Hypothek" zuerkannt, und zwar „in der Weise", daß jeder Inhaber von Mandaten das Recht haben sollte, sich zum Ankauf jeder beliebigen Domäne zu melden und, nach contractlicher Feststellung des Preises, diesen in Mandaten zum vollen Nennwerth zu zahlen. Die Feststellung des Preises sollte nicht mehr auf dem Wege der Versteigerung erfolgen, sondern durch Abschätzung der Güter zum 22fachen (der Häuser zum 18fachen) Betrage der Jahresrente von 1790. Durch die Artikel 7 und 13 wurde indeß die Hypothek und die Verkäuflichkeit in Wahrheit auf den kleinsten Theil der Nationaldomänen beschränkt, indem namentlich alle beträchtlicheren Wälder und Forsten sowie alle für den öffentlichen Dienst bestimmten Gebäude ausdrücklich davon ausgenommen wurden. Die von der Hypothek ausgenommenen Güter wurden officiell auf 8410 Millionen geschätzt; die in sie eingeschlossenen und daher wirklich verkäuflichen auf 3050 Millionen. Die absichtliche Uebertreibung dieser Ziffern lag auf der Hand, und die Täuschung des Publicums konnte daher nicht lange vorhalten. Wußte man doch, daß Mathieu noch soeben die gewissenhafte Abschätzung der Hypothek für eine „mehrmonatliche" Arbeit erklärt hatte, während Defermont als Referent sich vermaß, sie im Handumdrehen, in ein paar Tagen, zu improvisiren.[1] Wußte man doch ferner, daß der Bestand der Nationaldomänen seit dem 13. November 1795 keineswegs vermehrt, sondern vermindert war, und daß bereits der damalige Comitébericht die Gesammtheit derselben, nicht wie Defermont auf $11^1/_2$,

1) Moniteur v. 11. u. 29. März (27, 645 u. 28, 74).

sondern nur auf 7 Milliarden angegeben hatte.[1]) Nach diesem Bericht und nach dem obigen Theilungsverhältniß war mithin der Werth der verkäuflichen Domänen, d. h. die Hypothek der Mandate, nicht auf 3050, sondern nur auf etwa 1750 Millionen zu berechnen. Von dieser Ziffer war dann aber noch die Bestandverminderung während der Zeitspanne von Anfang November bis Anfang März in Abzug zu bringen. Und so mußte sich denn auch auf diesem Wege das Ergebniß unserer früheren Berechnung herausstellen, wonach der Pfandwerth der verkäuflichen Nationalgüter im März 1796 kaum mehr als 1400 Millionen betragen haben kann.[2]) In den Augen aller aufmerksam Prüfenden durften daher in Wahrheit etwa 1000 Millionen Mandate als ungedeckt erscheinen.

Auch überdies aber war oder wurde die Anschauungs- und Rechnungsweise des Publicums eine ganz andere wie die der Gesetzgeber. Diese hatten gemeint: die Mandate sollten die Assignaten einfach ersetzen. Dem Publicum dagegen durfte zu Muthe sein, da die Mandate das 30fache an Assignaten darstellten, als ob durch die 2400 Millionen der ersteren die Umlaufsmasse der 38 Milliarden Assignaten noch um 72 neue Milliarden erhöht werde.[3])

Die Gesetzgeber hatten ferner einen grellen Widerspruch in das Gesetz vom 18. März eingeführt, indem sie zwar den Mandaten „Münzcurs“ verliehen, aber das Verhältniß der Assignaten einerseits zu den Mandaten wie 30 zu 1, und doch andererseits zum gemünzten Gelde wie 100 zu 1 bestimmten. Denn nach Artikel 16 sollte ausdrücklich bei der weiteren Erhebung der Zwangsanleihe das Verhältniß von 100 zu 1 fortbestehen; und zwar mit den am 9. März für saumselige Zahler eingeführten Straferhöhungen, wonach sogar

---

1) Moniteur v. 24. Nov. 1795 (26, 499). — 2) S. oben Th. II. S. 319 f. — 3) Thiers 5, 111 f. u. 199 f. Die hier eingestreuten Irrthümer lasse ich unberührt.

das Verhältniß von 100 zu 1 sich zu dem Verhältniß von 110 zu 1, oder von 120 zu 1 und so weiter, steigern konnte. Durch diese verwirrende doppelte Werthbestimmung, und noch dazu in einem und demselben Gesetz, wurde die Schlußfolgerung berechtigt: Wenn 100 Livres in Assignaten einerseits gleich 1 Livre in Münze sind, und andererseits gleich $3^1/_3$ Livres in Mandaten, so sind 100 Livres in Mandaten in Wahrheit nur gleich 30 Livres in Münze.

Aber noch mehr! Die Gesetzgeber hatten gewähnt: Werden die Mandate mit der Münze al pari gesetzt, und 30 Livres in Assignaten gleich 1 Livre in Mandaten, so muß sich der Curs der Assignaten nothwendig auf $3^1/_3$ % erheben. Das Publicum dagegen durfte umgekehrt schließen: 100 Livres in Assignaten sind nach dem Gesetz gleich 3000 Livres in Assignaten; 3000 Livres in Assignaten gelten aber, nach dem Curs von 8 Sous für das Hundert, 12 Livres in Münze; folglich sind 100 Livres in Mandaten in Wahrheit nicht mehr als 12 Livres in Münze werth.[1])

Es ist hiernach klar, daß der Sturz des neuen Papiergeldes auf dem Abhang der Agiotage noch viel rascher erfolgen mußte, wie der des alten. Zwar hatte Artikel 15 des Gesetzes allen Privatleuten den Handel mit Gold- und Silbermünzen verboten, um ihn im Interesse der Staatsfinanzen der Regierung ausschließlich vorzubehalten; allein das Ausführungsgesetz, worauf er verwies, ließ vergeblich auf sich warten und machte ihn dergestalt wirkungslos. Um so ungescheuter trieb die Agiotage ihr Spiel, und um so unvermeidlicher geschah es, daß Assignaten und Mandate sich gegenseitig wetteifernd herabzergten, während der Louisd'or, der Sturmbock der Agiotage, sie beide zugleich zermalmte.

Die Zwangsanleihe hatte doch wenigstens soviel bewirkt, indem sie die Verwerthung der Assignaten zu 1 %

1) Vgl. auch Bresson 2, 222 u. Sybel 4, 100.

ermöglichte, daß der Curs derselben, trotz der neuen und gewaltigen Emissionen, sich vom December bis Mitte März durchschnittlich auf 8 Sous erhielt. Aus dem gleichen Grunde war auch der Louisd'or seit dem December ohne dauernde Fortschritte geblieben, obwohl die Agioteure schon damals alle Hebel einsetzten, um ihn zu 10,000 Livres zu verwerthen, und im Februar sogar „schworen", ihn auf 12,000 Livres emporzutreiben. War es auch wirklich einmal angeblich geglückt, ihn in einem vereinzelten Fall auf 9000 emporzuschnellen: so vermochte er doch im Großen und Ganzen bis zum 18. März nie ernstlich über den Decemberstand von 5600 Livres vorzudringen. [1]). Aber dieser Tag, der die Mandate gebar, erwies sich sofort als ein verhängnißvoller Wendepunkt.

Noch am Vormittage des 18. März, und während der Rath der Alten über die Frage der Zustimmung berieth, herrschten die außerordentlichsten Cursschwankungen im Palais-Royal, an der Börse und auf dem Boulevard der Italiener; der Louisd'or wurde bis auf 4800 herabgedrückt und wieder bis auf 5200 hinaufgeschraubt. Am Abend aber, als der Rath der Alten das Gesetz über die Mandate wirklich genehmigt hatte, stieg der Louis sofort auf 5800, und am zweiten Tage darnach auf 5900. Von jetzt an hatte die Hausse so sehr gewonnenes Spiel, daß am 30. April der Louis bereits 6900 Livres in Assignaten galt; dann stieg er in raschester Progression am 3. Mai auf 7400, am 14. auf 8100, am 15. auf 9000, am 21. auf 10,500, und am 25. auf 12,200 Livres. Der Februarschwur der Agioteure war somit erfüllt. Aber der Inhalt dieser Drohung sollte alsbald noch bei weitem durch die Macht der Verhältnisse überboten werden. Mit rasender, schwindelnder Schnelligkeit wirbelte der Curs noch weiter empor, dergestalt daß am 5. Juni

1) Tableaux 3, 23; 72; 115; 126. Frankreich im J. 1796. 1, 154 f.; 174; 229.

der Louisd'or nur noch um 19,000 Livres in Assignaten zu haben war. [1])

Dem entsprechend sank der Curs der Assignaten. Im März und April schwankte er noch zwischen 8, 7 und 6 Sous; Mitte Mai aber galten 100 Livres nur noch 5, und Mitte Juni nur noch 3 Sous. Die Mandate ihrerseits, oder vielmehr die Promessen derselben, wurden noch im März auf 34 % herabgeschleudert, im April auf 17, bis Mitte Mai auf $11\frac{1}{2}$, bis Mitte Juni auf 8, und bis Mitte Juli auf $5\frac{1}{2}$ %. [2])

Die eine Absicht des Gesetzes vom 18. März, im Interesse des öffentlichen Dienstes ein der Münze gleichwerthiges Papiergeld zu schaffen, erwies sich somit schon nach wenigen Tagen als vollständig gescheitert. Die Folge war, daß die Regierung in ihrem Unvermögen, den Münzcurs der Mandate aufrecht zu erhalten oder ihren jähen Sturz zu verhindern, viel bedeutendere Summen derselben für den öffentlichen Dienst verbrauchen mußte, als ohnedies der Fall gewesen wäre.

Und hieraus erklärt es sich, wenn die leitenden Gewalten von Tag zu Tag mehr Anstand nahmen, die zweite Absicht des Gesetzes, die Assignatentilgung, die ja voraussichtlich ungeheuere Massen des neuen Papiergeldes verschlingen mußte, in Ausführung zu bringen. Mehr als zwei Monate verstrichen, ohne daß man Miene machte, dieser Hauptbestimmung des Gesetzes gerecht zu werden. Und doch war grade sie die

1) 3, 126; 173; 178; 182; 193; 195; 205; 208; 210; 215; 231. Die Höhe von 23—25,000 Livres, die der Louisd'or vor dem 23. Mai erreicht haben soll (s. Frankreich im J. 1796. 2, 149), findet in den Polizeiberichten keine Bestätigung und kann sich höchstens auf vereinzelte Fälle beziehen. — 2) Tableau de dépréciation, Moniteur v. 2. Oct. 1797 (29, 20). Vgl. die Tabellen über den Cours des assignats zu dem Gesetz v. 23. Juni 1797, b. Galisset 1, 1656 f. Die Entwerthungstabelle bei Bresson 2, 225 ist incorrect und lückenhaft.

einzige, die, trotz des stürmischen Sinkens der Mandate, einer leichten und sicheren Durchführung fähig war.

Schon seit längerer Zeit hatten sich nämlich die Assignaten immer massenhafter in den großen Städten angehäuft, weil das platte Land und die kleineren Orte sie nirgend mehr annahmen. In den südlichen Landestheilen behalf man sich mit den hereinströmenden spanischen, italienischen und schweizerischen Münzen; in den östlichen Provinzen bot holländisches und deutsches Geld eine Aushülfe an geprägten Zahlmitteln dar. Thatsächlich hatten daher schon Anfangs März die Assignaten fast nur noch in einigen Provinzialstädten wie Bordeaux und Rouen, sowie vor allem in Paris selbst einen Curs.[1] Und weil sie hier noch die vortheilhafteste Abnahme fanden, so strömten ihre Milliarden von allen Seiten grade in Paris zusammen.[2] Dergestalt an Einem Hauptpunkt aufgestapelt, ließen sie sich desto leichter in Masse anpacken und absorbiren. Zudem hätte ihr staatlicher Umtausch gegen Mandate, trotz der fortschreitenden Entwerthung der letzteren, den Besitzern zu jeder Zeit einen handgreiflichen und daher lockenden Vortheil geboten. Denn während z. B. Mitte Mai 100 Livres in Assignaten nur 5 Sous, 3000 also nur 150 Sous oder $7\frac{1}{2}$ Livres Münze galten, hätte man, im Falle der Ausführung des Gesetzes, durch Umwechselung von 3000 Livres Assignaten gegen 100 Livres in Mandaten immer noch den viel beträchtlicheren Werth von $11\frac{1}{2}$ Livres Münze erwerben können. Es lag daher auf der Hand, daß die Aufsaugung der Assignaten durch die Mandate auf dem Wege des Umtausches in der That vollständig zu erreichen war.

Dennoch bedurfte es erst eines immer stärkeren Drängens der öffentlichen Meinung, um endlich, in der zweiten Hälfte des Mai, die Regierung zur That zu vermögen. Dabei gab man sich vielfach dem geflissentlich genährten Wahne hin, als

1) Frankreich im J. 1796. 1, 344. — 2) Tableaux 3, 205 f.

ob „durch die Eingänge sowie durch die Verkaufs- und Anleiheerträge" die Assignatenmasse bereits um „mehr als zwei Drittel" d. h. bis auf etwa 15 Milliarden abgenommen habe [1]), während Anfangs April nach den Tilgungsberichten noch $37\frac{1}{2}$ Milliarden vorhanden waren.[2]) Mögen auch seitdem noch einige Milliarden (obgleich ich dafür nirgend einen Anhalt finde), sei es durch die Zwangsanleihe und sonstige Eingänge, oder durch ausnahmsweisen Umtausch gegen Mandate bei dem Schatzamt, außer Verkehr gesetzt worden sein: auf alle Fälle handelte es sich auch im Mai noch, bei der Ausführung des Gesetzes vom 18. März, um die Einlösung von mindestens 30 bis 35 Milliarden.

Darum ohne Zweifel sträubten sich auch jetzt noch die maßgebenden Finanzmänner gegen die volle Ausführung des Gesetzes, d. h. gegen die Einziehung aller Assignaten. Vielmehr empfahlen sie, diejenigen über mehr als 50 Sous und bis zu 100 Livres einschließlich von der Einlösung auszuschließen. Im Uebrigen aber sollte die Operation des Umtausches durch eine vielgliedrige Organisation und durch Stellung einer knapp bemessenen Präclusivfrist möglichst erleichtert und beschleunigt werden.

So kam es zu dem Gesetz vom 23. Mai. Durch dasselbe wurden in Paris die Notare und in sämmtlichen übrigen Communen des Landes die öffentlichen Einnehmer zu Vermittlern des Umtausches bestellt. Alle Assignaten von über 100 Livres sollten an diesen Stellen, im Departement der Seine bis zum 13. Juni, in den übrigen Departements bis zum 28. Juni, im Verhältniß von 30 zu 1 umgewechselt werden, die bis dahin aber nicht eingegangenen ihren Werth verlieren und nur noch im Verhältniß von 100 zu 1 gegen Mandate umgetauscht werden können. Für die Assignaten von 50 Sous und darunter wurde neuerdings die allmähliche

1) 3, 205. — 2) Moniteur v. 4. April (28, 124).

Einlösung gegen Metallgeld verheißen, für den Umtausch derjenigen jedoch von mehr als 50 Sous und bis zu 100 Livres eine nähere Bestimmung vorbehalten; [1]) indeß gerieth dieser Vorbehalt nachher lange und absichtlich in Vergessenheit. [2]) In Betreff der gekündigten Hauptkategorie wurde zwar am 27. Juni der Termin des Umtausches im Verhältniß von 30 zu 1 für die außerhauptstädtischen Departements bis zum 18. Juli verlängert, dagegen aber zugleich verfügt: daß von da ab „alle dem Tausch unterworfenen Assignaten null und nichtig" sein, und „weder bei den öffentlichen Cassen noch zum Austausch gegen Mandate für irgend einen Preis zugelassen" werden sollten. [3])

Die Operation hatte, aus den vorerwähnten Gründen, einen durchgreifenden Erfolg. Der 18. Juli 1796 bezeichnet daher im Großen und Ganzen, ungeachtet des fortdauernden Umlaufes der kleineren Appoints von 100 Livres und darunter, das Ende der Assignatenfluth. Statt ihrer jedoch wogte nunmehr die Mandatenfluth auf.

Nach der dritten und letzten Absicht des Märzgesetzes sollten die Mandate ihrerseits getilgt werden durch den Verkauf der Nationalgüter. Da aber die primitive Absicht desselben, in den Mandaten ein der Münze gleichwerthiges Papiergeld zu schaffen, gescheitert war, und da vielmehr die Entwerthung dieser Werthzeichen sich immer reißender gestaltete: so mußte auch jene Schlußabsicht, ganz abgesehen von der Unzulänglichkeit der Hypothek, nothwendig scheitern.

Denn indem man den Mandaten Münzcurs verlieh und sich zur Vollannahme derselben beim Verkauf der Nationalgüter verpflichtete, hatte man gewähnt, diese zum vollen Münzwerth von 1790 veräußern zu können. Dieser Wahn oder Calcül beruhte aber auf einem wahren Rattenkönig falscher

1) Galisset 1, 1545. — 2) S. unten das Kapitel über „Das Ende der Papierwirthschaft". — 3) Galisset 1, 1549 f.

Voraussetzungen und verhängnißvoller Rechenfehler. Nicht nur hätte einerseits, um die Veräußerung zu rechtfertigen, der Curs der Mandate sich wirklich al pari erhalten, und der Curs der Assignaten wirklich auf $3^1/_3$ % steigen müssen, sondern es hätte auch andererseits, um die Veräußerung zu ermöglichen, der Münzwerth der Nationalgüter noch derselbe sein müssen wie im Jahre 1790. Nun aber war der Werth von Grund und Boden, wie schon bemerkt, und wie die zahlreichen Verkäufe von Patrimonialgütern lehrten, seit 1790 auf die Hälfte, auf ein Drittel, ja auf ein Viertel herabgesunken. Der Verkauf der Nationalgüter war also gar nicht möglich, wenn der Käufer sich nicht das Papiergeld, das als Zahlungsmittel zu dienen bestimmt war, für die Hälfte, für ein Drittel und für ein Viertel des Nennwerthes zu beschaffen vermochte. Und so mußten auch aus diesem Grunde die Mandate im Sturmschritt auf 50, auf 34, und auf 25 % herabsinken.[1] Diesen Baissestand, der dem damaligen Bodenwerth ungefähr entsprach und daher die leitenden Finanzmänner noch nicht abschreckte, erreichten die Mandate in denselben Tagen, als auf den Grundlagen vom 18. März das Ausführungsgesetz in Betreff der Güterverkäufe ausgearbeitet wurde. Von Defermont am 15. April im Rath der Fünfhundert eingebracht, erlangte es am 25. April Gesetzeskraft;[2] und damit begannen die factischen Verkäufe. Es leuchtet nun aber ein, daß die Zahl der Kauflustigen sich in eben dem Maße vervielfältigen mußte, als der Kauf lockendere Vortheile bot; also je tiefer die Mandate unter 25 % herabgingen. Das unausbleibliche Ergebniß war daher, daß die stets wachsende Masse der Güterspeculanten fortwährend auf die Baisse, auf die möglichste Entwerthung der Mandate hindrängte, um die erstrebten Güter desto billiger zu erwerben.

1) S. oben Th. II. S. 310. Frankreich im J. 1796. 2, 371 ff. Vgl. Thiers 5, 113; 200. — 2) Galisset 1, 1535 ff. Moniteur v. 18. u. 19. April (28, 236; 241 ff.).

Daraus erwuchs den Staatslenkern eine immer peinlichere Enttäuschung. Die anfängliche Ebbe auf dem Gütermarkt hatte sich in eine wahrhafte Käuferfluth verwandelt. Und da nun thatsächlich 100 Livres in Mandaten Ende April nur noch 17, Mitte Mai nur noch $11\frac{1}{2}$, und Mitte Juni sogar nur noch 8 Livres in Münze werth waren: so lag es auf der Hand, daß der Staat in Wahrheit die Güter, ganz wider die Voraussicht, schon Ende April zu einem Sechstel, im Mai zu einem Neuntel, und im Juni sogar zu einem Zwölftel des Werthes von 1790 verkauft hatte oder zu verkaufen im Begriffe war. Man gerieth mithin in dieselbe Verlegenheit, wie früher den Assignaten gegenüber, als man sich hatte bestimmen lassen, den Modus der Versteigerung oder des Verkaufs an den Meistbietenden aufzuheben.[1]) Denn aus denselben Gründen wie damals war auch jetzt der Andrang der Kauflustigen ein so außerordentlich großer. Es war ja in ganz Frankreich kein gewinnreicheres Geschäft zu machen, als wenn man festes Grundeigenthum für ein Sechstel, ein Neuntel, oder gar ein Zwölftel seines frühern Werthes einzuheimsen vermochte. Die Fülle der Submissionen erschreckte daher die Gesetzgeber. Man fürchtete: in Kurzem werde der Gesammtbestand der verkäuflichen Domänen für ein Spottgeld verschleudert sein.[2]) Man war deshalb sehr geneigt, die Verträge mit den Käufern der Nationalgüter noch viel schroffer wie im Jahre zuvor zu brechen[3]), die Mandate rücksichtslos zu entwerthen, und dergestalt zu der Bankerottserklärung gegenüber den Assignaten eine neue Bankerottserklärung hinzuzufügen.

Immer häufiger fragte man sich, ob es nicht rathsam sei, den thatsächlich vereitelten Zwangscurs der Mandate auch grundsätzlich aufzugeben, oder einen officiellen Curs für sie einzuführen. Der Rath der Fünfhundert sträubte sich indeß

1) S. oben Th. II. S. 325 ff. — 2) Vgl. Frankreich im J. 1796. 2, 144. — 3) S. oben Th. II. S. 331 f.

gegen einen derartigen Schritt. Er erklärte noch am 30. Juni, daß kein Grund vorhanden sei, für die Mandate einen Curs unter dem Nennwerth festzustellen.[1] Als indeß der thatsächliche Curs der Mandate Mitte Juli auf $5^1/_2$ % herabsank, und als mit dem 18. Juli das Werk der Assignatentilgung, das Geschäft der ersten großen Liquidation, im Wesentlichen glücklich vollbracht war: da nahmen die Staatslenker keinen Anstand mehr, auch das Geschäft der zweiten großen Liquidation, das Werk der Mandatenentwerthung, in die Hand zu nehmen.

Und so kam denn am 31. Juli das Gesetz zu Stande, welches die früheren Gelöbnisse und Verträge in brutaler Weise brach, indem es verfügte: Das „letzte Viertel" des Kaufpreises aller schon veräußerten, sowie der noch zu veräußernden Nationaldomänen, solle in sechs Raten während der nächsten sechzehn Monate entrichtet, und die Mandate dabei nur „zum Curse" angenommen werden. Zu dem Ende solle täglich das Schatzamt einen Curs feststellen, das Directorium aber täglich den mittleren Curs der vorangegangenen 5 Tage verkünden, und bei den jedesmaligen Ratenzahlungen der zuletzt verkündete Curs maßgebend sein. Demgemäß verkündete das Directorium am 12. August zum erstenmal einen officiellen Curs der Mandate, wonach 100 Livres gleich 4 Livres 9 Sous und 3 Deniers in Münze gesetzt wurden. Der Ansatz kleiner Bruchtheile vermehrte dermaßen die Schwierigkeiten der Berechnung, daß ein neues Gesetz vom 27. August gebot: den mittleren Curs künftig ohne Bruchtheile festzustellen.[2] Seitdem sanken die Mandate auch in den officiellen Cursverkündungen raschen Schrittes bis zur völligen Entwerthung oder bis auf 1 % herab.

Hiernach springt die Bedeutung dieses zweiten großen Bankerott's in ihrer ganzen Tragweite in die Augen. Gesetzt,

---

1) Rondonneau 1, 144. Tableaux 3, 263. — 2) Rondonneau 1, 143 f. Lefort 2, 370 ff.; vgl. 368 f. Galisset 1, 1554 f.; 1567.

es wären für 400 Millionen Nationalgüter verkauft gewesen: so hätte die Zahlung des letzten Viertels zu den Cursen von 4, 3, 2 und 1 % schon allein genügt, um nicht bloß 2400, sondern mehr als 5000 Millionen Mandate zu verschlingen. Daß daher an eine stricte Ausführung des Gesetzes vom 31. Juli gar nicht zu denken war, daß die Bestimmungen desselben schon nach wenigen Monaten der Aenderung bedürftig sein mußten, ist unschwer zu errathen.

Auf die letzten Schicksale des Papiergeldes kommen wir später zurück. Hier müssen wir inne halten, um uns die Lage der Pariser Bevölkerung in der Zeit jener finanziellen Zerrüttung vor Augen zu führen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, daß der 18. Juli, der letzte Termin jener Assignatentilgung, doch eben nur „im Großen und Ganzen" das Ende der Assignatenwirthschaft bezeichnete; daß namentlich die Assignaten zu 100 Livres und darunter noch unvermindert nach jenem Termine neben den Mandaten cursirten; und daß auch diejenigen zu 50 Sous und darunter nur in dem Maße verschwinden konnten, als die Prägung des neuen Kupfergeldes Fortgang nahm. Am 14. April wurde übrigens definitiv das Verhältniß des neuen Franc zum Livre festgestellt, dergestalt daß 5 Franken gleich 5 Livres 1 Sous und 3 Deniers gesetzt wurden. Im gewöhnlichen Tagesverkehr kam dieser geringe Unterschied von Franc und Livre nicht zum Ausdruck. Gegen Alle, welche die neuen republicanischen Münzen ablehnen oder discreditiren würden, erging schon am 10. März ein überaus ängstliches und drakonisches Strafgesetz. Darnach wurde Jeder, der ihren Credit in Reden oder Schriften beeinträchtigen würde, mit zwei Jahren Gefängniß, und im Wiederholungsfalle mit vier Jahren Kettenstrafe bedroht. [1])

1) Galisset 1, 1523.

6. Das Elend und die socialistischen Umtriebe.

Februar bis Mai 1796.

Zu den zahlreichen Fabeln der Revolutionsgeschichte gehört auch die durch Thiers, Mignet u. A. verbreitete Sage, als ob in den Anfängen des Directoriums (im Februar 1796) die Pariser Brod- und Fleischvertheilungen mit Einem Schlage unterdrückt wären.[1] Die Sache verhält sich durchaus anders, und das dem Directorium gespendete Lob fällt gegenstandslos zu Boden.

Die Ungerechtigkeit jener materiellen Bevorzugung der Hauptstadt auf Kosten des ganzen Landes war von jeher seit dem Sturze Robespierre's anerkannt, und besonders, wie wir sahen, im December 1795 aus Anlaß der Aeußerungen Cochon's lebhaft erörtert worden.[2] Bereits im Januar verlautete dann die Absicht des Directoriums, die Vertheilungen mit dem 20. Februar eingehen zu lassen, und am 1. Februar faßte es wirklich einen dahin gehenden Beschluß.[3] Dieser wurde mittelst Botschaft am 6. Februar dem gesetzgebenden Körper mitgetheilt, so daß die Kunde von seinem Inhalt schon am 7. in die Oeffentlichkeit drang.[4] Aber erst unterm 11. erfolgte die officielle Bekanntmachung des Beschlusses, unterm 13. seine Empfehlung durch eine Proclamation des Directoriums „an die Bürger von Paris", und am 14. seine sachliche Begründung im Rath der Fünfhundert.[5]

Der wahrhafte Beweggrund der Maßnahme war keineswegs ein theoretisches Widerstreben gegen die herrschende Praxis oder das Billigkeitsgefühl den Provinzen gegenüber, obgleich man das eine oder das andere vorzugsweise betonte, sondern in erster Linie die Finanzklemme der Regierung. Man hoffte

1) Thiers 5, 96. Mignet 434 f. — 2) S. oben S. 67 ff. — 3) S. oben S. 117 f. — 4) Moniteur v. 11. Febr. (27, 414). Tableaux 3, 92. — 5) Moniteur v. 12., 17. u. 18. Febr. (27, 417 f.; 458 f.; 468).

dadurch beträchtliche Summen an baarer Münze monatlich zu sparen. Denn nach Defermont wurden täglich durch die Vertheilungen damals verbraucht: 1300 Sack Mehl zu je 100 Livres in Münze, 600 Pfd. Reis zu je 8 Sous, 105 Rinder von durchschnittlich 500 Pfd. zu je 22 Sous, 450 Hammel und 115 Kälber zum durchschnittlichen Kostenbetrage von 23,000 Livres. Die Jahresausgabe berechnete sich hiernach auf mehr als $76^3/_4$ Millionen in Münze, mit Ausschluß aller Nebenkosten und Spesen, während die Einnahme, bei der Geringfügigkeit der Vertheilungspreise in Assignaten, gar nicht der Rede werth war.

An eine Ersparung dieser gesammten Ausgabe dachte man keineswegs, wie die heutige Ueberlieferung glaubt.[1]) Denn es sollte auch nach dem 20. Februar, wenngleich unter Aufhebung der bisherigen Brod- und Fleischkarten, noch „Vertheilungen" geben. Aber diese sollten fortan „lediglich den Armen und Schwachen" zu gute kommen und, auf Grund neuer Karten, „gratis" erfolgen. Den „Beamten und Rentnern", die bisher durch die Vertheilungen „Brod und Fleisch fast gratis" erhalten, wurde ausdrücklich diese Erleichterung „entzogen", und nur dem gesetzgebenden Körper die Verbesserung ihres „Looses" empfohlen. Wiederholt erklärte das Directorium, daß „die Regierung nur den wahrhaft Armen eine Unterstützung in natura schulde"; daß sie nur für „die Hospitäler, die Gefängnisse und die wahrhaft Armen zu sorgen fortfahren werde." Auch wurde durch einen erläuternden Zusatzbeschluß vom 11. angeordnet, daß die „Vertheilungen" an die „wahrhaft Armen" unter dem Titel „Almosen" stattfinden sollten, und zwar im Betrage von „täglich 150,000 Pfd. Brod und 10,000 Pfd. Fleisch. Die von der Vertheilung auszuschließenden Bürger tröstete man durch das Versprechen: daß zum Brod- und Fleischverkauf künftig

1) Auch Sybel 4, 80.

„ausschließlich 400 Bäcker und 150 Fleischer, nach der Auswahl des Centralbureau's, ermächtigt" sein würden; daß der eine und der andere gemäß einer „Taxe" erfolgen solle, die das Centralbureau am ersten Tage jeder Dekade „in Münze und in Assignaten" feststellen werde; und daß die „auswärtigen Bäcker" zwar „ebenfalls zum Brodverkauf in Paris zugelassen" werden sollten, aber nur an „bestimmten Tagen und Plätzen", und gemäß einer besonderen Taxe.

Die Proclamation vom 13. schlug einen kläglichen Ton an; sie gab zu, daß man in Paris „von einem Tage zum andern gelebt" habe; daß man „Abends nicht gewußt, ob es am Morgen, und des Morgens nicht, ob es am Abend Brod geben werde"; daß „ganze Monate vergangen seien, ohne daß man mehr als einige Unzen täglich an jeden Einzelnen habe verabreichen können". Jetzt aber — hieß es — sei vorgesehen, in den Regierungsmagazinen für mehr als einen Monat Mehl vorhanden, der Ueberfluß in Wahrheit herrschend; „nur die Bosheit, der Geist der Habsucht und der Agiotage" halte noch die Lebensmittel auf einem „exorbitanten Preise". Dann ward die Miene angenommen, als ob es nur gelte, die „Vertheilung an die Reichen zu unterdrücken", sowie die Vertheilung an die „Fremden", an die Zuzügler „aus allen Theilen der Republik", deren Zuwachs die Zahl von „150,000 Seelen übersteige", die nur die fast unentgeldlichen Brodvertheilungen herbeigelockt hätten, und die, wenn man diese Darreichungen ihnen vorenthalte, zum Wohle der Stadt baldigst wieder abziehen würden. Das Uebrige war ein Appell an „Paris", an das „Volk von Brüdern und freien Männern", das „Vertrauen und Hingebung" beweisen, seinen „Privilegien freiwillig ein Ende machen", und „ohne Zweifel die ruhmreichen Werke der Revolution vertheidigen werde".

Aus dem Berichte Defermont's am folgenden Tage ging hervor, daß man unter „wahrhaft Armen" diejenigen verstand, „denen das Maß ihrer Dürftigkeit nicht gestatte, sich Brod

zum Verkaufspreise zu verschaffen"; ferner, daß die denselben vorbehaltene Tagesquote von 150,000 Pfd. Brod in „200,000 Rationen", also an ebenso viele Personen, vertheilt werden sollte, folglich zu je $^3/_4$ Pfd.; und daß diese Ziffer „ungefähr ein Drittel der bisher vertheilten Rationen" bezeichne. Die letztere Behauptung war eine absichtliche Milderung des wirklichen Zahlenverhältnisses. Denn da die dermalige Vertheilung 1300 Sack betrug, d. i. 422,500 Pfd. Mehl oder 563,200 Pfd. Brod: so wurden in Wahrheit etwa 750,900 Rationen zu $^3/_4$ Pfd. vertheilt. Diese Zahl entsprach auch der damaligen Bevölkerung von etwa 786,000 Seelen vollkommen, zumal wenn man wie billig bedenkt, daß sicher viele Reiche von der Vertheilung ausgeschlossen blieben, und daß sicher auch nach wie vor täglich viele Berechtigte leer dabei ausgingen. Zugleich erhellt aus den Angaben Defermont's, daß auch die damaligen Fleischvertheilungen dem einzelnen Empfänger nur alle zehn Tage $^1/_2$ bis 1 Pfd. einbrachten; und daß, da es fortan nur 200,000 Theilnehmer und nur eine tägliche Fleischvertheilung von 10,000 Pfd. geben sollte, die Ration auch für die Zukunft als eine zehntägige und halbpfündige berechnet war.

Ist es nun schon an sich höchst denkwürdig, daß die Regierung selbst die Zahl der durchaus Unterstützungsbedürftigen auf nicht weniger als 200,000 Seelen schätzte: so ist es noch viel denkwürdiger und noch viel charakteristischer für die Größe des damaligen Nothstandes, daß die beschlossene Maßnahme grade deshalb scheiterte, weil jene erschreckende Zahl allzuweit hinter der Wirklichkeit zurückblieb.

Denn zu der Summe der durchaus Unterstützungsbedürftigen oder derer, die außer Stande waren, sich „Brod zum Handelspreise zu kaufen", gehörten ja namentlich auch die beiden ausdrücklich von der Vertheilung ausgeschlossenen Kategorien der „Rentner und Pensionäre" sowie der „Beamten und Angestellten", die mitsammt ihren Familien sicher weit

über 100,000 Seelen ausmachten. Wurde doch schon allein die Zahl derjenigen „kleinen Rentner und Angestellten", die aus Verzweiflung Agiotage trieben, auf „mehr als 20,000 Personen" geschätzt![1] Es gehörten ferner zu jener Summe, wenigstens der ungeheueren Mehrheit nach, die gleichfalls mit der Ausschließung bedrohten 150,000 Zuzügler der letzten vier Monate.

Zwar hatte man den ersten beiden Kategorien zum Entgelt eine „Verbesserung ihres Looses" verheißen. Allein was geschah? Für die „Rentner und Pensionäre" wurde am 14. Februar vom Rath der Fünfhundert eine Scala beschlossen, die ein paar Tage später der Rath der Alten genehmigte, und wonach ihnen für das erste Hundert ihrer Renten 1000 Livres in Assignaten zugesprochen wurden, für das zweite 900, für das dritte 800 u. s. w. bis zum neunten Hundert; aber alles, was darüber hinausging, sollte nach wie vor in Assignaten zu pari gezahlt werden. Da nun damals die Assignaten beim Ankauf der nothwendigsten Lebensbedürfnisse höchstens zu $^1/_2$ % zu verwerthen waren: so trug eine Jahresrente von 200 Livres jetzt zwar 1900 Livres in Assignaten, aber dennoch nur $9^1/_2$ Livres Münzwerth ein; eine Jahresrente von 900 Livres ergab 5400 Livres in Assignaten, d. i. 27 Livres Münze; eine Rente von 1000 aber nur 5500 Livres in Assignaten oder $27^1/_2$ Livres in Münze, und eine Rente von 6000 nur 10,500 Livres in Assignaten oder $52^1/_2$ Livres Münzwerth.[2] Die pomphaften Großmuthsphrasen Defermont's klangen, diesem erbärmlichen Ergebniß gegenüber, wie eine schnöde Ironie. Die Rentner und Pensionäre waren also, wenn sie wirklich von den Vertheilungen ausgeschlossen wurden, buchstäblich auf's Verhungern angewiesen.

---

1) S. oben S. 110. — 2) Moniteur v. 18. Febr. (27, 469). Galisset 1, 1519. Tableaux 3, 106.

Etwas besser stand es mit den „Beamten und Angestellten". Ihr Gehalt war früher schon, wenn auch sehr unzureichend, erhöht worden. Ein Directorialbeschluß vom 28. November 1795 hatte dann verordnet, daß die Gehälter nach dem Münzwerth von 1790 festgestellt und die sich ergebende Summe zum 30fachen Betrage in Assignaten gezahlt werden sollte.[1]) Darnach gab es nun freilich zahlreiche Gehälter zu 10,000 bis 60,000 Livres in Assignaten. Da aber der Curs derselben seit dem November von 1 % auf $^1/_2$ und $^2/_5$ herabging, so stellten selbst 60,000 Livres im Februar nur noch 300 oder 240 Livres Münze dar. Bringt man nun Wohnung, Kleidung, Heizung und Licht in Anschlag: wie sollten diese Beamten sich und ihre Familien ernähren, wenn die Vertheilungen für sie ein Ende nahmen? Das hatte die Regierung eingesehen, und daher am 6. Februar laut ihre Absicht einer Aufbesserung der Gehälter verkündet. Aber es geschah nach dieser Richtung hin gar nichts; schon aus dem Grunde, weil vor allem Weiteren die Absicht in Betreff der Vertheilungen Schiffbruch litt.

Gleich in den nächsten Tagen nach dem Directorialbeschluß vom 1. Februar hatten die Gerüchte über denselben die „lebhafteste Unruhe verbreitet".[2]) Und mit einer Einmüthigkeit, wie nie zuvor, hatte sich dann seit dem 7. Februar die öffentliche Stimme gegen das Aufhören der Vertheilungen, gegen die Aufhebung der Brod- und Fleischkarten erklärt. Man erkannte zwar die Absicht, dem Lande gegenüber, als gerecht an; aber es war doch zu bedenken, daß Paris, von allen Seiten mit Assignaten überschwemmt, noch immer in einem Zustande der Krisis lebte, während die weitaus meisten Departements der Assignaten sich bereits entledigt und die finanzielle Hauptkrisis überstanden hatten. Man hielt es wohl für billig, daß „nur den Armen" die Vertheilungen zu gute

1) Rondonneau 1, 23. Galisset 1, 1505. — 2) Tableaux 3, 86.

kämen; aber arm war ja die weitaus größere Hälfte der Bevölkerung und mindestens zwei Drittel bis fünf Sechstel der Erleichterung bedürftig. Man fürchtete daher, daß die Aussonderung der 200,000 sogenannten „wahrhaften" Armen aus der Gesammtheit derselben gar nicht anders als mit parteiischer Willkür vor sich gehen könne; daß überdies die Aufkäuferei neue Antriebe erhalten, und die verheißene Taxe für die meisten der Ausgeschlossenen unerschwinglich hoch ausfallen werde.[1])

Vor allem aber erschien der Zeitpunkt für die Maßregel überaus ungeschickt gewählt. Denn die Bevölkerung von Paris befand sich auch ohnedies schon in einem Zustand der äußersten Unbehaglichkeit und Aufregung. Seit dem Eintritt des Winters hatte die Arbeitslosigkeit, die Noth der Rentner, das Elend aller Armen tagtäglich zugenommen. Immer größere Schaaren von Arbeitern wurden grade in den Anfängen des Februar brodlos; die Mehrzahl der Rentner waren Familienväter, bejahrt und schwach, unfähig etwas zu verdienen.[2]) Die empörende Theuerung aller Lebensbedürfnisse schritt immer weiter vor[3]); die Brod- und Fleischvertheilungen blieben so knapp wie früher, und ihre stete Verspätung lieh der Besorgniß Vorschub, daß bereits ihr Ende gekommen sei[4]); die Hoffnung auf den Frieden, von dem man Besserung erwartete und den man tagtäglich laut erflehte, ging fort und fort in Dunst auf.[5]) Die Ernennungen der zwölf Municipalitäten der Stadt, die, statt der freien Wahl der Bürger, vorläufig der Eigenmacht des Directoriums anheim gegeben wurden, erregten einen wachsenden Unwillen, weil sie meist Mitglieder der alten Revolutionsausschüsse, persönliche Creaturen der Regierung und übelberufene Subjecte trafen.[6]) Die verlieberten Soldaten der Polizeilegion, die in allen Kneipen, aber nirgend auf ihrem

1) 3, 92—98; 100; 105; 107. — 2) 3, 84. — 3) 3, 88; 91; 93; 98 f. — 4) 3, 86; 88; 90. — 5) 3, 83; 89; 99. — 6) 3, 89; 92; 94; 96; 137.

Posten zu finden waren, während Diebstähle und Morde zur täglichen Sittenkost gediehen, hielten um so mehr die Entrüstung wach, als man von der Aufhebung der Brod- und Fleischkarten eine „Vervielfachung" der Verbrechen besorgte.[1])

Die Rathlosigkeit der leitenden Finanzmänner krönte das Unheil der Lage. Die verhängnißvollen Wirkungen der Mißwirthschaft äußerten sich neuerdings in einer furchtbaren Zerrüttung aller Vermögensverhältnisse; eine Unzahl von Privatleuten wurde durch sie an den Bettelstab gebracht.[2]) Der Mißcredit der Assignaten nahm um so reißenderen Fortgang, als die Regierung selbst durch den Aufkauf von Münze das Tempo beschleunigte.[3]) Die Agiotage, trotz der gelegentlichen Hetzen, blühte wie nur je zuvor.[4]) Die Operationen der Zwangsanleihe und die leidenschaftlichen Aufregungen in ihrem Gefolge führten selbst zu Ausbrüchen der rohesten Gewalt, zu Brandstiftungen und Morden[5]); und doch mußte man sie nunmehr schon als vollständig verfehlt erachten, umsomehr als es nirgend an Einverständnissen gebrach, um die Execution zu vereiteln.[6])

Die Beunruhigung wurde dadurch noch vermehrt, daß die Assignaten immer mehr zu einer förmlichen Schreckscheuche wurden. Denn immer erbarmungsloser forderten die Hausbesitzer die Miethszahlungen in Münze ein[7]); und immer erschreckender stockten, aus Furcht vor dem werthlosen Papier, der Handel, die Industrie und jeglicher Erwerb. Und nun sollten gar noch die Lebensmittelvertheilungen aufhören! „Die Zukunft", erklärte daher ein Polizeiagent, „erregt Schaudern; zumal wenn man bedenkt, daß der Kaufmann nicht verkauft, daß der Arbeiter nicht arbeitet, und daß man, zum Uebermaß des Unheils, im Begriffe steht, diesem die Mittel der Lebensfristung zu rauben."[8])

1) 3, 85; 95. — 2) 3, 91. — 3) 3, 94; 97; 99; 115. — 4) 3, 86 90; 103 f.; 111. — 5) 3, 83. — 6) 3, 85; 87; 92; 102; 108 110. — 7) 3, 101. — 8) 3, 95 f.

Die Unzufriedenheit stieg denn auch zusehens. Die „Klasse der Armen", das „Publicum", ließ das Wort vernehmen, daß es „weit besser sei, unter dem härtesten Despotismus zu leben, als inmitten des Ueberflusses zu verhungern" [1]). Man verwünschte, und zumal Frauen, die „Spitzbubenrepublik, die erst durch die Guillotine gemordet, und nun durch die Aushungerung tödte." [2]) Mehrere Tage hindurch lief als Verhöhnung des Directoriums der Zuruf um: „die Republik in den letzten Zügen, fünf Cochons zu verkaufen und ein Louis zu kaufen!" [3]) Die Rentner, die mit der größten Spannung dem Ergebniß der Berathungen der Fünfhundert in Betreff ihres Looses entgegengesehen hatten, wurden auf das schmerzlichste durch die Kümmerlichkeit desselben überrascht und gaben ihrer Verzweiflung lauten Ausdruck. [4]) Die Arbeiter nahmen eine immer drohendere Haltung an. „Wenn man uns nicht Brod giebt", erklärten sie aller Orten, „so überfallen wir das Directorium." Bald wurde für den Fall des Aufhörens der Brodvertheilungen, bald für den Fall einer zu hohen Brodtaxe der Aufruhr angekündigt. Die Truppenzusammenziehungen, welche die Regierung aus Furcht vor Aufständen mit Eifer betrieb, schüchterte diesmal die Arbeiter nicht ein. „Wir wollen lieber im Kampfe umkommen", sagten sie, „als verhungern. Man hat uns die Waffen genommen, aber es bleibt uns Feuerstahl und Zündschwamm; man muß im Luxemburg sie braten oder in die Luft sprengen." [5]) In den Gruppen, die sich wieder häufiger bildeten, in den Cafés und anderwärts hörte man Aeußerungen fallen wie die: „Wenn es in einem Hause keinen Herrn giebt, gehen die Dinge niemals gut" und: „Wenn die Freiheit uns zu leben verhindert, müßte man sie in die Türkei verbannen." [6]) Die Gährung wurde geschürt durch die Gerüchte, daß höchstens in

1) 3, 86. — 2) 3, 95. — 3) 3, 99. — 4) 3, 99; 106; 108. — 5) 3, 95; 97; 99; 101; 105; 108. — 6) 3, 107 f.

einem Monat „die sämmtlichen Arbeiter ohne alle Arbeit" sein, und daß selbst die den „Armen" vorbehaltenen Brodvertheilungen „nach Ablauf des nächsten Monats" aufhören würden. [1]) Die Besorgniß, daß es am 20. Februar, am Tage der Einstellung der bisherigen Vertheilung, zu einem Aufstand kommen werde, und daß derselbe „unvermeidlich" sei, war in der That eine allgemeine; nur daß man bald die Royalisten, bald die Jacobiner, als die eigentlichen Schürer betrachtete.

Auch das Centralbureau sah die Lage als sehr bedenklich, und den Directorialbeschluß vom 1. Februar als unausführbar an. Schon seit dem 10. warnte es: die Stimmung des „Publicums nehme einen gefährlichen Charakter an"; sowohl das bevorstehende Aufhören der bisherigen Vertheilungen wie die künftige Taxe von Brod und Fleisch — die ja das Bureau von Dekade zu Dekade aufstellen sollte — „rege alle Gemüther auf"; falle die Taxe „zu hoch aus, so werde es für die große Mehrzahl unmöglich sein, sich das Nothwendige zu verschaffen", und falle sie „zu niedrig aus, so werde man in die Unzuträglichkeiten des Gesetzes über das Maximum zurückfallen und der Ueberfluß werde verschwinden." Am 12. nahm das Bureau einen feierlichen Ton an: Es glaube nur dann „der öffentlichen Sache nützlich zu dienen", wenn es „ohne jegliche Verhüllung in allen Stücken die Wahrheit sage"; das „Publicum bethätige fortwährend die lebhaftesten Besorgnisse über das Schicksal, das seiner warte zur Zeit der bevorstehenden Einstellung der täglichen Brod- und Fleischvertheilungen"; eine „große Zahl von Bürgern sage laut, daß dieselben für sie eine werthvolle Erleichterung und Ermäßigung ihrer Leiden geworden" seien, und „Jeder sage: Was werden wir künftig anfangen, um zu leben? alle unsere Hülfsmittel sind erschöpft". Das sei „seit langer Zeit, und besonders seit einigen Tagen die Sprache, die man von allen

1) 3, 105; 108.

Seiten vernimmt". In dem Bericht vom 16. endlich wurde der Ton noch dringlicher. „Wir würden glauben", begann derselbe, „gegen eine ebenso heilige wie unerläßliche Pflicht zu verstoßen, wenn wir der Regierung die Wahrheit verhüllen und die oft wenig angenehmen Farben des Gemäldes dieser großen Stadt abschwächen wollten." Dann folgten die alarmirendsten Nachrichten über das herrschende Elend, sowie über die aufrührerischen Drohungen der Arbeiter und über die allseitigen angstvollen Befürchtungen auf Grund der am 20. bevorstehenden Nahrungskrise.[1])

Inzwischen tauchte, und zwar schon seit dem 12. Abends, das Gerücht auf: das Directorium sei wieder schwankend geworden, der Endtermin der Vertheilungen werde hinausgeschoben werden, eine Denkschrift des Centralbureau's habe die Umstimmung bewirkt.[2]) Die Proclamation vom 13. und die Rede Defermont's am 14. schienen freilich jede Hoffnung zerstören zu müssen; allein mit jedem Tage trat das Gerücht von neuem auf, nur daß bald schlechthin von einer „Fortdauer" der Vertheilungen, bald von einer „Verlängerung" des Endtermines die Rede war. Am 17. wurde die Hoffnung zur Zuversicht, und am 18. zu voller Gewißheit.[3])

Wirklich hatte das Directorium am 16. den Beschluß gefaßt, vorläufig die Brodvertheilungen in der bisherigen Weise fortdauern zu lassen; und am 19. wurde dies durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht.[4]) Den Text sowohl des Beschlusses wie des Anschlags kenne ich nicht. Die Polizeiberichte ergeben aber als gewiß, daß *nur* die **Brodvertheilungen** in der *bisherigen* Weise fortdauerten, die „gewöhnliche" Weise der *Fleischvertheilungen* dagegen mit dem 20. Februar „aufhörte", d. h. durch einschränkende Normen ersetzt wurde.

1) 3, 96; 100; 98; 104. — 2) 3, 101. — 3) 3, 103; 109; 111. — 4) 3, 112. Frankreich im J. 1796. 1, 230. Sybel 4, 86 spricht irrthümlich von einer „*Wiederaufnahme*" der Vertheilungen, als ob sie seit dem 1. Februar aufgehört hätten.

Wenn der erstere Umstand „die Gemüther sehr beruhigte", so rief doch der zweite eine „große Unzufriedenheit" hervor. Um so mehr, als gleichzeitig das Centralbureau die ersten Taxen verkündete. Das Pfund Brod (nicht das Bäckerbrod, das nun nach wie vor als Vertheilungsbrod auf seinem Preise von 3 Sous in Assignaten verblieb, sondern das aus freier Hand verkaufte Marktbrod) wurde auf 40 Livres in Assignaten, das Pfund Fleisch auf 145 taxirt. Das erregte um so tieferen Verdruß, als das Fleisch noch soeben 115 Livres gekostet hatte, und als „fast alle Bürger von dieser Taxe eher eine Verminderung wie eine Vermehrung" des bisherigen Preises „erwartet" hatten. [1])

Offenbar hatte das Centralbureau geglaubt, das Fleisch wegen der Gefahren des früheren Maximums hoch, und das Brod wegen der Fortdauer der allgemeinen Vertheilungen niedrig taxiren zu sollen. Es hatte indeß die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Das Marktbrod ging, da es keine Zwangsmittel gab, sofort von 40 auf 50 Livres in die Höhe; das Fleisch aber wurde von den Schlächtern und in der Halle beträchtlich unter der Taxe, zu 115 bis 130 Livres verkauft, indem sich die Verkäufer rühmten „rechtschaffener zu sein, wie die Verwaltungsbeamten". [2]) Die Folge war, daß mit der nächsten Dekade (29. Februar) das Fleisch nur auf 97 Livres taxirt wurde. Und nun gingen ihrerseits die Fleischer auf 130 und darüber in die Höhe. Das Publicum beklagte sich daher über die „Nichtausführung des Gesetzes", die Verkäufer dagegen erklärten: „So lange sich die Regierung in den Handel mischt, wird man nicht erwarten dürfen, irgend etwas billig zu kaufen; lasse man uns machen, und Paris wird gut versorgt sein und das Volk minder theuer bezahlen." [3])

Das Directorium hatte sich nach dem Mißlingen seines Vorhabens zu rächen und zu helfen gesucht durch die Schließung

1) 3, 112 f. Frankreich im J. 1796 a. a. O. — 2) 3, 114 f. — 3) 3, 119; 117 f.; 121.

der royalistischen und der jacobinischen Clubs, namentlich des wühlerischen und socialistisch gefärbten Pantheonclubs am 27. Februar, sowie durch Anregung von Polizeigesetzen gegen den Aufenthalt Fremder und Nichtansässiger in Paris.[1]) Aber das „öffentliche Elend" konnte nicht ausgewiesen, die „Größe der Entbehrung" nicht gemindert, die „maßlose Theuerung" nicht beseitigt, der Zornerguß gegen das „gegenwärtige Regiment" nicht verhindert werden.[2]) Die Zerstörung der Assignatenplatten am 19. verfehlte ebenfalls jeden Eindruck; die gehoffte Hebung des Credites der Assignaten trat nicht ein; mit Hülfe der Agiotage unter den Gallerien des Palais-Royal stieg der Preis der Münzen von Tag zu Tag. Selbst Kleidungsstücke wurden gelegentlich daselbst zu Silberpreisen verkauft, selbst in den Theatern Börsengeschäfte betrieben, in der Halle die Assignaten von 100 Livres zu 5 Sous ausgeboten.[3]) Und nicht nur Erwachsene, darunter auch Militärs und namentlich Soldaten der Polizeilegion, sondern sogar Kinder von 10 bis 12 Jahren sah man im Palais-Royal der Agiotage obliegen; einem Kinde wurde ein silberner Löffel für 600 Livres abgeschwindelt und auf dem Fleck wieder zu 2600 Livres an den Mann gebracht.[4])

In den Anfängen des März nahm denn auch die Theuerung noch weiter zu. Der Sester Bohnen stieg von 11 auf 14,000 Livres, Gerste von 6 auf 7000, Weizen von 10 auf 11,000, der Sack Mehl je nach der Sorte von 16 auf 17,000 und von 18 auf 19 und selbst 20,000; das Pfund Mehl kostete 54 bis 60 und 62 Livres. Eine Fuhre Holz muß damals circa 10,000 Livres gegolten haben; denn für den Transport verlangten die Fuhrleute 9 bis 1500, und die Holzmesser 100 Livres oder 6 Sous in Münze.[5])

---

1) 3, 116. — 2) 3, 118 f. Vgl. Frankreich im J. 1796. 1, 338 (v. 24. Febr.). — 3) 3, 111 f.; 113; 115; 119. — 4) 3, 119; 120 f. — 5) 3, 119; 121 f.

Es leuchtet ein, daß die Masse der Bevölkerung außer Stande blieb, sich über das Vertheilungsbrod hinaus eine Ergänzung an Nahrung durch Marktbrod oder gar durch Fleisch zu verschaffen; und auf eine Vermehrung der Brodration, die nun für Hunderttausende bei der Einbuße der zehntägigen Fleischration um so dringender erforderlich war, hatte man vergeblich gehofft. Kummer und Sorge lebten daher in erhöhtem Maße in den Gemüthern fort. Zu den verbittertsten Klassen gehörten natürlich die der Rentner und der Arbeiter aller Art. Der Ruf nach Brod blieb dauernd an der Spitze der Tagesordnung. Babeuf und sein socialistischer Anhang traten um so kühner im Werben auf.[1])

Mit „Ungeduld" erwartete die öffentliche Meinung eine wirksame Maßregel zur „Verminderung" der Assignaten. Die auftauchende Idee der Mandate hatte am 10. März nicht ihren Beifall, weil neues Papier „schwerlich Credit erlangen werde". Dagegen stimmte man dem Beschlusse der Fünfhundert vom 11. zu, kraft dessen beim Verkauf der Nationaldomänen die Assignaten im Verhältniß von 30 zu 1 angenommen werden sollten.[2]) Dieser experimentirende Beschluß erhielt indeß nicht Gesetzeskraft; er wurde gleich darauf durch das Mandatengesetz vom 16. und 18. verdrängt. Trotz mancher Spöttereien wurde dies letztere dennoch von den bedürftigen Klassen günstig aufgenommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß es in allen seinen Bestimmungen betreffend den Paricurs, das Verbot des Geldhandels und die Assignatentilgung „auf das strengste durchgeführt" werde.[3]) Die allererſten Wirkungen schienen auch dem günstigen Vorurtheil zu entsprechen. Einige Hülsenfrüchte und andere Lebensmittel schlugen am 17., 18. und 19. im Preise ab. Auch der Sack Mehl ging von 17 bis 20,000 wieder herab auf 16 bis 18,500 Livres; das

1) 3, 112; 128; 119; 120 f.; 122; 124. Vgl. oben Th. II. S. 14 ff. — 2) 3, 117; 122 f. Moniteur v. 15. März (27, 679. Art. XIV). — 3) 3, 124 f.

Pfund Fleisch von 130 auf 110 bis 115. Die Stimmung war um so gehobener, als zugleich die Kunde umlief, daß zwar eine neue Regelung der Brod- und Fleischvertheilungen bevorstehe, daß aber jedenfalls für alle Bedürftigen die Brodvertheilung fortbestehen werde. [1])

Indeß wir sahen schon, wie rasch der Gegenschlag erfolgte. Die Agiotage, die eben damals auf dem Boulevard der Italiener einen neuen Hauptsitz aufgeschlagen hatte, den der Spott das „Kleine Coblenz" nannte, trug schon am 18. Abends in der Hausse des Louis einen ersten Sieg davon. Sie verhöhnte die Mandate, die doch bloßes „Papier" seien, das die „Bewohner der Departements" und besonders die „des platten Landes nicht annehmen würden". Die Assignaten fielen, statt zu steigen; nur die zu 50 Sous und darunter wurden „sehr gesucht", weil sie gegen Münze und im Verhältniß von 10 zu 1 eingelöst werden sollten. Seit dem 20. griff das „Mißtrauen gegen die Mandate" sichtlich auch im „Volke" Platz, zumal da die Preise der Lebensmittel plötzlich wieder scharf in die Höhe gingen. „Angst und Unruhe" bemächtigte sich der Gemüther; man fürchtete neuerdings „die Schrecken der Hungersnoth". Fortan weissagte man den Mandaten immer häufiger „dasselbe Schicksal wie den Assignaten"; nur mittelst der „Bayonnette", hieß es, werde ihre Annahme erzwungen werden können; das Gesetz vom 18. sei eine „Bankerotterklärung". Dazu kam das Gerücht, daß die kleinen Assignaten beim Umwechseln gegen Metallgeld massenhaft würden für „falsch" erklärt und zurückgewiesen werden. Das war der Moment, wo aus dem socialistischen Lager das Lied auftauchte: „Sterbend vor Hunger, sterbend vor Durst, Volk, das du beraubt bist aller Rechte u. s. w." [2])

Die trüben Weissagungen gingen raschen Schrittes ihrer Erfüllung entgegen. Galten doch schon am 25. März die

1) 3, 125 ff. — 2) 3, 125—131.

Promessen der Mandate nur noch 50 %! Ja, man behauptete, daß die Regierung selbst Geschäfte mit 70 % Verlust abgeschlossen habe. Die Verachtung alles Papiergeldes nahm stündlich, die Erwerbslosigkeit täglich zu. Die größte Verwirrung riß im Geldverkehr und in der Stellung der Preise ein. Das Volk, das seine Entbehrungen aller Art wachsen sah, forderte mit Ungestüm eine feste billige Taxe für alle dringenden Lebensbedürfnisse und erging sich in „Verwünschungen" gegen die Urheber des öffentlichen Elends, gegen alle Mitschuldigen der Theuerung und gegen die Schwäche der Regierung. Verspätete Mehllieferungen an die Bäcker fachten überdies neue Besorgnisse für die Zukunft der Brodvertheilungen an. Während die vierte Nummer von Babeuf's „Aufklärer" oder „Vertheidiger von 25 Millionen Unterdrückter" eifrig unter der Hand colportirt wurde und die Gährung schürte, während täglich drohendere Gruppen sich bildeten, die nur durch zahlreiche Patrouillen zerstreut werden konnten: lief endlich die in Aussicht gestellte neue Regelung der Brod- und Fleischvertheilungen vom Stapel. [1])

Diese neue Verordnung des Directoriums, am 25. März beschlossen und am 30. veröffentlicht, [2]) sprach nicht mehr von „wahrhaft Armen", sondern von „bedürftigen Bürgern, Arbeitern, Rentnern, Pensionären, öffentlichen Beamten und Angestellten". Sie erklärte, daß die Bezeichnung „Bedürftige" alle diejenigen umfasse, deren Mittel nicht ausreichen, um den Kaufpreis des Brodes und Fleisches zu erschwingen; die verschiedenen Grade der Dürftigkeit seien aber bisher in der Vertheilung vermengt worden, und es sei daher nothwendig, verschiedene Klassen festzustellen, um die Unterstützungen den Bedürfnissen anzupassen. Demnach wurden 3 Klassen gebildet: 1) die bedürftigen Greise, Kinder, Schwache, Kranke und

1) 3, 131—136. — 2) Moniteur v. 3. April (28, 109 f.). Tableaux 3, 139.

Wöchnerinnen; 2) die bedürftigen Gesunden, die aber wirklich arm sind; 3) die unzulänglich bemittelten Bürger, die unter anderen Umständen in der Lage wären, von ihren Einkünften oder von ihrer Arbeit und Industrie zu bestehen. Vom 4. April an sollten nun die Bürger der ersten Klasse täglich, gratis und für den Kopf, 3/4 Pfd. Brod erhalten, und überdies jede Dekade, ebenfalls gratis und für den Kopf, 1 Pfd. Fleisch. Die der zweiten Klasse sollten täglich und für den Kopf 3/4 Pfd. Brod zum zwölften Theil des Taxpreises erhalten. Die der dritten Klasse endlich sollten täglich und für den Kopf 3/4 Pfd. Brod zum vierten Theil der Taxe empfangen; und überdies Greise, Kinder, Schwache, Kranke und Wöchnerinnen dieser Klasse in jeder Dekade und für den Kopf 1 Pfd. Fleisch zum vierten Theil der Taxe. Außerdem wurde bestimmt, daß den öffentlichen Beamten und Angestellten, die weniger als 3000 Livres Gehalt in Geldwerthen bezögen, für sich und jedes Glied ihrer Familie und ihrer Haushaltung täglich 3/4 Pfd. Brod zum vierten Theil der Taxe zu verabfolgen sei. Die mit der Vertheilung betrauten Bäcker sollten nach wie vor auf das Backen des Vertheilungsbrodes beschränkt sein, sich aber selbst mit Mehl versorgen und entschädigt werden; die übrigen im Geschäftsbetriebe und Verkauf vollkommen frei sein. Für die auswärtigen Bäcker blieb die Zulassung zum Verkauf an bestimmten Tagen und Plätzen bestehen.

Das „Fest der Jugend" wurde eben mit großer Theilnahmlosigkeit und unter vielem Gespött gefeiert, als die Verordnung veröffentlicht ward. Die ausreichend Bemittelten nahmen sie mit Verdruß, die Bedürftigen zunächst mit Genugthuung auf.[1]) Nach den obigen Bestimmungen muß man die Summe der Vertheilungsberechtigten auch nach dem 4. April noch immer auf etwa 500,000 Seelen schätzen, nur daß für

1) Tableaux 3, 139 f.

die Mehrzahl derselben die Preise der Rationen jetzt höher angesetzt wurden wie früher. Das Vertheilungsgetriebe blieb im Wesentlichen bestehen. Nach einer gewissen Stufenleiter streifte man allmählich die Kategorien der Reichen, der Wohlhabenden und der Bemittelten durch Einziehung der alten und Ertheilung neuer Karten ab. Noch am 10. April war die Operation nicht vollendet, aber das neue System doch schon im Gange. Nun wandte sich plötzlich das Urtheil. Von „allen Seiten", ja „allgemein" beklagte man sich heftig über Willkür und Ungerechtigkeiten bei der Einreihung der Bürger in die drei Klassen. Man schalt und schimpfte auf die Sectionscommissare als die Anstifter, und auf die Wohlthätigkeitsausschüsse als die Vollzieher dieser Ungerechtigkeiten. Arbeiter versicherten: sie wären ohne Arbeit und dennoch in die dritte Klasse versetzt, so daß sie das Brod zum Viertel der Taxe bezahlen müßten; während „sehr wohlhabende Leute", namentlich zwei Engroshändler, als solche bezeichnet wurden, die der zweiten Klasse eingereiht seien und daher nur das Zwölftel der Taxe zu zahlen brauchten. [1])

Dazu kam, daß die neue Taxe, die man so sehr ersehnt hatte, den Preis des Brodes, das damals bei den Bäckern von außerhalb für 34 Livres in Assignaten zu haben war, auf 37 Livres und den des Fleisches auf 95 festsetzte. Die zweite Klasse, die das Vertheilungsbrod für $^1/_{12}$ der Taxe erlangen sollte, hatte also nunmehr für das Pfund $3^1/_{12}$ Livres in Assignaten zu zahlen. Aber da die freigestellten Bäcker jetzt das Brod für 3 Sous in Münze verkauften: so erachtete man die Taxe für viel zu hoch. Denn, schloß man ganz folgerichtig, wenn die Assignaten sich zu den Mandaten, die doch Münzwerth haben sollen, wie 30 zu 1 verhalten: so sind schon 90 Sous in Assignaten gleich 3 Sous in Münze, und mithin müßte die Taxe für das Pfund Brod gerechter-

1) 3, 150—152; 154.

weise nicht 37, sondern nur $4^1/_2$ Livres in Assignaten betragen [1])

Diese völlig correcte Rechnungsweise, wofern das Mandatengesetz überhaupt Sinn und Geltung haben sollte, wurde im weitern Verlaufe des April die Handhabe der ganzen Bevölkerung und die Hauptangriffswaffe gegen die Regierung. Die Folge war, daß die officielle Taxe, unter der die dritte Klasse noch mehr wie die zweite litt, da sie $^1/_4$ derselben zu erlegen hatte, allgemein als „maßlos" verurtheilt wurde. Mit der nächsten Dekade oder dem 19. April muß das Pfund Brod auf 34 oder 35 Livres in Assignaten, das Pfund Fleisch aber auf mehr als 120 taxirt worden sein. Denn allgemein lautete nun die Klage: „Wozu, wenn die Assignaten sich zu den Mandaten, d. i. zur Münze, wie 30 zu 1 verhalten sollen, läßt man uns das Brod im Verhältniß von 23 Sous in Mandaten, und das Fleisch im Verhältniß von mehr als 4 Francs in Mandaten bezahlen?" [2])

Auch Gelehrte, Beamte, Rentner, die jährlich 10,000 Livres in Assignaten oder wenig darüber an Besoldung oder Rente bezogen und nach Abzug für Miethe, Kleidung, Feuerung, Licht u. s. w. nur täglich etwa 17 Livres für Nahrung übrig behielten, waren jetzt in der allerübelsten Lage. Sie vermochten für sich und ihre gesammte Haushaltung täglich nur ein halbes Pfund Brod anzukaufen, falls sie von der Vertheilung ausgeschlossen wurden; und nur 2 Pfund, wenn man sie der dritten Klasse einverleibte. Die meisten von ihnen, darunter die große Mehrzahl selbst der berühmtesten Gelehrten, hatten längst während der letzten anderthalb Jahre ihre Kostbarkeiten, Hausgeräthe u. s. w. allmählich veräußert, um nur Brod für sich und ihre Familien zu beschaffen, und waren jetzt von allem entblößt. Viele waren bereits vor Gram und Nahrungssorgen gestorben; Andere setzten nunmehr ihre letzte und liebste

1) 3, 141; 149; 150 f. Vgl. 160. — 2) 3, 160; 161; 162.

Habe daran; Laharpe und Delille boten sogar in diesen Tagen öffentlich ihre Bücher zum Verkaufe aus, und nur durch ein großmüthiges Geschenk oder Almosen wurde dem Ersteren der Verlust kostbarer Werke erspart. [1])

Die Unzufriedenheit des Volkes nahm unter solchen Umständen alsbald eine noch viel intensivere und bedrohlichere Gestalt an, als zuvor. Die Gruppen wurden zahlreicher, massenhafter und aufgeregter; der Ruf nach Brod, nach „ausreichendem Brod" immer allgemeiner. [2]) Mit Entschiedenheit erklärten sich die Arbeiter und alle Bedürftigen *für* die Mandate, deren Münzcurs mit allen Mitteln erzwungen werden müsse; mit Ungestüm forderten sie aber auch die wirkliche Ausführung des Gesetzes, die schleunige Emission der eigentlichen Mandate statt der Promessen, die sofortige Ansetzung eines festen Termines für den Umtausch der Assignaten, die strenge Handhabung des Verbots gegen den Geldhandel, die Verhängung der Todesstrafe gegen die Agioteure und die billige Taxirung aller Lebensmittel zur Steuer der haarsträubenden Theuerung. Sie beneideten die gutgenährten und gutgekleideten Truppen, die ihnen, den Hungerleidern, die an Allem und Jedem, an Arbeit und Erwerb, an Nahrung und Kleidung Mangel litten, zur Schranke dienen sollten; sie riefen Wehe über die Partei, von der sie „seit 18 Monaten ausgehungert" würden. [3]) Und daneben rief man unablässig in fast fieberhafter Sehnsucht nach „Frieden"; denn „ohne ihn sei kein Heil"; man müsse ihn schließen „um welchen Preis es auch sei", und müsse man selbst die „eroberten Länder wieder herausgeben"; nur die „Ehre der Nation" dürfe nicht preisgegeben werden. [4])

Aber so wenig wie dem Volke das „Glück" des Friedens beschеert ward, so wenig wurde mit der Ausführung der

1) Frankreich im J. 1796. 2, 112. Die Berechnung ist hier, wie man sie auch auslegt, ungenau. — 2) Tableaux 3, 154; 156. — 3) 3, 140—158. — 4) 3, 121 f.; 124 f.; 142; 144; 148; 150 f.

Hauptbestimmungen des Mandatengesetzes Ernst gemacht. Und inzwischen fielen nun schon im ersten Drittel des April die Promessen, sowie die Rescriptionen, die als solche dienten, auf 20 % herab.[1] Nicht nur von außen her, vom platten Lande, aus den Departements, lief die Drohung ein, daß man sich die Mandate nicht aufzwingen lassen werde, daß es dazu mindestens einer „Revolutionsarmee" bedürfe; sondern auch die Pariser Kaufleute zeigten sich mehr und mehr entschlossen, nicht gegen Mandate zu verkaufen.[2] Diese Thatsachen versetzten die Geister in eine wahrhafte „Wuth". Und diese Wuth, wenn sie auch in nächster Nähe die Agioteure und die Kaufleute traf, kehrte sich doch vorzugsweise gegen die Regierung, der man fort und fort in diesem Falle die „Nichtausführung der Gesetze" zum Vorwurf, ja zum Verbrechen machte.[3] Die Bedürftigen, vor Allem die arbeitslosen Arbeiter, klagten sie der Unempfindlichkeit gegen ihre Leiden, gegen das „schauderhafte Elend so vieler Bürger" an.[4] Die Kunde von einem großen Brodtumult in Lille gab Anlaß mit Gleichem zu drohen; und die Thatsache, daß einige Fäßchen verdorbener Häringe auf die Straße geschüttet wurden, rief einen Sturm des Unwillens gegen die Habgier hervor, die lieber die Eßwaaren verfaulen lasse, als sie zu billigem Preise zu verkaufen.[5] Die Gruppenbildungen wurden schon seit dem 5. April meist so dicht und widersetzlich, daß sie nur mit Mühe und oft nur durch Cavalleriepatrouillen auseinander getrieben werden konnten. Es war Thatsache, daß in diesen Gruppen vorzugsweise pantheonistische und socialistische Wühler aus der Schule Babeuf's thätig waren. Das drakonische, mit Todesstrafen drohende Gesetz vom 16. April gegen derartige Aufläufe und Aufreizungen war kaum vorübergehend wirksam, obgleich die Cavallerie nun mit blankem Säbel und im Galopp

1) 3, 143; 148. — 2) 3, 136 u. sonst; 143. — 3) 3, 143; 145; 147; 153 f. — 4) 3, 146; 149. — 5) 3, 146 f.

auf die Gruppen einritt. Und ebensowenig vermochte das strenge Strafgesetz vom folgenden Tage gegen die Preßvergehen das Erscheinen der neuen „Brandschriften" Babeuf's zu verhindern.[1])

Nicht wenig wurde die Gährung vermehrt durch die unabläßigen Streitigkeiten über die Annahme der Mandatspromessen im Kleinverkehr. Der Zwangscurs derselben war der Grund, weshalb die Verkäufer sie gar nicht in Zahlung annehmen wollten, sondern nur Münze oder Assignaten; während umgekehrt die Käufer sich berechtigt glaubten, sie zum vollen Nennwerth an Stelle von Münze den Verkäufern aufzuzwingen. Es kam zu den heftigsten Auftritten zwischen beiden Theilen, wobei die Menge offen Partei ergriff für die Mandate und demnach für die Käufer, sodaß nicht selten die Verkäufer nur mit Noth der Lynchjustiz entgingen; bei manchem dieser Anlässe wurden die Mandate von den wüthenden Verkäufern zerrissen.[2]) Auch im Großhandel fand das Aufzwingen der Mandate und in betrüglichster Weise statt; man schloß beträchtliche Waarenkänfe zum Münzpreise ab, zahlte den Münzpreis dann in Mandaten und behielt, nach dem Gesetzeslaut, vor dem Richter Recht.[3]) Um der Verwirrung zu steuern und den Credit der Promessen zu heben, erging am 14. April die längst erwartete Proclamation über die Mandate, die als die eigentliche Promulgation des Gesetzes vom 18. März betrachtet wurde. Allein sie fand überall bei den Verkäufern, namentlich in den Hallen, auf dem Markt der Innocents und anderen Plätzen eine sehr mißliebige und selbst höhnische Aufnahme. „Sie glauben," sagten die Marktweiber laut, „mit ihrer Proclamation uns Furcht zu machen; aber wir spotten ihrer und ihrer Mandate."[4]) Am andern Tage wurde das

1) 3, 146—165. Vgl. oben Th. II. 15; 17 ff. — 2) 3, 148 f.; 150; 154. — 3) Frankreich im J. 1796. 1, 366 (v. 10. April). — 4) Tableaux 3, 154. Vgl. 151.

Ausführungsgesetz über den Verkauf der Nationaldomänen eingebracht und in den nächsten Tagen berathen. Indeß die Folge war, daß die Mandatspromessen im Sturmschritt von 20 auf 10 % heruntergedrängt wurden; denn es galt ja für die Speculanten, die Güter so wohlfeil wie möglich zu erwerben.[1])

Von nun an, während des letzten Drittels des April, wurden die Conflicte zwischen Käufern und Verkäufern, Landleuten wie Kaufleuten, immer unerträglicher. Die Letzteren bestanden hartnäckig auf der Abwehr der Mandate; sie stellten ihre Preise ausschließlich in Münze und in Assignaten zum Curse, was ja bei dem neuen Papier gesetzlich unzulässig war. Auch sagte man nicht mit Unrecht zu ihrer Entschuldigung: „Wie kann man dem Kaufmann, der alle Ausgaben der Regierung und ihre bei weitem geringeren Einnahmen überschlägt, es verargen, wenn er Anstand nimmt, seine Waaren gegen ein Papier umzutauschen, dessen Wiedereinlösung ihm unmöglich erscheinen muß.“[2]) In der Händelsucherei und in der Brutalität gingen die Militärs, namentlich die Soldaten der Polizeilegion und die Grenadiere des gesetzgebenden Körpers, Allen voran. Die Taktik war, erst den Kauf in Münze abzuschließen, dann in Mandatspromessen zu zahlen und, ungeachtet ihrer Zurückweisung, die Waare mit oder ohne Hülfe der Menge dem Ladeninhaber, dem Goldarbeiter, dem Schuster und Schneider, dem Strumpfwirker und Hutmacher, abzutrotzen. Oder man zahlte mittelst eines einzigen größeren Scheines, dem Nennwerth nach, den acht- und neunfachen Preis der Waare und schleppte dann, wenn der Verkäufer nicht herausgeben zu können behauptete, statt des einen Paares Schuhe oder Strümpfe deren acht und neun gewaltsam hinweg. Die Magazine, die Läden wurden zu Stätten wilder Tumulte und blutiger Raufereien; den Schutz der öffentlichen Macht rief der Verkäufer

1) 3, 161; 170. — 2) 3, 159 ff.; 174.

stets vergeblich an. Die räuberischen Gewaltthaten der Militärs, ihre Balgereien und Schlägereien, bald mit den Kaufleuten, bald mit den Agioteuren, arteten dergestalt in Anarchie aus, daß auf kategorisches Andringen des Centralbureau's die Auflösung der Polizeilegion mit dem 28. April ihren Anfang nahm.[1])

Die Verkäufer aller Art, auch die Speisewirthe, suchten sich endlich dadurch zu helfen, daß sie ihre Preise, außer in Münze und in Assignaten, zugleich auch in Mandaten stellten. Zuerst wurde die dreifache Preisforderung am 23. in der Halle zur Ausführung gebracht; man forderte für das Pfund Fleisch 150 Livres in Assignaten, 10 Sous in Münze und $4^1/_2$ Francs in Mandaten. Die Wirkung war, daß mit der nächsten Dekade, am 29., auch die öffentliche Taxe eine doppelte Preisstellung einführte und das Pfund Fleisch auf 4 Francs in Mandaten und, anscheinend, auf 120 Livres in Assignaten taxirte. Mit Recht war hierüber die öffentliche Meinung empört; denn damit, sagte Jedermann, werde officiell anerkannt, daß die Münze „beträchtlich höherwerthig" sei als die Mandate. Der Curs derselben schwankte Anfangs Mai zwischen 10 und 12 %.[2])

Der Unwille war um so größer und begründeter, als die Regierung ihrerseits die nun wieder auf feste Sätze zurückgeführten Gehälter, Pensionen und Renten grade jetzt in Mandaten zum vollen Nennwerth auszuzahlen begonnen hatte, und zwar für den Monat Germinal (21. März bis 19. April); dergestalt, daß bis zum 1. Floreal oder 20. April die betreffenden Kreise von Assignaten, seitdem aber von Mandaten zu leben hatten. Mußte es nicht als eine himmelschreiende Versündigung des Staates gegen seine Beamten,

1) 3, 163; 165 f.; 168; 169 f.; 171 f. Vgl. Frankreich im Jahre 1796. 2, 138. — 2) 3, 165 (150 sols ist sicher Schreibfehler für livres); 168; 172 f.; 175; 185.

Gläubiger, Pensionäre und Rentner erscheinen, daß er ihnen einerseits die Mandate für vollgültige Münze anrechnete und andererseits durch die Taxe sie zwang, dieselben für $^1/_8$ oder $^1/_{10}$ des Münzwerthes zu verausgaben! Mit Recht klagten die genannten Kreise, daß sie unter solchen Umständen „nicht leben könnten". Es gab einen öffentlichen Scandal, als ein Beamter, der Frau und Kinder zu versorgen hatte, auf der Straße aus Noth ein Kleidungsstück feilbot.[1] Der Jahresbezug von 3000 Francs in Mandaten schloß ohne Zweifel nach der Verordnung vom 25. März von der Vertheilung aus. Da jene Summe jedoch nur einen Münzwerth von etwa 300 Francs darstellte: so liegt es auf der Hand, daß, wenn eine ganze Familie davon leben sollte, dies nur unter unsäglichen Entbehrungen möglich war. Kaum brauche ich zu sagen, daß die Staatsverwaltung auch sonst ihre Gläubiger durch Papierzahlungen gröblich schädigte, selbst dann, wenn Zahlung in Münze ausbedungen war oder als selbstverständlich erwartet wurde. Kein Wunder, daß sich das Elend noch immer steigerte; daß die geprellten Gläubiger des Staates Lust und Mittel verloren, um für sich „arbeiten zu lassen"; und daß auch die Massen der unbeschäftigten Arbeiter erklärten: „Wie sollen wir leben können, da wir nichts mehr zu verkaufen haben!" Die Verzweiflung drängte neuerdings zum Selbstmord hin.[2]

Immer stürmischer wurden die Klagen über die Nichtausführung der Gesetze, über den Mangel an Arbeit und die allgemeine Noth, über die weiter klimmende Theuerung, die Unzulänglichkeit der Brodrationen und die wieder einreißende schlechte Beschaffenheit des Brodes.[3] Zwei neue Thatsachen verschärften noch den Unmuth. Die Einlösung der kleinen Assignaten gegen neues Kupfergeld, die am 21. April begonnen hatte, war, angeblich wegen des lebensgefährlichen Andranges,

1) Lefort 2, 370. Rondonneau 1, 24. Galisset 1, 1533. Tableaux 3, 165; 172. — 2) 3, 161; 163; 172; 167. — 3) 3, 160.

schon mit Ablauf des folgenden Tages wieder eingestellt worden und blieb eingestellt. Andererseits wiesen die Kaufleute nun auch die neuen republicanischen Kupfermünzen zurück, unter dem Vorwande, daß sie geringerhaltig seien wie die alten.[1])

Seit den Anfängen des Mai forderte man auch immer stürmischer die völlige Tilgung der Assignaten, damit die Mandate als das einzige Papiergeld zu Kräften kommen könnten.[2]) Allein grade diese Frage hatte in der Regierung, wie wir schon erkannten, die stärksten Bedenken hervorgerufen, weil die außerordentliche Entwerthung der Mandate eine außerordentlich viel massenhaftere Verwendung derselben für die Staatsbedürfnisse erforderlich machte. Zunächst aber verfiel man nicht auf eine eigentliche Einschränkung der Tilgungsmasse, wie sie nachher beliebt wurde, sondern auf einen neuen Modus theilweiser Tilgung. Um möglichst viele Mandate für die laufenden Ausgaben verfügbar zu machen, wurde nämlich der Vorschlag eingebracht: Beim Verkauf der Nationalgüter sollten auch die Assignaten zu 10,000 und 2000 Livres bis zum Belauf eines Viertels des Kaufpreises im Verhältniß von 30 zu 1 angenommen werden, die nicht einlaufenden Stücke dieser Gattung aber einfach null und nichtig sein.

Dies Project, verbunden mit dem entstellenden Gerücht von einer Assignatentilgung im Verhältniß von 100 zu 1, rief am 3. und 4. Mai eine gewaltige Bewegung auf dem Geldmarkte hervor. Während die Mandate plötzlich den Stand von 15 % erklommen und behaupteten, die Rescriptionen zu 25 Francs für 1200 Livres in Assignaten verkauft wurden, trieb der Louis auf 7,400 bis 8000 Livres in die Höhe. Als dann die Entstellungen hinschwanden, der Text des Projectes bekannt wurde, und der Rath der Fünfhundert am 5. Mai es annahm, blieb dennoch ein tiefer Unwille im

1) 3, 160; 162; 163 f.; 186. — 2) 3, 172 f.; 176 f.

Publicum wach. Befand sich doch namentlich eine Unmasse von Scheinen zu 2000 Livres, da sie nur noch 5 in Münze galten, grade in den Händen Unbemittelter, armer Familienväter, Rentner und Handwerker, die nicht an Güterkauf denken konnten und daher nun genöthigt waren, sich dieser Scheine, aus Furcht vor ihrer Nullificirung, um jeden Preis zu entledigen. Der Agioteur war entzückt von der Maßregel; denn sie brachte ihm eine außerordentliche Ernte ein. Auf das Großmüthigste stellte er sich den „unglücklichen" Inhabern jener Scheine als Wechsler zur Verfügung, aber gegen 25 % „Wechselgebühr". Auch die Bauern und Pächter der Umgegend strömten mit ihrem letzten Rest an Assignaten herbei, um sie bei den Wechslern zu versilbern. Die Agioteure, zum großen Theil „Agenten der Banquiers", hatte man „niemals in so großer Zahl" auf den Beinen gesehen; denn es galt, rasch die Gelegenheit zu einer „neuen Art von Speculation" auszunutzen. Bis zum 7. Mai $2^1/_2$ Uhr Nachmittags dauerte das grause Spiel. Da wurde es plötzlich zerschnitten durch die authentische Nachricht, daß der Rath der Alten, von dem allgemeinen Unwillen eingeschüchtert, das Project verworfen habe. Die Aufregung legte sich, aber nicht der Zorn. Denn grade dem leidenden, dem „unglücklichen" Theil der Bevölkerung war ein unwiederbringlicher „beträchtlicher Schaden" zugefügt worden, und zwar grade „zum Vortheil der gemeinsten und verächtlichsten Klasse". [1])

Das Publicum hatte auf Grund des Mandatengesetzes mit vollem Fug und mit voller Zuversicht auf einen Umtausch der Assignaten gerechnet, aber auf nichts weniger als eine eventuelle Ungültigkeitserklärung dieser oder jener Kategorie, der alsbald auch Ungültigkeitserklärungen anderer Kategorien folgen konnten. Diesem „öffentlichen Vertrauen" war ein „verhängnißvoller Schlag versetzt" worden, von dem

1) 3, 178; 181 f.; 183 f.

es sich nicht wieder erholte.[1]) Als die Frucht des gescheiterten gesetzgeberischen Experimentes ergab sich: daß der Louis für große Assignaten auf 10,000 Livres, für kleine auf 7500 gestiegen war und immer weiter stieg;[2]) daß die Mandate zunächst wieder auf 13½ % und dann immer weiter herabgingen;[3]) und daß die Preise der Waaren „hartnäckig und unabänderlich diesen Proportionen folgten", so daß auch die „Lebensmittel" sich stetig vertheuerten.[4])

Zugleich hatte diese finanzielle Episode den ganzen Zorn der öffentlichen Meinung gegen die Güterspeculanten und gegen das Gesetz über den Verkauf der Nationalgüter entfesselt. Schon gegen Ende März, als sich die Mandate auf dem Rutsch von 50 zu 30 % bewegten, hatte sich im Departement der Seine die Neigung zu Submissionen auf die verkäuflichen Güter stark entwickelt.[5]) Seit dem Gesetz vom 25. April aber, als die Mandate schon auf 17 und 15 % gesunken waren und noch immer tiefer sanken, wurden die Submissionen so massenhaft, daß die leidenden Klassen „mit Schmerz" die Wechselwirkung erkannten, die zwischen der Güterspeculation einerseits und dem Sinken der Mandate und der Assignaten sowie dem Steigen der Münz- und Waarenpreise andererseits bestand.[6]) Nur vorübergehend und wider Willen drängte Anfangs Mai die Gier, womit die Submissionäre für Nationalgüter die Mandate aufkauften, den schon auf 10 % gesunkenen Curs derselben wieder auf 12 und 15 empor; dann ging er aber neuerdings bergab. Man tadelte nunmehr auch den Verkaufsmodus des Gesetzes; der Modus der Versteigerung, hieß es, würde dem Papiergeld nicht geschadet und höhere Erträge gewährt haben. Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers wurden angeschuldigt, und notorisch mit vollem Recht,

1) 3, 184. — 2) 3, 182; 184. — 3) 3, 184; 191; 192 f.; 195. Vgl. die oben citirten Entwerthungstabellen. — 4) 3, 182; 183; 184. — 5) 3, 133. — 6) 3, 170.

bei den Güterspeculationen im ausgedehntesten Maße betheiligt zu sein und durch ihr Interesse an der Entwerthung der Mandate und der Nationaldomänen zugleich die „privaten und die öffentlichen Vermögenszustände" untergraben zu helfen. Man erklärte es für eine Pflicht sowohl der Regierung wie der Landesvertretung, eine solche Verschleuderung der Nationalgüter, der „einzigen Hülfsquelle" des Staates, nicht zuzulassen, demnach „auf die geschehenen Verkäufe zurückzukommen" und eventuell sie „sogar sämmtlich zu annulliren". Die Speculanten, sagte man, hätten doch nur die Absicht, die durch werthloses Papier erschwindelten Güter „gegen Münze wieder zu veräußern, unter den Augen der Behörden, deren Operationen sie verhöhnen". In der That erklärten die Agioteure laut: „Unser Handwerk ist, die Fehler der Regierung auszunutzen, und wenn sie nichts von den Finanzen versteht, so werden wir ihr Lectionen geben." [1])

Im ersten Drittel des Mai ging die Polizeiverwaltung mit einer Neuerung vor, die tief in die Zustände des öffentlichen Elends einschnitt. Zwar das Verbot des Tanzens auf öffentlichen Plätzen, wie dem Platz des Palais-Royal, konnte schon an sich den Bedürftigen keinen Gram verursachen; um so weniger aber, als es die Brodverkäufer und andere Platzhändler waren, die nach erfolgter Geldernte diese Lustbarkeiten in Scene setzten. Hatten sie doch selbst oft als Zuschauer bitter darüber geäußert: „Wir sind es, welche die Violinen bezahlen." Desto übler vermerkt wurde dagegen die Beseitigung der zahllosen kleinen Krambuden, die Wein und Eßwaaren feilboten und Vielen in der Noth eine Zuflucht waren. Namentlich auf dem Pont-au-Change und am Louvre entlang an der Seine hatten doch die Kramtische und Krambuden mit ihren billigen Häringsportionen, mit ihren widerlichen Ragouts aus allerhand zweifelhaftem Gemengsel in den schlimmsten

1) 3, 178 f.; 180; 184 f.

Zeiten der Brodnoth sich ein wesentliches Verdienst erworben; nämlich das Verdienst, zahlreiche Darbende durch eine Halb- oder Viertelssättigung vor dem Hungertode bewahrt zu haben. Allerdings versperrten derartige Kramgeschäfte die „öffentlichen Wege" und hemmten besonders in den engen Straßen für Wagen und Fußgänger so sehr die Passage, daß ihre Beseitigung aus allgemeinen Verkehrsrücksichten durchaus zu rechtfertigen war. Allein einmal wurde dadurch doch Vielen die bisherige Erwerbsquelle verstopft oder eingeschränkt, und andrerseits verdroß es in noch weit größeren Kreisen, die Gelegenheiten zur Erlangung eines kümmerlichen, aber billigen Imbisses nicht mehr leicht und zahlreich zur Hand zu haben. [1]

So wirkte alles zusammen, um seit den Anfängen des Maimonats die Zustände und die Stimmungen immer unbehaglicher zu gestalten. Unter diesen Umständen wurden auch die socialistischen Hetzereien immer dreister, die Gruppenbildungen immer unheimlicher, die Bande der Ordnung immer lockerer. Gegenüber diesen socialistischen Wühlereien stachelte das Centralbureau unaufhörlich die Regierung zur „Thatkraft" und „Festigkeit" an; es war selber Tag für Tag darauf bedacht, die Fäden der Babeuf'schen „Verschwörung" aufzudecken. Und nach dieser Richtung hin ermannte sich auch endlich die Regierung zur That; aber nicht allzugern, weil die That nicht den verhaßten Royalisten, sondern deren Gegnern galt. Babeuf und seine Anhänger wurden seit dem 10. Mai aufgehoben und der richterlichen Verurtheilung überliefert. Die Besorgniß, daß seine „Handvoll" Socialisten die in ihrer Masse keineswegs socialistisch gesinnte Bevölkerung aus Verzweiflung zu einem socialen Aufstande hindrängen könne, war damit beseitigt; aber nicht die Verzweiflung, und nicht deren Ursache — das Elend. [2]

---

1) 3, 124; 185. Mercier 4, 195 ff. Vgl. oben Th. I. 29. — 2) 3, 172—188.

7. Die Assignatenkrise und die Juniplünderung.

Nach wie vor der Maiverschwörung rang sich aus der Summe der populären Forderungen immer einmüthiger und dringender der Wunsch nach Frieden hervor. Siegesnachrichten vernahm man wohl mit „Vergnügen"; aber nur weil man desto sicherer auf die Friedensschließung zählte. Denn sie allein, hieß es auch jetzt, vermöge eine „solide Wiederherstellung der Finanzen" zu ermöglichen; nur durch sie könne die Regierung zu „Kräften" kommen, die Summe der Ausgaben beträchtlich sich „mindern", der Sparsamkeit, dem Ackerbau, dem Handel, den Künsten ein „freies Feld" sich eröffnen, und die „Wohlfahrt des Gemeinwesens" erblühen.[1])

Allein die Regierung dachte ganz anders; sie hoffte vielmehr, im Hinblick auf die neuen italienischen Siege, den Krieg selber fruchtbar zu machen für die Finanzen. Sie war entschlossen, die Kriege fortzuführen, nicht sowohl um des Ruhmes willen, als vielmehr um der Beute halber an baarem Gelde, die sie einzubringen versprachen. Pries doch das Volk selber an dem vereinzelten Friedensschluß mit Sardinien „die Sorgfalt, womit man bedacht sei, Frankreich mit der Beute seiner Feinde zu bereichern", und „ihren Händen die Meisterstücke der Künste zu entreißen".[2]) Die Regierung war indeß willens, die Erpressungen im Auslande, die Contributionen der Besiegten lediglich zur Bestreitung der laufenden Staatsbedürfnisse zu verwenden, und keineswegs zur Tilgung der Staatsschulden oder zur Befriedigung der Staatsgläubiger. Und deshalb schritt sie endlich, durch das Gesetz vom 23. Mai, zur Liquidation der Assignatenschuld. Um so mehr, als die öffentliche Meinung, seit der Unterdrückung der socialistischen Verschwörung, immer nachdrücklicher die Einlösung der Assignaten forderte.[3])

1) 3, 174; 181; 185 f.; 193; 199 f.; 207; 209; 212; 220; 222; 225; 241; 244 f. — 2) 3, 208. — 3) 3, 184; 206 f.; 209.

Die Lage, als das Gesetz am 22. Mai im Rath der Fünfhundert zur erstinstanzlichen Entscheidung kam, war eine überaus traurige. Die leidenschaftlichste Agiotage hatte seit dem 10. Mai den Louis, ohne weitere Unterscheidung zwischen kleinen und großen Assignaten, zuerst von 7500 auf 8100 und dann bis auf 10,500 Livres emporgetrieben, die Mandate aber von $13^1/_2$ % auf $11^1/_2$ und 11 herabgedrängt.[1] Nicht wenig waren daran die Landleute, Bauern und Pächter betheiligt, die als die „unerbittlichsten Frondeurs der neuen Regierungsform" grundsätzlich auf die Mandate drückten, und jetzt sogar thatsächlich mit doppeltem Nachdruck, weil es sie gelüstete, auch ihrerseits durch Submissionen Nationalgüter zu Schleuderpreisen zu erwerben.[2] Während die Arbeitslosigkeit andauerte oder zunahm, wurde die Theuerung, da sich die Preise auch ferner nach der Agiotage richteten, immer maßloser.[3] Der Preis für das Pfund Brod, obwohl die Taxe auf 37 Livres gestellt blieb, stieg trotzdem auf 60 Livres und darüber; die freien Bäcker zeigten sich entschlossen, lieber ihre Läden zu schließen, als sich an die Taxe zu kehren.[4] Während das Brod „seltener" zu werden drohte, begann das Fleisch wirklich zu mangeln, und die Fleischer erklärten am 20. Mai, daß in drei Tagen das Pfund „mindestens 300 Livres" kosten würde.[5] Die Reste des Babeuf'schen Anhanges rührten sich wieder und suchten namentlich, nicht ohne Erfolg, in den Kreisen des Militärs Propaganda zu machen.[6] Der Leichtsinn der reicheren Klassen war begreiflicherweise unverwüstlich. Ein Bericht vom 16. sagte daher: „Zwar spricht man nur von dem Elend, und beklagt die Gleichgültigkeit der Regierung in Bezug auf das Schicksal der Finanzen; aber dessen ungeachtet geht man in die Messe (deren Besuch officiell

1) 3, 191 ff.; 195; 197 f.; 208 f. Vgl. Frankreich im J. 1796. 2, 144. — 2) 3, 187; 191; 195. — 3) 3, 190; 192 f.; 201. — 4) 3, 201; 207; 210. — 5) 3, 193; 207. — 6) 3, 199 f.; 208; 210 f.

als Müßiggang verpönt war) und in das Schauspiel, man putzt sich, spaziert umher, trinkt und tanzt.“ [1]) Die leidende Menge dagegen, hieß es am 20., die „einzig von dem Gefühl ihres Elends und ihrer Entblößung“ erfüllt ist, die mit den „Schwierigkeiten der Erlangung der dringendsten Lebensbedürfnisse“ ringt, starrt „fast in Stumpfsinn“ dahin. [2])

Der 22. Mai war ein sehr bewegter Tag. Es war ein Sonntag, und daher nach dem republicanischen Kalender, der die christlichen Feiertage beseitigt hatte, ein Werkeltag. Der Rath der Fünfhundert berieth als „geheimes Comité“ über die Frage der Assignateneinlösung. Das Publicum, das sich dem Dekadenkalender und der Feier des Dekadentages durchaus nicht fügen wollte, feierte auch diesen Sonntag, wie die früheren. Alle Läden waren geschlossen, die Schenken überfüllt; verlobderte Soldaten trieben sich, wie es nun schon täglicher Brauch war, trunken und ungeberdig umher. Die Promenaden waren glänzend, die Frauen entfalteten ihren Schmuck und ihre Wohlhabenheit; aber die Männer verharrten in einem „dumpfen und traurigen Schweigen“; nur Einzelne äußerten sich „schmerzvoll“ über die Verheerungen der „scheußlichen Agiotage“. Auf den Märkten und in den Hallen sprach man von der Hausse des Louis; allerhand Gerüchte kreuzten sich; bald fürchtete man, die Einlösung der Assignaten gegen Mandate werde im Verhältnisse von 100 zu 1 erfolgen; bald hieß es, alle großen Assignate würden einfach demonetisirt werden. Bereits seit 10 Uhr Vormittags waren alle Brodverkäufer auf dem Platz des Palais-Royal verschwunden; das Gerücht von einer bevorstehenden Plünderung hatte sie verscheucht. Denn die Menge wollte es nicht dulden, daß trotz der officiellen Taxe das Pfund Brod nicht unter 60 Livres verkauft ward. Um 6 Uhr Nachmittags verbreitete sich die Nachricht von dem Beschluß der Fünfhundert, wonach

1) 3, 197. — 2) 3, 205.

die Einlösung bis zum 13. Juni im Verhältniß von 30 zu 1, später nur im Verhältniß von 100 zu 1 erfolgen solle. Das Publicum, das der Hoffnung lebte, mit den Assignaten werde die Agiotage ein Ende nehmen, zeigte sich befriedigt.[1])

Für die Agioteure aber trat ein Moment der äußersten Spannung ein. Am 23., wo es sich entscheiden mußte, ob der Rath der Alten dem Beschlusse zustimmen werde, versammelten sie sich schon in aller Frühe, um 6 Uhr, auf dem Perron des Palais-Royal. Der Louis wurde zwar zu 10,500 angeboten, aber man wollte ihn selbst für 9500 nicht nehmen. Niemand mochte sich auf Geschäfte einlassen; man vertagte alle Combinationen auf die Mittagszeit. Auf dem Platze des Palais-Royal fand sich aus Furcht vor Plünderung nicht der achte Theil der Brodhändler ein; der Preis des Pfundes stieg aber auf 80 und 100 Livres. Das Gewühl der Agioteure auf dem Perron nahm seit Mittag ungeheure Dimensionen an. Die Baisse der Assignaten war die Losung; sie wurden massenhaft verkauft, das Hundert zu 3 Sous 6 Deniers. Und nur zu diesem vernichtenden Satze wurden sie gleich darauf von den „sämmtlichen Kaufleuten" angenommen, und noch dazu „nicht ohne Schwierigkeit". In der ganzen Stadt hörte man nichts wie Murren und Klagen über dieses unaufhaltsame Fortschreiten der Theuerung. Dazu gesellten sich alarmirende Gerüchte über eine neue socialistische Verschwörung, die „in Kurzem" zum Ausbruch kommen werde. Selbst trunkene Militärs erklärten: der „letzte Schlag sei verfehlt", der „neue" aber werde „nicht fehlschlagen". Ueberall bildeten sich, namentlich auf den Brücken und in der Nähe derselben, trotz aller Verbote dichte und bedenkliche Gruppen. Da endlich kam die Kunde von der Zustimmung der Alten und rief überall neue Hoffnungen wach; man athmete wieder auf.[2])

1) 3, 209 f. — 2) 3, 210—212.

Alsbald machte sich indeß die Kritik, und zum Theil in sehr begründeter Weise geltend. Man fand die Zahl der Notare, d. h. der Einlösungsstellen, unzureichend und war besorgt wegen der „falschen" Assignaten; man tadelte die Unvollständigkeit der Maßregel, d. h. die Ausnahme der Appoints von 100 Livres und darunter, und begehrte das „Verschwinden" der „Gesammtheit" der Assignaten „bis auf das letzte" Stück. Vor allem aber hielt man die Frist für zu lang; denn in der Zwischenzeit werde aller Handel „dermaßen stocken, daß man sich keinerlei Waaren werde verschaffen können, wofern man nicht beträchtliche Massen von Assignaten zu verwenden" habe.[1])

Und in der That, die Uebergangszeit war eine trostlose. Schon mit dem 24. erklärten die Kaufleute rund heraus, daß sie weder Assignaten noch Mandate annehmen würden, da die einen so wenig werth seien wie die anderen; nur gegen Münze wollten sie verkaufen, und auch von dieser nur die alte, nicht die neuen Gepräges anerkennen. Insbesondere die Eßwaarenhändler wiesen jede Art von Papier zurück.[2]) Der Louis stieg nunmehr am 25. auf 12,200, und am 5. Juni auf 19,000 Livres in Assignaten; die Mandate fielen am 25. auf 8 %, dann auf 7¾, auf 5, und am 5. Juni auf 2; die Assignaten über mehr als 100 Livres waren seit dem 30. nur noch für 1 Sous Münze das Hundert, die zu 100 nur für 2 Sous zu verwerthen.[3]) Da Münze noch immer außerhalb der Agiotage eine „Seltenheit" blieb, der Werth der Assignaten aber „nahezu Null" war und diese doch immer noch in den Händen der ungeheueren Mehrzahl das einzige Zahlmittel bildeten: so mußte die Theuerung, in Assignatenpreisen ausgedrückt, selbst dann als eine entsetzliche erscheinen und wirken, wenn die Münzpreise mäßig oder niedrig waren.[4])

1) 3, 211; 214 f.; 223; 225. — 2) 3, 212 f.; 225. — 3) 3, 215; 222 f.; 231; 244. — 4) 3, 216; 218.

Das Pfund Brod kostete nun 125, ein Litron trockne Bohnen 100 Livres; die Fuhre Holz wurde zum Goldcurs verkauft und stieg auf 24,000 Livres in Assignaten, während sie in Baargeld erklecklich billiger war wie fünf bis sechs Jahre zuvor.[1] Mit unglaublicher Verachtung wurden die Assignaten von behäbigeren Inhabern behandelt. Geflügelhändler aus Passy kauften für Assignaten Mandate ein, und zwar im Verhältniß von 3 und 400 zu 1, ungeachtet der Staat sie im Verhältniß von 30 zu 1 einzulösen im Begriffe stand; ihr Grund war, weil sie in Passy dafür „nicht ein Glas Wasser" haben könnten.[2] Ein Fleischer in der Halle, der unter den eincassirten Assignaten auch einige über mehr als 100 Livres vorfand, zur Zeit als sie nur noch zu 100 gegen 1 umgetauscht werden konnten, warf sie zerknittert auf den Laufgang, weil es sich „nicht der Mühe verlohne, sie gegen Papier umzuwechseln".[3]

Es ist hiernach leicht zu ermessen, daß das Fest der „Dankbarkeit" am 29. Mai, obwohl es klüglich zum Dankfest für die italienischen „Siege" umgestaltet wurde, einer weit geringeren Theilnahme begegnete, als die officiellen Berichte glauben machen wollten. Wurde es auch in Folge jener Umgestaltung äußerlich mehr respectirt wie andere republicanische Feste, so gab es doch fort und fort Anlaß, den Contrast dieser glänzenden Feier mit dem herrschenden Elend auf das Bitterste hervorzuheben.[4] Ebenso begreiflich ist es, daß sich der Ingrimm des Volkes in verdoppelter Stärke gegen die Agioteure richtete, gegen die das Directorium nach wie vor keine kräftigeren Mittel in Anwendung brachte, als ein gelegentliches Auseinandertreiben durch Patrouillen, das sich natürlich als völlig nutzlos erwies.[5] Man war überzeugt, daß die Regierung selbst, um ihrer Münzeinkäufe halber, die Agiotage absichtlich

1) 3, 231; 244; 227; 243. Toulongeon 3, 116. — 2) 3, 223. — 3) 3, 243 f. — 4) 3, 220—224. — 5) 3, 215; 219; 223.

dulde, und daß diese hauptsächlich gefördert werde durch die „Mehrzahl der Deputirten", die als „Submissionäre der schönsten Nationaldomänen" aus gierigem Eigennutz die unpatriotische „Verschleuderung" derselben erzielten. Doch hielt man an der „Hoffnung" fest, daß die dergestalt bewirkten „Erwerbungen" einer „Revision" unterworfen und rückgängig gemacht werden würden.[1]) Gegen die Kaufleute steigerte sich die „Entrüstung" dermaßen, daß sie selbst den Ingrimm gegen die Agioteure überbot, und die Besorgniß vor Plünderungen und Aufständen wach erhielt.[2]) Die Zahl, die Größe und die Aufgeregtheit der Gruppen stieg von Tag zu Tag.

Das Centralbureau schilderte denn auch die Lage der Dinge in den düsterſten Farben. „Die Verzweiflung und der Kummer," meldete der Bericht vom 4. Juni, „sind auf dem Gipfel angelangt; es giebt nur Einen Schmerzensschrei: das Elend. Die Agiotage hat alle Schranken durchbrochen; die kleinsten Detailkrämer kennen nur noch den Curs; Mandat und Assignat werden hochmüthig zurückgewiesen; denn der Preis oder das Quantum, das sie in diesen Werthzeichen fordern, kommt für zahlreiche Bürger, die davon nur sehr wenig besitzen und ihre Hülfsquellen nur durch tägliche Veräußerungen ihrer Habe hinhalten können, einer Zurückweisung gleich. Der Kaufmann, der Wiederverkäufer, die Marktweiber verhöhnen sogar mit Unverschämtheit das Elend des armen Consumenten... Die öffentliche Ruhe hält sich noch aufrecht, aber es scheint mit ihr zu Ende zu gehen ... Es ist Zeit, daß die Regierung alle ihre Strenge entfalte, um dem Ueberfluthen der Agiotage zu steuern, das die entsetzlichsten Verheerungen anrichten kann. Ist es Bosheit oder ist es die Frucht richtiger Beobachtungen, die das Gerede verursacht, daß die Regierung die Stütze der Agiotage sei? Man spricht von einem gewissen Theil, wohnhaft in den Colonnaden der

1) 3, 219; 223; 227. — 2) 3, 213 f.; 223; 235.

Revolution, der beauftragt sei, Mandatspromessen auf den Platz zu bringen um dafür Münze einzukaufen, der Agenten zu seiner Unterstützung habe, und der sich rühmt, allen Beaufsichtigungsmaßregeln zu entgehen, weil er für Rechnung der Regierung arbeite. Was auch der Grund dieser Gerüchte ist, sie tragen dazu bei, jedes Vertrauen zu zerstören und das allgemeine Unbehagen zu vermehren. Alles scheint sich zu vereinigen, um die Verzweiflung heraufzubeschwören; es ist keine Spur mehr von der Freude vorhanden, welche die Haltung der Armee von Italien einflößte ... Man sagt im Publicum, daß die Regierung nur darauf ausgehe, die dürftige Klasse vor Hunger verkommen zu lassen, während die Deputirten durch ihren täglichen ungeheueren Aufwand das öffentliche Elend verhöhnen." [1])

„Die Hoffnung ist verschwunden", hieß es am 5. Juni, „es bleibt nur noch die Traurigkeit und das Elend übrig ... Die bittersten Klagen über die ausschweifende Theuerung der Lebensmittel lassen sich von allen Seiten vernehmen; Schrecken und Angst sind auf den Gesichtern gemalt. Der Louis gilt heut 19,000 Livres, das Mandat zu 100 nur 40 Sous; das Brod wird zu 125 Livres verkauft, und alles Uebrige im Verhältniß. Kurzum, das öffentliche Elend ist auf seinem äußersten Höhepunkt angelangt." Und dennoch sagte der Bericht vom 6. Juni: „Jeder Tag bietet eine traurigere und schmerzvollere Färbung dar ... In dem Tumult der Meinungen ist es schwer zu erkennen, ob es ein König oder das Regiment des Schreckens und der Anarchie ist, das von dem Elend und der Verzweiflung zu Hülfe gerufen wird ... Alle Gedanken sind auf das System unserer Finanzen gerichtet. Der wohlgekleidete Mann sowie derjenige, der die Lumpen der Armuth trägt, die Frauen und die Soldaten selbst speien Verwünschungen gegen die Regierung aus ... Der Kaufmann hat

1) 3, 228 ff.

seinen Spruch gethan; das Papier, gleichviel welcher Art, wird zurückgewiesen; Geld, heißt es, oder — keine Waare, keine Lebensmittel. Die Magazine sind angefüllt, alles ist im Ueberfluß vorhanden, und dennoch bietet alles den Anblick des Mangels und der Hungersnoth dar. Die öffentlichen Promenaden gewähren das Schauspiel des Luxus und des Reichthums, aber nicht das der Heiterkeit und der Zufriedenheit, die eine Folge des Wohlbehagens sind; und die leidende Klasse, die ihre Blicke auf diese reichen Kleider und diese eleganten Wagen richtet, sagt laut genug, daß nur Spitzbuben, Schelme oder Deputirte einen solchen Luxus zur Schau tragen und des Elends spotten könnten. Die Mehrzahl der Wein- und Eßwaarenhändler hatte gestern ihre Läden geschlossen um den Sonntag zu feiern, oder vielmehr um nicht verkaufen zu müssen; denn diese Klasse hat nur Devotion für baares Geld. Diese Ladenschließungen tragen nicht wenig dazu bei, die Entrüstung gegen die Kleinhändler aufzustacheln." [1])

Endlich am 7. Juni berichtete das Centralbureau: „Trotz der starken Patrouillen, die gestern die Quais und die Brücken, die gewöhnlichen Versammlungsorte, durchstreiften, war die Unordnung und die Gährung auf den höchsten Punkt gestiegen. Es war nicht eine Gruppe mehr, ein gewöhnlicher Auflauf; es war nahezu eine allgemeine Zusammenkunft, deren Bewegungen, Rufe und Angstbethätigungen einen unglückseligen Gegensatz bildeten zu den Cavalleristen und Fußtruppen, die in voller Waffenrüstung die hin- und herwogenden Fluthen durchbrachen, ohne eine freie Circulation bewirken zu können. Die Rufe: Brod! Nahrungsmittel! Geld! keine Mandaten! ließen sich vernehmen. Ihnen folgte der Ruf: Es lebe die Republik! Aber dieser letztere Ruf wurde vor dem schweren und geschlossenen Marschtritt der Cavallerie und der Infanterie ausgehaucht. War er nur eine Empfindung der Furcht und

1) 3, 230—232. Vgl. Frankreich im J. 1796. 2, 266 f.

des Schreckens? oder war er ein Lockmittel, um die Wachsamkeit der bewaffneten Macht einzulullen? oder war er eine reine Empfindung von Vaterlands- und Friedensliebe? das dürfte schwer zu ermessen sein. Nach allen uns zugekommenen Beobachtungen läßt es sich leicht begreifen, daß, wenn auch in den Herzen der Bürger aller Stände und der Frauen, die auf so tumultuarische Weise versammelt waren, das patriotische Gefühl eine Stelle hat, es doch durch die gegenwärtige Lage, durch den maßlosen Preis der Lebensmittel und durch den Mißcredit der nationalen Werthzeichen verdunkelt ist." [1])

Die verzweiflungsvolle Haltung des „Volkes", die Furcht vor einem Gewaltausbruch der Entrüstung und vor Plünderung schüchterte für den Augenblick sowohl die Agioteure wie die Kaufleute dergestalt ein, daß eine kleine Gegenströmung Spielraum bekam. Die Mandate begannen seit dem 7. wieder zu steigen und arbeiteten sich, obwohl unter starken Schwankungen, in den nächsten Tagen noch einmal im Angebot bis auf 11 % empor. Viele der Brodverkäufer auf den Märkten erklärten plötzlich, daß sie gar keine Münze wollten und das Papiergeld vorzögen. [2]) Das Brod schlug im Preise ab, einige andere Lebensmittel ebenfalls, die meisten jedoch nicht. [3]) Jene Thatsachen und einige Wetten, daß die Mandate in Kurzem 50 % erreichen würden, belebten wieder die todeskranke Hoffnung. [4]) Und so ging denn der 13. Juni, der Pariser Schlußtermin der Assignateneinlösung im Verhältniß von 30 zu 1, „ohne Gefahr und Unzuträglichkeiten" in Ruhe vorüber. [5]) Die Hauptmasse der Assignaten war verschwunden und durch Mandate ersetzt.

Nun aber schlug, dem Volkscharakter entsprechend, die kaum erweckte leise Hoffnung in's Ueberschwängliche über. Nun glaubte man, die Mandate würden alsbald ihren „wirklichen

1) 3, 233. — 2) 3, 235; 238 f. — 3) 3, 237; 239. — 4) 3, 235. — 5) 3, 241; 243. Vgl. Frankreich im J. 1796. 2, 264 f.

Werth" erlangen d. h. al pari stehen; es würden „große Verbesserungen" eintreten, und in Kurzem das „Leben in Paris billiger sein als je zuvor". Gelegentliche Gerüchte aus einzelnen Departements, wonach da und dort „für 20 Pistolen" (= 10 Francs) soviel zu haben sei wie „vormals für 25 Louis", und wonach die Mandate daselbst ohne Schwierigkeit für „36 und 40" % sich verwerthen ließen, regten die Phantasie an und gaben dem Wahne Nahrung. [1])

Allein die Hoffnung hielt nur einige Tage Stich. Seit dem 17. Juni stiegen mit einem Male wieder die Preise der Lebensmittel. [2]) Die Speculation der Agiotage, die man durch die Einlösung nahezu vernichtet glaubte, griff mit erneuter Rührigkeit in das gesammte Verkehrsleben ein und warf sich allzumal mit so großem Nachdruck auf die uneingelösten Assignaten von 100 Livres und darunter, daß das Publicum ungestüm die Einziehung auch aller kleinen Assignaten forderte. Die Verkäufer wiesen entschlossener und einmüthiger denn je sowohl die Mandate wie die republicanischen Münzen, namentlich das Kupfergeld zurück, und ergingen sich dabei noch in Grobheiten und Beleidigungen. [3]) So riß denn neuerdings „Entmuthigung" ein, und nichts vermochte wieder aufzurichten, selbst nicht die freilich falschen Friedensgerüchte, die sonst das Volk in Entzücken versetzt hatten. Das Centralbureau selbst gestand: „Die Herzen sind durch das Elend so vertrocknet, daß nichts mehr sie angenehm zu berühren vermag." Die erneute Steigerung der Drangsale wurde um so schwerer empfunden, als der leidenden Klasse und zumal den Rentnern keine hülfreiche Hand geboten ward, und als der „Contrast zwischen dem Aeußern der Neubereicherten und dem der Elenden, die auf ihren Dachkammern über alle Maßen litten", immer peinlicher wirkte. Die „Gesellschaft" bot eben, nach dem Ausdruck des Centralbureau's, das „herzzerreißende Bild"

1) 3, 240 f.; 242 f. — 2) 3, 245. — 3) 3, 242; 244 f.

der „Getheiltheit in zwei Klassen ohne Mittelstufe, einer übermäßig reichen und einer übermäßig armen", dar. Um so bemerkenswerther erschien es, daß die „familienreiche leidende" Klasse, trotz ihrer „elenden Lage", wenn auch „klagend und murrend", doch in „Geduld" sich faßte.[1])

Aber das Maß war noch nicht erschöpft. Neue Brodnöthe schienen im Anzuge. Die Bewohner und die Communen benachbarter Departements, darüber erbittert, daß die Verproviantirung von Paris „ihnen alles raube", legten der Zufuhr wieder Hindernisse in den Weg, bemächtigten sich zweier Schiffsladungen mit Mehl und nöthigten die Fuhrleute zu großen Umwegen. Der Mißcredit der Mandate, die um den 20. Juni wieder auf $8^1/_3$ und auf $7^1/_5$ % zurückgingen, verursachte eine „allgemeine Aufregung". Da alle Eßwaarenhändler nur Münze nehmen wollten, die Masse der Bedürftigen aber jetzt nur Mandate nnd kleine Assignaten in Händen hatte, so war grade diese wieder in der Lage, entweder „sich gar nichts verschaffen zu können, oder wenigstens nur mittelst einer großen Menge Papier". An den „großen Entbehrungen" der bedürftigen Klassen, an ihren „Klagen" und ihrer „Aufregung", nahm natürlich die große Mehrzahl der Arbeiter theil. Unbegreiflich erschien das Ausbleiben der längst angekündigten und erwarteten Proclamation zur Unterstützung des Credites der Mandate; und noch unbegreiflicher die Thatsache, daß der gesetzgebende Körper *ausdrücklich* wegen des „*relativen Werthunterschiedes von Mandat und Geld*" zu einer sogenannten Verbesserung des Looses der Beamten und der Rentner schritt; denn durch diese Motivirung wurde ja der *relative Unwerth* der Mandate förmlich von Staatswegen anerkannt. Die nächste Folge war, daß man schon am 20. wettete, die Mandate würden „vor Ablauf von zwei Tagen nicht 5 % mehr gelten", und daß bei den

1) 3, 246; 248.

Kaufleuten selbst „der winzigste Gegenstand nur noch für Münze zu erlangen" war.[1])

Jene „Verbesserung" des Looses der Beamten und Rentner fiel übrigens sehr kümmerlich aus. In Betreff der Ersteren war anfangs von einer „Verdoppelung des Gehaltes" die Rede.[2]) Wie ungenügend diese auch gewesen wäre, da die Mandate so tief unter 50 % standen: so gewährte dennoch der Rath der Fünfhundert am 19. nur eine sogenannte „Entschädigung" von mäßigem Betrage, die am 20. von dem Rath der Alten genehmigt und später verlängert wurde. Noch viel jämmerlicher war der Ausgang in Betreff der „Rentner und Pensionäre". Am 25. und 26. kam ein Beschluß beider Räthe zu Stande, der bei der Zahlungsleistung in Mandaten nur die bisherigen Steuerabzüge beseitigte.[3]) So wurden Beamte und Rentner schließlich, statt befriedigt zu werden, vielmehr nur gefoppt und gereizt, während doch andrerseits das officielle Zugeständniß, daß Mandate der Münze nicht gleichwerthig seien, bestehen blieb.

In der unbemittelten Bevölkerung faßte der Verdacht Wurzel, als ob alle Welt sich gegen sie verschworen habe; als ob alle Bemittelten, nicht bloß die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers und namentlich des Rathes der Fünfhundert, sondern auch alle Kaufleute nur darauf ausgingen, den billigsten Erwerb von Nationaldomänen auf Kosten des Staats, und deshalb die möglichste Entwerthung der Mandate auf Kosten des ärmeren Theils der Bürger zu erzielen. In der „äußersten Erbitterung" kam daher wieder das System des Aufzwingens der Mandate zum Paricurs in Schwung. Und wieder gingen darin die Militärs in brutalster Weise vorauf, indem sie sogar ihrer Waffen als Zwangsmittel sich bedienten. Es kamen Verwundungen vor; die Verkäufer waren ihres Lebens nicht

1) 3, 248 f. Vgl. 242. — 2) 3, 242. — 3) Rondonneau 1, 24; 570. Moniteur v. 25. u. 30. Juni, u. v. 2. Juli (28, 332; 337; 340).

mehr sicher. Das Publicum tadelte die Gewaltthätigkeit, aber verdammte die Kaufleute. Die Friedensrichter hätten fortwährend eine Fülle derartiger Händel zwischen Käufern und Verkäufern zu schlichten.[1]) Nicht minder jedoch wurden sie durch die zahllosen Händel zwischen Miethern und Vermiethern in Anspruch genommen. Denn allgemein wurde jetzt von den Letzteren die Miethe in Münze verlangt, und wer dem nicht entsprechen konnte, wurde unbarmherzig vor die Thür gesetzt. Ueberdies waren die Steigerungen der Miethen, sowie Nergeleien und Grobheiten der Wirthe gegen die Miether an der Tagesordnung. „Nie", sagt Mercier, „sind die Eroberer unerbittlicher gewesen gegen eroberte Völker."[2])

In Kurzem sollte das „Fest des Ackerbaus" gefeiert werden. Schon die Vorbereitungen dazu riefen seit dem 20. die schärfsten Verdammungsurtheile von allen Seiten hervor. „Nicht genug", hieß es, „daß die Regierung die Bauern bereichert habe, nun wolle sie ihnen noch Feste geben; es sei besser, den Betrag der Kosten zur Erleichterung der Bedürftigen zu verwenden." Mit der gleichen Entschiedenheit wurde jetzt überhaupt jeder Luxus verdammt, im Gegensatz zu jenen Tagen der wiedererwachten „Hoffnung". Denn damals hatte man den Luxus als ein Mittel bezeichnet, das die „Quellen des öffentlichen Elends austrocknen, die Industrie, die Gewerbe, die Künste und die dabei beschäftigte große Zahl von Arbeitern fördern" werde. „Allein der Leidende", erläuterte das Centralbureau, „vergißt alles und hat nur Ein Gefühl, eben das seiner Leiden."[3])

Am 21. sanken die Mandate auf 6 % herab, ein Stand, der nur noch einmal, rasch vorübergehend, um ½ % sich hob. Ueberall gab sich Bangen und Unwille kund. „Durch welches Verhängniß", klagte man, „sind wir dahin gerathen, die

1) Tableaux 3, 249; 251 f.; 253; 255. — 2) 3, 242; 245; 251 f.; 257; 273. Mercier 3, 153. — 3) 3, 249 f.

Mandate, die uns die Regierung zum vollen Nennwerth zahlt, den Wucherern zu 6 Francs für das Hundert zu überliefern? Wie lange wird die Regierung eine solche Räuberei dulden? Der ganze Handel ist jetzt nichts als Räuberei!" In der That versicherte das Centralbureau: Die „Habgier der Kaufleute wächst von Tag zu Tag"; nicht nur wird „das Mandat zurückgewiesen", sondern „man geht noch weiter, und, obgleich die Münze noch spärlich ist, verkaufen die Händler aller Art selbst in Münze theurer als im Jahre 1790". Da „die einfachsten Lebensmittel nur für Baargeld zu erlangen" sind, so sieht sich der „Ehrenmann", der den „Agioteur verachtet", dennoch „genöthigt", bei diesem die Umwechslung „seines Papiers" gegen Münze nachzusuchen; „der Agioteur hört ihn frostig an, läßt sich oft erst bitten", und betreibt sein Handwerk unter „Schimpfreden gegen die Regierung".[1] Der Wucher gab sich auch auf andere Weise kund. „Man kann keinen Schritt thun — sagt Mercier mit Bezug auf die Fülle der täglichen Straßenanschläge — ohne daß der Blick auf irgend eine unverschämte Anzeige fällt, worin dieser oder jener sich zum Ausleihen von Geld erbietet, gegen gute Unterpfänder und zu angemessenen Bedingungen, nämlich: 6 oder 8 % für den Monat." Diese Zinswucherer sind es, fährt er fort, die „den Ueberrest aller Habseligkeiten der Rentner, der ehrsamen Beamten und Angestellten verschlingen werden, wenn man noch länger ihr Treiben duldet."[2]

So kam es denn zunächst seit dem 23. Juni zur Entladung eines allgemeinen Zornergusses gegen die Regierung, gegen den gesetzgebenden Körper und vor allem gegen den Rath der Fünfhundert. In diesem, hieß es, sei die Zahl der „schätzbaren, rechtschaffenen und herzhaften" Mitglieder eine sehr „schwache". Die „Majorität" wisse nichts Besseres zu

1) 3, 250; 252 f.; 258. Vgl. Frankreich im J. 1796. 2, 357. — 2) Mercier 6, 175 f.

thun, als „mangelhafte Gesetze“ zu Tage zu fördern, der „Agiotage“ obzuliegen und die „wohlfeile Erwerbung von Nationalgütern“ zu erzielen; während die Bedürftigen, die „Rentner“, für deren „Klagelaute der gesetzgebende Körper nur taube“ Ohren habe, den „Aengsten des Hungers und des Elends preisgegeben würden“. Man erklärte vieler Orten laut: daß „der grausamste Tod der Hunger sei“; daß man „feig sein müsse, um nicht den Tod durch einen Schuß oder einen Bayonnettstich vorzuziehen“; daß „ohne die Truppen, womit die Regierung sich umgebe, die Dinge anders stehen würden“; daß der Kelch „des Elends bis an den höchsten Rand“ gefüllt sei und nun „überfließe“.[1] Das Centralbureau seinerseits erklärte: der „Kummer zernage alle Einzelnen“; er werde „geschärft“ durch die Drohung der „Mehrheit der Verkäufer“, daß sie, entschlossen „nur Münze anzunehmen“, sobald man ferner den Versuch mache, ihnen „Assignaten oder Mandate aufzuzwingen“, sofort „ihre Läden schließen würden“. Allgemein wurde wieder die Besorgniß vor einem großen Gewaltausbruch der Verzweiflung rege.[2]

Um ihn abzuwenden, tauchten von den verschiedensten Seiten allerhand Rettungsvorschläge auf. Einige Kaufleute erkannten es als eine „Nothwendigkeit“ an, den Mandaten „Credit zu verschaffen“. Zu dem Ende sollten „alle etwa schon verkauften Nationalgüter zurückgenommen und zur Versteigerung“ gebracht werden; dadurch würde zunächst „das Pfand der Mandate sichergestellt werden“. Ferner solle man zulassen, daß „alles in Mandaten zum Curse gekauft und verkauft“ werde, und daß die „Erhebung der Steuern“ ebenfalls „in Mandaten zum Curse“ geschehe; dadurch würde „das Vertrauen sich wiederherstellen“. Endlich solle man „alle kleinen Assignaten verschwinden machen und schleunigst kleine Mandatencoupons in Umlauf setzen“, damit es „den

1) Tableaux 3, 253 f.; 259. — 2) 3, 253 f.

Kleinhändlern und den Consumenten" beim Herausgeben und Zahlen nicht an kleinen Werthzeichen fehle. Andererseits kam man wiederholt auf die schon früher erörterten Vorschläge zur Gründung eines der ehemaligen Discontocasse ähnlichen Institutes zurück; einer Casse, wo jederzeit „die Mandate eingelöst" werden könnten; einer „Nationalbank", die geeignet sei, ein für allemal „die Quellen der Agiotage zu verstopfen". [1])

Statt aller erwünschten oder erwarteten Abhülfen kam aber nichts Anderes und Besseres zu Stande, als jenes Gesetz vom 27. Juni, das, der hergebrachten Unbeständigkeit getreu, in den Departements den Schlußtermin für den Umtausch der Assignaten von mehr als 100 Livres zu 30 gegen 1 bis zum 18. Juli hinausschob und dagegen die alsdann nicht umgetauschten Scheine für null und nichtig erklärte. Allgemein wurde die Hinausschiebung des Schlußtermines verdammt. Diese Maßregel, hieß es, diene nur wieder dazu „die Agiotage zu begünstigen" und den „großen Herren", d. h. den „Submissionären von Nationalgütern", die Erwerbung derselben „für nahezu nichts" zu ermöglichen; denn sie werde bewirken, daß das Mandat „nicht 3 Francs" mehr im Hundert zu stehen komme. [2])

Unter solchen Auspicien wurde am 28. das „Fest des Ackerbaus" in Scene gesetzt. Die Polizei selbst gestand, daß Niemand sich um das „republicanische Fest auf dem Marsfeld" kümmere; nur „wenige Menschen", nur eine „kleine Zahl von Zuschauern" habe sich eingefunden, und auch diese nur „mehr aus Neugier, als aus Patriotismus". Die Kaufleute ignorirten das Fest vollständig, ihre Läden waren geöffnet, und obwohl sie nur gegen Münze verkauften, ging der Tagesverkehr in Ruhe von statten. Die gewöhnlichen Promenaden am Abend und der übliche Besuch von Ruggieri's Garten boten, nach dem Ausdruck des Centralbureau's „einen schöneren Anblick"

1) 3, 254 f.; vgl. 246; 265; 267; 272 f. — 2) 3, 257.

und eine „angenehmere" Unterhaltung dar „als das Fest am Morgen". In den Volksgruppen unterhielt man sich von dem herrschenden Elend, von der Nichtausführung der Gesetze und der Sorglosigkeit der Regierung; der gesetzgebende Körper und insbesondere die Mitglieder des Rathes der Fünfhundert wurden mit Schimpfreden überschüttet, der Speculationssucht und der Bereicherungsgier geziehen.[1] Im Uebrigen ging alles still und friedlich zu; aber es war die Stille vor dem Gewitter.

In der Frühe und am Vormittag des 29. nahmen die Dinge eine ganz andere Physiognomie an. Ueberall wurden die Landleute, die Eßwaaren zu Markte brachten, und ebenso die Brodhändler auf dem Platz des Palais-Royal von der Menge tumultuarisch überfallen, ihre Waare willkürlich taxirt und die Annahme der Assignaten im Verhältniß von 30 zu 1 Livre Münze, d. h. zu $3^1/_3$ %, erzwungen. Mit diesen Gewaltthätigkeiten gingen offene Plünderungen Hand in Hand. Auch einige Weinhändler sahen sich von Arbeitern und Militärs überfallen, die gratis zechten, weil man „die Mandate nicht nehmen" wollte. Zwar wurden die meisten Weinhändler, die Fleischer und andere Kaufleute mit Plünderung verschont; dennoch genügten jene Gewaltthaten, um unter sämmtlichen Verkäufern einen panischen Schrecken zu verbreiten. Die Landleute, die Höker, die Brodhändler, Alle, die Eßwaaren öffentlich feilboten, ergriffen hastig die Flucht; in kurzer Zeit waren alle Märkte, die Halle, die öffentlichen Plätze, auch der Platz des Palais-Royal, völlig von Waaren entblößt und verödet. Die Volksmenge, mitten in ihrem gesetzwidrigen Vorgehen, gerirte sich als Verfechter der Gesetze; ihnen, hieß es, seien die Verkäufer Gehorsam schuldig; sie streng auszuführen, ihnen Achtung zu verschaffen, die Verkäufer zur Annahme der Mandate zu nöthigen, sei Pflicht der Regierung. Selbst die ruhigen

1) 3, 259 f.

Bürger tadelten nur die Habgier der Verkäufer und schwiegen über das Verhalten der Menge oder erblickten doch den Antrieb dazu nicht sowohl in „Anreizungen" von außenher, als in der „Verzweiflung des leidenden Volkes". Von den „neuen Erfolgen der französischen Heere", deren Kunde soeben eingelaufen, war „weder in irgend einem Café noch in irgend einer Gruppe die Rede". Am Abend wurden Ordnung und Ruhe wieder hergestellt, die Gruppen durch Cavallerie auseinander getrieben. Das beschwichtigte aber die innere Unruhe der Menge nicht; um so weniger als der Verdacht Wurzel faßte: die Ausführung der Gesetze unterbleibe nur deshalb, weil „unendlich mehr Mandatspromessen in Umlauf wären, als gesetzlich festgestellt worden"; und man habe dies Papiergeld überhaupt „nur deshalb erfunden, um den Bankerott besser zu organisiren".[1])

Unverkennbar hatten die Gewaltthätigkeiten des 29., wie sehr man sie auch an sich beklagen durfte, für 24 Stunden einen durchschlagenden Erfolg. Noch an demselben Tage fanden die oben erwähnten Rettungsvorschläge der kaufmännischen Kreise, wenigstens ihrem Hauptpunkte nach, einen Wiederhall im Rath der Fünfhundert. Defermont beantragte nämlich, auf Grund jener tumultuarischen Vorgänge, daß den Bürgern „in der Abschließung ihrer Privatgeschäfte volle Freiheit" gegeben werde, d. h. die Freiheit, im Handelsverkehr die Mandate auch unter dem Nennwerth, zu einem beliebigen Curse, auszugeben und anzunehmen. Man beschloß, darüber im „geheimen Comité" zu berathen, das am folgenden Tage noch fortdauerte.[2]) Indeß schon der bloße Antrag Defermont's wies der thatsächlichen Entwicklung sofort die Richtung an. Und so geschah es denn, daß am 30. Juni der Tagesverkehr einen geregelteren und friedlicheren Gang nahm, wie seit

1) 3, 260 f.; 266. — 2) Moniteur v. 4. Juli (28, 341). Tableaux 3, 264.

langer Zeit nicht. Hallen und Märkte waren wider Erwarten wohlversorgt; alle Verkäufer, auch in den Läden, waren bereit, die Mandate nach dem Curse oder nach einem „in gegenseitiger Uebereinkunft" festzusetzenden Preise anzunehmen. Die Käufer gingen darauf ein; von dem Zwangscurs war nicht mehr die Rede; Jeder der darauf bestehen wollte, wurde von dem Publicum selbst als Ruhestörer in die Schranken gewiesen. Die Mandate, die unter den Tumulten des vorhergehenden Tages gesunken waren [1]), gingen wieder in die Höhe. Auch über die Annahme der Assignaten ließen sich die Kaufleute zu friedlichen Uebereinkünften herbei. Es gab weder „Zwang noch Zank" mehr. Jedermann schien die „Unmöglichkeit, dem Mandat seinen Nennwerth zu geben", vollkommen einzusehen. Selbst die Weiber traten dafür ein. Sie zwangen einige ihrer Genossinnen, die am Tage zuvor die Bewegung benutzt hatten, um den Goldarbeitern Schmucksachen weit unter ihrem Werthe abzutrotzen, dieselben zurückzustellen. [2])

Da fällte nun aber an demselben Tage, am 30. Abends, der Rath der Fünfhundert jene Entscheidung: daß kein Grund vorhanden sei, über irgend eine Proposition zu berathen, welche darauf abziele, für die Mandate einen Curs unter dem Nennwerth festzustellen. [3]) Dieser Beschluß rief in den weitesten Kreisen den „heftigsten Unwillen" hervor. Denn er hatte natürlich die Folge, daß mit dem 1. Juli die „Kaufleute und die Verkäufer aller Art" sofort wieder die Mandate ganz „zurückwiesen", um sich nicht wegen Verstoßes gegen den gesetzmäßigen Münzcurs denuncirt und bestraft zu sehen. Die Consequenz war, daß das Publicum, um etwas kaufen zu können, erst wieder bei den Agioteuren die Mandate gegen Münze umsetzen mußte. In den „rückhaltlosesten Ausdrücken" verurtheilte man den Rath der Fünfhundert. Es hätte nicht,

1) Tableaux 3, 260. — 2) 3, 261 f. — 3) S. oben S. 132 f.

hieß es, der „Mühe bedurft, zwei Tage im geheimen Comité zuzubringen, um über das öffentliche Elend zur Tagesordnung überzugehen"; er „mäste sich mit Reichthümern und kümmere sich wenig darum, ob der Unglückliche vor Hunger und Verzweiflung stirbt". Leidenschaftlicher denn je warf man den Abgeordneten Wucherei, Güterspeculation und Verschleuderung der Nationaldomänen vor; mit der Versicherung: es werde ihnen „so wenig gelingen, einen Curs für die Mandate wie ein Urtheil über ihre Person zu erzwingen". Die Mandate sanken unter Schwankungen am 3. Juli „fast auf Null" herab. [1]

Vielen erschien es „unbegreiflich", daß „inmitten der allseitigen Klagen die Ruhe erhalten blieb". Aber allerdings lag ein Hauptgrund auf der Hand. Die „arbeitende Klasse", soweit sie wirklich Beschäftigung fand, hatte schon seit einiger Zeit mehr und mehr das Beispiel der Verkäufer nachgeahmt; sie ließ sich ihre Arbeit „in Münze" oder in „Mandaten zum Curse" bezahlen, litt daher „an nichts mehr Mangel", und war des Revolutionirens satt. Die „leidende Klasse" aber blieb grundsätzlich dem Revolutioniren feind und „verstand nur, schweigend zu dulden". [2]

Eine leise Hoffnung verblieb noch den Leidenden. Der gesetzgebende Körper hatte eben die Grundsteuer zu regeln und die Naturalabgaben in Geld umzuwandeln. Es kam darauf an, ob er das Mandat nach oder, trotz jenes Beschlusses vom 30. Juni, unter dem Nennwerth berechnen werde. Und siehe da! was er offen abgelehnt, that er nun dennoch versteckterweise. Am 4. und 9. Juli kam in den beiden Räthen das Gesetz zu Stande, kraft dessen bei der Entrichtung der Grundsteuer und der Pächte jedes dem Staate gebührende Pfund Weizen bis zum 18. August mit 16 Sous in Mandaten bezahlt werden sollte. Das hieß nichts anders als den

1) Tableaux 3, 262—266. — 2) 3, 265; 268 f.

Werth der Mandate zu weniger denn $^1/_7$ des Nennwerthes berechnen, da ihre Gleichstellung mit der Münze den Ansatz von nur $2^1/_4$ Sous bedingt hätte. In einer Volksgruppe wurde sofort folgende durchaus correcte Berechnung aufgestellt: „Der Sester Weizen zu 250 Pfd. wird auf den Märkten für 28 Francs in Münze verkauft; setzt man das Pfund zu 16 Sous in Mandaten an, so ergeben sich 200 Francs in Mandaten für den Sester; folglich heißt dies, das Mandat zu 100 Francs auf 14 Francs festen Werthes herabsetzen, vorausgesetzt, daß sich alles dem Werth des Getreides unterordnet." Wie aber, wandte man ein, wenn sich „der Bauer und der Pächter", die sich „seit dem Anfang der Revolution" auf ihren Vortheil verstanden haben, dennoch ihr Korn „zu 30 u. 40 Sous in Mandaten das Pfund verkaufen, oder es gar nur gegen Münze verkaufen wollen?" In der That, bei einem Preise von 32 Sous mußte der Curs auf 7%, und beim Verkauf des Pfundes zu 40 Sous auf $5^1/_4$ % sich stellen. Man hielt es demnach wohl für möglich, daß die Mandate auf einige Tage etwas Credit gewännen, aber nur um darnach desto tiefer zu sinken. Wirklich stiegen auf Grund derartiger Berechnungen noch am 4., gleich nach der Abstimmung der Fünfhundert, die Mandate im Palais-Royal auf $8^1/_4$ und $8^1/_2$ %, sanken jedoch sofort wieder auf 7 herab; und nach wenigen Tagen waren die Einsichtigen überzeugt, daß sie nie mehr den achten oder auch nur den zehnten Theil des Nennwerthes erreichen würden.[1])

Immerhin hielt der Schein einer gesetzlichen Fixirung der Mandate auf circa 14% und der Wechsel im Steigen und Fallen des Curses eine Zeit lang in weiten Schichten die Hoffnung aufrecht. Stieg, wie neuerdings am 5., der Curs auf 8%, so erwartete man gleich ein Steigen bis auf 12, und hielt in Aussicht darauf krampfhaft die Mandate zurück,

1) 3, 264; 267; 272; 275.

nur für das Nothdürftigste sorgend. Fiel der Curs wieder, wie am 7., so mochte man sich noch weniger ihrer entäußern. [1]) Mehr und mehr aber wurde das Sinken die Regel, so daß um die Mitte Juli der Curs wirklich auf $5^1/_2$ stand.

Um so wuchtiger war der wieder hereinbrechende Jammer. Unerbittlicher denn je wurden jetzt die Mandate zurückgewiesen; nicht nur von den Verkäufern jeder Art, die das Eitle des Hoffens von vornherein durchschaut hatten, nicht nur von den Hauseigenthümern, die in der Härte gegen die Miether immer weiter gingen, und nicht nur von den Arbeitern und Tagelöhnern, denen sich ein Erwerb darbot, sondern ausnahmslos „von allen Seiten"; selbst die Posten, die Messagerien, die Kutscher wollten nichts mehr als Münze nehmen. Ebenso spröde blieben die Departements, deren „Mehrzahl" sogar die Mandate kaum kannte. [2]) Die Agiotage triumphirte in Paris, sie beherrschte das ganze Verkehrsleben; ihre Massenhorden im Palais-Royal hatten keine Scheu vor den Patrouillen, die sie auseinander trieben oder vielmehr unter ihnen „umherstreiften"; ja, das Publicum wollte höhnend wahrnehmen, daß die Patrouillen nur zahlreich seien, wenn das Mandat steige, aber verschwänden, wenn es falle. Die Agioteure boten Allem Trotz; dreist erklärten sie: sie würden „ihren Platz behaupten; nur mit Kanonenkugeln würde man sie daraus vertreiben können". [3]) Die Polizei war wieder in der Lage, tagtäglich „das Gemälde des Elends und der Sorge" zu entrollen. Die Beamten, ersieht man daraus, die nicht nur ihr Gehalt, sondern auch die sogenannte „Entschädigung" in Mandaten erhielten, befanden sich in der absoluten „Unmöglichkeit", auch nur „ihre allerdringendsten Bedürfnisse zu befriedigen". Wer nicht von ihnen Agiotage trieb oder

1) 3, 268; 271 f. — 2) 3, 272 f.; 275; 268; 277. Frankreich im J. 1796. 3, 30. — 3) 3, 270; 273 f.; 277. Vgl. Frankreich im J. 1796. 2, 359 (v. 14. Juli).

„Gelegenheit" hatte „sich bestechen zu lassen", der war einfach darauf angewiesen Hungers zu sterben. Denn selbst ein Gehalt von 6000 Livres stellte im günstigsten Fall, zu 6 % gerechnet, nur 360 Livres Münze dar. Viele legten daher ihre Stelle nieder, und man sprach schon davon, daß „sämmtliche Angestellte der verschiedenen Verwaltungszweige", alle „Richter und Administratoren" genöthigt wären, ihre „Entlassung" zu nehmen. „Alle Theile der allgemeinen Verwaltung" drohten „in ein verhängnißvolles Stocken zu gerathen". [1]) Nicht minder ergreifend war die Lage der Pensionäre und der Rentner. Ohne die Fortdauer der öffentlichen Brod- und Fleischvertheilungen, nach den Bestimmungen der Verordnung vom 25. März, wäre der Hungertod das Loos Unzähliger gewesen; aber auch trotz derselben war Hungern und Darben ihr Loos.

Mit Spannung, wird uns berichtet, lauschte man aller Orten, ob denn die Regierung keine Mittel finden werde, um „das Schicksal so vieler Bürger zu mildern, die durch den Mißcredit des Papiergeldes litten". Ueberall „hörte man nur Aeußerungen des Inhalts: Der Convent hat unsere Finanzen geplündert; der gesetzgebende Körper bemächtigt sich der Nationalgüter für nichts; was wird der nachfolgenden Legislatur übrig bleiben?" Oder es tönte aus den „Klagen" über das „Elend" die Drohung heraus: „Das kann nicht länger so dauern; man muß ein Ende machen; es ist gleichviel, ob man auf eine andere Weise oder aus Hunger stirbt." Oder man kritisirte die leitenden Gewalten: „Es fehlt ihnen", sagte man, „an aller Entschiedenheit; sie haben so viel verschleudert, daß sie nicht mehr wissen, aus welchem Holze den Pfeil schnitzen." Der „Fanatismus" schürte die Unzufriedenheit durch den Spruch: „Die schlechte Zeit sei die Wirkung von dem Zorne Gottes." [2])

---

1) 3, 271 f. Vgl. Frankreich a. a. O. 3, 30 f. — 2) 3, 270, 268; 274.

Um die Mitte des Juli erwog man nun allerdings in den Kreisen der maßgebenden Finanzmänner und des gesetzgebenden Körpers die Nothwendigkeit einer entscheidenden Maßregel in Betreff der Mandate. Das Publicum wußte darum und war in gerechter Sorge. „Wird man", hieß es, „für die Mandatspromessen auf dem Zwangscurs zum Nennwerth bestehen? Oder werden sie einen Curs gemäß dem der Börse erhalten? Wer wird den Curs feststellen? Wird man den Handel und die Kaufleute zwingen können, sich einem durch Gesetze festgestellten Curse zu fügen und anzubequemen?" Diejenigen, die lediglich mit Mandaten gegen „Elend und Schicksal" ringen mußten, klagten in ihren „Aengsten und Sorgen": „Warum hat man uns nicht die Assignaten gelassen? Sie circulirten wenigstens im Verkehr, während das neue Papier Niemand nimmt." [1]) Wir erinnern daran, daß nur noch kleine Assignaten zu 100 Livres und darunter in Umlauf waren.

Das Pfund Brod kostete damals 50 bis 70 Francs in kleinen Assignaten, und 3 Sous in Münze. In der Mehlhalle, wo der Verkehr ebenfalls nur in baarem Gelde vor sich ging, wurde das Pfund Mehl für 3, 4 und 5 Sous verkauft. Im Allgemeinen waren die öffentlichen Taxen und die thatsächlichen Preise so hoch, daß das Publicum „Verwünschungen spie" gegen die Regierung, die weder „die Habgier der Agioteure zügele, noch die Lebensmittel zu einem Satze taxire, den die Klasse der Bedürftigen erschwingen könne". [2]) Was allein noch aufrecht hielt, das war einmal die Aussicht auf die bevorstehende Selbsterwählung der Municipalbehörden [3]), und dann vor allem der Glaube an die baldige Herstellung des Friedens. Gerade im Julimonat klammerte sich die Sehnsucht nach demselben an jeden auch noch so leisen Hoffnungsschimmer fest. Auf die „englische

1) 3, 274 f.; 277. — 2) 3, 277. — 3) 3, 275.

Nation" flehte man zwar „alle Schrecken und alles Elend" hernieder, die „deren Regierung seit vier Jahren in Frankreich angeschürt" habe; aber „dennoch ersehnte man einen allgemeinen Frieden" als die einzige Bürgschaft einer allseitigen „Besserung". [1]

Mit großer Offenheit legte um den 18. Juli das Centralbüreau den klaffenden Gegensatz dar zwischen der äußeren Ruhmesliebe Frankreichs und seinem inneren Elend. Die Franzosen, sagte es, sind „verliebt in den Ruhm"; sie „begeistern sich an der Erzählung der Siege, an den zahlreichen und raschen Erfolgen der Armeen". Ein „Ausländer, der Zeuge wäre dieser Erregungen und dieser Freude, würde den Wahnsinn der benachbarten Mächte nicht begreifen, die eine Nation von so lebhaftem Gefühlsausdruck zu zerstören denken; ja er würde den Gedanken davon tragen, daß nichts leichter, nichts süßer sei, als ein solches Volk zu regieren. Allein, wenn man den öffentlichen Geist auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzlage prüft, dann bleiben solche Gedanken nicht mehr bestehen. Das Elend in den widerwärtigsten Gestalten auftretend, der Luxus in den frechsten Manieren prahlend, ein Papiergeld durch die Habgier entwerthet, verachtete Gesetze, unverschämte Agioteure, Verkäufer die jeden Papierinhaber als Consumenten zurückstoßen, tausend Stimmen, welche die Strenge der Regierung anrufen, das Schweigen der Behörden, das öffentliche und das private Vermögen dem unersättlichen Geize preisgegeben — das sind Dinge, an denen der Fremde begreifen wird, daß die Feinde der guten Ordnung und jedweder Regierung leicht aus den Umständen Vortheil zu ziehen im Stande sind, um alles zu verwirren und umzustürzen; und daß die feindlichen Mächte für ihre äußeren Niederlagen Trost gewinnen an den Erfolgen, die sie im Innern davon zu tragen vermögen". [2]

1) 3, 266; 270; 275. — 2) 3, 276 f.

Allein trotz der „Begeisterung", die das Centralbüreau den „Franzosen" nachrühmte, mußte es doch, in Uebereinstimmung mit vielen früheren Wahrnehmungen, noch in demselben Julibericht eingestehen, daß in den Volksgruppen von Paris sich die Rufe vernehmen ließen: „Was kümmern den, der nichts zu leben hat, der Sieg und die Erfolge!" Und noch am 5. August sah es sich, ungeachtet aller begeisterungsfähigen Siegesnachrichten, genöthigt zu melden: „In den Unterhaltungen hört man nichts als die Worte: „„Immer Siege und kein Friede! Wann endlich wird er kommen?"" [1].

8. Das Ende der Papierwirthschaft und der Niedergang des Elends.

Am 31. Juli kam inzwischen die lange angekündigte „entscheidende Maßregel" in Betreff der Mandate zu Stande, d. h. jenes Gesetz, das die periodische Aufstellung eines officiellen Curses für sie anordnete. Damit war die Bahn des zweiten großen Liquidationsverfahrens betreten. Am 12. August, wie wir oben sahen, wurde der erste officielle Curs von nahezu $4^1/_2$ % verkündet. [2] In der Agiotage war aber dieser Satz schon weit überholt worden. Seit Mitte Juli, wo die Mandate $5^1/_2$ % galten, und zumal seit Erlaß jenes Gesetzes, waren sie so tief herabgeglitten, daß die Armen und Bedürftigen bereits Anfangs August bei dem wechselnden Agioteur für das Hundert nur noch 2 Livres in Münze erlangen konnten, um den 10. nur 1 Livre $16^1/_2$ Sous, und am 12. sogar nur 1 Livre und 12 Sous. Schon hiernach läßt sich die wachsende Tiefe und Breite des Elends ermessen. Aber auch der Bemittelte sah sein Vermögen unter den Händen in Nichts zerrinnen. Denn derjenige, der noch vor etwa drei Wochen eine Million in Assignaten besessen und diese gegen 33,300 Francs in Mandaten umgetauscht hatte, besaß nun damit, statt des gesetzlich zugesagten gleichen Münzwerthes, in Wahrheit am 10. August

1) 3, 277 f. Hier brechen die Tagesberichte ab. — 2) S. 133.

nicht mehr als etwa 600, und am 12. sogar nur 532 Livres Münze. Unter diesem letztern Datum schrieb ein deutscher Berichterstatter: Trotz der „neuen Siege in Italien", und obwohl „die Armeen der Republik jetzt alle auf feindlichem Boden sich selber sehr reichlich ernähren, fallen dessenungeachtet die Mandate; hundert Livres gelten kaum 1 Livre 12 Sous. Die öffentlichen Beamten sind in der äußersten Verlegenheit. Ueberdies nimmt die Theuerung zu. Wir müssen jetzt alles in baarem Gelde und doch theurer bezahlen, wie vor der Revolution. Von den ausländischen Waaren, wie Kaffee und Zucker, ist es begreiflich; allein auch die inländischen, als Butter, Seife, Licht, Milch und Eier sind ansehnlich gestiegen; nur Brod und Fleisch halten sich ziemlich gleich. Man sieht auch keine Mandate; im kleinen Handel nimmt sie Niemand an, und Beamte und Rentner müssen erst zu den Agioteurs gehen, um ihre Mandate gegen Geld umzusetzen."[1])

Auffallend könnte es erscheinen, daß um diese Zeit „kein Mangel an baarem Gelde", wenigstens kein unüberwindlicher, fühlbar war. Gold freilich sah man selten im kleinen Handel; meist curfirten große Thaler, alte Stücke zu 24, 12 und 6 Sous, neue zu 30 und 15 Sous und republicanische Kupfermünzen zu 20, 10 und 5 Centimes.[2]) Als den Hauptgrund dieser unerwarteten Erscheinung eines ausreichenden Münzumlaufs betrachte ich unbedenklich, neben der Thatsache großer Baarvorräthe in den Cassen der Agioteure, die Zähigkeit der Verkäufer und der ihnen nachahmenden Berufsklassen in der Nichtannahme der Mandate. Denn dadurch wurden eben, wohl oder übel, die Käufer gezwungen, vor dem Kauf ihr Papier in Münze umzuwechseln und nur diese in Umlauf zu bringen. Und überdies wurde dadurch das heimlich aufgesparte Metallgeld an's Licht gedrängt, das

1) Frankreich im J. 1796. 3, 78 f.; 2, 371 (v. 12. Aug.). Vgl. 3, 262 f. 302 ff. — 2) Ebend. 3, 85 (v. 24. Aug.).

doch in weit größeren Massen im Inlande zurückgeblieben, versteckt und vergraben war, als man früher annahm.[1]) Dazu kam, daß die Pariser Bankiers schon seit dem April „große Quantitäten Gold und Silber" heranzuziehen wußten.[2]) Und endlich griff auch indirect die Regierung fördernd ein. Zwar ist auf die Angabe, daß sie Anfangs Juni mehrere „aus Holland empfangene Millionen" baaren Geldes in den Verkehr geworfen habe, nicht viel zu geben, weil der Betrag nicht groß und das Ganze nur ein Gerücht war.[3]) Dagegen kann im allgemeinen nicht bezweifelt werden, daß sie sich seit dem Juni durch die Contributionen des Auslandes in den Stand gesetzt sah, „viele Münze prägen" zu lassen und in Umlauf zu bringen.[4]) Schon am 27. des genannten Monats bildete sich die „Ueberzeugung, daß das Geld nicht so knapp sei", wie man sich einbildete; und daß in „nicht langer Zeit" der Verkehrsbetrieb „mittelst der in Umlauf befindlichen Münzen" möglich sein werde.[5])

Wiederholt haben wir der Thatsache gedenken müssen, daß inmitten des Elends, und im schroffen Gegensatz zu demselben, eine Fülle von Emporkömmlingen und Glücksrittern erwuchs, die durch Speculationen, durch Schwindeleien oder Unterschleife außerordentliche Reichthümer erworben hatten. Diese „Neubereicherten", die meist zuvor „kein Mensch kannte", oder die großentheils noch „vor einem Jahre mit den Lumpen der Armuth bekleidet" umhergingen, spielten jetzt eine immer geräuschvollere und tonangebende Rolle, während die alten und reichen Familien in Masse zu Grunde gegangen waren oder kaum noch ihr tägliches Brod zu finden vermochten. Die Ersteren machten sich als die Hauptträger des Luxus und der raffinirtesten Genüsse geltend. Sie waren es, die vornehmlich mit ihren Frauen oder Mätressen auf den

1) Tableaux 3, 205. Vgl. 187. — 2) 3, 154. — 3) 3, 236. — 4) 3, 245. — 5) 3, 257.

Promenaden im kostbarsten Schmucke strahlten und in den elegantesten Equipagen von neuester Façon — denn fortwährend wurden neue Arten erfunden — durch die Wogen der Armuth dahinfuhren.[1]) Zwar läßt sich nicht in Abrede stellen, daß das Beispiel auf die unteren Volksschichten zurückwirkte, daß inmitten des Elends Luxus und Verschwendung auch den einfachen Arbeiter ergriff; daß überhaupt das Elend gleichsam in der Ehe mit der Vergnügungssucht einherschritt.[2]) Aber es ist durchaus falsch, wenn der Bericht eines Ausländers in den ersten Tagen des August behauptete, daß „das Volk jetzt im Ganzen nichts weniger als im Elende" sei.[3]) Derartige Eindrücke konnten eben nur gewonnen werden auf den öffentlichen Promenaden, in den Elysäischen Feldern und dem Boulogner Gehölz, auf den Bällen, in den Theatern, bei Ruggieri und an anderen Vergnügungsorten, d. h. an solchen Stellen, die das Centralbüreau gerade damals als die Schauplätze des „Ueberflusses", des „Egoismus" und der „Sorgenlosigkeit" bezeichnete, mit dem ausdrücklichen Zusatz: „Hier ist es nicht, wo man den öffentlichen Geist erforschen muß."[4]) Sehr richtig bemerkte daher seinerseits Mercier, daß das Elend durch den Prunk der Reichen nur verdeckt werde, daß „hinter den reichen Tapeten", die das Auge schaue, „verborgen" seien die „Unglücklichen", die „Opfer der Revolution", die „Rentner", die „Pensionäre des Staats".[5]) Den wirklichen Zustand kennzeichnet schon genugsam die Thatsache, daß es zeitweise mehr Verkäufer wie Käufer gab, und daß selbst Bemittelte der Theuerung wegen in die Lage gerathen konnten, bei den Speisewirthen gegen Pfand zu essen.[6])

---

1) Frankreich im J. 1796. 3, 84; 130 f.; 215. Beaulieu 6, 241 f. Mercier 4, 179 ff.; 5, 214 f. — 2) Mercier 4, 176 ff.; 6, 176 ff.; 205 ff. — 3) Frankreich a. a. O. 3, 36. — 4) Tableaux 3, 277 f. — 5) Mercier 6, 60 f. Vgl. 5, 25 f.; 63. — 6) Mercier 5, 211; 6, 63.

Noch im August trat auch eine Maßregel ein, die nichts weniger als angethan war, das Elend verschwinden zu machen. Die öffentlichen Brod- und Fleischvertheilungen nämlich wurden durch Verordnung des Directoriums neuerdings eingeschränkt oder, wie man sich ausdrückte, „für Andere als die Bedürftigen unterdrückt".[1] Darnach wurde, allem Anschein nach, von den drei Märzklassen die dritte ganz gestrichen und vielleicht auch ein Theil der zweiten ausgeschlossen. Die Vertheilung muß aber noch immer 2- bis 300,000 Köpfe umfaßt haben. Die Einschränkung traf ohne Zweifel namentlich das Heer der Rentner mit ihren Familien, die Pensionäre, die Beamten und Angestellten, sowie einen Theil der Arbeiter. Es ist wohl möglich, daß diese Maßregel dazu beitrug, die Socialisten zu dem Complott von Grenelle zu ermuthigen, das am 10. September so kläglich endete. Eine kräftige Unterstützung konnte es von keiner Seite erwarten, am wenigsten von den Arbeitern, deren Löhne sich in Münze und nach den Preisen der Lebensmittel geregelt hatten. Nach einer spätern Angabe von Barbé-Marbois im Rath der Alten hätte der Staatsaufwand für die Unterstützung der Stadt Paris mit Lebensmitteln im Jahre IV (d. i. vom 23. September 1795 bis zum 21. September 1796), 76 Millionen in Assignaten, 120 Millionen in Mandaten und $1^2/_5$ Millionen in baarem Gelde betragen.[2] Diese Angabe ist indeß, sofern sie sich auf den ganzen Verlauf des Jahres beziehen soll, durchaus falsch. Sie steht im Widerspruch mit der Angabe Cochon's, der im December 1795 den monatlichen Staatsaufwand für Brod allein auf 546 Millionen in Assignaten berechnete[3]; mit dem Berichte Defermont's, der im Februar 1796 den jährlichen Unterstützungsaufwand zu 76 Millionen in Münze veranschlagte[4]; und mit der

1) Moniteur v. 24. Aug. (28, 398). — 2) S. Hist. parl. 37, 275. — 3) S. oben S. 67. — 4) S. oben S. 136.

Thatsache, daß während der ganzen ersten Hälfte des Jahres IV, vom 23. September 1795 bis zum 20. März 1796, der Staat fast ausschließlich mit den endlosen Milliarden seiner nahezu werthlosen Assignaten zu wirthschaften genöthigt war. Sie kann daher höchstens Anwendung finden auf die Zeitspanne seit der Verordnung vom 25. März 1796, mit welcher einerseits die Assignatenwirthschaft in die Mandatenwirthschaft überging, andererseits aber die Portionen der vertheilten Lebensmittel in der Zahl vermindert und im Preise vertheuert wurden.

Die Nöthigung, die seit dem August 1796 für die Submissionäre der Nationaldomänen eintrat, Mandate in Menge einzukaufen, um die Terminalzahlungen nach Maßgabe der officiellen Curse entrichten zu können, bewirkte, daß die Mandate mehr und mehr aus dem Verkehr verschwanden. Die Agiotage sah sich daher schon im Verlauf des October mit ihren Speculationen meist auf andere, den Kleinverkehr nur mittelbar bedingende Papiere verwiesen, wie die „Ordonnanzen“ oder Zahlungsanweisungen der Minister für die Lieferanten, die damals auch bereits mehr als 50 % eingebüßt hatten. Die Theuerung nahm indeß zu; zum Theil infolge der Geringhaltigkeit des neuen Kupfergeldes, das nun in Masse im Umlauf war. „Alle Lebensmittel“, sagt eine Correspondenz vom 19. October, „und besonders die Hausmiethen, waren vielleicht noch nie, weder vor noch während der Revolution, so ungeheuer theuer wie jetzt. Die große Menge von kleinen und großen Kupfermünzen, die bei weitem nicht den Werth haben, den sie repräsentiren, trägt viel zur Theuerung bei. Man sieht fast gar kein Silbergeld mehr; die Wucherer wissen es alles gegen Kupfermünze an sich zu bringen; der Landmann und Handwerker schlägt seine Waaren auf, weil er wohl weiß, daß er nur Kupfermünze erhält. Es ist unbegreiflich, wie der gemeine Mann, besonders der Tagelöhner, sein Leben fristet.“ Denn der auf längere Zeit accordirte Lohn blieb oft

schon nach wenigen Tagen weit hinter den übrigen Preisen zurück.[1])

Noch übler waren jedoch die bisher in Mandaten bezahlten Gläubiger und Beamten des Staates daran. In Betreff der Beamten wurden allerhand Experimente gemacht, die ihnen gar keine oder nur eine kümmerliche Erleichterung gewährten. Kraft eines Gesetzes vom 25. October sollte ihnen zwar die Hälfte des Gehaltes in Münze ausgezahlt werden, aber in der Weise, daß sie für je 100 Livres Mandaten nur je 6 Francs in Münze erhielten.[2]) Durch ein Gesetz vom 22. December wurde dann diese Zahlung in Münze auf das ganze Gehalt ausgedehnt. Am scheußlichsten wurden die Rentner und Pensionäre mißhandelt. Die Zahlung ihrer Renten und Pensionen war völlig in's Stocken gerathen. Endlich wurde ihnen durch ein Gesetz vom 21. September die Zahlung eines Viertels der Rückstände des letzten Semesters in Münze verheißen; in Betreff der übrigen drei Viertel wurde auf die Zukunft verwiesen. Und diese brachte dann am 20. Februar des folgenden Jahres das Gesetz, wonach ihnen für die übrigen drei Viertel ein „Recepisse" ertheilt ward, das, auf den „Inhaber" lautend, als Zahlmittel bei dem Domänenkauf gültig sein sollte.[3]) Es liegt auf der Hand, daß dadurch die unglücklichen Empfänger wiederum ganz von der Gnade der Wucherer abhängig wurden.

Von einer „Wiederherstellung der Finanzen" war man selbstredend noch sehr fern. Das Budget, das im Herbst 1796 für das Jahr V aufgestellt ward, wies den Bedarf von 450 Millionen ordentlicher und von 550 Millionen außerordentlicher Ausgaben nach. An eine Deckung durch die Einnahmen war um so weniger zu denken, als der Regierung keine Mandate mehr zu Gebote standen. Und die Folge war,

1) Frankreich im J. 1796. 3, 223. — 2) Galisset 1, 1588. — 3) Ebend. 1581; 1623.

daß der Staat mit seinen Zahlungen an die öffentlichen Anstalten, an die Lieferanten, an seine Gläubiger und die Beamten fortan in erschreckendem Maße in Rückstand blieb. Selbst Thiers muß gestehen: „die öffentlichen Beamten, die Rentner, wurden nicht bezahlt und starben vor Hunger.“ [1]) Es war noch ein Glück, daß, anscheinend in Folge des nunmehr „drückenden“ Mangels an Geld, im November die hohen Preise der Lebensmittel „merklich fielen“, und daß im December Brod, Fleisch und alles Uebrige verhältnißmäßig „wohlfeil“ war.[2])

Wie beträchtlich sich auch die Contributionen des Auslandes gestalteten — im Jahre IV brachten sie 240 Millionen ein: [3]) so kann man doch nicht sagen, daß Frankreich durch die „Tribute Europa's“ aus seinen Finanznöthen erlöst worden sei. Vielmehr erlöste es in erster Linie sich selbst aus diesem Wirrsal. Nur daß die Selbsthülfe in nichts Anderem und Besserem bestand, als eben in dem Bankerott. Im Sturmschritt betrieb die Regierung mit dem Beginn des neuen Jahres die Wegschaffung der letzten, immerhin noch massigen Reste des Papiergeldes. Der officielle fünftägige Curs der Mandate hatte die mannigfachsten Schwankungen durchgemacht; noch im August war er bis auf $1^4/_5$ % gesunken, erreichte am 12. September seinen höchsten Stand von $5^1/_2$, fiel dann im October wieder auf 4, im November auf $2^3/_4$, im December auf 2 herab, und erreichte mit dem 20. Januar 1797 seinen tiefsten Stand von 1 %, den er auch in der Cursverkündigung vom 30. Januar beibehielt. [4]) Diese Verkündigung war die letzte; man bedurfte einer Cursfixirung nicht mehr. Denn am 4. Februar erfolgte das Gesetz, kraft dessen der Zwangscurs der Mandate förmlich aufgehoben und deren Entwerthung ausgesprochen wurde; sie sollten nur noch bis

1) Thiers 5, 254. Vgl. 297 f. — 2) Frankreich im J. 1796. 3, 324; 354. — 3) Hist. parl. 37, 275. — 4) Galisset 1, 1616. Vgl. Lefort 2, 371 f.

zum 1. Germinal oder 21. März zu dem „letzten Curse", also zum Werthsatz von 1 %, bei den öffentlichen Cassen in Zahlung angenommen werden.[1]) Und am 10. Februar wurden endlich auch die noch umlaufenden Assignaten zu 100 Livres und darunter ohne Ausnahme gekündigt; sie sollten zum 30sten Theil ihres Nennwerthes den Mandaten gleichgestellt und wie diese nach dem Gesetz vom 4. Februar eingezogen werden[2]); sie wurden mithin zum Schrecken ihrer Inhaber auf den 3000sten Theil ihres Nennwerthes zurückgeführt.

So wurden denn in Wahrheit die 40 Milliarden Assignaten, die genau vor einem Jahre in Umlauf waren, durch das neue Papier der Mandate getilgt; die 2400 Millionen Mandate aber durch Herabsetzung ihres Münzwerthes auf einen immer kleineren Bruch und zuletzt auf den hundertsten Theil ihres Nennwerthes. Und dabei wurden die gekündigten Mandate nicht einmal gegen Baargeld eingelöst, sondern nur an Zahlungsstatt bei Steuerrückständen u. dgl. angenommen.

Der furchtbaren Verwirrung aller privaten Zahlungsgeschäfte in den nächsten Monaten will ich hier nicht gedenken. Die Frage, wie viel ein Gläubiger auf Grund eines Vertrages zu fordern habe, der in der Zeit der Assignatenentwerthung abgeschlossen worden, führte zu einer Unzahl von Streitigkeiten und Processen. Ihre Entscheidung hing wesentlich von der Aufstellung einer richterlich maßgebenden Entwerthungstabelle und von der Festsetzung des Zeitpunktes ab, mit welchem der Zwangscurs der Assignaten aufgehört habe; denn dieser war niemals ausdrücklich aufgehoben worden. Beiden Erfordernissen entsprach endlich das Gesetz vom 23. Juni 1797, indem es eine genaue Curstabelle der Assignaten aufstellte und als Endtermin ihres Zwangscurses — freilich sehr willkürlich — den 19. Juli 1796 festsetzte.[3])

1) Ebend. 1615 f. — 2) Ebend. 1620. — 3) Ebend. 1655 ff.

Das Gesetz vom 23. December 1797, wodurch das Bureau für Prüfung und Verbrennung der Assignaten und der Mandate aufgehoben ward [1]), durfte als der Schlußakt in dem Drama der Papierwirthschaft erscheinen. Dennoch erfolgte um eben diese Zeit die Eröffnung eines seltsamen Nachspiels.

Das Etatsgesetz vom 30. September, für das Jahr VI, hatte nämlich die Ausgaben auf 788 Millionen, die Einnahmen auf 616 festgestellt. Um nun das Deficit möglichst zu decken, schritt man zu einem neuen finanziellen Staatsstreich, durch Kündigung von zwei Dritttheilen der im „großen Buch" eingetragenen Staatsschuld, die allein einen Jahresaufwand von 258 Millionen erforderte. Jeder Gläubiger, und also auch jeder Rentner, sollte zwei Drittel seines Capitals, zum Zwanzigfachen und Zehnfachen der Rente berechnet, je nachdem diese eine perpetuelle oder lebenslängliche war, zurückgezahlt erhalten; und zwar wiederum in werthlosem Papier, in sogenannten Inhaberbons, die gleich den Recepissescheinen als Zahlmittel beim Domänenkauf gültig sein sollten. Damit nun diese Operation erleichtert werde, wurde die „Wiederausgabe" der inzwischen eingelaufenen und deponirten Mandate (oder vielmehr Mandatspromessen) zu 5 Francs beschlossen, um die Stelle von Inhaberbons zu vertreten. Schon am 14. December 1797 wurden zu diesem Zwecke 50 Millionen Mandate verwilligt, am 12. Mai und am 7. September 1798 noch je 25 Millionen. [2]) Sehr richtig sagt Thiers: „Der Staat befand sich in der Lage eines bankerotten Privatmanns." Die „Bons" geriethen natürlich wieder in die Hände der Agioteure und sanken alsbald auf weniger als den sechsten Theil ihres Nennwerthes herab. Für die Gläubiger, die keine Domänen kaufen wollten, für die unglücklichen Rentner, die keine kaufen konnten, war dies in der That „ein wahrhafter Bankerott". [3])

1) Rondonneau 1, 144. — 2) Galisset 1, 1727 ff. (tit. VI.); 1800 f.; 1831. — 3) Thiers 6, 38 f.

Damit war das letzte große Kunststück der Papierwirthschaft vollbracht, die nun allgemach dahinschwand, weil mit immer größerem Erfolge anderen Völkern ihr Geld auf dem Wege der Eroberungskriege abgenommen ward, und weil mit dem Consulat allmählig gefestetere Zustände erwüchsen.

Noch allmähliger schwanden die Zustände des Elends in den Jahren 1798 und 1799 dahin.

Die Lebensmittel freilich waren stets in „Fülle" vorhanden, auch im Preise billig, und zumal das Korn. Es war dies immerhin ein „großes Glück für die Armuth", aber dennoch zugleich in Ursache und Wirkung bedenklich. Denn die Ursache war die Belastung der Bauern mit Abgaben, wodurch sie sich gezwungen sahen, ihr Korn um jeden Preis loszuschlagen; und die Wirkung bestand in einer Schädigung des Ackerbaubetriebes.[1] Auch konnte weder die Fülle noch die Preisverminderung das Elend der Rentner, der Beamten, der unbeschäftigten Arbeiter und überhaupt aller derjenigen Bedürftigen wesentlich lindern, die von den Brod- und Fleischvertheilungen ausgeschlossen blieben. Den Rentnern war ja nun auch ihr Capital zu zwei Dritteln vom Staate geraubt; die Rente aber von dem dritten „consolidirten" Drittel wurde ihnen, gleichwie den Pensionären die Pensionen, nur in fast entwertheten Inhaberbons gezahlt, und überdies noch davon die ihnen auferlegten Steuern wieder vorweg in Abzug gebracht.[2] Die öffentlichen Beamten aller Art waren schlecht oder gar nicht bezahlt, ihr Gehalt oft seit mehr als 6, ja 21 Monaten im Rückstand. Es liegt auf der Hand, daß sie sowenig wie die Rentner und die unbeschäftigten Arbeiter wußten, wovon sie leben sollten.[3] Vermehrten sich daher

1) Tableaux 3, 349 f.; 357; 361; 375. — 2) S. die Beschlüsse v. 5. Juli, 19. Oct. u. 25. Nov. 1798, v. 5. u. 27. Jan., 11. u. 14. Mai, 1. u. 29. Juni 1799 b. Rondonneau 1, 572 f. u. b. Galisset. Vgl. Tableaux 3, 357 f.; 361. — 3) Tableaux 3, 291; 383.

auch die Kaufleute, so „nahmen doch die Käufer ab, wenn nicht an Zahl, so wenigstens an den Mitteln zum Einkauf". Und dabei fehlte es immer noch im Verkehr an Geld.[1]) Dazu zeigten sich die Betrügereien unausrottbar. Die Bäcker betrogen durch falsches Maß, die Fleischer durch falsche Waagen. Die Unterschleife und die Verschleuderungen, vielleicht zum Theil durch die Noth bedingt, blühten in allen Verwaltungszweigen üppig fort.[2])

Der Jahresverbrauch an Lebensmitteln war noch 1799, in Folge der Armuth, keineswegs normal. Die Angabe, daß er, was Fleisch und Brod betrifft, sich auf 70,000 Ochsen, 20,000 Kühe, 120,000 Kälber, 350,000 Hammel und 200 Millionen Pfund Brod belaufen habe,[3]) erscheint schon deshalb nicht verläßlich, weil dergestalt nicht einmal $^1/_2$ Pfd. Brod täglich auf den Kopf gekommen wäre. Für Fremde war in den Hôtels-garnis der gewöhnliche Preis für die Nacht 3 Francs; ärmere konnten für 1 Frank und selbst für 15 Sous Unterkunft finden. Das Essen im Hôtel war meist „überaus theuer". Bei den „Traiteurs" dagegen bewegten sich die Preise für ein Mittagessen, je nach Vermögen und Geschmack, von 12 Sous aufwärts bis 48 Francs und darüber; der Mittelpreis war 2 bis $2^1/_2$ Francs. Jeden Speisewirth nannte man noch immer „Restaurateur"; der Ausdruck „Restaurant" kam zwar damals zuerst auf, aber nur vereinzelt und wie zufällig, und wurde noch allgemein als mißbräuchlich verpönt.[4]) Die Bevölkerung von Paris hatte seit 1796 beträchtlich abgenommen; sie wurde 1799 nur wieder auf 600,000 Seelen geschätzt, und mit Einschluß der Fremden auf höchstens 700,000; die Sterblichkeit belief sich auf 22 oder 23,000. Doch hatte

1) 3, 383. — 2) 3, 383; 318; 390; 398 u. sonst. — 3) Monteil, 18. siècle 2, 270. — 4) Ebend. 2, 276 ff. (il y a quelques personnes, à qui il échappe de dire restaurants, mot qui n'exprime guère qu'un bon consommé, un pressis de viande). Vgl. oben Th. I. S. 227.

die Häuserzahl, etwa 28,000, im Verhältniß zum Jahre 1780 um ungefähr 1000 zugenommen.[1])

Die städtischen Einnahmen der Hauptstadt besserten sich einigermaßen, aber nur auf dem Wege einer volkswirthschaftlichen Reaction. Am 18. October 1798 wurde nämlich die Wiederherstellung des Octroi für die Commune von Paris gesetzlich beschlossen, zum Zwecke der Bestreitung ihrer localen Ausgaben. Schon zwei Tage darauf war die Art der provisorischen Erhebung festgestellt. Als octroipflichtige Waaren wurden bezeichnet: Wein, Branntwein und Essig; Ochsen, Kühe, Hammel, Kälber und Schweine; Heu, Stroh und Hafer; Holz und Kohlen; Kalk, Gips, Bruchstein und anderes Material. Am 10. December 1799 wurde sogar noch eine Erhöhung der Octroiabgaben genehmigt, und eine Ausdehnnng derselben auf Bier, Birnmost und Gerstentrank.[2]) Durchschnittlich, scheint es, brachten diese Gefälle monatlich der Stadtcasse gegen 1 Million ein, aber zugleich brachten sie auch die Schmuggeleien wieder in einen lebhaften Schwung.[3])

Die Landleute, Bauern und Pächter, wenn sie auch mit großen Leiden und Bedrückungen, mit Zwangsrequisitionen und hohen Steuern zu kämpfen gehabt, hatten doch fast allein greifbare Vortheile aus der Revolution davon getragen und wußten noch fortwährend ihr Schäfchen zu scheeren. Ihre „Selbstsucht" und „Habgier" war bei den Städtern so verrufen, daß man zweifelte, ob „der Pächter oder der Agioteur" als das „verächtlichere Wesen" zu betrachten sei. Von Anfang an ausschließlich auf die Verbesserung ihrer socialen und materiellen Lage durch jedes auch revolutionäre Mittel bedacht, im Uebrigen aber streng conservativ, waren sie allerdings die „unerbittlichsten Frondeurs" jeder revolutionären Regierung; und als die abgesagtesten Verächter der republicanischen Werthzeichen

1) Ebend. 267 ff. — 2) Galisset 1, 1840 ff.; 2029. — 3) Tableaux 3, 384.

und des Papiergeldes in beiderlei Gestalt fast nichts als Gold und Silber in ihren Scheunen und auf den Märkten an Zahlungsstatt zulassend, hatten sie dasselbe der Circulation entzogen und vergraben, soweit sie es nicht zur Verbesserung ihrer häuslichen Einrichtungen oder zur Befriedigung der Eitelkeitsgelüste ihrer Frauen verwandten.[1] An zahlreichen zeitweiligen und örtlichen Ausnahmezuständen, die das Elend auch auf dem Lande einbürgerten oder doch den Wohlstand zerrütteten und den Ackerbau schädigten, fehlte es freilich in allen Stadien und auch jetzt nicht. Am unzweifelhaftesten hatten die gewaltsamen Requisitionen sowie die früheren Confiscationen großer Gütermassen, die schlechte Verwaltung derselben, der häufige Wechsel der Eigenthümer durch Verkauf und Wiederverkauf dem Ackerbau schwere Wunden geschlagen; zum Theil that dies auch im Jahre 1798, wie wir soeben sahen, der vermehrte Steuerdruck; dann 1799 die Herrschaft der Räuberbanden, die sowohl in der Umgegend von Paris wie in vielen Theilen des Landes die Landleute überfielen und beraubten, Scheunen und Speicher plünderten, das Vieh entführten und die Ackerbaugeräthe stahlen.[2]

Noch unvergleichlich viel schlimmer stand es in diesen Jahren mit Handel und Industrie. In allen ihren Zweigen lagen dieselben in erschreckender Weise darnieder; wie in den übrigen Theilen des Landes so auch in Paris und der nächsten Umgebung. Viele Fabriken und Manufacturen, die hier früher 60 bis 80 Arbeiter beschäftigten, konnten jetzt nicht 10 mehr verwenden; andere waren völlig eingegangen oder gingen nunmehr ein. Die Fallimente waren an der Tagesordnung; die Börse in Paris, wie anderwärts, schränkte ihre Geschäfte ein; die Staatseffecten verloren täglich an Werth; in der allgemeinen Stagnation der Geschäfte ging selbst die Hoffnung auf bessere

1) 3, 187; 249; 255; 313 f. Rocquain 238. Mercier 4, 158 ff. — 2) S. oben Th. II. 50; 52 f.

Zustände zu Grunde.[1]) Die Arbeiter, obgleich die Lebensmittel billig und die Nachfrage nach Arbeitskräften lau war, forderten dennoch meist „exorbitante Löhne", die man ihnen nicht gewähren oder nicht lange fortsetzen konnte, und geriethen dadurch in die Lage, ohne Brod und ohne Arbeit zu sein. Daher herrschte denn auch selbst in den arbeiterreichsten Bezirken der Stadt, wie es namentlich der zwölfte war, eine auffallende politische Theilnahmlosigkeit. Die Schenken und Tabagien daselbst, die Locale der Weinhändler, der Limonaden- und Branntweinkrämer wurden wenig besucht; die Manufacturen, große und kleine, standen fast verlassen da; das Maurerhandwerk lag insbesondere vollständig brach; das Einzige, was man vernahm, waren allseitige Klagen der Arbeiter über ihre Lage.[2])

Vor der Revolution hatten in Paris Industrie, Manufactur und Handel jährlich 260 Millionen verbraucht und dagegen 300 Millionen vereinnahmt, so daß sie einen Ueberschuß von 40 Millionen abwarfen. Während der Revolution ist ohne Zweifel, wiewohl es keine Vermerke darüber giebt, der Verbrauch beträchtlich, die Einnahme noch viel beträchtlicher gesunken, und an die Stelle des Ueberschusses eine mehr oder minder große Einbuße getreten. Die wachsende Masse der Bankerotte war aber nicht nur die Folge der allgemeinen „Stagnation" und „Desorganisation" des Handels, sondern auch, wie wir noch näher sehen werden, die Folge der wachsenden „Immoralität". Der Mangel an Capital und an gegenseitigem Vertrauen sowie der lauernde Wucher trieben den Capitalzins zu einer schwindelnden Höhe hinauf; vor der Revolution hatte er gewöhnlich 5 oder 6 % jährlich betragen, zuweilen nur 4, und von Seiten der Bankiers mitunter auch 7. Während der Revolution dagegen stieg durchschnittlich der Zins auf 4 und 5 % monatlich, im Jahre 1796 sogar auf 6 und 8; der geringste Satz war 2 %

1) Tableaux 3, 357; 361; 375; 383; 389; 459. — 2) 3, 361; 415.

monatlich, und fast durchgängig verlieh man nur gegen Pfand. Selbst in den Anfängen des Consulates betrug der Zins noch $1\frac{1}{2}$ oder 1 % monatlich, und allermindestens $\frac{3}{4}$ % [1]).

Wie der Wohlthätigkeitssinn, so waren im Verlaufe der Revolution auch die Wohlthätigkeitsanstalten aller Art im ganzen Lande gleichsam abgestorben. Die Zahl der Hospize in Paris hatte sich fast um die Hälfte vermindert. Was daselbst im Jahre 1798 noch an Wohlthätigkeitsanstalten bestand, wurde trotz aller hochtrabenden Phrasen schmählich vernachlässigt. Ihre Einkünfte waren allmählich auf ein Zehntel der früheren Einnahmen herabgesunken, und ihre Angestellten hatten zum Theil seit 21 Monaten kein Gehalt erlangen können. Es versteht sich von selbst, daß die Versuche, den Wohlthätigkeitssinn wieder zu beleben und hier und da, in und außerhalb von Paris, neue Anstalten zu gründen, nur kümmerliche oder gar keine Erfolge haben konnten. Der Mangel an Einrichtungen und Anstalten zur Versorgung der Armen war denn auch der Grund, weshalb die Bettelei, der „unheilvolle Aussatz der Gesellschaft", nach wie vor fortblühte und namentlich auch in den Landcantonen des hauptstädtischen Departements im Schwunge blieb. [2])

Neben der Bettelei schien eine andere Landplage, die Räuberei, ebenfalls ein stehendes Uebel der Gesellschaft werden zu wollen. Ja, im Jahre 1799 wurde fast das ganze Land und zum Theil in furchtbarerem Maße denn je zuvor von Raub- und Mordthaten heimgesucht. An den verschiedensten Punkten kam es zu Erhebungen räuberartiger Natur; die Chouanerie wogte weithin durch die Provinzen. [3])

Nicht wenig wurde dieses Unwesen gefördert durch den schauerlichen und fast ungangbaren Zustand der Landstraßen.

---

1) Rocquain 238 ff. S. oben S. 179. — 2) Tableaux 3, 383. Vgl. oben Th. II. 89. — 3) 3, 414; 457; 468 f.; 471 ff. Vgl. oben Th. II. 52 ff.

Ueberall waren sie in einem unglaublichen Verfall. Niemand hatte sich um sie und überhaupt um Straßenbau gekümmert. Darunter litten namentlich der Handel, das Verproviantirungsgeschäft, der Verkehr von Ort zu Ort und der Marsch der Truppen, sei es daß diese gegen den auswärtigen Feind abrücken oder gegen die einheimischen Räuberbanden operiren sollten. Auch die sieben großen Straßen, die in Paris einmündeten, waren im tiefsten Verfall. Da kam man, weil es an allen finanziellen Hülfsquellen fehlte, von Seiten der staatlichen und städtischen Behörden auf die seltsame Idee, die verrufenen und längstabgeschafften Wegefrohnden, natürlich nunmehr als freiwillige Leistungen, wieder in's Leben zu rufen. Es erging ein Aufruf an die Pariser Bevölkerung, selbst Hand anzulegen an das Werk der Wiederherstellung. Künstliche theatralische Reizmittel wurden als Sporn gebraucht. An einem und demselben Tage, am 15. März 1798, sollten die Bürger der zwölf Stadtbezirke, in „12 Arbeitercolonnen" gegliedert, geführt von ihren „mit Schärpen bekleideten Municipalbeamten" und begleitet von den „Vaterlandsvertheidigern", unter „Trommel- und Trompetenschall" durch „12 verschiedene Ausgänge" der Stadt jubelnd ausrücken um — die sieben Landstraßen auszubessern. Die Behörden mußten indeß schon vor dem entscheidenden Tage eingestehen, daß es „recht schwer sei, die Pariser Bevölkerung zu einer Arbeit dieser Art zu vereinigen". Und es kam auch in der That nur zum Auszuge einer einzigen Colonne, aus allen 12 Bezirken zusammengesetzt, um wenigstens die Ausbesserung Einer Straße, der nach Orleans führenden, zu bewirken.[1])

Der größte Uebelstand der Directorialzeit, zumal ihrer beiden letzten Jahre, bestand darin, daß die Gesetze und die Anordnungen der höchsten Behörden überall außerhalb der Hauptstadt nur schlecht und langsam oder gar nicht ausgeführt

1) 3, 303. Lefort 2, 168.

wurden. Die Municipalbeamten, lässig und unwissend, oft sogar — worauf wir zurückkommen — nicht einmal fähig die ihnen zugehenden Schriftstücke zu lesen, betrieben nur ihre persönlichen Interessen, nahmen sich ihres Amtes in keiner Weise an und waren für die Staatszwecke so gut wie gar nicht vorhanden. Es waren kaum zwei Departements, ja kaum zwei Cantone im Lande zu finden, die sich in Bezug auf die Ausführung der Gesetze und Verordnungen in dem gleichen Zustand befunden hätten, so daß die buntscheckigste Verschiedenheit in der Praxis herrschend und maßgebend war. Dazu trug nicht wenig die außerordentliche „Vielheit der Gesetze" bei — schon am 20. Mai 1797 gab es deren seit der Revolution 22,271 —, die sich großentheils einander „widersprachen" und „oft schon wieder aufgehoben oder verändert waren, ehe sie an ihrem Bestimmungsort anlangten"; die Folge davon war nothwendig die „schauderhafteste Verwirrung".[1])

Das Directorium selbst bewegte sich noch immer und bis zu seinem Ende in einer finanziellen Klemme. Die Ausgaben verminderten sich zwar einigermaßen; für das Jahr VIII waren sie auf circa 770 Millionen angesetzt. Allein die Steuereinnahmen blieben noch immer unzureichend, und eine Anleihe von 100 Millionen, obwohl nicht den siebenten Theil der Ausgaben darstellend, stieß an allen Ecken und Enden auf Hindernisse. Bald befürchtete man davon neuerdings eine Vertheuerung der Lebensmittel und der Wohnungsmiethen, bald neue Papieremissionen, die sofort der Entwerthung verfallen und nur wieder den Agioteuren zum Vortheil gereichen würden. Andere meinten, sie sei ungenügend und dennoch schwer zu erheben; sie sei ein Zuviel, eine Ungebührlichkeit „nach so vielen anderen" Forderungen; sie müsse den „öffentlichen Geist", statt ihn aufzurichten, vielmehr niederdrücken.[2])

1) 3, 313; 386; 470. Vgl. Rocquain XVIII. Lefort, Répert. 2, 39. — 2) 3, 398 f.; 405; 407 f.

Und doch war es eben dieser „öffentliche Geist", der in den beiden letzten Jahren des Directoriums die Regierungsorgane in eine stets wachsende Sorge versetzte, ja geradezu in Verzweiflung brachte. Der Refrain aller Berichte war: der öffentliche Geist sei in „Gleichmuth" erloschen, in einen „lethargischen Schlummer", in „Starrheit" versunken. „Unsere Niederlagen", hieß es, „oder unsere Siege erzeugen weder Kummer noch Freude; es ist als ob man beim Lesen der Geschichte unserer Schlachten die Geschichte eines andern Volkes liest. Die Veränderungen im Innern rufen ebensowenig eine Erregung hervor; man fragt aus Neugier, man antwortet ohne Theilnahme, und man vernimmt die Antwort mit Gleichgültigkeit."[1] Man sehnte sich nur, offen oder im Stillen, einerseits nach einer neuen, kräftigen und einheitlichen Regierung, die allem Wirrwarr endlich ein Ende mache; und andererseits, nach wie vor nach einem allgemeinen Frieden; man war der „Schlächterei" herzlich müde. Daher besonders fand die Anleihe von 100 Millionen nirgend Anklang und hatte keinen Fortgang. Und daher brachte auch die freiwillige Subscription gegen das so überaus verhaßte England, trotz alles Stachelns, nicht mehr als 80,000 Franken ein.[2] Selbst der Rastadter Gesandtenmord erweckte, ungeachtet aller Aufreizungen von obenher, nur „in sehr wenigen Seelen", wie berichtet ward, „jene erhabene Begeisterung, die alle Gemüther hätte elektrisiren sollen"; das „Feuer der Entrüstung in den Herzen", hieß es, ist nicht „so allgemein", wie zu erwarten war Sogar zu der pomphaften Leichenfeier auf dem Marsfelde fanden sich „nicht so viele Leute" ein, als man gehofft hatte. Nur die künstlichen Reizmittel der Theater riefen eine kurze, rein theatralische Erregung hervor.[3]

Wie isolirt die Stellung des Directoriums, trotz der zweimaligen Staatsstreiche im September 1797 und im Juni

1) 3, 385; 388. — 2) 3, 385; 301 f. — 3) 3, 379; 391 f.

1799, war und blieb: davon geben die Auslassungen seiner eigenen Organe schlagendes Zeugniß. Vor allen verfuhr der fast fanatische Republicaner Düpin, der Regierungscommissar bei der Centralverwaltung des Seinedepartements, mit einer bewundernswerthen Offenheit. Die „feindlichen Fractionen", erklärte er unumwunden, ereifern sich gegen alles, was „geeignet ist, der Regierung Stärke zu verleihen"; das aber sei um so gefährlicher, als die „Freunde des Directoriums" nur eine „sehr kleine Zahl" bildeten. Diese letzteren waren es, die, trotz der Sehnsucht des Volkes nach Frieden, unablässig und wüthend nach Krieg schrien gegen Oesterreich sowohl wie gegen England. Stimmten wirklich, wie Düpin glauben machen wollte, auch Freunde des Friedens in den Kriegsruf ein: so war dies nur eine momentane Abirrung von Grundsätzen, die sich aus dem Volkscharakter zur Genüge erklärt. Denn es gehörte nun einmal zu den Eigenthümlichkeiten der Franzosen, und insbesondere der Pariser, sich in Widersprüchen oder Gegensätzen zu bewegen. Sagte doch Düpin selbst: „Manchmal klagen und doch den Gesetzen gehorchen, manchmal gegen die Behörden murren und doch sich genau ihren Entscheidungen fügen, den Frieden erflehen und doch sich eines siegreichen Krieges rühmen, sich schwer zur Bezahlung der Steuern verstehen und doch ihre Nothwendigkeit offen anerkennen — das ist die Gefühls- und Handlungsweise des Volkes." [1]) Die Steuern gingen in der That in Paris und überhaupt im Departement der Seine noch verhältnißmäßig am besten ein.[2])

Am ergreifendsten und rückhaltlosesten schildert Düpin den „öffentlichen Geist" Ende December 1798. „Wenn man," schrieb er, „unter dem öffentlichen Geist die Unterwerfung des Volkes unter die Gesetze versteht, und den Eifer der Behörden sie auszuführen: dann ist im Departement der Seine derselbe nicht erloschen. Aber wenn man darunter jenen großherzigen

1) 3, 379 f.; 373; 365 f. — 2) 3, 357. Vgl. 284; 384.

Aufschwung, jenes tiefe Gefühl der Vaterlandsliebe versteht, das in den alten Republiken die Bürger beseelte und begeisterte, das sie Glück und Ruhm erblicken ließ in den von diesem Vaterland geheischten Opfern, das sie eins machte mit dessen Unglücksfällen und dessen Triumphen: dann giebt es im Departement der Seine keinen öffentlichen Geist." Und warum? Düpin antwortet auf diese Frage folgendermaßen: „Weil es keinen öffentlichen Credit giebt; weil in Frankreich, und vornehmlich in Paris, der öffentliche Geist und selbst die Sitten abhängig sind von dem öffentlichen Credit. Die Mehrzahl der Menschen, wenn nicht alle, messen ihre Anhänglichkeit an diese oder jene Regierung nach dem größeren oder geringeren Maße von Wohlsein und Genüssen ab, das diese Regierung ihnen verschafft. Nun aber besteht ein großer Theil der Bevölkerung von Paris aus Individuen, die vornehmlich ihr Vermögen dem Staate übergeben haben, das heißt aus Rentnern. Diese Leute, deren Existenz untergraben ist, die keine genügende gewerbliche Erziehung erhalten haben, um heute irgend ein Handwerk betreiben zu können, noch eine genügend freisinnige, um für die von der Revolution ihnen zurückgegebenen Rechte empfänglich zu sein, bilden einen Herd der Unzufriedenheit, dessen Einfluß sich auf alle Familien erstreckt und der Republik eine Unzahl von Feinden macht. Bezahle man die Rentner, das heißt stelle man den öffentlichen Credit wieder her — und der Einklang der Segnungen, der aus so vielen Winkeln aufsteigen wird, wo man jetzt nur Klagen und Murren vernimmt, wird allein genügen um dem öffentlichen Geist einen großen Schwung zu geben. Wenn die Regierung heute eine Anleihe eröffnete, sie würde, wie gering auch ihr Betrag wäre, der höchsten Wahrscheinlichkeit nach nicht gedeckt werden. Sie würde es vielleicht in England. Woher stammt dieser für unsern öffentlichen Geist so beschämende Unterschied? Er stammt von dem öffentlichen Credit. Und da der Verlust dieses Credites daher rührt, daß die

Nation sich ihren Verpflichtungen entzogen hat, so halten sich auch die Privatleute für entschuldbar, wenn sie sich den ihrigen entziehen. Dergestalt giebt es keine Scham vor dem Bankerottmachen, keine Moralität mehr. Und da das Directorium, insofern es ihm an bereiten Mitteln fehlt, die Lieferanten nicht sofort baar bezahlen kann, stützen auch diese sich auf jenen Creditmangel, um ausschweifende Preise zu fordern und selbst um zu betrügen. Das ist eine andere Quelle der Immoralität, die auf alle Klassen der Gesellschaft überströmt." [1])

Unter solchen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn der Staatsstreich Bonaparte's vom 9. und 10. November 1799 mehr und mehr als ein heilsamer *innerer* Wendepunkt erschien. Schon nach einigen Wochen war in Paris „alles voller Hoffnung", das „Vertrauen in der Wiedererstehung" begriffen. Und nach wenigen Monaten war bereits das „Vertrauen zur Regierung" eine allseitig feststehende Thatsache. [2]) Allein gründlich würde man irren, wollte man deshalb voraussetzen, daß auch schon nach wenigen Wochen oder Monaten eine Heilung der öffentlichen und insonderheit der materiellen Schäden eingetreten sei. Vielmehr dauerten die trostlosen Zustände noch lange fort, wie die neuerdings zu Tage getretenen Berichte aus den Anfängen des Consulates in schlagender Weise darthun. Wie hätte es auch anders sein können, da das Consulat als Erbe des Directoriums eine vollkommen verwahrloste Hinterlassenschaft antrat!

Nach jenen Berichten war Frankreich beim Beginn des Consulates materiell völlig erschöpft, fast nur noch ein Land der „Ruinen". Nicht nur der auswärtige und der innere Krieg, nicht nur die Scheußlichkeiten der Schreckenszeit hatten es verwüstet; auch die auf Unverstand oder Unfähigkeit oder Hülflosigkeit beruhenden Vernachlässigungen des jedesmal

1) 3, 357 f. — 2) 3, 485; 489.

herrschenden Systems waren Förderniſſe der allgemeinen Verheerungen geweſen. In dem kläglichſten Zuſtande des Verfalls, erfahren wir auch hier, befanden ſich namentlich überall die Hoſpize, die Wohlthätigkeitsanſtalten, alle öffentlichen Gebäude, ſowohl die des Staates wie die der Communen, alle Landſtraßen und Brücken, ſowie das Pflaſter aller Städte.[1]) Die Regierung, heißt es hier ebenfalls, war machtlos; die Geſetze wurden theils gar nicht oder mangelhaft ausgeführt, theils in den verſchiedenen Departements in ganz verſchiedener und ſelbſt widerſprechender Weiſe angewandt, oder ſogar in ihr grades Gegentheil verkehrt. Die Verwaltung war völlig zerrüttet; vieler Orten war es gradezu eine Unmöglichkeit, irgend welche Beamten, geſchweige geeignete und willige zu finden; an anderen konnten dieſelben weder leſen noch ſchreiben; überall waren die Beamtengehälter im Rückſtande.[2]) Auch in der Verwaltung des Seinedepartements herrſchte Verwirrung und Unordnung; die Einkünfte derſelben floſſen ſpärlich, ſo daß ſie ebenfalls ſtets mit wachſenden Rückſtänden zu kämpfen hatte.[3]) Andererſeits verwüſteten und beherrſchten noch lange Räuberbanden aller Art weite Strecken des Landes, die Zuſtände des Handels und der Induſtrie blieben vor der Hand überaus kläglich, Bankerotte und Arbeiterentlaſſungen aller Orten an der Tagesordnung, das Land mit Bettlern bedeckt.[4]) Und als Folge dieſer traurigen Zuſtände, die wir nicht weiter ausmalen wollen, die aber auf alles und jedes zurückwirkten, herrſchte überall, trotz des wiedererwachten Vertrauens, eine tiefgehende Unzufriedenheit, die naturgemäß nur langſam in einen zuverſichtlichen Ausblick auf beſſere Zeiten ſich verwandeln konnte.[5])

---

1) Rocquain XXXII ff.; 224; 237; 320; 409—422. — 2) Ebend. 222. — 3) Ebend. 230; 234. — 4) Ebend. LIV ff.; LIX; 342. — 5) Ebend. LXII ff.; 11 ff.; 25; 248 f.; 284; 287; 289 ff.; 377 ff.; 382. — Schließlich verweiſe ich noch im Allgemeinen auf: Bruchſtücke aus den Papieren eines Augenzeugen und unparteiiſchen Beobachters der

franz. Revol. 1794 (ſ. beſonders S. 212 ff.); Ivernois, Hiſt. pol. Schilderung der Verluſte, welche die Revol. u. der Krieg dem franz. Volke zugezogen haben. Ueberſ. v. Velthuſen, 2 Th. Hamburg 1800; Costaz, hist. de l'administration en France, de l'agriculture, des arts utiles, du commerce, des manufactures etc. 2 tom. Paris 1832; Laferrière, hist. des principes, des institutions et des lois de la révol. fr. depuis 1789—1800. Paris 1850/51.

IV.

Religiöse Zustände.

1. Verfolgungen des christlichen Cultus. [1])

Nie ist das allmähliche Gewordensein menschlicher Zustände so plötzlich bis in seine tiefsten Grundlagen aufgewühlt worden, wie in Frankreich während der Jahre 1792 bis 1799 auf religiösem Gebiete. Die Reformation des sechzehnten Jahrhunderts hatte sich gehütet, mit Axt und Spaten allzutief zu gehen, weil sie zu ihrem Neubau der alten Unterlagen zu bedürfen überzeugt war. Die religiöse Umwälzung der französischen Revolutionsperiode wollte alles Alte bis auf das letzte Stäubchen vernichten und brachte ebendeshalb schließlich nicht etwas Neues, sondern nur wieder das Alte hervor.

Und doch hätte an und für sich die französische Revolution ohne Zweifel die Fähigkeit gehabt, eine Religionsverbesserung im Geiste der Neuzeit einzuleiten, oder den ins Stocken gerathenen Reformproceß des sechzehnten Jahrhunderts weiterzuführen! Allein in Wirklichkeit mußte sie diese Fähigkeit alsbald einbüßen, weil sie sich nur allzurasch daran gewöhnt hatte, alles Ererbte in wilder unbändiger Hast zu zertrümmern. Denn, indem sie dergestalt das Kind mit dem Bade ausschüttete, rief sie nothwendig einen verzweifelten Widerstand und eine entschlossene Reaction hervor.

Daher die bemerkenswerthe Thatsache, daß unter allen Wechselfällen der Revolution, und trotz aller vernichtenden Schläge, welche die Aufklärung gegen die überlieferte Religion

---

1) Vgl. Barruel, hist. du clergé pendant la révol. 2 tom. Londres 1801; Histoire du clergé de Fr. dep. la convocat. des états-gén. 3 tom. Paris 1803; Sartore, Ueber die Flucht u. Rückkehr der Kirchenhirten u. s. w. 3 Th. Augsburg 1804.

und zumal gegen den herrschenden Katholicismus zu führen bedacht war, die Masse des Volkes darauf bestand, den Glauben ihrer Väter sich nicht rauben zu lassen, und daß sie an den Gebräuchen des alten Cultus mit einer Zähigkeit festhielt, die vielfach selbst die der Geistlichkeit bei weitem übertraf.

Die Lehren Voltaire's, Holbach's und Rousseau's, die in den Kreisen der Gebildeten die Verachtung aller positiven Religion großzogen, hatten in den breiten Schichten der Gesellschaft nur einen schwankenden Indifferentismus gezeitigt, der wohl stark genug war, um der Träger einer behutsamen Reform zu werden, aber nicht stark genug, um einen gewaltsamen Umsturz zu vertragen. Und ebenso hatte auch die Sittenlosigkeit zahlreicher Priester und Mönche, die Manuel so schonungslos an den Pranger stellte [1]), bei der Masse der Bevölkerung wohl einen herben Widerwillen hervorgerufen, der stark genug war, um so lange zu dauern wie die Macht und Herrschaft der Priester, aber nicht stark genug, um sich nicht in Mitleid und Theilnahme zu verwandeln, als jene Herrschaft in Staub zerrann und die Priester ebensosehr die ohnmächtigsten wie die auserlesensten Opfer der Gewaltthat wurden. Hiernach gestalteten sich die beiden Grundphasen im Verlauf des Dramas.

Die Neuerungen der ersten Jahre der Revolution, von 1789 bis Mitte 1792, waren noch insgesammt angethan, eine glimpfliche Entwicklung zu ermöglichen oder zuzulassen. Dazu gehörten namentlich: die Einziehung der geistlichen Güter gegen Uebernahme der Cultuskosten durch den Staat; die Aufhebung der religiösen Genossenschaften, Orden und Klöster; die Freigebung und Gleichberechtigung aller religiösen Ueberzeugungen und Culte; ferner die sogenannte Civilconstitution des Klerus und die Uebertragung der Wahl aller Pfarrer, auch der Bischöfe, an die Kirchgemeinden; die Forderung des unbedingten

1) Manuel, La Police de Paris dévoilée. 2 tom. Paris 1790.

Gehorsams der Geistlichen gegen die Staatsgesetze und selbst die Zumuthung der eidlichen Verpflichtung auf dieselben, sowie die Pensionirung der den Eid verweigernden Priester; endlich die allgemeine Durchführung der obligatorischen Civilehe und der Civilstandsregister. Alle diese Akte einer geordneten staatlichen Gesetzgebung fanden eine weit überwiegende Zustimmung in allen Schichten der Bevölkerung. Ja, auch einer Beseitigung mancher kirchlichen Satzungen und Gebräuche, wie der Fasten, der Beichte, der öffentlichen Processionen, selbst der Messen und des priesterlichen Cölibates, falls sie auf dem Wege einer geordneten Gesetzgebung vor sich gegangen wäre, würde die öffentliche Meinung d. h. die große Mehrheit des Volkes theils beifällig theils gleichgültig zur Seite gestanden haben. Das kann nach zahlreichen und untrüglichen Anzeichen nicht dem geringsten Zweifel unterliegen.

Als jedoch der Glimpf in Gewalt, das wohlerwogene Umbilden in blindes Zerstören überging; als die Beseitigung der eidweigernden Priester in eine immer heftigere Verfolgung derselben ausartete und sogar in eine Anfeindung aller, auch der beeidigten und den Gesetzen gehorsamen Priester umschlug; als die katholischen Geistlichen, nicht etwa durch ein klares Gesetz zur Eheschließung berechtigt, sondern durch gelegentliche Entscheidungen, durch Belohnungen und Vergünstigungen gleichsam dazu verlockt wurden; als der Staat sich der Verpflichtung zur Besoldung des Klerus entzog; als das Christenthum von den Aufklärern in immer roherer Weise verspottet und verhöhnt ward und die Freiheit des christlichen Cultus immer größere Beeinträchtigungen und Verunglimpfungen erfuhr; als nicht nur die Fasten, die Messen, die Processionen, sondern überhaupt alle Gebräuche der katholischen Kirche und sogar alle christlichen Sonn- und Festtage verpönt wurden; als dergestalt der Andrang der Neuerer sich mehr und mehr zu vernichtenden Angriffen gegen die verbürgte Cultusfreiheit und gegen die tausendjährigen liebgewonnenen Sitten und

Gewohnheiten des Volkes gestaltete: da begann der Anhang der Neuerer zu immer geringeren Minderheiten zusammenzuschmelzen und dagegen in den Massen der Geist des Widerstandes sich zu entwickeln. So lange freilich unter den Gewaltschritten der Revolution jenen kühnen und immer kühner vorgehenden Minderheiten noch die äußere Gewaltherrschaft verblieb, so lange trat auch noch das Widerstreben der Massen mehr nur in vereinzelten als in zusammenhängenden Erscheinungen hervor.

Im Jahre 1790 hatte sich die „constituirende" Nationalversammlung den Satzungen der Kirche und den Vorurtheilen der Menge noch aus Vorsicht anbequemt. Obwohl sie am 13. April es ablehnte, die katholische Religion als Nationalreligion anzuerkennen, so faßte sie doch nichtsdestoweniger am 29. Mai den Beschluß, sich in Gesammtheit an der Procession des Frohnleichnamsfestes zu betheiligen. Seitdem aber boten die kirchenfeindlichen Agitatoren, und zumal die Häupter der Gemeindeverwaltung, der Maire Petion und der Procurator Manuel, Alles auf, um grade diese Feier in Mißcredit zu bringen und zu unterdrücken. Dadurch wurden am Frohnleichnamsfeste des Jahres 1792 die ersten denkwürdigen Scenen der kirchlichen Volkserbitterung hervorgerufen. Petion, der sogenannte „Abgott des Volkes", sah sich durch die Sanscülotten der Section des Arcis mit Steinwürfen empfangen, weil er in einer Verordnung erklärt hatte, daß es an diesem Tage „Jedem freistehe zu arbeiten oder nicht zu arbeiten". Auch beriethen die Pariser Sanscülotten „mehrere Tage hindurch" über die Frage, ob sie „Manuel steinigen" sollten, weil er gewagt hatte drucken zu lassen, daß es „freistehe Teppiche auszuhängen oder nicht". Und endlich wurden am Festtage selbst viele derjenigen, die, wie das Volk sich ausdrückte, „aus Halsstarrigkeit oder Irreligiosität" keine Teppiche ausgehängt, von der aufgeregten Menge mit „Stockschlägen" heimgesucht oder bedroht. Die „gesetzgebende" Nationalversammlung aber

hatte noch zu rechter Zeit eingelenkt, indem sie wenigstens beschloß „an diesem Tage keine Sitzung zu halten“ [1]).

Allein der Sturz des Königthums, die Septembergräuel mit ihren massenhaften Priestermorden und die Proclamirung der Republik bildeten einen scharfen Wendepunkt. Schon am 25. December 1792 decretirte der Nachfolger der gesetzgebenden Versammlung, der Convent, die officielle Abschaffung aller christlichen Sonn- und Festtage, indem er dieselben für alle Beamten in Werkeltage verwandelte. Und schon mit den Anfängen des Jahres 1793, seit der Hinrichtung des Königs, setzten gewisse Leiter der Republik alle Hebel in Bewegung, um den religiösen Volksglauben gewaltsam zu unterdrücken und den christlichen Cultus vollständig zu Fall zu bringen. Seitdem nahmen die rohen Verspottungen der Religion, die gewaltthätigen Verfolgungen der Priester und die frechen Entweihungen der Kirchen immer mehr überhand. Seitdem waren es aber auch, von dem völlig gesinnungslosen Pöbel abgesehen, nur immer kleinere Bruchtheile des Volkes, die sich den vorwärts stürmenden Neuerern anschlossen und an den Gewaltthaten betheiligten. Die große Masse der Bevölkerung feierte nur desto eifriger alle Sonn- und Festtage und ehrte nur desto zäher sowohl die Gebräuche wie die Diener der Kirche.

Am 9. Mai 1793 schrieb Dütard an den Minister Garat: „Die Religion bewahrt noch ihre Herrschaft über das Volk von Paris. Diesen Morgen trug vor meiner Thür ein Priester in seiner Amtskleidung das heilige Abendmahl zu einem Kranken. Sie würden mit Staunen gesehen haben, wie dasselbe Volk, das die Diener des Cultus verfolgt, von allen Seiten herbeilief, um sich insgesammt, Männer und Frauen, Jung und Alt, in Verehrung auf die Knie zu werfen.“ [2]) Die Recrutirungen in dieser Zeit verdankten ihren Fortgang zum guten Theil dem Glauben, daß man die Recruten nur

1) Tableaux 1, 302. Vgl. Bruchstücke S. 293 f. — 2) 1, 198.

wegführe um „das Krucifix zu küssen“ [1]). Bei den Vendéern steigerten sich sogar die kirchlichen Antriebe bis zum Fanatismus; weshalb die Jacobiner behaupteten, es sei denselben weisgemacht worden, sie würden wie Jesus Christus drei Tage nach ihrem Tode wieder auferstehen. [2])

Auf den 19. Mai fiel das Pfingstfest. Dütard schrieb am 21. dem Minister: „Es ist erfreulich, zu sehen, wie dasselbe Volk, das die Priester verfolgt, die Tempel entweiht und die Religion verspottet, dennoch den Pfingsttag als einen Festtag betrachtet, wo die Freunde ihre Freunde aufsuchen, wo die Feinde sich mit ihren Feinden begegnen, wo die Familien sich vereinigen, um der Bande des Bluts und der Freundschaft zu gedenken, wo selbst der unermüdlichste Arbeiter seine Arbeiten einstellt, um auszuruhen, wo der Kaufmann seinen Handelsgeschäften Einhalt thut, um sich jener heiligen Begeisterung hinzugeben, die ihm die Einigkeit und Eintracht von ehemals zurückruft. Die Frauen der Sanscülotten meines Hauses haben sich, die drei Tage hindurch, mit ihren schönsten Kleidern geputzt und sind mit ihren Männern auf Besuch gegangen bei Onkeln, Tanten, Vettern, Freunden und Freundinnen. Alle Läden von Paris sind während der drei Tage geschlossen gewesen; ich habe nicht einen einzigen Hammerschlag gehört. Auf dem Viereck der Halle haben die Kleidertrödler, die fast alle Jacobiner oder Cordeliers sind, während der drei Festtage gefeiert; nur einige erschienen mit einem oder zwei Kleidern im Arme, aber sicher haben sie nichts verkauft. Und doch gehören diese Leute zu der Zahl derer, die von der Hand in den Mund leben. Auf dem Kirchhof der Innocents bieten Garköche unter Sonnenschirmen Fleisch und Bohnen feil; diese haben ebenfalls gefeiert, und doch ist es eine bemerkenswerthe Thatsache, daß sie die leidenschaftlichsten Anhänger der Jacobiner- und Cordeliers-Partei sind. Und wollen Sie nun wissen, was

1) 1, 227; 238. — 2) Beaulieu 6, 56.

sich in den Familien zuträgt, die sich besagtermaßen besuchen? Sie verhalten sich gerade wie Sie selbst es zu Hause mit Ihren Freunden thun. Man gewahrt namentlich mehr Höflichkeit als gewöhnlich; denn die Toilette giebt Würde. Auch sind es an diesem Tage die Greise, welche die Gesellschaft regeln; sie predigen Mäßigung, Einigkeit, Brüderlichkeit. Die Gattin erscheint dabei nicht ohne ihren Mann, und sobald die gegenseitigen Begrüßungen und Höflichkeitsbezeigungen abgemacht sind, ergeht sich Jeder, unter den gegenwärtigen Zeitumständen, in Klagen über das öffentliche Mißgeschick." [1])

Dieser den alten kirchlichen Gewohnheiten zugewandte Sinn des Volkes offenbarte sich auch bei dem gleich darauf folgenden großen und kleinen Frohnleichnamsfeste, am 30. Mai und am 6. Juni, also mitten unter den gewaltigen Schreckensstürmen, die am 31. Mai und 2. Juni den Sturz der Gironde und damit der gemäßigten Republik bewirkten. Dütard hatte am 23. Mai dem Minister Garat den Rath gegeben: Der Convent solle in corpore oder durch Deputation der Processíon des Frohnleichnamsfestes beiwohnen; das werde eines der sichersten Mittel sein, das Volk mit dem Convente und die Bürger unter sich zu versöhnen. [2]) Allein sein Rath war unter den gegebenen Verhältnissen natürlich unbeachtet geblieben. Am Vormittag des 30. Mai, des Hauptfesttages, stand er als Nationalgardist mit seiner Compagnie in Reserve. Mit Bezug hierauf erzählt er in seiner drastischen Weise: „Ich nahm auf etwa zwei Stunden Urlaub. Meine ersten Blicke wandten sich auf die Processionen und Ceremonien des Tages. In mehreren Kirchen sah ich viel niederen Volkes, und zumal Frauen von Sanscülotten. Man vollzog die Processíon innerhalb der Mauern. In der Straße St. Martin bei der Kirche St. Mery angekommen, höre ich einen Trommler und gewahre eine Fahne. Schon wußte man in der ganzen Straße, daß

1) Tableaux 1, 264 f. — 2) 1, 280.

St. Leu im Begriffe stand, in Procession auszurücken. Ich laufe ihr entgegen; es war ein bescheidener Aufzug: ein Dutzend Priester, an ihrer Spitze ein ehrwürdiger Greis, der Dechant, der unter dem Traghimmel die geweihte Hostie trug; ein Schweizer von gutem Aussehen führte den Zug; voran und hinterher schritt eine bewaffnete Macht von 12 Freiwilligen, in zwei Gliedern geordnet; eine ziemlich zahlreiche Volksmenge folgte mit Andacht. Die ganze Straße entlang warf sich Jedermann auf die Knie; ich habe nicht einen einzigen Mann gesehen, der nicht seinen Hut abgenommen hätte. Als der Zug am Wachhause der Section Bonconseil vorüberschritt, trat die Wachmannschaft unter das Gewehr. Einige Augenblicke danach war ich bei einem Kaufmann inmitten der Hallen. Der voraufgehende Trommler verkündete das Nahen der Procession. Ah, was war das für ein Aufruhr unter allen unseren Bürgerinnen der Halle! Im Nu beriethen sie sich über die Mittel zu teppichen, bevor der Zug herankomme, und wenn es auch nur ein Tuch wäre; gern hätte jede ihre Schürze ausgelegt. Ein Theil von ihnen warf sich im Voraus auf die Knie, und endlich, als der Gott vorüberzog, lagen sie fast sämmtlich auf den Knien, und die Männer thaten desgleichen. Kaufleute kamen aus den Läden hervor, andere schossen bei sich Flintenschüsse ab, mehr als hundert Schüsse wurden abgefeuert. Jedermann billigte die Ceremonie, nicht eine einzige mißbilligende Stimme habe ich vernommen."

„Ein solches Ergebniß", fuhr Dütard fort, „ist ein sehr überraschendes. Die Gegenwart eines Friedensgottes, unsers alten Herrn, und der nicht aufgehört hat es zu sein, hat die Zerknirschung in alle Gemüther getragen. Hier konnte der Beobachter die Physiognomien, die sprechenden Bilder der lebhaftesten Eindrücke auffangen; hier konnte er die Tiefe der Seele jedes einzelnen Anwesenden ergründen. Ich habe daselbst wahrgenommen die Reue, die Vergleichung, die Jeder unwillkürlich zwischen dem gegenwärtigen Zustand der Dinge und

dem ehemaligen zog; ich habe wahrgenommen das Gefühl der Beraubung, die das Volk erfuhr durch die Abschaffung einer Feierlichkeit, die ehemals die schönste der Kirche war; und zugleich habe ich wahrgenommen das Bedauern über die Einbuße der Vortheile, welche dieses und andere Feste vormals Tausenden von Gewerbtreibenden einbrachten. Volk aller Stände und jedes Alters stand da verschämt, schweigsam, niedergeschlagen; und Manche hatten Thränen in den Augen. Die Priester und das Gefolge schienen hochbefriedigt von dem Empfange, der ihnen zu Theil ward." [1])

In den meisten Kirchspielen jedoch zog man es vor, wie schon angedeutet, die Procession innerhalb der Mauern zu begehen. Der Pfarrer der Kirche St. Germain l'Auxerrois verkündete seiner Gemeinde in einem öffentlichen Anschlag ausdrücklich: „daß die übliche Procession in der Umwallung der Kirche abgehalten werden würde, um die Religion vor Verunglimpfungen zu wahren, denen sie ausgesetzt sein könnte, und um die Anstiftungen Uebelwollender zu vereiteln, die vielleicht dieses Anlasses zur Erzeugung von Unruhen gewärtig seien". Zu denjenigen Pfarrern dagegen, die „ihre heilige Armee, begleitet von einem Theile der weltlichen, ausrücken ließen", gehörte auch der Pfarrer von Madeleine. [2])

Was die Einbuße von Vortheilen als Motiv des Widerwillens gegen die religiösen Neuerungen betrifft, so giebt uns auch hierüber Dütard interessante Belege. Am 6. Juni, am Tage des „kleinen" Frohnleichnamsfestes, schrieb er dem Minister: „Diesen Morgen sah ich in den Hallen eine Blumenverkäuferin Thränen vergießen über die Unterdrückung der beiden Frohnleichnamsfeste. Sie hatte alle Jahre an diesen beiden Tagen ihre kleine Ernte gemacht; „30 Frauen", sagte sie, „die mit mir arbeiteten, gewannen gleich mir ihr 14tägiges Brod". Es giebt keine Modehändler, keine Verkäufer feiner

1) 1, 350 f. — 2) 1, 353 f.

Kattune und Kleiderstoffe, keine Tapezierer u. s. w., die nicht das Dasein Derer verwünschen, die zu dieser Unterdrückung der Festtage beigetragen haben" [1]).

Allerdings wurden an demselben Tage in den Gruppen der Tuilerien, wo man trotz der brennenden politischen Krisis, trotz der Verhaftung der sogenannten 32 Girondisten sich eifrig von der Religion unterhielt, auch entgegengesetzte Aeußerungen laut. „Man wiederholte", meldete Perriere dem Minister, „nur die alten abgedroschenen Redensarten gegen die Religion; diese war der sterbende Löwe, dem sogar der Esel einen Fußtritt zu versetzen kommt. Gott selbst wurde angegriffen, und zwar durch eine Frau, die den beißenden Ausspruch that: „„Man schwatzt von Gott, Gott aber gehört zur Aristokratie". Indessen," fügt der selber radical gesinnte Perriere hinzu, „das Volk der Departements und selbst ein Theil des Pariser Volkes ist keineswegs so aufgeklärt, wie jene Gruppen der Tuilerien, oder vielmehr nur die Redner in denselben. Man hat viel zu früh die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts gepriesen! Das Feuer des Aberglaubens, kaum erloschen in der Vendée, brennt in der Lozère wieder auf und wird vielleicht, unterstützt durch die Unwissenheit, sich zu einem Lauffeuer durch die ganze Republik gestalten. Ich kenne die Auvergne, die ich einst bewohnt und die ich auch seit der Revolution durchwandert habe. Gewiß hat die Revolution keine besseren Stützen als die Auvergnaten, die wohl fühlen, von welcher Last sie die Abschaffung der Feudalrechte befreit hat; aber wenn sie auch ihre gnädigen Herren hassen, so liebten sie doch und lieben noch heut ihre Priester. Denn ihre Priester zechen mit ihnen und verkaufen ihnen die Absolution. Alle Sonntage, nach der Meßpredigt, werden Statthalterschaften und Unterstatthalterschaften öffentlich versteigert. „Um so und so viel die Statthalterschaft von Sanct Petrus!" Und wenn der

1) 2, 6.

Bauer Anstand nimmt zu bieten, wird rasch ein Lob des Heiligen hinzugefügt, und alsbald sind meine Bauern bei der Hand, sich wetteifernd zu überbieten. Diese einfachen Menschen sind heut in zwei Klassen gespalten, deren eine die beeidigten Priester angenommen hat, während die andere hartnäckig an den eidweigernden festhält, und leider ist diese die zahlreichste. Ich kann wohl sagen: der Spanier und der Aristokrat wird nie gefährlichere Feinde haben, sowie die Erde nirgend eifrigere und unermüdlichere Bebauer des Feldes aufzuweisen hat; aber Frankreich wird diese in beiden Beziehungen so werthvolle Bevölkerung sich abspänstig machen, wenn es sich darauf versteift, von ihr die Aufopferung ihrer Priester zu begehren" [1]).

In Paris bot auch die kirchliche Feier des 6. Juni sehr bemerkenswerthe Ergebnisse dar. Gerade die Arbeiterbevölkerung widmete ihr die unbedingteste Theilnahme. „In den Vorstädten", sagt Perriere, „hat man Processionen veranstaltet, obgleich es in der Stadt selbst nicht geschah. Allem Anschein nach hat also die Aufklärung noch nicht Zeit gehabt, von dem Mittelpunkt bis zu den Extremitäten durchzudringen. Das ist mithin der Maßstab für die Raschheit ihrer Verbreitung!" [2])

Von Dütard erfahren wir Genaueres. In der Mehrzahl der Stadtbezirke wurden allerdings die Processionen in den Kirchen selbst abgehalten; doch gelang es nicht überall, Straßenprocessionen zu verhindern. In dem Kirchspiel St. Eustache, das die Hallenbevölkerung umfaßte, erwartete man vom frühen Morgen an den Auszug der Procession. Demgemäß hatten auch Manche Teppiche ausgelegt. Der ängstliche Pfarrer begab sich zum Revolutionsausschuß des Bezirks, um dessen Rath einzuholen; aber ein bestimmtes und förmliches Verbot des Auszuges war die Antwort. Da, zwischen 5 und 6 Uhr, begaben sich die Damen der Halle in Masse zu dem Pfarrer

1) 2, 7 f. — 2) 2, 8.

und forderten Rechenschaft. Der Pfarrer verwies sie an den Revolutionsausschuß; und dieser, nachdem er von den Damen eine „wohlverdiente Behandlung" erfahren, sah sich genöthigt, einen Erlaubnißschein zu ertheilen, so daß die Procession vor sich ging, obwohl ohne Trommler und ohne Musik.

In den Arbeitervorstädten, wo die revolutionären Behörden von vornherein auf jeden Widerstand klüglich verzichteten, fiel die Feierlichkeit so glänzend aus, wie nur je in alter Zeit. In der Vorstadt St. Marceau war alles mit Teppichen behangen und die Gobelins hatten wie gewöhnlich die Meisterstücke der Kunst ausgelegt; nur die Erinnerungen an das Königthum hielt man zurück, um keinen Anstoß zu erregen; dagegen ließ sich voraussehen, daß die Darstellungen der heiligen Geschichte der großen Menge nur Wohlgefallen bereiten würden, und diese wurden daher dem Auge des Publicums ausgesetzt. „Unsere Demosthene der Revolution", bemerkt Dütard, „erwarteten viel von den Mitteln ihrer Beredtsamkeit; aber die göttliche Macht, die Vorsehung, die alles regelt, hat sich beredter als sie gezeigt." [1])

Daß der Volksaberglaube dem alten Kirchenthum zu Hülfe kam, beweisen die gleichzeitigen Vorgänge in Orleans. Hier hatte sich das Volk laut für eine Procession auf offener Straße ausgesprochen. Allein die Municipalität widersetzte sich und die bewaffnete Macht vollzog die Befehle der Municipalität. So wurde die Procession gewaltsam verhindert. Aber am andern Tage, erzählt ein Augenzeuge, fand man alle Weinstöcke bereift und schwarz. Da gab sich das Volk der äußersten Entrüstung hin, stieß ein wüthendes Geschrei aus und würde bereit gewesen sein, alle Verächter der Processionen und alle Einschmelzer von Kirchenglocken zur Vergeltung in die Fluthen der Loire zu stürzen. „Es ist ein Excess von Thorheit", setzt Dütard hinzu, „dem Volke bis in

1) 2, 9 f.

seine tief eingewurzelten Gewohnheiten hinein entgegenzutreten." Und er erzählt, wie noch an demselben Abend ihm ein alter Jacobiner „christliche Moral gepredigt" und auseinandergesetzt habe, daß es doch etwas Angenehmes für den Menschen in gewissem Alter sei, sich einer Einbildung hingeben zu können und die Aussicht auf ein zukünftiges Leben zu hegen. „Der Philosoph," schloß der Jacobiner, „vermag sich aufzurichten, er nährt und unterhält seine Seele bis zum Grabe; aber wir anderen armen Leute . . . !" Und damit verstummte er.[1])

Nicht selten verrieth sich in den unteren Volksklassen das Festhalten an den alten Vorstellungen und der Zorn über die neuen auf eine sehr charakteristische Weise. Am 13. Juni erzählt Dütard: „Drei Priester kehrten von einer traurigen Amtsverrichtung zurück. Der Vordere stieß mit dem silbernen Kreuz an einen beladenen Lastträger, der mit einem unbeladenen Kameraden daherschritt. „Nanu!" rief der Gestoßene, „du da, pack' dich mit deinem Kreuz!" — „St!" sagte sein Kamerad, „es ist ja der gute Gott!" — „Ach was, der gute Gott!" versetzte jener, „es giebt keinen guten Gott mehr!" Man hätte darauf erwidern können, daß die Menschen ihn schlecht gemacht hätten; doch dieser Mensch war trunken. Gar manche Leute aber hatten ihr Haupt entblößt, hatten das Zeichen des Kreuzes gemacht, hatten mit dem Daumen ihr Gesicht umfahren, hatten Gebete gemurmelt . . . und ich habe mir Glück gewünscht zu diesen Resten der Religion, und habe auch meinestheils die Zeichen abgegeben." [2])

Selbst der Jacobinerklub wagte nicht, sich den religiösen Vorurtheilen des Volkes ganz zu entziehen. Trotz aller Declamationen gegen die Vorstellungen der christlichen Kirche hatte man doch auf einer der Seitentribünen des Sitzungssaales ein hölzernes Kreuz, das den Blicken sämmtlicher Tribünen ausgesetzt war, wohlweislich unangetastet gelassen.[3])

---

1) 2, 10. — 2) 2, 41. — 3) 2, 54.

Auch war die Ungunst der Zeit unvermögend, das Ausstellen und Feilbieten religiöser Gegenstände zu verhindern. Auf dem Pont-au-Change stationirte im Juni ein Verkäufer von geistlichen Liedern, gedichtet auf die h. Juliane, den h. Alexis, die h. Genoveva u. s. w. Durch ein Transparentglas sah man eine Jungfrau, ein Kind in ihren Armen haltend. Ebenso gewahrte man Crucifixe, Kreuze, einen Hirsch und Anderes mehr. Die Lieder, bevor sie den Käufern ausgehändigt wurden, empfingen den Segen der Heiligen durch Berührung mit dem Glase. „Ich verweilte hier", sagt Dütard, „mehr als eine halbe Stunde, um die Wirkung zu beobachten, die diese Veranstaltung auf das Volk hervorbringen würde." Viele Leute aus dem niedern Volk, namentlich Frauen, standen still um die Melodien der vergangenen Zeit singen zu hören, und man kaufte sogar die Lieder; aber nach dem Gesange eines Couplet's, worin Genoveva in unrepublicanischer Weise als „Comtesse" von großer „Noblesse" bezeichnet wurde, stob ein großer Theil der Zuhörerschaft, wie durch unziemliche Ausdrücke verletzt, auseinander.[1])

An demselben Tage, am 16. Juni, sah Dütard bei den Hallen, in einer der kleinen Querstraßen, wo der Verkauf der Kartoffeln stattfand, einen Priester, der das h. Abendmahl zu einem Armen trug. Sechs bewaffnete Männer gaben ihm das Ehrengeleit, echte Sanscülotten und durchaus der untersten Volksklasse angehörig; sie geleiteten ihn bis zur Thür und hielten davor Wache, um ihn bei seiner Rückkehr wieder zu beschirmen. „Jedermann", sagt Dütard, „warf sich, und schon aus weiter Entfernung, auf die Knie, und auch ich kniete gleich den Anderen nieder. Diese armen Leute werden, trotz der Philosophie und der Intriguen, ihren guten Gott und ihre Freiheit aufrechterhalten."[2])

Daß die Rebellenarmee der Vendée sich nicht nur eine

1) 2, 62. — 2) 2, 63.

königliche, sondern auch eine „christliche" nannte, und daß bei ihr mindestens alle Sonn- und Festtage die Messe gelesen ward [1]), verstand sich von selbst. Aber die fanatischen Verfolger des alten Cultus mußten es zu ihrer Bestürzung sogar erleben, daß nicht nur in den Departements, sondern auch in der Hauptstadt selbst das Volk gelegentlich mit gleichem Fanatismus diesen alten Cultus und seine Bräuche vertheidigte. Im Juni wurde von der Section der Croix rouge ein Adjutant bloß deshalb cassirt „weil er es gewagt hatte, sich gegen die Procession von St. Sulpice auszusprechen". Und im Juli meldete der Agent Dügasse: „In einem Dorfe vor den Thoren von Paris, zu Nanterre, ist der Fanatismus und der Aberglaube noch so groß, daß man, um eine rasche Beendigung des Krieges zu erwirken, die Jungfrau mit Geschenken überschüttet hat; sie wurde mit dreifarbigen Bändern für mehr als 1200 Livres beladen." [2])

Es war demnach wohl begreiflich, wenn aufmerksame Beobachter, fremde wie einheimische, die Prophezeiung aussprachen, daß die Neuerungen nicht von Bestand sein würden. Zu diesen Propheten gehörte namentlich in Paris ein Neger von seltener Geistesbildung, der in der Section von 1792 wohnhaft war; und zu seinen Prophezeiungen gaben insbesondere die Vorgänge in Betreff der Fasten Anlaß.

Unter allen Bräuchen der katholischen Kirche nämlich war der Fastenbrauch schon in alter Zeit am wenigsten beliebt gewesen und am meisten übertreten worden. Seine Verpönung durch die Revolution hatte daher auch am wenigsten Anstoß gegeben, zumal in Paris. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil, wie Dütard sagt, „die Pariser allgemein starke Fleischesser sind". Nun trat aber im Juni 1793, wie wir früher sahen, eine bedenkliche Fleischtheuerung und ein wachsender Fleischmangel ein. Da gerieth man in und außerhalb des

1) 2, 82. — 2) 2, 63; 95.

Conventes auf den Gedanken, um diesen Proceß zu hemmen, sogenannte „politische“ oder „bürgerliche“ Fasten anzuordnen. Dieser Gedanke, obgleich er auf den kirchlichen Brauch zurückgriff, stieß bei der Pariser Bevölkerung aus dem gedachten Grunde weit weniger auf Beifall als auf lauten Unwillen. Der Neger der Section von 1792 aber, der nur die Thatsache ins Auge faßte, daß die Neuerer selbst jetzt wieder Fasten predigten, prophezeite öffentlich: „Ihr werdet sehen, in Kürze werden sie auch genöthigt sein das Volk zu bitten, daß es wieder zur Messe gehe.“ [1])

Mit der „Kürze“ hatte es nun freilich lange Weile. Denn zuvor sollte die religiöse Revolution, gleichwie die politische, noch ihre äußersten Consequenzen ziehen.

2. Der neue Kalender und der Vernunftcultus.

Schon seit geraumer Zeit war Chaumette, der ehemalige Schulmeister von Nevers, der nunmehrige Procurator der Pariser Commune, mit den Ideen seines Vernunftcultus ans Licht getreten. Zwar kannte er das Volk zu gut, um ihm rücksichtslos seine Gewohnheiten nehmen zu wollen; aber er gedachte, gleichsam unvermerkt, dem alten Inhalt derselben einen neuen unterzuschieben. Die auf dem kirchlichen Grunde bestehenden Festtage sollten daher nach seiner Meinung beibehalten, jedoch alle Feste der Kirche in Feste der Vernunft, der Freiheit, der Gleichheit, der Eintracht u. s. w. umgewandelt werden. Und zugleich wollte er, daß es überall in Frankreich, ja auf dem ganzen Erdboden, Schauspiele und Komödianten gebe, zum Besten des Volkes und auf Kosten der Reichen, um die Feier jener Feste zu würzen und für die Menge anziehend zu gestalten. Er hoffte auf diesem Wege

1) 2, 21; 87 f.

der Stifter einer neuen Religion und der Ehren eines Mahomet theilhaftig zu werden. [1])

Es scheint, daß Chaumette erst durch seine Verbündeten, Hebert und Anacharsis Cloots, zu noch radicaleren Entwürfen fortgezogen wurde. Der Letztere, der ehemalige deutsche Baron, predigte überall und auch im Convent, wie z. B. in der Sitzung vom 17. November 1793: „Die Religion sei das größte Hinderniß der Glückseligkeit. Es gebe keinen andern Gott als die Natur, keinen andern Herrn als das Menschengeschlecht, das Gott-Volk. Die Vernunft müsse alle Menschen vereinigen."

Diese radicalen Religionsstürmer, deren Haupt Chaumette blieb, unterstützt von einem lärmenden und drohenden Anhange, gefürchtet von dem geängstigten Klerus der Hauptstadt, namentlich von dem charakterlosen Gobel, dem constitutionellen Bischof von Paris, drängten die allgemeine Bewegung ihren Umsturzzielen immer näher.

Zu Statten kam ihnen dabei die der Kirche überaus feindselige, ja todbrohende Einführung des neuen republicanischen Kalenders.

In allen Beziehungen trachtete die Republik danach, sich für ihren Leib, ihre Bewegung, ihre Thätigkeiten funkelnagelneue Formen zu schaffen. Es gelüstete sie daher auch nach einer neuen ihr eigenthümlichen Aera, nach einer neuen Eintheilung aller Zeitabschnitte, des Jahres, der Monate und Tage. Und wie sie bedacht war, das Decimalsystem auf die neu zu schaffenden republicanischen Münzen, Maße und Gewichte anzuwenden: so sollte dasselbe auch auf die neue Jahreseintheilung nach Möglichkeit Anwendung finden.

Demgemäß kam denn, auf Grund des Datums der Proclamirung der Republik, am 5. October 1793 der neue Kalender gesetzlich zu Stande, beginnend mit dem 22. September,

1) 2, 11.

als dem ersten Tage des ersten Monats des republicanischen Jahres. Die Decrete vom 23. October und 24. November vollendeten die neue Schöpfung und stellten die Namen der Monate und Tage fest. Die 12 Monate zu je 30 Tagen hießen bekanntlich: Vendemiaire, Brümaire, Frimaire, Nivose, Ventose, Pluviose, Germinal, Floreal, Prairial, Messidor, Thermidor, Fructidor. Jeder Monat zerfiel in 3 Dekaden zu je 10 Tagen (Primidi, Duodi u. s. w.); die 5 Ergänzungstage am Schlusse des Jahres wurden Sanscülottiden benannt und sollten Feiertage sein, als Feste 1) der Tugenden, 2) des Genies, 3) der Arbeit, 4) der Meinung und 5) der Belohnungen. Den einzelnen Tagen wurden, zumal zur Erbauung des Landmanns, statt der Heiligennamen die Namen von Naturerzeugnissen, von Pflanzen und Thieren, beigelegt. So wurde beispielsweise der 7. Vendemiaire durch „Mohrrübe" bezeichnet, der 15. durch „Esel", der 25. durch „Ochs", der 1. Brümaire durch „Apfel", der 7. Frimaire durch „Blumenkohl", der 12. Messidor durch „Artischocke" u. s. w.[1])

Wir übergehen die Einsprüche, die dem neuen Kalender entgegentraten, und die unwesentlichen Abänderungen, die er mit der Zeit erfuhr. Auch die alte Bezeichnung „Kalender" mußte der neuen „Annüaire" schließlich weichen.

Die Commune von Paris hatte mit Eifer die Annahme des neuen Kalenders betrieben, und daraufhin faßte sie schon am 20. October den kirchenfeindlichen Beschluß, der allen Kaufleuten verbot, an den sogenannten „Sonn- und Festtagen" ihre Läden zu schließen, widrigenfalls sie als „Verdächtige" betrachtet und als solche verfolgt werden würden. Dagegen bestand man noch nicht auf einer Feier der „zehnten" Tage (Dekadentage, Decadis); vielmehr wurde den Kaufleuten anheimgestellt, ob sie an diesen Tagen ihre Läden offen halten oder schließen wollten.

1) Moniteur v. 30. October 1793.

Gleich darauf, im November, trug Chaumette mit seinen Verbündeten im Sturmeslauf einen so glänzenden und so vollständigen Sieg seiner religiösen Umsturz- und Gründungspläne davon, daß selbst Robespiere, trotz seines Widerwillens gegen die neue Religion und deren Gründer, sich ducken mußte, um mit heiler Haut den Sturm vorüberrasen zu lassen. Denn während Chaumette und seine Getreuen, auf dem Materialismus Holbach's fußend, den „Natur- und Vernunftcult" zu verwirklichen bedacht waren, hielt Robespierre mit Rousseau, trotz aller Feindschaft gegen das Christenthum, den Glauben an ein „höchstes Wesen" und an die „Unsterblichkeit der Seele" fest.

Feierlich schwor, von den Rädelsführern bedroht und eingeschüchtert, am 7. November im Schooße des Conventes der Bischof Gobel mit einem Häuflein seiner Geistlichkeit den katholischen Cultus und das Christenthum ab; die priesterlichen Mitglieder des Conventes folgten sofort seinem Beispiel, und die Unterrichtscommission sah sich mit Vorschlägen zur Herstellung eines vernunftgemäßen bürgerlichen Cultus an Stelle des katholischen beauftragt. Aber schon am 10. wurde durch die ungeduldigen Neuerer der Commune in der Kirche Notre-Dame der seltsame Cultus der Vernunft eingeweiht. Wer wüßte nicht, wie hier die Vernunft Fleisch geworden? wie die griechisch costümirte junge und schöne Frau des Buchdruckers Momoro die Rolle der Vernunft gespielt? wie dann im Schooße des Conventes der Präsident die fleischgewordene „Vernunft" mit dem „Bruderkuß" umarmte? und wie endlich der Convent selbst in Masse nach dem Notre-Dame wallfahrtete, um auch seinerseits der Göttin Vernunft einen Hymnus zu singen, nachdem er zuvor beschlossen, daß diese Kirche fortan „Tempel der Vernunft" genannt werden solle? So ward, im Taumel des Wahnsinns, die Religion zum Schauspiel und das Schauspiel zur Religion gemacht. Die Handelnden waren eine verschwindend kleine Minderheit, der die Menge nur neugierig zugaffte.

Es liegt mir fern, die Hergänge näher zu schildern, kraft deren in- und außerhalb der Hauptstadt die abstracte Vernunft zur sinnlichen Göttin gestempelt, die Göttin zum Menschenweibe degradirt und die Gotteinheit zu einer Vielheit von menschlichen Göttinnen oder Gottweibern gestaltet ward. Nie, gewiß, war die Religion unvernünftiger, als da man die Vernunft vergötterte. Dennoch lag auch in dieser Wandlung, in diesem Sichselbstüberschlagen der Bewegung ebensosehr ein gesetzmäßiger Trieb — denn auch alle exceptionellen Erscheinungen beruhen auf Gesetzen —, wie zugleich eine warnende Lehre der Geschichte.

Der willenlose Convent, von der kleinen aber rasenden Vernunftpartei beherrscht und terrorisirt, häufte Decret auf Decret, um die Diener der Kirche zum Abfall zu verlocken oder zu drängen. Weder Belohnungen noch Drohungen wurden gespart. Am 22. November wurde allen denjenigen Bischöfen, Pfarrern und Vicaren eine Pension verheißen, die von ihren Functionen abdanken und auf ihren priesterlichen Charakter verzichten würden. Ihrerseits beeilte sich die Commune, den kirchlichen Umsturz in Paris gewaltsam durchzuführen. Am 23. November wurde die Schließung aller „unter dem Namen Kirchen bekannter Gebäude" verfügt; und alsbald ward dies Beispiel in allen Theilen des Landes durch die fanatisirten oder eingeschüchterten Gemeindebehörden nachgeahmt. Aber hierbei blieb man nicht stehen. Zugleich erfolgte eine Bilderstürmerei, wie sie die Welt nie zuvor erlebt. Durch Schaaren von Sanscülotten, Weibern und Kindern wurde, auf die gegebene Losung, das Innere der Kirchen, zunächst in Paris, dann an zahllosen anderen Orten, auf barbarische Weise verwüstet; mit Hämmern, Aexten und anderen Instrumenten zerstörte man die Altäre, die Weihkessel, die bemalten Fenster, alle Werke der Bildhauerkunst und der Malerei, die Statuen und Bilder der Heiligen und der Engel. Die goldenen und silbernen Gefäße wurden davongeschleppt und, soweit nicht

Einzelne den Raub bei Seite schafften, theils der Commune theils dem Staate überantwortet. Seitdem dienten die meisten Kirchen von Paris als öffentliche Magazine zur Aufspeicherung aller Arten von Waaren. [1])

Unter solchen Umständen war es nichts als leerer Schein, wenn man dennoch im Convent und in der Pariser Commune das Wort „Freiheit der Culte" im Munde führte und sich die Miene gab, als wolle man Gewaltthaten gegen diese Freiheit weder üben noch dulden. Ging doch vielmehr die Unterdrückung der alten Religion so weit, daß man am 8. December alle religiösen oder theologischen Streitigkeiten bei Strafe verbot und am 12. März des folgenden Jahres den Gebrauch aller geistlichen Titel und Benennungen untersagte.

Das eigenthümlichste Beiwerk der Religionsverfolgung bildete der Krieg gegen die bisherige Sitte der Todtenbestattung. Da die Pietät gegen Verstorbene in den Augen Chaumette's eine verderbliche Folge religiöser Denkungsart und namentlich des Unsterblichkeitsglaubens war, so wollte er auch sie bis auf das letzte Fünkchen ersticken. Auf seinen Betrieb war daher schon am 17. November von dem Gemeinderath beschlossen worden, daß jede Feierlichkeit bei der Todtenbestattung aufhören und die Körper der Verstorbenen lediglich durch einen Commissar in rother Mütze abgeholt, begleitet und beerdigt werden sollten. Daß der Convent seinerseits am 2. December die bisherigen Kirchhöfe für gemeinsame Begräbnißplätze aller Bürger d. h. für confessionslos erklärte, durfte noch als begreiflich und Vielen als verständig erscheinen. Aber ein Entsetzen erregte es, daß jedes Abzeichen der Trauer, jedes Trauergeleite, jede Feierlichkeit am Grabe fortan verpönt war; kein Verwandter, kein Freund durfte dem Verstorbenen zur letzten Ruhestätte folgen; einsam wurde derselbe durch die Straßen davongeschleppt und

1) Mercier 4, 116 ff.; 126 ff. Monteil, 18. siècle 1, 262. Tableaux 2, 372.

„wie das gemeinste Gethier" in die Grube versenkt. Allmählich gewöhnte man sich indeß an diese „skandalöse" aber billige Art der Beerdigung, und so überdauerte sie die Schreckenszeit. Erst gegen Ende des Jahres 1796 trat eine stärkere Gefühlsreaction ein, die nun aber das seltsame Project Daubermenil's hervorrief, wonach die Todtenbestattung zur Privatsache gemacht und jeder Einzelne die „Freiheit" haben sollte, „den Körper seiner Angehörigen an jedem ihm beliebigen Orte verbrennen oder beerdigen zu lassen", mit alleiniger Beschränkung durch die „Polizei- und Gesundheitsvorschriften". Mit glühendem Eifer von Mercier bekämpft, kam das Project nicht zur Durchführung; jene „unanständige" Weise der Bestattung aber erhielt sich noch lange als Regel, wenn auch mit immer zahlreicheren der alten Sitte zugewandten Ausnahmen.[1]) Doch kehren wir zur Zeit Chaumette's zurück!

Der Jacobinerclub ließ es bei dessen Beginnen nicht an seiner Mithülfe fehlen. Denn Robespierre wagte noch nicht, den siegreichen Häuptern des Vernunftfanatismus energisch entgegen zu treten. Die Idee Chaumette's, die Religion wesentlich durch Schauspiele zu ersetzen, hatte namentlich im Jacobinerclub Wurzel gefaßt. Am 25. December 1793 richtete derselbe ein Schreiben an die Unterrichtscommission des Conventes, worin er die Forderung vortrug: „daß man in allen großen Communen der Republik Schauspiele veranstalten solle nach dem Muster der Griechen; daß in allen Städten von 4000 Einwohnern und darüber ein Schauspielsaal eingerichtet würde, wo die Zöglinge der öffentlichen Schulen und andere Personen sich üben könnten, doch nur gefühlvolle und im Geiste der Revolution verfaßte Stücke geben dürften; da alle diese Städte leerstehende Kirchen hätten, so würde es keiner Neubauten bedürfen; nichts werde geeigneter sein, das Volk zu

1) Lefort 1, 173. Rondonneau 2, 52. Mercier 6, 34 ff. Frankreich im J. 1796. 3, 356 ff. Vgl. unten zum Januar 1799.

unterrichten, es die Affereien der Priester vergessen zu machen und schließlich die Sitten umzugestalten". [1])

Ueberraschung und Furcht vor dem Terrorismus lähmten in Paris und überall dem christlich gesinnten Volke die Zunge. Dennoch geschah es, daß hin und wieder die oppositionelle Ueberzeugung sich Luft machte. So u. A. in dem annectirten Genf, wo man es am 11. März 1794 wagte, sich offen für die Beibehaltung des christlichen Kultus auszusprechen, und zwar mit 2852 Stimmen gegen 380. Auch zeigte es sich bald überall deutlich genug, daß der erste Andrang zu den Tempeln der Vernunft nur eben auf der Neugier der Menge, auf ihrer Lust an Schauspielen, auf dem Trachten nach Unterhaltung beruhte. Denn nachdem der erste Rausch der Neuheit vorüber war, so melden die Augenzeugen, verödeten die Tempel der Vernunft, oder sanken mit ihren Festen zum Zeitvertreib für Weiber herab. Am 20. März 1794 wird berichtet: „Ehemals sah man in den Kirchen viel mehr Frauen als Männer; im Tempel der Vernunft ist das Gleiche der Fall." [2])

Kurz zuvor, am 14. März, war endlich auf Robespierre's Betrieb die Verhaftung Hebert's und seiner nächsten Schildträger vollzogen worden. Dieser Schlag betäubte das Häuflein der ultrarevolutionären Vernunftdespoten und löste den Unterdrückten die Zunge. Schon am Tage darauf erklärte der protestantische Geistliche Brège, der von der Volksgesellschaft zu Montbéliard (Mömpelgard) an den Convent abgeordnet worden, laut und öffentlich: „Es ist unmöglich, in der gegenwärtigen Lage zu verharren; das Volk muß eine Religion haben!" Das gab der Meinung Vorschub, als ob die Protestanten im Grunde fanatischer seien, wie die Katholiken. [3])

Am 17. März führte man im Theater der Cité ein neues Drama auf, in welchem die Bischöfe des alten Regime, die

1) Tableaux 2, 136. — 2) 2, 173. — 3) 2, 157.

Priester und die Mönche verspottet wurden. Aus dem Beifall, den das Stück fand, zog der polizeiliche Berichterstatter den Schluß, daß „das Volk gänzlich den Aberglauben abgethan habe". Dies war aber augenfällig ein Fehlschluß. Das Stück war, wie er selbst berichtet, reich an „Späßen, die den Zuhörern viel zu lachen gaben"; nur diesen Späßen also, die nach dem Bericht „widerliche Reste des alten Regime waren", galt offenbar oder vornehmlich der „Beifall" des Publicums; und zudem war dies Theaterpublicum nicht das „Volk" [1]).

Wie das letztere in seiner Masse gesinnt war, zeigte sich genugsam in anderer Weise. Als am folgenden Tage die Kunde von der Verhaftung Chaumette's, Gobel's und ihrer Consorten durch die Stadt flog, herrschte „in allen Cafés der größte Jubel". Man war der Religionsverächter, der Begründer des Vernunftcultus, aller derer überdrüssig, die sich „durch ihre ultrarevolutionären Maßregeln" hervorgethan. In der Kirche St. Sülpice, die damals auch ihrerseits zum „Tempel der Vernunft" gestempelt worden, bezeichneten die Sanscülotten jene Verhafteten geradezu als „Schreier, die sich nur ein Geschäft daraus gemacht hätten, heimtückische Anträge zu stellen". Damit meinte man aber vorzugsweise oder ausschließlich die religiösen Motionen derselben; denn in politischer Beziehung zählten diese Sanscülotten zu den „Patrioten", d. h. den Jacobinern, und ließen die Republik hoch leben. Auch versicherte man ausdrücklich: Chaumette sei „wegen des Cultus verhaftet worden, durch dessen Unterdrückung er die Geister habe aufregen wollen". Und nicht genug Worte der Entrüstung konnte man finden über das „Benehmen des Bischofs Gobel", über seinen „Schritt bei dem Convent, um sich und seine Geistlichkeit zu entpriestern". Spöttisch sagte man: „Er hat sich eingebildet, seine 100,000 Livres ungestraft zu empfangen. Nun! Cloots existirt nicht mehr, und Gobel ist

1) 2, 166.

eingesperrt: so empfängt Jeder seinen Lohn." Mit Ungeduld, sagt ein Bericht vom 27. März, erwartet man den Tag, wo Chaumette dem Gericht überliefert werden wird; die öffentliche Meinung klagt ihn heftig an. In einer Gruppe der Tuilerien versicherte man, daß er „seit seinem Requisitorium gegen die Priester sehr übel angesehen gewesen sei." [1])

Am 14. April wurden Chaumette und Gobel zum Tode verurtheilt. Die religionsbedürftige Menge athmete wieder auf.

---

3. Die Dekadenfeier und der Cultus des höchsten Wesens.

Bei Niemandem war Chaumette, als Begründer des Vernunftcultus, übler angesehen gewesen, als bei Robespierre. Dieser haßte den neuen wie den alten Cult, und weil sie beide in seinen Augen Extreme darstellten, trachtete er danach, eine vermittelnde Stellung einzunehmen und schuf dergestalt das Mittelding eines Cultus des höchsten Wesens.

Am 7. Mai 1794 hielt er die denkwürdige Rede, womit er das Decret über die Dekadenfeier und über die Freiheit der Culte einleitete. Durch den ersten Artikel dieses Decretes erklärte der Convent: daß das französische Volk die Existenz des höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele anerkenne. Gemäß dieser Anerkennung sollte ein würdiger Cultus des höchsten Wesens und eine Reihe von Festen eingeführt werden, um „den Menschen zum Gedanken der Gottheit und zur Würde seines Daseins zurückzuführen." Statt der christlichen Sonntage sollten, nach dem 7. Artikel des Decretes, alle Dekadentage als Festtage gefeiert werden, die Festfeier aber der Reihe nach gewidmet sein: „dem höchsten Wesen und der Natur, dem Menschengeschlecht, dem französischen Volk, den Wohlthätern des Menschengeschlechts, den Märtyrern

1) 2, 166; 173; 193 ff.; 196.

der Freiheit, der Freiheit und Gleichheit, der Republik, der Weltfreiheit, der Vaterlandsliebe, dem Tyrannen- und Verrätherhaß, der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Schamhaftigkeit, dem Ruhm und der Unsterblichkeit, der Freundschaft, der Mäßigkeit, dem Muth, der Ehrlichkeit, dem Heroismus, der Uneigennützigkeit, dem Stoïcismus, der Liebe, der Gattenliebe, der Vaterliebe, der mütterlichen Zärtlichkeit, der kindlichen Pietät, der Kindheit, der Jugend, dem Mannesalter, dem Greisenalter, dem Unglück, dem Ackerbau, der Industrie, den Voreltern, der Nachkommenschaft, dem Glück." Die Zahl dieser Feste entsprach den 36 Dekadentagen des republicanischen Jahres. Der Wohlfahrtsausschuß und der Unterrichtsausschuß wurden beauftragt, einen Organisationsplan für diese Feste vorzulegen. Das Fest des höchsten Wesens sollte zum erstenmal gefeiert werden am 20. Prairial (8. Juni), der zugleich nach dem alten Kalender ein Sonntag war. Im Uebrigen enthielt zwar auch dieses Decret die inhaltslose Phrase: „die Freiheit der Culte wird aufrechterhalten"; zugleich aber wurden in dehnbaren Worten „alle aristokratischen und der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufenden Versammlungen" verboten und alle „fanatischen Predigten" und „contrerevolutionären Insinuationen" mit Strafen bedroht.

So muthete denn neuerdings eine winzige Minderheit und ihr Beherrscher dem Volke einen plötzlichen Farbenwechsel, eine religiöse Metamorphose zu. Und die Vertretung der Pariser Bevölkerung, die Commune, die noch soeben dem Vernunftcultus Chaumette's zugejauchzt hatte, sah sich nun genöthigt, am 14. Mai den Convent ob der Anerkennung des höchsten Wesens zu beglückwünschen.

Durch das Vorgehen Robespierre's stieg die religiöse Verwirrung auf den höchsten Gipfel. Die dienstwilligen Organe der Schreckensregierung konnten nicht rasch genug den hastigen Wandlungen der leitenden Principien folgen. Die Religion Chaumette's und die Religion Robespierre's, der Atheismus

und der Deismus lagen miteinander, und beide zugleich mit den alten Vorstellungen im Kampfe. Der eine Theil der Agenten handelte und berichtete daher noch vom Standpunkt des Vernunftcultus, während der andere diesen schon verpönte und im Interesse des „höchsten Wesens" zu operiren begann.

So schrieb am 17. Mai der Nationalagent Blondeau zu Louvres, ein Mann ohne alle Bildung, wie sein höchst unorthographisches Geschreibsel beweist, folgendermaßen an den Wohlfahrtsausschuß: „Ich kann Euch versichern, daß man in dieser Commune auf der Höhe der Revolution steht; der Fanatismus ist auf immer erloschen; man denkt an den Priester nicht mehr als wenn man niemals deren gesehen hätte; wir haben auf immer dem Gottesdienst entsagt." [1]) Natürlich wähnte er damit den Gebietern Frankreichs etwas Angenehmes zu sagen, und dergestalt sich seine Stellung und sein Einkommen zu wahren.

Dagegen wurde in einem Berichte von 26. Mai einem zufällig außer Amt gekommenen Commissar Bühot nachgerühmt: derselbe habe sich verdient gemacht durch seine „apostolischen Missionen, womit der District Cherbourg ihn beauftragt, und wobei er auf eine energische Weise den Eingriff des Atheismus zurückgewiesen und mit Erfolg die Grundsätze entwickelt habe, welche ein höchstes Wesen beweisen". Zum Lohne dafür erhielt er nachträglich Zahlung seiner rückständigen Besoldung. [2])

Als dann auf Robespierre's Betrieb die wunderlich phantastische Feier des höchsten Wesens vorbereitet wurde, zeigten sich die Agenten beflissen, ganz nach den Wünschen des Meisters zu berichten. Am 4. Juni meldete Rousseville, ein Hauptagent Robespierre's, dem Wohlfahrtsausschuß: „in den Umgebungen von Paris werde das Fest des höchsten Wesens mit vielem Eifer vorbereitet." [3])

1) 2, 205. — 2) 2, 207. — 3) 2, 211.

Am 8. Juni ging denn auch wirklich das groteske Fest, wenigstens in Paris, mit vielem Pompe vor sich. Schon drei Tage zuvor hatte der Convent sorgsam das Costüm festgestellt, in welchem die Volksvertreter dabei erscheinen sollten, mit Panasch und dreifarbigem Gürtel. In dem allerseltsamsten Costüm, theatralisch aufgeputzt, erschien Robespierre selbst, als der Stifter und Prophet der neuen Religion, als der cäsareo-papistische Träger der höchsten weltlichen und geistlichen Gewalt. Es war der größte Triumph seines Lebens; mit ihm erklomm er den Gipfelpunkt seiner Laufbahn, die fortan in reißender Eile ihn abwärts trug.[1]) Am 27. Juli erfolgte sein Sturz, am Tage darauf fiel sein Haupt unter demselben Beile, das auf seinen Wink so viele Tausende niedergemäht.

4. Widerwillige Wiederzulassung der alten Culte.

Die republicanische Dekadenfeier, wie sie das Maidecret angeordnet, und mit ihr der Cult des höchsten Wesens, gerieth begreiflicherweise nach dem Falle Robespierre's sofort in's Stocken. Statt der Dekadentage wurden immer häufiger und eifriger wieder die Sonntage gefeiert. Zwar waren die Organe des Conventes überall bemüht, das Ansehn der Dekadenfeste zu heben. Mancher Nationalagent rieth, sie durch die Mitwirkung von Musikern, Malern, Decorateuren und Tapezirern glänzender zu machen und die Sonntagsanhänger streng zu bestrafen. Zu Bordeaux hielt der Conventsdeputirte Bordas an einem Dekadentage des December 1794 im Tempel des höchsten Wesens eine vielgerühmte Rede, worin er empfahl, die Dekadenfeste zu Tagen des „öffentlichen Unterrichts" zu entwickeln, an denen Jeder „seine Pflichten beherzige und in der Liebe zur Sittlichkeit wie in dem Haß gegen die Tyrannen

1) Vgl. Mercier 4, 132 ff.

sich befestige." [1]) Allein diese Bemühungen blieben ohne Erfolg. Der Convent selbst ging vielmehr auf eine Verminderung der Feiertage aus; schon am 31. August hatte er ein Decret erlassen, welches nur die fünfte Sanscülottide als Nationalfest bestehen ließ, die vier anderen aber in Werkeltage verwandelte.

Inzwischen hoben sich allmählich, wie die Hoffnungen, so auch die günstigen Aussichten der Anhänger der christlichen Kirche; und im December konnte es daher Gregoire bereits wagen, im Convent die Wiederherstellung der Culte zu beantragen. Indeß, die damals herrschende gräßliche Lebensmittelnoth, die alle Gemüther ausschließlich beschäftigte, stumpfte für den Augenblick die Empfänglichkeit für alle anderen Fragen ab. Und um so leichter wurde der Antrag durch die Tagesordnung beseitigt.

Aber mit den Anfängen des Jahres 1795 wuchs die Bewegung im Sinne jenes Antrags. Und am 21. Februar kam es zu einem Decrete über die Freiheit der Culte, das zum erstenmale wieder seit langer Zeit dem wahren Verlangen des Volkes wenigstens einigermaßen Rechnung trug. Es wollte wirklich die Ausübung der Culte zulassen und dulden; nur erklärte es, daß die Republik keinen derselben salarire und ihnen keine Localitäten gewähre; auch schrieb es Polizeimaßregeln zur Ueberwachung der Culte vor und verbot, eine Dotation oder eine Taxe für die Cultuskosten zu veranstalten.

Wie knapp und engherzig auch dieser Beschluß formulirt war, der übrigens in den Gesetzen vom 22. Februar und 14. April näher entwickelt wurde: so ging doch wie ein Lauffeuer die Kunde davon, am gleichen Tage noch, freudebringend durch das Volk. Es war nach altem Kalender ein Sonnabend. Und sofort verkündeten die Verkäuferinnen der Hallen: „morgen würde die Messe gelesen werden, und sie würden hingehen um sie zu hören." [2])

1) Monteil, 18. siècle 1, 265. Frankreich im J. 1795. 1, 61. — 2) Tableaux 2, 289.

Wir wissen nicht, ob sich so leicht, von einem Tage zum andern, der Umschwung vollziehen ließ. Gewiß aber ist, daß er am nächsten Sonntag, den 1. März, im Vollzug begriffen war. Denn ein Polizeibericht von 2. März meldet: „Gestern wurden mehrere Messen und andere katholische Uebungen in dem Hause von François, in der Section de l'Homme-armé, abgehalten; an einigen anderen Orten haben ähnliche Versammlungen zu demselben Zweck stattgefunden. Da aber das Gesetz über die Freiheit der Culte die religiösen Gesellschaften ebenso wie alle anderen unter die Aufsicht der Polizei stellt, so glauben wir die Bürger, welche diese verschiedenen Gesellschaften zu bilden wünschen, auffordern zu müssen, hiervon vorgängige Anzeige zu machen." [1])

In raschem und selbst kühnem Laufe schritt fortan die kirchliche Bewegung vorwärts. Noch am 2. März ward gemeldet: „In der Section der Menschenrechte rief ein Mann mit einer Glocke aus: morgen (den 3. März) werde die Kirche des ehemaligen Klosters der Billettes eingeweiht und am nächsten Sonntag dort die Messe gelesen werden. Es ist Befehl gegeben worden, diesen Mann vorzuführen, da er sich in Contravention mit dem Gesetz über die Ausübung der Culte Artikel 17 befindet." Ein Bericht vom 9. sagt: „Die Freiheit der Culte übt auf die Stimmungen eine wohlthuende Einwirkung; die religiösen Genossenschaften benutzen das Decret um an vielen Orten Tempel zu ihrem Gebrauch zu eröffnen." Am 5. April, dem Ostersonntage, ward aus der Section der Vaterlandsfreunde gemeldet: „Gestern früh fanden verschiedene Ladeninhaber in ihren Schlössern Zettel, worauf geschrieben stand: „Alle diejenigen, welche morgen öffnen, werden als Jacobiner betrachtet werden." [2])

Immer lauter begehrte man, daß die Feier, die ganze und volle, der alten Sonn- und Festtage wiederhergestellt werde;

1) 2, 294. — 2) 2, 294; 298; 313.

daß an ihnen allgemein die Arbeit ruhe und allgemein die Läden geschlossen blieben.

Viele meinten, diese Wendung werde mit dem 19. April eintreten, der zugleich ein Dekadentag und ein Sonntag war. Die Menge ließ sich den Glauben nicht nehmen, daß man an dem gedachten Tage „zum letztenmal die Dekade feiern, und von da ab wieder dem alten Kalender folgen werde." Die Frauen der Vorstadt St. Marcel bestanden fest darauf und erklärten rundweg: „ein Arbeiter könne nicht 9 Tage hinter einander ohne auszuruhen arbeiten." [1])

Indessen wurde schon der 9. April als Dekadentag unwillig gefeiert, und schon mit dem 12. als einem Sonntag drang die Opposition, und damit die Wendung zu Gunsten der Sonntagsfeier, in jeder Beziehung durch. Ein Bericht vom folgenden Tage sagt: „Gestern ist der katholische Gottesdienst an verschiedenen Orten mit aller wünschenswerthen Ruhe gefeiert worden, viele Personen haben ihm beigewohnt; die Mehrheit der Läden war geschlossen; die Promenaden und die Schauspiele waren glänzend und gefüllt, und man bemerkte, daß fast alle Frauen keine Kokarden trugen." [2])

Alsbald machte sich auch der Unwille darüber geltend, daß die ehemaligen Kirchen dem Gottesdienst beharrlich vorenthalten wurden, und daß sich derselbe mit Privatlocalitäten begnügen mußte. Dieser Unwille wurde durch die Priester auf alle Weise gestachelt. Ein Polizeibericht vom 17. April äußert sich also: „Die Priester und ihre Anhänger suchen die Geister aufzuregen. Es wird mit Sonnabend dem 1. Mai ein Journal erscheinen, das unter dem trügerischen Namen ‚der Freund der Religion und der Republik' dem Irrthum Vorschub leisten und die Köpfe zum Fanatismus fortreißen könnte. Der Prospect dieses Journals ist in dem Supplement zu No. 35 des Journal de Paris unter dem Datum des 27. Germinal (16. April) enthalten." [3])

---

1) 2, 316. — 2) 2, 317. — 3) 2, 319.

Man kann in der That nicht bezweifeln, daß an dem Aufruhrtage des 20. Mai, bei der Erstürmung des Conventes, ebensowohl religiöse wie ökonomische und politische Triebfedern mitwirkten. Daher brachte denn auch schon der 30. Mai das ersehnte Gesetz über die Feier der Culte in „denjenigen Gebäuden", die „ursprünglich dafür bestimmt" gewesen. Der Convent genehmigte, daß jedem der 12 Arrondissements von Paris eine der ehemaligen Kirchen zur Ausübung des Gottesdienstes eingeräumt werde. Die bezeichneten Kirchen waren: „St. Thomas d'Aquin, St. Sülpice, St. Jacques-dü-Haut-Pas, St. Etienne-dü-Mont, Notre-Dame, St. Medard, St. Roch, St. Eustache, St. Germain-l'Auxerrois, St. Merry, St. Nicolas-des-Champs und St. Gervais."

Dieses Gesetz übte augenfällig in hohem Grade eine beschwichtigende Wirkung aus. Während noch die Tage des Pfingstfestes (24. Mai) von stürmischen Bewegungen durchzuckt waren, boten die Berichte über die Sonntagsfeier vom 31. Mai ein befriedigtes Bild dar. „Die Stimmung", hieß es darin, „war ruhig, der öffentliche Geist gut gelaunt, die Promenaden belebt, die Läden fast sämmtlich geschlossen. In den Bethäusern (denn die Kirchen waren natürlich noch nicht am Tage nach dem Gesetz verfügbar), wo der Gottesdienst durch eidverweigernde und durch vereidigte Priester versehen wird, ist alles mit Ordnung vor sich gegangen, und man hat keine den Regierungsprincipien feindlichen Grundsätze ausgesprochen." Diese Thatsachen erschienen der Polizei wichtig genug, um darüber selbst dem Sicherheitsausschuß schleunigen Bericht zu erstatten. [1])

Nun kam auch das Frohnleichnamsfest als Feiertag wieder zu Ehren. Ihm zu Liebe ließ man am Donnerstag den 4. Juni die Arbeit ruhen und „viele Läden blieben geschlossen". [2]) Processionen auf der Straße durften freilich nicht stattfinden.

---

1) 2, 350 f. — 2) 2, 352.

Aber die kirchliche Bewegung wurde so unwiderstehlich, und die Zahl der ihr zugestandenen, obwohl noch immer nicht eröffneten Kirchen erschien so ungenügend, daß der Convent sich am 18. Juni entschließen mußte, an die Commune von Paris noch drei andere ehemalige Kirchen zur Ausübung des Gottesdienstes zu bewilligen; es waren dies die Kirchen St. Laurent, St. Philippe-du-Roule und Ste. Marguerite.

Seit diesen Tagen erst konnte von einer eigentlichen „Wiederherstellnng des Gottesdienstes" die Rede sein. Denn erst von Sonntag den 21. Juni an, an welchem Tage zuerst die Kirche St. Gervais eröffnet ward, zog derselbe allmählich wieder in seine alten Tempel ein. Daher heißt es in einem Berichte vom 22.: „Gestern wurde der Gottesdienst wiederhergestellt." Diese Thatsache erregte die Mißgunst der Gegner. „Einige Bürger finden", sagte derselbe Bericht, „daß man dem Cultus eine zu große Ausdehnung giebt; andere jedoch erklären, daß die freie Ausübung des katholischen Cultus nur Freude verbreitet hat." Daß bei der damaligen ersten Abendmahlsfeier, in Folge des herrschenden Brodmangels, die Austheilung des geweihten Brodes eine gewisse Bewegung hervorrief, indem jeder Bürger mehr als ein Stück nehmen wollte, haben wir schon seiner Zeit erwähnt. Im Uebrigen war die Einweihung der Kirche St. Gervais eine sehr würdige. Vor- und Nachmittag wurde daselbst katholischer Gottesdienst gefeiert, und zwar durch den Volksvertreter Royer, Bischof vom Departement Ain. „Die beiden von ihm gehaltenen Predigten", sagt ein officieller Bericht, „bewegten sich in den besten Grundsätzen und athmeten jene sanfte und beredtsame Philosophie, die fähig ist, ob der Uebel der Vergangenheit zu trösten und die Geister zu jenen Ideen von Ordnung und Ruhe zurückzuführen, welche die einzigen Grundlagen des Glückes der Staaten sind." [1])

1) 2, 359 f.; 372.

Die Einräumung der Kirchen von Seiten der Regierung ging indeß doch viel langsamer von statten, als man erwartet hatte, und diese Zögerungen führten zu mannigfachen Beschwerden. Aus dem Bericht der Departementalverwaltung von Paris an den Gesetzgebungsausschuß über den Monat Messidor (19. Juni — 18. Juli 1795) geht als zweifellos hervor, daß am 21. Juni von jenen 15 Kirchen in der That nur erst eine einzige, St. Gervais, eröffnet worden war. An den darauf folgenden Sonntagen wurden dann zwar noch mehrere dem Gottesdienst übergeben; aber eine ganze Reihe derselben blieb ihm selbst nach Monatsfrist noch immer thatsächlich verschlossen. Der Grund war, daß man nur mit Mißtrauen der Wiederherstellung des christlichen Cultus Raum gab; als Vorwand diente, daß „diese Gebäude noch mit Lebensmitteln und Waaren angefüllt" wären, über die zu verfügen von den dafür eingesetzten Commissionen abhänge. Namentlich waren in Folge dessen Notre-Dame, St. Sülpice, St. Laurent und St. Nicolas noch immer uneröffnet. Vergeblich hatte die Departementalverwaltung um deren „Freimachung von den darin aufgespeicherten Lebensmitteln" und um deren „Eröffnung" bei den zunächststehenden Behörden nachgesucht. Und vergebens hatte sie sich wegen dieser Saumseligkeit unmittelbar beim Wohlfahrtsausschuß beschwert. Allem Anschein nach kam sie erst Ende Juli oder im August zum Ziel, nachdem sie gelobt hatte: „mit der größten Sorgfalt das Betragen der Cultusdiener und der Anhänger der verschiedenen Culte zu überwachen, auch allen Unruhen und Spaltungen vorzubeugen, die etwa entstehen und von Seiten der Böswilligkeit genährt werden könnten." [1])

Die Widerwilligkeit der Regierung, gegenüber dem religiösen Verlangen, schürte den Haß gegen den Convent und verstärkte das Verlangen nach einer royalistischen Restauration.

1) 2, 372.

Im August tauchte ein Straßenanschlag auf, der dieser Stimmung Ausdruck gab und ein großes Aufsehen erregte. Den Kern desselben bildeten die Worte: „Französisches Volk! Nimm deine Religion und deinen gesetzmäßigen König auf, und du wirst sowohl Frieden als Brod haben.“ Zuerst erschien dieser Anschlag im Departement der Seine und Oise; von da aus verbreitete er sich über viele andere Departements, namentlich über die der Aisne, Somme und Marne. [1])

Selbst in den Spielen der Kinder spiegelte sich die Stimmung ab, die in den Kreisen der Erwachsenen, im häuslichen und geselligen Verkehr maßgebend war. Auf öffentlicher Straße spielte die Jugend in Paris „Patrioten und Vendéer“. Die eine Partei stellte die republicanische Armee dar, die andere die der royalistischen Vendée, die den Patrioten siegesgewiß ein „Crucifix“ entgegentrug. [2])

Zu der Widerwilligkeit der Conventsregierung trug denn auch ohne Zweifel nicht wenig die Besorgniß bei, daß die Religion zum Deckmantel feindseliger politischer Umtriebe diene. Daher das Gesetz vom 17. August, das den „geheimen Versammlungen“, die „unter dem Vorwande der Ausübung irgend eines Cultus“ abgehalten würden, offen den Krieg erklärte.

Bald aber schlug das letzte Stündlein des Conventes. Sein Vermächtniß, die republicanische Directorialverfassung vom 22. August, schien trotz allem einen religiösen Fortschritt durch den Artikel 354 zu bezeichnen. Zwar hielt sie an dem Satze fest: „Die Republik salarirt keinen Cultus“; aber, statt die früheren Verbote der Kirchentaxen zu wiederholen, verordnete sie doch nur: „Niemand kann gezwungen werden, zu den Kosten eines Cultus beizutragen“; und vor allem wahrte sie den Grundsatz der Freiheit durch den Ausspruch: „Niemand kann verhindert werden, den von ihm erwählten Gottesdienst auszuüben.“

1) 2, 400. — 2) 2, 379.

Indeß, schon das Ausführungsgesetz, das der Convent am 29. September der Verfassung folgen ließ, legte der freien Bewegung bereits wieder stärkere Fesseln an. Nach Artikel 9 durften weder Gemeinden noch Gemeindebezirke Localitäten zu gottesdienstlichen Zwecken erwerben. Der 10. untersagte neuerdings die Bildung von Dotationen sowie die Einrichtung von Steuern zur Bestreitung von Cultuskosten, so daß also nicht bloß nur freiwillige, sondern auch nur gelegentliche und wandelbare Beiträge zu derartigen Kosten gestattet waren. Artikel 16 verbot alle Cultusfeierlichkeiten außerhalb des dazu bestimmten Gebäudes; in Privathäusern sollten sie nur gestattet sein, wofern außer den Hausbewohnern nicht mehr als zehn Personen daran theilnähmen; Zuwiderhandlungen wurden mit Geld- und Gefängnißstrafen bedroht. Nach dem 19. durfte Niemand öffentlich mit solchen Gewändern, Zierrathen oder Costümen erscheinen, die auf religiöse Feierlichkeiten Bezug hätten. Artikel 20 und 21 untersagten jegliche Betheiligung von Cultusdienern an den Akten der Civilstandsregister. Die folgenden endlich enthielten Strafbestimmungen für priesterliche Vergehen in Wort und Schrift; wonach in der That nichts gefährlicher war als Priester sein.

Ein Gegengewicht gegen die Anziehungskraft der Culte erhoffte überdies der sterbende Convent nunmehr, im Widerspiel zu seinem Augustdecret des Jahres 1794, von der Anhäufung und Einhaltung republicanischer Feiertage. Sein Schwanenlied war in dieser Beziehung am 25. October 1795 die Stiftung von sieben Nationalfesten. Das waren die Feste der Gründung der Republik, der Jugend, der Gatten, der Dankbarkeit, des Ackerbaus, der Freiheit und der Greise.

5. Erneute Feindseligkeit gegen das Christenthum.

Wider Vermuthen ging unter dem Directorium sofort die herrschende Partei von Neuem darauf aus, die christliche Religion völlig zu unterdrücken, trotz der Religionsfreiheit, welche die Verfassung zu verbürgen schien.

Die Mittel der Unterdrückung waren: 1) Die directe Verfolgung des katholischen Cultus, seiner Priester und Vorkämpfer. 2) Die Verfolgung des Privatunterrichts und aller Privatunterrichtsanstalten als gefährlicher Brutstätten katholischer Gesinnung. 3) Die antireligiöse Drillung der Schüler in den öffentlichen Schulen durch die schärfste Ueberwachung und Gängelung des Unterrichts, durch die Einführung von Zwangs-Regulativen und durch Maßregelungen der Lehrer. 4) Die Anstiftung und Begünstigung eines neuen Cultus, des Theophilanthropismus, der als reiner Moralcultus mit dem Katholicismus rivalisiren, ihn durch seine Concurrenz ersticken sollte. Endlich 5) die Entwickelung der Dekadenfeier zu einem eigenen republicanischen Cultus, der als solcher alle übrigen Culte absorbiren nnd dergestalt zum alleinherrschenden erwachsen sollte.

Es ist wahr, die katholischen Priester schürten mit Fanatismus das Werk der absoluten Restauration, wie des Königthums, so vor allem des Priesterthums und seiner Allmacht. Gleich mit dem Beginn der Directorialregierung hoben sie das Haupt höher empor. Zumal in der Provinz wurde vielfach auf ihren Betrieb und mit voller Theilnahme der Bevölkerung der alte Cultus ganz und schleunig wiederhergestellt. Aergerlich meldete am 2. December 1795 ein reisender Anhänger der Republik: „Im Departement der Vienne hört man allenthalben Glockengeläut, alle Kirchen sind offen, Messe, Vesper und all' das Narrenzeug nimmt kein Ende.“ [1]) Auch im

1) Frankreich im J. 1795. 3, 345.

Departement der Seine gingen die Priester kühner vor und mischten sich eifrig in alle politischen Fragen ein. Schon am 16. November ward berichtet: Die Priester in den Gemeinden der Umgebung von Paris üben einen bestimmenden Einfluß auf die Bewohner aus; sie stiften sie an, die Vornahme neuer Wahlen für die Municipalämter zu verweigern; sie überreden sie, daß die den Adjuncten beigelegten Befugnisse in Betreff der Geburten, der Heirathen u. s. w. wesentliche Zugehörigkeiten des Priesteramtes sind.[1])

Ihrerseits aber gingen offenbar die Regierung und deren Agenten in der Witterung priesterlicher Umtriebe viel zu weit. Durch das Mißtrauen geleitet, waren sie geneigt, jede oppositionelle Regung im Volke, auf die bloße Vermuthung hin, ohne weiteres diesen Umtrieben zuzuschreiben. Das beweist z. B. ein Bericht vom 14. December, worin es heißt: In den Cafés schleichen Leute umher, die „muthmaßlich" ehemalige Priester sind, und die das republicanische Geld schmähen; in ihrer „heiligen Wuth" verkünden sie, daß von den Landbewohnern dies republicanische Geld nicht werde angenommen werden, „weil es aus dem Ertrage der heiligen Gefäße fabricirt sei".[2]) Als ob nicht das republicanische Geld von allen Seiten, von allen Berufsklassen geschmäht worden wäre! Und als ob nicht zahllose Laien die gewaltthätige Beraubung der Kirchen, vielleicht mehr wie die meisten Priester, für Sünde erachtet hätten!

Selbst die Sonntagsfeier von Seiten der Gewerbtreibenden wurde als Heuchelei und priesterliches Complott verdächtigt. Der „Heiligenschein und die sonntägliche Frömmigkeit", hieß es in den Denunciationen, werde zur Schau getragen von den Kaufleuten, den Restaurateuren, den Leinwandhändlerinnen, die, nachdem sie sich an den Assignaten bereichert, jetzt nur gegen baares Geld verkaufen wollten.[3])

1) Tableaux 2, 450. — 2) 2, 542. — 3) 2, 543.

Die herrschende Partei gab sich mehr und mehr der Furcht hin, daß der katholische Cultus eine Lebensgefahr für sie sei, daß er der Ausgangspunkt ihres Sturzes werden könne. Die Nacht vom 24. zum 25. December, die Nacht des Weihnachtsfestes, gab insbesondere in den Regierungskreisen zu den größten Besorgnissen Anlaß. Die Anhänger des katholischen Cultus, raunte man sich zu, würden in der Kirche St. Merry die Mitternachtsmesse halten lassen; das werde das Signal zu Unruhen, zur Empörung sein. Um jeden Preis wollte man daher diesen mitternächtlichen Gottesdienst verhindert wissen. Der Minister des Innern verlangte, daß die Departementalverwaltung, wenn ihr dazu die Erlaubniß abgefordert werde, dieselbe verweigern und darüber wachen solle, daß nicht dennoch die nächtliche Versammlung stattfinde.[1])

Die Departementalbehörde verfuhr demgemäß, und die Nacht verlief ruhig. Der Bericht darüber lautete: „Sehr zahlreiche Patrouillen auf den Beinen, die Runden der Polizei vervielfältigt; keine der Kirchen geöffnet. Da und dort fanden sich Weiber an den Kirchthüren ein, in dem Glauben, daß man die Mitternachtsmesse lesen werde; die Mehrzahl, als sie die Thüren verschlossen sah, zog sich friedlich zurück; einen Auflauf und Unzufriedenheit hat man nur an der Thür der Kirche Ste. Marguerite bemerkt, wo die Weiber sich beklagten, daß man die Ausübung ihres Cultus verhindere.“[2])

Auch das Weihnachtsfest selbst gab zu keiner Störung Anlaß. Ueberall zwar fand, wie berichtet ward, „ein großer Zusammenfluß von Menschen in den für den Cultus bestimmten Gebäuden statt; aber die Ceremonien desselben wurden mit Anstand vollzogen, und es fiel nichts vor, was den von der Regierung angenommenen Grundsätzen zuwider gewesen wäre.“[3])

Nichtsdestoweniger stieg das Mißtrauen zwischen dieser und den Anhängern des christlichen Cultus auf den höchsten

1) 3, 14 f. — 2) 3, 21. — 3) 3, 23.

Grad. Wessen sich die Katholiken von Seiten der Regierung versahen, zeigt ein Polizeibericht vom 24. December, worin es heißt: „Die Anhänger des Priesterthums sind wüthend über die zur Vollziehung der Gesetze gegen die widerspänstigen Priester ergriffenen Maßregeln und streuen die lächerlichsten Fabeln aus, um den öffentlichen Geist zu verderben. Nach ihnen hat das Directorium ein geheimes Generalcomité berufen zur Feststellung der wirksamsten Mittel um die Schließung der Tempel zu bewirken und die Lesung der Messe zu verhindern." [1])

Die Spannung offenbarte sich nicht minder außerhalb wie innerhalb von Paris. Denn auch in den Departements ergriff die große Masse der Bevölkerung Partei für die Religion und die Priester. Berichte des Inhalts: In dem und dem Departement ist der öffentliche Geist durch den Fanatismus und den Royalismus verdorben, wurden immer häufiger. [2]) Ja es trat im ganzen Lande eine Art von Kriegszustand zwischen den Anhängern des alten Cultus und ihren Gegnern ein, der nicht selten zu den äußersten Gewaltthaten führte. Ein Bericht vom 29. December sagt: „In fast allen Departements wird Plünderung, Diebstahl, Mord und Brandstiftung verübt im Namen des Königs und zur größeren Glorie der Religion; namentlich in den südlichen sind die Excesse auf den höchsten Punkt gediehen." [3])

All' dieses Unheil schrieben die „Patrioten" der „Wiederherstellung des Cultus" zu; die ehemaligen Jacobiner und Terroristen waren außer sich über die „Schurken, welche die Oeffnung der Kirchen gestattet". [4]) In den Augen der strengen Katholiken dagegen war der Grund des Uebels vielmehr, daß man zur Wiederherstellung des Cultus nicht genug gethan, daß man sich auf halbe und Viertelsmaßregeln beschränkt habe.

---

1) 3, 18. — 2) 3, 29. — 3) 3, 35. — 4) 3, 42.

Je nach diesem oder jenem Standpunkt wurden alle Maßregeln der unsicher tappenden Regierung gelobt oder verurtheilt. Als sie am 24. Januar 1796 einige widerspänstige Priester, die seiner Zeit den Eid verweigert oder widerrufen hatten, in dem Hause Sirilly, in der alten Tempelstraße, verhaften ließ, da erklärten die Einen: das sei eine „weise Maßregel, geeignet den Fanatismus zu zerstören und den alten Religionskriegen die Wurzel abzuhauen"; Andere dagegen meinten umgekehrt: „da der Cultus gestattet sei, so müsse auch Jeder die Freiheit haben, sich an solche Priester zu halten, wie er sie eben wolle; die gegen sie angestachelte Verfolgung sei nichts anderes als eine Wiedererweckung des Schreckenssystems". [1]) Daß die unbeeidigten Priester nach den Staatsgesetzen nicht zu gottesdienstlichen Handlungen berechtigt waren, lag auf der Hand. Dennoch trat die öffentliche Meinung der zweiten Auffassung bei, und sowohl die Verhaftung jener Priester als die Schließung mehrerer Bethäuser, die zugleich verfügt worden, erregte nach den Polizeiberichten „vieles Murren" [2]).

Die republicanischen Feste fanden damals nirgend eine bemerkenswerthe Theilnahme, weder in Paris noch in anderen Theilen von Frankreich. Auf dem Lande war sie womöglich noch geringer wie in den Städten. Während sich die Dorffeste aus der heidnischen Zeit, wenn auch christlich gefärbt, neben den christlichen erhalten hatten, waren von Anfang an und blieben die republicanischen bei den Landleuten verpönt; weder patriotische Gesänge und Reden, noch Gelage und Spiele konnten sie bei ihnen volksthümlich machen und einbürgern.[3]) Selbst das Siegesfest, das im Mai auf Grund der italienischen Erfolge als Fest der „Dankbarkeit" gefeiert wurde, fand z. B. in Chantilly ohne jede Theilnahme der Männer und namentlich der Bauern statt.[4]) Dagegen feierte

1) 3, 70. — 2) 3, 74. — 3) Monteil, 18. siècle 1, 90. — 4) Frankreich im J. 1796. 2, 151.

man immer eifriger die Festtage der Kirche; so noch jüngst den alten Neujahrstag, und das Fest der Könige im Januar.[1])

Gerade je mehr sich die Regierung die Durchführung des neuen Kalenders und die Verfolgung der Cultusfreiheit zur Aufgabe machte, desto größer wurde der Hang des Volkes zur Bevorzugung oder alleinigen Anerkennung des alten Kalenders, sowie der Aufschwung des Kirchenbesuchs und der Sonntagsfeier. Dabei mag es immerhin geschehen sein, daß viele Müßiggänger sich doppelte Ruhetage machten, indem sie sowohl die Dekadentage wie die Sonntage feierten.[2]) Vom Sonntag den 27. März heißt es in den Berichten: „Diesen Vormittag hat ein zahlreicher Zusammenfluß von Menschen die Kirchen überschwemmt." Und vom Sonntag den 3. April: „Die Kirchen waren sehr gefüllt; die Promenaden, die Tänze in den Champs-Elysées, alles verkündet einen vollständigen Sonntag."[3]) Zu gleicher Zeit häuften sich aber auch die officiellen Denunciationen gegen die scharf überwachten Priester. Unterm 4. April meldete die Polizei: „Gewisse fanatische Vorhersagungen sind dem Centralbüreau angezeigt, das sein Möglichstes thun wird, sie zu Schanden zu machen. Darunter hat man die Aussprüche vermerkt: „Ohne Religion keine Regierung"; „Außer der Kirche kein Heil"; „Der Arm des Ewigen wird schwer auf denen lasten, welche die heiligen Tempel entweiht haben u. s. w." Unterm 11. lesen wir: „Die privaten Bethäuser vervielfältigen sich in einer dem Gesetz zuwiderlaufenden Weise. Das Centralbüreau hat an die Municipalitäten geschrieben, um ein Verzeichniß dieser Bethäuser zu erlangen. Es bemerkt jedoch, daß es wenig Mittel der Unterdrückung giebt, da die Sicherheitspolizei den Friedensrichtern anvertraut ist."[4]) An demselben Tage erging ein Gesetz, das den Gebrauch der Glocken untersagte, sowie

1) Mercier 5, 7. Tableaux 3, 56. — 2) Mercier 3, 127. — 3) Tableaux 3, 135; 144. — 4) 3, 144; 152.

jede Art öffentlicher Zusammenberufung zum Zwecke der Ausübung eines Cultus. Diese Maßregel trug nicht wenig dazu bei, die Erbitterung, die Demonstrationen und die Gesetzesübertretungen zu steigern. Daher behauptete nun wieder ein Bericht vom 3. Mai: „Die Priester, die den katholischen Gottesdienst ausüben, sind für die Ruhe nicht weniger gefährlich als die Ultrarevolutionäre, die Jakobiner oder Pantheonisten; ihre Kampfreden, ihre Getheiltheit in widersetzliche und constitutionelle, der Widerwille, der den vereidigten begegnet, und ihrer aller Herrschaft über die schwachen Geister können die öffentliche Moral beeinträchtigen." Unterm 16. aber hieß es: „Gestern (Sonntag) waren die Kirchen mit Frommen angefüllt; die privaten Bethäuser enthalten mehr Heißsporne. Der Gottesdienst wurde mit Pomp und Pracht gefeiert. In den Bethäusern hat man ein Tedeum gesungen, zum Danke für die von den Armeen der Republik errungenen Siege. Der Priester, der zu Bonne-Nouvelle die Predigt hielt, empfahl den Bitten der Gläubigen: den Papst als Haupt der Kirche, unsere Gesetzgeber, die bestehenden Behörden und die Vertheidiger des Vaterlandes." Endlich wird unterm 18. gemeldet: „Gestern fand eine beträchtliche Versammlung in einem Privatbethause, dem ehemaligen Kloster Ste. Marie, in der Straße St. Antoine statt. Die in diesem Bethause amtirenden Priester, acht an der Zahl, wurden auf Befehl des Centralbureau's verhaftet als Contravenienten gegen Artikel 16 des Gesetzes vom 7. Vendemiaire (29. Sept. 1795), als welcher die Zahl der Bürger, die in ein Privatbethaus aufgenommen werden dürfen, auf 10 beschränkt." [1])

Nicht alle ehemaligen Priester waren übrigens beeifert, den verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Viele, selbst hochgestellte, zogen sich mit Entsagung in einen stillen Winkel oder

1) 3, 177; 196; 199 f.

in eine bescheidene weltliche Stellung zurück. Der ehemalige Bischof von Vienne amtirte im Sommer 1796 als Bibliotheksdiener im Arsenal; der Bischof von Orleans, der vormals 2 bis 300,000 Livres an Einkünften bezog, suchte zu eben jener Zeit eine Stelle als Unterbibliothekar beim Nationalinstitut nach.[1])

Das erwähnte energische Einschreiten der Polizeibehörde wirkte so einschüchternd, daß in der That der Gottesdienst in Privathäusern nicht mehr über die ihm gezogenen winzigen Grenzen hinauszugehen wagte, obwohl die Zahl der eingeräumten Kirchen für das Bedürfniß unzureichend war. Seitdem lauteten die Berichte der Cultuspolizei, im Juni und Juli, regelmäßig dahin: In den Bethäusern und Tempeln geschieht nichts was den Gesetzen, der Sicherheit und der Ordnung zuwider wäre.[2])

Das eine, vorläufige Ziel, die Eindämmung des katholischen Cultus und die äußere Zügelung der Priester, schien dergestalt wenigstens annähernd erreicht.

Wie das zweite und dritte Ziel, die Entwöhnung der aufwachsenden Generation von den Vorstelluugen der Kirche sowohl in den privaten wie in den öffentlichen Schulen, schrittweise verfolgt wurde, wird sich später bei der Betrachtung des Unterrichtswesens ergeben. Hier genüge die Bemerkung: daß der Unterricht in den Anfängen des Directoriums sehr im Argen lag; daß er der herrschenden Gewalt, nach ihrem eigenen Ausdruck, angethan schien, „mittelst der Unwissenheit die künftige Generation dem Fanatismus und den Vorurtheilen preiszugeben“[3]); und daß sie es daher, bei seiner Reorganisation, um so mehr darauf absah, die Jugend von jeder Berührung mit der alten Religion fernzuhalten, oder jede Einwirkung der Religion auf den Unterricht mit Gewalt zu verhindern.

---

1) Frankreich im J. 1796. 3, 84. — 2) Tableaux 3, 243; 248; 257; 266. — 3) 3, 135.

Das vierte Ziel, die Erweckung einer dem Katholicismus gefährlichen Concurrenz, nimmt zunächst unsere Aufmerksamkeit in Anspruch.

6. Der Theophilanthropismus.

Die Mißachtung, welche die Revolution auf die christlichen Kirchen geworfen, und die Thatsache, daß ihnen gegenüber weder der Cult der Vernunft noch der des höchsten Wesens sich hatte Raum verschaffen können, rief die Idee der Stiftung eines reinen Moralcultus hervor. Ihn sollte nunmehr der Theophilanthropismus, die Religion der Gottes- und Menschenliebe, verwirklichen. Ein Mitglied des Directoriums selbst, Lareveillère-Lepeaux, ein kleiner etwas verwachsener Mann mit rundgeschnittenem Haar[1]), war der Stifter und das Haupt der neuen Sekte. Im April 1797 that sie sich auf; durch den Namen „Theophilanthropen" wollten sich ihre Verkünder als „Verehrer Gottes und Freunde der Menschen" bekennen.

Mercier, der von der neuen Sekte sehr eingenommen war, hoffte von ihr die Beseitigung aller alten „mysteriösen und unverständlichen Dogmen" und prophezeite ihr die „Wahrscheinlichkeit rascher Verbreitung". Nach ihm verehrte sie ein höchstes Wesen, das die Tugenden belohne und die Verbrechen bestrafe. Sie beschäftige sich, sagte er, mit Gesängen auf das höchste Wesen; mit Moralvorträgen, welche die Pflichten des Bürgers und des Menschen einschärfen; und mit Unterricht, der abwechselnd durch Musik unterbrochen werde.[2])

Beaulieu sah die Theophilanthropen als Vertreter einer sogenannten „Naturreligion" an. Ihre ersten Versammlungen, erzählt er, stachelten die Neugier; sie wurden öffentlich in

1) Frankreich im J. 1796. 2, 77. — 2) Mercier 4, 95 ff. 6, 199 f.

einer Unterrichtsanstalt für Blinde (offenbar der Hauy'schen) abgehalten, unter der Leitung des Ultrarevolutionärs und Jacobiners Hauy (des Blindenlehrers); andere energische Revolutionäre übten gewissermaßen das Amt der Celebrirenden aus; darunter der vielberufene Abbé Danjou, beibenannt der „Abbé von sechs Fuß", der als der eigentliche Leiter der „neuen Kirche" erschien. Die Feierlichkeiten bestanden auch nach Beaulieu aus einer Predigt und Gesängen in französischer Sprache; die Priester oder die deren Amt versahen, das unter allen wechselte, erschienen in einem weißen Talar, der nahezu einem Chorhemd glich. Von den Royalisten und Gemäßigten sei die Sekte sofort als „Jacobinerclub" verdächtigt und dadurch discreditirt worden; die Regierung aber habe sich darauf versteift, die neue Religion zu stützen, um die katholische zu zerstören. [1])

Der Moniteur, der am 28. April die Bildung der Sekte angezeigt hatte, war schon am 8. Juni des Lobes voll über die von ihr erreichten Erfolge. „Personen aller Meinungen", verkündete er, „nehmen an ihren religiösen und moralischen Festen mit Eifer theil, und dieser Eifer beweist die Vorzüglichkeit ihres Cultus. Mit Vergnügen müsse man eine so weise Institution begrüßen, welche die Glaubenssätze und die Moral aller Nationen der Erde bekenne, welche bemüht sei, mittelst der Religion, alle Menschen in ihren häuslichen und geselligen Pflichten zu befestigen und zwischen ihnen die Bande der Eintracht und der Duldung enger zu ziehen." Es wurde die Einfachheit dieses Cultus gepriesen, die Reinheit seiner Moral, die „auf alle Länder, auf alle Sekten, auf alle Regierungen anwendbar sei", und die den Menschen „die wahre Brüderlichkeit einflöße". Zugleich wurde angekündigt, daß am 1. Juli von Seiten der Sekte die erste Schule im Geiste der „sanften und allgemeinen Moral" eröffnet werden würde.

1) Beaulieu 6, 251 ff.

Von obenher begünstigt, blieben die theophilanthropischen Vereinigungen, im Gegensatz zu den katholischen, von der Polizei unbehelligt. Und doch fanden sie nicht in Kirchen statt und umfaßten natürlich weit mehr als zehn Gäste! Wahrscheinlich diente als Vorwand, daß zwar die Blindenanstalt ein Privathaus, aber die Zusammenkünfte öffentliche seien.

Unterm 11. August erfolgten neue Anpreisungen im Moniteur. Friedlich, hieß es darin, werde der neue Cultus in mehreren Theilen der Republik und insbesondere in Paris ausgeübt; ohne Ministerium, ohne eigentliches Priesterthum, und ausschließlich an den Ruhetagen, d. h. an den Dekadentagen des republicanischen Kalenders; ferner sei er frei von Aberglauben und Fanatismus, ganz der Anschauungs- und Gefühlsweise derer angepaßt, die den mysteriösen Culten, d. h. den christlichen, abgewandt seien. Er erwecke nicht Begeisterung, aber die ruhige Zustimmung des Herzens und der Vernunft; der Glaube an das Dasein Gottes und an die Unsterblichkeit der Seele bilde seine Grundlage. Er hege das gerechte Verlangen, seine Uebungen gebilligt und besucht zu sehen; aber er „versage sich den Feuereifer des Proselytismus".

Trotz dieser Abläugnung des Proselytismus wurde Lareveillère-Lepeaux grade in Bezug auf den von ihm gestifteten Cultus später öffentlich „eines Fanatismus" angeklagt, der ihn „allen Ideen der Gerechtigkeit abwendig" mache.[1]) Und überdies ersehen wir jetzt aus den Akten der Zeit deutlich genug, daß die Sekte in Wahrheit die alten Culte ohne jede Duldung und Schonung zu verdrängen bedacht war. Das Directorium und der gesetzgebende Körper kamen ihr dabei unablässig durch Diversionen zu Hülfe. Das Gesetz vom 5. September 1797 bedrängte die katholischen Priester durch den berüchtigten Eid des „Hasses gegen das Königthum". Und zu gleicher Zeit wurden die ruhestörenden Priester mit

1) Sitzung der Fünfhundert v. 17. Juni 1799.

Deportation bedroht. Eine Verordnung vom 25. October zog neuerdings gegen den Gottesdienst in Privathäusern, sowie gegen die ihn leitenden Geistlichen zu Felde. Und andere Erlasse organisirten die Verfolgung der specifisch katholischen Presse.

Vor allem interessant ist es wahrzunehmen, wie gewaltsam die Katholiken gezwungen wurden, unter peinlicher Ausdeutung der Gesetze, den Gebrauch der Kirchen mit den Theophilanthropen zu theilen, und zwar zu augenfälligem Vortheil der letzteren.

Das Gesetz vom 30. Mai 1795 hatte nämlich allerdings die Kirchen, buchstäblich genommen, für die Feier der „Culte" überhaupt eingeräumt; es erkannte kein ausschließliches Eigenthumsrecht des katholischen Cultus an den ehemaligen katholischen Kirchen an. Allein keine akatholische Religionsgenossenschaft hatte seither einen Anspruch auf deren Mitbenutzung erhoben. Nun aber wurde mit Einem Male durch die Theophilanthropen, unter Lareveillère's Schutz, der Mitgebrauch der katholischen Kirchen mit Eifer in Anspruch genommen. Kein Wunder, wenn sich die Katholiken dagegen sträubten; wenn sie den Zusammenkünften jener Sekte gar nicht den Charakter eines „Cultus" zugestanden; wenn sie überdies vermeinten, und gewiß nicht ganz mit Unrecht, daß jenes Gesetz nur nicht ausdrücklich sage was sich von selbst verstehe, daß ja die Einräumung der Kirchen von den Katholiken gefordert und den Katholiken gewährt worden sei, daß daher die ehemals ihrem Cultus gewidmeten Gebäude auch nur wieder ihrem Cultus gewidmet sein könnten und dürften. Die Theophilanthropen drangen indessen siegreich durch. In dem Bericht des Seine-Departements über die Zeit vom 22. September 1797 bis zum 16. Mai 1798 lesen wir darüber Folgendes: „Die Departementalverwaltung hat sich beeilt, den Reclamationen Rechnung zu tragen, welche an sie von Seiten derjenigen Bürger ergingen, die den theophilanthropischen Cultus ausüben.

Sie begehrten, gemäß dem Wortlaut des Gesetzes, gemeinsam mit den Katholiken von denjenigen Gebäuden Gebrauch zu machen, die diesen bewilligt worden waren. Die Verwaltung, entsprechend dem Gesetze, hat die Stunden festgestellt, in welchen die verschiedenen Culte stattfinden sollten, nämlich: der katholische bis 11 Uhr Vormittags, und der der Theophilanthropen von dieser Stunde an bis 3 Uhr Nachmittags." [1]) Zunächst sahen sich hierdurch die Katholiken in ihrem Gottesdienst hauptsächlich nur dann beeinträchtigt, wenn ihr Sonntag mit einem Dekadentag zusammentraf. Die Conflicte drohten aber noch viel zahlreicher und schärfer zu werden. Denn damals bereits wurden alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Katholiken zur Verlegung ihres Hauptgottesdienstes von den Sonntagen auf die Dekadentage zu nöthigen.

So hatte denn auch die Departementalverwaltung Partei ergriffen für den neuen Cult. Sie wurde nicht müde ihn zu rühmen, gleich wie der bei ihr beglaubigte Commissar des Directoriums selbst. Als solcher berichtete der berühmte Mathieu dem Minister des Innern am 12. März 1798: „Die theophilanthropischen Vereinigungen sind bereits Schulen der gesundesten Moral geworden. Mit der Zeit wird ohne Zweifel diese Lehre sich verbreiten; denn das Bedürfniß, fort und fort unter den Menschen gelehrt zu werden, ist für nichts so dringend wie für die Moral. Eine Gesellschaft oder Sekte, die sich zur Aufgabe stellt, sie unablässig ins Gedächtniß zurückzurufen, ist daher von der größten Nützlichkeit. Das Werk des Bürgers Lanthenas, betitelt „die bürgerliche Religion", könnte Stoff bieten zu einigen Vorlesungen in den Vereinen dieser Art, welche die ländlichen Cantone entstehen sehn." [2])

Zu Ende September 1798 meldete ihrerseits die Departementalverwaltung mit Genugthuung: „Der theophilanthropische Cultus hat schließlich in allen Tempeln von Paris

1) Tableaux 3, 290. — 2) 3, 307.

sich eingerichtet." [1]) Die Concurrenz war also formell nunmehr vollständig organisirt. Auch in mehreren anderen Städten wurden den Theophilanthropen die Kirchen eingeräumt; aber nirgend vermochten sie Wurzel zu fassen. Nur eben in Paris gewannen sie einigen Bestand. Doch da sie gerade hier von obenher förmlich als ein Heer von Unterminirern der alten Culte organisirt waren, wurde die öffentliche Meinung ihnen immermehr abhold und bezeichnete sie als „Schelme in Haufen" (filous en troupes). [2])

Merkwürdig genug begann eben damals, in dem Moment ihrer vollendeten Organisation, zuerst der officielle Zweifel sich zu regen, ob der neue Cultus wirklich sein Ziel erreichen könne und werde. Das beweist ein Bericht des Directorial-Commissars Düpin, der gleichfalls gegen Ende September 1798 an den Minister gerichtet ward. Düpin verkündet auch seines Theils: „Es giebt heute nicht eine einzige Kirche in Paris mehr, wo nicht der Cultus der Theophilanthropen eingeweiht wäre." Jedoch fügt er hinzu: „Die Versammlungen derselben werden indeß weniger besucht; ihr Cultus verspricht keinen dauernden Bestand. Man hört wohl mit Vergnügen die Reden der Theophilanthropen, deren Gegenstand immer die Moral ist, und in die sie nie eine politische Frage hineinziehen. Allein wir müssen zum Volke durch Bilder, durch Gemälde sprechen; wir müssen seine Neigungen durch die Anschauung und das Gefühl erobern; wenig Worte und viel Schauspiel — das ist das Erforderniß, um das Volk zu fesseln. Der Handwerker, der Arbeiter will genießen ohne Erklärung, ohne tiefes Nachdenken; die feste und fortgesetzte Aufmerksamkeit des Geistes ermüdet ihn; er will zerstreut werden, einförmige Reden schläfern ihn ein. Die Theophilanthropen wissen dies, aber sie sind ohne Geldmittel." [3])

Diese officiellen Bemängelungen des zuvor so begünstigten

1) 3, 291. — 2) Beaulieu 6, 253. — 3) Tableaux 3, 326.

Moralcultus finden nur darin ihre Erklärung, daß sie einer neuen officiellen Umgestaltung des Cultuslebens die Bahn ebenen sollten. In der That ergriff eben um diese Zeit die Directorialregierung das oben erwähnte fünfte Mittel zur Unterdrückung der alten Religion: die Stiftung eines vierten revolutionären Cultus. Damit brach das Unheil über die Theophilanthropen und über die Katholiken zugleich herein.

---

7. Die Entwicklung der Dekadenfeier zum republicanischen Cultus.

Von der Dekadenfeier, wie sie das Maidecret Robespierre's einzuführen getrachtet, war wenig mehr übrig geblieben als die gesetzmäßige Thatsache, daß die Dekadentage die Ruhetage der öffentlichen Beamten waren; und diese Bestimmung war auch neuerdings, im 4. Artikel des Cultusgesetzes vom 29. September 1795, sanctionirt worden.

Zwei Jahre später jedoch kam die Directorialregierung zu dem Entschlusse, die in Verfall gerathene Dekadenfeier wieder nachdrücklich zu heben, um so mehr da dies als der geeignetste Weg erschien, dem republicanischen Kalender die ersehnte allgemeine Geltung zu verschaffen. Gegen Ablauf des Jahres 1797 erließ daher der Minister des Innern ein Circular, das die Feier der Dekadentage neuerdings einschärfte. Und am 6. December berichtete die Departementalverwaltung der Seine zum erstenmale über die Ausführung des Erlasses. Das Centralbüreau von Paris hatte, im Interesse derselben, am 25. November eine Polizeiverordnung gegeben, welche streng verbot, an den Dekadentagen irgend welche Waaren zum Verkauf auszustellen, mit Ausnahme von Eßwaaren. „Wir haben", schrieb das Departement dem Minister, „die Genugthuung gehabt zu vernehmen, daß diese Verfügung ihre Anwendung gefunden hat, und daß viele Bürger deren Weisheit

anerkannten, indem sie sich ihr mit Eifer unterwarfen. Wir werden nichts vernachlässigen, um dem republicanischen Kalender in der ganzen Ausdehnung unseres Departements Anerkennung und Befolgung zu verschaffen. Wir haben allen Lehrern vorgeschrieben, sich darnach zu richten. Wir werden darüber wachen, daß die republicanischen Feste und die Dekadentage mit Ordnung und Anstand gefeiert werden, und wir sind überzeugt, daß das Beispiel und die Ueberwachung der bestehenden Behörden ihnen die ganze Feierlichkeit, die ihnen gebührt, zurückgeben wird." [1])

In Folge jenes Circulars schärfte auch der Regierungs-Commissar Mathieu am 5. Januar 1798 allen ihm untergebenen Commissaren auf das nachdrücklichste ein: wie es ihre Pflicht sei, eifrig Sorge zu tragen für die Feier der Dekadenfeste, für die Ueberwachung der Culte und für die Bekämpfung des Aberglaubens und der Vorurtheile. Um sie anzuspornen, gab er ihnen die Verheißung, daß er ihre Anstrengungen und ihre ehrenvollen Siege in diesem Kampfe den höheren Behörden zur Kenntniß bringen werde. [2])

Und in der That, schon am 12. März wußte Mathieu von Erfolgen zu berichten, gegenüber den „freiheitsmörderischen Umtrieben des Fanatismus" und den „vervielfältigten Hinterlisten, welche die widersetzlichen Priester anwenden, um die Republik, die sie verabscheuen, zu stürzen". „Die Maßregel der Deportation", fährt er fort, „die über mehrere dieser Diener der Lüge verhängt worden ist, hat die übrigen, wenn nicht zu besseren Bürgern, so doch wenigstens zurückhaltender gemacht. Die dem Directorium zuerkannte Befugniß zur Deportation der ruhestörenden Priester ist ein unfehlbares Pfand für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens; eine geschickt geleitete Ueberwachung würde die gemeinsamen Mittelpunkte oder Zusammenkünfte des Fanatismus und des Royalismus zu entdecken vermögen." [3])

---

1) 3, 292 f. — 2) 3, 295 f. — 3) 301.

Andererseits berichtet er: „Die republicanischen Einrichtungen scheinen wieder einige Gunst gewonnen zu haben; die Nationalfeste sind nicht mehr ein Gegenstand der Verhöhnung, eine bedeutungslose Ceremonie, ein Gemisch von Märschen und Aufzügen von officieller Langweiligkeit; die Masse der Bürger fängt an sich mit den Behörden zu vereinigen, der öffentliche Geist scheint entstehen zu wollen. Die siebentägige Wocheneintheilung wird freilich immer noch von den Privatleuten angewandt; aber der Gebrauch des republicanischen Kalenders beginnt doch sich auszubreiten und geläufiger zu werden. Die Festsetzung der Märkte und Messen nach dem Dekadensystem wird vollends die alten Gewohnheiten vernichten, und der Wunsch des Ministers des Innern wird erfüllt werden; bei einiger Geduld wird man den Dekadentag den Sonntag besiegen sehen, mit derselben Leichtigkeit wie unsere Truppen in Rom eingezogen sind. Die Bürger von Paris lieben die Feste, und wenn die Nationalfeste, welche die Staatsgewalt ihnen bereiten wird, das Erzeugniß einer glücklichen Einbildungskraft und mit dem Glanz der schönen Künste umgeben sind, so werden sie zuverlässig die Bewunderung auf sich ziehen und sogar ihren Glanz durch die Begeisterung und die Zahl der Bewunderer erhöht sehen." [1])

Bei diesem Anlaß ließ Mathieu auch schon deutlich durchblicken, daß die eigentliche Aufgabe der Regierung die sein müsse, einen officiellen staatsbürgerlichen oder republicanischen Cultus heranzubilden, der es ausschließlich mit der Lehre der Gesetze, der Moral und der Vernunft zu thun habe. Deshalb erschien ihm der Cult der Theophilanthropen mehr nur als ein Vorbereitungsmittel, denn als ein Selbstzweck. Deshalb, ferner, pries er die „bürgerliche Religion" (la religion civile) des Bürgers Lanthenas. Und deshalb erhob er sich zu der

1) 3, 305 f.

Prophezeiung: „Eines Tages wird ohne Zweifel die Regierung allen ihren Commissaren vorschreiben, öffentlich in den Tempeln die Vorlesung der Gesetze zu veranstalten und diese Vorlesungen mit einigen Vorträgen über Moral zu begleiten. Einiges Gepränge, das man dieser Art von Gesetzesverkündung gäbe, würde mit der Zeit eine republicanische Institution heranbilden; das Gesetz, das die geschriebene Vernunft ist, würde mehr Macht, und die Vernunft, die das ungeschriebene Gesetz ist, mehr Einfluß gewinnen; und diese doppelte Fackel würde die Vorurtheile verschwinden lassen, an denen noch einige Bastardkinder des Aberglaubens zehren." [1])

Auffallenderweise war auch Mercier damals von dem Wahn bethört, daß der katholische Cultus im Absterben begriffen sei. Zwar, sagte er, seien an den christlichen Festtagen „einige Kirchen gefüllt," aber „die Kneipen seien es noch weit mehr"; nur „alte Weiber" betheiligten sich an den „Ueberbleibseln des katholischen Gottesdienstes"; es werde diesem nicht gelingen, seinen alten Glanz wieder zu erlangen; obwohl er darnach ringe, könne er doch „nicht Stand halten vor den neuen Ideen und Gewohnheiten, die ihn allmählich in die Lächerlichkeit und in Vergessenheit versenken." [2])

So leicht indeß war der Kampf mit den Mächten des Katholicismus doch nicht, wie ihn Mathieu und Mercier sich dachten. Der Erstere sah sich in der Lage, selbst berichten zu müssen, wie die Hoffnungen des Katholicismus grade damals wieder so weit gestiegen waren, daß am 4. März Abends eine Versammlung der Priester aus der Stadt und den Landcantonen in der ehemaligen Kirche Notre-Dame stattfand, um die Wahl eines Bischofs zu berathen, ohne daß er im Stande gewesen wäre sie zu verhindern. Und er selbst sah sich veranlaßt, die Regierung zu immer strengerer Ueberwachung des „Fanatismus" wie des Royalismus anzuspornen, wäre es

1) 3, 307. — 2) Mercier 6, 227 f.

auch nur, wie er sagt, um ihnen „den Irrthum zu benehmen, worin sie sich befinden oder zu befinden scheinen, als ob man in ihrem Interesse arbeite, sobald man einige Maßregeln gegen die Anarchie ergreift". Zu gleicher Zeit bot sogar neuerdings, und nicht ohne Erfolg, der Katholicismus alle Mittel der Propaganda auf. Im Mai 1798 erschien in verschiedenen Serien eine Broschüre, die der Polizei schwere Sorge machte. Sie war betitelt „Die Annalen der Religion" und bezweckte, nach der Denunciation des Centralbureau's, „die wenig aufgeklärten Menschen in den Fanatismus zurückzuschleudern, sie wieder unter das Joch des Priesterdespotismus zu schmiegen und den Aberglauben sammt dem Fanatismus über alle Theile der Republik zu verbreiten." [1])

An gesteigerter Ueberwachung und Verfolgung ließ es in der That die Regierung nicht fehlen. Ja, man ging dabei so weit, daß selbst diejenigen unbeeidigten Geistlichen nicht unbehelligt blieben, die früher, wegen ihres Alters und ihrer körperlichen Gebrechen, ermächtigt worden waren, auf dem Territorium der Republik zu verbleiben. Jetzt wurden sie förmlich gehetzt, um sie zur Leistung jenes Eides zu zwingen, den das vorjährige Septembergesetz vorgeschrieben hatte, und der sie zum Haß gegen das Königthum verpflichtete; im Weigerungsfalle sahen sie sich mit den härtesten Gewaltmaßregeln bedroht. [2])

Das Hauptaugenmerk der Regierung blieb indeß die Hebung der Dekadenfeier. Am 3. April 1798 erging eine Verordnung des Directoriums, welche die genaueste Beobachtung des republicanischen Kalenders in jeder Beziehung vorschrieb. Alles sollte sich unbedingt nach der Dekadeneintheilung richten, Sonn- und Feiertage des alten Kalenders durchaus verbannt sein, ohne daß jedoch für die Nichtfeier der Dekadentage eine förmliche Strafe angedroht ward. Dagegen

1) Tableaux 3, 308; 310. — 2) 3, 290.

wurden diejenigen Zeitungen und periodischen Schriften, welche den neuen Kalenderdaten die des alten Kalenders hinzufügten, mit dem Verbot bedroht, sowie diejenigen Theater, die ihre Vorstellungen nicht nach dem neuen Kalender regeln würden, mit der Schließung.[1]) Zugleich gestaltete sich den Katholiken gegenüber das Drängen nach Verlegung ihrer Cultusfeier von den Sonntagen auf die Dekadentage immer beharrlicher und stürmischer. Hier und da schritten sogar die Behörden zum Zwange, erklärten jene Verlegung für obligatorisch oder verfügten auf amtlichem Wege, daß die Oeffnung der Cultusgebäude überhaupt nur an den Dekadentagen gestattet sei.

Schon jene Verordnung vom 3. April stieß begreiflicherweise auf zahllose Schwierigkeiten, namentlich bei dem Landvolk. Um sie zur Geltung zu bringen, scheute man vor keinem Mittel zurück. Der Regierungscommissar Guyel im Bezirk Pierrefitte nahm seine Zuflucht zur List. Da es sich grade so traf, daß der 8. April Ostersonntag und der 9. (20. Germinal) ein Dekadentag war, so bestimmte er die Verwaltungsbehörde, die Verordnung an jenem katholischen Festtage feierlich bekannt machen zu lassen, um ihr dergestalt mehr Weihe zu geben, und in der Hoffnung, daß die Wirkung wenigstens von heut auf morgen nicht ausbleiben, der nächste Dekadentag also pünktlich beobachtet werden würde. War das aber erst einmal geschehen, so dachte er, dann werde hernach auf dem Wege der Gewöhnung sich leicht die Dekadenfeier einbürgern. Diese Berechnung schlug indeß fehl. Das Volk faßte die Bekanntmachung am Ostersonntage so auf, als ob ein förmliches Gesetz ihm die Arbeit am Dekadentage verbiete; nur aus Furcht vor Strafe enthielt es sich daher derselben am andern Tage und feierte dergestalt unfreiwillig diesen Dekadentag noch gewissenhafter als den Ostertag. Allein während der nächsten zehn

1) Moniteur v. 7. Abril 1798. Mercier 6, 148 f.

Tage kamen die Gegner des neuen Kalenders dahinter, daß ein förmliches Gesetz, welches die Arbeit an den Dekadentagen verbiete, gar nicht bestehe, und daß es sich in jener Bekanntmachung blos um eine Aufforderung zur Arbeitsenthaltung von Seiten des Directoriums handle. Das war genug um eine vollständige Umkehr herbeizuführen. Die widerspänstigsten Bürger und Bauern gaben am folgenden Dekadentage das Beispiel des Ungehorsams und verspotteten noch obendrein die Gensdarmen, indem sie ihnen zuriefen: „Wir gehen zur Arbeit, und ihr könnt kommen uns zu verhaften." Alsbald war Jedermann auf den Feldern, die Läden und die Werkstätten geöffnet. Seitdem gab es im Canton Pierresitte auf lange Zeit hinaus keine Dekadenfeier mehr, wohl aber nach wie vor eine Sonntagsfeier.

Anfangs Juni meldete Guyel dies Ergebniß dem Minister des Innern, indem er folgende Betrachtungen daran knüpfte: „Das Volk im Allgemeinen verzichtet schwer auf seine Gewohnheiten, selbst wenn sie schlechte sind. Es hat indeß so viel Respect vor dem Gesetz, daß, wenn dasselbe irgend eine Strafe gegen die Uebertreter des republicanischen Kalenders ausgesprochen hätte, der alte Kalender gänzlich verschwinden würde.... Allerdings, in einem freien Staate, wo man nur dem Gesetz Gehorsam schuldet, ist es erlaubt alles zu thun, was das Gesetz nicht verbietet. Daraus folgt aber, daß durchaus ein Gesetz erforderlich ist, um die republicanischen Einrichtungen zur Geltung zu bringen. In einem von Altersher constituirten Lande müssen die Sitten den Gesetzen vorangehen; wenn es aber gilt eine völlige Umgestaltung zu bewirken, dann müssen umgekehrt die Gesetze diejenigen Sitten einführen, die der neuen Regierungsform entsprechen."

Gleichzeitig schrieb er an das Directorium selbst: „Es ist leider eine nur zu gewisse Thatsache, daß das Volk in seiner Masse von keiner unserer Einrichtungen etwas wissen will. Dieser hartnäckige Widerstand entspringt zwar nicht seinem

Hasse gegen die Republik — denn es erkennt innerlich die Wohlthaten an, die sie ihm verschafft hat, selbst indem es äußerlich diese Anerkennung verweigert; vielmehr entspringt jener Widerstand einzig aus der eingewurzelten Anhänglichkeit, die es unausgesetzt für seine Gewohnheiten bewahrt, gleichviel ob diese an sich gute, fehlerhafte oder gleichgültige sind. Ich darf Euch nicht in Ungewißheit darüber lassen, daß es zum guten Ton gehört, selbst unter unserm Landvolk, anscheinend alles zu verachten, was mit den republicanischen Gebräuchen zusammenhängt. Es ist das eine verderbliche Wirkung der Mode, die zu allen Zeiten die Franzosen mehr als irgend ein anderes Volk der Welt tyrannisirt hat. Unsere reichen Bauern, die bei der Revolution am meisten gewonnen haben, zeigen sich als die eingefleischtesten Feinde ihrer Formen; ein Bürger, der nur im geringsten von ihnen abhinge, und der sich beikommen ließe ihnen den Titel Bürger zu geben, würde sofort aus ihrem Hause gejagt werden. Sie weigern sich sogar, diesen ehrenhaften Titel den öffentlichen Beamten beizulegen, in der Furcht daß diese ihnen denselben zurückgeben könnten. Das ist eine Schande für diese gesammte Klasse, die allein durch die Revolution sich bereichert hat, ohne irgend einen Ausgleich an Verlusten. Die Republik durfte wahrlich nicht gewärtig sein, grade von ihren verwöhnten Kindern verläugnet zu werden."

Er erwähnt dann, daß es auch das Volk sei, das, mehr wie die Priester, sich der Verlegung der Cultusfeier von den Sonntagen auf die Dekadentage widersetze. „Die Priester", sagt er, „verzögern im Allgemeinen die Fortschritte des Republicanismus; sie sind noch ein Hinderniß für die Wiedererweckung des republicanischen Geistes. Aber der Augenblick ist nahe, wo sie sich in der Unfähigkeit befinden werden, zu schaden; nur muß man nicht aufhören, sie zu überwachen. Ein Beispiel gerechter und nothwendiger Strenge, an dem meist fanatischen jedes Cantons ausgeübt, würde genügen um die anderen, zwar

nicht zu guten Bürgern zu machen — denn die Priester verzeihen niemals, aber sie am Uebelthun zu verhindern. Uebrigens gerathen sie von Tag zu Tag mehr in Mißcredit, so daß sie eben deshalb bald in der glücklichen Unmöglichkeit sein werden, den republicanischen Einrichtungen Schaden zu bringen. Die Mehrzahl von ihnen hat schon eingewilligt, die Feier ihres Cultus auf die Dekadentage zu verlegen, und grade das Volk ist es, das heut dieser Verlegung sich zu widersetzen scheint."

Dieser Ausspruch führte ihn zu dem merkwürdigen Geständniß, daß noch gefährlicher und verantwortlicher wie die Priester der Beamtenstand sei. Jener Widerstand des Volkes, fährt er nämlich fort, gegen jede derartige Neuerung werde bestärkt durch die Haltung der „unmittelbar vorgesetzten Behörden, die alles, was die Republik betrifft, offen tadeln, ja selbst lächerlich machen. Die Gemeindebeamten der Landcantone haben einen solchen Einfluß auf ihre Mitbürger, daß es durchaus von ihnen abhängt, das Volk zur Feier der republicanischen Feste zu bestimmen; sie haben nur zu wollen, d. h. das Beispiel zu geben für alles, was den republicanischen Kalender betrifft, um es dahin zu bringen, daß derselbe allgemein und gleichmäßig beobachtet wird. Aber es genügt nicht, daß einige Beamte — und es giebt deren etliche — es vereinzelt thun, oder daß selbst alle Beamte einiger Cantone das gute Beispiel geben; vielmehr ist es nothwendig, daß die sämmtlichen Agenten der Republik und alle anderen Beamten gemeinsam wetteifern — und sie werden es thun, wenn das Directorium es heischt —, um die heiligste der Coalitionen zu bilden gegen die royalistischen, die feudalen und die priesterlichen Vorurtheile unserer sklavischen Väter."

Hieran knüpfte Guyel zwei Forderungen: 1) die des Erlasses eines „Zwangsgesetzes" über die Dekadenfeier, „wie leicht auch die Strafe sein möge", indem er den Erfolg als „unfehlbar" betrachtete; und 2) die der „Absetzung" aller unwillfährigen Beamten.

Dem Minister gegenüber erklärte er in letzterer Beziehung: „Die Regierung besitzt eine mächtige Waffe gegen alle öffentlichen Beamten, d. i. die Absetzung. Rechtzeitig gehandhabt würde sie eine sichere Wirkung thun, weil, auf dem Lande zumal, diese Beamten einen so großen Einfluß haben, daß sie alles vermögen, das Gute wie das Schlimme. Und leider sind die sorglosen Beamten, um kein stärkeres Wort zu gebrauchen, sehr zahlreich; die wahren Vaterlandsfreunde aber sind dünn gesäet. In einem Zeitpunkt, wo man zehn gegen einen sein müßte, um das Gute durchzuführen, richtet ein einziger Schlechter gegen zehn Gutgesinnte alles nur mögliche Schlimme aus."

Noch eingehender ließ er sich über diesen Punkt dem Directorium gegenüber aus. „Nächst jenem Gesetze", schrieb er, „das ich herbeirufe, hat die Regierung alles Uebrige vollständig in Händen. Es handelt sich darum, durch das Mittel der Absetzung alle öffentlichen Beamten zu zwingen, das Beispiel des Republicanismus zu geben. Denn die Absetzung ist ausnehmend gefürchtet, sie erzeugt mehr Wirkungen als eine infamirende Strafe; ich habe den Beweis davon erlangt. Welche Waffe könnte also in den Händen einer weisen Regierung mächtiger sein! Ihr vermögt mithin, Bürger-Directoren, die sämmtlichen Beamten der Republik zu der genauen und gleichzeitigen Beobachtung der republicanischen Einrichtungen anzuhalten. Mögen sie unseren Festen beiwohnen, umgeben von ihren Familien; mögen sie durch ihre Kinder, ihre Dienstboten und ihre Arbeiter die Tage der republicanischen Ruhe beobachten lassen; mögen sie sich ausschließlich der neuen Maße bedienen, keinen andern Titel annehmen und geben als den Bürgertitel, keine andere Sprache sprechen als die republicanische — und alsbald wird Frankreich aufhören im Widerspruch mit seiner Regierung zu sein, und dann, aber nur dann, wird es wahr sein zu sagen: die französische Republik existirt."

Endlich berührte Guyel in seinem Bericht an den Minister noch die denkwürdige Thatsache der allgemeinen Rechts- und Gesetzesverwirrung. „Einer der großen Mißbräuche, die ich zur Anzeige bringe", schrieb er, „besteht in der ungeheueren Verschiedenheit, die bei der Ausführung der Gesetze und Verordnungen zwischen dem einen und dem andern Departement, und oftmals zwischen dem einen und dem andern Canton desselben Departements, obwaltet. Das Departement der Seine mag noch so sehr sich bemühen, seinen Nachbarn ein Beispiel zu geben: nimmermehr würde man glauben können, daß die übrigen Departements den gleichen Gesetzen gehorchen. An Ihnen ist es daher, Bürger-Minister, die Gleichmäßigkeit der Ausführung in der gesammten Republik zu fordern und dafür Sorge zu tragen, daß man nicht sagen könne: Hier verlangt man dies und jenes, und anderwärts ist nicht die Rede davon. Abgesehen von dem allgemeinen Uebel, das diese Nichtvollziehung der Gesetze für die öffentlichen Angelegenheiten herbeiführt, wirft dieselbe auch eine große Mißgunst auf diejenigen Beamten, die ihrer Pflicht nachkommen, und macht das Volk glauben, es sei die Laune Eines Menschen, die dies oder jenes verlangt, nicht das Gesetz." [1])

Offenbar in Folge dieser rücksichtslosen Anklagen that die Departementalverwaltung der Seine einen kräftigen Schritt, um in Betreff des Beamtenstandes und der Dekadenfeier mit gutem Beispiel voranzugehen. Düpin nämlich, der nunmehrige Regierungscommissar bei der Centralverwaltung dieses Departements, dem als Centralcommissar der Untercommissar Guyel ebenfalls Bericht zu erstatten verpflichtet war, hatte ohne Zweifel aus dessen Mittheilungen eine Anregung empfangen, darüber nachzusinnen, wie nicht nur das stockende „Eingehen der Steuern in Fluß gebracht", sondern zugleich auch „der Geschmack an den republicanischen Institutionen verbreitet und

1) Tableaux 3, 311 ff.

gekräftigt" werden könne; und er war, in Uebereinstimmung mit Jenem, zu dem Ergebniß gekommen, daß vor allem „die öffentlichen Beamten für die Befolgung dieser Institutionen Eifer an den Tag legen" müßten. Zu dem Ende beantragte er bei der Departementalverwaltung am 16. Juni eine tiefeinschneidende Verordnung, die sofort zum Beschluß erhoben ward.

Die Verordnung ging von der Erwägung aus, daß „alle Personen und alle Dinge den republicanischen Geist nnd die republicanischen Formen annehmen müßten"; daß es „Pflicht aller guten Bürger sei und vornehmlich der öffentlichen Beamten, eine heilige Coalition gegen die antirepublicanischen Vorurtheile zu schließen", und daß „diejenigen Cantone, wo die Magistrate ein gutes Beispiel gäben, sich vortheilhaft auszeichneten durch eine strengere Beobachtung des republicanischen Kalenders, durch eine solennere Feier der nationalen Feste, durch eine vollständigere Zerstörung des Fanatismus und durch ein pünktlicheres Eingehen der Steuern". Sie empfahl demnach „allen Mitgliedern der Municipalverwaltungen, Präsidenten, Agenten, Adjuncten und Municipalbeamten", ja sie „verpflichtete" sie sogar ausdrücklich unter Androhung der im Artikel 194 der Verfassung festgesetzten Strafen: „1) ihre Steuern in den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zu erlegen; 2) pünktlich den nationalen Festen, sammt ihren Frauen und Kindern, beizuwohnen; 3) die republicanischen Ruhetage (Dekadentage) sowohl selbst zu beobachten, als durch ihre Kinder, Arbeiter und Dienstboten beobachten zu lassen; 4) nur die neuen Maße zu gebrauchen und nicht zu dulden, daß man daneben andere gebrauche, und keine Berichte oder Denkschriften auszufertigen, worin die Quantitäten in den alten Maßen ausgedrückt wären; 5) keinen andern Titel anzunehmen oder zu geben, als den glorreichen Namen Bürger". Schließlich verkündet sie, daß „eifrige Beamte öffentlich belobt" werden

würden, daß man aber „gegen diejenigen, welche ein sträfliches Beispiel gäben, mit aller Strenge zu verfahren entschlossen sei".

Der Minister des Innern, Letourneux, genehmigte in der That diese Verordnung und beantragte am 11. Juli bei dem Directorium die „Verallgemeinerung dieser Maßregel", d. h. die „Anwendung derselben auf die sämmtlichen Verwaltungen der Republik". Allein das Directorium entschied wörtlich also: „Man kann eine solche Verordnung nicht zulassen. Es ist eine andere und mehr überlegte Maßregel vorzuschlagen". Der Grund dieser Entscheidung war offenbar die Befürchtung des Directoriums, durch eine derartige administrative Zwangsmaßregel sich vollends die gesammte Beamtenwelt zu entfremden.[1])

Mit mehr Erfolg wurde seit Mitte Juli die Frage der Dekadenfeier im gesetzgebenden Körper angeregt. Zunächst wurde durch ein Gesetz vom 4. August bestimmt, daß die Dekadentage und die Tage der Nationalfeste für die ganze Republik unbedingt Ruhetage sein, und demnach alle Büreaux, alle Schulen, alle Läden und Werkstätten bei Strafe geschlossen bleiben sollten. Aber die Hauptfrucht dieser Anregungen war das Gesetz vom 13. Fructidor (30. August 1798). Dasselbe bestimmte, daß an jedem Dekadentage, in dem dazu bestimmten Festlocal, die Municipalverwaltung, der Directorialcommissar und der Secretär in Amtstracht zu erscheinen habe, um die Feier zu leiten. Diese sollte umfassen: die Vorlesung aller auf die abgelaufene Dekade bezüglichen Verordnungen; die Vorlesung eines zehntägigen amtlichen Bülletins über die allgemeinen Angelegenheiten der Republik, unter Hervorhebung der Züge von Tapferkeit und Bürgertugend, und in Verbindung mit einem belehrenden Artikel über Ackerbau und mechanische Künste; ferner die Vollziehung der bürgerlichen Ehebündnisse, die fortan nur am Dekadentage und

1) 3, 315 f.

nur im Festlocal der Dekadenfeier stattfinden sollte, und zwar durch den Präsidenten der Municipalverwaltung; endlich die Mittheilung der Geburten und Todesfälle, der Urkunden über die Anerkennung unehelicher Kinder, über Adoptionen und Ehescheidungen. Alle Vorsteher und Vorsteherinnen der öffentlichen und der Privatschulen sollten gehalten sein, jeder Dekadenfeier mit ihren Zöglingen beizuwohnen. Ueberdies sollten an jedem Dekadentage Spiele und gymnastische Uebungen veranstaltet werden. Endlich schärfte ein Gesetz vom 9. September, unter strengen Strafandrohungen, die genaueste Beobachtung des republicanischen Kalenders ein.

Auf Grund dieser gesetzgeberischen Akte, die den Absichten Mathieu's auf Herstellung eines bürgerlichen Cultus wesentlich entsprachen, trat mehr als eine Wendung im Kampfe ein. Insbesondere ist es zu beachten, daß der Civilehe, die ursprünglich und an sich keineswegs die kirchliche Trauung befehdete, fortan die Aufgabe gestellt war, der kirchlichen Trauung eine tödtliche Concurrenz zu machen; zu diesem Zwecke geschah es, daß der bisher von einem untergeordneten Communalbeamten vollzogene, höchst einfache, stille und bureaumäßige Civilakt in eine laute, öffentliche und feierliche Festhandlung durch das Haupt der Municipalität verwandelt wurde.

Ferner trat nunmehr auch folgerecht, bei der Frage über die „Bestimmung" des „Festlocals", der entscheidende Moment ein, wo, um der Dekadenfeier zum vollen Siege zu verhelfen, dem Cultus der Theophilanthropen zugleich mit dem der Katholiken der vermeintliche Todesstoß versetzt ward. Am 18. September 1798 verordnete die Departementalverwaltung, daß die Feier der Dekadentage, sowohl in den Landcantonen wie in den Stadtbezirken von Paris, in denjenigen Gebäuden stattfinden solle, die durch die Gesetze vom 11. und 30. Prairial des Jahres III der Republik den Bewohnern zum Gebrauche wieder eingeräumt worden seien, d. h. in den Kirchen. „In diesen Gebäuden", hieß es dann wörtlich,

„soll an den Dekadentagen punkt $8^1/_2$ Uhr Morgens die Ausübung jedes Gottesdienstes aufhören und nicht wieder aufgenommen werden dürfen, als nachdem die Municipalverwaltungen alles das vollzogen haben werden, was durch das Gesetz vom 13. Früctidor vorgeschrieben ist, vorausgesetzt jedoch, daß es nicht später als 6 Uhr im Winter, und 8 Uhr im Sommer sei.“ [1]) In diesen Fällen war also auch nicht einmal ein Abendgottesdienst zulässig.

Ueberdies enthielt die Verordnung, wie um das Maß voll zu machen, noch folgende peinliche Bestimmung: „Da die fraglichen Gebäude während der Dekadenfeier nicht als besonderen Culten gewidmete betrachtet werden dürfen: so sind die Anhänger der verschiedenen Culte gehalten, alle Zeichen derselben, welcher Art sie auch seien, zu entfernen oder, falls sie nicht transportirt werden können, verschleiern zu lassen.“ Auch „darf Niemand, bei den gesetzlich angedrohten Strafen, während der Dekadenfeier mit solchen Kleidern, Zierrathen und Trachten erscheinen, wie sie religiösen Ceremonien oder einem Cultusdiener beigelegt sind“. Dagegen „wird an der am meisten in die Augen fallenden Stelle dieser Gebäude eine Tafel aufgestellt werden, enthaltend die Erklärung der Rechte und der Pflichten des Menschen und des Bürgers“. [2])

Somit hing es denn fortan lediglich von dem Belieben der Behörden ab, durch Verlängerung der Dekadenfeierlichkeiten die Ausübung des Gottesdienstes zu verkürzen oder zu verhindern. Auch wurde in der That bald genug über die „Länge“ der Dekadenfeierlichkeiten geklagt. [3]) Am schärfsten getroffen sahen sich von diesem radicalen Eingriff die Theophilanthropen, weil sie ihren Cultus ausschließlich an den Dekadentagen feierten. [4]) Und mit ihnen diejenigen Katholiken,

1) 3, 326 f. — 2) Ebend. — 3) 3, 348. — 4) Moniteur v. 20. Juli 1798.

die sich dazu verstanden hatten, oder die dazu gezwungen worden, ihren Gottesdienst von den Sonntagen auf die Dekadentage zu verlegen. Aber auch alle übrigen Katholiken litten darunter empfindlich; einmal, insofern ihre Sonn- und Festtage immerhin häufig genug mit Dekadentagen zusammenfielen; und dann, weil ihr Cult doch neben den Sonntagen auch noch andere Wochentage in Anspruch nahm. Nothwendig mußte daher durch diese Verordnung eine Fülle von Collisionen mit den Culten hervorgerufen werden. Es begann gegen diese eine förmliche Treibjagd; fort und fort kam es darauf an, sie in Zeit und Raum mehr und mehr zu beschränken, bis zu schließlicher Nullificirung. Andererseits schoß aber die Verordnung über ihr Ziel hinaus, insofern sie die Anhänger des katholischen Cultus in dem Festhalten an der Sonntagsfeier oder in dem Trachten nach der Rückkehr zu ihr bestärken mußte.

Besonders denkwürdig ist es und nur aus einem Systemwechsel im Directorium erklärt es sich, daß grade derjenige Cultus, der anfangs von der Regierung selbst dazu bestimmt war, dem katholischen den Rang abzulaufen, und der seinerseits am willfährigsten auf alle Intentionen der Regierung einging, der theophilanthropische, sich nunmehr am meisten in Conflicte mit den Chicanen der Behörden verstrickt sah. Unter diesen Conflicten ragte namentlich einer durch Schärfe und Dauer hervor. Die Theophilanthropen waren nämlich gewohnt, in der Kirche Notre-Dame ihren Cultus im Schiff und in dem Chore abzuhalten; und diese beiden Räumlichkeiten nahm nun die Municipalverwaltung des 9. Stadtbezirks ausschließlich für die Feier der Dekadenfeste in Anspruch. Die daraus sich entwickelnden bitteren Zwistigkeiten schleppten sich eine Reihe von Monaten hindurch unerledigt fort. [1])

Eine andere drückende Folge der Neuerung traf den Beamtenstand. Denn da die Dekadenfeier eine lange Reihe von

1) Tableaux 3, 327.

Stunden und oft die ganze Tageszeit in Anspruch nahm, so brachte sie den zu ihrer Abhaltung verpflichteten Beamten, statt der Freiheit und Erholung eines Ruhetages, vielmehr eine größere Abhängigkeit und eine angestrengtere Thätigkeit, als sie ihnen an Werkeltagen zugemuthet ward. Kein Wunder daher, wenn namentlich die Klasse der Municipalbeamten keine Freude darüber empfand.

Da jedoch anscheinend diese Neuerung den religiösen Cultus völlige Vernichtung drohte: so waren die Organe der Regierung und der maßgebenden antichristlichen Partei von den ausschweifendsten Hoffnungen erfüllt.

In ihrem Rechenschaftsbericht über die Zeit vom 16. Mai bis zum 22. September 1798 hatte bereits die Departementalverwaltung triumphirend dem Minister verkündet: „Die Tempel seien (beim Gottesdienst) wenig besucht, die Priester streng überwacht und einige derselben verhaftet worden, weil sie den gesetzlichen Eid verweigert oder widerrufen hätten. In den Landcantonen habe die Mehrzahl der katholischen Priester die gute Eingebung gehabt, ihre Festlichkeiten auf den Dekadentag zu verlegen. Von mehreren Communen hätten sie sich sogar vor dem Gesetz über die Dekadenfeste ganz zurückgezogen.“ [1])

An dieselben Momente knüpfte Düpin in seinem Bericht über die Zeit vom 18. August bis 21. September an. „Auf dem Lande“, schrieb er dem Minister, „sinkt der priesterliche Thron mit jedem Tage mehr zusammen. In manchen Gemeinden haben die Priester ausgelebt; in anderen gelingt es, ihnen den Maulkorb anzulegen; einige von ihnen geben sich sogar mit ziemlich guter Miene dazu her, ihren Gottesdienst auf den Dekadentag zu verlegen. In Paris sind sie zäher, hartnäckiger, aber darum nicht mächtiger. Man gewahrt um sie herum fast nur noch Greise und Kinder; man verläßt die Kirchen um die ländlichen Bälle aufzusuchen. Indeß darf man noch nicht

1) 3, 291.

Siegeslieder singen. Wenn man nicht Acht giebt, werden sie sich des Unterrichts der Kinder und der Jugend bemächtigen; Alle machen sich zu Erziehern. Es ist dringend nöthig, ihnen diese Beute zu entziehen; denn sonst heißt das, die Erziehung des Lammes dem Tiger überlassen. Ein Gesetz, das von jedem Erzieher verlangte, daß er verheirathet sei, würde deren viele von diesen heiligen Functionen vertreiben; das wäre eine große Eroberung für die Republik." [1])

An einer andern Stelle sagt er: „Ich rechne auf den Erfolg der Dekadenfeste. Die Verwaltungen wenden alle ihre Sorge darauf. Nicht, daß es nicht noch gar manche Beamte gäbe, denen diese Einrichtung mißfällt, und namentlich auf dem Lande! Nicht, daß es nicht für Viele ein großer Kummer wäre, ihre geliebten Kirchen endlich die Tempel der Vernunft werden zu sehen! Nicht, daß nicht die Anhänger der verschiedenen Culte darüber klagten, daß man ihnen deren Ausübung in den Kirchen während der Feier der Dekadenfeste untersagt! Nicht endlich, daß nicht viele Municipalbeamte bedauerten, sich nicht mehr am Dekadentage ausruhen zu können, und sehr laut kundgäben, daß sie nicht besoldet sind! Aber ungeachtet aller dieser kleinen Interessen ist der Anstoß gegeben, und das Gesetz wird vollzogen werden. Die Centralverwaltung des Departements hat in dieser Beziehung den einzelnen Municipalitäten Anweisungen ertheilt; sie hat eine Summe zu ihrer Verfügung gestellt, um auf patriotische Weise den Dekadentempel auszuschmücken; sie hat in Bezug auf die Ausübung der Culte die erforderlichen Polizeimaßregeln angeordnet, und ich glaube sagen zu können, daß alles gut gehen wird." [2])

Nicht wenig aber verdroß ihn und seine Gesinnungsgenossen, daß in den gedruckten Kalendern der republicanischen Zeitrechnung und Jahreseintheilung trotz allem immer noch

1) 3, 325 f. — 2) 3, 322 f

die alte kirchliche zur Seite gestellt wurde, dergestalt daß z. B. in dem Kalender für das Jahr VI der Republik der „28. Nivose, octidi" in der Nebenrubrik als der „17. Januar 1798, Mittwoch" und als Tag des „heiligen Antonius" bezeichnet ward; der „11. Thermidor, primidi" als der „29. Juli 1798, Sonntag" und als Tag des „heiligen Lupus"; der „29. Thermidor, nonidi" als der „16. August, Donnerstag" und als Tag des „heiligen Rochus"; der „21. Fructidor, primidi" als der „7. September, Freitag" und als Tag des „heiligen Cloud." Hiergegen zog Dupin mit Feuereifer zu Felde.

„Der Triumph des republicanischen Kalenders", schrieb er dem Minister, „ist zwar gesichert. Schon haucht der Sonntag an den Thüren der geöffneten Läden sein Leben aus, und jeder Hammerschlag in den Schmieden beschleunigt seine Vernichtung. Aber durch welches Verhängniß entrinnt der Fanatismus stets den Angriffen der Philosophie? Nach sieben Jahren des Triumphes sieht die Republik noch immer an der Seite ihrer Jahreseintheilung die Koryphäen des Aberglaubens in unverschämter Weise Platz nehmen. Es ist schon zu viel, meiner Meinung nach, wenn es überhaupt erlaubt ist, daß in Frankreich der Gregorianische Kalender gedruckt wird. Er sollte vielmehr als ein abgeschafftes Maß mit Beschlag belegt werden, wie man die Elle und die Fuhre mit Beschlag belegt. Aber daß man ihn nun vollends mit der Jahreseintheilung der Republik zusammenkoppelt, daß man die ganze Klosterlegende hinzufügt, daß dieses Denkmal des Aberglaubens ohne Weiteres auf dem Bureau der öffentlichen Beamten Platz nimmt — das ist eine Schande! Die Priester wußten wohl, indem sie sich unserer Sinne, unserer Neigungen, unserer Einbildungskraft bemächtigten, daß sie dadurch ihre Herrschaft befestigen würden; sie wußten wohl, indem sie Tag für Tag (im Kalender) einen neuen Zug von Hingebung für ihre Macht uns vor Augen führten, daß sie kraft des Wunderbaren die Völker anziehen und an ihre Knien fesseln würden.

Warum also sollten wir nicht, aus einem würdigeren Beweggrunde, uns ihrer Ideen bemächtigen, sofern sie der öffentlichen Sache nützlich sein können? Warum sollten wir nicht, die Namen der Heiligen und Märtyrer auslöschend, an deren Stelle die der Republicaner, der Wohlthäter des Menschengeschlechts setzen? Dann würden aus diesem ehrwürdigen Almanach die Väter die Vornamen für ihre Kinder auswählen. Ist es denn nothwendig, daß eine republicanische Generation bei der Geburt den Stempel der Narrheit empfange? Dieser Gedanke war dem Nationalconvent nicht entgangen, als er unsere Jahreseintheilung beschloß. Die mystische Legende hatte er durch eine interessante Nomenclatur ersetzt, die von den nützlichsten Erzeugnissen der Natur und der Künste entnommen war; indeß ein Bürger liebt es ebensowenig, vor seinem Namen den Namen Mohrrübe, Kohl oder Artischocke zu führen, wie die Heiligennamen Antonius, Lupus, Rochus oder Cloud. Dagegen sind die Namen der Cato, Cicero, Mucius, Horaz, Aristides, Sokrates, der Franklin, Mirabeau, Marceau, Hoche, Montesquieu, Helvetius, der Einbildungskraft und dem Gefühl weit angenehmer. Warum sollte die Republik nicht ihre Legende, ihre Fasten haben, in die sie mit Ehren einen großen Mann, von welcher Nation er auch sei, bei seinem Tode einschriebe?“ [1])

Düpin's Siegeshoffnungen traten auch in seinem nächsten Monatsbericht noch sanguinisch genug zu Tage, wiewohl sie mit bedenklichen Geständnissen sich verwebten. Ende October 1798 schrieb er nämlich dem Minister: „Die Dekadenfeste sind mit einem, wenn nicht sehr vollständigen, doch sehr ermuthigenden Erfolge gefeiert worden. Einige Municipalbeamte hatten, unter verschiedenen Vorwänden, die Betheiligung unterlassen. Die Departementalverwaltung hat sie vorgefordert und ihnen

1) 3, 324 f.

einen väterlichen Verweis ertheilt, der ihnen für die folgenden Feste zu Statten gekommen ist. Die Erfahrung lehrt, wie sehr man Recht gehabt hat darauf zu bestehen, daß die Eheschließungen nur in der Festversammlung der Dekadentage statt fänden. Denn, wenn es am Dekadenfest keine Hochzeit giebt, so ist der Tempel öde. Man muß bekennen, daß bis jetzt unsere Dekadenfeste nur diesen einen Reiz bieten. Damit das Volk sich einstelle, dazu ist nöthig, daß es Zeitvertreib finde; die Vorlesung der Gesetze aber und des Bülletins selbst, dessen Redaction eine sehr frostige ist, genügt nicht, ihm einen solchen zu gewähren. Die Artikel über Landwirthschaft interessiren den Dorfbewohner, doch sehr wenig den Städter. Einige physikalische Experimente, wie der Minister in seinem Circular an die Centralschulen es andeutet, würden eine bessere Wirkung hervorbringen. Uebrigens sind die Feste ohne Störungen verlaufen. Denn man darf mit diesem Namen nicht ein gewisses ironisches Gemurmel bezeichnen, das veranlaßt wurde durch die Feier einer Hochzeit zwischen einem alten mit dem Jungfernkranz geschmückten Mädchen und einem jungen verwachsenen Manne. Ich würde dieser Thatsache nicht gedenken, wenn nicht böswillige Neuigkeitskrämer verkündet hätten, daß im Gebäude Rochus [Kirche St. Roch] am letzten Dekadentage eine Ruhestörung statt gefunden habe. Dagegen will ich eine andere weit interessantere Thatsache melden, welche beweist, wie wenig schwer es ist, dem Volke die Augen zu öffnen."

„In einem Landcanton (Pierrefitte) war im Dekadentempel eine Eheschließung vollzogen worden. Der Vorsitzende hatte eine gute Anrede gehalten, und der Ring war dargereicht worden — denn die Dorfbewohner halten viel auf die Darreichung des Ringes. Nach der Feierlichkeit fragt einer der Umstehenden den Regierungscommissar, wie viel eine Hochzeit auf republicanisch koste. Mein College antwortet sehr laut, um von der ganzen Versammlung gehört zu werden: daß die

Republik, weit davon entfernt, denen, die sie ehelich verbinde, Geld abzufordern, vielmehr reichlich durch die Hoffnung entschädigt sei, die jungen Eheleute würden ihr Kinder schenken, die der Republik würdig wären; daß dagegen ihr Pfarrer ihnen Geld dafür abfordern würde, ohne zu der erhabenen Feier ihrer Eheschließung irgend etwas hinzuzuthun. Daraufhin blickten sich die Verwandten und die Vermählten unter einander an, indem sie sagten, daß der Pfarrer nichts mehr damit zu thun haben würde, und gingen vergnügt von dannen, sammt ihrem Gelde. In diesem Canton macht die Dekadenfeier einen solchen Eindruck auf die Bewohner, daß die nach dem neuen Modus geschlossenen Ehebündnisse nicht mehr dem Visa des Pfarrers unterzogen werden; eine Förmlichkeit, welche diese guten Leute bei allen vor dem Communalbeamten vollzogenen Trauungen zu beobachten nicht unterlassen hatten. Das ist ein nicht geringer, durch die Philosophie davon getragener Sieg."

Auch sonst weiß er Erfolge zu berichten: „Der Dekadentag als Ruhetag", sagte er, „wird in der Stadt wie auf dem Lande beobachtet. Der Sonntag ringt überall mit dem Tode; er sieht weder öffentliche Spiele mehr, noch Tänze. Aber wider Willen wird man sich des Gregorianischen Kalenders erinnern müssen, so lange derselbe dem republicanischen beigesetzt wird".[1])

„Die Theophilanthropen", berichtet er ferner, „brennen vor Eifer, ihren Cultus aufrecht zu erhalten und ihre Grundsätze zu verbreiten; ihre äußere Haltung ist den Gesetzen nicht entgegen, die sie vielmehr streng beobachten. Aber ihre Anhänger nehmen eher ab als zu; das Volk ist gegen alle Religionen abgestumpft. Der Grund ist, daß man sich an seine Augen wenden muß, um zu seinem Herzen zu gelangen; und die Theophilanthropen sind nicht reich genug. Der katholische Cultus befindet sich nicht in einem glänzenderen Zustand

1) 3, 333 f.

des Gedeihens, er ist armselig wie sein Haupt. In den Landkreisen feiern die Priester ziemlich bereitwillig den Dekadentag. In Paris wirken sie fortwährend der Republik entgegen; glücklicherweise scheint die Rasse der Frommen mit Unfruchtbarkeit geschlagen zu sein, denn sie erzeugen sich nicht mehr wieder. Die Centralverwaltung hat die Gefängnißstrafe über einige schwache und bejahrte Eidesweigerer ausgesprochen; andere überwacht sie. Die Theophilanthropen wie die Katholiken würden sehr gern an den Dekadenfesten eine Rolle gespielt haben, aber ihr gegenseitiger Haß schließt sie davon noch sicherer aus, wie die Verordnungen des Departements. Die bürgerliche Religion scheint mir in kurzem alle anderen zerstören zu müssen, wofern man deren Ceremonien anziehend zu machen versteht." [1])

Hier haben wir denn also ein weiteres sprechendes Zeugniß dafür, daß man in den Kreisen der herrschenden Partei die Dekadenfeier als die Verwirklichung der republicanischen oder der bürgerlichen Religion, im Gegensatz zu allen positiven Religionen, betrachtete und daß man es für ihre Bestimmung hielt, schließlich allein das Feld zu behaupten.

Zur Hebung der Dekadenfeier nahm man eben damals in einigen Cantonen die Mitwirkung der Schuljugend in Anspruch. Man ließ sie in öffentlichen Uebungen auftreten; die Fleißigsten durften oder mußten vor dem Publicum ausgewählte moralische Stücke vortragen; es wurden Lobe und Preise vertheilt.[2]) Dergestalt hoffte man die Eltern der Schüler mehr und mehr für die Dekadenfeier zu erwärmen und zu gewinnen. Hin und wieder wurde auch, zum Zeitvertreib, auf der etwa noch vorhandenen Orgel oder auf anderen Instrumenten ein wenig musicirt; aber ohne Regel und Ordnung, nicht in andächtiger, sondern in weltlicher Weise; die ersten besten Musikanten, Dorffiedler, Schulkinder,

1) 3, 337 f. — 2) 3, 335; 349.

waren die ausführenden Künstler. Zuweilen ließ man auch die Schulkinder Gesänge vortragen. Nach allen diesen Richtungen hin suchten die Eifrigsten unter den Neuerern die Feier weiter zu entwickeln.

Um diese Zeit war auch schon die Umtaufung der christlichen Kirchen im Sinne der bürgerlichen Religion mit Nachdruck durchgeführt worden. Die christlichen Benennungen mußten abstracten republicanischen, bürgerlichen oder socialen Bezeichnungen weichen. Die Kathedrale Notre-Dame hieß nun beharrlicher denn je zuvor „Tempel der Vernunft" oder „Tempel des höchsten Wesens".[1]) Die Kirche St. Roch wurde officiell „Tempel des Genius" genannt[2]); die Kirche St. Sülpice „Tempel des Sieges"[3]); die Kirche St. Gervais „Tempel der Jugend"[4]); die Kirche St. Medard „Tempel der Arbeit"[5]); die Kirche St. Nicolas „Tempel des Hymen"[6]); die Kirche St. Jaques-du-Haut-Pas „Tempel der Wohlthätigkeit"[7]); die Kirche St. Thomas d'Aquin im 10. Arrondissement d. i. die alte Jacobinerkirche der Rue du Bac in der Vorstadt St. Germain „Tempel des Friedens"[8]). So sollte jede Spur der christlichen Zeit erlöschen.

Aber man hatte zu früh triumphirt; das Volk war nicht, wie Dupin und andere Verblendete wähnten, „gegen alle Religion abgestumpft".

8. Stockungen und Gegenwirkungen.

Der Kampf währte fort, aber die Regierung verlor doch mehr und mehr an Zuversicht. Sie besorgte mit Recht ein immer engeres Bündniß zwischen dem Royalismus und dem

1) 2, 311. 3, 397. — 2) 3, 336; 389; 397. — 3) 3, 397; 460. — 4) 3, 397. — 5) 3, 397. — 6) 3, 350; 427. — 7) 3, 397. — 8) 3, 411; 413.

zu Boden getretenen, aber krampfhaft sich wieder aufraffenden Katholicismus. Jener ehemalige Conventsdeputirte Royer, früher Bischof des Departements Ain, der am 21. Juni 1795, wie wir sahen, die Wiederherstellung des katholischen Cultus in Paris mit so großer Mäßigung vollzogen hatte, daß damals die Regierungorgane von seinem Lobe überflossen, war inzwischen, Ende Mai 1798, durch die Priestergemeinde des Seinedepartements zum Bischof desselben erwählt worden. Und er nahm sich alsbald seines neuen geistlichen Amtes mit solchem Eifer an, daß er nun vielmehr in den Regierungskreisen ein Gegenstand der Besorgniß und der Rüge ward.

Gegen Ende November 1798 berichtete Düpin an den Minister des Innern: „Der Royalismus, der abwechselnd die weiße Cocarde und die rothe Mütze aufpflanzt, der Nutzen zieht aus der Grausamkeit, die er Robespierre anrieth, um die Republik unter den abschreckenden Formen einer Furie darzustellen, erbittert, reizt und leitet zu gleicher Zeit alle Klassen der Unzufriedenen. Zu den abergläubischen Menschen sagt er: „Werdet ihr noch länger eine Regierung dulden, die eure Altäre umstürzt und eure Tempel entweiht hat? Bewaffnet euch, nehmt Brandfackeln und Dolche zur Hand! Indem ihr für die Religion streitet, werdet ihr unverwundbar sein; indem ihr für die Religion sterbet, werdet ihr mit Ruhm bedeckt wieder auferstehen. Opfert eure Kinder lieber, als daß ihr sie unter dem Banner der Republik marschiren lasset!"

Trotzdem sprach Düpin der herrschenden Partei nach wie vor Muth ein. „Die Regierung", sagte er, „besitzt Mittel, um alle Umtriebe zu vereiteln. Dem Aberglauben muß man die Leuchte der Philosophie entgegen halten, deren sanftes Licht aufklärt ohne zu verbrennen. Man muß den Unterricht verbreiten; und wenn der Fanatismus so viele Sendboten hat, warum sollte nicht die Philosophie die ihrigen haben? warum sollte man nicht in die meist verführten Landschaften weise Männer entsenden, Menschenfreunde, die durch ihre

Ermahnungen bewirken würden, was die Kanone nicht immer bewirkt." [1])

Auch gefiel er sich nach wie vor darin, den Untergang des Katholicismus zu weissagen. „Der katholische Cultus", meinte er, „ist sehr krank; denn seine Aerzte verlassen ihn. Die Priester, die irgend eine andere Beschäftigung finden können, beeilen sich ihren Functionen zu entsagen. Erklären, daß dieser abergläubische Cultus abstirbt, heißt die Zerstörung der Vorurtheile und die Herrschaft der Vernunft verkündigen. Möge diese letztere die Universal-Religion und die Regel der Bürger werden! Dennoch ist damit nicht gesagt, daß es unter den Dienern des katholischen Cultus nicht noch eifrige Fanatiker gäbe, die allem zu trotzen wagen um ihre Partei wieder aufzurichten, und die da vorgeben, daß die Religion niemals so triumphreich und ihre Diener nie so groß sind, als gerade dann, wenn gegen sie die Verfolgung im Werke ist. Sie haben die Keckheit zu behaupten, daß die Parabel von dem verschwenderischen Sohne die Geschichte der Revolution sei. „Als der verschwenderische Sohn", wiederholen sie unabläßig, „in der Hitze seiner Leidenschaften von allem gekostet hatte, erkannte er die Nichtigkeit seiner Genüsse; das Elend überkam ihn, er kehrte in sich und kam, sich in die Arme seines Vaters zu werfen". Auf dieser Grundlage erbauen sie die contrerevolutionären Verhaltungsvorschriften, die sie in den Beichtstühlen und in den Privatunterhaltungen ertheilen. In diesem Sinne bekennen unsere sogenannten constitutionellen Priester ihren Republicanismus. In diesem Sinne sagt auch Royer, der Bischof von Paris: „Die Verfolgung wird vornehmlich an den constitutionellen und patriotischen Priestern geübt; allein wir bleiben dem Märtyrerthume treu". „Mir scheint", setzt Düpin hinzu, „wenn ein Gesetz ausdrücklich erklärte, daß kein Mensch unter irgend einem religiösen Vorwand vor

1) 3, 345 f

seinesgleichen die Knie beugen dürfe: so würde dies beträchtlich den Einfluß des Beichtstuhls vermindern. Uebrigens scheint das Volk den Geschmack an allen Culten verloren zu haben".[1])

Ebenso war Düpin noch immer bemüht, die Lage der Dinge in rosigen Farben zu malen, obwohl sein Pinsel oft unversehens mehr Schatten als Licht schuf. „Alles verkündet", sagte er, „daß unsere Dekadenfeste die ganze Theilnahme finden und den ganzen Nutzen stiften werden, den die Regierung von ihnen erhofft, sobald unsere Finanzen mit unseren Wünschen übereinstimmen und uns erlauben werden, die Dekadenfeste mit allem geeigneten Pompe zu umgeben und sie zu erheitern durch Gesang und Musik, durch Blumen und Früchte. Es ist nur zu fürchten, daß die Strenge der Jahreszeit und die Länge der Festversammlungen einen Theil der Begleiter und der Neugierigen fernhalten, und vornehmlich die jungen Zöglinge; aber so lange es Hochzeiten geben wird, wird es auch nicht an Theilnehmern fehlen. Bis jetzt sind diese Feste ziemlich besucht gewesen und mit Anstand gefeiert worden. Ueber den Grad des öffentlichen Geistes könnte man nach dem Erfolge des republicanischen Kalenders urtheilen. In dem Maße als jener sinkt, wird der Gregorianische Kalender mehr befolgt. Die Priester arbeiten unablässig daran, diesen aufrecht zu erhalten und dadurch eine Neigung zu der alten Ordnung der Dinge zu begründen. Sie haben die Unverschämtheit, die Ankündigung der zu lesenden Messen und der vorzunehmenden Amtsverrichtungen jederzeit mit Angabe der Woche und der alten Kalenderrechnung zu versehen und in den Tempeln anzuheften. Sie wagen sogar, diese Ankündigungen an den Tagen der Dekadenfeste dem Auge ausgesetzt zu lassen. Dieser Mißbrauch wird jedoch nicht ferner bestehen. Auf dem Lande feiert man noch des Sonntags, während man den Dekadentag beobachtet; aber sobald die landwirthschaftlichen

1) 3, 348 f.

Arbeiten dringender werden, wird der Sonntag vergessen sein. Nichts würde in diesem Betracht zu wünschen bleiben, wenn alle Priester eingewilligt hätten, ihre Amtsverrichtung auf den Dekadentag zu übertragen. Uebrigens giebt es des Sonntags keine Tänze mehr, und am Dekadentag keine Arbeiten außer denen, die durch das Gesetz selbst gestattet sind." [1])

Auf den 20. November 1798 hatte der Minister des Innern, François de Neufchateau, eine außerordentliche allgemeine Inspection der Dekadenfeier in den zwölf Bezirken von Paris angeordnet, die eine Art von Wendepunkt bezeichnete. Veranlassung dazu gaben die eingelaufenen Klagen über die Art der Feier, über den Mangel an stufenweise erhöhten Bänken, über den vielfach herrschenden Lärm während der Feier, über die Unfähigkeit der Vorleser u. s. w. Diese Klagen waren durch vorläufige Erhebungen der fünften Abtheilung des Ministeriums noch verstärkt worden. Das Urtheil derselben ging dahin, daß die Dekadenversammlungen weder Eindruck, noch Theilnahme, noch Nutzen hervorbrächten. Der Hauptgrund sei, daß man ohne festen Plan begonnen habe; man habe sich versammelt ohne zu wissen, was man thun, was man sagen, ja wo man Platz nehmen würde. Man bedürfe vor allem der „Chorführer"; ohne solche sei eine Organisirung der Dekadenversammlungen unmöglich; denn wer würde sich sonst mit all' den vorbereitenden Details zu schaffen machen, wie sie für die Ceremonien, die Gesänge u. s. w. erforderlich seien? Das Directorium habe Unrecht, wenn es meine, zur Einsetzung solcher Chorführer eines Gesetzes zu bedürfen; denn es würden dieselben nur als Agenten der Verwaltung zu betrachten und überdies unbesoldet sein. Ein fernerer Grund des Nichterfolgs der Dekadenversammlungen liege darin, daß die alten Tempel für den neuen Gebrauch keineswegs geeignet seien. Man hätte vor allem in den Dekadentempeln amphitheatralische Abstufungen

1) 3, 347 f.

herrichten müssen, von denen aus alles gesehen und alles gehört werden könne; und namentlich hätte man durch irgend eine Vorkehrung dafür Sorge tragen sollen, daß es in diesen Tempeln weniger schalle.[1])

Am gedachten Tage wurde in der That, durch zwölf Commissare des Ministeriums, die angeordnete Inspection in den zwölf Stadtbezirken vorgenommen. Unterm 5. December wurde darüber ein Gesammtbericht erstattet, der zunächst den in den Dekadenversammlungen herrschenden öffentlichen Geist besprach, dann die Oertlichkeit derselben, die innere Polizei, und endlich die Feier selbst.[2])

In Bezug auf den öffentlichen Geist hieß es: „Es herrscht mehr Gleichgültigkeit als Widersetzlichkeit. Man darf sich nicht verhehlen, daß ein großer Theil der Bürger, leidend unter den unvermeidlichen Uebeln einer großen Revolution, überdrüßig der vergangenen Ausschweifungen sowie der nothwendigen Opfer, die der Krieg und die Finanznoth auferlegen, nicht dagegen alle die Vortheile der freien Verfassung in Anschlag bringt, unter der wir zu leben das Glück haben, auch nicht seine Gedanken auf eine bessernde Zukunft richtet, und daher an den Dekadenfesten in keiner Weise Theil nimmt. Die Unterweisung über diese Institutionen sollte zwei Theile umfassen. Der erste, den man den politischen und moralischen nennen kann, müßte zur Aufgabe haben, die Wohlthaten der Revolution hervorzuheben und diejenigen einer trostreichen Zukunft in Aussicht zu stellen; man müßte namentlich die Wahrheit entwickeln, daß alle Uebel ihre Wurzel in der alten Ordnung der Dinge haben und den Feinden der Revolution verdankt werden, während alles Gute nur von dieser allein herstammt; die Journale, und besonders die, welche für officiell gehalten werden, könnten wirksam dazu beitragen, der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht eine vortheilhafte Richtung zu geben, wenn sie der-

1) 3, 350 f. — 2) 3, 352—356.

artigen Erörterungen einige Seiten ihrer Blätter widmeten. Der zweite Theil der Unterweisung würde die Einzelheiten der Organisation und der Polizei umfassen."

„Zu der allgemeinen Gleichgültigkeit gesellt sich der Widerstand des Fanatismus, der gegen diese Institutionen noch immer einen heimlichen Krieg führt. Man muß den Philosophen und den dramatischen Schriftstellern die Sorge anvertrauen, den Aberglauben zu zerschmettern, während es den Philosophen zugleich gelingen wird, die empfindsamen Seelen und die reinen Herzen um ihre Religion d. h. um die Moral zu scharen. Aber es genügt nicht, zu dem Volke die Sprache der Vernunft zu reden; man muß auch zu seinen Sinnen reden, zu seiner Einbildungskraft; man muß sich an seine Augen wenden, um zu seinem Herzen zu gelangen, und bevor man dasselbe mittelst des Gefühles leitet, muß man es heranziehen mittelst der Neugier. Daher die Nothwendigkeit, den Dekadenfesten mehr Pomp zu verleihen."

Die Oertlichkeit der Dekadenfeste gab dem Inspectionsbericht zu folgenden Bemerkungen Anlaß: „Die Priester hatten Alles wohlberechnet. Das geheimnißvolle Dunkel der Tempel, ihre erhabenen und wiederhallenden Gewölbe, die Scheidelinie zwischen dem Volke und dem Hochaltar, die ganze künstliche Raumvertheilung war dem katholischen System angemessen. Aber der Cult der Freiheit bedingt andere Grundsätze; denn da soll man sich vorzüglich mit den Bürgern beschäftigen; sie sind es, für die und durch die die Festfeier eingesetzt ist. Es genügt daher nicht, daß die Handelnden sich auf einem angemessenen Schauplatz befinden; es ist auch nöthig, daß die Zuschauer bequeme Plätze erhalten und all' den Rücksichten, all' den Aufmerksamkeiten begegnen, welche bezeugen, daß das Volk geachtet ist."

„Da die Kirchen fast sämmtlich nach dem gleichen Plane gebaut sind (sie stellen ein griechisches oder lateinisches Kreuz dar, einen Chor, ein Mittelschiff und Seitenschiffe), so wäre

es leicht, einen allgemeinen Plan aufzustellen, der die wenigst kostspieligen Veränderungen und die bequemste Raumvertheilung für die Feier der Dekadenfeste darböte. Das könnte der Gegenstand einer Preisaufgabe für die Baumeister sein, indem man die Frage also stellte: Welches sind die Mittel um die inneren Räume der Kirchen für die Feier der republicanischen Feste brauchbar zu machen? Dann würde man den nützlichsten und sparsamsten Entwurf annehmen und ihn jeder Gemeinde Behufs der Ausführung zuschicken. Es läßt sich im Voraus verbürgen, daß ein solcher Plan wenig kostspielig sein würde, da man ihn in bloßem Holzwerk ausführen könnte."

Auf diese allgemeinen Bemerkungen folgten besondere über den „Verfall", die „Nacktheit" und andere Mängel der ehemaligen Kirchen. „In vielen", sagt der Bericht, „sind weder die Bilder, welche die Mauern bedeckten, noch die bemalten Fensterscheiben, noch die gothischen Rosen mehr vorhanden. Dazu drängt sich unwillkürlich den Geistern eine Vergleichung der alten Feierlichkeiten und der neuen auf. Die Feuchtigkeit aber und die Strenge der Kälte, die sich fühlbar machen, erhöhen vollends diese ungünstigen Eindrücke; das körperliche Unbehagen arbeitet dem Gefühl der Langenweile vor und spornt zum Davonlaufen an. Es erscheint dringend nöthig, die zunächst erforderlichen Ausbesserungen sofort vorzunehmen, die Thüren und Fenster wieder herzustellen und auf dem Fußboden Strohmatten auszubreiten."

In Betreff der „Ausschmückung", heißt es dann weiter, „muß man sich der Mittel des Priesterthums bemächtigen. Vertraut mit dem ganzen Einfluß der Künste auf die lebhafte und zarte Einbildungskraft der Frauen und der jungen Leute, rief das Priesterthum alle Künste herbei und stützte sein eigenes Blendwerk auf das ihrige. Allein statt jener Bilder, die nur grauenvolle oder lächerliche Vorgänge darstellten, statt jener Trauerspiele, jener heiligen Schlächtereien, jener Märtyrer und jener Henker, müssen wir den Augen nur sittliche und gefühl-

volle Scenen vorführen. In den Kirchen fand der beschauliche Frömmling überall in blutigen Zügen das Bild des Fanatismus wieder, — fortan möge hier der Bürger, indem er die Augen zu den Gemälden erhebt, einen Lehrgang von Tugenden durchlaufen. Dergestalt werden wir überdies der Kunst eine neue Richtung, den Künstlern neue Hülfsquellen eröffnen. Schmücken wir zudem diese Tempel im Sommer mit Laub, im Winter mit künstlichen Guirlanden! Wenn der finstere Lykurg in Lakedämon die Statue des Lachens errichtete, wenn der Philosoph Speusippus im Hintergrunde seiner Schule Flora und die Grazien malen ließ: warum sollten wir nicht bei unseren Festen empfindsame und lachende Bilder häufen?"

„Man hat den Vorschlag gemacht, hier die Büsten tugendhafter oder durch große Talente berühmter Menschen aufzustellen und an den Wänden Denksprüche aus ihren Werken einzugraben. Es dürfte angemessen sein hinzuzufügen, daß diese Denksprüche der alten Philosophen von den verschiedenen Verwaltungsbehörden nicht eher angenommen werden dürften, als nachdem sie von dem Minister des Innern gebilligt worden. Denn es wäre in der That gefährlich, denselben die Befugniß zu überlassen, auf den Wänden ihrer Tempel inschriftlich Denksprüche anzubringen, womit die Anhänger der verschiedenen Parteien Mißbrauch treiben könnten. Zu den Büsten der alten Philosophen könnte man diejenigen solcher Bürger hinzufügen, welche die Gemeinde, um deren Festfeier es sich handelt, berühmt gemacht haben."

In Bezug auf die innere Polizei der Dekadenfeste sagt der Inspectionsbericht: „Die Mißbräuche sind zahlreich. Die alten Zeichen des katholischen Cultus, als da sind: Weihkessel, Stiftshütten auf dem Altare u. s. w., sind immer noch sichtbar. Soldaten, in voller Waffenrüstung, betrüben den Blick und den Gedanken des Bürgers, der dessen eingedenk ist, daß man auf den Schrei des öffentlichen Unwillens die Füseliere aus der Umgrenzung der Theater verbannt hat, und der sie noch weit

ungehöriger finden muß an einem Orte der Brüderlichkeit und des Friedens. Kinder und Hunde irren von einer Seite zur andern umher; das Kreisen der Zuschauer ist ein unaufhörliches; und zu dem Lärm der Bewegung gesellt sich der der Unterhaltungen. Die Wache, welche die Municipalverwaltung begleitet, ist aus Stellvertretern zusammengesetzt, deren erbärmliches Aussehen und schlechte Haltung vollends diesem Schauspiel den Anstrich des Spottes giebt. Die Unordnung wird so lange unvermeidlich sein, als es nicht Aufseher und Ordner dieser Feste geben wird. Die Einsetzung freiwilliger und unbesoldeter Chorführer würde allem abhelfen."

„Es wird vorgeschlagen, den Behörden eine Achtung gebietende Amtskleidung beizulegen, und ihnen Amtsdiener mit weißen Stäben voraufgehen zu lassen. Ueberhaupt, je mehr wir den äußeren Zeichen Stärke verleihen, desto weniger werden wir einer anderen bedürfen. Die Stärke der Behörden muß eine wahrnehmbare und moralische sein; wenn wir bei einem Volksfeste die Fasces vor ihnen hertragen lassen, so müssen diese mit Eichenlaub oder Blumen, und nicht mit einer Axt gekrönt sein.

Was endlich die Ceremonien der Dekadenfeier betraf, so äußerte sich dieser merkwürdige Bericht darüber folgendermaßen: „Man sieht nicht, man hört nicht. Und das ist nicht nur Folge der Einrichtung des Locals, sondern auch Folge der Nachlässigkeit der Handelnden, die darin den Schauspielern unserer Theater gleichen, welche frostig spielen, sobald der Saal nicht gefüllt ist. Man leiert die Vorlesungen her, man haspelt die Feierlichkeiten ab. Die rührende und keusche Feier der Hochzeiten, in Betreff deren Rousseau so richtig gesagt hat: „es vollzieht sich dabei von Seiten aller Anwesenden ein stilles Gelöbniß, die vollzogene Ehe zu achten, und so sind sie gewissermaßen Theilnehmer des Vertrages" — diese Feier geht meist ohne Pomp und ohne Theilnahme vor sich; man verbindet sogar diesen Act, von dem das Lebensglück

abhängt, mit einem Act gemeiner Art, indem in den meisten Fällen ein frecher Musicus alsdann auf der Orgel unzüchtige oder possenhafte Melodien vernehmen läßt, wie Pas de deux oder Allez-vous en, gens de la noce und Aehnliches mehr."

„Es wird vorgeschlagen, öffentliche Vorleser auszubilden. Man könnte auch die Vorlesung moralischer Erzählungen oder einer Sammlung, die diesen Titel trüge, Greisen oder tugendhaften Familienvätern anvertrauen. Gewiß, eine moralische Erzählung, vorgetragen von einem Greise mit weißen Haaren, der zugleich die Lehre und das Beispiel darstellen würde, müßte einen tiefen Eindruck erzeugen. Den Behörden dagegen würde es obliegen, das Bülletin der Gesetze vorzulesen, aber ohne Betrachtungen. Junge Leute müßten moralische Verse hersagen, entlehnt aus unseren besten Dichtern und zuvor der Verwaltung mitgetheilt, oder entlehnt aus einem unter der Aufsicht der Behörden oder des Ministers herausgegebenen Buche. Man könnte selbst moralische Dramen versuchen, oder vielmehr Scenen von äußerst einfacher Art, bestehend aus einer oder zwei, höchstens drei Personen. Man würde dergestalt für die Schriftsteller eine neue Gattung von Compositionen anbahnen."

„Unter dem Zubehör der Feierlichkeit betrachtet man die Musik als den wichtigsten Gegenstand. Es ist denkwürdig, sagt Montaigne, wie sehr sich Platon in seiner Republik eingenommen zeigt für die Tänze, Gesänge und den Zeitvertreib seiner Mitbürger. Es ist beachtenswerth, daß Numa, der die Sitten der Römer milderte, diesen Dingen ebenfalls die größte Bedeutung beimaß. Der Bürger Leclerc, in seinem tiefgedachten Versuch über den Einfluß der Musik, hat bei der Entwicklung der Ideen des Alterthums die darauf bezüglichen Grundsätze aufgestellt. Es genügt darauf hinzuweisen, daß man 1) jederzeit Worte mit der Musik verbinden und diejenige verbannen muß, die nur instrumentaler Natur ist. 2) Daß es erforderlich wäre, die Gesänge mit Chören und

Refrains auszustatten, so daß alle Zuschauer daran betheiligt würden; dieser Grundsatz würde dahin führen, die Dekadenfeste mit einem allgemeinen Chorgesang zu eröffnen und zu schließen. 3) Daß es angemessen sein würde, in allen Dekadentempeln eine Orgel aufzustellen. In den großen Gemeinden würde indeß die Bildung von Orchestern vorzuziehen sein. Fast in allen Städten von mäßiger Ausdehnung giebt es eine ziemlich große Zahl von Musikliebhabern, die sich gern anheischig machen würden, an den Dekadentagen von ihren Talenten eine Probe abzulegen. 4) Dürfte es vielleicht zweckmäßig sein, Preise für diejenigen Dichter und Musiker auszusetzen, welche die dem Genius dieser Feste angemessensten Compositionen liefern würden."

Schließlich wurde dem Minister empfohlen, in Betreff der dringendsten Erfordernisse sofort an die Departementalverwaltung einen Erlaß zu richten, der sie namentlich auffordere: „die Beseitigung der Zeichen des katholischen Cultus zu veranlassen, für die Errichtung von abgestuften Zuschauerplätzen, von Estraden Sorge zu tragen, die Thüren und die Fenster wiederherstellen zu lassen, die innere Polizei der Tempel zu überwachen, und endlich den fraglichen Feierlichkeiten durch die ihr zu Gebote stehenden Mittel all' den Pomp zu verleihen, deren sie fähig sind."

Trotz des theoretischen Nachdrucks aller dieser Erwägungen und Rathschläge war man jedoch bis zum Schlusse des Jahres 1798 praktisch noch nicht viel weiter gekommen. Gegen Ende December meldete Düpin dem Minister: „Die Dekadenfeste, ähnlich den jungen Blüthen, die der Frost entfärbt, leiden sehr unter der Strenge der Jahreszeit, welche die Zuschauer abhält und den lauen Beamten zum Vorwand dient, sich zu entfernen. Allein — fügt er zum Troste bei — man darf voraussagen, daß nach dem Winter, und sobald man im Stande sein wird diesen Festen ein wenig Pomp und Schauspiel zu verleihen, dieselben mit Glanz ihren Fortgang nehmen

werden. Die Eltern, die grundsätzlich ihre Kinder nicht zu diesen Festen gehen lassen wollten, finden sich selber bei ihnen ein, um Zeugen zu sein der Uebungen, die man für die Zöglinge einiger Schulen eingerichtet hat; und der Geschmack an den republicanischen Institutionen dringt dergestalt allmählich, mit Hülfe der elterlichen Zärtlichkeit, in die Herzen ein."

In Betreff der zwangsweisen Einführung des republicanischen Kalenders berichtet er mit Genugthuung: „Derselbe ist bei allen Verwaltungen, sowohl den öffentlichen wie den privaten, im Gebrauch und wird sehr genau befolgt. In einer sehr großen Zahl von ländlichen Gemeinden kennt man fast nicht mehr die ehemaligen Sonntage. In Paris werden die Contravenienten mit strenger Pünktlichkeit für ihre Verletzung der Dekadenfeier oder für ihre Hinneigung zum Sonntag bestraft, und sie ergeben sich endlich und verwandeln sich, anfangs aus Furcht, dann aus Gewohnheit, in Anhänger des Dekadentages."

Auch in Bezug auf die Verdrängung aller anderen Culte schwollen daher die Segel seiner Hoffnung wieder an. Zwar, gab er zu, sind „in Paris die katholischen Priester nach wie vor voll Eifers und zahlreich". Aber „in den Landcantonen haben gar manche Gemeinden deren nicht mehr; viele Priester entsagen ihren Amtsübungen in denjenigen Gemeinden, die sie nicht bezahlen, was glücklicherweise zu ihrer Entfernung beiträgt. Auch ist es überdies erwiesen, daß einzig das Bedürfniß zu leben in gewissen Cantonen solche Diener des Cultus fesselt, die nicht sehr gläubig sind. Wenn man diese letzteren verwendete, so würde man in ihnen Bürger für die Republik gewinnen, und deren tausend andere vom Fanatismus freimachen. Die Theophilanthropen scheinen zu verschwinden; diejenigen, die den Versammlungen derselben aus Bürgersinn beiwohnten, ziehen die Dekadenfeste vor; solche, die aus Neugier dahin gingen, finden darin keinen Reiz mehr; und diejenigen, die sie aus religiösen Grundsätzen besuchten, haben

Vorurtheile gegen den geheimen Beweggrund dieser Vereinigungen gefaßt, Vorurtheile, die durch einige schlechte Wahlen von theophilanthropischen Rednern gerechtfertigt sind. Uebrigens hat die Verschiedenheit der Culte keinerlei Ruhestörungen verursacht." [1])

Das christliche Neujahr, das gleich darauf eintrat, gab indeß der herrschenden Richtung unerwartet zu großer Entrüstung Anlaß. Der republicanische Kalender sollte ja das christliche Neujahr vernichten, der republicanische Neujahrstag, der erste Vendemiaire (22. oder 23. September), keinen Rivalen mehr neben sich dulden. Und nun mußte man dennoch immer wieder die Erfahrung machen, daß sich Culte eher noch unterdrücken lassen wie Sitten. „Die Habgier der Kaufleute", meldete Düpin im Januar 1799, „und ein Rest von Vorurtheilen, von Familienintereſſe und Familiengewohnheit, haben sogenannte Neujahrswünsche dictirt und sogenannte Neujahrsbesuche veranlaßt. Hätten die Nationalfeste am ersten Vendemiaire das Verlangen nach diesem herzlichen Verkehr von Familie zu Familie, von Freund zu Freund eingeflößt, so würde der erste Januar vollständig aus den französischen Gewohnheiten verbannt sein. Im Uebrigen — fügt er wieder tröstend hinzu — wird der republicanische Kalender allgemein beobachtet, sowohl in Paris als in den Landcantonen; die Vergehungen gegen denselben sind sehr selten. Die Gewissenhaftigkeit, womit die öffentlichen und selbst die Privatverwaltungen ihn befolgen, befördert seinen Erfolg beim Volke. Man datirt sogar schon nach der neuen Zeitrechnung ohne die alte beizufügen. Der republicanische Kalender geht also in großen Schritten seinem vollkommenen Triumphe entgegen." [2])

Inzwischen war der von dem Inspectionsbericht empfohlene Ministerialerlaß zur Ausführung gekommen, und die Departementalverwaltung hatte am 7. Januar eine Reihe von

1) 3, 359. — 2) 3, 363 f.

Maßregeln beschlossen, um die Dekadenfeste anlockender zu gestalten. Unter diesen veränderten Umständen sprach sich der Januarbericht Düpin's über die Dekadenfeier und über die Culte folgendermaßen aus: „Im Allgemeinen haben die Municipalverwaltungen alles gethan, was von ihnen und ihren Mitteln abhing, um die Dekadenfeste würdig zu feiern, und ungeachtet der strengen Witterung haben sie die Genugthuung gehabt, diesen Festen eine beträchtliche Zahl von Bürgern beiderlei Geschlechts beiwohnen zu sehen. Einer der mächtigen Hebel, die zu dem Erfolge dieser Vereinigungen beigetragen haben, ist in der That die Idee, durch Kinder verschiedene belehrende Stücke vortragen zu lassen. Aus diesem Verfahren erwächst zudem eine vortreffliche Wirkung für den Unterricht; es erhält einen edelmüthigen Wetteifer unter den Lehrern; es zieht die Eltern herbei und verschafft ihnen Genüsse der Eigenliebe, die dem öffentlichen Wohle, der Erziehung ihrer Kinder und der Heranbildung des republicanischen Geistes zum Vortheil gereichen. Vornehmlich in den Landcantonen erzeugt diese glückliche Idee Ergebnisse, die um so nützlicher sind, als die dem Despotismus förderliche und von ihm unterhaltene Unwissenheit das unvermeidliche Loos der Landbewohner zu sein schien, und als durch diese Unwissenheit für das Vaterland Bürger verloren gingen, die es durch ihre Talente und ihr Genie erleuchtet haben würden, wenn die Erziehung dieselben hätte keimen und aufkommen lassen. Die neue Erziehung wird diese Verluste ersetzen. Die Verwaltung des Seinedepartements hat am 18. Nivose (7. Januar) einen Beschluß gefaßt, von dem man Grund hat die größte Förderung der Dekadenfeste zu erhoffen, falls die Geldmittel gestatten, ihn ganz dem Wunsche entsprechend in Ausführung zu bringen."

„Die Theophilanthropen bestehen noch, aber ihre Zahl wächst nicht, und ihr Dasein ist ohne Glanz. Die Ausübung des katholischen Cultus ist friedlich, und die Haltung seiner

Diener anständig gewesen. Aber wer dürfte es wagen, sich auf treulose Scheinmienen zu verlassen, auf die trügerische Maske, womit sich diese Sekte bedeckt, die dem republicanischen Staate, der sie nicht seiner Regierung beigesellt, eine grundsätzliche Feindin ist. Da die Duldung der Culte verbietet, einen Gottesdienst zu verbannen, der seinerseits die Duldung verdammt, so muß man sich wenigstens bemühen, alle Verführungsmittel desselben hinfällig zu machen, und das ist es, worauf die eifrigen Beamten mit Erfolg bedacht sind. Schon ist der Einfluß der Priester auf den Unterricht, kraft der Aufsicht der Jury, im Verschwinden begriffen; schon entrinnt ihnen die verbindliche Ceremonie der Eheschließung; und um ihnen noch ein Band zu entziehen, womit sie die Völker fesselten, hat die Centralverwaltung in Bezug auf die Begräbnisse einen Beschluß gefaßt, den ohne Zweifel die Philosophie billigt und der den Fanatismus, den Aberglauben und die Priester empfindlich gekränkt hat." Dieser Beschluß, den der Moniteur vom 19. Nivose (8. Januar) verkündete, gestattete jedem Bürger, kraft einer bloßen Anzeige, auf einem ihm gehörigen Grundstück eine Leiche zu beerdigen. [1])

Der Januarbericht Düpin's, der in seiner Parteiverblendung alles Widerwärtige verkleinert sah, schloß mit dem naiven Geständniß: es gebe „einen Landcanton, wohin sich die Wuth des Fanatismus geflüchtet zu haben scheine; der katholische Cultus werde daselbst mit Festlichkeit gefeiert." Indeß „auf Grund der letzten Instructionen des Ministers über die Säuberung der Municipalitäten" werde er (Düpin) „die Absetzung einiger Municipalbeamten dieses Cantons, welche das schlechte Beispiel gäben, veranlassen." [2])

Auch die schärfsten Maßnahmen blieben jedoch ohne Erfolg. Vielmehr sah sich Düpin genöthigt, schon in seinem nächsten Monatsbericht vom Ende Februar 1799 den von ihm

1) Vgl. oben S. 237 f. — 2) Tableaux 3, 364.

bekämpften Mächten einen viel breiteren Spielraum zuzugestehen. „Zwei oder drei der Landcantone", hieß es, „sind noch verpestet durch den unreinen Hauch des Fanatismus; man muß hoffen, daß endlich die Philosophie und die Sorge der eifrigen Beamten dahin gelangen werden, dieses der Vernunft und dem wahren Staatenglück feindliche Ungeheuer gänzlich zu bannen." [1])

„Die Dekadenfeste", versichert er aber auch jetzt, „sind trotz der Strenge der Jahreszeit sehr besucht. Die Theilnahme für sie wächst mit dem republicanischen Geiste, und wenn man im Stande sein wird, die bekannten und beschlossenen Entwürfe für die Erhöhung ihres Glanzes zu verwirklichen und durch das Absingen von Oden oder Stanzen nach bekannten Melodien das zuschauende Volk zugleich zum mithandelnden bei diesen Festen zu machen: dann ist auch voller Grund vorhanden zu glauben, daß ihr Triumph gesichert sein wird. Auch vernachlässigen die Priester, die dies fürchten, nichts um den Sonntag aufrecht zu halten, der im Begriffe ist, sammt ihrem Haupte in das Grab zu sinken. Der republicanische Kalender macht schnelle Fortschritte. Er ist fast bei allen Correspondenzen, auch privaten, im Gebrauch. Die Dekadentage werden beobachtet, die Sonntage gerathen in Vergessenheit. Contraventionen werden gewissenhaft bestraft, und die Vollziehung der gegen sie gefällten Urtheile macht einen vortrefflichen Eindruck. Bald wird man allgemein aus Ueberzeugung oder aus Ordnungsliebe und im eigenen Interesse das thun, was jetzt noch Viele nur thun auf Grund des Zwanges. Die Landcantone, einer oder zwei ausgenommen, verhalten sich in dieser Hinsicht so gut als es billigerweise verlangt werden kann. Uebrigens ging die Ausübung der verschiedenen Culte geräuschlos vor sich. Der einzig zu fürchtende, der katholische, nagt an seinem Gebisse, erhofft immer noch den Augenblick der Rache und vernachlässigt nichts um ihn vorzubereiten. Zu

1) 3, 367.

dem Ende ist er bemüht, soviel er kann, die republicanischen Einrichtungen anzuschwärzen und die Sonntage zu preisen. Aber die einen und die anderen [die Sonntage und die Priester] werden verschwinden." [1])

Zu den eifrigsten Organen der Regierung, im Sinne Düpin's, gehörte nach wie vor Guyel, der Directorialcommissar des Cantons Pierrefitte. In diesem Canton war bis zur Mitte des März noch wenig oder nichts für eine anziehende Gestaltung der Dekadenfeier geschehen. In der Bekümmerniß darüber schrieb Guyel am 16. März dem Minister des Innern einen wahrhaft begeisterten Mahnbrief, worin er u. A. sagte: „Um die republicanische Regierung zu befestigen, müssen wir unheilvolle Vorurtheile zerstören und neue Gewohnheiten schaffen. Die Dekadentempel sind die Nachfolger der Kirchen — das ist schon ein großer Fortschritt zur Verbesserung. Jetzt aber gilt es, dem Volke in unseren Tempeln denselben Reiz zu bereiten, der es in die Kirchen lockte. Das ist die Lösung des Problems, das Niemand besser lösen kann als der Minister. Es liegt eine Art Unmenschlichkeit darin, das Volk zu nöthigen, eine frostige Vorlesung der Gesetze und einige ihm gleichgültige Reden anzuhören; es bedarf eines Ersatzes für das, was es verloren hat. Der Geist eines Volkes, das seit Jahrhunderten durch Despotismus und religiösen Aberglauben verdummt worden ist, besteht ganz und gar in seinen Augen und Ohren. Wenn man, in Erwartung einer wahrhaften Belehrung, diese beiden Sinne nicht auf angenehme Weise befriedigt, so wird jeder anderweitige Versuch vollkommen fruchtlos bleiben. Die Feste des Katholicismus waren wahrhaft volksthümlich in dem Sinne, daß das Volk selbst Mithandelnder war. Wäre es denn so schwer, das Credo durch Hymnen zu ersetzen, die, nach bekannten oder leichten Melodien, im Chore wiederholt würden? Der

1) 3, 368 f.

Katholicismus hatte seine Patrone, seine Heiligen. Warum sollten wir nicht die geselligen Tugenden feiern dürfen? Die Freundschaft, die Liebe zur Arbeit, die kindliche Pietät wiegen wohl den h. Crispin und den h. Pankratius auf. Wir haben überdies ehrwürdige Opfer der Freiheit, Helden, die muthig auf dem Schlachtfeld gestorben sind, um sie zu vertheidigen. Mehrere unserer Dekadentage sind den Nationalfesten gewidmet. Aber die dazwischenliegenden könnten entweder den republicanischen Tugenden oder denjenigen Menschen gewidmet werden, die sie zum Heile Aller in hervorragender Weise bethätigt haben. Dann würde der Vorstand, in einer schlichten und kurzen Rede, dem Volke den besondern Gegenstand der Dekadenversammlung in's Gedächtniß rufen. Ein Hymnus auf den Ewigen, von dem Volke stehend und entblößten Hauptes wiederholt, als Danksagung für die Wohlthaten der Freiheit, würde für unsern Glauben Zeugniß geben den Feinden der Republik, die uns die traurige Ehre anthun, uns für Atheisten zu halten. Ein oder zwei andere Hymnen müßten die einförmige Vorlesung der Gesetze und des Dekadenbulletins unterbrechen; die zwei Spielleute der Gemeinde könnten durch ihre Musik den Sängern Zeit zum Athemholen geben. Eine Ode auf die Freiheit, in welche die erhabene Strophe der Marseillaise, die der Republik zehn Schlachten eingebracht hat, eingeschaltet werden sollte, müßte die hehre und rührende Feierlichkeit schließen. Tänze und Vergnügungen, neue, unseren republicanischen Sitten angepaßte Spiele müßten die Jugend erheitern und dem Alter, das diesen Unterhaltungen beiwohnt, das Vergnügen verschaffen, sich unter sich von den Spielen ihrer Kindheit und von den ersten Genüssen ihrer ersten Liebe zu unterhalten. Dann, aber auch nur dann wird es wahr sein zu sagen, daß der Dekadentag der Festtag der Franzosen ist." [1])

Allein diese Mahnrufe blieben wirkungslos. Der Mangel

1) 3, 370 ff.

an Geld, die Schwankung der Parteien, die Zwistigkeit im Directorium und der erstarkende Widerstand der Massen gegen die Willkür der republicanischen Neuerungen, die sie als ein ihnen auferlegtes fremdes Joch ansahen und verpönten, ließen es nicht zu der gewünschten glanzvollen Entwicklung der Dekadenfeier kommen; der ersehnte definitive Triumph der „bürgerlichen Religion" über alle anderen blieb aus; der Dekadentag gedieh nicht zum „Festtag der Franzosen." Es ist nicht ohne Interesse, aus den weiteren officiellen Berichten zu ersehen, wie nach und nach, unter eitlen Selbstvertröstungen und beklemmenden Aengsten, die letzten Hoffnungen der Neuerer erloschen. Wir reihen die Auszüge aus denselben einfach an einander, ohne die Wiederholungen, die den Pulsschlag der Hoffnung kennzeichnen, zu unterdrücken.

Ende März 1799 berichtete Düpin: „Die Dekadenfeste werden sich bald mit den schönen Tagen verschönern; schon finden sie in Paris größeren Zuspruch; schon werden sie in den Landcantonen mehr gefeiert als der Sonntag der Priester. Die Schulkinder spielen hier auf musikalischen Instrumenten und begleiten die Stimme ihrer kleinen Kameraden, welche patriotische Hymnen singen. Die Idee des Gesanges ist gut und könnte für die Anziehungskraft der Feste sehr nützlich werden; aber es würde der Lieder, der Stanzen, vielleicht eines festen und gleichförmigen Ceremoniel's bedürfen. Eine trügerische Hoffnung, ich weiß nicht welcher Art, setzt gegenwärtig die Priester in Bewegung; sie wagen in schwarzer Kleidung, mit rundgeschnittenem Haar, frisirt und gepudert einherzugehen; aber das Gesetz wacht, und die erste Verirrung ihrerseits wird sie ihm überliefern. In mehreren Landcantonen verschwinden sie geräuschlos und werden nicht wieder ersetzt."[1])

Ende April meldet er mit Rücksicht auf die stattgehabten Wahlversammlungen: „Alle nur denkbaren Verläumdungen

1) 3, 374 f.

und Beleidigungen sind dabei ausgeboten worden, um die Freunde der Regierung zu beseitigen. Man muß den und den wählen, rief man ganz laut: er wird nicht für das Directorium sein; oder diesen andern: er ist ein rechtschaffener Mann, er hat das Ostermahl aus den Händen eines nicht unterworfenen Priesters genommen; man muß sich wohl hüten den da zu wählen: es ist ein verheiratheter Priester; noch jenen: denn der ist ein Liquidator, ein bürgerlicher Henker, der das Vermögen der Privatleute erwürgt." Was den republicanischen Kalender betrifft, so „machen die Kinder damit ihre Eltern bekannt, diese aber verlernen ihn mit den Priestern; übrigens wird er sichtbar befolgt. Es wäre sehr nothwendig, daß einige schwache Tribunale sich dem Beispiel der Mehrheit anschlössen, welche die Kaufleute, die an den ehemals sogenannten Sonntagen ihre Läden geschlossen halten, zum öffentlichen Anschlag und zur Geldstrafe verurtheilt. Es ist klar, daß der Gesetzartikel, welcher bestimmt, daß an den Markttagen alle Läden geöffnet sein müssen, auf sie anwendbar ist; denn Nicht-Markttage der Dekaden sind nur die, welche das Gesetz als Ruhetage bezeichnet, und das sind die Dekadentage und die Nationalfeste. Man müßte also das Gewissen jener Richter in Ordnung bringen, die das Gesetz nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Ihr böses Beispiel kann den Eifer der anderen abkühlen und dem Fanatismus wieder zu einem seiner Genüsse verhelfen. Das Polizeitribunal des 9. Arrondissements von Paris ist vorzüglich in diesem Fall. In denjenigen Landcantonen, wo keine Priester vorhanden sind, ist der Sonntag unbekannt und wird der Dekadentag gefeiert; aber überall, wo es einen Priester giebt, ist der Sonntag in Ehren und wird der Dekadentag mit Widerwillen beobachtet. In Paris stößt der katholische Cultus von Tag zu Tag auf einen höhern Grad von Theilnahmlosigkeit; niemals ist diese so allgemein bethätigt worden; die fanatischen Priester machen keine Proselyten mehr; sie werden selbst von denen verlassen, auf die

sie am meisten rechneten; und da dergestalt diese Körperschaft keine neuen Mitglieder mehr erwirbt, so verfällt sie in Auflösung und Trümmer. Die Zahl der Theophilanthropen erscheint immer als dieselbe, ohne Zunahme und ohne Verminderung; sie fügen sich den Gesetzen." [1])

Einen Monat später, Ende Mai 1799, konnte Düpin zwar berichten, daß die Ermordung der französischen Gesandten zu Rastadt Veranlassung gegeben habe, in den Dekadentempeln rührende und anfeuernde Ceremonien zu veranstalten; aber zugleich hält er es für seine „Pflicht zu erklären, daß die Freunde des Directoriums nur noch eine sehr geringe Zahl bilden", daß man vom Ende der Republik, von der Rückkehr des Königthums träume, und daß „die Priester dies benutzen um sich wichtig zu machen und sich wieder in denjenigen Gemeinden zu zeigen, die sie seit Jahresfrist verlassen hatten." Die Ausübung der Culte, sagt er zwar im Allgemeinen, ist „friedlich und den Gesetzen gemäß" gewesen; die Dekadenfeste „erhalten sich durch den Eifer der Municipalitäten"; der republicanische Kalender wird „ziemlich allgemein beobachtet", und die Läden „fast überall an den Dekadentagen geschlossen, sowie an den anderen Tagen geöffnet". Dennoch reihte sich daran die folgende Klage: „Die Beobachtung der Markttage hat einige Beeinträchtigung erfahren; die Landleute wollten die unter dem Namen Freitag bekannten Tage nicht vergessen und führten an denselben (ohne Rücksicht auf den Dekadenkalender) Lebensmittel herbei, obwohl sie die Bestimmungen kannten, die es ihnen verboten; die gegen eine große Zahl derselben verhängte Geldstrafe hat erfolgreich gewirkt. Indeß scheint es, daß in den Landcantonen die Priester ihre Umtriebe wieder beginnen; drei Cantone namentlich werden neuerdings fanatisch. In denselben bedarf man des alten Kalenders nicht, um die Tage zu kennen, welche Sonntage

1) 3, 375 — 378.

oder andere große Festtage des alten Kalenders sind. An den Dekadentagen dagegen verspottet man diejenigen, die wegen derselben feiern wollen. Die Cultusdiener sind die Urheber dieser Unordnung." [1])

Auch der fortdauernde Krieg, während die Masse sich nach Frieden sehnte, wandte die Gemüther von der Republik ab und zu der alten Zeit hin. In der ersten Hälfte des Juni wurde dem Directorium gemeldet: „Der öffentliche Geist ist seit den unglücklichen Ereignissen in Italien nahe daran zu erlöschen; die Priester bearbeiten das Volk, das durch die Entbehrung seiner Kinder erbittert ist, und sagen ihm, daß diese zur Schlächterei geschickt würden; eine Verläumdung, die das Volk um so mehr erfaßt, als die Feiglinge, welche ihre Fahnen verlassen, daheim ein erschreckendes Bild von den Leiden hervorrufen, die sie angeblich erdulden." [2]) Immer enger verwuchsen die internationalen, die politischen und die religiösen Triebe. Laut und öffentlich, in den Kaffeehäusern und in den Gruppen, sprach man gleichzeitig Wünsche für die Wiederherstellung des Friedens, für die Wiederherstellung der Monarchie und für die Wiederherstellung und ausschließliche Herrschaft des katholischen Cultus aus. [3]) Da trat der Staatsstreich vom 18. Juni ein.

9. Absterben der Dekadenfeier, Restauration des Katholicismus.

Seit diesem Staatsstreich, wodurch Sieyes und Barras, mit Hülfe Lucian Bonaparte's, die Directoren Treilhard, Merlin und Lareveillère, den Minister des Innern François von Neufchateau sowie viele Andere aus ihren einflußreichen Stellungen verdrängten und dagegen geschmeidige Organe, wie

1) 3, 379 f.; 381 f. — 2) 3, 385 f. — 3) 3, 391; 399; 409.

Gohier, Roger-Ducos und den neuen Polizeiminister Fouché, in die Regierung zogen, bahnte sich allmählich die antirepublicanische Katastrophe des 18. Brümaire, die bonapartische Dictatur, und damit die erste gründliche Reaction an. Mit dem Sturze Lareveillère's mußte auch dessen Schöpfung, der Theophilanthropismus, zu Grunde gehen; und mit dem mächtigen Wiederaufstreben Sieyes', des ehemaligen Abbé's, durfte auch die Siegeshoffnung des Katholicismus mächtig erstarken.

Der Commissar beim Seinedepartement, Düpin, wurde ebenfalls seiner Stelle enthoben und durch Réal ersetzt. Sein letzter Bericht, unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 18. Juni noch an François von Neufchateau abgestattet, der erst am 23. abtrat, klingt wie der Schwanengesang der Republik und läßt schon das Geschick ihrer antikirchlichen Neuerungen ahnen. „Der lethargische Schlummer", schrieb er, „in den der öffentliche Geist versunken ist, läßt dessen Vernichtung fürchten. Der republicanische Kalender wird zwar in Paris wohl befolgt, aber schlecht in mehreren Landcantonen, wo die Priester die Oberhand gewinnen und allmählich die Herrschaft des Sonntags wiederherstellen. Die Theophilanthropen verlieren an Anhängern und haben im Tempel des Genius (Sanct-Rochuskirche) jeden Cultus eingestellt. Die katholischen Priester dagegen ergreifen ihre Machtherrschaft wieder, und die Rochuskirche ist ihre Metropole." [1])

Es klingt wie eine Ironie des Schicksals, daß in denselben Tagen eine letzte ministerielle Anstrengung gemacht wurde, um die Dekadenfeier zu heben. Ob dieselbe noch von François oder von seinem Nachfolger Quinette ausging, habe ich nicht festzustellen vermocht. Zwar ist es gewiß, daß auch die Regierung des Junistaatsstreichs nicht sofort mit den republicanischen Einrichtungen brechen konnte, daß sie es weder wagen durfte noch wollte, und daß ihr namentlich die Aufrechthaltung der

1) 3, 388 f.

republicanischen Zeitrechnung nicht nur als möglich, sondern sogar als wünschbar erschien. Dennoch ist es wahrscheinlicher, daß so entschiedene Maßregeln im Geiste der bisherigen Verwaltung noch von dem alten Minister, und nicht von dem neuen ergriffen wurden.

Jener letzte Hebungsversuch bestand nämlich zunächst in der künstlerischen Ausschmückung der Dekadentempel in Paris, wie sie so oft geplant worden. Demnach wurde verfügt, daß im Tempel des höchsten Wesens (Notre-Dame) das Standbild der Freiheit von Donjon aufgestellt werden solle; im Tempel des Sieges (St. Sülpice) eine Copie der Brutusbüste in weißem Marmor; im Tempel der Wohlthätigkeit (St. Jacques-dü-Haut-Pas) die Marmorstatue des Vincent de Paula von Stouf; im Tempel des Genius (St. Rochus) das Standbild Peter Corneille's; im Tempel der Jugend (St. Gervais) dasjenige Lafontaine's von Jülien; endlich im Tempel der Arbeit (St. Medard) die steinernen Statuen der Mäßigkeit und der Kraft von Desjardin. Ferner wurde der Departementalverwaltung neuerdings eingeschärft, dafür Sorge zu tragen, daß das Innere der Dekadentempel gesäubert werde „von dem darin noch befindlichen elenden Krame, als da sind: schlechte Bilder, verstümmelte Statuen, halbzerstörte Altäre und da und dort zerstreute Beichtstühle"; denn dadurch leide der „Charakter der Einfachheit, der diesen Tempeln zukomme". Endlich stellte der Minister zu dem ersteren Zweck auch Büsten von Racine, Molière, Raynal, Montesquieu und Wilhelm Tell zur Verfügung.[1]) Zu gleicher Zeit erhielten alle Polizeicommissäre Anweisung, die genaue Beobachtung des republicanischen Kalenders auf das Strengste zu überwachen.[2])

Es war aber klar, daß, wenn wirklich der christliche Cultus wieder siegreich emporkam, weder die Dekadenfeier noch die Dekadenrechnung die geringste Aussicht hatten, sich neben ihm

1) 3, 397. — 2) 3, 410.

zu behaupten. Und in der That war schon jetzt in Paris der Katholicismus zum Krieg bis auf's Aeußerste gegen jene Eindringlinge entschlossen.

Das in seinen Vorständen gleichfalls erneuerte Central-Polizei-Bureau berichtete gegen Ende Juli 1799: „Die katholischen Priester seien bemüht, den Fanatismus zu unterhalten und zu stärken; man arbeite gewaltig an der Wiederherstellung der katholischen Religion; der Bischof predige in diesem Sinne, berufe sich auf das Beispiel der Makkabäer, die für die Religion gestorben seien, und fordere die Zuhörer auf, ihr Blut bis zum letzten Tropfen für die heilige Religion zu vergießen." [1])

Auch nahm die Dekadenfeier, statt an Festlichkeit zu gewinnen, zusehens an Würde ab; sie wurde ein Gegenstand der Mißachtung und des Spottes von Seiten des Publicums und selbst der Mithandelnden. Am 28. Juli, einem Dekadentag, fielen arge Scenen vor. Ein Bericht vom folgenden Tage meldet: „Gestern benahm sich das Publicum mit der äußersten Unanständigkeit im Tempel des Friedens, im 10. Arrondissement; zumal während der Feier der Trauungen. Es herrschte ein wirrer Lärm, der jede Vorlesung und die an das Volk gerichteten Reden vereitelte. Das Orchester trug besonders, durch die Wahl lachenerregender Melodien, zu der Unordnung bei. Ein Schwarzer verheirathete sich mit einer Weißen; man spielte dabei die Azemia-Melodie: „Elfenbein und Ebenholz giebt allerliebsten Schmuck." Sofort hallte der Tempel wie ein Komödien-Saal von den Rufen Bis (Dacapo) und Bravo wieder. Eine alte Frau vermählte sich mit einem jüngeren Mann; die Musik spielte die Prisonnier-Arie: „Alte Weiber, junge Männer, machen stets ein schlechtes Haus." Die lärmenden Beifallsbezeigungen verdoppelten sich, sowie die Verwirrung der neuen Eheleute. Dieser Mißbrauch, wenn

1) 3, 410 f.

ihm nicht gesteuert wird, dürfte die Trauungen seltener machen; wenigstens versicherten junge Mädchen, daß sie lieber zeitlebens unverheirathet bleiben wollten, als dergestalt dem Publicum zum Schauspiel zu dienen, mit der Gefahr, von ihm ausgezischt zu werden." [1])

Im August meldete das Centralbureau, daß es, um den „wieder neugekräftigten Priesterfanatismus" in Schranken zu halten, für „nothwendig" erachtet habe „die Tempel und Bethäuser mit der größten Aufmerksamkeit überwachen zu lassen". Zu dem Ende sollte gegen diejenigen Polizeicommissare, welche „die Ueberwachung der religiösen Anstalten vernachlässigen würden", eingeschritten und eine „Liste der Tempel und Bethäuser in jedem Arrondissement" aufgestellt werden, nebst „Namen und Wohnung der ihnen vorstehenden Cultusdiener." [2])

Die antikirchliche Gesetzgebung der Vergangenheit bot nach keiner Richtung mehr eine verläßliche Schranke. Dem Verbot des Zuschautragens von Cultusabzeichen wurde nicht mehr Folge geleistet. Die in den Häusern der Bürger ausgestellten Leichen sah man vielfach wieder mit Weihkesseln, Kreuzen und anderen Cultusgegenständen umgeben. Einzelne Schullehrer wagten es, an den republicanischen Festtagen Schule zu halten und sich auch der Eidesleistung zu entziehen. Es erfolgten sogar gewaltthätige Angriffe gegen den bürgerlichen Cultus; im Tempel des Hymen wurde am 8. August die Tafel der Menschenrechte heimlich abgenommen und entfernt. [3])

Auch in der Presse wagte die Stimme der kirchlichen Reaction laut zu werden. Der „Miroir" vom 31. August enthielt einen Artikel, welcher die christliche Religion auf das höchste pries und erklärte: „sie allein könne Glück und Heil verschaffen." Die „Quotidienne" oder „Parisienne" vom 2. September griff in einem sehr ausführlichen Artikel Voltaire

1) 3, 411 f. — 2) 3, 427. — 3) 3, 427.

wegen seiner „Wuth gegen die Priester“ an, warf ihm „Irreligiosität, Impietät und Atheismus“ vor und erklärte: „die Grundsätze der Revolution seien Versündigungen gegen die Grundsätze der Religion“; „das abergläubige Frankreich“ sei „mehr werth“ gewesen als „das räsonnirende Frankreich“.[1])

Aus den Provinzen lauteten die Berichte durchaus nicht günstiger. Im Departement der Haute-Saône, sagt ein Bericht vom 18. August, hat „der öffentliche Geist, fern davon sich zu verbessern, eine merkliche Verschlechterung erfahren. Die Umtriebe der unbeeidigten Priester, die trotz der thätigsten Wachsamkeit den Nachforschungen der Behörden entrinnen, üben einen gefährlichen Einfluß auf die Landbevölkerung aus.“ In der Verzweiflung wollte man dort zu den äußersten Maßnahmen, zur Absetzung aller „abergläubischen Beamten“, zu „Haussuchungen“ und „kräftigen Verfolgungen“ schreiten.[2])

Der Commissar des Directoriums im Canton Pierrefitte, Guyel, der sein Amt und seine Gesinnung bewahrt hatte, verklagte in seiner Verzweiflung eine ganze Reihe von Departements. „Im Namen des öffentlichen Wohles“, schrieb er am 23. August dem Minister des Innern, „im Namen derjenigen Beamten, die den Muth haben ihre schweren Pflichten würdig zu erfüllen, beschwöre ich Sie, zur Befolgung der republicanischen Gesetze die Departements der Seine und Oise, der Oise, und der Seine und Marne anzuhalten, in denen in keiner Weise von Dekadentagen die Rede ist, und wo die Sonntage und die Kirchenfeste mit eben dem Pompe gefeiert werden wie unter dem alten Regime. ... Eine entsetzliche Mißgunst lastet auf der kleinen Zahl muthiger und pflichtgetreuer Beamten. ... Die Sicherheit der Republik steht auf dem Spiel.“ Der Minister gab zwar diesen Angstrufen insofern Folge, als er die Departementalverwaltungen zur Nachachtung der republicanischen Gesetze mahnte; aber er verrieth

1) 3, 441; 444. — 2) 3, 428 f.

seine grundsätzliche Nachsichtigkeit und seine thatsächliche Ohnmacht durch die erheuchelten Worte: „Gern gebe ich mich dem Glauben hin, daß ein solcher Zustand der Dinge Ihnen unbekannt ist, und daß die Unterbehörden sowohl die Schuld der Duldung dieses Zustandes als Ihrer Unbekanntschaft mit demselben tragen.“ [1])

Am 29. August starb Papst Pius VI. als Gefangener auf der Citadelle zu Valence, kurz nachdem das Directorium seine Ueberführung nach Dijon beschlossen hatte. Die Kunde dieses Ereignisses brachte überall, und auch in Paris, einen so tiefen Eindruck hervor, daß die Empfindungen sich in kühnen Ergüssen Luft machten. Der Courrier de l'Europe eröffnete bereits am 3. September ein Geplänkel durch die Worte: „Der Körper des Papstes ist mit gelöschtem Kalk verbrannt worden — scheußliche Vorsicht! Beweis von Wuth und Ohnmacht!“ Dann aber brachte er am 9. einen sehr langen, ganz dem Andenken des Papstes gewidmeten Artikel, der einem wuchtigen Sturmangriff gleichkam und daher die Aufmerksamkeit der Polizei in hohem Grade auf sich zog. Nach dem Bericht des Centralbureaus war „die Ermuthigung, die neue Stärkung, die dieser Artikel dem Fanatismus zu geben schien, in ihrer Wirkung unberechenbar“; der Verfasser hatte sichtlich „nicht versäumt, den ganzen Schmelz des Stiles darin auszubreiten.“ U. A. sagte er: „Der Tod Pius des VI. drückt dem Ruhme der modernen Philosophie das Siegel auf; ihr Triumph wäre nicht ein vollständiger gewesen, hätte sie nicht an ihrem Siegeswagen einen Papst geschleift. Dieser zerstörende Genius ist es, der die Altäre im Blut der Priester umgewälzt, der auf ihren Leichnamen in den scheußlichen Septembertagen Spott getrieben, der sich den Degen in der Hand in die Wölbungen des Vaticans gestürzt und den souveränen Pontifex, nach Erwürgung der Leviten, in die Gefangenschaft geschleppt

1) 3, 429 f.

hat. Welch' ein Triumph nunmehr für diese Philosophie, das bürgerliche Leichentuch über das Grab eines Papstes ausgebreitet und seine Ueberreste in ungeweihte Erde versenkt zu haben! Aber wie haben die Philosophen denn nicht gefühlt, daß selbst seine Leiden nur dazu dienten, ihn desto ehrwürdiger zu machen? Daß er, ähnlich jenen heut ihres Schmuckes beraubten Altären, nur desto erhabener dastand? Ach, es ist nicht zum ersten Male, daß die Revolution den dunkelsten Kerkern Glanz verleiht!" Im Weiteren deutete der Artikel an, daß man „die Absicht gehabt, die Tage des Papstes durch häufige Ortsveränderung zu verlängern", und daß man „in Betreff seiner Person eine völlig willkürliche Grausamkeit geübt" habe. „Aber", fuhr er fort, „welcher Theil der Welt, von dem alten Sichem bis nach Guyana, hätte nicht wiedergehallt von dem Schrei der gröblich beleidigten Gerechtigkeit? O ihr, die ihr dort die herben Leiden eines traurigen Exils erduldet, ihr werdet vernehmen, daß euer Haupt in der Gefangenschaft starb, und ihr werdet seinem Gedächtniß in Sicherheit Thränen widmen können, da nur Felsen und Wüsten eure Zeugen sind, während hier die Erinnerungen des zweiten September sein bescheidenes Grab mit ewiger Trauer bedecken werden." Das Centralbureau sprach die Ueberzeugung aus, daß „eine so schreiende Beschimpfung der Philosophie und der Revolution nicht habe verfehlen können, in der öffentlichen Meinung Verheerung anzurichten"; es sei nicht möglich „mit mehr Abgefeimtheit politische Ideen mit solchen zu verweben, die vom Fanatismus behaftet sind, in der Absicht, die Anhänger des katholischen Cultus zu überreden, daß der Tod des Papstes ein weiteres Verbrechen der Revolution selbst sei." [1])

In der Kirche Notre-Dame wagte der Bischof Royer in einem ähnlichen Geiste zu predigen. Er forderte die „Gläubigen auf, muthig jeder Neuerung zu widerstehen,

1) 3, 446 f.

indem er denen, die das Opfer ihrer Hingebung würden, die Märtyrerpalme verhieß." [1])

Gegenüber dieser immer erfolgreicheren und zuversichtlicheren Agitation des Katholicismus, und während die höchsten Machthaber sich geflissentlich neutral verhielten, nahmen die Maßregeln der Zwischenbehörden, um die Neuerungen d. h. vor allem den bürgerlichen Cultus zu stützen, mehr und mehr das Gepräge einer rathlosen Verlegenheit an. Um den Dekadenfesten den möglichsten Pomp zu verleihen, wurden die Theaterdirectoren von den Municipalbehörden gedrängt, einen Theil ihrer Musik für deren Feier zur Verfügung zu stellen; aber diese Aufforderungen fanden kein Gehör. Vergebens nahm man die Vermittlung des Centralbureau's in Anspruch. Dieses gab die Erklärung ab, daß es hierfür kein Zwangsmittel gebe; daß die Musiker, welche Mitglieder eines Theaterorchesters seien, nur in Bezug auf die Dienstleistungen für das Theater von den Directoren abhängig seien; daß nur für das Nationalfest der Volkssouveränetät an die Orchester ein einfaches briefliches Ersuchen um Betheiligung und Vertheilung ergehe, und daß man daher alles nur von der Wiederbelebung des öffentlichen Geistes erwarten dürfe, die nicht ermangeln würde, den republicanischen Einrichtungen den gebührenden Glanz zu verschaffen. [2])

Aus den Provinzen lauteten die offiziellen Nachrichten im September und October immer ernüchternder. Die Departementalverwaltung der Seine und Oise berichtete: trotz aller Gesetze und Verbote werde „an den Dekadentagen öffentlich gearbeitet und an den ehemaligen Feiertagen ausgeruht; Schwäche, Sorglosigkeit oder Uebelwollen der Beamten selbst sei häufig der Grund dieser Ungesetzlichkeiten". Der Commissar beim Departement der Haute-Saône meldete: die „Kühnheit der Anhänger des Thrones und des Altares sei im Wachsen";

1) 3, 453. — 2) 3, 453 f.

sie verkündeten laut die „bevorstehende Auflösung der republicanischen Regierung, die Erscheinung der Russen in Frankreich und die Niedermetzelung aller Patrioten"; durch die „Gerichte" werde diese „Kühnheit noch erhöht"; denn auch sie gäben Beweise von „Anhänglichkeit an die Sache des Königthums und des Aberglaubens"; die „Verbergung unbeeidigter Priester" führe nicht mehr zur Bestrafung, sondern zur „Freisprechung"; diese „widerspänstigen Priester übten in manchen Gemeinden einen gefährlichen Einfluß aus"; den Gesetzen zum Trotz würden in einigen Cantonen die „äußeren Zeichen des katholischen Cultus wieder aufgerichtet" und mancher Orten lasse sich der „Ton der Glocken hören"; der republicanische Kalender werde „nicht allgemein befolgt"; die „Vorurtheile und Gewohnheiten der Landbewohner, bestärkt durch die Einflüsterungen der Priester, seien Hindernisse für die Durchführung desselben." [1])

Mit der Wiederherstellung des Königthums und der Ankunft der Russen hatte es freilich noch gute Weile. Dagegen aber trat nunmehr, mit dem Staatsstreich des 18. Brümaire oder 9. November 1799, die Erhebung Bonaparte's, die Aera des Consulates ein.

Napoleon war als Consul nicht in der Lage, mit dem Wesen der Republik auch schon deren Form zu vernichten. Blieb aber zur Zeit noch die Form der Republik bestehen, so mußte selbstverständlich auch die republicanische Aera und mithin der republicanische Kalender erhalten werden. Und behielt man dergestalt nothgedrungen die Dekadeneintheilung bei, so war man auch genöthigt, die Dekadenfeier und die Dekadenfeste vor der Hand beizubehalten, selbst wenn man es für politisch rathsam erachtete, dem wiederaufstrebenden katholischen Cultus immer freiere Bahn zu lassen, um künftige Umschwünge vorzubereiten.

So kam es einerseits, daß der republicanische Cult zunächst

1) 3, 455 — 459.

noch gefristet, zugleich aber in einen Bonapartecult umgebildet ward. Bonaparte sollte als der Heros, als der Halbgott erscheinen, der ebensosehr bestimmt sei — um mit dem damaligen Präsidenten des Seinedepartements zu reden — „die republicanisch gesinnten Franzosen" vor dem „Rückfall unter das schimpfliche Priester- und Adelsjoch", wie vor dem Rückfall „unter das Joch einer schrecklichen und blutigen Demagogie" zu behüten.[1] Und so wurden denn nun auch, wie die herumziehenden Leierkastenmänner mit ihren Bonapartelliedern, so die örtlichen Dekadenfeste mit ihren Anreden an das Publicum benutzt, diesem Heroencult Eingang zu verschaffen. Die Beamtenschmeichelei fand hier ein breites Feld, auf dem sie sich Dank und Lohn erwerben konnte. Schon am 20. November, eine Dekade nach dem Staatsstreich, schrieb der Regierungscommissar des Cantons Quers, Gravier, voll wahren oder erheuchelten Eifers an die Regierung: „Ich wollte, daß der Dekadentag häufiger einträte; dann würde ich doch mehr Gelegenheit haben, die Einen zu ermahnen und die Anderen mehr und mehr in dem blinden Vertrauen zu bestärken, das wir alle Bonaparte schulden." [2]

Andererseits war aber, trotz des Bonapartecultes, der zunehmende Verfall der Dekadenfeier und der zunehmende Glaube an die Wiederherstellung der alten Ordnung nicht zu verhindern. Der Regierungscommissar des Cantons Pierrefitte, Guyel, klagte im December dem Minister: „Ich kann Ihnen nicht mehr verschweigen, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge in meinem Canton einer gänzlichen Desorganisation zustrebt. Das Volk, dem die Böswilligkeit aufgeredet hat, daß Bonaparte alle Abgaben aufgehoben habe, verweigert die Zahlung seiner Steuern. Die Priester, die sich in Menge in den Gemeinden einstellen um ihren Cultus auszuüben, predigen, daß es keine Dekaden mehr geben werde; die Dekadenfeste sind

1) 3, 465 f. — 2) 3, 467.

verlassen u. s. w. u. s. w. ..... Mit der Aufrichtigkeit eines Republicaners füge ich hinzu, daß das Uebel in meinem Canton noch nicht einmal so groß ist, wie in den ihn umgebenden, wo es in Blüthe steht, und daß es mit Riesenschritten sich verbreitet." [1] Um dieselbe Zeit meldete der Centralcommissar des Sarthedepartements, Jouenneault, daß „an der Spitze der Chouans unbeeidigte Priester ständen, die durch ihren Einfluß, durch die Ausübung des Cultus und ihre Predigten den Geist des Volkes verdürben." [2]

Im Januar 1800 faßte Garnier, der neue Regierungscommissar beim Seinedepartement, die Zustände desselben dahin zusammen: „Wir haben wahrgenommen, daß diejenigen, denen die Republik zuwider oder gleichgültig ist, sich überreden, die alte Ordnung der Dinge werde demnächst wiederhergestellt werden. Die Einen verkünden die baldige Wiederkehr der Herrschaft eines unduldsamen Cultus, die innere Oeffentlichkeit ihrer religiösen Ceremonien, die Wiederherstellung ihrer Processionen, ihrer Glocken. Die Anderen kehren zu ihren alten, den republicanischen Einrichtungen entgegengesetzten Gewohnheiten zurück. Der republicanische Kalender wird von den Beamten in allen öffentlichen Akten genau befolgt und hält sich in Paris aufrecht, weil man begreift, daß seine Zeiteintheilung eine bequemere ist wie die alte Rechenweise; aber auf dem Lande ist er im Begriff zu verschwinden, und die dem katholischen Cultus gewidmeten Tage rufen die alten durch das Heidenthum geheiligten Benennungen zurück. Der geringe Glanz der Dekadenfeste, die dabei gehaltenen und nur von Wenigen verstandenen Reden, die frostige Vorlesung des Bülletins und die Strenge der Jahreszeit haben dazu beigetragen, diese Feste wenig anziehend für das Volk zu machen, das dabei nur eine unthätige Rolle spielt. Diese schöne und nützliche Institution erscheint als vernichtet. Ohne die

1) 3, 474 f. — 2) 3, 378.

Trauungen und ohne die Familien, die sie herbeiziehen, würden die Tempel nahezu völlig vereinsamt sein. Die Behörden sind aufgefordert worden, diese Feste stets gewissenhaft zu feiern, und sie haben sich auch vornehmlich in Paris dieser Aufforderung gefügt." [1])

Ganz ähnlich lautete Garnier's Februarbericht. Nur hob er hier noch besonders hervor, daß in Paris die „Nöthigung des täglichen Verkehrs mit den verschiedenen Behörden die Bürger zur Beobachtung des republicanischen Kalenders zwinge"; und daß „in mehreren Cantonen die Bewohner sich eingeredet hätten: es sei ihnen die Ruhe an den Sonntagen und an den übrigen Festtagen des katholischen Cultus durch Consulatsbeschluß bewilligt worden; es würde aber ein zu großer Zeitverlust sein, wenn man auch noch an den Dekadentagen sich ausruhen wollte; und es sei ihnen daher gestattet, an den letzteren Tagen zu arbeiten". Die Dekadenfeste seien nach wie vor „wenig besucht", weil die Feier „keinerlei Vergnügen oder Genuß" gewähre. [Garnier wünscht, daß alle Behörden das erwähnte Verfahren einiger Landcantone befolgen möchten, welche für die Dekadenversammlungen den „Wetteifer der Jugend" verwerthet hätten, indem „die Schüler öffentlich historische und moralische Stücke hersagen und die ihnen ertheilten Lobspenden die Eltern herbeilocken, die in dem kleinen Ruhmerwerb ihrer Kinder eine Befriedigung finden". Er hält es für möglich, daß bei einer Verallgemeinerung dieses Verfahrens die „Sucht der Familien, ihre Kinder öffentlichen Beifall ernten zu sehen", wenigstens diese Familien für die Dekadenfeste gewinne. „Die Culte", sagt er, „verhalten sich friedlich. Die Theophilanthropen setzen in einigen Tempeln ihre Uebungen fort; sie haben geräuschlos Feste der Wohlthätigkeit und der Duldsamkeit gefeiert und während der Feierlichkeiten Sammlungen für die Armen veranstaltet. Die Diener

1) 3, 479; 482.

des katholischen Cultus verhalten sich still und bequemen sich den Gesetzen an, aber sie erhofften mehr als sie erlangen, die Kirchen sind nicht sehr gefüllt; sie hatten auf einen reichen Ertrag aus ihrem Cultusdienste gerechnet, aber er reicht nicht aus sie zu ernähren, so daß einige ihn verlassen. In mehreren dem Cultus zurückgegebenen Kirchen haben sich Streitigkeiten zwischen verschiedenen Cultusdienern über den Vorrang des Bekenntnisses erhoben; sie haben die Behörden zu Schiedsrichtern derselben machen wollen, in dem sichtlichen Verlangen, sich als Diener eines bestimmten Cultus in einer bestimmten Kirche durch die Behörden einsetzen zu lassen. Diese sind so verständig gewesen, sich nicht darein mischen zu wollen, und seit dieser Erklärung hören sie weit weniger von Cultus und Cultusdienern reden. In den Landcantonen verursachen die Priester keine merkliche Aufregung. Der Gottesdienst geht innerhalb der Tempel vor sich, bei geschlossenen Thüren, ohne Glockengeläute und ohne unzeitigen Eifer der Prediger. In einigen Gemeinden jedoch sehen sich die Priester als die Häupter an; sie trachten den Einfluß der Behörden zu verringern, statt einen vollkommenen Geist der Duldung, der Sanftmuth und der Erkenntlichkeit gegen die Regierung, die sie beschützt, an den Tag zu legen. Es scheint fast als wollten sie die geistliche Gewalt wieder ergreifen, um über das weltliche Gebiet zu herrschen."

Garnier war eine ähnliche Natur wie Düpin. Wie er sich damit tröstete, daß kleinliche Elterneitelkeit das Mittel werden könnte, die „vereinsamten", ja die „vernichteten" Dekadenfeste doch noch emporzubringen: so tröstete er sich auch, der geistlichen und weltlichen Kampflust der katholischen Priester gegenüber, mit dem Satze: sie seien „überwacht" und daher „wenig gefährlich". Dennoch aber hielt er es für „nothwendig", daß „die Regierung sich erkläre", eine feste Stellung zu allen diesen Dingen einnehme. Die „schöne Institution" des republicanischen Kalenders, sagt er, „wird nur in dem

Maße dahinschwinden, als die Regierung den Willen hätte ihn zu beseitigen"; aber, setzt er sofort hinzu, „sie hat diesen Willen nicht." [1])

Indeß sie hatte ihn doch! Die öffentliche Meinung drängte sie mehr und mehr zu diesem Willen, zu der vollen Wiederherstellung des katholischen Cultus und des Gregorianischen Kalenders hin.

Schon bisher hatte es, wie oben angedeutet, die neue Regierung dem Katholicismus gegenüber aus Berechnung nicht an Förderniſſen fehlen lassen. Nachdem bereits am 24. December 1799 alle bisherigen Nationalfeste, mit Ausnahme der Feste des 14. Juli und des 10. August, durch ein förmliches Gesetz aufgehoben worden, waren vier Tage später sehr wichtige Verordnungen im unmittelbaren Interesse des Katholicismus ergangen. Durch dieselben wurde einerseits den Verfolgungen gegen den Gottesdienst in Privathäusern und gegen die ihn leitenden Priester ein Ende gemacht; andererseits den Gemeinden die freie Verfügung über die früheren Cultusgebäude, d. h. die Kirchen, zurückgegeben. Eine weitere Verordnung vom 22. Januar 1800 schärfte die Aufrechterhaltung der Cultusfreiheit ein und hob alle amtlichen Verfügungen auf, kraft deren da und dort die Oeffnung der Cultusgebäude nur an den Dekadentagen gestattet worden war. Damit erschien bereits der Sieg des katholischen Cultus über den bürgerlichen so gut wie entschieden. Dem Klerus schwoll daher der Kamm. Voll Eifers begann er in den nächsten Monaten, dem bürgerlichen Cultus den Mitgebrauch der Kirchen streitig zu machen. Diesen heftigen Anfechtungen gegenüber war nun freilich die Regierung genöthigt, sich der Dekadenfeier anzunehmen. Durch Verordnung vom 1. Juli 1800 wurde derselben noch einmal das Leben gefristet, kraft der ausdrücklichen Bestimmung, daß die Kirchen auch zur Feier der Dekadenfeste benutzt werden

1) 3, 487 f.

dürften. Allein diese Fristung war eine kümmerliche und verhältnißmäßig kurze.

Die Stimmung gegen die katholischen Priester blieb übrigens in allen officiellen Kreisen eine äußerst ungünstige. Denn jene trachteten augenfällig zugleich nach der Wiederherstellung des legitimen Königthums, wollten von dem Consulat und Bonaparte so wenig wissen wie von dem Directorium. Zwar war auf Grund einer Verordnung vom 28. December 1799 und eines Gesetzes vom 11. Januar 1800 nicht nur allen öffentlichen Beamten und allen Lehrern, sondern auch allen Priestern ein Treueid abverlangt worden; aber sehr viele der letzteren hatten denselben verweigert, und auch diejenigen, die ihn geleistet, zeigten sich spröde und aufsätzig. Noch im zweiten Jahre des Consulates, 1801, bezeichneten einmüthig die Berichte der Mitglieder des Staatsraths als die „gefährlichsten" Aufreizer im Lande die „unbeeidigten" oder „ununterworfenen" Priester, die nie einen staatsbürgerlichen Eid geleistet, weder den früheren constitutionellen noch den neueren Treueid, und die deshalb von ihren Anhängern „jungfräuliche" Priester (prêtres-vierges) genannt wurden. Aber auch diejenigen „unterworfenen" galten als gefährlich, die zwar der Consularregierung ihre Unterwerfung erklärt, aber nie zuvor zu einem Eide sich verstanden hatten. Ebenso verdächtig erschienen solche, die zwar den einen oder andern Eid abgelegt hatten, jedoch nur widerwillig und nur, wie sie sagten, um nicht „ihre Herde des Trostes zu berauben". Für äußerst gefährlich galten endlich die „wiederabspänstigen" (réfractaires), die den geleisteten Eid widerrufen hatten.[1])

Mit Argusaugen wurden daher, wie in den anderen Theilen des Landes, so vornehmlich auch im Departement der Seine die wühlenden Priester überwacht.[2]) Aber die

1) Rocquain 149 ff.; 211; 213 f.; 248; 251 f.; 259; 275; 282; 342 f.; 348 ff. — 2) Ebend. 253—56; 272—84. Vgl. LXVII – LXXI.

Hoffnung auf eine dauernde Niederhaltung der andrängenden alten Hierarchie wurde immer schwächer. Mit einer Art von Wehmuth beklagte deshalb der damalige Seinepräfect, daß die Revolution statt der gewaltsamen Umstürze nicht eine besonnene und versöhnliche „Reform des Christenthums" herbeigeführt habe. Und ebenso äußerte gleichzeitig der Staatsrath Fourcroy in seinem Berichte über die Lage der Dinge mit Schmerz und Unwillen: „Die constituirende Nationalversammlung hat sich eine große Gelegenheit entgehen lassen, der Menschheit zu dienen; sie hätte in Frankreich den Protestantismus zur Herrschaft bringen können, der bei weitem duldsamer und leichter von der Regierung loszulösen ist, als der Katholicismus. Man darf nun auf lange Zeit hinaus nicht mehr hoffen, eine ähnliche Gelegenheit wiederzufinden".[1])

Der Gang der Reaction war nicht mehr aufzuhalten. Bonaparte glaubte, um die Bahnen seines politischen Aufstrebens zu ebenen, die geistlichen Mächte sich möglichst verpflichten und verbünden zu müssen. Und so wurde denn im April 1802 das Concordat mit dem Papste zum Abschluß gebracht und dergestalt die Herrschaft des Katholicismus mit ihrem ganzen Rüstzeug wieder hergestellt. Die unmittelbare Folge war, daß der Sonntag wieder zum Ruhetage der Beamten erhoben und ausdrücklich angeordnet ward: außer den Sonntagen dürfe kein Fest ohne Erlaubniß der Regierung veranstaltet werden. So ging die letzte Spur der Dekadenfeier und damit der „bürgerlichen Religion" zu Grunde, während zugleich die Sekte der Theophilanthropen von allen öffentlichen Gebäuden ausgeschlossen und dergestalt ebenfalls dem völligen Untergange überliefert ward.[2]) Nur die Rechnungsweise des republicanischen Kalenders blieb äußerlich noch vor der Hand bestehen. Aber mit dem Aufschwunge Napoleon's

1) Ebend. 281; 154. — 2) Beaulieu 6, 253.

auf den Kaiserthron wurde auch ihr ein Ende gemacht; am 9. September 1805 erfolgte die Wiederherstellung des gregorianischen Kalenders. Nachdem man auf diese Weise die religiöse Revolution vollständig eingesargt und zu Grabe getragen hatte, wurde am 19. Februar 1806 das Fest zur Feier der Wiederherstellung des katholischen Cultus für das gesammte Frankreich angeordnet. Die religiöse Reaction war in allem Wesentlichen vollbracht.

In allem Wesentlichen! Denn die Civilehe, die Civilstandsregister, das Verbot der Processionen außerhalb der Kirchenräume und vieles Andere blieb bestehen; seine alte bürgerliche und politische Stellung gewann der Klerus nicht wieder. Eine absolute Rückkehr zu den alten Zuständen fand selbst unter der Restauration nicht statt. Die Charte Ludwig's XVIII. hielt sogar die Freiheit der Culte aufrecht, obwohl sie die katholische Kirche durch staatliche Salarirung ihrer Geistlichkeit bevorzugte. Daher wußte denn auch die geheime Polizei unterm 7. Juni 1814 zu melden: Der katholische Klerus beklage sich über die „feierliche Anerkennung des allen Culten bewilligten Schutzes". Die Protestanten dagegen fragten verdrossen: „warum denn nicht ihre Geistlichen ebensogut bezahlt würden wie die katholischen Priester?" [1])

Die schärfsten religiösen Gegensätze berührten sich damals. Die alte kirchenfeindliche Opposition ergoß ihren Spott über den neuen Minister des Innern, den Abbé Montesquiou. Man schalt ihn laut einen „Pfaffennarren, der Millionen an Priester hingebe, der sich damit belustige, Maskeraden mit Processionen zu veranstalten". Man sprach sich „allerwärts" anzüglich über den König, die Religion und deren Diener aus. Man prophezeite, daß der ganze Restaurationsspuk „nicht lange dauern werde". Der Abbé Bellon schrieb daher dem Minister: „Die Frechheit und die Unfrömmigkeit stehen in der Blüthe."

1) Tableaux 3, 508.

Er hielt es sogar für bedenklich „als Priester zum zweiten Male bei demselben Restaurant einzukehren, aus Furcht sich Händel zuzuziehen". [1])

Andererseits offenbarte sich von Seiten des strengen Katholicismus, der nach Vollgewalt der Herrschaft zurückstrebte, eine unglaubliche Unduldsamkeit. Ein katholischer Protest vom 29. Juni 1814, an den Minister des Innern gerichtet, sprach „die schmerzlichste Ueberraschung und die tiefste Entrüstung" darüber aus, daß man nicht nur die Katholiken, sondern auch „die Juden und die Protestanten" aufgefordert habe „Dankgebete für die Rückkehr Ludwig's XVIII. anzustellen". „Mein Blut", sagte der Schreiber, „gerann in meinen Adern, als ich dergestalt die Lüge mit der Wahrheit auf eine Linie stellen sah. Man konnte kein sichereres Mittel wählen, um alle Katholiken gegen den König einzunehmen. Das Murren der Unzufriedenheit bricht auf allen Seiten hervor; man klagt ihn an, er nehme das gottlose System des Tyrannen an. Was am meisten überrascht, das ist die Wahrnehmung, daß jene Aufforderung aus den Büreaux eines Mannes hervorging, der selbst mit dem geheiligten Charakter des Priesterthums bekleidet, selbst ein alter Werkführer des Klerus ist, kurz eines Mannes, der wissen muß, daß in religiösen Dingen die Hinwendung zu der Gesammtheit der verschiedenen Sekten ein Beweis von Irreligiosität ist, daß sie zu Gebeten auffordern, gleichviel für welche Angelegenheit, so viel heißt als an dem Fluche theilnehmen, den der heilige Geist in den Sprüchen (Salomonis) Kap. 28 Vers 9 ausgesprochen hat. Was sind die Gebete der Juden und Protestanten anders als Beschimpfungen Gottes?" [2])

Zwischen solchen Extremen machten sich aber auch minder befangene Standpunkte geltend, die, in der Rückerinnerung an den wahnsinnigen Umsturz aller Religion, sich mit ihren besten

1) 3, 512 f. — 2) 3, 511 f.

Hoffnungen der Religion wieder zuwandten. Diesen Hoffnungen gab der Rector des Lyceums zu Rennes in einem Bericht vom 28. Juni 1814 Ausdruck, indem er sagte: „Die Religion ist es vornehmlich, dieser so mächtige Zügel, von der wir die stärkste Hülfe zu gewärtigen haben. Sie ist die Hüterin der Sitten. Unser Ansehn und unsere Fürsorge steht hinter dem Einfluß zurück, den auf Geist und Herz unserer Kinder ihr Seelsorger üben soll. Was darf man nicht von seinem Eifer, seiner Liebe, seinem Wohlwollen erwarten? Er allein vermag das verirrte Schaf zurückzuführen.“ [1])

So kehrte denn allerdings der geschichtliche Kreislauf der Dinge, wie stets, *nicht in* seinen Anfang zurück, wohl aber zu einer *mehr als gewöhnlichen Nähe* des Anfangs. Die nihilistische Ueberstürzung der Revolutionszeit hatte die gründliche Reformation verhindert, hatte im religiösen wie im politischen Leben in der That das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Die katholische Kirche aber, wie schon aus dem Obigen zu ersehen, hatte ihrerseits trotz aller Mißgeschicke nichts gelernt und nichts vergessen. Ja, je tiefer ihr Fall gewesen, desto muthiger nicht nur — das wäre ihr nicht zu verargen — sondern desto übermüthiger streckte sie ihr Haupt empor, verlangend, alles und alles sich dienstbar zu machen. Pius VII., kaum auf den päpstlichen Stuhl in Rom 1814 zurückgekehrt, ließ es seine erste Sorge sein, das päpstliche Verbot des Jesuitenordens vom Jahre 1773 wieder aufzuheben, um *mit* diesem Orden und *durch* ihn die ganze Welt zu erobern. Denn weit davon entfernt, wie alle Besonnenen gehofft, fortan nur die Gleichberechtigung der katholischen Kirche mit anderen Culten behaupten und die „Beschimpfer Gottes“, d. i. die Nichtkatholiken, nur christlich widerlegen und bekehren zu wollen, gingen vielmehr das wiederhergestellte Papstthum und der

1) 3, 511.

wiederhergestellte Jesuitenorden darauf aus, mit allen Mitteln ihre Herrschaft sowohl in weltlichen wie in geistlichen Dingen über alle Völker der Erde auszubreiten. Ihre gemeinsame letzte Losung war und blieb seitdem: allseitige und blinde Unterwerfung der gesammten Menschheit unter das Joch einer hohenpriesterlichen „Unfehlbarkeit", d. h. eines Größenwahnes, dessen unausbleibliche Consequenzen sicher selbst die katholische Welt auf die Dauer nicht wird ertragen können. Denn jegliche praktische Anwendung des Unfehlbarkeitsdogmas wird unvermeidlicherweise einen Theil seiner wirklichen oder scheinbaren theoretischen Anhänger stutzig machen oder abstoßen, und mithin den Kreis derselben in fortschreitendem Maße lichten und verengern.

V.

Unterrichts- und Schulzustände.

I. Vor der Revolution.

Durch das Studium zahlreicher Dorfakten des Seinedepartements in den fünfziger Jahren, worüber ich anderwärts nähere Rechenschaft zu geben gedenke, bin ich zu dem merkwürdigen Ergebniß gelangt, daß die Volksbildung und das Schulwesen in Frankreich, die noch während des 17. Jahrhunderts im Zunehmen begriffen waren, im Verlauf des 18., d. h. grade im Zeitalter der Aufklärung, auf rasche und erschreckende Weise abnahmen. Dieselben Dörfer um Paris, deren Bewohner am Ende des 17. Jahrhunderts, nach Ausweis der Unterschriften, sämmtlich oder nahezu sämmtlich zu schreiben verstanden, weisen unmittelbar vor der Revolution kaum ein oder ein paar Schreibverständige auf, während bei der weit überwiegenden Mehrzahl die Namensunterschriften durch Kreuze ersetzt werden.

Zu den Erklärungsgründen dieser Erscheinung zähle ich vor allem die Thatsache, daß das politische Leben des Volkes, das unter den Valois im 16. Jahrhundert in hohem Grade blühte, unter den Bourbons im 17. allmählich unterdrückt ward. Zu jener Zeit wimmelte es förmlich von Dorfversammlungen 1) zur Leitung der eigenen Gemeinde- und Kirchenangelegenheiten; 2) zur Ermittlung, Feststellung und Entwicklung der Gewohnheitsrechte und 3) zur Vornahme von Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts; theils behufs der Beschickung größerer Territorialversammlungen, denen die Formulirung und Fixirung der Rechtsgewohnheiten in zweiter oder dritter Instanz oblag; theils behufs der

Beschickung der Provinzial- und der Reichsstände, in denen die Bauern nicht nur Sitz und Stimme, sondern zuweilen auch nachweisbar als Comité-Mitglieder einen maßgebenden Einfluß hatten. Ueberall herrschte dabei eine so überaus große Schreibseligkeit und Protokollirungssucht, daß wir eben deshalb so ausführlich von den Enquête-Versammlungen für das Gewohnheitsrecht und von den Verhandlungen der Provinzial- und der Reichsversammlungen unterrichtet sind. Diese Schreibseligkeit und diese ausgedehnte politische Thätigkeit des dritten Standes, oder der Bürger und Bauern, bedingte die Nothwendigkeit jener thatsächlichen Volks- und Schulbildung, wie wir sie im 16. Jahrhundert und, nachwirkend, noch im 17. wahrnehmen.

Mit diesem aber, mit den Bourbonen, und nicht nur erst unter Ludwig XIV., sondern schon unter Heinrich IV., der der wahre Vater des französischen Absolutismus ist, traten die Centralisationsbestrebungen in's Leben, die der kundigen Geschichtsforschung in Deutschland längst vollkommen bekannt waren, ehe Tocqueville von sich selbst und seinen Landsleuten, sowie von oberflächlich gebildeten deutschen Nachbetern, fälschlich als „Entdecker" derselben gepriesen wurde.[1]) Diese Centralisationsbestrebungen führten in Stadt und Land den Untergang aller wesentlichen Gemeinderechte herbei. Die Versammlungen zur Feststellung der Gewohnheitsrechte hörten wie mit einem Schlage unter Heinrich IV. auf; die Reichsstände wurden von ihm niemals, und nach ihm nur noch einmal unter Ludwig XIII. berufen; die Provinzialstände wurden zumal

1) Tocqueville rühmte sich im Vorwort zu seinem Ancien régime: er habe auch die staubigen Akten der Coutumes, aber vergeblich, durchforscht. Da ich meinerseits eben damals die langwierige Durchforschung des großen Coutumier général beendete: so konnte ich mich sofort bei der Lectüre des Buches überzeugen, daß der Verfasser, trotz jener Behauptung, nicht die leiseste Ahnung besaß von dem ergebnißreichen Inhalt der Coutumes und der dazu gehörigen Protokolle.

von Ludwig XIV. durch Intriguen und Gewaltthaten verkümmert oder zertreten. Der Absolutismus und die Bureaukratie bevormundete überall das Volk; die früher so starken Elemente der Selbstregierung verschwanden in den Städten und in den Landgemeinden, und mit ihrem Verschwinden verschwand naturgemäß auch das Erforderniß, lesen und schreiben zu können, wie es zuvor durch das öffentliche Leben und durch die Nöthigung zur Selbstverwaltung bedingt worden war. Die Schulen wurden vernachlässigt, blieben unbesucht und gingen ein. In ihnen hatten aber natürlich noch die Generationen der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts lesen und schreiben gelernt, und sie sind es, welche bis zum Schluß desselben die günstige Beschaffenheit der Dorfakten bedingten; mit den Generationen der zweiten Hälfte nahmen dagegen jene Kenntnisse reißend ab, und sie sind es, welche die Unwissenheit auf die Folgezeit fortpflanzten.

Und so geschah es denn, daß im Verlaufe des 18. Jahrhunderts, trotz der Aufklärungsliteratur, die den höheren und höchsten Schichten der Gesellschaft eine raffinirte Bildungstünche verlieh, selbst die einfachsten Elemente der Bildung in den unteren Schichten erloschen. Zwar wurden auch diese unteren Schichten auf dem Wege gesellschaftlicher Ansteckung von den Lehren der Aufklärung berührt und aufgewühlt. Aber um so bemerkenswerther bleibt die Thatsache, daß dieselben Kreise der Handwerker, Arbeiter und Bauern, die nun so herzhaft anfingen, über die höchsten Probleme des Erdenlebens zu streiten und abzusprechen, nicht einmal die elementare Kunst des Lesens und Schreibens verstanden. Daher sagte denn auch Mercier klagend: nicht Einer unter Hundert in Frankreich könne lesen, und nicht Einer unter Tausend wisse wahr und falsch zu unterscheiden.[1])

1) Mercier 5, 51. Vgl. Bruchstücke S. 216 ff. Feuille Villageoise (Paris 1792) 4, 11 f.

2. Zerstörungslust ohne Schöpferkraft.

Die Revolution ihrerseits war nur allzu lange weit davon entfernt, den Unterricht und damit die allgemeine Bildung thatsächlich zu fördern oder fördern zu wollen.[1] Zwar fehlte es von Anfang an nicht an schönen Phrasen. Man schwärmte in der Theorie für eine allgemeine „Nationalerziehung"; in Wirklichkeit aber that man nichts weiter, als daß man alles, was an Unterrichtsanstalten noch vorhanden war, in Unordnung brachte, untergrub und zerstörte.

In der constituirenden Nationalversammlung und in der Departementalverwaltung von Paris war schon seit Ende April 1791 der Grundsatz herrschend: Vor allem „müsse man den treulosen Einflüsterungen und den gewissenlosen Berechnungen der Lehrer ein Ende machen, durch welche die Schuljugend über die neue Verfassung getäuscht werde"; alle Lehrer, die den Eid nicht geleistet (gemäß dem Decret vom 15. April), oder „die sich schämten eine reine Hingebung an das Gesetz kundzugeben", oder „deren Gegenwart gefährlich" erscheine, müßten beseitigt und durch „aufgeklärte treue Bürger ersetzt" werden. Die Entfernung zahlreicher verdienter und befähigter Lehrer war die Folge.[2]

So wurde denn das Gebiet des Unterrichts von vornherein zum Tummelplatz der politischen Leidenschaften gemacht.

---

1) Wegweiser für die Gesetzgebung ist Rondonneau 2, 152 ff. Die Texte bei Galisset und im Recueil des lois et règlemens concernant l'instruction publique, T. I. [Paris 1814, 2. section (lückenhaft). Die Werke von Kilian, Tableau hist. de l'instruct. secondaire en France (Paris 1841) p. 63 ff.; von Dubarle, Hist. de l'Université de Paris (Paris 1844) T. II. p. 282 ff., und von Théry, Hist. de l'éducation en France (Paris 1858) T. II. p. 187 ff. sind knapp an Thatsachen und gewähren bei weitem nicht den umfassenden Einblick in die wirklichen Zustände, wie die nachfolgenden Blätter. — 2) Tableaux 1, 21; 62.

Man ging von der Ueberzeugung aus, die keineswegs unbedingt richtig ist, daß die Erziehung der Jugend die Richtung der Geister für das ganze Leben bestimme, und jede neue Regierung war daher eifrig bedacht, das Unterrichtswesen zu beherrschen, es mit den augenblicklich siegreichen Grundsätzen zu erfüllen und zu einem blinden Werkzeuge der Parteigewalt zu gestalten.

Die Verfassung vom 3. September 1791 verkündete nun zwar die Organisation eines öffentlichen Unterrichts, der „allen Bürgern gemeinsam und in Betreff der für Jedermann unentbehrlichen Lehrgegenstände unentgeltlich" sein sollte. Auch wurde diese Bestimmung wie eine Heilsverkündung aus allen Tonarten gepriesen. Allein es geschah in Jahr und Tag nicht das geringste zu ihrer Verwirklichung, zumal da über die Mittel und Wege nicht Zwei mit sich einig, und nicht Einer sich klar war. Und während dergestalt jede Neuschöpfung ausblieb, rüttelte man mit wachsendem Fanatismus an den bestehenden alten oder „veralteten" Institutionen und jubelte ob der „sehr nahen Zerstörung" dieses „schwankenden Gebäudes" [1]).

Um einer völligen Auflösung des Unterrichtswesens zu steuern, wie sie bei der Mißachtung des alten Systems und dem Mangel eines neuen zu befürchten stand [2]), war zwar durch ein Decret vom 26. September die „provisorische Aufrechterhaltung aller öffentlichen Schulanstalten" verfügt worden; aber schon die ausdrückliche Bezeichnung des alten Zustandes als eines provisorischen, indem sie das Bestehende in jedem Augenblick mit dem Tode bedrohte, war angethan, eine lähmende und auflösende Wirkung zu üben.

Nicht mit Unrecht allerdings ging man der sogenannten Universität zu Leibe, die den Betriebsmittelpunkt des alten Unterrichtswesens bildete und zugleich den Universalbetrieb

1) 1, 62 f. — 2) Ebend.

desselben bezeichnete. Aber das verhängnißvolle Uebel war, daß man wiederum, wie auf politischem, socialem und religiösem Gebiete, einer allmählichen und gründlichen Reform den plötzlichen radicalen Umsturz vorzog.

Am 23. October 1791 stellte die gesetzgebende Nationalversammlung alle Collgien oder höheren Unterrichtsanstalten der Universität im ganzen Lande unter die Aufsicht der Verwaltungsbehörden und zerschlug damit die Autorität und den Zusammenhang der Universität. Gemäß dieser Bestimmung sahen sich denn auch die zehn Collegien der Hauptstadt der Oberaufsicht d. h. der Willkür der Departementalverwaltung von Paris überliefert. Und daraufhin erfolgten denn auch sofort die ersten Vernichtungsschläge.

Bereits am 16. November gab im Generalrath des Departements Garnier im Namen des leitenden Directoriums folgende Erklärung ab: „Während wir mit Ungeduld von einem Augenblick zum andern, gleichwie der übrige Theil des Reiches, auf die Organisation einer Nationalerziehung warten, wissen wir nicht, was anfangen mit jenen gothischen Institutionen, die unter dem Namen von Collegien in einem der Quartiere der Hauptstadt angehäuft sind; oder mit jenen Nationen, mit jenen Facultäten des Rechts und der Künste, die dem Namen, den sie tragen, so fremd sind; oder mit jenem abstracten Körper, den man Universität nennt und dessen Thätigkeit oder Dasein man nirgend gewahr wird, außer in einigen lächerlichen Feierlichkeiten und in jenem unnützen Gefolge von Rector, Quästoren, Pedellen und anderen besoldeten Müßiggängern, die unter sich eine beträchtliche Einnahme theilen. Der Rath wird mit Erstaunen vernehmen, daß dieser ganze eitle Lehrpomp jährlich ein Einkommen von 1,336,175 Livres an Renten, Pachtungen und Häusermiethen verzehrt, und daß ihm nach Deckung aller Ausgaben noch jährlich ein Ueberschuß von 135,632 Livres zu außerordentlichen Verwendungen verbleibt. Inmitten ihrer

Nutzlosigkeit haben diese Schulen doch zuweilen die Aufmerksamkeit des Directoriums (der Departementalverwaltung) auf sich gezogen. Die Gegner der Verfassung, um ihre Galle desto gefährlicher zu machen, haben versucht die Jugend zu verderben wie feige Feinde, die in ihrer Wuth die Quellen vergiften wollen. Die Wachsamkeit des Directoriums hat diesen Unordnungen ein Ziel gesetzt. Es hat einige Zöglinge entfernt, die man irregeleitet und die sich zu Ausschreitungen gegen ihre Studiengefährten hatten hinreißen lassen; diese grausamen Spiele des Fanatismus haben nur einen Tag des Aergernisses erzeugt. Die Professoren und andere dem gesetzlichen Eide unterworfenen Beamten, die denselben nicht geleistet hatten, sind abgesetzt worden. Auch ist das Directorium aus Klugheitsgründen bestimmt worden, die theologischen Schulen der Sorbonne und von Navarra schließen zu lassen. In den übrigen Collegien sind einige Lehrstühle der Logik, die nur von einer allzukleinen Zahl von Schülern besucht wurden, unbesetzt gelassen worden. Aber alle Anstrengungen des Directoriums haben nicht den hartnäckigen Widerstand derjenigen Angestellten der Universität zu überwinden vermocht, die wegen mangelnder Eidesleistung entlassen wurden und die sich noch vor den Gerichten zur Wehre setzen. Man wird Ihnen einen besondern Unterrichtsentwurf für die Stadt Paris vorlegen; in Erwartung seiner Ausführung hat sich inzwischen das Directorium die diesjährigen Studienpläne der verschiedenen Collegien von Paris vorlegen lassen und sie genehmigt nach Hinzufügung des Unterrichts in den Grundsätzen der Verfassung, der auf eine den verschiedenen Altersstufen angemessene Weise ertheilt werden soll.[1]"

Damit waren die einschneidenden Ereignisse des folgenden Jahres eingeleitet.

Zunächst wurden durch das Decret vom 5. April 1792,

1) 1, 64.

das die kirchlichen Congregationen aufhob, die provisorisch geschlossenen Collegien Sorbonne und Navarra definitiv vernichtet. Ferner wurde durch die gesetzliche Unterdrückung des akademischen Tribunals die Universität gleichsam ihrer Seele beraubt; sie bestand seitdem nur noch dem Namen nach, und die überlebenden acht Collegien der Hauptstadt sowie die der Provinzen bildeten nun vollends nur noch disjecta membra, gleichsam lose instinctmäßig fortzuckende Gliedmaßen. Einen weiteren Vernichtungsschlag führte das Decret vom 18. April, das allen Lehrern geistlichen Standes den Eid auf die Civilconstitution des Klerus vorschrieb. Denn da die meisten Lehrer an den Erziehungsanstalten und zumal die Professoren der Collegien zwar ihre Pflichten zu erfüllen, aber nicht den Eid zu leisten gewillt waren, so wurde das Lehrpersonal derselben infolge der Entlassungen nahezu aufgelöst und die Unterrichtsthätigkeit in immer winzigere Grenzen eingeengt. So vollbrachte schon die Legislative in der Hauptsache den Sturz der Universität, wie bald darauf auch in der Hauptsache den Sturz der Monarchie.[1]) Der einen wie der anderen aber den letzten Todesstoß zu versetzen blieb dem Convente vorbehalten.

3. Fortgang des Versetzungsprocesses.

Nach der endgültigen Abschaffung des Königthums erließ zwar der Convent das Decret vom 12. December 1792, das die Elementar- oder „Primärschulen" im Principe schuf. Allein die Vorbereitungen zur Organisation derselben geriethen unter den stets sich erneuenden Stürmen immer und immer in's Stocken. Denn fort und fort wurde von den wechselnden Parteien der Republik das kaum angesponnene Gewebe wieder zerrissen; man kam mit keinem festen Unterrichtsplan, mit keinem festen System zu Stande.

1) Vgl. Dubarle 2, 296 ff; 307 f.

Dagegen betrieb man desto eifriger die völlige Vernichtung der noch bestehenden alten Unterrichtsanstalten. War durch die Zertrümmerung der Universität den einzelnen Collegien die Basis entzogen und durch die Verwüstungen im Lehrpersonal ihre Thätigkeit gelähmt worden: so wurden nunmehr auch die materiellen Subsistenzmittel ihnen immer rücksichtsloser geraubt. Schon die früheren Gesetze über Zehnten, Beneficien und andere feudale Abgaben hatten sie um einen Theil ihrer Einkünfte gebracht, wofür sie jedoch damals noch durch einen Staatszuschuß entschädigt worden waren.[1]) Am 8. März 1793 verfügte nun aber ein Conventsdecret den Verkauf aller zur Dotation der Collegien gehörigen Güter, mit alleiniger Ausnahme der Gebäude für den Unterricht sowie für die Wohnungen der Lehrer und Schüler. Es lag auf der Hand, daß die dagegen den Lehrern verheißene kärgliche Staatsbesoldung von 1500 bis 2000 Livres — natürlich in Assignaten zahlbar — nicht entfernt ein Aequivalent bot, daß man überdies keinen Grund hatte, den Verheißungen der wechselnden revolutionären Regierungen zu trauen, und daß mithin das neue Gesetz, zumal seit dem Sturz der Gironde, ein tiefeinschneidendes Mittel der weiteren Zersetzung war. Die Führer der Revolution, in dem falschen Glauben, daß der Geist der Schule unbedingt den Menschen für die ganze Lebenszeit drille, konnten in der That kaum die Zeit erwarten, da das letzte Stündlein des alten Unterrichtswesens schlagen werde. Und doch waren sie selber, sowie überhaupt alle Aufklärer, alle Revolutionäre und Republicaner aus den alten Unterrichtsanstalten, d. h. aus Schulen streng orthodoxen, conservativen und monarchischen Gepräges hervorgegangen.

Im Angesicht jener Zeugungsohnmacht und dieses Zerstörungsfiebers klangen die schönen Redensarten über den Werth des Unterrichts, die von keiner Seite gespart wurden, wie der

1) Ebend. 296.

bitterste Hohn. Ein Regierungsagent docirte im Mai: „Der Unterricht klärt die Menschen auf; er macht sie dadurch empfänglich für die Wahrheit und das Glück, und mithin für die Grundsätze der öffentlichen Ordnung und Ruhe". [1]) Ein Banner in der denkwürdigen Versammlung des erzbischöflichen Palastes zu Paris am 29. Mai trug die Inschrift: „Der Unterricht und die guten Sitten können allein die Menschen einander gleich machen." [2]) Ein Decret vom 10. Juni verkündete emphatisch: „Der Unterricht ist das Bedürfniß Aller; die Gesellschaft schuldet ihn gleicherweise Allen." Derartige theoretische Phrasen konnten die gefährliche Lücke in dem Bildungsgetriebe der Nation nicht ausfüllen. Vielmehr nahm mit der Zerrüttung desselben auch die Werthschätzung der Bildung unter den Massen in erschreckendem Maße ab.

So weit war es schon, unmittelbar nach dem Sturz der Gironde, in den Anfängen des Juni 1793 gekommen, daß selbst das bloße Sichtbarwerden eines gewissen Grades elementarer Bildung Gefahr bringen und ein Grund der gehässigsten Verdächtigung werden konnte. Alle, die eine gute Hand schrieben, galten als Reiche, als Aristokraten. Geschriebene Beschlüsse einer Gesellschaft, schriftliche Adressen und Straßenanschläge riefen von vornherein Mißtrauen hervor, wenn die Unterschriften schön geschrieben, und nur dann Vertrauen, wenn sie schlecht geschrieben und daher der Vermuthung nach sanscülottischen Ursprungs waren. [3])

Kein Wunder, daß die in Mißcredit gerathene Bildung und mit ihr die Schule von Seiten der Eltern, Schüler und Schulvorsteher gleichmäßig vernachlässigt wurde, während ihrerseits die Regierung nur bedacht war, daraus Dressuranstalten des Parteigeistes zu machen. „Die Collegien", schrieb ein wohlmeinender Agent dem Minister Garat am 12. Juni, „sind in dem elendesten Zustande; es sind wenige Schüler vorhanden,

1) Tableaux 1, 305. — 2) 1, 338 f. — 3) 2, 16 f.

und die Vorsteher geben sich wenig Mühe. Die Lehrer thun zwar ihre Pflicht, aber sie werden nicht unterstützt. Man hat bisher wohl fürchten dürfen, daß unter diesen Männern Feinde der Republik versteckt seien, die, fern davon die jungen Leute für das Vaterland zu bilden, ihnen vielmehr andere Grundsätze einflößen. Heut jedoch darf man in dieser Beziehung sich beruhigen und jene für den Staat so werthvolle Klasse von Männern begünstigen. Ja, man muß es; denn, wenn die Erziehung in Mißachtung verfiele, würden bald auch mit ihr die Literatur, die Wissenschaften, die Künste und endlich der öffentliche Geist verfallen. Dieser Verfall würde die Barbarei herbeiführen, und von der Barbarei würde Frankreich zur Knechtschaft übergehen." [1])

Solche Warnungen blieben vergeblich. Die Bildung sank daher immer tiefer im Werthe und der Mangel an Bildung wurde das sicherste Mittel um emporzukommen, um in den Klubs zur Geltung und in den Sectionsversammlungen zur Herrschaft zu gelangen. In der Section des Contrat-social z. B. übten den größten Einfluß Männer wie Chéri, der „große Dummkopf", und der Weinhändler David, der seine Muttersprache „sehr schlecht sprach und noch schlechter schrieb", aber „stets auf der Rednerbühne war und Anträge stellte, von denen die einen immer mordbrennerischer und anarchischer waren als die andern"; er sprach u. A. gelassen das große Wort: „man müsse die sämmtlichen Gesetze in den Eimer werfen". [2])

Daß das Schreckenssystem in den Schulen der alten Zeit keinen Anklang fand, ist allerdings eine unverkennbare Thatsache. Schon seit den gräuelvollen Septembermorden des Jahres 1792, und vollends nach dem Sturz der Gironde und der Aufrichtung der Guillotinenherrschaft, bestand zwischen den Lehrern und Zöglingen der höheren Unterrichtsanstalten meist

1) 2, 31 f. — 2) 2, 55.

ein geheimes Einverständniß darüber, daß die jungen Leute nur zu dem Ende in den Kriegsdienst einzutreten hätten, um mit den Emigrirten und den Feinden gemeinsam gegen die innere Schreckensherrschaft zu kämpfen.[1])

Aus solchen Thatsachen zog jener Drillingsglaube neue Nahrung, und daraus erklärt sich zugleich der maßlose Ingrimm der Schreckensmänner gegen die alten Unterrichtsanstalten. In der That nahmen sie nun keinen Anstand weiter, aus den früheren Maßregeln gegen dieselben die letzte Consequenz zu ziehen. Nachdem schon am 8. August 1793 alle Akademien und gelehrten Gesellschaften aufgehoben worden, wurden nunmehr auch durch den dritten Artikel des Decretes vom 15. September mit Einem Schlage „die Collegien und die Facultäten der Theologie, der Medicin, der Künste und des Rechts im ganzen Bereiche der Republik unterdrückt". Von den noch bestehenden acht Pariser Collegien entging nur ein einziges dem allgemeinen Verderben: das Collége Louis-le-Grand, seit 1792 Collége Égalité genannt, obwohl sich noch im October unter Lehrern und Schülern ein antirevolutionärer Geist kundgab.[2]) Der Grund, weshalb man es am Leben ließ, war anscheinend der, um für die Söhne verdienter Vaterlandsvertheidiger zu sorgen. Selbstverständlich aber ging man darauf aus, durch eine Reorganisation die politische Richtung der Anstalt zu reformiren.

Im Uebrigen zeigte sich auch die Schreckenszeit ebenso unfähig das Alte umzuwandeln wie dauernde Neuschöpfungen hervorzubringen. Wohl tauchte eine Menge von Projecten auf; aber das eine verdrängte das andere, und keins kam zur Ausführung. Gleich bei der Aufhebung der Collegien hatte der Convent, außer den projectirten „Primärschulen", die Errichtung von drei höheren Lehrstufen beschlossen und im October wiederholt über die Organisirung der untersten dieser drei

1) 2, 133. — 2) Ebend. Vgl. Théry, 2, 193.

Stufen oder der Schulen „ersten" Grades Gesetze erlassen.[1]) Aber diese Gesetze blieben Theorie, und in Betreff der höheren Schulen zweiten und dritten Grades kam es nicht einmal zu Gesetzen. Die Witzigsten d. h. die Wahnwitzigsten unter den Jacobinern geriethen unter diesen Umständen auf den Einfall, die Schulen zu Theatern oder die Theater zu Schulen zu machen. In allen Städten von 4000 Einwohnern und darüber sollten Schauspielsäle, womöglich in den nun geschlossenen ehemaligen Kirchen, eröffnet werden um den „Schülern" Gelegenheit zu „Uebungen" in der Darstellung „sentimentaler und revolutionsseliger Stücke" zu geben. Man war überzeugt, daß dies das beste Mittel sei „das Volk zu unterrichten, die Aeffereien der Priester vergessen zu machen und schließlich die Sitten umzugestalten". Diese Einfälle wurden wirklich, wie sich uns schon früher ergab, im December 1793 bei dem Unterrichtsausschuß des Conventes eingebracht.[2])

So gab es denn in ganz Frankreich kaum eine Spur mehr von öffentlichem Unterricht. Der höhere der Collegien und der Facultäten war so gut wie völlig erstickt, der elementare im Erlöschen begriffen. Hier und da bestanden wohl noch alte Gemeindeschulen; aber ihre Zahl nahm im Drange der Zeit reißend ab. Den meisten der jacobinischen Departemental-, Municipal- und Communalbehörden fehlte es an Lust, allen aber an Geld, um für das Unterrichtsinteresse zu wirken; es war ein materiell viel lockenderes Geschäft, alte Schulen einzuziehen, als neue zu gründen.

Unmöglich konnte man aber, ohne sich aus der Liste der civilisirten Nationen völlig zu streichen, in diesem gleichsam unterrichtslosen Zustande verharren. Und so entschloß sich das Schreckensregiment zu einem merkwürdigen salto mortale: am 19. December 1793 wurde durch Conventsdecret statt der so oft verheißenen öffentlichen Nationalerziehung vielmehr die

1) Recueil des lois etc. 1, 2. p. 12—20. — 2) Tableaux 2, 135 f.

allgemeine Unterrichtsfreiheit proclamirt. Jeder Bürger und jede Bürgerin sollte das Recht haben, eine Schule für einen oder mehrere Unterrichtsgegenstände zu eröffnen, auf Grund eines Zeugnisses für Bürgersinn und gute Sitten und unter der Aufsicht der Municipalität oder der Section; doch wurde Jeder, der in seiner Schule Lehren oder Grundsätze vortrage', die den Gesetzen und der republicanischen Moral zuwider seien, mit Strafe bedroht. Besondere Bestimmungen ergingen für solche Bürger und Bürgerinnen, die sich auf den Elementarunterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen beschränken würden; diese sollten nach der Zahl ihrer Schulkinder von der Republik salarirt werden, und zwar der Lehrer für jedes Kind jährlich mit 20, die Lehrerin mit 15 Livres; der Schulbesuch wurde für obligatorisch erklärt, zuwiderhandelnde Erzieher und Vormünder mit Strafe bedroht.[1])

Dergestalt wurde das gesammte Unterrichtswesen der Privatindustrie überliefert. Diese war aber schon deshalb außer Stande, einen mehr als winzigen Bruchtheil des Bedürfnisses zu decken, weil es ihr eben so sehr in dem grauenvollen Drange der Zeit an Unternehmungslust, wie an Fähigkeiten und Mitteln gebrach. Daher wurde denn auch noch im März 1794 namentlich die Errichtung öffentlicher Primärschulen, wenn nicht von „allen", so doch von vielen Seiten, wiewohl vergeblich, „gefordert" [2]).

Das Einzige, was auf dem Unterrichtsgebiete die Schreckensherrschaft von sich aus mit Nachdruck betrieb: das war einmal, im Januar und Februar 1794, die Einführung des französischen Unterrichts in den fremdsprachlichen Landestheilen, namentlich im Elsaß, in der Bretagne, in Corsika und in den neueroberten Provinzen[3]); andererseits im Juni die Errichtung der sogenannten „Mars-Schule", zur Vorbereitung für den

1) Recueil etc. p. 20 ff. — 2) Tableaux 2, 141. — 3) Recueil p. 24 ff. (fehlt das Zusatzdecret v. 18. Februar). Théry, 2, 191.

Militärdienst, auf der Ebene von Sablons. In dieselbe wurden 3 bis 4000 junge Leute im Alter von 16 bis $17^1/_2$ Jahren aufgenommen, die, neben den praktischen Uebungen in allen Waffengattungen, auch einigen Unterricht in den Anfangsgründen der Taktik, des Geniewesens, der Verwaltung, der Landwirthschaft, der Physik und der Chemie erhielten.[1])

Erst nach dem Sturze Robespierre's kam, am 8. August, ein neues Gesetz über die Organisirung von Primärschulen zu Stande; aber es blieb auch seinerseits ohne Folgen. Dagegen gerieth nun der Convent auf einen völlig neuen, in der That originellen, aber überaus seltsamen Einfall: er wollte sich selbst zum Schullehrer des gesammten Volkes machen, den eigentlich maßgebenden Unterricht zu einem Monopol des Conventes erheben. Am 20. September 1794 wurde decretirt: „Der Unterrichtsausschuß solle im Laufe jeder Dekade ein Unterrichtsheft ausarbeiten, dessen Aufgabe sei, die Liebe zur Arbeit zu beleben, die Bürger in den Grundsätzen der Moral und der Pflichttreue zu befestigen, die großen Ereignisse der Revolution in ihr Gedächtniß zurückzurufen und ihnen die Vortheile der praktischen Wissenschaften und der Künste zu schildern. Diese Unterrichtshefte sollten in die sämmtlichen Gemeinden versandt und an jedem Dekadentage in dem Sitzungslocal der Generalversammlung, wohin die Eltern und ihre Kinder zu entbieten seien, vorgelesen werden. Der Vorlesung sollten Lobgesänge auf die Freiheit folgen und die Kinder eingeübt werden, durch ihre Gesänge die bürgerlichen Tugenden und die kriegerischen Thaten der Helden des Vaterlandes zu feiern."

Allein diese Art des Unterrichtes setzte schon ein gewisses Maß von Unterrichtetsein voraus, das nicht vorhanden war. Denn hatten schon vor der Revolution zahllose Gemeinden Frankreichs, selbst in der nächsten Nähe der Hauptstadt, kaum

1) Lefort 1, 202. Théry 2, 193 f.

einen oder zwei des Lesens oder Schreibens kundige Bewohner aufzuweisen: so war dies Verhältniß schon bis zum September 1794, so weit gesunken, daß nicht nur in zahllosen Gemeinden, sondern selbst in ganzen Gruppen benachbarter Gemeinden nicht ein einziger des Lesens kundiger Mensch vorhanden war. Es lag daher auf der Hand, daß jene „Unterrichtshefte" in gar vielen Gemeinden unlesbare oder unlösbare Räthsel bleiben und in ebenso vielen anderen durch die Stammeleien und Verhunzungen ungeübter Vorleser ihren Zweck verfehlen mußten.

Die Agenten der Regierung konnten sich unmöglich diesen Thatsachen und Wahrnehmungen verschließen. Und sie gaben denn auch sofort ihre Bedenken gegen die Maßregel kund. Schon fünf Tage nach der Annahme des Decretes, am 25. September, schrieb Ragonneau dem Wohlfahrtsausschuß: „Gestatten Sie mir, Ihnen bemerklich zu machen, daß dem Decret, welches bezweckt, den Unterricht auf dem Lande zu verbreiten, nothwendig ein anderes über die Verminderung der Municipalitäten hätte vorauf gehen müssen, da in vielen derselben sich nicht ein einziger Bürger befindet, der fähig wäre die Hefte zu lesen, die Sie ihnen zuzuschicken beabsichtigen. Wenn man Ihnen vorstellt, daß es Municipalitäten giebt, wo kein einziger Mensch vorhanden ist, um Ihre Gesetze und Ihre Instructionen zu lesen: so glauben Sie nicht, daß dies ein übertriebener Ausdruck sei; es verhält sich so im strengsten Sinne des Wortes, es giebt solcher Municipalitäten viele. Glauben Sie hierüber denjenigen, welche das offene Land weit und breit durchzogen, welche dort 15 oder 30 Jahre gewohnt haben. Sie werden daher im Namen des Nationalinteresses und einer wohlverstandenen Sparsamkeit eingeladen, nicht die beträchtliche Ausgabe zuzulassen, die erforderlich wäre, um an 44,000 Municipalitäten (in jeder Dekade) ein Unterrichtsheft zu versenden, das in vielen gar nicht würde gelesen werden und in vielen anderen ohne jegliche

Frucht." [1]) Daß selbst in Paris die bei der Dekadenfeier verwendeten Vorleser zu dieser Verrichtung nahezu unbrauchbar waren, haben wir schon früher gesehen.

Die unablässigen Vorwürfe über die völlige Vernachlässigung der „Organisation der öffentlichen Erziehung" stachelten endlich den Convent zu positiven Thaten an.[2]) Aber nur nach drei Richtungen hin ermannte man sich im Herbst zu energischem Vorgehen. Erstens wurde, im militärischen Interesse, die Mars-Schule der Schreckenszeit aufgelöst und, auf Grund eines Decretes vom 28. September 1794, durch eine „Centralschule der öffentlichen Arbeiten" ersetzt, die am 1. September des folgenden Jahres den Namen „Polytechnische Schule" erhielt.[3]) Zweitens wurde am 30. October, wie dies schon 1763 projectirt worden war, die Errichtung einer „Normalschule" d. h. eines Lehrerseminars in Paris beschlossen, dessen Zöglinge später in den Hauptorten der Cantone ähnliche Normalschulen begründen sollten; sie trat wirklich zu Anfang des folgenden Jahres mit großem Aufwand in's Leben, wurde aber schon nach ein paar Monaten als ein zu kostspieliges und verfehltes Experiment wieder begraben.[4]) Drittens endlich wurde, wiederum im militärischen Interesse, am 4. December die Gründung von drei medicinischen Schulen (écoles de santé) zu Paris, Straßburg und Montpellier verfügt.[5])

Noch immer fehlte es indeß, wie an Elementarschulen, so an jedem Ersatz für die aufgehobenen Collegien. Auf die Organisation der „Primärschulen" kam zwar die Gesetzgebung noch einmal durch das Decret vom 17. November, aber ohne jegliche Wirkung zurück. Von Bedeutung war dieses Decret

1) Tableaux 2, 237. — 2) 2, 243. — 3) Lefort 1, 225; 223. Béraud, Dictionnaire hist. de Paris (Paris 1828) 2, 103 f. Recueil p. 125 ff.; 139 (Datum 15 irrig). — 4) Lefort 1, 250 f. Frankreich im J. 1795. 1, 138 ff.; 143 ff. 2, 13; 207 ff.; 217 ff. Kilian p. 74. Théry 2, 191 f. Recueil p. 26 ff. — 5) Lefort 1, 228. Recueil p. 33 ff.

nur dadurch, daß es den Grundsatz des obligatorischen Schulbesuchs, den die Schreckenszeit für den Elementarunterricht aufgestellt hatte, wieder aufgab.[1] Erst am 25. Febr. 1795 wurde, zum Zwecke der Wiederherstellung des höheren Unterrichts, im Princip die Errichtung von „Centralschulen" oder Gymnasien beschlossen, deren es, nach den Zusatzdecreten vom 1. März und 7. April, in Paris 5 und in den Departements 86 geben sollte.[2] Mit Recht begrüßte man diesen Plan als das „einzige Mittel, um die Künste wieder herzustellen, welche die Böswilligkeit zu zerstören getrachtet"[3]. Dennoch geschah kein Schritt zu dessen Verwirklichung. Der Aufstand vom 13. Vendemiaire oder 5. October fand noch Alles beim Alten. Aber eben dieser Aufstand war es, der dem bisherigen Schneckengange ein Ende machte.

4. Unterrichtsgesetz und Parteitendenz.

Auf seinem Sterbebett entschloß sich der Convent, alle seine bisherigen gesetzgeberischen Versuche zu einem umfassenden Vermächtniß zu verarbeiten. Als solches erließ er am 25. October 1795, unmittelbar vor seiner Auflösung, ein ebenso umfangreiches als kategorisches Unterrichtsgesetz, dessen Ausführung er seinem Nachfolger, dem Directorium, übertrug. Dasselbe verhieß eine oder mehrere Primärschulen für jeden Canton, eine Centralschule für jedes Departement (von Paris abgesehen, dem fünf zugedacht blieben), außerdem „Specialschulen" für einzelne Studienzweige und endlich ein oberstes „Nationalinstitut der Wissenschaften und der Künste". Die Lehrgegenstände in den Primärschulen sollten sein „Lesen, Schreiben, Rechnen und die Elemente der republicanischen

1) Dubarle 2, 333 ist darüber des Lobes voll. Vgl. oben S. 348. — 2) Recueil p. 37—44. — 3) Tableaux 2, 291.

Moral"; in den Centralschulen „Zeichnen, Naturgeschichte, alte und lebende Sprachen, Mathematik, experimentale Physik und Chemie, allgemeine Grammatik, Literatur, Geschichte und Gesetzeskunde", vertheilt auf drei Curse für die Altersklassen von mindestens 12, 14 und 16 Jahren. Der Grundsatz der Unentgeltlichkeit des Elementarunterrichts, den schon die Verfassung von 1791 festgestellt hatte[1]), wurde wieder preisgegeben; die Primarlehrer sollten von jedem Schüler ein durch das Departement zu bestimmendes jährliches Schulgeld erhalten, die Municipalität aber das Recht haben, ein Viertel der Schüler von der Entrichtung desselben Armuths halber zu entbinden; eine ähnliche Bestimmung erging auch in Betreff der Centralschulen. Die Lehrerprüfungen sollten durch eine Unterrichtsjury stattfinden, deren es in jedem Departement mehrere, aber höchstens sechs geben sollte, jede zu drei von der Departementalverwaltung zu ernennenden Mitgliedern. Das Nationalinstitut endlich sollte in drei Klassen eingetheilt sein: 1) für physikalische und mathematische, 2) für moralische und politische Wissenschaften und 3) für Literatur und schöne Künste.[2])

Die Ausführung dieses Gesetzes unter dem Directorium kam jedoch nur sehr langsam in Fluß. Man fing dieselbe nicht von unten, sondern von oben an. Das Nationalinstitut wurde schon am 22. December mit 144 Mitgliedern eröffnet.[3]) Ueberhaupt bot Frankreich oder wenigstens Paris um diese Zeit und noch lange nachher die charakteristische Erscheinung dar, daß sich hier, wie im materiellen Leben die Extreme des Ueberflusses und des Mangels, so im geistigen die Extreme der Wissensfülle oder auch der Vielwisserei und der Unwissenheit auf das engste berührten. Während für die aufwachsende französische Jugend „gar kein Unterricht oder nur ein schlechter" bestand, und „nicht einer unter hundert" zu lesen oder gar

1) S. oben S. 339. — 2) Recueil p. 45 ff. Vgl. Lefort 2, 423 f. — 3) Frankreich im J. 1796. 1, 253 ff. 3, 83.

zu schreiben vermochte [1]), gab es in Paris viele Gelehrte und ziemlich viele Gelegenheiten zur Erwerbung gelehrter Kenntnisse. Außer dem Nationalinstitut thaten sich verschiedene gelehrte Gesellschaften auf, wie das Lycée républicain und das Lycée des arts. Medicinische Vorlesungen konnte man nicht nur in der École de santé, sondern überdies im ehemaligen Collége de France, im Conseil des mines und anderwärts hören. Auch im Lycée républicain wurden für Liebhaber Vorlesungen über Physik, Chemie, Geschichte, Geographie, Sprachkunde und Literatur veranstaltet, die selbst dem weiblichen Geschlecht zugänglich waren. „Häufig" — so berichtet ein deutscher Beobachter — „sieht man elegante Damen mit einer großen Mappe unterm Arm hereinkommen, mit dem Eifer eines Jenaischen Studenten die Vorlesung nachschreiben, und nachher mit ihrem Nachbar sich darüber unterreden; daß bei diesen Unterredungen manches Pärchen mit der Harmonie der Sphären anfängt und mit einer ganz anderen endet, kann man sich leicht vorstellen." Trotz alledem war an ein Aufblühen der Wissenschaften gar nicht zu denken; die wissenschaftliche Literatur war, schon wegen der Noth der Zeit, eine überaus dürftige. [2])

Wie infolge der steten Kriegführung das Studium der Medicin als ein unabweisliches Bedürfniß erschien, so auch das Studium der Kriegswissenschaften. Daher hatte der sterbende Convent noch am 22. October ein Gesetz über die Entwicklung aller Arten von Kriegsschulen erlassen. [3]) Und daher beeilte sich auch das Directorium, auf Grund dieses Gesetzes der nunmehrigen „Polytechnischen Schule" eine ganz neue und umfassende Organisation zu geben. Am 20. März 1796 wurde das Statut derselben vollzogen. [4]) Der Geist der Zöglinge, wie er sich im April kundgab, bethätigte indeß

1) Mercier 6, 35. Vgl. oben S. 337. — 2) Frankreich im J. 1796. 2, 111 ff. 3, 83. — 3) Rondonneau 2, 168. Recueil p. 153 ff. (Datum falsch). — 4) Frankreich im J. 1796. 3, 342 ff.

zunächst eine ebenso frivole wie reactionäre Richtung.[1]) Am 2. Juli erging auch das definitive Reglement über die „medicinische Schule“ oder die École de santé von Paris.[2])

Dagegen wurde die Errichtung der Primär- und der Centralschulen fort und fort verschleppt. Die gesetzlichen Bestimmungen in Betreff ihrer Menge mußten von vornherein als ein bloßes Ideal oder als ein frommer Wunsch erscheinen. Es mag wohl sein, daß noch vor dem Ablauf des Jahres 1796 hier und da einzelne Primärschulen eröffnet wurden: Centralschulen aber sah jedenfalls das ganze Jahr weder in Paris noch in den Departements entstehen.[3]) Die einzige That war, daß ein Gesetz vom 13. Juli für die künftigen Centralschulen die Gebäude der ehemaligen Collegien bestimmte.[4]) Ein Gesetz vom 31. August bezeugt, daß man noch bis zum September nicht einmal über den Modus der Ernennung der Lehrer einig war.[5]) Der Zustand blieb der Art, daß die Pariser selbst das französische Volk ein „Volk ohne Erziehung“ nannten, und daß die Philanthropen sich untröstlich zeigten über die „extreme Vernachlässigung“ des öffentlichen Unterrichts, die „dahin führen müsse, daß mittelst der Unwissenheit die kommende Generation dem Fanatismus und den Vorurtheilen preisgegeben werde“[6]).

Erst mit den Anfängen des Jahres 1797 trat eine größere Zahl von Primärschulen in's Leben und eine erste Serie von Centralschulen, in Paris deren zwei. Die einen wie die anderen hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Beide litten an unfähigen Lehrern; die Centralschulen überdies an schlechter Disciplin und an mangelhaft vorgebildeten Schülern; auch wurden dieselben, außer in Paris und einigen großen Städten, unverhältnißmäßig wenig besucht, die Primärschulen überall noch viel weniger.[7])

---

1) Tableaux 3, 163. — 2) Recueil p. 53 ff. — 3) Vgl. Théry 2, 196. — 4) Recueil p. 81 f. — 5) Rondonneau 2, 159. — 6) Tableaux 3, 65; 135. — 7) Kilian 77 f.

Das Haupthinderniß aber für das Gedeihen sowohl der elementaren wie der höheren Schulen war das beharrliche Trachten der herrschenden Gewalten, einerseits die öffentlichen Schulen den politischen Interessen dienstbar zu machen, und andrerseits den Unterricht von jedweder Berührung mit den christlichen Religionsanschauungen fern zu halten. Der aufwachsenden Jugend Haß gegen Kirche und Königthum, gegen Katholicismus nnd Royalismus einzuimpfen, sollte die oberste Aufgabe der neuen „Nationalerziehung" sein. Durch diese einseitigen Tendenzen mußte nothwendig von vornherein das Vertrauen in die öffentlichen Schulen geschädigt, ja gebrochen werden. Und da nun ihrerseits die inzwischen vermehrten Privatschulen sich entweder von solchen einseitigen Tendenzen fernhielten, oder sogar, im Sinne der großen Volksmehrheit, sich in einen Gegensatz zu ihnen stellten: so mußten vollends die öffentlichen Schulen an den Erfolgen der privaten scheitern, wie mangelhaft auch diese letzteren selber waren und blieben. Denn jemehr jene im Lichte specifisch republicanischer und antichristlicher Parteibestrebungen erschienen, desto mehr wandte sich diesen, als den Vertretern des monarchischen und des christlichen Standpunktes, das Vertrauen der öffentlichen Meinung zu. Freilich waren die Privatanstalten meist nur Elementarschulen und vermochten daher als solche nur den Primärschulen Concurrenz zu machen. Den Centralschulen dagegen, denen von privater Seite nur Erziehungs- und Pensionsinstitute von kleinerem Umfang und von beschränkteren Lehrzwecken entgegengestellt werden konnten, mußte das Bedürfniß nach vielseitigeren Kenntnissen wenigstens relativ größere Erfolge sichern.

Alle diese Thatsachen und Verhältnisse spiegeln sich auf das Mannigfaltigste in den officiellen Berichten wieder.

5. Der Kampf zwischen den öffentlichen und Privatschulen.

Ueber den Zeitraum vom 22. September 1796 bis zum 4. Mai 1797 stattete die Verwaltung des Seinedepartements einen sehr interessanten Bericht ab. In Betreff des Unterrichtswesens meldete sie darin: Die Centralschulen (d. h. ihrer zwei) seien mit vielem Erfolge eröffnet worden. Ein Gleiches könne man aber nicht von den Primärschulen sagen. Der Grund hiervon sei die Concurrenz der Privatschulen. Diesen, weil sie nicht überwacht seien, wende sich „schon deshalb allein das ausschließliche Vertrauen derjenigen zu, welche die Vortheile der republicanischen Institutionen noch nicht zu würdigen wüßten". Aus demselben Grunde hätten auch schon viele Lehrer der Primärschulen wieder ihre Entlassung genommen. Um nun diesen Nachtheilen zu begegnen, ersucht die Departementalverwaltung die Minister des Innern und der Polizei „auf die Privatschulen dieselben Mittel der Ueberwachung in Anwendung zu bringen, welche für die Primärschulen angeordnet sind". „Denn", fährt der Bericht fort, „wenn jene Anstalten nicht streng beaufsichtigt werden, so wird es in der Republik zwei Arten von Schulen geben, zwei Arten der Erziehung: in den Primärschulen werden unsere Kinder in den Grundsätzen der reinen Moral und des Republicanismus erzogen; in den Privatschulen saugen sie die Vorurtheile des Aberglaubens und der Unduldsamkeit ein. Dergestalt wird sich der Zwiespalt der Meinungen, der Fanatismus und der gegenseitige Haß von Geschlecht zu Geschlecht vererben." [1])

Der Schlußbericht vom 7—22. September 1797 giebt folgende interessante Details: „In jedem der 12 Arrondissements von Paris und der 16 ländlichen Cantone sind zwei Primärschulen errichtet worden: die eine für Knaben, die andere für Mädchen. Sie wurden sämmtlich während des

1) Tableaux 3, 283 f.

Jahres V (zwischen dem 22. September 1796 und dem 22. September 1797) eröffnet, mit Ausnahme der Knabenschule im 7. Arrondissement. Diejenigen von Franciade, Charenton, Pantin und Chatillon sind nicht in Wirksamkeit getreten, weil die Lehrer, die nacheinander dafür ernannt wurden, entweder abgelehnt oder nach einigen Diensttagen ihre Entlassung genommen haben. Diejenigen Lehrer, die den meisten Erfolg hatten, haben gegen 50 Schüler gehabt. Viele hatten deren nur 16; mehrere haben nicht einmal diese Zahl erreichen können. Dergestalt haben die 56 Primärschulen des Seinedepartements im Laufe des Jahres V nur 11 bis 1200 Schüler beider Geschlechter aufgenommen, während man im Verhältniß zur Bevölkerung auf mehr als 20,000 hätte rechnen sollen. Die betrübende Verödung rührt einmal von der Sorglosigkeit der Eltern her; wir werden uns bemühen, sie über ihr Interesse und über ihre Pflichten aufzuklären. Sie rührt ferner von dem Vorzuge her, der von gewissen Personen den Privatschulen gegeben wird, und zwar einzig deshalb, weil diese weniger überwacht werden. Wir werden ihnen nicht lange diesen Grund der Bevorzugung lassen. Die zwei in Paris während des Jahres V errichteten Centralschulen haben jede etwa 300 Zöglinge gehabt." [1])

Aus den Departements lauteten die amtlichen Stimmen noch trauriger. Vom Nieder-Rhein und von der Sarthe schrieb man im Februar und März 1797: „Seit 15 Monaten" erwarte man vergeblich eine „wirkliche Organisation der Primärschulen". Bisher sei „nichts geschehen". Denn die im Gesetz den Lehrern verheißene Wohnung nebst Garten werde ihnen vorenthalten; Schulgeld lasse sich von den Eltern sicher nicht erzwingen, eher würden sie ihre Kinder zu Hause behalten und die Lehrer dann in der Lage sein, entweder gar keine Schüler zu haben oder an Schulgeld kaum so viel einzunehmen,

1) 3, 287.

wie die „verbrauchte Dinte“ koste. Man forderte daher, daß vor allem den Lehrern eine „kostenfreie Wohnung“ eingeräumt und eine „feste Besoldung“ zugestanden werde; ohnedies könnten die „fast völlig versiegten Quellen des Unterrichts“ durch die Primärschulen nicht „wieder belebt“ werden. Aus dem Departement der Orne klagte man noch im August, daß die „Errichtung der Primärschulen in den Dörfern“ nur ein todter Buchstabe sei; und die Commune Domfront, die „seit undenkbarer Zeit ein beträchtliches Collegium“ besessen hatte, das von „5 bis 600 Zöglingen“ besucht, in der Schreckenszeit aber ebenfalls vernichtet worden war, begehrte flehentlich zum mindesten als Ersatz eine Secundär- oder Centralschule, da bei der Unzulänglichkeit der Privatanstalten „fast die Gesammtheit der Jugend in einer tiefen Unwissenheit verderbe, die mit Riesenschritten zur Barbarei hinführe“.[1] Es geschah aber nach keiner Richtung hin etwas Wirksames; man war nur kräftig und freigebig in Phrasen und in Drillungsvorschriften.

Zwei Tage nach dem antiroyalistischen Staatsstreich vom 18. Früctidor, am 6. Sept., erließ der Minister des Innern, François von Neufchateau, an die Departementalverwaltungen ein Circularschreiben, worin er sagte: „Unter allen unseren Pflichten ist keine, die eine zähere und überlegtere Sorgfalt in Anspruch nimmt, keine, deren Erfüllung uns süßere Tröstungen und einen wahrhafteren Ruhm verschaffen könnte, als die aufgeklärte Ueberwachung und Behütung der öffentlichen Schulen. Das theuerste Interesse der Gesellschaft, das Bedürfniß der Familien und der Einzelnen, die gegenwärtige Generation und die Zukunft rufen unsere Blicke und unsere Aufmerksamkeit auf die Lehrer wie auf die Zöglinge, um die Einen zu unterstützen, die Anderen zu ermuthigen und alle diejenigen zu ehren, die sich durch ihren Eifer, ihre Anstrengungen und ihren

1) Rocquain 400—409.

Erfolg auszeichnen." Hiernach begehrte der Minister ausführliche Berichte über alle öffentlichen Unterrichtsanstalten und namentlich über den Stand der Primär- und Centralschulen. In Betreff der Primärschulen will er insbesondere wissen, „welche Vorsicht angewandt worden sei bei der Wahl der Lehrer und Lehrerinnen in Bezug auf Talent, Moralität und Anhänglichkeit an die republicanischen Gesetze". Ferner: „Ob der Fanatismus es gewesen ist, dessen Einflüsterungen dem Erfolge der Schulen geschadet haben; in welcher Weise derselbe bekämpft und durch welche amtlichen Belehrungen namentlich die Landbewohner aufgeklärt worden seien; ob die Zöglinge die Erklärung der Rechte und Pflichten, sowie auch die Verfassungsakte hergesagt oder niedergeschrieben haben; ob die Verfassung und die republicanischen Bücher in diesen Schulen gekannt seien u. s. w." Der Minister bemerkt, daß er sich „vorgenommen habe, selbst den Primärschulen zu Hülfe zu kommen durch die Ausführung eines Unterrichtsplanes, den er sich ausgedacht und der sowohl neu als faßlich sein werde; er denke seit langer Zeit über diesen wahrhaft elementaren Plan nach, der darauf angelegt sei, aus den Erstlingsstudien, die nach dem hergebrachten Schlendrian so trocken und so abstoßend seien, eine Belustigung, eine Art von Spiel zu machen". In Betreff der Centralschulen fragt er an, „ob die Professoren es sich angelegen sein lassen, in ihren Unterrichtsstunden den Haß gegen das Königthum, die Liebe zum Vatrelande und die republicanischen Tugenden einzuflößen". Endlich erkundigt er sich auch, ob „die Pressen der Buchdrucker sich dahin erniedrigen, contrerevolutionäre Journale oder Schriften der Fanatiker zu vervielfältigen", und richtet an die Verwaltungen aller Departements die Mahnung: „Bürger, verbreiten wir in Frankreich einen edlen Wetteifer, um den Geist aller Bürger aufzuklären und ihr Herz zu bilden! Die Freiheit will Licht; die Sklaverei und der Fanatismus sind nur auf dem Irrthum gegründet. Streuen wir also die Vernunft

und die Ueberlegung aus! Das ist das Mittel tugendhafte Republicaner heranzubilden.[1])"

Drei Tage später wurde François zum Mitglied des Directoriums gewählt. Dieses ging im Hasse gegen den kirchlichen Fanatismus damals selbst, wie wir sahen, mit Fanatismus darauf aus, den christlichen Cultus mehr und mehr durch die republicanische Dekadenfeier zu verdrängen. Und wie man dergestalt einen religionslosen Cultus erzielte, so setzte man sich auch, statt den Reformgedanken einer Trennung von Schule und Kirche zu verfolgen, das radicale Ziel völlig religionsloser Schulen. Noch vor Ablauf des Jahres wurde allen Lehrern streng vorgeschrieben, den republicanischen Kalender zu befolgen und die Dekadentage zu feiern.[2]) Diese Vorschrift, der natürlich die öffentlichen Schulen unbedingt Folge leisten mußten, wurde eine neue Quelle der Opposition von Seiten der Privatschulen, die desto zäher, gestützt durch die öffentliche Meinung, an der Sonntagsfeier festzuhalten trachteten.

Aufgebracht über den spärlichen Besuch der öffentlichen Schulen und über die siegreiche Concurrenz der privaten, entschloß sich das Directorium zu zwei entscheidenden Maßnahmen. Einerseits, um durch einen starken Druck die Frequenz der ersteren zu heben, verordnete es am 17. November 1797, daß fortan kein unverheiratheter Bürger irgend eine Anstellung erhalten solle, der nicht das Zeugniß über den Besuch einer Centralschule beibringe, und ebensowenig verheirathete Bürger, die nicht in Betreff ihrer schulfähigen Kinder den Besuch einer „Nationalschule", d. h. einer Primär- oder Centralschule nachweisen könnten. Die Departementalverwaltungen sollten alle Vierteljahre ein Verzeichniß der Zöglinge beider Arten von Schulen einreichen, damit die Regierung, auf Grund der Ergebnisse, weitere Maßregeln zur Förderung der nicht genugsam besuchten Anstalten treffen könne. Andererseits, um der

1) Tableaux 3, 288 f. — 2) 3, 293.

Concurrenz der Privatschulen und, wie es hieß, den „Fortschritten der unheilvollen Grundsätze“ entgegen zu wirken, die von einer „Menge von Lehrern“ in denselben „geflissentlich den Zöglingen eingeflößt“ würden, erging am 5. Februar 1798 eine Directorialverordnung, welche die strengste „politische und moralische“ Ueberwachung der „Privatschulen, Erziehungshäuser und Pensionate“ verfügte. Vor allem sollte darauf gesehen werden, daß in diesen Privatanstalten die Lehre der „Menschenrechte und der republicanischen Verfassung“ die „Grundlage des ersten Unterrichts“ bilde; daß die von der Regierung „approbirten Elementarbücher“ als Richtschnur dienten; daß „die Dekadentage beobachtet“ und „die republicanischen Feste gefeiert“ würden; und endlich, daß „man sich gegenseitig durch den Titel Bürger ehre“.[1])

Weder die eine noch die andere dieser beiden Verordnungen brachte vor der Hand irgendwie erhebliche Wirkungen hervor.

Eben deshalb erließ der neue Minister des Innern, Letourneux, am 7. März 1798 wiederum ein Rundschreiben voll leitender Ideen an alle Centralverwaltungen der Departements. Alles, forderte er darin, müsse auf dem Gebiete des Unterrichts „einen regelmäßigen und uniformen Gang“ gehen und „nichts dürfe bei einem so wichtigen Gegenstande der Willkür überlassen bleiben“. Eben deshalb habe das Directorium die Verordnung vom 17. Plüviose (5. Februar) betreffend die „Ueberwachung der Privatschulen, Erziehungshäuser und Pensionate“ erlassen. Allen Vorschriften dieser Verordnung mit pünktlichem Eifer nachzukommen sei von der größten Wichtigkeit und Unerläßlichkeit. Nur durch diesen Eifer und durch eine unablässige Ueberwachung könnten die Departementalverwaltungen dahin gelangen „den republicanischen Unterricht jener Art von Nichtigkeit zu entreißen, in die ihn die Feinde

1) Recueil p. 87 ff. Vgl. Théry 2, 196 f.

der Gesetze und der Regierung bisher zu versenken sich bemüht hätten, und endlich den letzten Schlag zu führen gegen jene abscheulichen Anstalten, wo der Royalismus und der Aberglaube sich noch auflehne gegen den Genius der Freiheit und der Philosophie".

Der „Zustand der Centralschulen", heißt es dann weiter, ist „in einer ziemlich großen Zahl von Departements so tröstlich als man es bei den Umständen, unter denen sie gegründet worden, erwarten konnte". Aber „das Schauspiel, das der Anblick der Primärschulen bietet, muß die Seele aller wahren Republicaner betrüben. Im Kampfe mit der Böswilligkeit und der Verläumdung, entblößt von den ersten Hülfsquellen, die sie hätten aufrecht halten und ernähren können, sogar offen angegriffen und verspottet durch diejenigen, die ihre ersten Vertheidiger hätten sein sollen, schienen sie nur das Vorspiel des Sturzes zu sein, wie er allen republicanischen Einrichtungen und der Republik selber zugedacht wurde von jenen niedrig ehrgeizigen Menschen, deren Anschläge der unsterbliche Fructidortag (4. Sept. 1797) vereitelt hat. Kurzum, die Primärschulen waren noch nicht einmal wirkliche Existenzen geworden, als sie schon aufgehört hatten zu sein. Die Primarlehrer, auf den kläglichsten Zustand zurückgeführt, ohne Ansehen nach außen, meist ohne andere Schüler als solche, die ihre Dürftigkeit in die Unmöglichkeit versetzte, das festgestellte Schulgeld zu zahlen, sahen dergestalt ihren Eifer gänzlich gelähmt; und nur dann würden sie einigen Erfolg haben erlangen können, wenn sie in feiger Schmiegsamkeit den schimpflichsten Vorurtheilen dienstbar und ihrem Eide untreu geworden wären. Und dennoch erhob und erhebt sich noch an ihrer Seite mit Keckheit eine Menge von Privatschulen, privaten Erziehungshäusern und Pensionsanstalten, in denen man ungestraft die der Verfassung und Regierung feindseligsten Grundsätze bekennt, und deren schuldvolles Gedeihen nach dem Maße der Verkehrtheit der Grundsätze, die hier die Jugend einsaugt, zu wachsen

scheint. Diese Schlupfwinkel des royalistischen und abergläubischen Fanatismus, wo gierige Speculanten aus feilem und schmutzigem Interesse die kostbaren Keime der republicanischen Tugenden ersticken und dem Vaterlande in der werdenden Generation seine theuersten Hoffnungen rauben, — sie sind es, gegen die das Directorium Ihre ganze Wachsamkeit und Ihre ganze Thätigkeit aufruft. Es sind nicht inquisitorische Maßregeln, die Ihnen anbefohlen werden, sondern jene väterliche Strenge, die mit stiller Besorgniß über eine zarte Familie wacht, um von ihr den verpesteten Athem aller Arten von Verderbniß abzuhalten. Tugend, Vaterland, Freiheit, Liebe zu den Gesetzen und zu der Republik: das sind die erhabenen und heiligen Namen, die Sie zu vertheidigen, denen Sie Zuneigung und Achtung zu verschaffen haben. Ach! sie wissen es nicht, diese jungen Kinder, daß eine verhängnißvolle Verblendung sie seit der Morgenröthe ihres Daseins fremden Leidenschaften opfert; sie kennen alle jene Uebel nicht, denen man sie widmet; sie sind geboren um frei zu sein, und treulose Hände formen sie für die Knechtschaft! sie sind bestimmt alle diejenigen Rechte zu genießen, welche die Verfassung ihnen zusichert, und man bemüht sich sie unter das Joch der Tyrannei zu beugen; die Gleichheit soll ihr Erbtheil sein, und man lehrt ihnen die Kunst, einst einem anderen Herrn zu dienen als dem Gesetz. Seien Sie denn die Vormünder, die Väter dieser werthvollen Wesen, deren sich eine abscheuliche Berechnung bemächtigt, um daraus seine Schlachtopfer zu machen! Richten Sie in ihnen oftmals die Blicke auf jene jungen Helden, die durch unerhörte Wunder der Tapferkeit nur darum so viele Nationen erobert haben, um sie frei zu machen! Möge deren Beispiel sie entflammen! Mögen sie darauf brennen, ihnen nachzuahmen! Und mögen sie Thränen des Bedauerns darüber vergießen, daß sie deren Triumphe nicht getheilt haben". [1])

1) Tableaux 3, 296 ff.

Wahrlich, nie vielleicht war in den Zeiten der „väterlichen“ Monarchie die Unterrichtspolizei so unduldsam, so fanatisch und tyrannisch geartet, wie damals, wo die „väterliche“ Republik darauf ausging, mit unbeugsamer Strenge alle Geister nach einer einzigen Schablone zu züchten. Was die damalige republicanische Geistes- und Unterrichtstyrannei äußerlich von jeder monarchischen unterschied, war allein dies, daß sie ihre scharfen Schwerter sorgfältiger mit süßem Wortgepränge umhüllte. Es läßt sich übrigens nicht verkennen, daß seit dem Erlaß jenes Rundschreibens das System des Zwanges, der Gängelung und Ueberwachung in der That einige Erfolge davontrug, wenigstens in Paris.

Am 12. März 1798 sprach sich Mathieu, als Commissar des Directoriums bei der Centralverwaltung des Seinedepartements, noch wenig tröstlich dahin aus: „Die Centralschulen (die dritte war am 22. October 1797 eröffnet worden) scheinen bis zu diesem Augenblick eines Bandes der Einheit und Disciplin entbehrt zu haben; die Studien an denselben haben wenig Schwungkraft und erzielen nur schwache Fortschritte; die Zahl der Zöglinge ist wenig beträchtlich, und Paris ist fern von dem Erfolge, den es in dieser Gattung erreichen kann. Man darf voraussetzen, daß diese Uebelstände aus dem Mangel einiger Organisationsgesetze erwachsen; denn das Verdienst der Lehrer ist unbestreithar; da sie aber nicht unter sich ein Ganzes bilden, so werden sie nicht durch den Wetteifer angestachelt. Die nützlichsten Unterrichtsgegenstände sind manchmal diejenigen, die am meisten der Zuhörer entbehren. Das Collegium Egalité (also grade die einzige aus der alten Zeit erhaltene höhere Schule) ist vielleicht heut die einzige Anstalt in Frankreich, wo die jungen Leute eine lehrreiche Erziehung erhalten.“ In Betreff der „Primärschulen kann man nur bedauern, sie nicht so besucht zu sehen, wie es die Freunde der Freiheit und Gleichheit wünschen. Die Primarlehrer jedoch, ebenso wie die Lehrerinnen,

beginnen die Wirkungen des republicanischen Wohlwollens der Regierung zu erfahren. Diese Wirkungen werden noch fühlbarer werden, sofern man fortfahren wird über die Privaterziehungs-Unternehmer eine strenge Ueberwachung auszuüben. In dieser Beziehung muß man der Centralverwaltung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, anzuerkennen, daß sie aus der alleinigen Eingebung ihres Bürgersinns, und ohne irgend einen höhern Befehl, in einem Circular voller Philosophie den Municipalverwaltungen die Visitation und Ueberwachung dieser Privatanstalten anempfohlen hat. Seit der Verordnung des Directoriums vom (5. Februar) hat sie ihre Anweisungen mit Nachdruck wiederholt und die nöthigen Maßregeln zur völligen Ausführung dieser Verordnung ergriffen. Die 12 Arrondissements von Paris und die 16 Landcantone sind in diesem Moment von den Blicken der auf diesen wichtigen Gegenstand gerichteten Wachsamkeit durchleuchtet. Ueberall werden mit Ungeduld Elementarbücher begehrt. Man sollte einen Buchhändler in Paris beauftragen, alle mit staatlicher Genehmigung versehenen Werke zu halten und zu verkaufen. Auch sollte man eine gewisse Zahl von Exemplaren den Cantonalcommissaren zustellen lassen, mit der Verpflichtung, den Preis dafür nach Ablauf von 3 Monaten zu entrichten. So hat man es für den Canton Pierrefitte gethan, wo die Angelegenheiten nur desto besser im Zuge sind". [1])

Tröstlicher lautete schon Ende September 1798 der Bericht der Verwaltung des Seinedepartements. „Die Organisation der Centralschulen", hieß es darin, „läßt in Bezug auf die Lehrmittel nichts zu wünschen übrig. Wir haben uns mit den Mitteln zur Organisirung der vierten und fünften Centralschule beschäftigt. Die Primärschulen sind im letzten Halbjahr mehr besucht gewesen als im vorangegangenen. In den ersten Tagen des Jahres VI (Sept. 1797) waren diese Schulen fast

1) 3, 304 f.

verödet; gegen Ende desselben Jahres (Sept. 1798) sind sie durch eine ziemlich große Anzahl von Schülern besucht worden. Um ihren Erfolg unwiderruflich zu begründen, müßten sie durchaus unentgeltlich sein, und die Lehrer eine feste Besoldung erhalten. Was die Lehrer und Lehrerinnen der Privatschulen betrifft, so hat die Verwaltung dieselben streng überwachen lassen. Drei Lehrer und ebenso viele Lehrerinnen sind abgesetzt worden, weil sie sich den Gesetzen, sowie den Verordnungen des Directoriums, nicht unterworfen und sich geweigert hatten, den Eid des Hasses gegen Königthum und Anarchie, sowie der Anhänglichkeit an die Republik, zu leisten. Da diese Strenge wesentlich ist für die Aufrechthaltung der Regierung, so ist die Verwaltung fest entschlossen, sie gegen alle diejenigen zur Anwendung zu bringen, die von ihren Pflichten abweichen werden." [1]) Wir bemerken gleich hier, daß die Organisation der vierten und fünften Centralschule niemals zu Stande kam. [2])

Inzwischen ging mit dem einzigen Collegium, das die Schreckenszeit überdauert hatte, mit jenem Collége Égalité, dem ehemaligen Collége Louis-le-Grand, eine Veränderung vor sich. Es wurde am 3. August in Prytanée français umgetauft und sollte nun ausschließlich oder doch vorzugsweise nur den Söhnen von Militärs, den Kindern armer, um das Vaterland verdienter Bürger, und zwar unentgeltlich zugänglich sein. Seine großartige militärische Entwicklung nahm es allerdings erst, gleichwie die Polytechnische Schule, unter dem Consulat. Wie diese durch das Gesetz vom 16. December 1799, so erhielt das Prytaneum seine definitive Organisation erst durch die Verordnung vom 22. März 1800. [3])

1) 3, 292. — 2) Dies folgt aus der Consularverordnung vom 10. Sept. 1803, welche „die drei Centralschulen in Paris" durch Lyceen ersetzte. S. Rondonneau 2, 173. — 3) Lefort 2, 219. Dubarle 2, 351. Théry 2, 193. Kilian 79ff.

Doch nahm dasselbe schon in den letzten Monaten des Jahres 1798 einen beträchtlichen Aufschwung und galt nunmehr als ein Hort regierungstreuer Loyalität.[1]) Dies steigerte denn auch die Hoffnung der Machthaber, durch Beharrlichkeit des gesammten Unterrichtswesens Herr zu werden.

Gegen Ende September 1798, nachdem außer den Municipalitäten auch die Unterrichtsjurys mit der Schulinspection betraut worden, ließ sich der neue Regierungscommissar beim Seinedepartement, Düpin, in einem Generalbericht sehr optimistisch also aus: „Die thatkräftige Ueberwachung, die den Privaterziehungshäusern gegenüber gehandhabt wird, hat das glücklichste Ergebniß erzielt. Die Privatschulen schütteln ihre alten Vorurtheile ab; ihre Zöglinge machen merkliche Fortschritte, sie sind weniger vom Fanatismus behaftet, und es ist aller Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die Lehrer bald mit festem Tritte in den republicanischen Principien einherschreiten werden. Die öffentlichen Uebungen, die sie von ihren Zöglingen haben bestehen lassen, die Preisvertheilungen, die eine Folge davon gewesen sind, haben dargethan, daß in Bezug auf den Unterricht viele nichts zu wünschen ließen. Ich darf nicht mit Stillschweigen das sehr rührende Fest der Preisvertheilung an die Zöglinge der Primärschulen des Departements übergehen. Ich habe alle Zuschauer tief bewegt gesehen über die frühzeitigen Erfolge von Kindern im Alter von 4 und 5 Jahren, über ihren freudigen Wettkampf, über den Eifer ihrer Lehrer, die, trotz ihrer Bedürftigkeit und der Nichtigkeit ihrer Gebühren, sich mit Muth einer schweren Aufgabe hingeben. Gehalten, nur den vierten Theil ihrer Zöglinge umsonst zu unterrichten, giebt es manche, die 60 arme Schüler auf 4 oder 5 Zahler haben. Ihre Namen sind der öffentlichen Erkenntlichkeit empfohlen worden. Die jungen Mädchen haben einen großen Antheil an den Erfolgen der Primärschulen

1) Tableaux 3, 349; 353.

gehabt. Es ist bemerkenswerth, daß bei dem durch die Jury angestellten Vorexamen ihre Unterweisung im Allgemeinen als eine sorgfältigere erschien wie die der Knaben. Der Geschmack und das Studium der exacten Wissenschaften, die in Paris von den geschicktesten Meistern Europas gelehrt werden, ist in der Jugend allgemein verbreitet. Die polytechnische Schule, das Prytaneum, die Centralschulen, die Privaterziehungshäuser liefern dem Vaterlande eine Menge von Zöglingen, die völlig geeignet sind, den Ruhm des Geniecorps und der Artillerie Frankreichs aufrecht zu erhalten und unserer Marine den Ruhm zurückzugeben, den sie nie hätte verlieren sollen. Ebenso verhält es sich mit dem Zeichnen, wofür der Geschmack allgemein verbreitet ist, dessen Studium eine Art Leidenschaft wird und das unseren Manufacturen die glänzendsten Erfolge verheißt. Es ist also üble Laune oder übler Wille, zu behaupten, daß die zehn seit dem Anfang der Revolution verflossenen Jahre für den öffentlichen Unterricht verloren seien. Wenn das Studium der schönen Wissenschaften unterbrochen ward, so hat in eben diesen Zeiten der Unterbrechung die Jugend eine weit nützlichere negative Unterweisung empfangen. Die Ereignisse der Revolution haben sie gewöhnt nachzudenken, haben ihr Urtheil gebildet, und diese hohe Schule wiegt gewiß die Bänke des Collegiums auf. Die französische Jugend hat daraus Nutzen gezogen, und es ist nichts Seltenes, einen Jüngling von 15 Jahren zu finden, der über die Principien der Politik viel besser zu räsonniren versteht wie die alten Räthe des Wiener Hofes." Dennoch sprach Dupin zugleich die Befürchtung aus, daß „die Priester sich des Unterrichts der Kindheit und der Jugend bemächtigen könnten", falls man nicht rechtzeitig einschreite; denn sie „machten sich in Masse zu Lehrern". Zur Abwehr begehrte er ein Gesetz, wonach „jeder Lehrer verheirathet sein müsse".[1])

1) 3, 323 f.; 326.

Einen Monat später, October 1798, berichtete Düpin: „Die Inspectionen sowohl der Primär- wie der Privatschulen werden ziemlich pünktlich durch die Municipalverwaltungen vorgenommen, aber sehr selten durch die Unterrichtsjury, deren Mitglieder von einer so anstrengenden und unentgeltlichen Thätigkeit ermüdet scheinen. Man nimmt mit Vergnügen wahr, daß auf diesen Schulen die ersten Grundlagen nicht mehr durch die Vorurtheile des Fanatismus vergiftet werden. Man findet in ihnen keine Lehrbücher des Aberglaubens mehr. Die Lehrer und Lehrerinnen haben sich fast alle in dieser Hinsicht den dringenden Aufforderungen der Municipalbeamten gefügt. Der heilsame Einfluß, den die Magistrate auf die Erziehungshäuser ausüben, wird bewirken, daß die aufwachsende Generation mehr und besser unterrichtet sein wird als die ihr voraufgegangene. Unsere Kinder werden Republicaner sein; denn schon haben jetzt fast alle Zöglinge, selbst vom zartesten Alter, eine gewisse Kenntniß von der Verfassung. Sie werden auch Redner sein; denn jene zum Wetteifer stachelnde Belohnung, wie man sie denen zuerkennt, die sich an den Dekadenfesten im öffentlichen Hersagen ausgewählter Stücke am meisten auszeichnen, wird ihnen die Zuversicht des freien Mannes geben und in ihnen den Keim der Beredsamkeit entwickeln. Der einzige Flecken, der sich zur Zeit auf dem Bilde des Unterrichts darstellt, ist die Bedürftigkeit und absolute Hülflosigkeit der Primarlehrer. Die Eltern zahlen nicht, und sie selbst sind ohne Vermögen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sie eine mäßige Besoldung empfingen, die ihnen wenigstens das Nothdürftige sicher stellte."

„Die Centralverwaltung hat mehrere reglementarische Beschlüsse über die öffentliche Erziehung gefaßt, die der Genehmigung des Ministers des Innern unterstellt sind. Der eine hat zum Zweck, alle Privatlehrer der Prüfung durch eine Jury zu unterwerfen, die Schulen derjenigen zu schließen, die als unfähig erkannt werden, und keinen Bürger zur Eröffnung einer Schule zuzulassen, wofern er nicht zuvor von der

Jury geprüft und angenommen worden ist. Diese Maßregel erscheint mir unerläßlich. In der That wird die Wachsamkeit der Verwaltung tagtäglich vereitelt; heut befiehlt sie die Schließung einer Schule, und morgen ist es die Köchin des Lehrers, die sich bei der Municipalität zur Eidesleistung einfindet und die Schule unter ihrem Namen wieder eröffnet, so daß die Arbeit der zur Reinigung des öffentlichen Unterrichts bestellten Behörden zum Gewebe der Penelope wird. Der zweite Beschluß erklärt, daß die Schule jedes Lehrers als öffentlicher Ort zu betrachten ist, und daß mithin, gemäß dem Gesetz vom 7. Vendemiaire des Jahres IV (29. Sept. 1795) über die Polizei der Culte, keinerlei Abzeichen irgend eines Gottesdienstes dort aufgestellt oder aufgehängt werden darf. Crucifixe, die man in vielen Schulen fand, haben diese Maßregel hervorgerufen; und es ist um so nothwendiger, eine Scheidewand zwischen dem Unterricht und den Culten aufzurichten, als viele ehemalige Ordensschwestern sich zu Lehrerinnen gemacht haben und sich noch so benehmen, wie wenn sie in ihrem Kloster an der Spitze ihrer Pensionärinnen wären. Der dritte Beschluß ordnet patriotische Gesänge in den kleinen Schulen zur Erholung von den Mühen des Lernens an. Ich bitte den Bürger-Minister, über diese Beschlüsse gefällige Entscheidung treffen zu wollen." [1])

Die Centralverwaltung des Seinedepartements glaubte sich damals auch der zerstreuten und vernachlässigten Reste großer Männer annehmen zu sollen, die in ehemaligen und nunmehr veräußerten Klöstern beigesetzt waren. Auf ihre Anordnung wurde daher die Asche von Molière, Lafontaine und Santeuil, bis auf Weiteres, in den drei in Wirksamkeit befindlichen Centralschulen beigesetzt. Dagegen verblieben Corneille in dem „Tempel des Genius" d. h. Saint-Roch, Malherbe in Saint-Germain-l'Auxerrois, und Boileau in der

1) 3, 335 f.

Sainte-Chapelle, wurden aber mit neuen Inschriften bedacht.[1])

Ende November meldete Düpin: „Der öffentliche Unterricht geht so gut von statten, als es in der gegenwärtigen Lage der Dinge möglich ist. Allerdings schreitet er nicht mit Riesenschritten jener Verbesserung in Bezug auf Grundsätze und philosophische Ideen entgegen, welche die Wünsche der wahren Republicaner nicht aufhören zu ersehnen; doch macht er merkliche Fortschritte. Ein gewisser Wetteifer leitet und stachelt die Lehrer; die Lobe und Preise, die man den jungen Zöglingen an den Dekadenfesten ertheilt, flößen den Lehrern das Verlangen ein, hierbei diejenigen ihrer eigenen Schulen ganz besonders glänzen zu sehen. Uebrigens dienen die Circulare des Ministers, seine Liebe für die Wissenschaften und die Künste, sowie das französische Prytaneum, das sich majestätisch erhebt, und viele andere Thatsachen zu Förderungsmitteln. Welch' einen anderen Aufschwung jedoch würde alsbald der Unterricht nehmen, wenn er ein organisirter wäre, wenn die Lehrer ausgemerzt und besoldet, gute Elementarbücher verfaßt und der Jugendwelt dargeboten, die Priester dagegen und die Ordensschwestern sammt ihren Büchern auf das strengste aus den Erziehungshäusern und unseren Schulen verbannt würden! Auf dem Lande wird der Unterricht mehr besucht, als es je der Fall gewesen. Doch giebt es gewisse Cantone, wo die Sorglosigkeit der Eltern unüberwindlich ist. Der Hauptgrund rührt daher, daß man monatlich eine mäßige Summe zahlen muß. Die republicanischen Bücher sind nicht in den Händen ihrer Kinder, weil sie dieselben nicht bezahlen wollen und es weit bequemer finden, ihnen diejenigen Bücher zu lassen, die sie haben, d. h. die Bücher des Fanatismus. Wenn man das mäßige Opfer bringen könnte, einige Elementarbücher in den Cantonen gratis zu vertheilen, so würde man dem Vaterlande

1) 3, 336.

Herz und Geist der jungen Bürger sichern, die es sich lohnt den Vorurtheilen und der Unwissenheit, als den unvermeidlichen Folgen der Sorglosigkeit ihrer Eltern, zu entreißen. Jedenfalls ist es dringend nothwendig, daß sich der gesetzgebende Körper, gemäß den vom Directorium aufgestellten Gesichtspunkten, über den öffentlichen Unterricht ausspreche, damit dieser moralischen Unordnung ein Ziel gesetzt werden könne."[1])

Ende December berichtete derselbe Commissar: „Die Lehrer der Primärschulen, gleichwie auch die bedeutendsten Pensionsanstalten und Privatschulen benehmen sich gut und fügen sich ziemlich pünktlich den Wünschen der Regierung, sowohl in Bezug auf den Unterricht als in Bezug auf die republicanischen Sitten. Schon bequemen sich die Vorsteher dieser Häuser dazu, unterrichtete und in ihrer Auffassung mit den guten Bürgern übereinstimmende Collaboratoren anzunehmen; schon werden die jungen Zöglinge nicht mehr zur Messe oder zu anderen religiösen Feierlichkeiten geführt; schon endlich haben die Elementarbücher in der Mehrzahl der Schulen gänzlich die Bücher des Aberglaubens verdrängt. In der That üben die Municipalverwaltungen die Ueberwachung mit Sorgfalt, regelmäßige Visitationen werden mit Strenge durchgeführt, und man kann das Ergebniß dieser Bemühungen nur als ein glückliches preisen. Indessen, alles ist noch nicht gethan; es giebt noch viele Lehrer und Lehrerinnen, die wenig geeignet sind es zu sein, sowohl in Bezug auf ihre Moralität als in Bezug auf ihre Fähigkeit; denn viele Lehrer sind Priester und viele Lehrerinnen Ordensschwestern. Beispiele von Strenge setzen oft dem Aberglauben dieser letzteren Klasse Schranken. Zwei Schulen, deren Vorsteher unablässig die gerechtesten Klagen gegen sich hervorriefen, den vom Gesetze vorgeschriebenen Eid verweigerten und einen ebenso unverschämten als gefährlichen Fanatismus zur Schau trugen, sind geschlossen worden. Zwei

1) 3, 349.

andere, von ehemaligen Ordensschwestern geleitet, haben Warnungen erhalten und, wenn nichts die Gefahren ihrer Gewohnheiten beseitigen kann, werden sie ebenfalls verboten werden. Uebrigens schreitet der Unterricht in großen Schritten seiner Vervollkommnung zu. Der Wetteifer erwächst von Neuem; jene Art öffentlicher Prüfungen und Gedächtnißübungen, welche einige junge Zöglinge sowohl in Paris wie in den Landcantonen an den Dekadenfesten bestehen, tragen ausnehmend zu ihrem Fortschreiten und zur Bekehrung ihrer Eltern bei, die nicht umhin können ein süßes Behagen zu empfinden, wenn sie ihre Kinder den öffentlichen Beifall ernten sehen. Dergestalt leitet die Eigenliebe die Niederlage der Vorurtheile ein, bis die Vaterlandsliebe diese ersten Antriebe läutert und entwickelt. Dennoch giebt es viele Eltern, zumal auf dem Lande, welche sich hartnäckig weigern, ihre Kinder in die Primärschulen zu schicken. Wenn jedoch die Erfahrung sie überzeugt haben wird, daß man ohne Unterricht zu nichts gelangen kann, und daß die Primärschulen das einzige Eingangsthor zu den Aemtern und Würden bilden: dann wird das Interesse sie bekehren." [1])

Ein großes Vertrauen setzte die Regierungspartei in Paris darauf, daß der Octoberbeschluß der Departementalverwaltung, alle Privatlehrer der Prüfung durch eine Jury zu unterwerfen, wirklich genehmigt ward. Der Monatsbericht Düpin's vom Ende Januar 1799 sprach sich darüber folgendermaßen aus: „Die demnächstige Thätigkeit der Mitglieder der Jury, welche diejenigen Lehrer und Lehrerinnen prüfen sollen, die gegenwärtig unterrichten oder künftig unterrichten wollen, wird hoffentlich die Fortschritte und die rasche Verbesserung des öffentlichen Unterrichts begünstigen. Diese ehrenwerthe und zarte Verrichtung wird aufhören ein Gewerbe zu sein. Die arbeitslosen und unwissenden Schlosser, Schuhflicker, Maurer, die sich das

1) 3, 359 f. Vgl. 363.

Recht des Unterrichtens angemaßt hatten, werden zu den Werkzeugen zurückkehren, die ihnen Nahrung und Ehre bringen. Die Jury wird die Sittenlosigkeit, den Mangel an Bürgersinn und die Vorurtheile verbannen, welche bedacht waren die Grundsätze der Philosophie, dieser tiefsten Grundlage der Republik, zu verderben; sie wird die Art des Unterrichts überwachen. Nicht, daß nicht im Allgemeinen die Lehrer seit einiger Zeit merkliche Fortschritte zum Guten gethan hätten! Es giebt unter ihnen Personen, die mit tiefgehenden Kenntnissen eine wohlgewählte Methode verbinden und die mit Eifer die Moral und die republicanischen Grundsätze lehren. Aber die Jury wird dazu dienen, deren Zahl beträchtlicher zu machen, diejenigen zu überwachen, auf denen irgend ein Verdacht von Mangel an Bürgersinn oder von Schwäche gegenüber den Vorurtheilen der Eltern ihrer Zöglinge ruht, und endlich zu verhindern, daß hinterlistige Priester sich dieser Erziehung bemächtigen um die neue Generation, die Hoffnung des Staates, zu vergiften. Alles zusammengenommen, hat der öffentliche Unterricht seit einem Jahre fühlbare Fortschritte gemacht; die Verwaltungen widmen ihm eine lobenswerthe Wachsamkeit, und die Jury, die zuweilen ihre Aufgabe drückend zu finden schien, wird sich ihr fortan mit mehr Wärme hingeben, nachdem sie von der Centralverwaltung eine neue, jedem ihrer Mitglieder angemessenere Arbeitsvertheilung erwirkt hat." [1])

Im Februar glaubte Düpin triumphiren zu können: „Der öffentliche Unterricht", schrieb er mit Genugthuung, „wird thatkräftig überwacht. Die Prüfungsjury für die Lehrer hat schon mehrere Arrondissements gesäubert. Dies Verfahren wird für den Lehrberuf, aus dem sich Viele ein Gewerbe gemacht hatten, sehr vortheilhaft wirken. Die Entfernung aller unwissenden, unsittlichen und fanatischen Geschöpfe, die das Ergebniß davon sein wird, kann dem öffentlichen Geiste nur

1) 3, 364 f.

Schwung verleihen. In den Landcantonen besteht zwischen den Lehrern und den Schülern ein den Fortschritten des Unterrichts sehr förderlicher Wetteifer. Derselbe beruht auf dem öffentlichen Vortrage historischer und philosophischer Stücke durch die Kinder an den Dekadenfesten. Der monarchische Despotismus fand sein Interesse dabei, jede Art von Unterricht dem Volke fernzuhalten, weil das Fundament des Thrones die Unwissenheit ist; die Republik aber, die nur durch die Tugend und die Philosophie besteht, muß darnach trachten, sich durch den Unterricht ihre Anhänger und ihre Unterthanen zu bilden." [1])

Wie indeß dem religionslosen Cultus, so thürmten sich auch mehr und mehr der religionslosen Schule Berge von Hindernissen entgegen. Und wie in der einen, so begannen auch in der andern Beziehung die Regierenden allmählich an einem absoluten Sieg zu zweifeln. Bereits im März 1799 war die Hoffnung Düpin's wieder im Sinken. „Die Municipalverwaltungen", berichtete er, „wachen darüber, daß die Moral und die Bürgerpflichten in allen Schulen gelehrt werden. Auf einigen derselben wagen die Lehrer noch mit dem Unterricht in Wissenschaften und Künsten die Lehre und die Uebung der Vorurtheile des Katholicismus zu verbinden. Es giebt so manches Pensionat, wo sich Kapelle und Beichtstuhl finden, so manches andere, wo der Lehrer die Zöglinge zur Messe führt. Die einen vermehren sich auf Grund des Gesetzes vom 7. Vendemiaire IV (29. September 1795; es gestattete im Artikel 16 den Hausgottesdienst), und die anderen auf Grund der Freiheit der Culte und gemäß dem ausdrücklichen Willen der Eltern. Man wird ihnen antworten durch die Schließung ihrer Schulen des Fanatismus. Auf denselben werden, wie man wahrnimmt, Kinder von Generalen und Abgeordneten erzogen. Diese Abgeordneten, die sich in den Jahren 1792

1) 3, 368 f. Vgl. 363.

und 1793 am meisten gegen die Priester erhoben haben, betrachten ihre Tochter nicht eher als wohlerzogen, bis sie ihre erste Communion vollzogen hat. Im Ganzen ist die Masse des Unterrichts eine sehr schwache. Die Errichtung der Prüfungsjury, insofern sie eine gute Auswahl von Lehrern bewirkt, wird den Unterricht nachdrücklicher und erfolgreicher gestalten." [1])

Ungeachtet dieses letzteren Trostes bekannte Düpin in seinem nächsten Monatsbericht, vom April 1799, daß man, trotz aller Anstrengungen, nicht zum Ziel zu kommen vermöge. „In Paris", schreibt er, „sind die Primärschulen noch immer weniger besucht wie die Privatschulen, namentlich wie diejenigen, wo der Aberglaube noch eine Zufluchtsstätte findet. Vielleicht müßte man, um Gleichheit des Erfolges zu sichern, die ersteren in bevorzugende Localitäten unterbringen, dem Lehrer eine bessere Besoldung verschaffen, ihm Prämien für den Fall bewilligen, daß er eine große Zahl von Schülern gratis annimmt, eine größere als die anfangs im Verhältniß zur Bevölkerung des Arrondissements festgesetzte. Uebrigens aber werden alle diese Mittel stets nur nebensächliche sein. Hauptsächlich ist es die Gesetzgebung, durch die der republicanische Unterricht seine Kraft erlangen muß. Möge das Gesetz verordnen, daß von einem bestimmten Zeitpunkte an Niemand Beamter werden dürfe, der nicht alle Stufen der Primär- und der Centralschulen durchlaufen hat! Dann werden wir Republicaner haben, weil das ehrgeizige Streben nach Macht, die Eigenliebe und selbst der Stolz sich vereinigen werden, um die Absicht des Gesetzes zu unterstützen. Drei Privatschulen sind geschlossen worden, weil deren Lehrer den Eid nicht geleistet hatten und ihre Zöglinge zum Fanatismus heranbildeten. Ein Primarlehrer, der auf ihren Fährten wandelte, hat einen kräftigen Verweis erhalten. Die Prüfung durch die Jury hat einige Rücktritte bewirkt. Mehrere

1) 3, 373 f.

Lehrer und Lehrerinnen haben ihren Stand aufgegeben, als sie sahen, daß sie ein Examen bestehen müßten. Mit ihnen haben sich die Unwissenheit und der Aberglaube zurückgezogen." [1])

Was man alles aufbot, um für die Regierungsschulen Propaganda zu machen: das zeigt sich nicht nur in den genugsam erwähnten Versuchen, die Dekadenfeier durch rhetorische Kinderwettkämpfe zu heben, sondern auch in dem Zuschnitt gewisser Feste, namentlich des „Festes der Jugend", das am 10. Germinal gefeiert wurde. Im Jahre 1799 fiel dasselbe auf den 30. März. „Es wurde", sagt der Bericht darüber, „mit großem Erfolge in den Cantonen gefeiert. In mehreren derselben hatte die gesammte Municipalverwaltung, in Ausübung der Amtsthätigkeit der Jury, den Tag zuvor die jungen Zöglinge beiderlei Geschlechts geprüft und diejenigen Kinder zu Preisempfängern ernannt, die in den Gegenständen der Prüfung: Rechnen, Republicanische Maße, Schreiben, Lesen, Menschenrechte und Verfassung vom Jahre III die besten Antworten gaben; am andern Tage, dem Festtage, wurden die Preise vertheilt. In einigen Cantonen haben Privatleute Bücher zu Geschenken gemacht, was die Freude der Schüler und die Zufriedenheit der Eltern steigerte. Dieser Feierlichkeit am Vormittage folgten Spiele, Tänze und andere anmuthige Vergnügungen. Auch in Paris war das Fest glänzend und zahlreich besucht, die Befriedigung lebhaft und rein." [2])

Immer neue Hebel wurden erfunden und eingesetzt oder anempfohlen, um die Regierungsschulen zu heben und durch sie die momentan herrschenden Parteigrundsätze zu befestigen und auszubreiten. Der Maibericht Düpin's meldet in erster Linie: „Die Jury setzt mit Erfolg ihre Prüfung fort und entfernt verständigerweise vom Unterricht alle diejenigen Lehrer, die, ohne Kenntnisse und ohne Subsistenzmittel, diese ehrenhafte Thätigkeit wie ein Gewerbe betreiben." Dann fährt er fort:

1) 3, 377 f. — 2) 3, 376 f.

„Es giebt unter den Lehrern solche, die zwar Wissen und Talent besitzen, aber nicht die Kunst des Lehrens. Diese werden nichts destoweniger beibehalten. Um aber diesem Uebelstande abzuhelfen, der den Folgen der Unwissenheit gleichkommen kann, hat die Centralverwaltung einen Normalcursus eingerichtet, wo die Professoren der Centralschulen die Grundsätze des Lehrens allen Lehrern und Lehrerinnen sowohl der Primär- wie der Privatschulen auseinandersetzen werden. Die Eröffnung dieses Cursus hat am 25. Floreal (14. Mai) stattgefunden. Der Präsident der Centralverwaltung hat dabei eine Rede voll Bürgersinns mit Bezug auf den Zweck der Versammlung gehalten, und ebenso der Bürger Dühamel, Professor der Centralschule des Pantheon. Es steht zu hoffen, daß dieser Normalcursus den Nutzen und Erfolg haben wird, den die Centralverwaltung sich davon bei seiner Einrichtung versprochen hat. Andererseits haben die Commissare des Directoriums bei den Municipalverwaltungen diesen letzteren bei ihrer Einsetzung bemerklich gemacht, daß sie zu ihren obersten Pflichten die auszuübende Ueberwachung der Privaterziehungshäuser zählen müßten. Sie haben ihnen eingeschärft, daß sie in diesen Häusern ebenso häufige als unerwartete Visitationen zu unternehmen hätten, daß sie sich der Moralität und der Talente der Lehrer vergewissern sollten u. s. w. Um den Wetteifer unter den Lehrern und den Zöglingen anzufeuern, dürfte es vielleicht auch nützlich sein, innerhalb jeder Verwaltung in jeder Dekade einmal Nachmittags eine Uebung zu veranstalten, wozu einige Lehrer und ihre Schüler zu berufen wären, um von ihrem Fortschritt Beweis abzulegen. Die Zöglinge müßten entweder durch die Mitglieder der Verwaltung oder durch den Commissar befragt werden, und zwar über die Rechte und Pflichten des Menschen, über die Verfassung, die Decimalrechnung u. s. w. Alle Lehrer und Lehrerinnen müßten nach einer bestimmten Reihenfolge dekadenweise berufen werden. Auf dem Lande ist der Unterricht fortwährend ein republicanischer; nur ist er

in diesem Augenblick fast null. Es ist in der That eine alte Gewohnheit, die Kinder von 8 oder 9 Jahren an auf dem Felde arbeiten zu lassen. Das Bedürfniß der Arme verstärkt noch in diesem Augenblick die Gesinnung der Eltern, so daß die Lehrer, besonders die Primarlehrer, den Muth verlieren, da sie fast gar keine Schüler haben und keinen andern Lohn als die Wohnung ohne feste Einnahme." [1])

Ueber die damalige Lage in den Departements giebt uns ein Gesammtbericht vom April und Mai 1799 Auskunft. Zunächst wird darin erklärt, daß eine „große Zahl derselben" von einer „erschreckenden Räuberei" heimgesucht sei; daß „überall das öffentliche Elend das äußerste Maß erreicht" habe; daß die Bürger von einer „verhängnißvollen Gleichgültigkeit für alle Interessen der Republik" erfüllt seien; daß in „einigen Departements" sogar von den Royalisten über die „Niederlagen" der Republik und die „Fortschritte des Feindes" eine „ruchlose Freude" bezeigt werde; und daß man „kaum ein Dutzend von Departements" aufzählen könne, wo der überall sonst „verkommene öffentliche Geist" noch „irgend einen Rest von Energie bewahrt" habe. Dann legt der Bericht das trostlose Geständniß ab, daß die Primärschulen „im Allgemeinen da, wo sie beständen, verödet" seien; daß es aber in „zahlreichen Cantonen überhaupt gar keine gebe." Aber auch die Centralschulen hätten nur „mäßige Erfolge" aufzuweisen; die Besoldungen seien „häufig im Rückstande", die Eltern der Zöglinge über „politische und religiöse Meinungen" in stetem „Streit mit den Lehrern"; der nur „allzu häufige Wechsel" im Lehrpersonal, der Widerwille „verdienter Männer gegen diese Art der Thätigkeit" und das Unvermögen der Behörden, „unterrichtete Männer für die Leitung ihrer Centralschule zu gewinnen", wären ebenfalls „Hindernisse für die rasche Entwicklung dieser Institution". [2])

1) 3, 380 f. — 2) Rocquain 378—382.

Unter diesen Verhältnissen stand nach allen Richtungen hin ein baldiger Wendepunkt zu erwarten.

6. Die pädagogische Reaction.

Der Staatsstreich vom 18. Juni 1799, der das Uebergangsstadium zum Bonapartismus einleitete, führte, wie einen Parteiwechsel im Directorium, in den Ministerien und in allen Verwaltungsämtern, so auch die Beseitigung Düpin's herbei. In seinem kurzen Schlußbericht vom Juni lobt er zwar die Unterrichtsjury, die improvisirte Normalschule und die Municipalverwaltungen, aber er endet mit dem Bekenntniß: „Viele Lehrer nehmen die Gewohnheiten des Fanatismus wieder an und vernachlässigen die republicanischen Institutionen.“ [1])

François von Neufchateau, der zuletzt wieder das Ministerium des Innern bekleidet hatte, mußte ebenfalls von seinem Platze weichen. In seinem Abschiedscircular vom 23. Juni kam er noch einmal auf sein pädagogisches Lieblingsthema zurück. „Bürger,“ schrieb er, „indem ich das Ministerium verlasse, gilt mein letzter Gedanke dem öffentlichen Unterricht. Am 1. Germinal (21. März) habe ich eine Methode für den Leseunterricht bei Kindern veröffentlicht. Es schien mir angemessen, daß der mit der Leitung des Unterrichts betraute Minister das Beispiel der undankbaren, aber nützlichen Arbeit gebe, welche die Elementarschriften zum Gebrauche der Lehrer erheischen. Das Werk ist durch den Unterrichtsrath gebilligt und in das officielle Verzeichniß der Elementarbücher aufgenommen worden. Indem ich Ihnen ein Exemplar dieser Methode übersende u. s. w. Es lebe die Republik!“ [2])

Allein die Republik und der republicanische Unterricht lagen vielmehr in den letzten Zügen. Das Nahen der Reaction

1) Tableaux 3, 388 f. — 2) 3, 396.

kündete sich immer deutlicher an. Im Juli 1799 meldete das Centralbüreau, daß in den Volksgruppen „ziemlich offen die Sache des Fanatismus vertheidigt" werde, daß man sich „des Breiten über die schlechte Erziehung der Kinder wie über die schlechten Sitten ergehe", und daß manche Redner darauf hinaus kämen: „die katholische Religion sei eine Nothwendigkeit." Manche Schullehrer nahmen es sich heraus, an republicanischen Festtagen Schule zu halten. Elementarbücher royalistischer und katholischer Tendenz wurden den Schülern wieder in die Hände gegeben. Eins dieser letzteren, betitelt „Leben der berühmtesten Zeitgenossen", wurde ganz besonders von den Behörden verfolgt.[1])

In den Provinzen stand es noch bedenklicher. Der Regierungscommissar beim Departement der Haute-Saône berichtete am 18. August in sehr niederschlagender Weise: „Der öffentliche Unterricht ist in den Händen von Unwissenden, von Männern, die den Grundsätzen des Aberglaubens völlig ergeben sind, von Schulmeistern der alten Zeit. Der Unterricht muß in diesem Departement als Null betrachtet werden."[2]) Ebenso erklärte er in seinen Berichten vom September und October: Der Unterricht sei versunken in einen „Zustand der Stagnation, der Trägheit und Verkommenheit". Verfolgungen aller Art waren auch hier, wie in Paris, die einzigen Auskunftsmittel des verzweifelnden Republicanismus; in Besoul wurden zwei Professoren der Centralschule abgesetzt, und man glaubte nun thörichterweise wunder was gethan zu haben um „den öffentlichen Geist wieder zu beleben".[3])

Unter solchen Aengsten lief am 9. November 1799 die Republik in den Hafen des bonapartischen Consulates ein, das sich Anfangs klüglich die republicanische Maske vorhielt.

Trotz aller vom Directorium versuchten Geisterdressur, oder vielmehr grade wegen derselben, war der bisherige

1) 3, 399; 427. — 2) 3, 429. — 3) 3, 456; 459.

Erfolg des republicanischen Schulwesens offenbar ein höchst kläglicher geblieben. Dies stellte sich auch im Allgemeinen schon bei der ersten Umschau der Consularregierung heraus.

Die neuen Behörden des Seinedepartements erklärten im Januar 1800, daß daselbst „der öffentliche Unterricht noch nicht einmal bei seiner Morgenröthe" angelangt sei und daß „viele Schulen noch nicht einmal vollständig" organisirt wären. Dennoch ergingen auch sie sich noch in republicanischen Illusionen. Der neue Commissar Garnier sagte in seinem Januarbericht: „Man muß bekennen, daß die Regierung bisher viel gethan, das heißt viel Geld ausgegeben hat für die Centralschulen. Aber die Primärschulen befinden sich in einer jammervollen Lage. Und doch ist es gewiß, daß die ersten Eindrücke die dauerhaftesten sind! Es wäre daher von Wichtigkeit, der Jugend von dem ersten Aufbruch des Verständnisses an, sobald sie das Gefühl für Gutes und Böses hat, die freisinnigen Ideen und die republicanische Moral zuzuführen. Was lehrt man heut in den Primärschulen? Man lehrt dort Lesen, Schreiben, Rechnen. Kann eine solche rein mechanische Erziehung genügen, um den Menschen für das Glück vorzubereiten? Die bürgerliche Behörde kann das nicht glauben. Wenn man ein Vaterland hat, wenn man ihm anhänglich ist mittelst der Grundsätze einer weisen Freiheit, so hat man Pflichten zu erfüllen, und derjenige, der sich derselben bewußt ist, erfüllt sie jederzeit besser. Uebrigens spart das Departement weder Ermuthigung noch Mühen um, so viel von ihm abhängt, den Wetteifer in den Schulen zu fördern; es spornt den Eifer der Municipalitäten, um die Visitationen derselben fruchtbar zu machen; es belobt die Unterrichtsjury, die mit Weisheit verfährt; es feuert die Lehrer an, denen es Exemplare von dem vereinfachten Buchstabirbuch des Bürgers Noël zugestellt hat mit der Aufforderung, dasselbe einzuführen. In den Cantonen sind die Primäranstalten fast Null; sie werden weder geachtet noch bezahlt, so daß der Unterricht auf dem Lande durch Privat-

lehrer versorgt wird, die sich zwar dem Scheine nach den Gesetzen der Republik fügen, aber allen Vorurtheilen der Eltern nachgeben. Einzelne dieser Cantone bieten allerdings ein Beispiel, dessen Nachahmung in allen wünschenswerth wäre. Die Schüler wohnen den Versammlungen bei, werden hier öffentlich geprüft und erzählen aus dem Gedächtniß Züge von Heldenmuth und Tugend." Schließlich machte der Commissar auf einen neuen Uebelstand aufmerksam. „Mehrere Individuen", sagt er, „bergen in übel gelegenen Zimmern Kinder beiderlei Geschlechts, denen sie schlechte Lehren in Bezug auf Lesen, Schreiben und Orthographie beibringen. Will man diese Leute zur Befolgung der Gesetze über den öffentlichen Unterricht anhalten, so antworten sie, daß diese Gesetze auf sie nicht anwendbar seien, weil sie nicht Lehrer, sondern nur die Wärter der ihnen anvertrauten Kinder wären. Darf die öffentliche Gewalt dazu schreiten, diese Quelle von Unwissenheit und schlechter Erziehung zu schließen?" [1])

Der Bericht vom Februar 1800 war nicht tröstlicher; doch spendete er „den autorisirten Lehrern einiges Lob". Als die „Grundsätze, woran die Lehrer unabläßig gemahnt" würden, bezeichnete er folgende: „Kein Fanatismus! Keine Unduldsamkeit! Pflichterfüllung eines Jeden in seiner Klasse! Achtung vor dem Gesetz und seinen Organen! Unterweisung in den Privattugenden! Lectionen, die zu den guten und schönen Handlungen Liebe einflößen, und selbst Erkenntlichkeit für deren Urheber, welchem Orte und welcher Sekte sie auch angehören mögen!" Für „Viele unter den Lehrern" wären in der That diese Grundsätze maßgebend; man gewahre bei ihnen nicht die „Absicht, das Herz der Kinder dem Vaterlande zu entfremden, noch finstere und strafbare Umtriebe, um dahin zu gelangen". Auf dem Lande seien „die Primärschulen wenig besucht; in mehreren Cantonen legten die Lehrer ihr Amt

1) 3, 481 f.

nieder, aus Mangel an Schülern und an Subsistenzmitteln". Am Schlusse heißt es: „Mit Schmerz gewahrt man, was alles noch dem öffentlichen Unterrichte fehlt. Die Regierung, die sich zur Zeit mit den ersten organischen Gesetzen der Verfassungsakte beschäftigt, vermag sich noch nicht mit dem öffentlichen Unterricht zu beschäftigen, ungeachtet des Interesses, das er ihr einflößt. Die ersten Worte, die sie über diesen Gegenstand sprechen wird, werden mit der ernstesten und nachdenklichsten Aufmerksamkeit gehört und aufgenommen werden." [1])

Der Minister des Innern, Lucian Bonaparte, der von langer Hand her durch geheime Umtriebe und durch laute Agitationen das Emporkommen seines Bruders Napoleon angebahnt und dann durch keckes Handeln am 18. Brümaire erwirkt hatte, war vor allem bedacht, jeder Restauration im Sinne der Legitimität vorzubeugen, und als ein besonders „geeignetes" Vorbeugungsmittel erachtete er den öffentlichen Unterricht. Deshalb mahnte er am 26. Januar 1800 die Centralverwaltungen, namentlich diejenige des Seinedepartements, die „schleunigsten Maßregeln zu ergreifen", um den Umtrieben der „Priester", den „contrerevolutionären Entwürfen" der royalistisch-klericalen Partei „Einhalt zu thun"; man müsse „dieses Ziel dadurch zu erreichen suchen, daß man die Mittel des Unterrichts vervielfältige, zumal diejenigen, welche der Fassungskraft der minder aufgeklärten Bevölkerungsklasse am meisten entsprächen"; dadurch werde man auch „sicher stellen die Achtung vor den republicanischen Institutionen". [2]) So ward wiederum die Politik zum leitenden Grundsatz im Unterrichtswesen erhoben. Und diesmal galt es dabei, den republicanischen Phrasen zum Trotz die bonapartistische Monarchie vorzubereiten.

Bald genug kam es denn auch dahin, daß die Regierung einerseits mit der Wiederherstellung der monarchischen

1) 3, 487. — 2) 3, 483.

Unterrichtsanstalten der Vergangenheit zu sympathisiren, und andrerseits die aus der Revolution hervorgegangenen Unterrichtsgrundsätze als Truggespinnste und Träumereien zu verurtheilen begann. Chaptal, der Nachfolger Lucian Bonaparte's im Ministerium des Innern, der wie dieser auf eine Vervielfältigung des Unterrichts im bonapartisch-monarchischen Sinne ausging, schrieb am 15. März 1801 an die Präfecten: „Eine einzige Centralschule für jedes Departement genügt für den öffentlichen Unterricht nicht ... Seit zehn Jahren fordert man von allen Seiten die Wiederherstellung jener blühenden Collegien, wo eine zahlreiche Jugend einen geschickten und zureichenden Unterricht fand." Dann führt er aus: man müsse „nichts mehr auf die trügerische Theorie der Träumereien geben, und der französischen Jugend einen angemessenen Unterricht sichern". Und endlich erkundigte er sich nach den Verhältnissen des öffentlichen Unterrichts „vor der Revolution" in Bezug auf jedes einzelne Departement und Arrondissement.[1])

Wir kennen die Antworten der Präfecten nicht, wohl aber die Berichte der außerordentlichen Commissare, die im Verlaufe des Jahres 1801 über die Zustände der verschiedenen Landestheile eingehende Auskunft ertheilten. Sie lautete in Bezug auf das Schulwesen wahrhaft erschreckend dahin: Im Allgemeinen seien die bisherigen Unterrichtsgesetze „nahezu ein todter Buchstabe" geblieben; überall liege der Unterricht schwer darnieder; unter dem Directorium sei so gut wie nichts dafür geschehen. Die Centralschulen hätten zwar in den letzten Jahren einige Kraft gewonnen, aber die Lehrstühle der Grammatik, Geschichte, Literatur- und Gesetzeskunde seien meist verödet, und in manchen dieser Schulen gebe es nur Schüler für den Cursus im Zeichnen. Aeußerst kläglich stehe es mit den Primärschulen; von denselben sei überhaupt „nur ein

1) 3, 489.

Theil" in's Leben getreten, und diese, obwohl ihre Zahl in gar keinem Verhältniß zur Bevölkerungsziffer stehe, seien noch weniger besucht als die Centralschulen. Nicht nur zahllose „kleine Gemeinden", sondern „selbst Städte", ja „viele Cantone" hätten nicht eine einzige Primärschule aufzuweisen. Ueberall wären die Maires und ihre Adjuncten äußerst unwissend, die Municipalagenten ohne Einsicht und Fähigkeit, die Mehrzahl derselben auf dem Lande sogar weder des Schreibens noch des Lesens kundig, die Friedensrichter ohne irgend eine Vorstellung von dem Inhalt der Gesetze. Von manchen Departements heißt es, daß „nicht der zehnte Theil der Bevölkerung lesen könne", was unter den gegebenen Umständen noch nicht einmal als ein sehr ungünstiges Verhältniß zu betrachten war. Von anderen hieß es dagegen, daß „auf wenigen Flecken Europas ein gleich hoher Grad von Unwissenheit" herrsche. Ueberall, ließen die Berichterstatter durchblicken, stehe es mit dem Unterricht weit schlimmer wie vor der Revolution. Vieler Orten hätten daher auch wieder ehemalige Pfarrer, Vicare und Ordensschwestern den Elementarunterricht von Knaben und Mädchen, wie vor der Revolution, in die Hand genommen; und es wurde auch ausdrücklich empfohlen, dieses System des geistlichen Unterrichts, wohl oder übel, wenigstens auf dem Lande wiederherzustellen, zumal da grade das Verbot für die Schullehrer, zu den Kindern nicht von Religion zu sprechen, bei der „schwachen Natur des menschlichen Herzens" nur dahin führe, daß dies „von Seiten der Eltern desto mehr gewünscht" werde.

Im Seinedepartement, unter der unmittelbaren Einwirkung der höchsten Behörden, waren zwar im Jahre 1801 die gesetzlich verordneten 56 Primärschulen, davon 24 für Paris, im Gange. Aber jede derselben umfaßte durchschnittlich nur 40 Schüler, während sie nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer durchschnittlich mehr als 400 hätte umfassen müssen. In Bezug auf den Werth des Unterrichtes waren

XXVI 244

selbst die Schulen der Hauptstadt mangelhaft, aber noch unvergleichlich mangelhafter diejenigen des übrigen Landes. Das konnte aber um so weniger Wunder nehmen, als die Primarlehrer, wie sich aus den Berichten ergab, sich fast überall in einer äußerst dürftigen und oft verzweiflungsvollen Lage befanden. Die ihnen gesetzlich zugesagten Wohnungen waren ihnen noch immer nicht angewiesen worden; das ihnen gesetzlich zuerkannte Schulgeld wurde thatsächlich von den Eltern nicht gezahlt und etwaige Mahnungen mit der Wegnahme der Kinder aus der Schule beantwortet; die empfohlenen officiellen Elementarbücher konnten aus Mangel an Geld nicht angeschafft werden; eine feste Besoldung war den Lehrern zwar wiederholt in Aussicht gestellt, aber niemals bewilligt worden. Ueberdies, hieß es, seien die Lehrer meist unfähige Subjecte, weil es an fähigen durchaus gebreche, und weil bei ihrer Wahl nicht sowohl auf das Wissen, als auf den politischen Parteistandpunkt Rücksicht genommen worden sei. Viele von ihnen wären auch nicht blos „unfähig und unwissend", sondern noch obendrein einem „trunksüchtigen und sittenlosen Lebenswandel" ergeben. Die „Verachtung der Religion", die fast alle „zur Schau trügen", habe vollends die Familienväter abgehalten, ihre Kinder ihnen anzuvertrauen. So sei man denn noch im Jahre 1801 in der Verwirklichung des Unterrichtsgesetzes vom October 1795 „um nichts weiter gekommen, wie am Anfang"; der Primärunterricht sei „fast überall null oder spottwürdig", und dergestalt eine „ungeheure Kindermenge sowohl in den Städten wie auf dem Lande zu der Schmach und dem Unheil einer vollständigen Unwissenheit verdammt".[1])

Bis dahin war das Consulat noch nicht über die

1) Rocquain XXII—XXVIII; 28; 153; 192 ff.; 243—47; 308; 321; 338; 344 f.; 348.

militärisch zugeschnittene Reorganisation der „Polytechnischen Schule“ und des „Französischen Prytaneums“ hinausgekommen.[1]) Erst mit dem Unterrichtsgesetz vom 1. Mai 1802 begann die Organisirung von „Secundärschulen“ und von „Lyceen“ an der Stelle der bisherigen Centralschulen; mit der Verordnung vom 23. Januar 1803 die Umgestaltung des „Instituts“ in vier Klassen und in Sectionen; und mit dem Gesetz vom 13. März 1804 die Errichtung von Rechtsschulen. Die Wiederherstellung und Umgestaltung der „Universität“ blieb dem Kaiserreich vorbehalten, d. h. dem Gesetz vom 10. Mai 1806 und dem Decret vom 17. März 1808, welches letztere zugleich auch die Wiedereinrichtung einer Normalschule in Paris verfügte.

Das Napoleonische Kaiserreich blieb insofern dem bisherigen revolutionären Entwicklungsgange getreu, als es auch seinerseits vor allem darnach trachtete, das Gebiet des Unterrichts seinen speciellen Interessen dienstbar zu machen. Und es erreichte auch in der That annähernd die Verwirklichung seines politischen, aber nichts weniger als die Verwirklichung des pädagogischen Ideals. Die Aufgabe des öffentlichen Unterrichts wurde in erster Linie nicht sowohl der Unterricht selbst, als vielmehr die Einimpfung imperialistischer Grundsätze. Das in dem Schulwesen herrschende Princip war nun vollends das der geistig-politischen Dressur und Uniformirung. Und dieses Princip wurde selbst äußerlich zum Ausdruck gebracht, d. h. das Schülerheer Frankreichs wurde, nach dem Wegweiser der Consulatsverordnung vom 27. October 1802, in eine militärisch-imperialistische Uniform gesteckt, die dann ab und zu kraft dictatorischer Willkür abgeändert ward.

Anfangs bestand diese Uniform aus dunkelblauem Tuch. Ein kaiserliches Decret vom 2. Juli 1808 verordnete jedoch,

1) S. oben S. 367.

daß „die Zöglinge der Lyceen, Collegien, Institute, Pensionate und überhaupt aller Schulanstalten, die von der kaiserlichen Universität abhingen", künftig „nicht mehr Kleider aus dunkelblauem Tuche" tragen sollten; diese Farbe solle vielmehr „durch andere ersetzt werden; zu deren Mischung keine Färbstoffe aus den Colonien" erforderlich seien. Demgemäß verfügte der Minister des Innern, Cretet, nach dem Vorschlage des „Generaldirectors des öffentlichen Unterrichts", u. A. daß „1) die Uniform der Zöglinge der Lyceen aus einem Rock von eisengrauem Tuche, eben solcher Weste und Beinkleidern bestehen solle, der Kragen aber, die Um- und Aufschläge aus hochrother Farbe; 2) die Uniform der Schüler der Secundärschulen der Gemeinden ebenfalls aus eisengrauem Tuch" u. s. w. u. s. w. Dabei fehlte es auch nicht an sorgsamen Vorschriften über den „Schnitt". Fourcroy, der Generaldirector des öffentlichen Unterrichts, verfehlte nicht, allen Präfecten noch besonders die größte Sorgfalt zu empfehlen, „damit die Erneuung der Bekleidungsstücke für die Nationalzöglinge und Pensionäre sich vorschriftsgemäß vollziehe". Zu dem Ende waren jedem Schreiben mustergültige Tuchproben beigelegt.[1])

Die imperialistische Schuldressur griff dergestalt durch, daß die erste Restauration vieler Orten, und namentlich auf den Lyceen, bedenkliche imperialistische Tumulte und Demonstrationen von Seiten der Schüler hervorrief.[2]) Daher war es denn auch der Glaube der Hundert-Tage, durch ein weit ausgesponnenes System von Conduitenlisten auf dem Gebiete des Unterrichts neuerdings das Kaiserthum befestigen zu können. Alle Präfecten wurden damals angewiesen, eingehenden Bericht zu erstatten „über die Lage, die Talente, das Benehmen und die Moralität der Gesammtheit der Rectoren, der Inspectoren, der Schulvorsteher, der Professoren, der Schulhalter, der Lehrer, und überhaupt über alle von der

1) Tableaux 3, 494 f. — 2) 3, 510 f.

Universität und den Facultäten abhängige und auf irgend eine Art mit dem öffentlichen Unterricht in Verbindung stehende Personen". [1]) Nichtsdestoweniger kam es zur Wiederherstellung des Bourbonischen Königthums. Aber auch dieses, gleichwie die vorangegangenen und wie die nachfolgenden Regierungen, verfiel in den kläglichen Wahn, die Schule zu einem politischen Machtschemel gestalten zu können.

Die politische Parteitendenz in der Organisirung des Unterrichts ist niemals eine Bürgschaft für die Dauer der herrschenden Partei gewesen, wohl aber jederzeit eine Verzerrung und Vergiftung der idealen Unterrichtszwecke. Die Schule soll einzig da sein um geistig zu bilden, nicht aber um politisch oder religiös zu züchten. Darum eben ist Frankreich fort und fort, auch trotz der sachlich besseren Gestaltung der Volksschule unter der Juli-Monarchie, in der Volksbildung zurückgeblieben, weil es fort und fort die Bildung nicht sowohl um ihrer selbst willen pflegte, als vielmehr um sie bestimmten Parteiprincipien oder nationalen Vorurtheilen dienstbar zu machen.

Diese Thatsachen enthalten eine große Lehre für alle Völker: Die Bildung muß sich Selbstzweck sein. Nicht einer bestimmten Partei hat die Schule zu dienen, sondern sie muß im Gegentheil, sowohl in ihren Lehrern wie in ihren Schülern, alle politischen und religiösen Richtungen zulassen. Nur Simultanschulen, in politischer und religiöser Beziehung, können daher die wahrhaft pädagogische Aufgabe erfüllen. Völlig von der politischen oder der religiösen Denksphäre losgelöste Schulen sind, wie sich unter Klardenkenden von selbst versteht, ein Ding der Unmöglichkeit. Aber wie ein specifisch politischer Unterricht, wenn er in den Volksschulen Sitte wäre, was glücklicherweise nicht der Fall ist, weder zu einer Gruppirung der Schüler nach politischen

1) 3, 520.

Parteistandpunkten führen, noch als ein gemeinsamer von einem bestimmten schroffen Parteistandpunkt aus ertheilt werden dürfte: so sollte auch der Religionsunterricht in den Volksschulen weder nach confessionellen Gruppen zerlegt, noch als ein gemeinsamer von einem bestimmten confessionellen Standpunkt aus ertheilt werden. Er muß vielmehr eben ein solcher sein, an dem die Schüler aller Confessionen theilnehmen können, und der ihnen einerseits die gemeinsamen Grundlagen aller Religionen und Confessionen, andererseits die Eigenthümlichkeiten jeder einzelnen mit gleicher Ruhe und Unparteilichkeit vor Augen führt. Der vielgebrauchte Ausdruck „confessionslose Schulen" ist eine nicht eben glückliche Erfindung der Neuzeit. Denn, obwohl er das Richtige sagt, ist er fortwährend, wie zahllose Thatsachen lehren, dem Mißverständniß preisgegeben, als ob darunter nichts Anderes und Besseres zu verstehen sei, als jene kläglichen religionslosen Schulen der französischen Directorialzeit, während doch bei den Simultanschulen, wie man sie heut erstrebt, es sich weder um Verbannung der Religion überhaupt noch um eine Verheimlichung oder Unterdrückung der confessionellen Unterschiede handelt. Ein Ausdruck aber, der leicht mißverstanden werden kann, ist angethan, die Entwicklung, die er begehrt, eher zu hemmen als zu fördern; wenigstens so lange, bis der allgemeine Sprachgebrauch seinen conventionellen Sinn sanctionirt und demnach jede Zweideutigkeit entfernt hat.

Ende.

Druck von Fischer & Wittig in Leipzig.